

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 06.10.2015, 14:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Förmliche Verpflichtung des Rats Herrn Michael Ehbrecht gemäß § 60 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.07.2015
4. Mitteilungen
- 4.1. Bekanntgabe einer Eilentscheidung durch den Verwaltungsausschuss gem. § 89 NkomVG
Personalbedarf für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) 15-00656
5. Anfragen
- 5.1. Fahrradparkhäuser für Braunschweig
Anfrage der Fraktion der CDU 15-00427
- 5.2. Beschilderung des Kleinen-Dörfer-Wegs
Anfrage der Fraktion der SPD 15-00844
- 5.3. Herbizidfreie Grünflächenpflege
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 15-00841
- 5.4. Planungsstand "Heinrich-der-Löwe-Kaserne"
Anfrage der BIBS-Fraktion 15-00840
- 5.5. Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen
Anfrage der Fraktion Die Linke. 15-00829
- 5.6. Unterbringung in Hotels
Anfrage der Fraktion der Piratenpartei 15-00833
- 5.7. Schulkindbetreuung und Ganztagschule
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 15-00842
6. Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig
(Wochenmarktsatzung) 15-00031
- 6.1. Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig
(Wochenmarktsatzung) 15-00031-01
7. Umbesetzung in Ausschüssen 15-00822
8. Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig 15-00466
9. Personal-/Stellenbedarf im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation 15-00619
10. Pädagogisches Personal in den städtischen Kindertagesstätten 15-00625
11. Verkauf des bebauten städtischen Grundstücks Helmstedter Straße 37 15-00025
12. Haushaltsvollzug 2015 15-00507
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§

	117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
12.1.	Haushaltsvollzug 2015 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	15-00507-01
12.2.	Haushaltsvollzug 2015 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	15-00507-02
13.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	15-00588
14.	Bestellung von städtischen Vertretern in Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen	15-00812
15.	Geopark Harz . Braunschweig Land . Ostfalen – Umgestaltung der Trägerschaft	15-00526
16.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wallring-Ost", IN 235 Stadtgebiet zwischen Wolfenbütteler Straße, Hennebergstraße, Bürgerpark, Östlichem Umflutgraben der Oker, Bürgerbadepark, Augusttorwall, Lessingplatz, John-F.-Kennedy-Platz, Löwenwall, Magnitorwall, Theaterwall, Am Fallersleber Tore, Botanischer Garten, Kasernenstraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstraße und Campestraße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	15-00476
17.	Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung)	15-00559
18.	Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	15-00574
18.1.	Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	15-00574-01
19.	Anträge	
19.1.	Änderungsantrag zu 15-00065 (Kopfsteinpflaster angleichen) Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	15-00450
19.2.	Elektromobilität voranbringen Antrag der Fraktion der SPD	15-00555
19.3.	Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	15-00579
19.3.1.	Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens Stellungnahme der Verwaltung	15-00579-01
19.4.	Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig Antrag der Fraktion der CDU	15-00611
19.4.1.	Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig / Änderungsantrag zum CDU-Antrag 15-00611 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen	15-00834
19.5.	Unterschutzstellung von Grund und Boden in der Stadt Antrag der BIBS-Fraktion	15-00716
19.6.	Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms Antrag der BIBS-Fraktion	15-00717
19.7.	Baumschutz bei Bebauungsplänen Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, BIBS und Die Linke.	15-00721

Braunschweig, den 25. September 2015

Betreff:

Personalbedarf für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

11.09.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	15.09.2015	N
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	24.09.2015	Ö
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	06.10.2015	Ö

Vorlage zur Eilentscheidung gemäß § 89 NKomVG

Beschluss:

Um die rechtmäßige Aufgabenerfüllung bei der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) sicherzustellen, werden im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 umgehend 32 Stellen ausgeschrieben und zur Besetzung freigegeben.

Sachverhalt:

Der Fachbereich 51 hat den gesetzlichen Auftrag, die Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (umF) sicherzustellen.

Aufgrund der Zunahme der umF wurden bereits zusätzliche Plätze im Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper und der Hebbelstraße eingerichtet. Ferner wurden weitere städtische Liegenschaften in der Neuen Knochenhauer Straße und der Naumburgstraße auf ihre Geeignetheit geprüft, um noch in 2015 bzw. bis Sommer 2016 insgesamt jeweils 25 neue Plätze bereitzustellen. Für die Unterbringung der umF in städtischen Einrichtungen wurden bereits insgesamt 12,64 Stellen aus der Stellenreserve 2015 freigegeben. Die Stellenreserve 2015 ist ausgeschöpft.

Nunmehr hat sich die aktuelle Situation verschärft, weil unvorhergesehen rd. 60 umF seit dem 06. September 2015 zusätzlich in Braunschweig betreut werden müssen. Die Unterbringung ist im Kinder- und Jugendzentrum Mühle und im Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper erfolgt. Die Betreuung kann mit dem vorhandenen Personal jedoch nicht sichergestellt werden, deshalb ist die kurzfristige Einstellung von Fachkräften notwendig. Weiterhin entsteht zusätzlicher Personalbedarf für die Bereiche Allgemeiner Sozialdienst (ASD), Amtsvormundschaften (AV) und wirtschaftliche Erziehungshilfe.

Personalbedarf

Der Personalbedarf richtet sich nach den Vorgaben des Landes zur Erteilung der erforderlichen Betriebsgenehmigung und berücksichtigt u. a. die Notwendigkeit der Anwesenheit von Fachkräften im Tag- und Nachtdienst (3-Schicht-Betrieb) einschl. der Anleitung und Begleitung der Jugendlichen zu medizinischen und behördlichen Terminen.

Derzeit besteht ein Personalbedarf im Umfang von 28 Stellen für die Betreuung von umF. Die Kosten für das Betreuungspersonal werden vom Land erstattet.

Bei den Amtsvormundschaften wird die gem. § 55 (2) SGB VIII festgelegte Betreuungsrate von höchstens 50 Fällen je Vollzeitstelle bereits überschritten, sodass aufgrund des Zulaufs der o. g. 60 umF ein Bedarf von 2 Planstellen besteht. Daneben besteht ein weiterer Bedarf in den Bereichen ASD und wirtschaftliche Erziehungshilfe von insgesamt 2 Planstellen. Anzumerken ist, dass für diese 4 Stellen keine Kostenerstattung durch das Land erfolgt.

Stellenbesetzungen im Vorgriff auf den Stellenplan 2016

Durch die bereits eingetretene Situation ist eine sofortige Ausschreibung und Besetzung der 32 Planstellen erforderlich, da das Jugendamt verpflichtet ist, im Rahmen des staatlichen Wächteramtes den Schutz des Kindeswohls sicherzustellen und die umF am tatsächlichen Aufenthaltsort in Obhut zu nehmen. Dies ist mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar.

Da Stellen im Stellenplan 2015 einschl. der Stellenreserve nicht mehr zur Verfügung stehen, ist für die Einstellungen ein Vorgriff auf den Stellenplan 2016 erforderlich. Der Stellenplan ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

Nach § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG beschließt der Rat über die Haushaltssatzung (Budgetrecht). Da im vorliegenden Fall über den vom Rat beschlossenen Stellenplan 2015 hinaus Personal eingestellt werden muss und sich eine Bindungswirkung für den Stellenplan 2016 ergibt, ist ein Ratsbeschluss erforderlich.

Aufgrund der unerwartet aufgetretenen Inobhutnahme von zusätzlich rd. 60 umF und der daraus bedingten Überlastung des vorhandenen Personals ist ein sofortiges Handeln unabdingbar. Daher ist eine Eilentscheidung des Verwaltungsausschusses gem. § 89 NKomVG vorgesehen.

Auswirkungen auf den Stellenplan 2016

Die rd. 32 zusätzlichen Stellen sind in den Stellenplanentwurf 2016 aufzunehmen.

Die genannten Stellen sind in der Personalkostenkalkulation noch nicht berücksichtigt. 2016 betragen die voraussichtlichen zusätzlichen Personalkosten rd. 1,4 Mio. €. Diese sind im Personalkostenbudget zusätzlich bereitzustellen. Für die Kosten der reinen Betreuung (rd. 1,2 Mio. €) erfolgt eine Kostenerstattung durch das Land.

Weiteres Vorgehen

Da die Entwicklung der Flüchtlingsproblematik nicht vorhersehbar und damit die Auswirkungen für Braunschweig nicht kalkulierbar sind kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere umF aufgenommen und betreut werden müssen. Dies würde zu weiterem Personalmehrbedarf führen.

Um in diesem Fall die Handlungsfähigkeit der Verwaltung, insbesondere des Jugendamtes, sicherzustellen ist beabsichtigt, dem Rat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2015 eine Beschlussvorlage vorzulegen, nach der die Verwaltung ermächtigt wird, im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 weitere Stellen auszuschreiben und zu besetzen, wenn ein unabweisbarer Stellenbedarf im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Auftrag der Unterbringung und Betreuung von umF entsteht.

Ruppert

Anlage/n:
keine

Betreff:

Fahrradparkhäuser für Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.07.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

21.07.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Braunschweig kann bereits heute einen sehr guten Modal Split, also die Verteilung des Transportaufkommens auf die verschiedenen Verkehrsmittel, aufweisen. Aber da jeder gute Wert noch weiter verbessert werden kann, gibt es derzeit zahlreiche Anstrengungen, um beispielsweise den Fahrradverkehr in der Stadt weiter zu stärken.

Während in früheren Jahren das Fahrrad fast ausschließlich in der Freizeit und für kleinere Besorgungen genutzt wurde, ist es heute - auch bei der breiten Masse der Bevölkerung - ein vollwertiges Verkehrsmittel. So ist es oftmals für den Weg zur Arbeit oder zu Veranstaltungen in der Stadt erste Wahl. Mit dem Wert des Fahrrades steigt in der Regel beim Besitzer auch die Bereitschaft, für die sichere Unterbringung einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten. Denn wer möchte sein hochwertiges Rad schon gerne an einer schlecht einzusehenden, dunklen Ecke an einen Anlehnbügel schließen?

Eine gute Antwort auf diese Frage scheinen einige Firmen gefunden zu haben, die nun sogenannte Fahrradparkhäuser mit Platz für über 100 Fahrräder bauen. Wenn diese ansprechend gestaltet sind, können sie nicht nur städtebaulich einen Gewinn darstellen sondern auch eine gute Möglichkeit sein, um sein Rad vor Vandalismus, Diebstahl und Wetterkapriolen zu schützen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Standorte sind aus Sicht der Verwaltung für den Bau eines Fahrradparkhauses geeignet, kann beispielsweise am Hauptbahnhof eine Kooperation mit der Deutschen Bahn AG eingegangen werden?

2. Ist es nach Ansicht der Verwaltung möglich, dass beispielsweise die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH bei der geplanten Umgestaltung des Umfeldes der Stadthalle oder an der Volkswagenhalle ein Fahrradparkhaus errichtet?

3. Wie kann die Refinanzierung der Bau- und Betriebskosten eines Fahrradparkhauses aussehen?

gez.

Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender

<i>Betreff:</i> Fahrradparkhäuser für Braunschweig
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 06.10.2015
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 21.07.2015	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Braunschweig kann bereits heute einen sehr guten Modal Split, also die Verteilung des Transportaufkommens auf die verschiedenen Verkehrsmittel, aufweisen. Aber da jeder gute Wert noch weiter verbessert werden kann, gibt es derzeit zahlreiche Anstrengungen, um beispielsweise den Fahrradverkehr in der Stadt weiter zu stärken.

Während in früheren Jahren das Fahrrad fast ausschließlich in der Freizeit und für kleinere Besorgungen genutzt wurde, ist es heute - auch bei der breiten Masse der Bevölkerung - ein vollwertiges Verkehrsmittel. So ist es oftmals für den Weg zur Arbeit oder zu Veranstaltungen in der Stadt erste Wahl. Mit dem Wert des Fahrrades steigt in der Regel beim Besitzer auch die Bereitschaft, für die sichere Unterbringung einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten. Denn wer möchte sein hochwertiges Rad schon gerne an einer schlecht einzusehenden, dunklen Ecke an einen Anlehnbügel schließen?

Eine gute Antwort auf diese Frage scheinen einige Firmen gefunden zu haben, die nun sogenannte Fahrradparkhäuser mit Platz für über 100 Fahrräder bauen. Wenn diese ansprechend gestaltet sind, können sie nicht nur städtebaulich einen Gewinn darstellen sondern auch eine gute Möglichkeit sein, um sein Rad vor Vandalismus, Diebstahl und Wetterkapriolen zu schützen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Standorte sind aus Sicht der Verwaltung für den Bau eines Fahrradparkhauses geeignet, kann beispielsweise am Hauptbahnhof eine Kooperation mit der Deutschen Bahn AG eingegangen werden?
2. Ist es nach Ansicht der Verwaltung möglich, dass beispielsweise die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH bei der geplanten Umgestaltung des Umfeldes der Stadthalle oder an der Volkswagenhalle ein Fahrradparkhaus errichtet?
3. Wie kann die Refinanzierung der Bau- und Betriebskosten eines Fahrradparkhauses aussehen?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die meisten Fahrradparkhäuser befinden sich an Bahnhöfen. Fahrradstationen mit Bewachung und Serviceangebot gehören mittlerweile in mehr als 100 deutschen Städten zur Grundausstattung des Bahnhofs.

In Braunschweig gibt es mit der von der AWO betriebenen Radstation am Hauptbahnhof ein Fahrradparkhaus, das gut angenommen wird. Die Fahrradstation bietet neben der

bewachten Abstellmöglichkeit für bis zu 471 Fahrräder Serviceangebote wie Pannenservice, Inspektion, Reinigung und eine Fahrradvermietung.

Die Fahrradstation am Hauptbahnhof ist zu rund 80% ausgelastet. Obwohl dort regelmäßig noch freie Abstellplätze verfügbar sind, werden im Umfeld des Hauptbahnhofs in großer Zahl Fahrräder wild und teilweise behindernd abgestellt. Das Thema ist allgemein bekannt.

Diese Situation macht deutlich, dass Fahrradparkhäuser allein das Fahrradparken nicht lösen können. Fahrräder werden vielfach unmittelbar am Ziel oder direkt am Weg dorthin abgestellt. Umwege und Aufwand für das Einstellen in ein Fahrradparkhaus, teilweise sicherlich auch die Kosten für das Einstellen, nehmen offensichtlich viele Radfahrende nicht auf sich. Selbst am Münsteraner Hauptbahnhof – dort gibt es mit 3.300 Plätzen die größte Fahrradstation Deutschlands – stehen weiterhin Massen von Fahrrädern an jeder erdenklichen Stelle.

Die Stadt Braunschweig verfolgt daher vorrangig ein anderes Konzept. Hochwertige Fahrradstände mit guter Anschließmöglichkeit werden dezentral im Stadtgebiet installiert. Die Standorte ergeben sich durch tatsächlich abgestellte Fahrräder, durch Hinweise aus Bevölkerung und Politik und durch eigene planerischen Überlegungen.

In der Innenstadt wurden an vielen größeren Standorten rund um die Fußgängerzone Fahrradabstellanlagen eingerichtet. Damit wird erreicht, dass die Fußgängerzone weitgehend von abgestellten Fahrrädern freigehalten wird. Die Abstellmöglichkeiten am Rand der Fußgängerzone werden nach Bedarf erweitert.

Zu 1.: Am Hauptbahnhof wird die Gesamtsituation derzeit erneut überprüft. Ziel ist die Schaffung weiterer dezentraler hochwertiger Abstellanlagen. Einige sollen nach Möglichkeit überdacht werden. Konkrete Überlegungen gibt es im Bereich des Südausgangs des Hauptbahnhofs. Die Planungen werden eng mit der Deutsche Bahn AG abgestimmt.

Standorte für ein Fahrradparkhaus abseits des Hauptbahnhofs werden von der Verwaltung nicht geprüft, da dort ein wirtschaftlicher Betrieb ebenfalls nicht zu erwarten ist.

Kleinere Parkhauslösungen gibt es aber durchaus. So betreibt die Firma Fahrrad Hahne das Fahrradparkhaus im Welfenhof. Fahrräder können im Laden abgegeben werden. Von einem Mitarbeiter wird das Fahrrad dann im Parkhaus abgestellt.

Zu 2.: Grundsätzlich wäre es möglich, im Umfeld der Stadthalle oder an der Volkswagenhalle ein separates Fahrradparkhaus einzurichten. Hier gelten aber im Wesentlichen die gleichen Einschätzungen zur Wirtschaftlichkeit. Eine nennenswerte Auslastung wäre dort nur während Veranstaltungen zu erwarten. An der Stadthalle stehen derzeit im unteren Parkdeck bereits 73 überdachte Fahrradhalterungen zur Verfügung. Im Rahmen der angedachten Umbaumaßnahmen an der Stadthalle (Hotel und Parkhaus) ist die Erhaltung der Fahrradstellplätze wie bisher vorgesehen.

Die Volkswagen-Halle verfügt im nördlichen Bereich über 350 Fahrradstellplätze.

Die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH schätzt die vorhandenen Fahrradabstellmöglichkeiten an der Stadthalle und an der Volkswagen-Halle als ausreichend ein.

Zu 3.: Je nach Größe und Betriebsmodell ist mit Baukosten von weit über 1 Mio. € für 500 Fahrräder zu rechnen. Für den Bau von Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof ist eine Förderung aus Landesmitteln grundsätzlich möglich. Dies wird im Rahmen der aktuellen Überprüfungen mit berücksichtigt. Der Betrieb eines Fahrradparkhauses ist

nach derzeitigem Kenntnisstand nicht förderfähig. Vorrangig verfolgt die Verwaltung daher weiterhin das Konzept dezentraler hochwertiger Abstellanlagen außerhalb von Parkhäusern.

Leuer

Anlage/n:
keine

Betreff:

Beschilderung des Kleine-Dörfer-Wegs

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.09.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.10.2015

Status

Ö

Die Braunschweiger Zeitung hat in den vergangenen Wochen ausgiebig über den Verlauf des Kleine-Dörfer-Wegs an Braunschweigs Stadtrand berichtet. Dieser Weg wurde einst von den städtischen Heimatpflegern kreiert und als bedeutsamer Themen-Rad- und Gehweg ausgewiesen.

Dieser Weg ist bis heute allerdings noch nicht ausgeschildert. Das Braunschweiger Forum hatte bereits vor über 15 Jahren mögliche Beschilderungsstandorte auskundschaftet und in drei Ordnern dokumentiert. Auf dieser Vorarbeit des Braunschweiger Forums kann die Verwaltung voraussichtlich aufbauen. Das kann einen immensen Aufwand einsparen und daher auch zu geringeren Kosten führen.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Bis wann hält die Verwaltung eine Ausschilderung des Kleine-Dörfer-Wegs als einen bedeutsamen und als den ersten Themen-Radweg in Braunschweig mit eigenem Logo für möglich?
2. Sind die drei Ordner des Braunschweiger Forums, in denen alle Beschilderungsstandorte des Kleine-Dörfer-Wegs genau beschrieben sein sollen und die dem damaligen Baudezernenten Jaenicke im Jahr 2000 übergeben wurden, vorhanden und hat die Verwaltung darauf einen sofortigen Zugriff, sodass sie die Inhalte zur weiteren Planung verwenden kann?

Gibt es in der Verwaltung (Vor-)Planungen zur Ausweisung weiterer thematischer Radwege in Braunschweig?

Keine

Betreff:

Beschilderung des Kleine-Dörfer-Wegs

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Braunschweiger Zeitung hat in den vergangenen Wochen ausgiebig über den Verlauf des Kleine-Dörfer-Wegs an Braunschweigs Stadtrand berichtet. Dieser Weg wurde einst von den städtischen Heimatpflegern kreiert und als bedeutsamer Themen-Rad- und Gehweg ausgewiesen.

Dieser Weg ist bis heute allerdings noch nicht ausgeschildert. Das Braunschweiger Forum hatte bereits vor über 15 Jahren mögliche Beschilderungsstandorte ausgekundschaftet und in drei Ordner dokumentiert. Auf dieser Vorarbeit des Braunschweiger Forums kann die Verwaltung voraussichtlich aufbauen. Das kann einen immensen Aufwand einsparen und daher auch zu geringeren Kosten führen.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Bis wann hält die Verwaltung eine Ausschilderung des Kleine-Dörfer-Wegs als einen bedeutsamen und als den ersten Themen-Radweg in Braunschweig mit eigenem Logo für möglich?
2. Sind die drei Ordner des Braunschweiger Forums, in denen alle Beschilderungsstandorte des Kleine-Dörfer-Wegs genau beschrieben sein sollen und die dem damaligen Baudezernenten Jaenicke im Jahr 2000 übergeben wurden, vorhanden und hat die Verwaltung darauf einen sofortigen Zugriff, sodass sie die Inhalte zur weiteren Planung verwenden kann?

Gibt es in der Verwaltung (Vor-)Planungen zur Ausweisung weiterer thematischer Radwege in Braunschweig?

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Kleine-Dörfer-Weg ist eine ganz hervorragende Möglichkeit, die vielen kleinen Stadtteile, die die Braunschweiger Innenstadt und die Ringgebiete umschließen, in Ruhe und aus einem ungewohnten Blickwinkel näher kennenzulernen. Er nutzt die bekannten städtischen BLIK-Tafeln in den Stadtteilen als Zielpunkte. Die jeweilige Stadtteilgeschichte wird dadurch lebendig präsentiert.

Die Stadtverwaltung stellt den Weg seit längerer Zeit mit Plan und mit GPS-Daten zum Herunterladen im Internet dar.

Der Weg kann heute z.B. mit den Navigationsdaten auf dem Smartphone und mit etwas Pioniergeist bereits genutzt werden. Die Braunschweiger Zeitung hat das in eindrucksvoller Weise mit den Berichten in den vergangenen Monaten unter Beweis gestellt.

Es ist naheliegend, an eine Ausschilderung des Weges zu denken. Wäre er dadurch doch noch viel einfacher zu finden und zu befahren.

An einen ausgeschilderten Radweg besteht natürlich ein ganz anderer Qualitätsanspruch als an eine Route, die man sich selbst vor Ort sucht. Der Kleine-Dörfer-Weg führt in großen Abschnitten über Wege, die nicht befestigt sind. Teilweise sind es Wege am Feldrand, die bei nasser Witterung nicht befahrbar sind. Der Weg verläuft auch nicht in allen Teilen über städtische Grundstücke. Wer die Entwicklung des Ringgleis-Weges beobachtet, weiß, wie schwer es sein kann, einen solchen Weg durchgehend zu entwickeln, wenn nicht alle Grundstücke der Stadt gehören. Ein Abschnitt des Kleine-Dörfer-Weges liegt auch außerhalb des Stadtgebietes.

Ich möchte mit diesen Hinweisen das Engagement für die Weiterentwicklung und Ausschilderung des Kleine-Dörfer-Weges nicht bremsen. Im Gegenteil. Ich möchte aber deutlich machen, dass dieses Projekt derzeit nicht die Reife hat, um ausgeschildert zu werden. Eine halbherzige, nicht durchgängige Ausschilderung würde dem Weg und seinen Nutzern mehr schaden als nützen. Der Schwerpunkt des städtischen Engagements im Bereich Freizeitwege liegt derzeit auf der Entwicklung des Ringgleis-Weges. Auch dort liegt noch viel Arbeit vor uns. Für den Kleine-Dörfer-Weg, der ja in vielen Teilen schon als gut befahrbarer städtischer Weg vorhanden ist, ist der Arbeitsaufwand zweifellos geringer. Vor einer Ausschilderung sind aber eine Überplanung in allen Details und viele Abstimmungen erforderlich.

Für die weitere Entwicklung des Kleine-Dörfer-Weges möchte ich eine ehrenamtlich getragene Projektarbeit anregen. Das Braunschweiger Forum und die beteiligten Heimatpfleger haben bereits eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung geschaffen. Es ist sehr erfreulich, dass es in Braunschweig starke Akteure für ein ehrenamtliches Engagement im Radverkehr gibt, sodass ich für den Kleine-Dörfer-Weg und auch für mögliche weitere Wege gute Entwicklungspotenziale sehe. Selbstverständlich würden die städtischen Planer und – für die touristische Komponente – die Stadtmarketing GmbH eine solche Arbeit unterstützen.

Konkrete städtische Planungen für die Ausweisung weiterer thematischer Radwege gibt es derzeit in Braunschweig nicht.

Es gilt das gesprochene Wort

Leuer

Anlage/n:
keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

TOP 5.3
15-00841
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Herbizidfreie Grünflächenpflege

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.09.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Das niedersächsische Ministerium für Landwirtschaft hat am 24.6.2015 erklärt, zukünftig keine Ausnahmegenehmigungen mehr für den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden zu erteilen. Solche Ausnahmegenehmigungen sind Voraussetzung für den Einsatz auf nicht gärtnerisch oder landwirtschaftlich genutzten Flächen, also auch auf öffentlichen Verkehrsflächen. Die Verwaltung hat im Haushaltsplan 2016 vorgesehen, 3,34 zusätzliche Stellen für die herbizidfreie Pflege von Sportflächen einzurichten. Ungeklärt bleibt damit jedoch die Frage, wie auf anderen städtischen Flächen, die bisher mit dem glyphosathaltigen Herbizid "Roundup" bearbeitet worden sind, zukünftig die Ausbreitung von Wildkräutern in Grenzen gehalten werden soll. Ebenso ist zu klären, inwieweit die städtischen Gesellschaften, insbesondere die Nibelungen Wohnbau GmbH und die Braunschweiger Verkehrs GmbH zukünftig ihre Freiflächen ohne Herbizide pflegen werden. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wirkt sich die neue Praxis des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums mit eingeschränkten Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf die Stadt Braunschweig und ihre Gesellschaften in organisatorischer und finanzieller Hinsicht aus?
2. Wie werden die städtischen Sportanlagen, Grün- und Freiflächen nach Ablauf der noch gültigen Ausnahmegenehmigungen gepflegt und unterhalten?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die städtischen Gesellschaften und Auftragnehmer zu veranlassen, auch dort auf Herbizideinsatz zu verzichten, wo dieser rechtlich noch zulässig wäre?

Anlagen: keine

<i>Betreff:</i> Herbizidfreie Grünflächenpflege

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	<i>Datum:</i> 06.10.2015
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 06.10.2015	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Das niedersächsische Ministerium für Landwirtschaft hat am 24.06.2015 erklärt, zukünftig keine Ausnahmegenehmigungen mehr für den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden zu erteilen. Solche Ausnahmegenehmigungen sind Voraussetzung für den Einsatz auf nicht gärtnerisch oder landwirtschaftlich genutzten Flächen, also auch auf öffentlichen Verkehrsflächen. Die Verwaltung hat im Haushaltsplan 2016 vorgesehen, 3,34 zusätzliche Stellen für die herbizidfreie Pflege von Sportflächen einzurichten. Ungeklärt bleibt damit jedoch die Frage, wie auf anderen städtischen Flächen, die bisher mit dem glyphosathaltigen Herbizid „Roundup“ bearbeitet worden sind, zukünftig die Ausbreitung von Wildkräutern in Grenzen gehalten werden soll. Ebenso ist zu klären, inwieweit die städtischen Gesellschaften, insbesondere die Nibelungen Wohnbau GmbH und die Braunschweiger Verkehrs GmbH, zukünftig ihre Freiflächen ohne Herbizide pflegen werden. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Wie wirkt sich die neue Praxis des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums mit eingeschränkten Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf die Stadt Braunschweig und ihre Gesellschaften in organisatorischer und finanzieller Hinsicht aus ?
- 2.) Wie werden die städtischen Sportanlagen, Grün- und Freiflächen nach Ablauf der noch gültigen Ausnahmegenehmigung gepflegt und unterhalten ?
- 3.) Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die städtischen Gesellschaften und Auftragnehmer zu veranlassen, auch auf Herbizideinsatz zu verzichten, wo dieser rechtlich noch zulässig wäre ?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu Frage 1:

Gemäß Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 6. Mai 2015, der der Verwaltung auf wiederholte Nachfrage nun seit Ende vergangener Woche vorliegt, darf das Pflanzenschutzamt der Landwirtschaftskammer Hannover bis auf weiteres keine Genehmigungen für die Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel auf „Nichtkulturland“ erteilen. Zum Nichtkulturland gehören unter anderem auch die sogenannten Tennenlaufbahnen sowie Tennengroßspielfelder auf städtischen Sport- und Schulsportanlagen, auf denen bis zum Jahr 2014 glyphosathaltige Herbizide zur Abtötung des Unkrautbewuchses eingesetzt worden sind, um die Verkehrssicherheit und Benutzbarkeit dieser Flächen sicherzustellen.

Um dies weiter zu gewährleisten, sollen ab 2016 Herbizide, die Wirkstoffe wie Pelargonsäure oder Essigsäure enthalten, zum Einsatz kommen in Verbindung mit einer manuell-mechanischen Beseitigung der Unkräuter.

Hierfür hat die Verwaltung in den Stellenplanentwurf 2016 zusätzliche 5 Saisonstellen für den Fachbereich Stadtgrün und Sport aufgenommen. Die vorstehend erwähnten alternativen Mittel haben anders als Glyphosat keine systemische Wirkung und stellen daher auch keine nachhaltige Bekämpfungsmethode dar. Organisatorisch und finanziell bedeutet dies im Ergebnis einen erheblich erhöhten zeitlichen und damit finanziellen Aufwand. Dies gilt naturgemäß unabhängig davon, in wessen Zuständigkeit die Grünflächenpflege liegt.

Eine kurzfristige schriftliche Umfrage bei einer Reihe von städtischen Gesellschaften, die über Freiflächen verfügen, hat zusammenfassend Folgendes ergeben, wobei die übermittelten Einschätzungen aufgrund der engen zeitlichen Abläufe nachstehend unkommentiert zusammengefasst wiedergegeben werden:

Klinikum Braunschweig

An den Standorten Holwedestraße und Celler Straße wird auf den Wegen mit wassergebundener Decke 2 x pro Jahr das Mittel Roundup von den beauftragten Firmen ausgebracht. Hintergrund ist, dass aus Sicherheitsgründen Feuerwehrezufahrten und Gehwege für Patienten, Besucher und Personal von Pflanzenwuchs frei gehalten werden.

Gemäß Einschätzung der vom Klinikum beauftragten Firmen ist ein Herbizidverzicht nicht möglich, da auf diesen Flächen eine manuelle Bearbeitung zu einer Zerstörung der dünnen oberen Kiesoberfläche führen würde. Sollte auch dort ein Herbizidverzicht veranlasst werden, wo dieser eigentlich noch rechtlich zulässig ist, so ist mit einem erhöhten personellen, finanziellen und zeitlichen Aufwand zu rechnen. Dieser kann vom Klinikum aktuell nicht beziffert werden.

Nibelungen Wohnbau GmbH

Auf den Grundstücken der Nibelungen-Wohnbau GmbH und der Wohnstätten GmbH werden glyphosathaltige Herbizide ausschließlich auf genehmigungsfreien gärtnerisch genutzten Flächen angewendet. Befestigte bzw. versiegelte Flächen, welche gemäß Pflanzenschutzgesetz einer Ausnahmegenehmigung bedürfen, wurden und werden auch in Zukunft nur thermisch oder mechanisch umweltschonend gereinigt. Von daher ergeben sich keine signifikanten organisatorischen oder finanziellen Auswirkungen.

Die Nibelungen Wohnbau sieht keine Möglichkeit, ohne nachhaltige Verschlechterung des Erscheinungsbildes der Wohnanlagen respektive zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwandes für eine manuelle Wildkrautbeseitigung den bereits reduzierten Einsatz von Herbiziden weiter einzuschränken.

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Hier werden keine glyphosathaltigen Herbizide eingesetzt. Wildkraut wird auf allen Frei- und Außenflächen mechanisch mittels Freischneider oder Abbrennen mit Erfolg beseitigt. Dies erfolgt mit entsprechendem personellen und finanziellen Aufwand, der aktuell nicht beziffert werden kann.

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

Die Hafenbetriebsgesellschaft setzt zur Aufwuchsbekämpfung im Gleisbereich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht und des Bauwerkschutzes glyphosathaltige Blatt- und Bodenherbizide ein. Behandelt werden rund 10 km offenes Schwellengleis.

Nach heutigem Stand wird zukünftig auf die Ausbringung von Blattherbiziden verzichtet werden müssen und es werden nur noch Bodenherbizide zum Einsatz kommen. Der Wechsel der Mittel hat erhebliche Kostensteigerungen zur Folge.

Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Seit dem Verbot der Glyphosateinsatzes durch die niedersächsische Landesregierung im Mai 2015 werden die vorher mit Glyphosat vom Wildkraut befreiten Flächen in der Zuständigkeit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH nur noch notdürftig manuell bearbeitet, weil es bisher kein erfolgversprechendes Ersatzverfahren gibt. Als Folge davon wachsen die Wildkräuter in den gepflasterten Bereichen in und am Gleisbereich nahezu ungehindert. Die personelle Ausstattung der Gärtnergruppe der Verkehrs-GmbH reicht bei Weitem nicht aus, um die Wildkräuter ausschließlich manuell zu beseitigen.

Insofern ist unter den gegebenen Umständen eine gewisse Verkrautung von gepflasterten Flächen nicht vermeidbar.

Die mit Schotterbettung/-eindeckung versehenen Gleisbereiche dürfen derzeit noch mittels anderer Herbizide gegen Wildkraut aufwuchs behandelt werden. In diesen Gleisnetzabschnitten ist der Einsatz von Herbiziden bislang unverzichtbar, damit die für die Lagesicherheit und Streustromisolierung der Gleise dringend erforderliche Fähigkeit der schnellen Wasserabführung des Schotter erhalten bleibt. Verlöre der Schotter durch Verunkrautung diese technischen Eigenschaften, wäre eine Beschädigung der Gleisanlage zwangsläufig die Folge.

Der Einsatz von Herbiziden ist aus Sicht der Verkehrs-GmbH auf deren Gleisanlagen derzeit noch nicht zu substituieren, weil nur damit eine bauteilschonende Wildkrautentfernung zur Sicherung der technischen Unversehrtheit dieser Anlagen möglich ist. Aus Sicht der Verkehrs-GmbH erscheinen durch das sehr gezielte Ausbringen der Herbizide und den Einsatz geschulten Personals die ökologischen Auswirkungen des Herbizideinsatzes aber als äußerst gering, insbesondere im Vergleich mit dem Großflächeneinsatz von Herbiziden in der Landwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Braunschweiger Verkehrs-GmbH im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter anderem mit Beteiligung des Braunschweiger Kühnen-Institutes in der Suche nach alternativen Wildkrautbeseitigungsmethoden.

Zu Frage 2:

Zu den Sportanlagen wurde bereits unter 1. geantwortet. Bezüglich sonstiger Grün- und Freiflächen gilt:

Da nach derzeitigem Stand auch über das Jahr 2015 hinaus der Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden gesetzlich zulässig bleiben wird, ergeben sich hinsichtlich der Pflege und Unterhaltung der städtischen Grünflächen bis auf weiteres keine Änderungen gegenüber der bisherigen Praxis.

Zu Frage 3:

Der Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden könnte bei den städtischen Gesellschaften durch einen Anweisungsbeschluss der Gesellschafterversammlung an die jeweilige Geschäftsführung und bei städtischen Auftragnehmern durch eine entsprechende inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Dienstleistungsverträge realisiert werden.

Geiger

Anlage/n:

keine

Absender:

**Fraktion BIBS im Rat der Stadt
Rosenbaum, Peter**

TOP 5.4

15-00840
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Planungsstand "Heinrich-der-Löwe-Kaserne"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.09.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.10.2015

Status

Ö

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerinformation zur 133. Änderung des Flächennutzungsplanes für die ehemalige „Heinrich-der-Löwe-Kaserne“ wurden jüngst neue, detailliertere Pläne vorgestellt. Geplant sind auf dem Gelände im Südosten Braunschweigs u.a. auch rund 400 Wohneinheiten. Im Juli 2015 wurde auf eine Anfrage im Bezirksrat mitgeteilt: „Weitere Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes ist u. a. ein Verkehrsgutachten, das sowohl die innere als auch die äußere Erschließung unter Berücksichtigung der bereits heute komplexen Verkehrssituation in diesem Gebiet nachweist. Dieses Gutachten, das als Grundlage für alle weiteren Planungen des Vorhabenträgers im Hinblick auf z. B. die innere Aufteilung des Gebietes dient, liegt bislang nicht vor.“

Vor diesen Hintergrund fragen wir:

1. Liegt das Verkehrsgutachten nunmehr vor und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Der VA beschloss in seiner Sitzung vom 18.12.2013 (noch auf Grundlage der damaligen Planungen), dass die Erschließung mit einer östlichen Ausfahrt in Richtung der Autobahnanbindung zum Schöppenstedter Turm / Sickte erfolgen solle. Warum ist dies nicht auch bei den aktuellen Planungen mit berücksichtigt worden?
3. Wie ist der Sachstand bzgl. Absprachen mit anderen Verkehrsträgern bzgl. Autobahnanbindungen?

gez.

Peter Rosenbaum
BIBS-Fraktion

Anlagen:

<i>Betreff:</i> Planungsstand "Heinrich-der-Löwe-Kaserne"

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 06.10.2015
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 06.10.2015	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Anfrage der BIBS-Fraktion:

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerinformation zur 133. Änderung des Flächennutzungsplanes für die ehemalige „Heinrich-der-Löwe-Kaserne“ wurden jüngst neue, detailliertere Pläne vorgestellt. Geplant sind auf dem Gelände im Südosten Braunschweigs u.a. auch rund 400 Wohneinheiten. Im Juli 2015 wurde auf eine Anfrage im Bezirksrat mitgeteilt: „Weitere Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes ist u. a. ein Verkehrsgutachten, das sowohl die innere als auch die äußere Erschließung unter Berücksichtigung der bereits heute komplexen Verkehrssituation in diesem Gebiet nachweist. Dieses Gutachten, das als Grundlage für alle weiteren Planungen des Vorhabenträgers im Hinblick auf z. B. die innere Aufteilung des Gebietes dient, liegt bislang nicht vor.“

Vor diesen Hintergrund fragen wir:

1. Liegt das Verkehrsgutachten nunmehr vor und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Der VA beschloss in seiner Sitzung vom 18.12.2013 (noch auf Grundlage der damaligen Planungen), dass die Erschließung mit einer östlichen Ausfahrt in Richtung der Autobahnanbindung zum Schöppenstedter Turm / Sickte erfolgen solle. Warum ist dies nicht auch bei den aktuellen Planungen mit berücksichtigt worden?
3. Wie ist der Sachstand bzgl. Absprachen mit anderen Verkehrsträgern bzgl. Autobahnanbindungen?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu Frage 1:

Das Gesamtverkehrsgutachten liegt noch nicht vor. Der Vorhabenträger hat mitgeteilt, dass das Gesamtverkehrsgutachten in ca. 2 Monaten vorgelegt wird.

Der Verwaltung liegt aber ein Vorabzug zum Teil: „Untersuchung möglicher Varianten zur Verkehrsführung“ mit Stand Juli 2015 vor. Vom Gutachter wurde die übergeordnete Erschließungssituation im Bereich zwischen B1, Rautheim und Lindenbergssiedlung / Südstadt untersucht. Dazu wurden verschiedene Varianten der Verkehrsführung im Untersuchungsbereich betrachtet. Zudem wurden Möglichkeiten und Auswirkungen der Reduktion des Verkehrs auf der Braunschweiger Straße zwischen der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne und der ehemaligen Roselies-Kaserne untersucht. Dieser Teil des Gutachtens ist eine wesentliche Grundlage für die in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung präsentierten Planungen des Vorhabenträgers.

Zu Frage 2:

Grundlage der Planungen, die im Jahr 2013 diskutiert wurden, war ein grundlegend anderes Nutzungskonzept für das HdL-Gelände.

Die angesprochene Anbindung an das Gewerbegebiet Rautheim war seinerzeit Teil der Planungen für ein Gewerbegebiet. Danach gab es auf der Rautheimer Straße eine Zufahrt zum Einzelhandelsteil gegenüber der Autobahnabfahrt (so wie auch heute noch geplant) und einer weitere Zufahrt zum Logistikteil etwas weiter südlich. Dieser Anschluss führte durch HdL und band dann im Osten an das vorhandene Gewerbegebiet an. Nach der Entscheidung für eine Wohnbebauung ergibt sich eine völlig veränderte Planungsaufgabe mit neuen Rahmenbedingungen.

Dennoch hat die Verwaltung den Vorhabenträger aufgefordert, eine Durchbindung zum vorhandenen Gewerbegebiet im aktuellen Verkehrsgutachten zu untersuchen, um die verkehrlichen Auswirkungen einer solchen Lösung im weiteren Planungsprozess berücksichtigen zu können. Dies ist erfolgt. Die Anbindung nach Osten wurde aber aufgrund der damit verbundenen Trennwirkung und Lärmproblematik verworfen.

Zu Frage 3:

Absprachen bezüglich der Autobahnanbindungen fanden mit der Verkehrs GmbH für eine mögliche Stadtbahntrasse entlang der Rautheimer Straße und vor längerer Zeit mit der Niedersächsischen Landesstraßenbauverwaltung (NLStBV) im Zusammenhang mit Überlegungen zur zeitgleichen Anbindung der Gebiete Eisenbahnausbesserungswerk (EAW) und HdL statt. Darüber hatte die Verwaltung berichtet. Konkrete Planungen zur Erschließung EAW bestehen aber aktuell nicht. Aus dem derzeit vorliegenden Gutachtenstand ist nicht absehbar, dass für die Erschließung von HdL ohne die Erschließung des Eisenbahnausbesserungswerks bauliche Änderungen an der Autobahnanbindung erforderlich werden.

Welche Maßnahmen im bestehenden Straßennetz – ausgelöst durch das Projekt HdL – tatsächlich erforderlich werden, wird auf Grundlage des Gesamtverkehrsgutachtens noch zu entscheiden sein.

Als Träger öffentlicher Belange wird die NLStBV vom Vorhabenträger selbstverständlich in den laufenden Verfahren beteiligt.

.

Leuer

Anlage/n:
keine

Betreff:

Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.09.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Nach einem entsprechenden Antrag der Linksfraktion, hat der Rat am 19.06.2012 den folgenden Beschluss gefasst:

„Grundsätzlich sollen Wohnungslose in dezentralen Unterkünften der Stadt Braunschweig untergebracht werden. Nur bei Vorliegen dringender Gründe kann davon abgewichen werden. **Das Fehlen von dezentralen Unterkünften ist kein dringlicher Grund.** Über zukünftige Veränderungen bei der Anzahl der Wohnungslosenunterkünfte wird dem Sozialausschuss im halbjährlichen Berichtswesen berichtet.“

Den jährlichen Berichten über die Unterbringung wohnungsloser Personen kann nun zwar entnommen werden, dass von 2012 – 2014 die Zahl der dezentral untergebrachten Personen um 42% gestiegen ist, die Unterbringung in der Sammelunterkunft „An der Horst“ hat in diesem Zeitraum aber ebenfalls um 8% zugenommen.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Wie viele dezentrale Wohnungen/Plätze zur dezentralen Unterbringung von Wohnungslosen gab es 2012 und wie viele sind es jetzt?
2. Wann ist mit der vollständigen Umsetzung des Ratsbeschlusses zu rechnen?
3. Welche dringlichen Gründe gemäß Ratsbeschluss lagen der Entscheidung zu Grunde zum Stichtag 31.12.2014, 65 Personen nicht dezentral, sondern in der Sammelunterkunft „An der Horst“ unterzubringen?

Anlagen: keine

Betreff:

Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Sitzungstermin

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Frage 1:

Wie viele dezentrale Wohnungen/Plätze zur Dezentralen Unterbringung von Wohnungslosen gab es 2012 und wie viele sind es jetzt?

Im Jahr 2012 gab es 160 Plätze in 14 dezentralen Objekten. Am Stichtag 31. August 2015 verfügte die Stadt über 181 Plätze in 25 dezentralen Objekten.

Frage 2:

Wann ist mit der vollständigen Umsetzung des Ratsbeschlusses zu rechnen?

Die vorgenannten Zahlen zeigen, wie schwierig es ist, die dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten zu erhöhen: Aufgrund der angespannten Wohnungsmarktlage und begrenzt einsetzbarer Ressourcen konnte die Verwaltung in den vergangenen drei Jahren nur eine relativ geringe Steigerung der dezentralen Unterbringungsplätze erreichen, da nur in geringem Umfang Wohnungen hierfür angemietet werden konnten. Die aktuelle Anzahl reicht aber bei Weitem noch nicht aus, um sämtliche Wohnungslose grundsätzlich dezentral unterbringen zu können. Die Verwaltung wird die Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels fortsetzen. So wird z. B. derzeit eine Ausweitung des Probewohnens geprüft, um den Übergang in den allgemeinen Wohnungsmarkt zu verbessern und die dezentralen Unterkünfte zu entlasten. Wann die vollständige Umsetzung des Ratsbeschlusses erreicht werden kann, kann gegenwärtig nicht prognostiziert werden.

Zu Frage 3:

Welche dringlichen Gründe gemäß Ratsbeschluss lagen der Entscheidung zu Grunde zum Stichtag 31.12.2014, 65 Personen nicht dezentral, sondern in der Sammelunterkunft „An der Horst“ unterzubringen?

Die Stadt Braunschweig ist nach dem Niedersächsischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung – Nds. SOG – verpflichtet, Wohnungslose im Rahmen der Gefahrenabwehr ordnungsbehördlich unterzubringen. Da die dezentralen Unterkünfte grundsätzlich ausgelastet waren, zur Unterbringung aller Wohnungsloser nicht ausreichten und eine Anmietung weiterer Wohnungen nicht möglich war (vgl. Antwort zu Frage 2), ist eine Nutzung der vorhandenen Kapazitäten in der Sammelunterkunft "An der Horst" erforderlich gewesen. Aufgrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ist die Stadt aus rechtlichen Gründen verpflichtet, stets das "mildeste Mittel", das möglich ist, bei der Gefahrenabwehr anzuwenden. Solange der Stadt eigene Unterkünfte zur Verfügung stehen, sind deshalb vorrangig diese zu nutzen, bevor ein stärkerer rechtlicher Eingriff wie z. B. die Zwangseinweisung von Wohnungslosen in Privatwohnraum gerichtsfest begründet werden könnte. Auch eine dezentrale Unterbringung in Beherbergungsbetrieben kommt aus Gründen der sparsamen Haushaltsführung nicht in Betracht, solange die Stadt wesentlich

kostengünstiger eigene Unterkünfte nutzen kann. Nach alledem lagen also dringliche rechtliche Gründe für eine Unterbringung derjenigen Wohnungslosen in der städtischen Unterkunft "An der Horst" vor, die dezentral nicht versorgt werden konnten.

Dr. Hanke

Anlage/n:
keine

Betreff:

Unterbringung in Hotels

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.09.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.10.2015

Status

Ö

In einem Artikel der Braunschweiger Zeitung zur Auslastung der Hotels in Braunschweig war zu lesen:
"Die insgesamt knapp 4000 Betten in den Häusern sind zurzeit nur zu 50 Prozent ausgelastet."

<http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/es-wird-allmaehlich-zu-viel-id1987057.html>

Seit vielen Wochen ist die Landesaufnahmebehörde überbelegt. Auch die Anzahl der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge erhöht sich ständig. Allen dürfte bewusst sein, dass eine Unterbringung in Zelten bei sinkenden Temperaturen zunehmend problematisch wird.

Ebenso ist der Wohnungsmarkt derart angespannt, dass sozial- oder finanziell schwächere Gruppen und auch Studenten teilweise keinen eigenen Wohnraum mehr erhalten.

Der Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten ist gross und wird voraussichtlich noch weiter ansteigen.

Daher fragen wir an:

- Sieht die Stadtverwaltung Möglichkeiten, die freien Kapazitäten in den hier angesiedelten Hotels für die Unterbringung akut Wohnungsloser bzw. Flüchtlinge zu nutzen, insbesondere um kurzfristige Bedarfsspitzen abzufangen?
- Hat die Verwaltung zu diesem Zweck bereits Kontakt zu den hier angesiedelten Hotels aufgenommen?
-Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
-Wenn nein, warum nicht?

keine

Betreff:

Unterbringung in Hotels

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Sitzungstermin

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Frage 1:

Sieht die Stadtverwaltung Möglichkeiten, die freien Kapazitäten in den hier angesiedelten Hotels für die Unterbringung akut Wohnungsloser bzw. Flüchtlinge zu nutzen, insbesondere um kurzfristige Bedarfsspitzen abzufangen?

Die Landesaufnahmebehörde in Kralenriede ist eine Einrichtung des Landes. Die Unterbringung der erwachsenen Flüchtlinge ist daher keine städtische Aufgabe. Soweit der Stadtverwaltung bekannt ist, werden von der LAB bereits Flüchtlinge in Hotels untergebracht. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ist zuständig für die Unterbringung und Betreuung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge. Diese Jugendlichen werden nicht in Hotels untergebracht, da dies aufgrund des erhöhten Betreuungsbedarfes rund um die Uhr nicht praktikabel ist.

Die derzeitigen Kapazitäten für Wohnungslose sind ausreichend und kostengünstiger als eine Hotelunterbringung, so dass eine Hotelunterbringung bisher entbehrlich ist. Eine Erweiterung dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten durch Hotelunterbringungen scheidet nicht nur aus Kostengründen aus, sondern ist mit dem vorhandenen Personal auch nicht sozialpädagogisch betreubar.

Zu Frage 2:

Hat die Verwaltung zu diesem Zweck bereits Kontakt zu den hier angesiedelten Hotels aufgenommen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Die Verwaltung hat durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie lediglich zu einem Hotel in unmittelbarer Nachbarschaft des Jugendzentrums Mühle Kontakt hergestellt um flexibel und einrichtungsnah weitere Zimmerkapazitäten vorhalten zu können. Das Jugendzentrum Mühle wird übergangsweise für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen genutzt.

Weitere Kontakte erfolgten aus den zu Frage 1 genannten Gründen nicht.

Dr. Hanke

Anlage/n:

keine

Betreff:

Schulkindbetreuung und Ganztagsschule

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.09.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Grundschulkinder steigt seit Jahren stetig an und kann in Braunschweig bisher nicht annähernd gedeckt werden.

Am 24.06.2013 (DS 2654/13) fasste der Rat den einstimmigen Beschluss, die Schulkindbetreuung auf eine Versorgungsquote von 60% auszubauen. Perspektivisch sollten dazu alle Grundschulen in Offene Ganztagsschulen nach dem Braunschweiger Modell (OGSen) umgewandelt werden. Nur so könne der angestrebte Versorgungsgrad flächendeckend erreicht werden. Als Zwischenlösung sollte auch der Ausbau von Schulkindbetreuungsgruppen in und an Schulen erfolgen.

Am 27.05.2014 (DS 16802/14) wurde vom Rat die Umsetzung in drei Ausbaustufen beschlossen. Die Zielerreichung nach Ablauf des Planungszeitraumes wurde auf zunächst 56,3% und 1.300 zusätzliche Plätze festgelegt. Der weitere Ausbau auf 60% sollte danach erfolgen. Neben der Aufstockung der Plätze an den vorhandenen OGSen sollten von 2015 bis 2020 jeweils 100 neue Schulkindbetreuungsplätze in und an Schulen entstehen. Ab 2016 sollten dann Grundschulen sukzessive in Ganztagsschulen nach dem Braunschweiger Modell umgewandelt werden. Zu diesen Schulen gehören zunächst vorrangig die Grundschulen Ilmenaustraße, Lamme, Lehndorf, Querum und Waggum, womit 500 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen würden. Ohne es explizit zu sagen wird im Umsetzungsbeschluss der Eindruck erweckt, dass insgesamt inklusive des Ausbaus der 5 Ganztagsschulen von einem Planungszeitraum bis 2020 ausgegangen wird.

Die konkrete Umsetzung erweckt allerdings den Eindruck, dass die beschlossenen 56,3% nicht annähernd bis 2020 erreicht werden können und der „Planungszeitraum“ beim jetzigen Umsetzungstempo eher die 10 Jahresfrist überschreiten dürfte. Und selbst dann sind die 60% Zielquote nicht erreicht. Jede Einrichtung einer Braunschweiger Modell Ganztagsschule bedarf von der Konzeption bis zur praktischen Eröffnung eines Vorlaufes von mindestens 3 Jahren. Immer sind umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich. Im Investitionsprogramm 2016 bis 2019 ist aber lediglich die Grundschule Lamme aufgenommen, die dann frühestens zum Schuljahr 2017/2018 den Betrieb aufnehmen kann. Für Waggum und Querum ist im Investitionsprogramm nach unserem Kenntnisstand bisher nur die Schulsanierung aufgenommen. Und auch die Einrichtung reiner Schulkindbetreuungsplätze bedarf inzwischen größerer investiver Maßnahmen, als im Investitionsplan festgelegt. Es gibt nur noch wenige Schulen mit freien umzunutzenden Räumen, die für Schulkindbetreuungsräume zur Verfügung gestellt werden können. Die Lösung, übergangsweise Container aufzustellen, ist angesichts der aktuellen Entwicklung auch nur begrenzt möglich.

Kurz gefasst, es gibt begründete Zweifel, dass der gesellschaftlich so notwendige und beschlossene Ausbau der Schulkindbetreuung mit der jetzigen Planungspraxis in einem für Kinder und Eltern vertretbaren Zeitraum umgesetzt werden kann.

Vor diesem Hintergrund stellen wir die folgenden Fragen:

1. Wann und in welchen zeitlichen Schritten sollen angesichts der Tatsache, dass im Investitionsplan 2016 bis 2019 nur die Grundschule Lamme aufgenommen ist, der im Ratsbeschluss von Mai 2014 beschlossene schrittweise Ausbau von 4 weiteren OGSen bzw. 500 Betreuungsplätzen an diesen Schulen erfolgt sein?
2. Gibt es konkrete Planungen, wo und wie zum Schuljahr 2016/2017 die beschlossenen 100 Plätze der Schulkindbetreuung eingerichtet werden können (Nutzung vorhandener Räume, Ausbauplanung bzw. Containerlösung etc.)?
3. Was gedenkt die Verwaltung darüber hinaus zu unternehmen, um Schritte zur perspektivischen Umwandlung aller Grundschulen OGSen nach dem Braunschweiger Modell oder andere Formen der Ganztagschulen einzuleiten?

Anlagen: keine

Betreff:

**Dringlichkeitsanfrage:
Aktuelle Situation im Umfeld der LAB**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

In der letzten Woche sind die Berichte von Anwohnern und in der örtlichen Presse über die anhaltend angespannte Lage in der Landesaufnahmebehörde (LAB) sowie deren Umfeld nicht abgerissen. Meistens ist in diesen Schilderungen von schweren Straftaten, gewaltsamen Auseinandersetzungen und Diebstahldelikten die Rede gewesen, welche eindeutig auf die massive Überbelegung der LAB zurückzuführen sind. Auch beim Tag der offenen Tür im Rathaus waren die Zustände in Kralenriede das bestimmende Thema bei Bürgergesprächen.

Nur zur Erinnerung: eigentlich ist die LAB für 750 Asylsuchende ausgelegt, in der letzten Zeit aber dauerhaft mit über 3.000 Menschen belegt, inzwischen sind teilweise sogar 4.000 Personen auf dem Gelände. Die vor wenigen Wochen noch als Ausnahmezustand beschriebene Belegung scheint sich zum Dauerzustand zu entwickeln. Von einer seitens der Landesregierung bereits mehrfach angekündigten Entspannung ist nichts zu spüren. Dieser Zustand bereitet uns große Sorgen!

Gerade die Anwohner im Umfeld der Landesaufnahmebehörde und entlang des Steinriedendamms wollen endlich Lösungen für die von ihnen oftmals beschriebenen Probleme der Kriminalität, des übermäßigen Alkoholkonsums und der Vermüllung. Eine stärkere Polizeipräsenz wird vielfach eingefordert, vom Land aber nicht erbracht. Die Bereitstellung des Info-Mobils der Polizei im Bereich der Nahversorger am Steinriedendamm bringt nur den sprichwörtlichen „Tropfen auf den heißen Stein“. Gerade die Landespolitik muss endlich Antworten liefern auf die drängendsten Fragen nach mehr Sicherheit und einer Normalisierung der Zustände! Die bereits in der Presse geäußerte Haltung, dass „mehr Einsatzkräfte derzeit nicht zur Verfügung stehen“ können und wollen wir nicht hinnehmen. Die eingesetzten Beamten bewegen sich schon heute deutlich über ihrer Belastungsgrenze. Ihnen gehört unser großer Respekt für ihren unermüdlichen Einsatz. Die Landesregierung muss endlich handeln und neue Polizisten einstellen bzw. möglicherweise gerade pensionierte Beamte in den aktiven Dienst zurückholen. Als die rot-grüne Arbeitszeitregelung für Gymnasiallehrer vom Gericht kassiert wurde, wurden ad hoc 750 neue Lehrerstellen geschaffen, eine analoge Handhabung scheint also auch hier durchaus möglich.

Mit unseren Bedenken in Bezug auf die Aufnahmekapazitäten stehen wir nicht allein. Erst am 27. September hat Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede anlässlich des Auftaktes zur 40. Interkulturellen Woche in Mainz wörtlich gesagt: „Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten, sie sind endlich. [...] Unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt“. Und auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat am Wochenende in einem Interview mit Spiegel online deutlich gemacht, dass auch er sich große Sorgen mache und „wir [...] uns in Deutschland mit rasanter Geschwindigkeit den Grenzen unserer Möglichkeiten“ nähern. Weiter sagte Gabriel wörtlich: „Es darf kein Klima geben, in dem jeder, der sich Sorgen macht, gleich als ausländerfeindlich oder rechtsradikal gilt.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung nach Kenntnis der Verwaltung, um die extreme Überbelegung in der Landesaufnahmebehörde in Kralenriede zu beenden - vor allem in Hinblick auf die anstehende kalte Jahreszeit?

2. Teilt die Verwaltung die Auffassung der CDU, dass sich das Land nicht auf das Argument der fehlenden Einsatzkräfte bei der Polizei zurückziehen sollte sondern neue Polizisten einstellen, um die Lage - wie mehrfach versprochen - endlich zu beruhigen?
3. Würde aus Sicht der Verwaltung (in Abstimmung mit der Polizei) eine auf die Zeit der Überbelegung der LAB begrenzte Alkoholverbotszone im Bereich der Nahversorger am Steinriedendamm sowie entlang des Steinriedendamms eine Entspannung bringen?

Anlagen:

keine

Betreff:

Dringlichkeitsanfrage:

Aktuelle Situation im Umfeld der LAB

Organisationseinheit:

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

1. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung nach Kenntnis der Verwaltung, um die extreme Überbelegung in der Landesaufnahmehörde in Kralenriede zu beenden - vor allem in Hinblick auf die anstehende kalte Jahreszeit?

Nach eigener Aussage erweitert das Land ständig die Gesamtplatzzahl in Erstaufnahmestandorten insbesondere durch Schaffung neuer Standorte. Die Anzahl der eingerichteten Plätze belaufe sich aktuell auf ca. 13.000. Gleichwohl gibt es nach wie vor einen steigenden Zulauf nach Niedersachsen.

2. Teilt die Verwaltung die Auffassung der CDU, dass sich das Land nicht auf das Argument der fehlenden Einsatzkräfte bei der Polizei zurückziehen sollte sondern neue Polizisten einstellen, um die Lage - wie mehrfach versprochen - endlich zu beruhigen?

Die Verwaltung hat mit der Polizei vereinbart verstärkt gemeinsam mit dem Zentralen Ordnungsdienst der Stadt Braunschweig Streifengänge in Kralenriede zu unternehmen und die Präsenz vor Ort zu erhöhen. Der ZOD kann und darf allerdings kein Ersatz für die Polizei sein. Die konkrete Einsatz- und Personalplanung bei der Polizei ist eine Angelegenheit des Landes.

3. Würde aus Sicht der Verwaltung (in Abstimmung mit der Polizei) eine auf die Zeit der Überbelegung der LAB begrenzte Alkoholverbotszone im Bereich der Nahversorger am Steinriedendamm sowie entlang des Steinriedendamms eine Entspannung bringen?

Die Einrichtung einer Alkoholverbotszone auf der Grundlage einer polizeirechtlichen Verordnung oder durch Allgemeinverfügung zur Abwehr alkoholbedingter Gefahren wäre nicht zulässig. Nach Einschätzung der Gerichte sei es nicht erwiesen, dass der Genuss von Alkohol regelmäßig und typischer Weise Gewaltdelikte, Sachbeschädigungen und Lärmbelästigungen mit sich bringe (vgl. OVG Sachsen-Anhalt Urteil vom 7. März 2010 AZ. 3 K 319/09, VGH Baden-Württemberg vom 28. Juli 2009 AZ. 1 S 2200/08, VG Osnabrück vom 11. Februar 2010 AZ. 6 B 9/10).

Nach Rücksprache mit der Einsatzleitung des zuständigen Polizeikommissariats Nord wird eine solche Zone auch von dort nicht befürwortet, da eine zeitlich und räumliche umfassende Kontrolle nicht umsetzbar wäre.

Dr. Hanke

Anlage/n:
keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der
Stadt**

TOP 6.
15-00886
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Dringlichkeitsantrag: Einrichtung eines Tagesordnungspunktes
"Aktuelle Flüchtlingssituation in Braunschweig"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

06.10.2015

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Tagesordnung wird um den Punkt "Aktuelle Flüchtlingssituation in Braunschweig" erweitert. Dieser Tagesordnungspunkt wird nach Punkt 5 "Anfragen" eingefügt.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:

keine

Betreff:

Flüchtlingssituation in Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

"Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Rat der Stadt Braunschweig sowie die Öffentlichkeit laufend über seine Gespräche, Zwischenergebnisse und Ergebnisse im Dialog mit der Landesregierung zum Thema Flüchtlingssituation in Braunschweig zu informieren.

Der Rat der Stadt Braunschweig spricht sich darüber hinaus dafür aus,

- a) dass eine weitere situationsangepasste Aufstockung des ZOD für den Einsatz in Kralenriede erfolgt.
- b) dass die Eingangsuntersuchung auch dezentral auf dem Gelände der LAB oder deren Umfeld erfolgt.

Weiterhin fordert der Rat der Stadt Braunschweig die Niedersächsische Landesregierung auf,

- a) in Kralenriede eine temporäre Polizeiwache einzurichten.
- b) zusätzliche Polizeikräfte besonders für die Städte mit Erstaufnahmeeinrichtung einzustellen.
- c) wie vom Oberbürgermeister gefordert, mehr Deutschlehrer und Sozialpädagogen einzustellen."

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich

Anlagen:

keine

Absender:

Fraktion der Piratenpartei im Rat der Stadt

TOP 6.2

15-00889
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Notfallplan Unterbringung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich einen Plan zu entwickeln, der es mit einer Vorlaufzeit von weniger als 2 Stunden erlaubt, bis zu 1000 Menschen vom Hauptbahnhof in eine oder mehrere Unterbringung(en) zu transportieren und dort innerhalb von 8 Stunden eine ausreichende Nahrungsversorgung zu sichern.

Begründung:

erfolgt mündlich

Anlagen:

Betreff:

**Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig
(Wochenmarktsatzung)**

Organisationseinheit:

Dezernat II
32 Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Datum:

12.06.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	24.06.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	30.06.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	01.07.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	01.07.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	16.07.2015	Ö
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	08.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

"Die der Vorlage beigelegte Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig (Wochenmarktsatzung) wird beschlossen."

Sachverhalt:

Seit der letzten Neufassung der Wochenmarktsatzung, die der Rat der Stadt Braunschweig am 25. September 2007 (Drucksache: 11407/07) beschlossen hat, haben sich die Rahmenbedingungen verändert, sodass eine weitere Anpassung der Wochenmarktsatzung notwendig ist. Da es sich hierbei um nicht geringfügige Änderungen handelt, schlägt die Verwaltung vor, eine neue Satzung über den Wochenmarktverkehr zu beschließen und die bisherige Satzung aufzuheben.

Der "Bezirksverband der Braunschweiger Marktkaufleute e. V." ist zu der neuen Wochenmarktsatzung gehört worden. Änderungserfordernisse haben sich hierbei nicht ergeben.

Die Beschlusskompetenz des Rates für Satzungsbeschlüsse ergibt sich aus § 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes.

Die wesentlichen Änderungen im Einzelnen

zu § 2 Platz, Zeit und Öffnungszeiten der Wochenmärkte

zu Abs. 2

Die Vorschrift regelt künftig verbindlich und damit planbar die Verlegung von Wochenmärkten auf Grund von Feiertagen. Dabei orientiert sie sich an den bisher praktizierten und bewährten Regelungen. Um den Interessen der Marktbesucher in besonderen Fällen Rechnung tragen zu können, sind einvernehmliche Abweichungen weiter möglich.

zu Abs. 4

Als Betreiberin der Wochenmärkte hat die Stadt auch auf die Sicherheit der Marktbesucher und der Besucher der Märkte zu achten. Hierzu kann auch die vorzeitige Schließung eines Marktes auf Grund extremer Wetterlagen gehören. Die Vorschrift dient der Konkretisierung der schon bestehenden allgemeinen gefahrenabwehrrechtlichen Regelungen.

zu den Anlagen

Die festgesetzten Öffnungszeiten sowie die Lagepläne der Wochenmärkte sind der Satzung als Anlage 1 und 2 beigelegt.

Trotz intensiver Bemühungen im Jahr 2010, die Wochenmärkte Alte Waage (Stadtbezirk 131) und Riddagshausen (Stadtbezirk 112) wiederzubeleben, wird der Wochenmarkt Alte Waage seit Juni 2012 nicht mehr von den Marktbesuchern genutzt. Der Wochenmarkt in Riddagshausen wird - mit kurzfristigen Unterbrechungen vom 3. September bis 15. Oktober 2010 sowie im April 2013 (1 Marktbesucher) - seit März 2010 nicht mehr von den Marktbesuchern besucht. Aufgrund dessen sollen diese Wochenmärkte und die bisher festgesetzten Wochenmarktfächen entfallen.

Die Flächen der übrigen Märkte sind in den Lageplänen dargestellt. Diese wurden aktualisiert und an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst. Veränderungen haben sich durch die Umgestaltung des Erfurtplatzes (Stadtbezirk 212) im Jahr 2013 oder die Umgestaltung der Herzogin-Elisabeth-Straße im Bereich des Wochenmarktes Stadtpark (Stadtbezirk 120) im Jahr 2009 ergeben.

Auf dem Stöckheimer Markt (Stadtbezirk 211) ist aufgrund der großen Nachfrage nach zusätzlichen Standplätzen eine Erweiterung der Wochenmarktfäche in süd-östlicher Richtung vorgesehen.

Die Wochenmarktfäche des Altstadtmarktes (Stadtbezirk 131) wird geringfügig um eine kleine Fläche nördlich des Gewandhauses/Ecke Brabantstraße erweitert.

zu § 5 Zuweisung der Standplätze**zu Abs. 1**

Die Wochenmarktsatzung normiert die bisherige Praxis, dass für die Zuweisung der Standplätze ein schriftlicher und bearbeitungsfähiger Antrag notwendig ist. Darüber hinaus wird klargestellt, dass mit der generellen Zuweisung eines Platzes auf einem Wochenmarkt nicht die Zuweisung und damit der Anspruch auf den tatsächlichen und festen Standort verbunden ist. Vielmehr wird dieser entsprechend der bewährten Praxis weiter vor Ort von der zuständigen Marktaufsicht zugewiesen.

zu § 9 Brandschutz

Bisher enthielt die Satzung keine Regelungen bzgl. des Brandschutzes auf den städtischen Wochenmärkten. Die mit der Feuerwehr abgestimmte Regelung soll nun zur Erhöhung der Sicherheit von Marktbesuchern und Kunden eingefügt werden.

zu § 10 Verhalten auf dem Wochenmarkt**zu Abs. 3**

Auf Anregung des Fachbereichs Stadtgrün und Sport wurde eine Regelung zum Schutz der öffentlichen Grünflächen und Baumscheiben auf den Märkten aufgenommen.

zu Abs. 4

Das Verhalten einzelner Marktbesicker beim Auf- und Abbau der Marktstände und das Verteilen von Werbematerialien durch Dritte führte in der Vergangenheit immer wieder zu Beschwerden von Markthändlern und Kunden. Die Verhaltensregeln werden daher ergänzt und Verstöße bußgeldbewehrt, um diesen Störungen entgegenzuwirken.

zu § 11 Haftung**zu Abs. 3**

Neu ist der Hinweis, dass die Marktbesicker sich gegen Diebstahl, Sturm- und Feuerschäden selbst zu versichern haben. Er dient der Klarstellung, dass die Stadt als Betreiberin in den genannten Fällen nicht bzw. nur im Falle einer Amtspflichtverletzung haftet.

zu Abs. 4

Der Haftungsschluss für den Fall des Ausfalls oder der vorzeitigen Beendigung eines Marktes, folgt aus der neu aufgenommenen Regelung, dass Märkte bei entsprechenden Gefahrenlagen vorzeitig durch die Stadt beendet werden können.

zu § 12 Ordnungswidrigkeiten

Die Vorschrift wurde den neueren gesetzlichen Erfordernissen angepasst, wonach die mit Bußgeld bewehrten Ordnungswidrigkeitstatbestände einzeln explizit aufzuführen sind.

Ruppert

Anlage/n:

Anlage 1

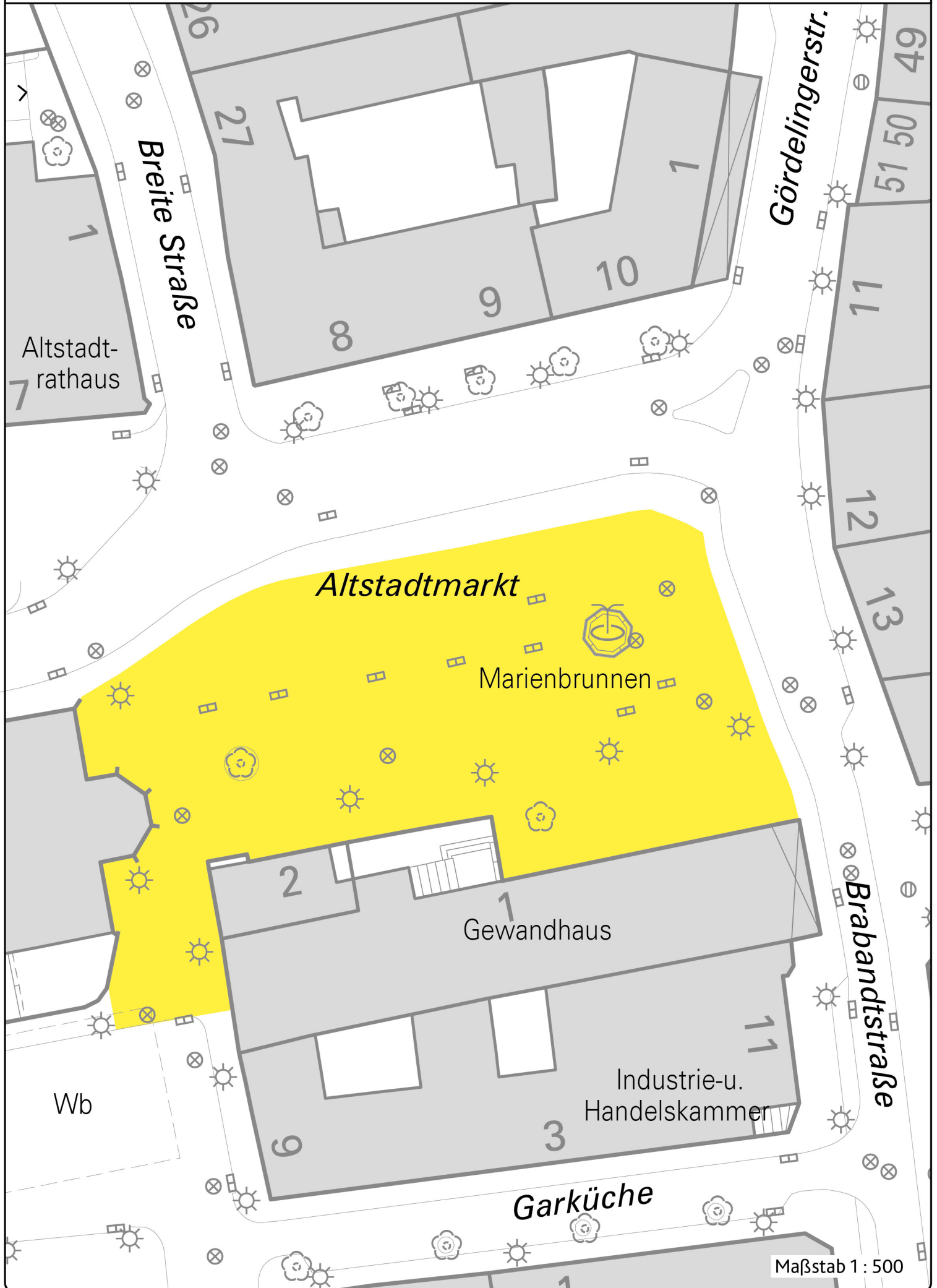
Anlage 2

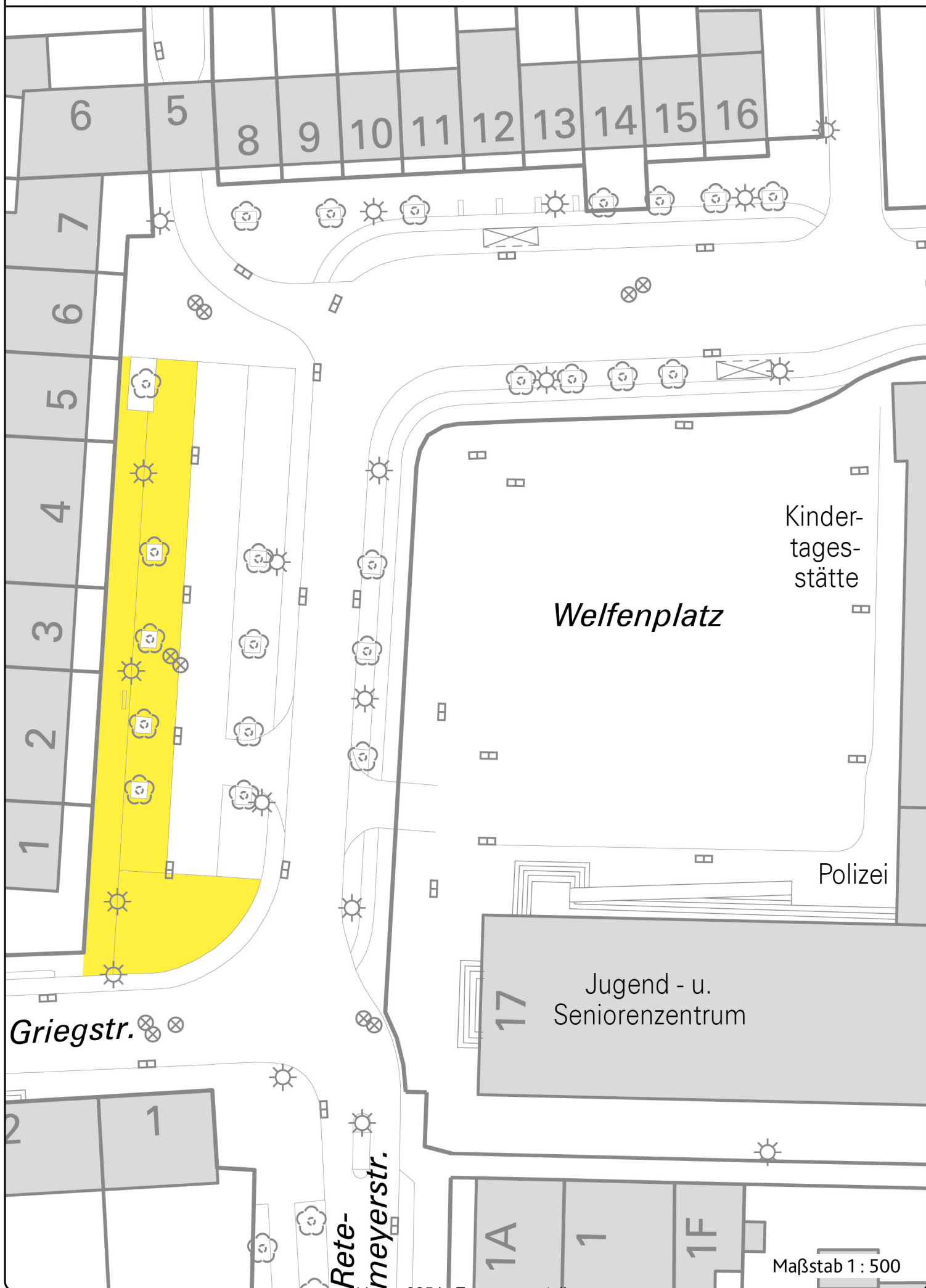
Wochenmarktsatzung

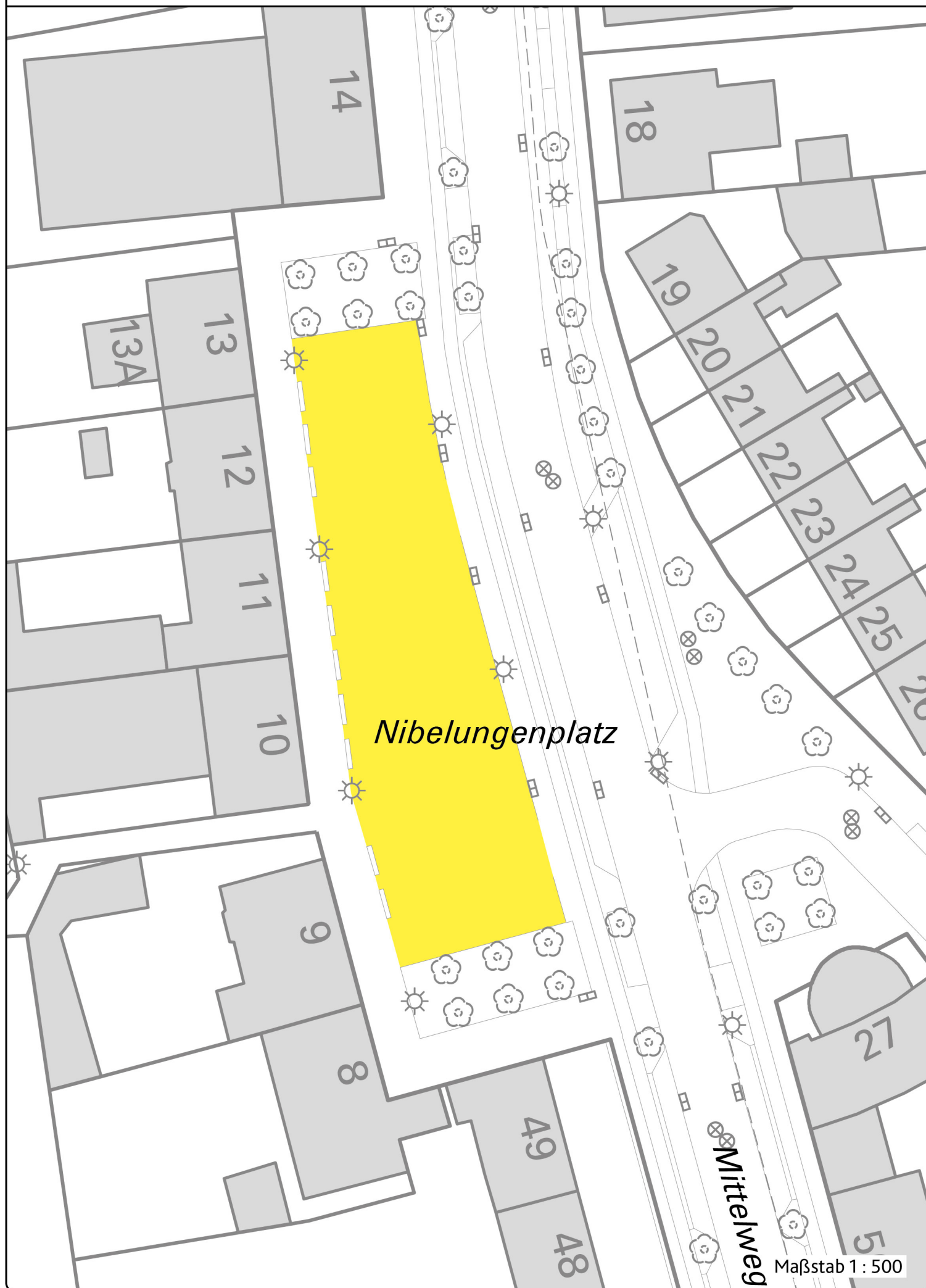
Anlage 1

Die städtischen Wochenmärkte finden in Braunschweig auf folgenden Flächen an den festgesetzten Wochentagen statt:

a) Altstadtmarkt	Mittwoch, Sonnabend (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
b) Welfenplatz	Mittwoch, Sonnabend (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
c) Nibelungenplatz	Dienstag, Freitag (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
d) Erfurtplatz	Dienstag, Freitag (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
e) Westfalenplatz	Dienstag, Freitag (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
f) Lehdorf (Sulzbacher Straße)	Donnerstag (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
g) Weststadt (Einkaufszentrum Elbestraße)	Donnerstag (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
h) Rüningen (Thiedestraße)	Sonnabend (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
i) Magnikirchplatz	Donnerstag (14.00 bis 18.00 Uhr)
j) Stadtpark (Herzogin-Elisabeth-Straße)	Donnerstag (14.00 bis 18.00 Uhr)
k) Wenden (Lindenstraße)	Freitag (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
l) Stöckheim (Stöckheimer Markt)	Sonnabend (8.00 Uhr bis 13.00 Uhr)

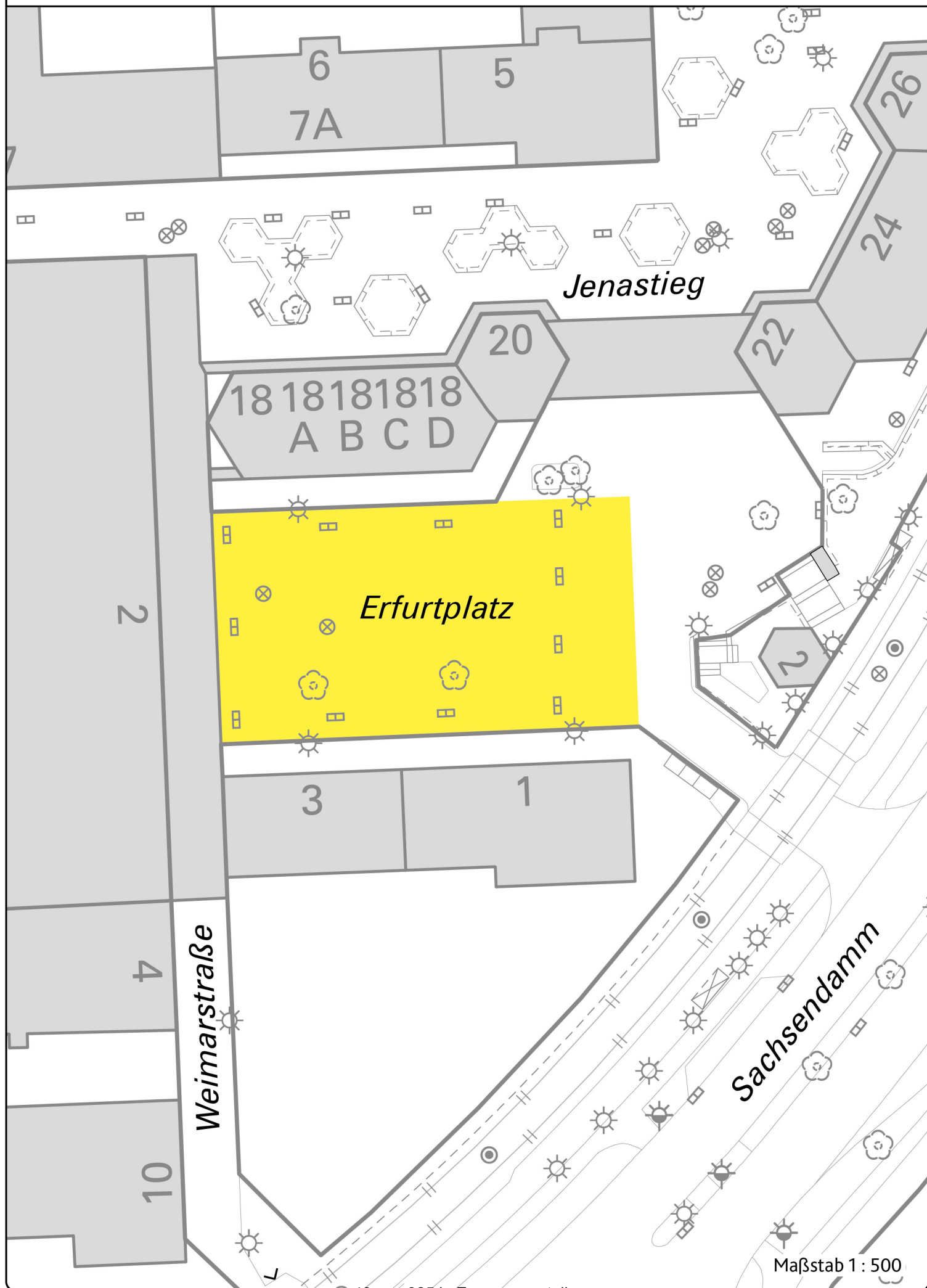


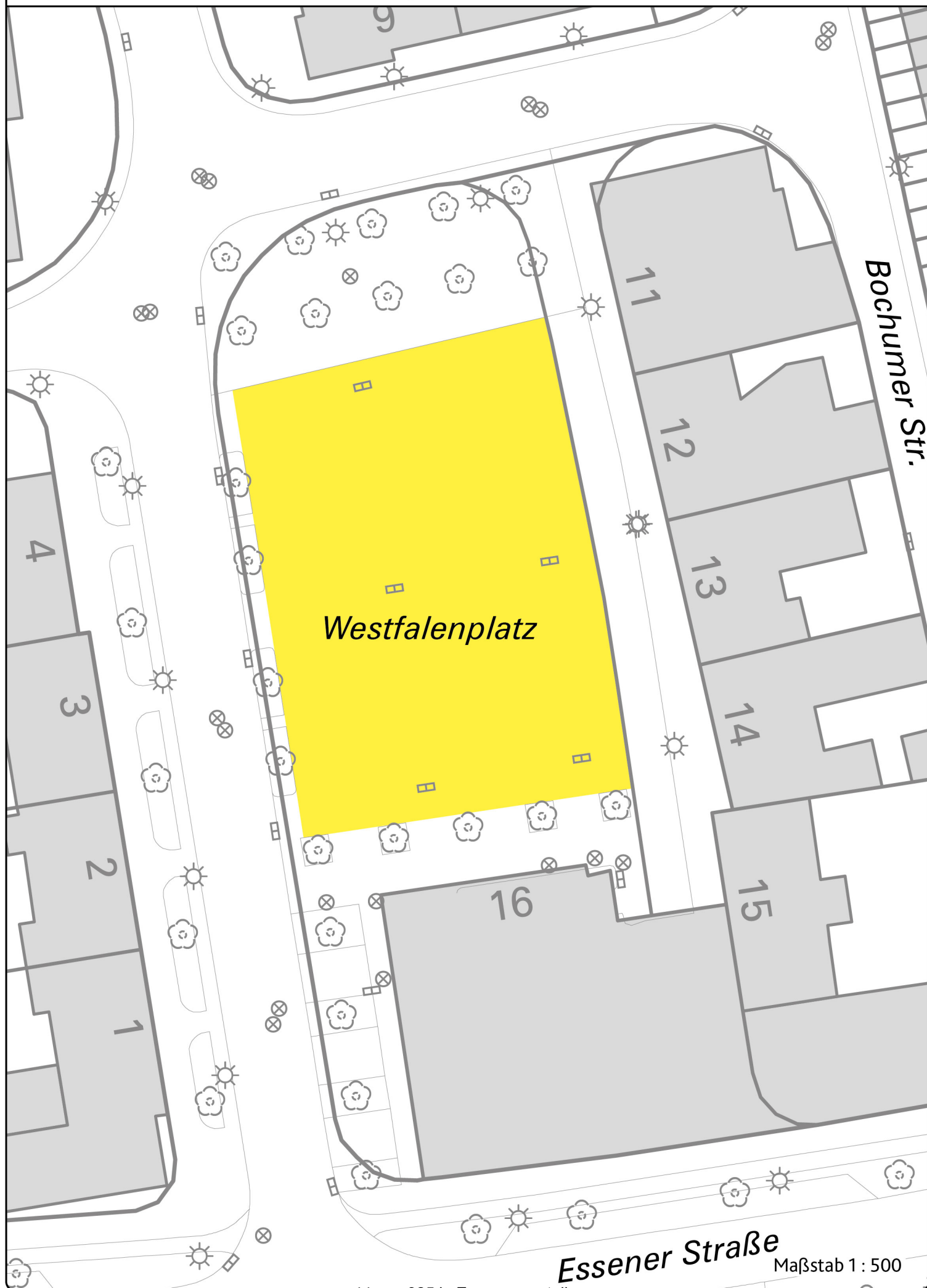




d) Wochenmarktplatz Erfurtplatz

TOP 7. Anlage 2



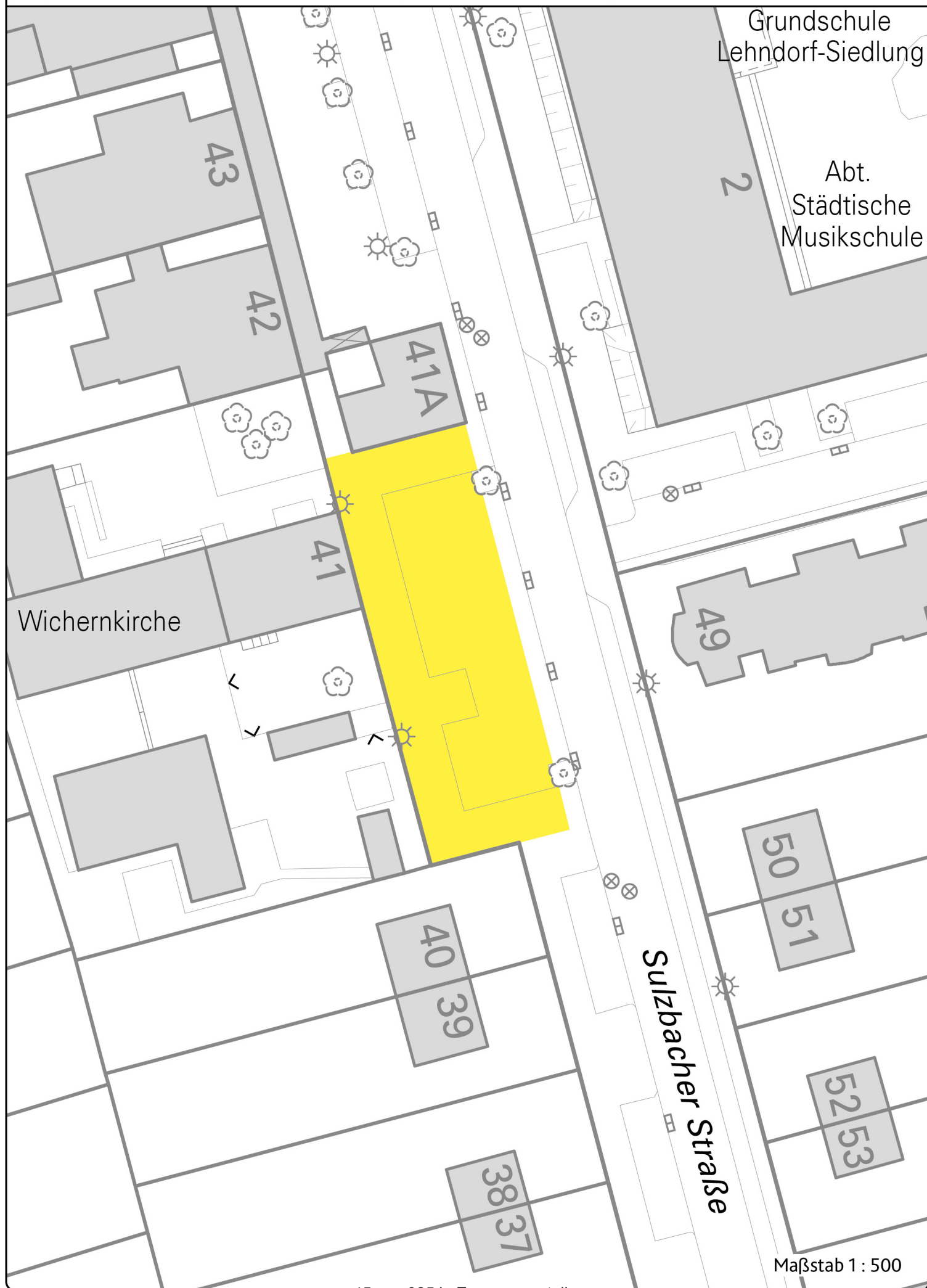


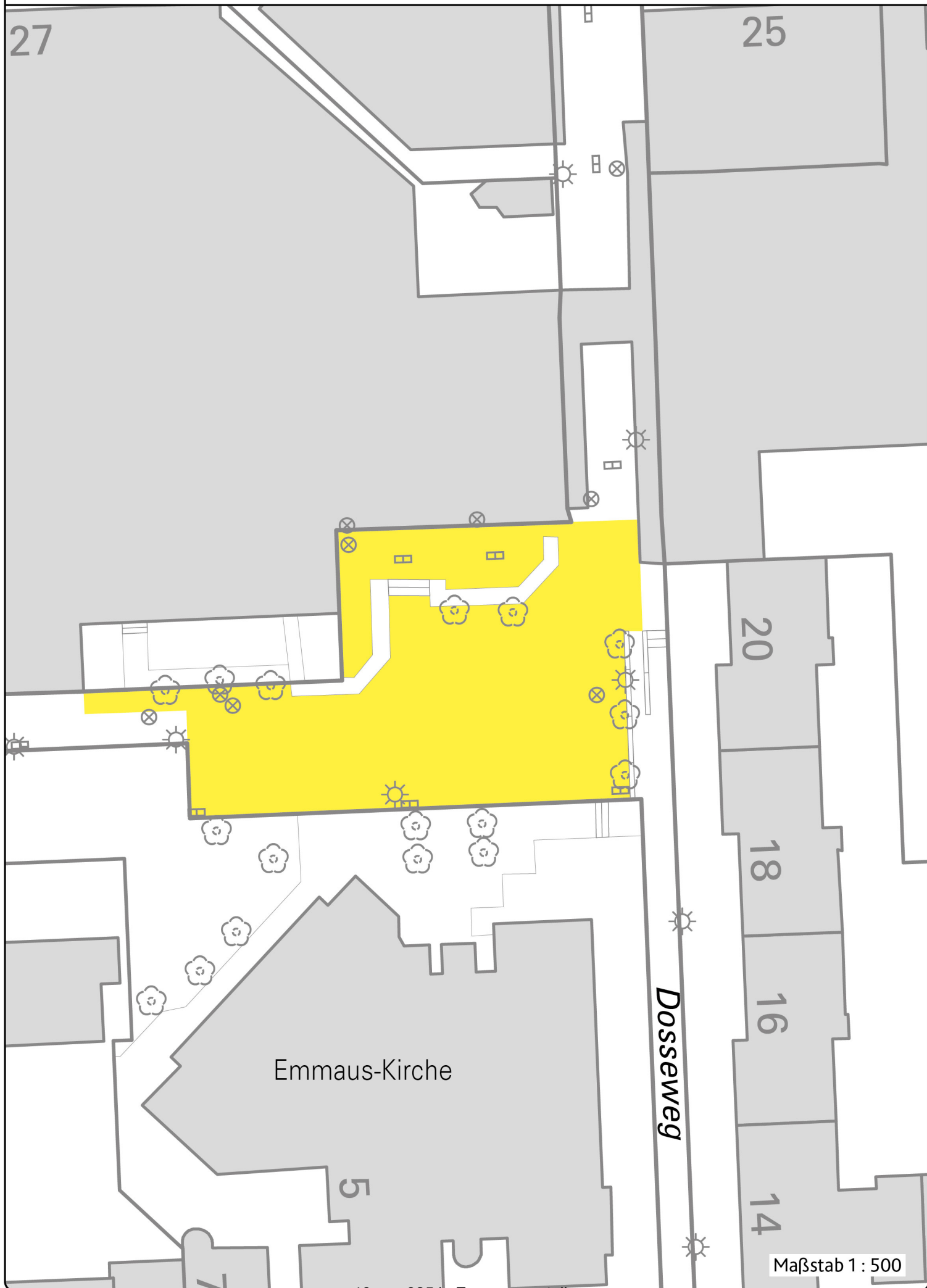
Essener Straße

Maßstab 1 : 500

f) Wochenmarktplatzfläche Lehnndorf (Sulzbacher Straße)

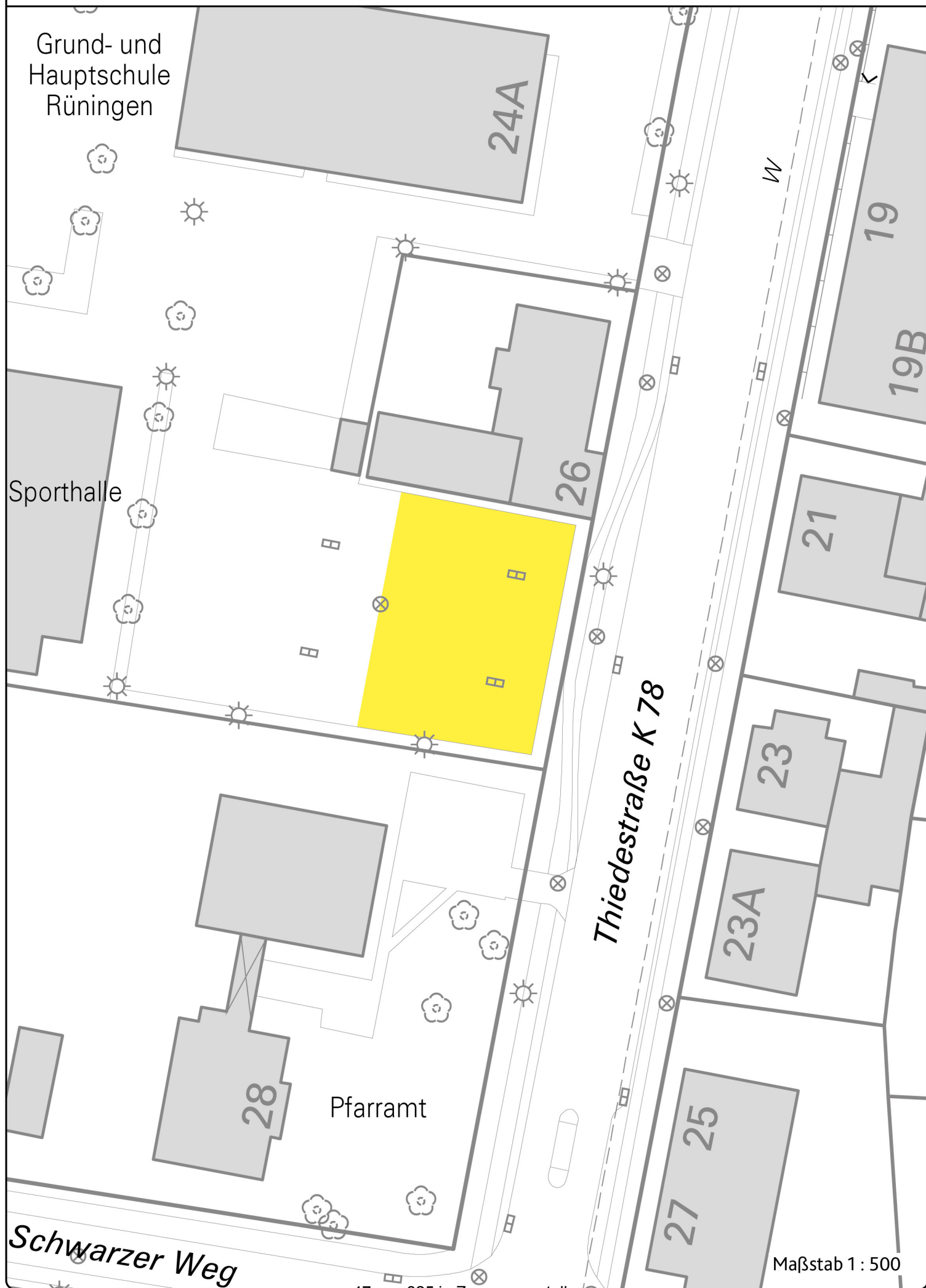
TOP 7. Anlage 2

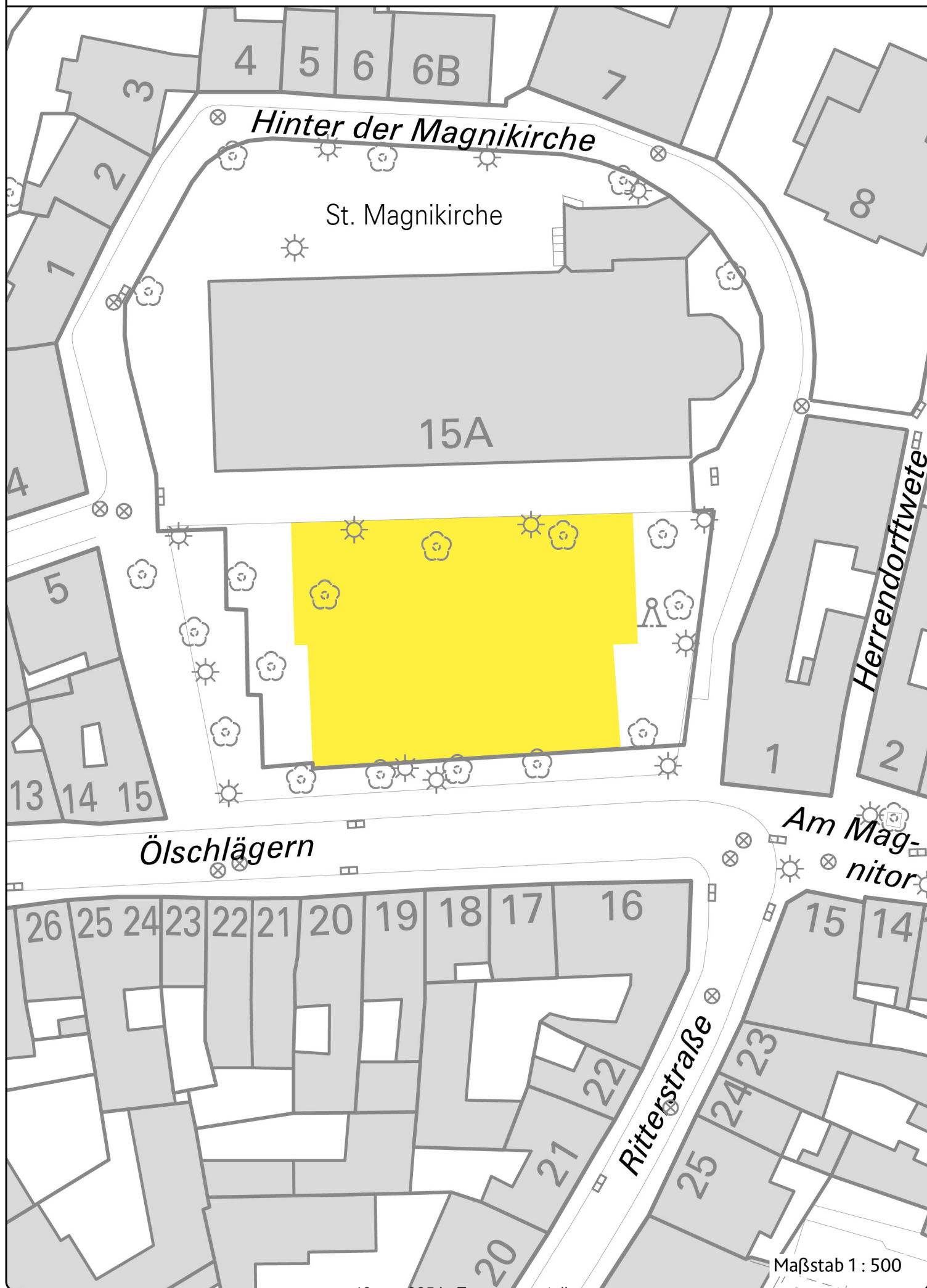




h) Wochenmarktplatzfläche Rüningen (Thiedestraße)

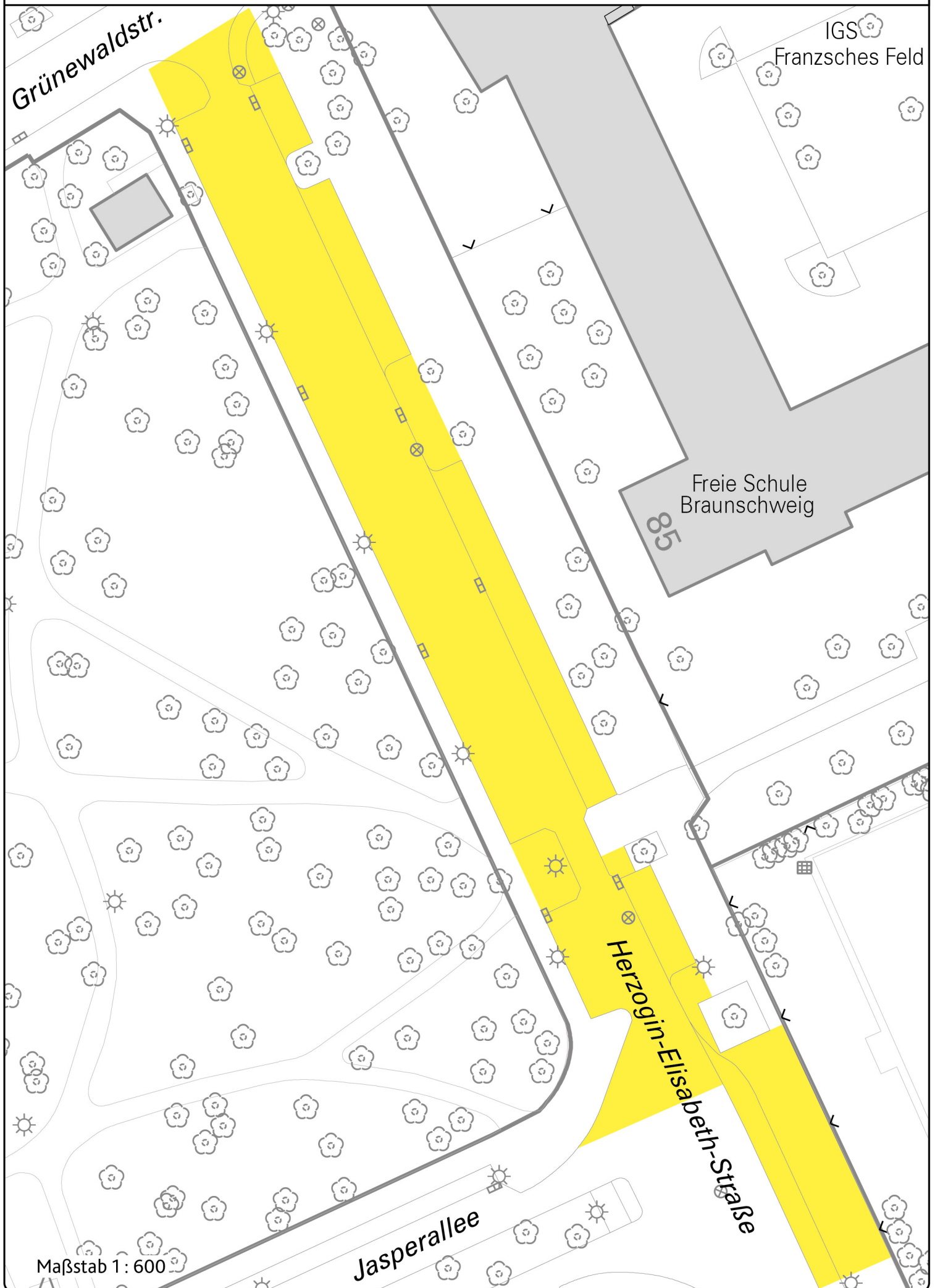
TOP 7. Anlage 2



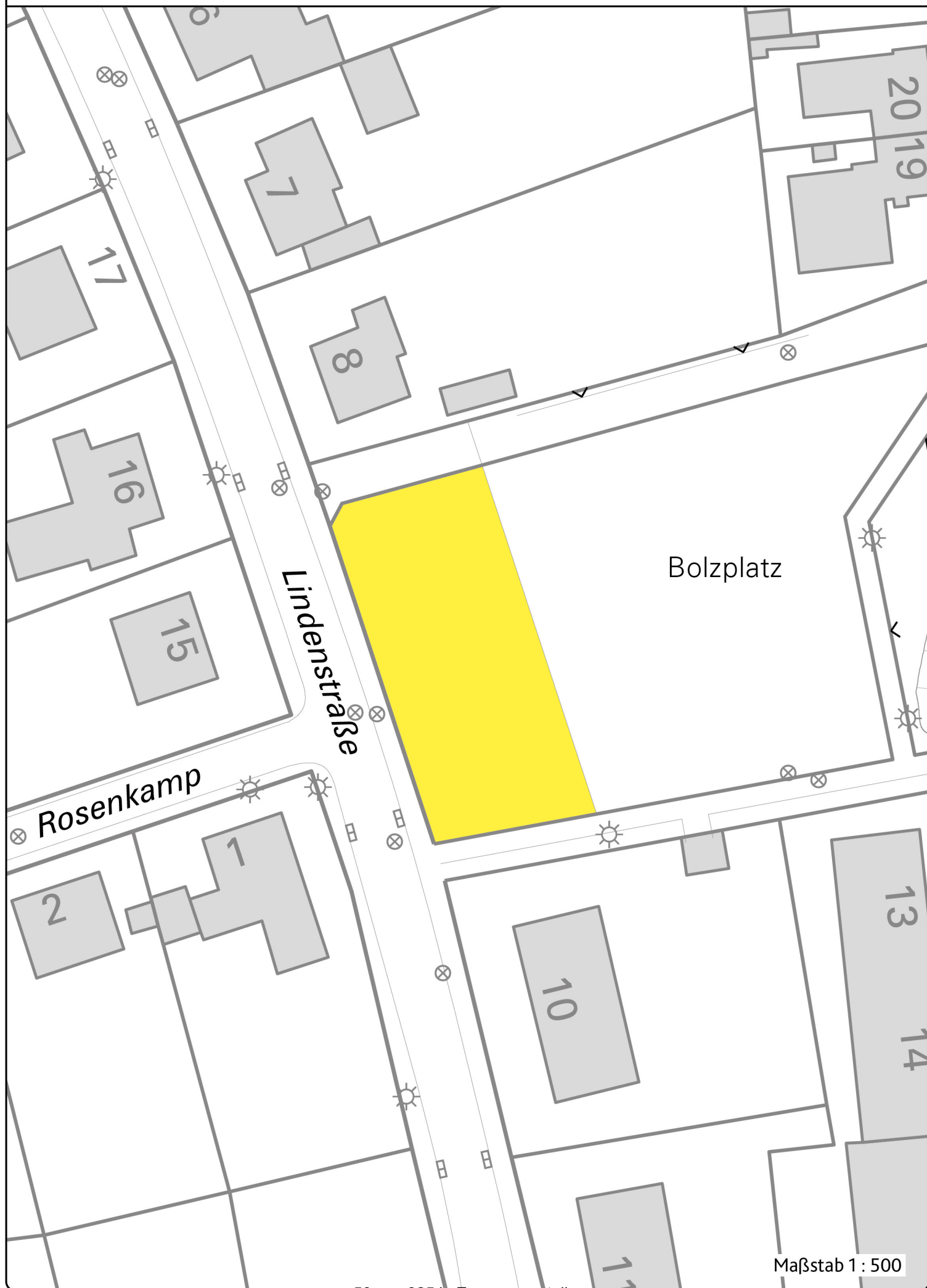


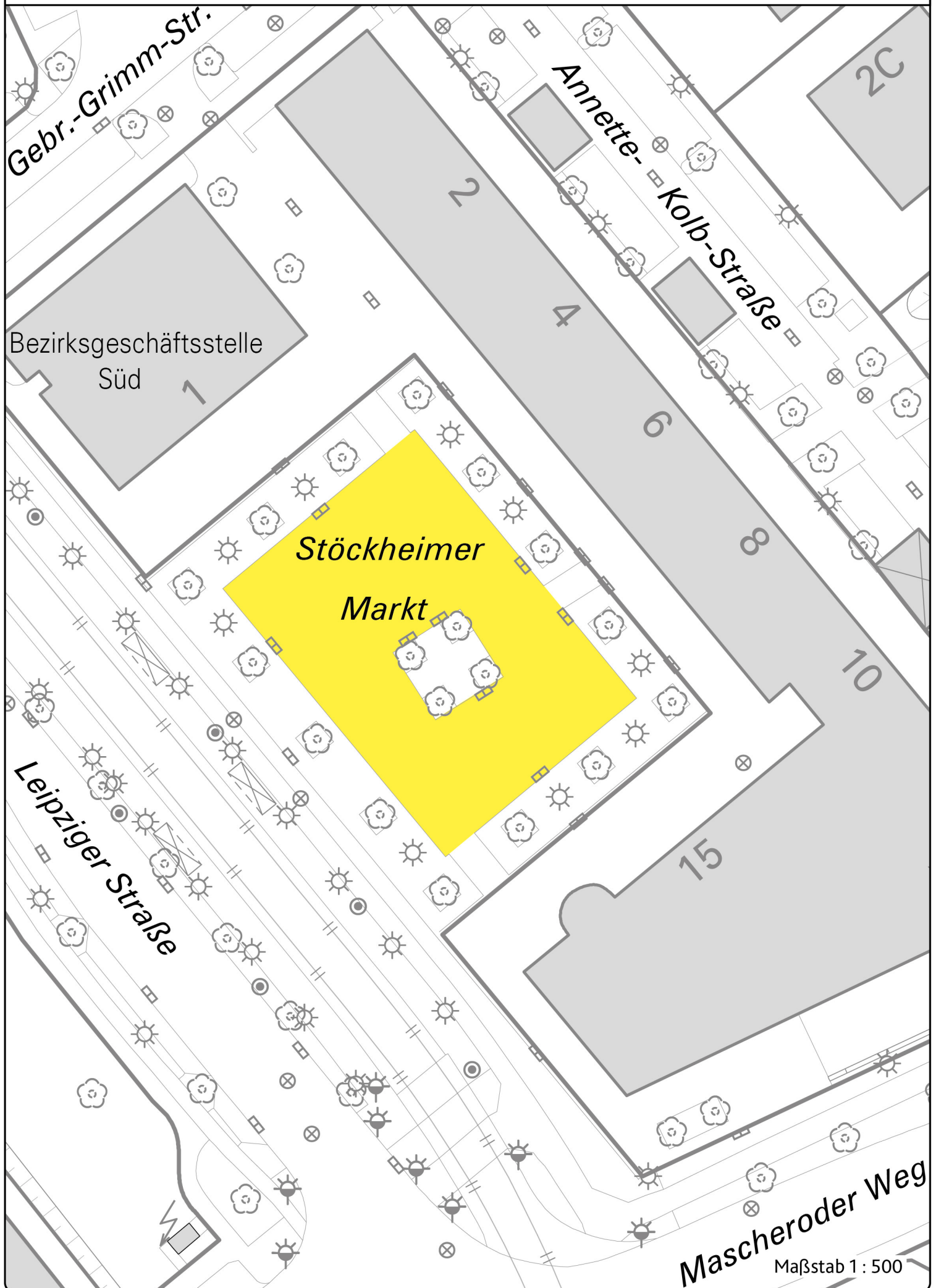
j) Wochenmarktpläche Stadtpark (Herzogin-Elisabeth-Straße)

TOP 7. Anlage 2



Maßstab 1 : 600





Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig (Wochenmarktsatzung)

vom 6. Oktober 2015

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 6. Oktober 2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Öffentliche Einrichtung

- (1) Die Stadt Braunschweig betreibt die Wochenmärkte als öffentliche Einrichtung.
- (2) Zur Stromversorgung werden die notwendigen Einrichtungen von der Stadt zur Verfügung gestellt. Anschlusskabel haben die Marktbesicker zu stellen.
- (3) Für die Benutzung der Flächen und der Stromversorgung der Wochenmärkte in Braunschweig werden Gebühren nach der „Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig“ erhoben.

§ 2

Platz, Zeit und Öffnungszeiten der Wochenmärkte

- (1) Die festgesetzten Wochenmärkte finden zu den in der Anlage 1 festgelegten Öffnungszeiten sowie auf den in der Anlage 2 bestimmten Flächen statt.
- (2) Fällt der Markttag auf einen gesetzlichen Feiertag, so findet der Wochenmarkt am vorausgehenden Werktag statt. Dies gilt nicht am 26. Dezember, in diesem Fall findet der Wochenmarkt nicht statt. Im Benehmen mit den Marktbesickern können abweichende Regelungen getroffen werden.
- (3) Ausnahmsweise und für einen vorübergehenden Zeitraum kann die Stadt Markttag, Öffnungszeit und Platz abweichend von den Anlagen 1 und 2 festsetzen. Die abweichende Festsetzung wird in der Braunschweiger Zeitung bekanntgegeben.
- (4) Besteht in Ausnahmesituationen, z. B. bei einer gefährlichen Wetterlage, eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, kann die Stadt die sofortige Schließung eines Wochenmarktes anordnen. Dieser Anordnung ist durch die Marktbesicker unverzüglich Folge zu leisten.

§ 3

Auf- und Abbau

Waren, Verkaufseinrichtungen und sonstige Betriebsgegenstände dürfen frühestens zwei Stunden vor Beginn der Marktzeit angefahren, ausgepackt oder aufgestellt werden. Sie müssen spätestens eine Stunde nach Beendigung der Marktzeit vom Marktplatz entfernt sein; andernfalls können sie auf Kosten des Marktbeschickers zwangsweise entfernt werden.

§ 4

Gegenstände des Marktverkehrs

- (1) Auf den Wochenmärkten ist der Verkauf der in § 67 Abs. 1 Nr. 1 – 3 GewO sowie der in der Rechtsverordnung über die Bestimmung der zusätzlichen Gegenstände des Wochenmarktverkehrs auf den Braunschweiger Wochenmärkten vom 4. September 1979 bestimmten Waren (Gegenständen des täglichen Bedarfs) zugelassen.
- (2) Waren, die nicht Gegenstände des Marktverkehrs sind, dürfen nicht ausgelegt oder in sonstiger Weise zum Kauf oder zur Bestellung angeboten werden.
- (3) Pilze im Naturzustand dürfen nur angeboten werden, wenn deren Bezug nachgewiesen oder eine aktuelle Bescheinigung über deren unbedenklichen Verzehr, z. B. durch vorherige Pilzbeschau, vorgelegt wird.

§ 5

Zuweisung der Standplätze

- (1) Die Stadt weist die Standplätze zu. Für die Zuweisung ist ein schriftlicher Antrag notwendig, der mindestens den vollständigen Namen, Anschrift des Antragstellers, den Warenkreis sowie die benötigten laufenden Meter Frontlänge enthalten muss. Der tatsächliche Standplatz wird am Markttag durch die Marktaufsicht bekanntgegeben. Ein Anspruch auf Zuweisung eines bestimmten Platzes besteht nicht. Die Rechte aus der Zuweisung sind nicht übertragbar.
- (2) Es darf nur von den zugewiesenen Standplätzen und ohne Störung der umliegenden Geschäfte verkauft werden. Nur in den Verkaufseinrichtungen darf Werbematerial des Marktbeschickers ausgelegt werden. Es ist nicht gestattet, Waren im Umhergehen anzubieten und Werbematerial sowie Druckschriften zu verteilen.
- (3) Die Stadt ist berechtigt, im Rahmen der Zuweisung den Warenkreis für die einzelnen Plätze zu bestimmen. Eine eigenmächtige Abänderung des Warenkreises ist dem Marktbeschicker auch vorübergehend nicht gestattet und berechtigt die Stadt, sofort anderweitig über den Platz zu verfügen.

- (4) Wird ein Standplatz nicht vollständig für die Verkaufseinrichtung genutzt, so kann die Stadt die nicht beanspruchte Fläche anderweitig vergeben. Das Gleiche gilt, wenn ein Standplatz nicht bei Marktbeginn bezogen ist. Ein Anspruch auf Erstattung des Einnahmeausfalls besteht nicht.
- (5) Der Standplatz darf grundsätzlich nicht vor Ablauf der Marktzeit geräumt werden, sofern nicht die Zuweisung nach § 6 Abs. 2 widerrufen oder aufgrund von Ausnahmesituationen gem. § 2 Abs. 4 die Schließung des Wochenmarktes angeordnet wird.

§ 6

Versagung und Widerruf der Zuweisung

- (1) Die Stadt kann die Zuweisung versagen oder widerrufen, wenn ein sachlich gerechtfertigter Grund vorliegt. Ein sachlich gerechtfertigter Grund liegt z. B. vor, wenn
 - 1. der zugewiesene Standplatz wiederholt – ohne Absprache mit der Marktaufsicht – nicht genutzt wird,
 - 2. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Marktbeschicker die für die Teilnahme am Wochenmarkt erforderliche Zuverlässigkeit gemäß § 70 a der Gewerbeordnung nicht besitzt,
 - 3. gegen die Bestimmungen dieser Satzung grob oder wiederholt verstoßen wird,
 - 4. bezüglich der Abmessungen sowie des äußeren Erscheinungsbildes eines Marktstandes kein Einvernehmen mit der Marktaufsicht hergestellt werden kann,
 - 5. der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreicht,
 - 6. ein Marktbeschicker die nach der „Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig“ – in der jeweils gültigen Fassung – fälligen Gebühren trotz Aufforderung nicht bezahlt.
- (2) Wird die Zuweisung widerrufen, kann die Marktaufsicht die sofortige Räumung des Standplatzes verlangen.

§ 7

Verkaufseinrichtungen

- (1) Als Verkaufseinrichtungen auf dem Marktplatz sind nur Verkaufswagen, -anhänger und -stände zugelassen. Sonstige Fahrzeuge dürfen während der Marktzeit auf dem Marktplatz nicht abgestellt werden, es sei denn, die Aufstellung ist zum Betrieb der Verkaufseinrichtung erforderlich oder von der Marktaufsicht besonders zugelassen. Bezüglich des äußeren Erscheinungsbildes der Verkaufseinrichtung haben die Marktbeschicker das Einvernehmen mit der Marktaufsicht herzustellen.

- (2) Verkaufseinrichtungen dürfen nicht höher als 3 m sein, Kisten und ähnliche Gegenstände nicht höher als 1,40 m gestapelt werden. Werbetafeln dürfen nur nach vorheriger Genehmigung durch die Marktaufsicht außerhalb der Verkaufseinrichtung und nur auf dem zugewiesenen Platz aufgestellt werden.
- (3) Vordächer von Verkaufseinrichtungen dürfen die zugewiesene Grundfläche nur nach der Verkaufsseite und nur höchstens 1,50 m überragen. Sie müssen mindestens eine lichte Höhe von 2,10 m, gemessen ab Straßenoberfläche, haben.
- (4) Verkaufseinrichtungen müssen standfest sein und dürfen nur in der Weise aufgestellt werden, dass der Marktplatz nicht beschädigt wird. Sie dürfen weder an Bäumen und deren Schutzvorrichtungen noch an Verkehrs-, Energie-, Fernsprech- oder ähnlichen Einrichtungen befestigt werden.
- (5) In den Gängen oder Durchfahrten dürfen Waren, Leergut (Kisten, Steigen, Kartons etc.) und Gerätschaften nicht abgestellt werden. Bei der Auslage der Waren dürfen die Grenzen des zugewiesenen Standplatzes nicht überschritten werden.
- (6) An jedem Marktstand ist ein Schild in der Größe von mindestens 20 x 30 cm mit dem Vor- und Zunamen oder der Firmenbezeichnung mit Vor- und Zunamen sowie Wohnort oder Firmensitz des Marktbeschickers deutlich sichtbar anzubringen.
- (7) Die Waren sind über dem Erdboden so aufzubauen, dass sie nicht verunreinigt werden können. Unverpackte Waren müssen auf Tischen, Bänken oder ähnlichen geeigneten Unterlagen feilgeboten werden.

§ 8

Sauberkeit

- (1) Jeder Marktbeschicker ist für die Sauberkeit seines Standplatzes verantwortlich.
- (2) Die Marktplätze dürfen nicht durch Abfälle verunreinigt werden. Sämtliche Abfälle sind ordnungsgemäß zu entsorgen. Geruchsbelästigende und sonstige ekelerregende Abfälle sind unverzüglich zu beseitigen.
- (3) Leergut und sonstiges Verpackungsmaterial sowie überschüssige, nicht mehr verkäufliche Waren dürfen nicht nach Marktschluss auf dem Marktplatz zurückgelassen oder in dort vorhandenen – der Allgemeinheit zugänglichen – Abfallbehältern entsorgt werden.
- (4) Die Marktbeschicker sind verpflichtet,
 - 1. ihre Standplätze sowie die angrenzenden Gangflächen während der Benutzungszeit von Schnee und Eis freizuhalten und, soweit erforderlich, abzustreuen,
 - 2. dafür zu sorgen, dass Papier und anderes leichtes Material nicht verweht wird,
 - 3. nach Marktschluss ihre Standflächen sauber zu verlassen.

§ 9

Brandschutz

- (1) Die für eine Brandbekämpfung erforderlichen Hydranten dürfen vom Marktbeschicker weder verstellt noch überbaut werden.
- (2) Druckgasbehälter mit brennbaren Gasen müssen in nicht brennbaren Schutzschränken untergebracht werden. Bei Verkaufswagen müssen sich diese außerhalb der Verkaufswagen befinden.
- (3) Für Entstehungsbrände ist in jeder Verkaufseinrichtung mit offenem Feuer bzw. bei Verwendung von Propandruckgasflaschen ein Feuerlöscher (Pulverlöscher) mit mindestens 6 kg Löschmittelinhalt griffbereit vorzuhalten.
- (4) Wird eine Gasflasche ohne entsprechende Überprüfung betrieben oder können die entsprechenden Prüfnachweise nicht vorgelegt werden, kann die Marktaufsicht die Nutzung untersagen.
- (5) Die Stadt Braunschweig übernimmt keinerlei Haftung für die Sicherheit der von den Marktbeschickern bzw. deren Bediensteten oder Beauftragten eingebrachten Flüssiggasanlagen. Insofern stellt der Marktbeschicker die Stadt von jeglichen Haftpflichtansprüchen, die von Dritten gegen die Stadt erhoben werden, frei.

§ 10

Verhalten auf dem Wochenmarkt

- (1) Alle Teilnehmer am Marktverkehr haben mit dem Betreten der Wochenmärkte die Bestimmungen dieser Satzung sowie die mündlichen und schriftlichen Anordnungen der Marktaufsicht zu beachten.
- (2) Jeder hat sein Verhalten auf dem Marktplatz und den Zustand seiner Sachen so einzurichten, dass keine Person oder Sache geschädigt, gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.
- (3) Öffentliche Grünflächen und Baumscheiben dürfen nicht überfahren werden sowie nicht als Lagerplatz oder Standplatz dienen. Beschädigungen an Grünflächen und Bäumen, z. B. durch das Zurückschneiden von Ästen etc., sind untersagt.
- (4) Die Marktbeschicker haben sich so zu verhalten, dass keine anderen Marktbeschicker bei der Zufahrt zum Standplatz bzw. beim Auf- bzw. Abbau des Marktstandes behindert werden.
- (5) Während der Marktzeiten ist das Mitführen von nicht angeleinten Hunden sowie das Befahren der Marktplätze mit Fahrzeugen aller Art nicht gestattet, ausgenommen sind Kinderwagen, Krankenfahr- und Rollstühle.
- (6) Das Verteilen von Werbematerial, Druckschriften etc. durch Dritte ist verboten.

- (7) Der Marktaufsicht ist jederzeit Zutritt zu den Standplätzen und Verkaufseinrichtungen zu gestatten. Alle im Marktverkehr tätigen Personen haben sich gegenüber der Marktaufsicht auf Verlangen auszuweisen.
- (8) Personen, die den Marktbetrieb oder den Geschäftsverkehr auf den Märkten stören oder Anweisungen der Marktaufsicht nicht Folge leisten, können von den hierzu befugten Bediensteten vom Markt verwiesen oder entfernt und vom Betreten des Marktes befristet oder auf Dauer ausgeschlossen werden. Vom Markt ausgeschlossene Personen dürfen den Markt auch nicht betreten, um Aufträge Dritter auszuführen.

§ 11

Haftung

- (1) Die Stadt haftet für Personen-, Sach- oder Vermögensschäden nur nach den Vorschriften über die Amtspflichtverletzung. Die Stadt übernimmt keine Haftung für die Unbedenklichkeit und Sicherheit der Waren und sonstiger Gegenstände.
- (2) Die Marktbeschicker haften gegenüber der Stadt für alle sich aus der Marktbenutzung ergebenden Schäden, die von ihnen, ihren Gehilfen oder Lieferanten verursacht werden. Ihnen obliegt der Beweis dafür, dass ein schuldhaftes Verhalten nicht vorliegt.
- (3) Die Marktbeschicker haben sich gegen Diebstahl, Sturm- und Feuerschäden selbst zu versichern.
- (4) Fällt ein Wochenmarkt aus oder hat die Stadt gem. § 2 Abs. 4 die sofortige Schließung des Wochenmarkts angeordnet, können hieraus keine Ansprüche gegenüber der Stadt geltend gemacht werden.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - 1. entgegen § 2 Abs. 4 der angeordneten Schließung des Wochenmarktes in Ausnahmesituationen durch die Stadt nicht unverzüglich Folge leistet;
 - 2. entgegen § 3 Waren, Verkaufseinrichtungen und sonstige Betriebsgegenstände früher als zwei Stunden vor Beginn der Marktzeit anfährt, auspackt oder aufstellt sowie später als eine Stunde nach Beendigung der Marktzeit vom Marktplatz entfernt;
 - 3. entgegen § 4 Abs. 2 Waren, die nicht Gegenstände des Marktverkehrs sind, auslegt oder in sonstiger Weise zum Kauf oder zur Bestellung anbietet;
 - 4. entgegen § 4 Abs. 3 Pilze im Naturzustand anbietet, deren Bezug nicht nachgewiesen oder eine aktuelle Bescheinigung über deren unbedenklichen Verzehr nicht

vorgelegt wird;

5. entgegen § 5 Abs. 2 nicht von dem zugewiesenen Standplatz aus verkauft, durch den Verkauf eine Störung der umliegenden Geschäfte verursacht, außerhalb der Verkaufseinrichtung Werbematerial auslegt, Waren im Umhergehen anbietet oder Werbematerial bzw. Druckschriften verteilt;
6. entgegen § 5 Abs. 3 eine – auch nur vorübergehende – eigenmächtige Abänderung eines von der Stadt bestimmten Warenkreises vornimmt;
7. entgegen § 7 Abs. 1 sonstige Fahrzeuge während der Marktzeit auf dem Marktplatz abstellt, die nicht zum Betrieb der Verkaufseinrichtung erforderlich oder von der Marktaufsicht besonders zugelassen sind;
8. entgegen § 7 Abs. 2 Verkaufseinrichtungen betreibt, die höher als 3 m sind, Kisten und ähnliche Gegenstände höher als 1,40 m stapelt, Werbetafeln außerhalb der Verkaufseinrichtung ohne vorherige Genehmigung durch die Stadt oder auf einem nicht zugewiesenen Platz aufstellt;
9. entgegen § 7 Abs. 3 Vordächer von Verkaufseinrichtungen auf der zugewiesenen Grundfläche auf der Verkaufsseite mehr als 1,50 m bzw. auf anderen Seiten überragen lässt oder die Verkaufseinrichtung mit einem Vordach versieht, dass eine lichte Höhe von weniger als 2,10 m, gemessen ab Straßenoberfläche, hat;
10. entgegen § 7 Abs. 4 nicht standfeste Verkaufseinrichtungen betreibt bzw. so aufstellt, dass der Marktplatz beschädigt wird oder diese an Bäumen und deren Schutzvorrichtungen, Verkehrs-, Energie-, Fernsprech- oder ähnlichen Einrichtungen befestigt;
11. entgegen § 7 Abs. 7 Waren so über dem Erdboden aufbaut, dass sie verunreinigt werden oder unverpackte Waren nicht auf Tischen, Bänken oder ähnlichen geeigneten Unterlagen feilbietet;
12. entgegen § 8 Abs. 2 die Marktplätze verunreinigt, Abfälle nicht ordnungsgemäß entsorgt oder geruchsbelästigende bzw. sonstige ekelerregende Abfälle nicht unverzüglich beseitigt;
13. entgegen § 8 Abs. 3 Leergut bzw. sonstiges Verpackungsmaterial oder überschüssige, nicht mehr verkäufliche Waren nach Marktschluss auf dem Marktplatz zurücklässt oder in dort vorhandenen – der Allgemeinheit zugänglichen – Abfallbehältern entsorgt;
14. entgegen § 8 Abs. 4 seinen Standplatz oder die angrenzenden Gangflächen während der Benutzungszeit nicht von Schnee und Eis freihält und, soweit erforderlich, abstreut oder nicht dafür sorgt, dass Papier oder anderes leichtes Material nicht verweht oder die ihm zugewiesene Standfläche nach Marktschluss nicht sauber verlässt;
15. entgegen § 9 Abs. 1 die für eine Brandbekämpfung erforderlichen Hydranten verstellt oder überbaut;

- 16. entgegen § 9 Abs. 2 Druckgasbehälter mit brennbaren Gasen nicht in nicht brennbaren Schutzschranken oder nicht außerhalb des Verkaufswagens unterbringt;
 - 17. entgegen § 9 Abs. 3 keinen Feuerlöscher (Pulverlöscher) mit mindestens 6 kg Löschmittelinhalt für Entstehungsbrände in einem Verkaufsstand mit offenem Feuer oder bei Verwendung von Propandruckgasflaschen griffbereit vorhält;
 - 18. entgegen § 10 Abs. 2 durch sein Verhalten auf dem Marktplatz oder den Zustand seiner Sachen Personen oder Sachen schädigt oder gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt;
 - 19. entgegen § 10 Abs. 3 öffentliche Grünflächen oder Baumscheiben überfährt, als Lager- oder Standplatz nutzt oder Grünflächen oder Bäume beschädigt;
 - 20. als Marktbeschicker entgegen § 10 Abs. 4 andere Marktbeschicker bei der Zufahrt zum Standplatz oder beim Auf- oder Abbau des Marktstandes behindert;
 - 21. entgegen § 10 Abs. 5 während der Marktzeiten einen nicht angeleinten Hund mitführt oder die Marktplätze mit Fahrzeugen befährt;
 - 22. entgegen § 10 Abs. 6 Werbematerial, Druckschriften, etc. verteilt;
 - 23. entgegen § 10 Abs. 7 der Marktaufsicht den Zutritt zu den Standplätzen und Verkaufseinrichtungen verweigert oder sich ihnen gegenüber weigert, sich auf Verlangen auszuweisen.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 13

Inkrafttreten

- (1) Diese Wochenmarktsatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.
- (2) Am gleichen Tage tritt die Satzung vom 25. September 2007 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 22 vom 15. Oktober 2007, S. 111) außer Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Ruppert
Stadtrat

(S)

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekanntgemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.
Ruppert
Stadtrat

Betreff:

Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig

(Wochenmarktsatzung)

Organisationseinheit:

Dezernat II
32 Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Datum:

12.06.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	24.06.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	30.06.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	01.07.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	01.07.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	16.07.2015	Ö
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	08.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

Beschlusstext unverändert.

Sachverhalt:

Aufgrund von Bedenken aus dem Kreis der Marktkaufleute bezüglich der Umsetzung des bisher vorgesehenen Abs. 2 des § 9 „Brandschutz“ der Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig (Wochenmarktsatzung) wurde dessen Notwendigkeit mit der Feuerwehr nachträglich noch einmal erörtert.

Die vorgesehene Regelung des Abs. 2 lautete:

„Druckgasbehälter mit brennbaren Gasen müssen in nicht brennbaren Schutzschränken untergebracht werden. Bei Verkaufswagen müssen sich diese außerhalb der Verkaufswagen befinden.“

Die Erörterung mit der Feuerwehr hat ergeben, dass von dort der Verzicht auf diese Regelung mitgetragen wird.

Die neu beabsichtigte Regelung des § 9 „Brandschutz“ der Satzung über die Teilnahme am Wochenmarktverkehr in der Stadt Braunschweig (Wochenmarktsatzung) wird in Abstimmung mit der Feuerwehr wie folgt geändert:

Der Absatz 2 wird gestrichen.

Der § 9 „Brandschutz“ der Wochenmarktsatzung enthält somit folgende Fassung:

- (1) Die für eine Brandbekämpfung erforderlichen Hydranten dürfen vom Marktbeschicker weder verstellt noch überbaut werden.
- (2) Für Entstehungsbrände ist in jeder Verkaufseinrichtung mit offenem Feuer bzw. bei Verwendung von Propandruckgasflaschen ein Feuerlöscher (Pulverlöscher) mit mindestens 6 kg Löschmittelinhalt griffbereit vorzuhalten.
- (3) Wird eine Gasflasche ohne entsprechende Überprüfung betrieben oder können die entsprechenden Prüfnachweise nicht vorgelegt werden, kann die Marktaufsicht die Nutzung untersagen.
- (4) Die Stadt Braunschweig übernimmt keinerlei Haftung für die Sicherheit der von den Marktbeschickern bzw. deren Bediensteten oder Beauftragten eingebrachten Flüssig- gasanlagen. Insofern stellt der Marktbeschicker die Stadt von jeglichen Haftpflicht- ansprüchen, die von Dritten gegen die Stadt erhoben werden, frei.

Aufgrund der Streichung des Absatzes 2 entfällt in § 12 „Ordnungswidrigkeiten“ die Nummer 16 der bisherigen Fassung.

Die Änderungen werden in der Textfassung der Wochenmarktsatzung entsprechend berücksichtigt.

Ruppert

<i>Betreff:</i> Umbesetzung in Ausschüssen
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat I 0100 Referat Steuerungsdienst	<i>Datum:</i> 28.10.2015
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 06.10.2015	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Beschluss:

1. Ausschuss für Integrationsfragen

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Aykut Günderen wird Ratsherr Michael Ehbrecht und anstelle von Ratsfrau Gabriele Schön wird Ratsherr Thorsten Köster in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt.

Als Vorsitzender im Ausschuss für Integrationsfragen wird Ratsherr Thorsten Wendt bestimmt.

2. Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Anstelle von Ratsherrn Björn Hinrichs wird Ratsherr Michael Ehbrecht als Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsandt.

3. Finanz- und Personalausschuss

Anstelle von Ratsherrn Frank Graffstedt wird Ratsherr Frank Flake als Mitglied in den Finanz- und Personalausschuss entsandt.

Als Vorsitzender im Finanz- und Personalausschuss wird Ratsherr Frank Flake bestimmt.

4. Grünflächenausschuss

Ratsherr Frank Graffstedt (bisher Vertreter) wird als Mitglied in den Grünflächenausschuss entsandt. Das bisherige Mitglied Ratsfrau Nicole Palm wird als Vertreterin benannt.

5. Sportausschuss

Ratsherr Michael Ehbrecht wird für das ausgeschiedene Ratsmitglied Aykut Günderen als Vertreter für den Sportausschuss benannt.

Sachverhalt:

Gemäß § 71 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt die Besetzung der Ausschüsse durch Beschluss festgestellt. Nach § 71 Abs. 9 NKomVG können Fraktionen und Gruppen Ausschussmitglieder, die sie benannt haben, durch andere Ausschussmitglieder ersetzen. Die Umbesetzungen stellt der Rat ebenfalls durch Beschluss fest.

Nach § 48 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat werden die Vorsitzenden der Ausschüsse und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter von den Fraktionen aus der Mitte der den

Ausschüssen angehörenden Ratsmitglieder benannt und durch feststellenden Beschluss des Rates bestätigt.

Die Fraktion der CDU mit Schreiben vom 01.09.2015 mitgeteilt, dass nach Ausscheiden von Herrn Aykut Günderen aus dem Rat der Stadt folgende Änderungen in der Besetzung der Ausschüsse vorgenommen werden:

- Anstelle von Herrn Günderen wird Ratsherr Michael Ehbrecht als Mitglied in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt und als Stellvertreter für den Sportausschuss benannt.
- Anstelle von Ratsfrau Gabriele Schön wird Ratsherr Thorsten Köster als Mitglied in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt. Als neuer Vorsitzender für diesen Ausschuss wird Ratsherr Thorsten Wendt benannt.
- Anstelle von Rats Herrn Björn Hinrichs wird Ratsherr Michael Ehbrecht als Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsandt.

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 17.09.2015 folgende Umbesetzungen in den Ausschüssen mitgeteilt:

- Anstelle von Rats Herrn Frank Graffstedt wird Ratsherr Frank Flake als Mitglied in den Finanz-und Personalausschuss entsandt und als Vorsitzender für diesen Ausschuss benannt.
- Der bisherige Vertreter im Grünflächenausschuss Rats Herr Frank Graffstedt wird als Mitglied in diesen Ausschuss entsandt. Das bisherige Mitglied Ratsfrau Nicole Palm wird als Vertreterin benannt.

Markurth

Anlage/n: keine

Betreff:
Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:
Dezernat II
37 Fachbereich Feuerwehr

Datum:
06.08.2015

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Feuerwehrausschuss (Vorberatung)	09.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	15.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig wird beschlossen.

Sachverhalt:

Die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig vom 17. Dezember 2013 musste aufgrund der Umstrukturierung der Organisation der Freiwilligen Feuerwehr durch Einführung der Bereiche Ost, West und Süd angepasst werden. Zudem wurde die Satzung dahingehend überarbeitet, dass Regelungen entfallen sind, die sich bereits aus dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz ergeben. Außerdem wurde bei der Anpassung der Satzung im Wesentlichen auf die Inhalte der Mustersatzung für Freiwillige Feuerwehren in Niedersachsen zurückgegriffen.

In Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr wurden darüber hinaus folgende Änderungen eingearbeitet:

- Ortsfeuerwehren können eine neue Abteilung Einsatzreserve bilden, damit eingeschränkt aktive Mitglieder auch außerhalb der Einsatzabteilung (z. B. bei besonderem Bedarf) in das Einsatzgeschehen eingebunden werden können,
- kein geschäftsführendes Stadtkommando mehr (eigenständige Organisation),
- kein Mindestalter für Ehrenbrandmeister mehr,
- Angehörige der Kinder- und Jugendfeuerwehren müssen nicht in der Stadt Braunschweig wohnen.

Ruppert

Anlage/n: Satzung für die Freiwillige Feuerwehr Braunschweig

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig vom 6. Oktober 2015

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434) und der §§ 1 und 2 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (NBrandSchG) vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 6. Oktober 2015 folgende Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig beschlossen:

§ 1 Organisation und Aufgaben

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr ist eine Einrichtung der Stadt Braunschweig.
- (2) Die Freiwillige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr bilden gemeinsam die Feuerwehr Braunschweig. Sie sind in dem für den Brandschutz zuständigen Fachbereich der Stadt Braunschweig (Fachbereich Feuerwehr) verwaltungsmäßig zusammengefasst.
- (3) Die Freiwillige Feuerwehr besteht aus den zur Sicherstellung des örtlichen und überörtlichen Brandschutzes und der Hilfeleistung eingerichteten Ortsfeuerwehren Bevenrode, Bienrode, Broitzem, Dibbesdorf, Geitelde, Harxbüttel, Hondelage, Innenstadt, Lamme, Lehdorf, Leiferde, Mascherode, Meverode, Ölper, Querum, Rautheim, Riddagshausen, Rühme, Rüningen, Schapen, Stiddien, Stöckheim, Thune, Timmerlah, Veltenhof, Völkenrode, Volkmarode, Waggum, Watenbüttel und Wenden.
- (4) Die Ortsfeuerwehr Innenstadt ist als Schwerpunktfeuerwehr (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung über die kommunalen Feuerwehren – Feuerwehrverordnung – FwVO vom 30. April 2010 (Nds. GVBl. S. 185), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Mai 2011 (Nds. GVBl. S. 125)), die Ortsfeuerwehren Bienrode, Broitzem, Hondelage, Rüningen, Thune und Wenden sind als Stützpunktfeuerwehren (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 FwVO) eingerichtet. Die Ortsfeuerwehren Bevenrode, Dibbesdorf, Geitelde, Harxbüttel, Lamme, Lehdorf, Leiferde, Mascherode, Meverode, Ölper, Querum, Rautheim, Riddagshausen, Rühme, Schapen, Stiddien, Stöckheim, Timmerlah, Veltenhof, Völkenrode, Volkmarode, Waggum und Watenbüttel sind Grundausrüstungsfeuerwehren.
- (5) Die Ortsfeuerwehren Harxbüttel, Lamme, Lehdorf, Ölper, Rühme, Thune, Veltenhof, Völkenrode, Watenbüttel und Wenden bilden den Bereich West; die Ortsfeuerwehren Broitzem, Geitelde, Innenstadt, Leiferde, Mascherode, Meverode, Rautheim, Rüningen, Stiddien, Stöckheim und Timmerlah bilden den Bereich Süd; die Ortsfeuerwehren Bevenrode, Bienrode, Dibbesdorf, Hondelage, Querum, Riddagshausen, Schapen, Volkmarode und Waggum bilden den Bereich Ost (§ 20 Abs. 2 Satz 2 NBrandSchG).
- (6) Alle Ortsfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden in taktische Einheiten (Lösch- und Fachzüge, Spezialeinheiten) zusammengefasst.
- (7) Die Ortsfeuerwehren bestehen aus den Mitgliedern der Einsatzabteilung. Darüber hinaus können folgende Abteilungen eingerichtet werden:
 - a) Altersabteilung,
 - b) Jugendfeuerwehr,
 - c) Kinderfeuerwehr,
 - d) Einsatzreserve,
 - e) Feuerwehrmusikabteilung,
 - f) Abteilung für fördernde Mitglieder.

(8) Die Organisation der einzelnen Abteilungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Landes und den Richtlinien des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e. V. über die Funktionsbezeichnungen und Ausbildungsvoraussetzungen sowie Funktionsabzeichen für Feuerwehrmusiker (Feuerwehr-Musikrichtlinien) und den jeweiligen Organisationsgrundsätzen der Stadt Braunschweig, die die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister erlässt.

§ 2

Leitung der Freiwilligen Feuerwehr

(1) Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig wird von der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister geleitet (§ 20 Abs. 1 NBrandSchG). Sie oder er ist im Dienst Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Sie oder er hat bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Rechtsvorschriften des Landes, die Organisationsgrundsätze für die einzelnen Abteilungen und die von der Stadt Braunschweig erlassenen Dienstanweisungen für die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister oder die Ortsbrandmeisterinnen oder die Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr zu beachten. Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister wird im Verhinderungsfall in allen Dienstangelegenheiten durch die 1. Stellvertretende Stadtbrandmeisterin oder den 1. Stellvertretenden Stadtbrandmeister vertreten. Ist auch diese oder dieser verhindert, wird die Vertretung durch die anderen Stellvertretenden Stadtbrandmeisterinnen oder Stadtbrandmeister in der Reihenfolge des Dienstalters wahrgenommen, im Übrigen obliegt diesen jeweils die Leitung eines Bereiches nach § 1 Abs. 5.

(2) Die Ernennung und Abberufung der Stadtbrandmeisterin oder des Stadtbrandmeisters und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter erfolgt nach § 20 Abs. 4 und 7 NBrandSchG.

(3) Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter müssen die in § 20 Abs. 3 NBrandSchG in Verbindung mit den §§ 8 und 12 der FwVO in der jeweils gültigen Fassung vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen.

(4) Der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister ist Gelegenheit zu geben, an den Sitzungen des für den Brandschutz zuständigen Ratsausschusses teilzunehmen. Zu Vorlagen oder Stellungnahmen der Verwaltung an einen Ratsausschuss zu Fragen der Freiwilligen Feuerwehr ist die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister von der Verwaltung vorher zu hören.

§ 3

Leitung der Ortsfeuerwehr

(1) Die Ortsfeuerwehr wird von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister geleitet. Im Verhinderungsfall erfolgt die Vertretung in allen Dienstangelegenheiten durch die Stellvertretende Ortsbrandmeisterin oder den Stellvertretenden Ortsbrandmeister. Sie sind im Dienst Vorgesetzte der Mitglieder der Ortsfeuerwehr.

(2) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sind die von der Stadt erlassenen Dienstanweisungen und Dienstanordnungen für Gemeinde- und Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr zu beachten.

§ 4

Führungskräfte taktischer Feuerwehreinheiten

(1) Die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister bestellt aus den Mitgliedern der Einsatzabteilung der Ortsfeuerwehr nach deren Anhörung die entsprechend der Wehrgliederung erforderlichen Führerinnen und Führer und stellvertretenden Führer der taktischen Feuerwehreinheiten Zug, Gruppe, Staffel und Trupp für die Dauer von drei Jahren.

(2) Die Führungskräfte von Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr, die keiner Ortsfeuerwehr zuzuordnen sind (§ 1 Abs. 6), bestellt die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister

nach Anhörung des Stadtkommandos für die Dauer von drei Jahren.

(3) Die Führungskräfte der taktischen Einheiten sind im Dienst Vorgesetzte der Mitglieder ihrer jeweiligen taktischen Einheit.

(4) Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister und die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister können die von ihnen bestellten Führungskräfte der taktischen Einheiten nach Maßgabe des § 8 Abs. 7 FwVO abberufen. Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister ist durch die Ortsbrandmeisterin oder den Ortsbrandmeister über die beabsichtigten Maßnahmen rechtzeitig schriftlich zu unterrichten.

§ 5 Stadtkommando

(1) Die Beisitzerinnen und Beisitzer im Stadtkommando unterstützen die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister. Dem Stadtkommando obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung und Entwicklung von Konzepten der erforderlichen Maßnahmen zum Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr innerhalb der Stadt Braunschweig und zur Leistung von Nachbarschaftshilfe,
- b) Mitwirkung bei der Feststellung des Bedarfs an Geräten und technischen Einrichtungen für die Brandbekämpfung und die Durchführung von Hilfeleistungen,
- c) Mitwirkung bei der Ermittlung des Haushaltsbedarfs für die Freiwillige Feuerwehr,
- d) Mitwirkung bei der Aufstellung von örtlichen Alarm- und Einsatzplänen und Plänen für die Löschwasserversorgung sowie deren laufende Ergänzung,
- e) Überwachung der laufenden Schulung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sowie Beratung über Grundsatzentscheidungen bei deren Entsendung zu Lehrgängen,
- f) Mitwirkung bei der Planung und Durchführung von Übungen,
- g) Überwachung der Durchsetzung der Unfallverhütungsvorschriften und sonstigen Sicherheitsbestimmungen,
- h) Mitwirkung bei der Planung und Durchführung des Qualitätsmanagements in der Freiwilligen Feuerwehr,
- i) Mitwirkung bei der Aufstellung einer Feuerwehrbedarfsplanung.

(2) Das Stadtkommando besteht aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

- a) der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister als Leiterin oder Leiter,
- b) der 1. Stellvertretenden Stadtbrandmeisterin oder dem 1. Stellvertretenden Stadtbrandmeister,
- c) den die Bereiche führenden Stellvertretenden Stadtbrandmeisterinnen oder Stellvertretenden Stadtbrandmeistern,
- d) der Bereitschaftsführerin oder dem Bereitschaftsführer,
- e) der Stadtjugendfeuerwehrwartin oder dem Stadtjugendfeuerwehrwart,
- f) der Schriftführerin oder dem Schriftführer,
- g) der Stadtausbildungsleiterin oder dem Stadtausbildungsleiter,
- h) der Stadtatemschutzbeauftragten oder dem Stadtatemschutzbeauftragten und
- i) der Stadtsicherheitsbeauftragten oder dem Stadtsicherheitsbeauftragten.

Die Funktionen gem. Buchstaben a bis c sind Mitglieder kraft Amtes. Die Funktionen gem. Buchstaben d bis i werden auf Vorschlag der Ortsbrandmeisterdienstbesprechung von der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister aus den Mitgliedern der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr für die Dauer von drei Jahren als Beisitzer bestellt.

(3) Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister kann weitere Mitglieder der Feuerwehr oder sachkundige Personen zu Sitzungen des Stadtkommandos hinzuziehen. Diese haben kein Stimmrecht.

(4) Die Leiterin oder der Leiter des Fachbereiches Feuerwehr und/oder ein Vertreter im Amt können an allen Sitzungen des Stadtkommandos teilnehmen. Eine Beteiligung der Stelle Freiwillige Feuerwehr ist erwünscht.

(5) Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister kann die Beisitzer nach Abs. 2 Satz 1 Buchstabe d bis i bei Vorliegen eines wichtigen Grundes nach Anhörung des Stadtkommandos vorzeitig abberufen.

(6) Das Stadtkommando wird von der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, mit einwöchiger Ladungsfrist unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei Eilfällen kann die Ladungsfrist auf mindestens einen Tag abgekürzt werden. Auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen. Ein Eilfall ist gegeben, wenn die Entscheidung über den neuen Tagesordnungspunkt nicht bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben werden kann, ohne dass Nachteile eintreten, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Über die Eilbedürftigkeit entscheidet die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister. Das Stadtkommando ist einzuberufen, wenn die Stadt oder mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder dies unter Angabe des Grundes verlangen.

(7) Das Stadtkommando ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsmäßiger Ladung mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

(8) Beschlüsse des Stadtkommandos werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Es wird offen abgestimmt. Abweichend davon wird, wenn ein Mitglied des Stadtkommandos dies verlangt, geheim abgestimmt.

(9) Über jede Sitzung des Stadtkommandos ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister und einem weiteren Mitglied des Stadtkommandos zu unterzeichnen ist. Eine Ausfertigung der Niederschrift ist dem Fachbereich Feuerwehr und jeder Ortsfeuerwehr zuzuleiten.

§ 6 Leitung der Bereiche

(1) Die zur Leitung eines Bereiches bestellten Stellvertretenden Stadtbrandmeisterinnen oder Stellvertretenden Stadtbrandmeister koordinieren die Belange der Ortsfeuerwehren dieses Bereiches. Sie unterstützen in ihrem Bereich die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister bei der Wahrnehmung aller Aufgaben. Sie sind im Dienst Vorgesetzte der Mitglieder der Ortsfeuerwehren ihres Bereiches.

§ 7 Ortsbrandmeisterinnen- und Ortsbrandmeister-Dienstbesprechung

(1) Stimmberechtigte Mitglieder der Ortsbrandmeisterinnen- und Ortsbrandmeister-Dienstbesprechung sind:

- a) die Ortsbrandmeisterinnen und Ortsbrandmeister,
- b) die Stellvertretenden Ortsbrandmeisterinnen und Ortsbrandmeister,
- c) die Mitglieder des Stadtkommandos.

Eine Stimmenübertragung ist nicht zulässig.

(2) Die Ortsbrandmeisterinnen- und Ortsbrandmeister-Dienstbesprechung beschließt über Angelegenheiten, für die nicht die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister oder das Stadtkommando im Rahmen dieser Satzung oder anderer Vorschriften zuständig sind. Insbesondere obliegen ihr

- a) die Entgegennahme des Jahresberichtes der Stadtbrandmeisterin oder des Stadtbrandmeisters (Tätigkeitsbericht),

- b) die Vorschläge zur Ernennung der Stadtkommandomitglieder gemäß § 5 Abs. 2 Buchstaben d – i.
- (3) Die Ortsbrandmeisterinnen- und Ortsbrandmeister-Dienstbesprechung wird von der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister bei Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr, einberufen. Sie ist einzuberufen, wenn die Stadt oder ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder dies unter Angabe des Grundes verlangen. Ort und Zeit der Dienstbesprechung sind mindestens zwei Wochen vorher ortsüblich unter Mitteilung der Tagesordnung bekanntzugeben. Neben den stimmberechtigten Mitgliedern können andere Personen auf Einladung durch die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister teilnehmen.
- (4) Die Dienstbesprechung wird von der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister geleitet. Sie ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder (Abs. 1) anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist innerhalb von vier Wochen unter Einhaltung der Ladungsfrist eine neue Dienstbesprechung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die unabhängig von der Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig ist. Auf die Beschlussfähigkeit der erneuten Dienstbesprechung ist in der Einladung hinzuweisen. § 10 Abs. 3 der Satzung bleibt unberührt.
- (5) Die Beschlussfassung und Niederschrift erfolgt analog zu § 5 Abs. 8 und 9.

§ 8 Ortskommando

- (1) Das Ortskommando besteht aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:
- a) der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister als Leiterin oder als Leiter,
 - b) der Stellvertretenden Ortsbrandmeisterin oder dem Stellvertretenden Ortsbrandmeister
- als Mitglieder kraft Amtes,
- c) den bestellten Zugführerinnen oder Zugführern,
 - d) den Gruppenführerinnen oder Gruppenführern,
 - e) der Jugendfeuerwehrwartin oder dem Jugendfeuerwehrwart,
 - f) der Kinderfeuerwehrwartin oder dem Kinderfeuerwehrwart,
 - g) der Schriftwartin oder dem Schriftwart,
 - h) der Gerätewartin oder dem Gerätewart,
 - i) der oder dem Atemschutzbeauftragten und
 - j) der oder dem Sicherheitsbeauftragten
- als bestellte Beisitzerinnen oder Beisitzer. Die bestellten Beisitzerinnen und Beisitzer gem. Satz 1 Buchst. e – j werden von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister aus den Mitgliedern der Einsatzabteilung der Ortsfeuerwehr auf Vorschlag der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren bestellt.
- (2) Die Beisitzerinnen und Beisitzer im Ortskommando unterstützen die Ortsbrandmeisterin oder den Ortsbrandmeister. Dem Ortskommando obliegen auf der Ortsebene Aufgaben, welche nach Vorgaben des Stadtkommandos erfolgen, insbesondere:
- a) Mitwirkung bei Feststellung des Bedarfs an Anlagen, Mitteln einschl. Sonderlöschmitteln und Geräten und technischen Einrichtungen für die Brandbekämpfung und die Durchführung von Hilfeleistungen,
 - b) Überwachung der laufenden Schulung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr,
 - c) Mitwirkung bei der Planung und Durchführung von Übungen,
 - d) Überwachung der Durchsetzung der Unfallverhütungsvorschriften und sonstigen Sicherheitsbestimmungen sowie
 - e) die Überwachung der Pflege und Wartung der der Ortsfeuerwehr überlassenen Geräte und Ausrüstungsgegenstände.

(3) Die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister kann weitere Mitglieder der Feuerwehr oder sachkundige Personen zu Sitzungen des Ortskommandos hinzuziehen. Diese haben kein Stimmrecht.

(4) Das Ortskommando entscheidet unter Beachtung der § 12 Abs. 2 sowie des § 13 Abs. 2 und 3 NBrandSchG sowie der FwVO in der jeweils gültigen Fassung über

- a) die Aufnahme von Mitgliedern in die Freiwillige Feuerwehr,
- b) Übernahme aus einer anderen Ortsfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr,
- c) die Auf- bzw. Übernahme eines Mitgliedes in eine andere Abteilung der Ortsfeuerwehr,
- d) den Ausschluss eines Mitgliedes (§ 20),
- e) die Bewährung in der Probezeit nach § 11 Abs. 4.

(5) Das Ortskommando wird von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, mit einwöchiger Ladungsfrist unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei Eilfällen kann die Ladungsfrist auf mindestens einen Tag abgekürzt werden. Auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen. Ein Eilfall ist gegeben, wenn die Entscheidung über den neuen Tagesordnungspunkt nicht bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben werden kann, ohne dass Nachteile eintreten, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Über die Eilbedürftigkeit entscheidet die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister. Das Ortskommando ist einzuberufen, wenn die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister oder mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Beisitzerinnen und Beisitzer dies unter Angabe des Grundes verlangen. Die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister und die Fachbereichsleiterin oder der Fachbereichsleiter sowie beauftragte Angehörige des Fachbereiches Feuerwehr können bei Bedarf an allen Sitzungen des Ortskommandos mit beratender Stimme teilnehmen. Für Beschlüsse des Ortskommandos gelten § 5 Abs. 7 und 8 entsprechend.

(6) Über jede Sitzung des Ortskommandos ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister und einem weiteren Mitglied des Ortskommandos zu unterzeichnen ist. Der Fachbereich Feuerwehr kann eine Ausfertigung der Niederschrift bei der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister anfordern.

§ 9

Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr

(1) Die Mitgliederversammlung beschließt über die Angelegenheiten der Ortsfeuerwehr, für die nicht die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister, die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister, das Stadtkommando oder das Ortskommando im Rahmen dieser Satzung oder anderer Vorschriften zuständig sind. Insbesondere obliegen ihr

- a) die Entgegennahme des Jahresberichtes der Ortsbrandmeisterin oder des Ortsbrandmeisters (Tätigkeitsbericht),
- b) die Entgegennahme des Berichtes über die Dienstbeteiligung und
- c) die Entscheidung über die Berufung von Ehrenmitgliedern.

(2) Die Mitgliederversammlung wird auf der Ortsebene von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister bei Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr, einberufen. Sie ist einzuberufen, wenn die Leiterin oder der Leiter des Fachbereiches Feuerwehr, die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister oder ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung der Ortsfeuerwehr dies unter Angabe des Grundes verlangen. Ort und Zeit der Mitgliederversammlung sind mindestens zwei Wochen vorher ortsüblich unter Mitteilung der Tagesordnung bekanntzugeben. Die Ladungsfrist kann in dringenden Fällen auf drei Tage verkürzt werden. An der Mitgliederversammlung soll jedes Mitglied der Einsatzabteilung der Ortsfeuerwehr teilnehmen. Mitglieder anderer Abteilungen können teilnehmen.

(3) Die Mitgliederversammlung wird von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister geleitet. Sie ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder

(Abs. 4) anwesend sind. Bei Beschlussunfähigkeit ist innerhalb von vier Wochen unter Einhaltung der Ladungsfrist eine neue Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die unabhängig von der Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig ist. Auf die Beschlussfähigkeit der erneuten Mitgliederversammlung ist in der Einladung hinzuweisen.

(4) Jedes Mitglied der Einsatzabteilung hat eine Stimme, die nicht übertragen werden kann (stimmberechtigtes Mitglied). Mitglieder anderer Abteilungen haben beratende Stimme.

(5) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst; Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Es wird offen abgestimmt. Abweichend davon wird, wenn ein stimmberechtigtes Mitglied es verlangt, eine geheime Abstimmung durchgeführt.

(6) Eine Ausfertigung der Niederschrift ist der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister sowie der zuständigen stellvertretenden Stadtbrandmeisterin oder dem zuständigen stellvertretenden Stadtbrandmeister auf Verlangen zuzuleiten. Der Fachbereich Feuerwehr kann eine Ausfertigung der Niederschrift bei der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister anfordern.

§ 10

Verfahren bei Vorschlägen

(1) Über Vorschläge zur Besetzung von Funktionen wird geheim abgestimmt. Liegt nur ein Vorschlag vor, wird durch Zuruf abgestimmt, wenn niemand widerspricht. Vorgeschlagen ist, wer die Mehrheit der Stimmen erhält.

(2) Wird eine Mehrheit nicht erreicht, so findet eine zweite Abstimmung statt, durch die das Mitglied vorgeschlagen ist, für das die meisten Stimmen abgegeben worden sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von der jeweiligen Leiterin oder dem jeweiligen Leiter des Verfahrens zu ziehen ist.

(3) Über den dem Rat der Stadt gemäß § 20 Abs. 4, 5 und 6 NBrandSchG abzugebenden Vorschlag der in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufenden Führungskräfte (Stadtbrandmeisterin oder Stadtbrandmeister, Ortsbrandmeisterin oder Ortsbrandmeister sowie deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter) wird geheim abgestimmt. Wird bei mehr als zwei Bewerberinnen oder Bewerbern im ersten Abstimmungsgang nicht die für einen Vorschlag gemäß § 20 Abs. 5 NBrandSchG erforderliche Mehrheit erreicht, so ist eine Stichabstimmung zwischen den beiden Bewerberinnen oder Bewerbern, auf die die meisten Stimmen entfallen sind, durchzuführen. Wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, können am gleichen Tag erneute Abstimmungen durchgeführt werden. Erhält nach einem weiteren Wahltag ein Bewerber nicht die erforderliche Mehrheit, hat die Freiwillige Feuerwehr ihr Vorschlagsrecht verwirkt. In diesem Fall entscheidet der Rat auf Basis eines mit dem Stadtkommando abgestimmten Besetzungsvorschlages des Fachbereiches Feuerwehr.

§ 11

Mitglieder der Einsatzabteilung

(1) Für den Einsatzdienst gesundheitlich geeignete Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, die das 16. Lebensjahr, aber noch nicht das 63. Lebensjahr vollendet haben, können Mitglied der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr werden. Bei Minderjährigen ist die schriftliche Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Das gilt auch für minderjährige Mitglieder, die aus der Jugendfeuerwehr übernommen werden sollen. Mitglied der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr kann auch werden, wer der Einsatzabteilung einer anderen Gemeinde angehört und regelmäßig für Einsätze zur Verfügung steht (Doppelmitglied § 12 NBrandSchG).

(2) Aufnahmegesuche sind schriftlich an die für den Wohnsitz zuständige Ortsfeuerwehr zu

richten. Anträge von Doppelmitgliedern sind an die Ortsfeuerwehr zu richten, in deren Bereich die regelmäßige Teilnahme an Einsätzen erfolgen soll. Die Stadt kann ein Führungszeugnis und ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand der Bewerberinnen und Bewerber anfordern; die Kosten trägt die Stadt.

(3) Über die Aufnahme in die Einsatzabteilung entscheidet das Ortskommando (§ 8 Abs. 4). Die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister hat den Fachbereich Feuerwehr über die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister sowie der zuständigen Stellvertretenden Stadtbrandmeisterin oder dem zuständigen Stellvertretenden Stadtbrandmeister von der Entscheidung über den Aufnahmeantrag zu unterrichten. Bei Ablehnung eines Antrages ist vor Bekanntgabe der Entscheidung der Fachbereich Feuerwehr über die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister sowie der zuständigen Stellvertretenden Stadtbrandmeisterin oder dem zuständigen Stellvertretenden Stadtbrandmeister zu informieren. Die Ablehnung ist der Bewerberin oder dem Bewerber schriftlich mitzuteilen.

(4) Nach erfolgreicher Ausbildung und einwandfreiem Verhalten im Dienst beschließt das Ortskommando über die Bewährung in der Probezeit (§ 7 Abs. 2 FwVO). Bei der endgültigen Aufnahme ist folgende schriftliche Erklärung abzugeben:

„Ich verspreche, die freiwillig übernommenen Pflichten als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen und gute Kameradschaft zu halten.“

(5) Mitglieder der Jugendabteilung, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können in die Einsatzabteilung ohne Probezeit übernommen werden, wenn sie mindestens zwei Jahre der Jugendfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr angehört haben und an einem Lehrgang entsprechend den Richtlinien für die Truppmannausbildung Teil 1 erfolgreich teilgenommen haben. Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend. Eine Mitwirkung in der Jugendfeuerwehr ist bis zum 18. Lebensjahr weiterhin möglich.

(6) Die Zugehörigkeit zu einer Ortsfeuerwehr richtet sich bei Mitgliedern der Einsatzabteilung nach ihrem Wohnsitz. In Einzelfällen kann das Stadtkommando eine hiervon abweichende Regelung treffen. Mitglieder einer Einsatzabteilung können zusätzlich in einer anderen Ortswehr am Einsatzdienst teilnehmen.

§ 12

Mitglieder der Altersabteilung

(1) Mitglieder der Einsatzabteilung und Einsatzreserve sind in die Altersabteilung zu übernehmen, wenn sie das 63. Lebensjahr vollendet haben.

(2) Mitglieder der Einsatzabteilung können vor diesem Zeitpunkt auf ihren Antrag oder auf Beschluss des Ortskommandos in die Altersabteilung übernommen werden, wenn sie den Dienst in der Einsatzabteilung auf Dauer nicht mehr ausüben können.

(3) Mitglieder der Altersabteilung dürfen bei dienstlichen Veranstaltungen Dienstkleidung tragen.

§ 13

Mitglieder der Kinder- und Jugendfeuerwehren

(1) Kinder- und Jugendfeuerwehren können in jeder Ortsfeuerwehr eingerichtet werden. Sie können auch von mehreren Ortsfeuerwehren gemeinsam betrieben werden.

(2) Kinder können nach der Vollendung des 6. Lebensjahres, aber noch nicht des 12. Lebensjahres Mitglied in der Kinderfeuerwehr werden, wenn die schriftliche Einwilligung der Erziehungsberechtigten vorliegt.

(3) Jugendliche können nach Vollendung des 10. Lebensjahres, aber noch nicht des 18. Lebensjahres Mitglied der Jugendfeuerwehr werden, wenn die schriftliche Einwilligung der

Erziehungsberechtigten vorliegt.

(4) Darüber hinaus können Mitglieder, die die allgemeine Kinder- und Jugendarbeit fördern oder betreuende Aufgaben wahrnehmen, über die in § 20 Abs. 2 genannte Altersgrenze hinaus tätig werden. In der Kinderabteilung können auch geeignete Personen, z.B. Eltern, als Betreuer eingesetzt werden, die keiner Abteilung angehören.

(5) Die Leitung der Kinderfeuerwehr erfolgt durch ein geeignetes Feuerwehrmitglied, das nicht gleichzeitig Jugendfeuerwehrwartin oder Jugendfeuerwehrwart sein soll.

(6) Über die Aufnahme in die Kinder- oder Jugendfeuerwehr entscheidet das Ortskommando auf Vorschlag der Kinder- oder Jugendfeuerwehr.

§ 14 Mitglieder der Einsatzreserve

(1) In den Ortsfeuerwehren kann eine Abteilung Einsatzreserve eingerichtet werden.

(2) Mitglieder der Einsatzabteilung können auf Beschluss des Ortskommandos in die Einsatzreserve versetzt werden, wenn sie der Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme am Übungs-, Ausbildungs- und Einsatzdienst nicht mehr nachkommen können und die Voraussetzungen für eine Beurlaubung (§ 18 Abs. 1) oder eine Versetzung in die Altersabteilung (§ 12 Abs. 1 und 2) nicht vorliegen.

(3) Mitglieder der Einsatzreserve sollen im Jahr innerhalb der Ortsfeuerwehr mindestens 10 Dienststunden verrichten. Für die Mitglieder der Einsatzreserve gelten die Vorgesetztenverhältnisse innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr. Bei Teilnahme am Übungs-, Ausbildungs- und Einsatzdienst gelten die Vorgesetztenverhältnisse analog wie bei der Einsatzabteilung. § 18 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie die Abs. 3 – 5 gelten entsprechend.

§ 15 Mitglieder der Feuerwehrmusikabteilung

(1) Feuerwehrmusik-/Feuerwehrspiellmannszüge können bei allen Ortsfeuerwehren als Feuerwehrmusikabteilung aufgestellt werden. Feuerwehrmusik-/Feuerwehrspiellmannszüge können auch von mehreren Ortsfeuerwehren gemeinsam betrieben werden.

(2) Die Zugehörigkeit zur Feuerwehrmusikabteilung ist an besondere Voraussetzungen nicht gebunden. Die Mitglieder der Feuerwehrmusikabteilung müssen ihren Wohnsitz nicht in der Stadt Braunschweig haben. Sie müssen keinen Einsatzdienst leisten.

(3) Über die Aufnahme entscheidet das Ortskommando auf Vorschlag der Feuerwehrmusikabteilung.

§ 16 Ehrenmitglieder

(1) Ehrenmitglieder können ehemalige Mitglieder der Einsatzabteilung und fördernde Feuerwehrmitglieder der Freiwilligen Feuerwehr oder Personen außerhalb der Freiwilligen Feuerwehr unabhängig von ihrem Wohnsitz werden, die sich um den Brandschutz und Hilfeleistungsaufgaben verdient gemacht haben. Sie werden auf Vorschlag des Ortskommandos durch die Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern der Ortsfeuerwehr ernannt.

(2) Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig, die als Ehrenbeamtinnen oder Ehrenbeamte der Freiwilligen Feuerwehr tätig waren, kann nach Anhörung der Stadtbrandmeisterin oder des Stadtbrandmeisters vom Rat der Stadt die Bezeichnung „Ehrenbrandmeisterin“ oder „Ehrenbrandmeister“ verliehen werden, wenn sie in Ehren aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden sind. Die Betroffenen sollen:

- a) 18 Jahre als „Ehrenbeamtinnen" oder „Ehrenbeamte" tätig gewesen sein,
- b) den Dienstgrad einer Brandmeisterin oder eines Brandmeisters erreicht und
- c) besondere Verdienste in der Freiwilligen Feuerwehr erworben haben.

§ 17

Fördernde Mitglieder

- (1) Die Ortsfeuerwehr kann fördernde Mitglieder aufnehmen; über die Aufnahme entscheidet das Ortskommando.

§ 18

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder der Einsatzabteilung sind verpflichtet, die ihnen übertragenen Aufgaben gewissenhaft auszuführen. Sie haben die von ihren Vorgesetzten im Rahmen der Aufgaben der Feuerwehr gegebenen Anordnungen zu befolgen. Mitglieder der Einsatzabteilung, die aus persönlichen Gründen vorübergehend an der Teilnahme am Einsatz- und Ausbildungsdienst verhindert sind, können auf Antrag durch das Ortskommando befristet beurlaubt werden. Während der Dauer der Beurlaubung ruhen die Rechte und Pflichten als Mitglied der Einsatzabteilung.
- (2) Die Mitglieder in der Kinder- und Jugendfeuerwehr sollen an dem für sie vorgesehenen Übungsdienst und sonstigen Veranstaltungen teilnehmen. Sie haben die im Rahmen der Kinder- und Jugendfeuerwehr gegebenen Anordnungen zu befolgen.
- (3) Jedes Mitglied hat die ihm überlassenen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie die Geräte pfleglich und schonend zu behandeln. Bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Beschädigung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Geräten kann die Stadt den Ersatz des entstandenen Schadens verlangen. Dienstkleidung darf außerhalb des Dienstes nicht getragen werden.
- (4) Mitglieder, die Feuerwehrdienst verrichten, sind nach den gesetzlichen Bestimmungen unfallversichert. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Unfallverhütungsvorschriften für Feuerwehren zu beachten. Tritt ein Unfall im Feuerwehrdienst ein, so ist dies unverzüglich - spätestens binnen 48 Stunden - über die Ortsfeuerwehr dem Fachbereich Feuerwehr zu melden. Gleichzeitig ist die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister zu informieren. Dies gilt auch für Erkrankungen, die erkennbar auf den Feuerwehrdienst zurückzuführen sind.
- (5) Stellt ein Mitglied fest, dass ihm während des Feuerwehrdienstes ein Schaden an seinem privaten Eigentum entstanden ist, so gelten Abs. 4 Satz 3 und 4 entsprechend.

§ 19

Verleihung von Dienstgraden

- (1) Dienstgrade dürfen an Mitglieder der Einsatzabteilung nur unter Beachtung der §§ 8 ff FwVO verliehen werden.
- (2) Die Verleihung eines Dienstgrades innerhalb der Ortsfeuerwehr bis zum Dienstgrad „Erste Hauptfeuerwehrfrau oder Erster Hauptfeuerwehrmann" vollzieht die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister auf Beschluss des Ortskommandos.
- (3) Über die Verleihung eines Dienstgrades ist eine Urkunde auszustellen. Der Dienstgrad darf erst mit der Aushändigung der Urkunde geführt werden.
- (4) Sämtliche Verleihungen von Dienstgraden sind dem Fachbereich Feuerwehr auf dem Dienstweg schriftlich mitzuteilen.

§ 20 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch:

- a) Austrittserklärung,
- b) Richterspruch, wenn dadurch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren wurde,
- c) Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr,
- d) Aufgabe des Wohnsitzes oder des ständigen Aufenthaltes in der Gemeinde bei Mitgliedern der Einsatzabteilung,
- e) Wegfall der regelmäßigen Verfügbarkeit bei Doppelmitgliedern,
- f) Ausschluss.

(2) Die Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr endet für Mitglieder der Kinderfeuerwehr darüber hinaus

- a) mit der Auflösung der Kinderfeuerwehr,
- b) mit der Vollendung des 12. Lebensjahres.

(3) Die Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr endet für Mitglieder der Jugendfeuerwehr über Absatz 1 hinaus

- a) mit der Auflösung der Jugendfeuerwehr,
- b) mit der Vollendung des 18. Lebensjahres.

(4) Der Austritt aus der Freiwilligen Feuerwehr kann nur zum Quartalsende erfolgen; er ist spätestens einen Monat vorher gegenüber der Ortsfeuerwehr schriftlich zu erklären.

(5) Mitglieder der Einsatzabteilung sind aus der Einsatzabteilung zu entlassen, wenn sie sich in der Probezeit nicht bewähren oder gesundheitlich nicht mehr geeignet sind. Sie können in eine andere Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr übernommen werden, wenn sie die Voraussetzungen für eine Zugehörigkeit zu dieser Abteilung erfüllen.

(6) Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr können aus der Freiwilligen Feuerwehr ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Mitglied

- a) seine Pflicht zur Teilnahme am Einsatz- und Ausbildungsdienst erheblich verletzt,
- b) wiederholt fachliche Weisungen der Vorgesetzten nicht befolgt,
- c) die Gemeinschaft innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr durch sein Verhalten erheblich stört,
- d) das Ansehen der Freiwilligen Feuerwehr geschädigt hat,
- e) rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden ist,
- f) innerhalb oder außerhalb der Freiwilligen Feuerwehr durch Äußerungen oder tatsächliche Handlungen zu erkennen gibt, dass er die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht anerkennt.

(7) Über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr beschließt das Ortskommando. Die Ausschlussentscheidung des Ortskommandos soll schriftlich dokumentiert und dem Fachbereich Feuerwehr angezeigt werden. Es soll dabei insbesondere begründet werden, weshalb ein Ausschluss im konkreten Fall das geeignete, erforderliche und angemessene Mittel ist und nicht andere, mildere Maßnahmen, wie beispielsweise eine Abmahnung oder eine zeitlich befristete Suspendierung in Betracht kommen. Das Verwaltungsverfahren wird durch die Stadt geführt. Vor der Entscheidung über den Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr ist dem Stadtkommando und der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Ausschlussverfügung wird von der Stadt erlassen, wenn vom Fachbereich Feuerwehr ebenfalls festgestellt wird, dass ein Aus-

schluss das geeignete, erforderliche und angemessene Mittel ist.

(8) Mitglieder der Einsatzabteilung und Mitglieder der Kinder- oder Jugendfeuerwehr können, wenn gegen sie das Ausschlussverfahren eingeleitet wurde, von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Ausschluss suspendiert werden.

(9) Die Beendigung der Mitgliedschaft eines Mitgliedes der Einsatzabteilung hat die Ortsfeuerwehr über die Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister dem Fachbereich Feuerwehr unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

(10) Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes sind innerhalb einer Woche Dienstkleidung, Dienstausweis, Ausrüstungsgegenstände und alle sonstigen zu Dienstzwecken zur Verfügung gestellten Gegenstände bei der Ortsfeuerwehr abzugeben. Die Ortsfeuerwehr bestätigt dem ausscheidenden Mitglied den Empfang der zurückgegebenen Gegenstände und händigt ihm eine Bescheinigung über die Dauer der Mitgliedschaft und den Dienstgrad aus.

(11) Werden zu Dienstzwecken zur Verfügung gestellte Gegenstände gemäß Abs. 10 Satz 1 von dem ausscheidenden Mitglied trotz schriftlicher Aufforderung nicht zurückgegeben, kann die Stadt den Ersatz des entstandenen Schadens bis zur Höhe der Wiederbeschaffungskosten verlangen.

§ 21 Übergangsregelungen

Mit Inkrafttreten dieser Satzung gilt für die in § 4 Abs. 1 und 2 und § 5 Abs. 2 genannten Funktionskräfte, die unbefristet ernannt sind, eine Amtszeit von 3 Jahren.

§ 22 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig vom 17. Dezember 2013 (Amtsblatt der Stadt Braunschweig Nr. 17 vom 20. Dezember 2013, S. 55) außer Kraft.

Braunschweig, den _____

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Ruppert
Stadtrat

Vorstehende Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Braunschweig wird hiermit bekanntgemacht.

Braunschweig, den _____

Der Oberbürgermeister
I. V.

Ruppert
Stadtrat

Betreff:

Personal-/Stellenbedarf im Zusammenhang mit der Flüchtlings-situation

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

16.09.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	24.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 Stellen auszu-schreiben und zu besetzen, wenn ein unabweisbarer Stellenbedarf im Zusammenhang mit der Untersuchung, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen entsteht.“

Sachverhalt:

Von der Flüchtlingsproblematik ist die Stadt Braunschweig derzeit insbesondere in zwei Teilbereichen betroffen, die direkte Auswirkungen auf den Personalbedarf nach sich ziehen können:

1. Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)

Das Jugendamt ist im Rahmen des staatlichen Wächteramtes verpflichtet, den Schutz des Kindeswohls sicherzustellen und die umF am tatsächlichen Aufenthaltsort in Obhut zu nehmen.

Aufgrund der unvorhersehbaren Zunahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) hat die Verwaltung dem Verwaltungsausschuss am 15. September 2015 eine Eil-vorlage (s. DS 15-00656) vorgelegt, in der die Ausschreibung und Besetzung von 32 Planstellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 vorgeschlagen wird.

2. Durchführung von Asylbewerberuntersuchungen

Die Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen, die in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig untergebracht sind, wird vom Gesundheitsamt Braunschweig durch-geführt. Aufgrund der steigenden Zahlen wurden bereits 2015 1,5 Stellen neu ein-gerichtet. Auch in 2016 wurden bereits 1,5 Stellen aus der Stellenreserve für diesen Bereich freigegeben.

Da die Entwicklung der Flüchtlingsproblematik insgesamt nicht vorhersehbar und damit die Auswirkungen für Braunschweig nicht kalkulierbar sind kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere umF aufgenommen und betreut werden müssen bzw. die Zahlen der Gesundheitsuntersuchungen weiterhin steigen. Dies würde zu weiterem Personalmehrbedarf führen. Da die Stellenreserve 2015 erschöpft ist benötigt die Verwaltung bis zum Inkrafttreten des Haushaltsplanes 2016 eine Ermächtigung, das erforderliche Personal im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 kurzfristig ausschreiben und einstellen zu können. Die dafür erforderlichen Planstellen werden anschließend in den Stellenplan 2016 aufgenommen. Die Betreuungskosten für die umF und die Kosten für die Gesundheitsuntersuchung sind durch Kosten-erstattungen gedeckt.

Über die tatsächliche Inanspruchnahme dieser Ermächtigung wird der Rat unterrichtet.

Ruppert

Anlage/n:

keine

Betreff:
Pädagogisches Personal in den städtischen Kindertagesstätten

Organisationseinheit:
Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:
09.09.2015

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	24.09.2015	Ö
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	24.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

1. Der Anteil des unbefristet beschäftigten pädagogischen Personals (Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten) in den städtischen Kindertagesstätten wird erhöht. Es werden daher aktuell insgesamt bis zu 38,5 Dienstposten (Vollzeitäquivalent) der nur befristet zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze nach Maßgabe dieser Vorlage unbefristet besetzt.
2. Im Bereich des Allgemeinen Sozialdienstes der Abteilung 51.1 Allgemeine Erziehungshilfe werden aktuell bis zu sechs der nur befristet zur Verfügung stehenden Bezirkssozialarbeiterdienstposten nach Maßgabe dieser Vorlage unbefristet besetzt (Vollzeitäquivalent).
3. Die Verwaltung überprüft zum 1. August eines jeden Jahres die festgelegte Quote und nimmt, soweit erforderlich, Anpassungen vor.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 9. Juli 2015 sagte die Verwaltung zu, Vorschläge auszuarbeiten, wie der Anteil des in den städtischen Kindertagesstätten unbefristet beschäftigten Personals erhöht werden könne.

Die Stadt Braunschweig sieht sich im Bereich des pädagogischen Betreuungspersonals in den städtischen Kindertagesstätten einem immer stärker werdenden Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern ausgesetzt. Der seit August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz sowie die Einführung einer Drittkraft in Krippengruppen in Niedersachsen seit Beginn dieses Jahres verschärft den sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangel nochmals. Um dennoch auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren zu können, bedarf es wirksamer Instrumentarien, die zum Erhalt qualifizierter und leistungsstarker Fachkräfte beitragen. Größtmöglicher Anreiz könnte hierbei die Übernahme des pädagogischen Personals in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sein.

Im Zeitraum von 2009 bis 2015 waren durchschnittlich 55 Dienstkräfte in befristeten Beschäftigungsverhältnissen tätig (siehe Anlage). Diese Anzahl ist über die Jahre nahezu konstant geblieben. Begründet waren die nur befristeten Ausfälle der Stammkräfte u. a. durch Mutterschutz, Elternzeit, Sonderurlaub zur Kinderbetreuung, anderweitige Einsätze im Rahmen von Teilzeit sowie langfristige Erkrankungen.

Da in fast allen Fällen mit einer Rückkehr der Stammkräfte zu rechnen ist, kann die unbefristete Übernahme sämtlich befristet Beschäftigter nicht empfohlen werden. Das Risiko einer Überschreitung des Stellenplans wäre dann nicht mehr kalkulierbar, eine Kostensteigerung für den städtischen Haushalt wäre die Konsequenz.

Es zeigt sich aber, dass eine gleichbleibende Anzahl der Dienstkräfte durch Gründe des Mutterschutzes, der Elternzeit sowie der Beurlaubung zum Zwecke der Kinderbetreuung (planbare Ausfälle) konstant über die Jahre hinweg der Stadt Braunschweig nicht zur Verfügung steht. Nach dieser beruflichen Auszeit kehren die Mitarbeiter regelmäßig zunächst für einen längeren Zeitraum nur in Teilzeit ins Berufsleben zurück.

Die Verwaltung hat sich daher die Entwicklung sowie die Gründe für die befristeten Beschäftigungen der vergangenen Jahre detailliert betrachtet, um eine verbindliche Quote zu ermitteln, die es einerseits ermöglicht, den Anteil des unbefristet beschäftigten pädagogischen Personals in den städtischen Kindertagesstätten zu erhöhen, andererseits das Risiko einer Überschreitung des Stellenplans nach Auffassung der Verwaltung ausschließt.

Aus Sicht der Verwaltung erscheint es hierbei vertretbar, eine belastbare Quote von 80 % des im Betrachtungszeitraum (2009 – 2015) niedrigsten Wertes der Befristungen als Grundlage zu installieren, in deren Höhe die nur befristet zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze einer jeden Berufs- und Entgeltgruppe unbefristet besetzt werden können.

Diese Vorgehensweise hat zur Folge, dass aktuell (Kita Jahr 2015/2016) bis zu

- 10,5 Kinderpflegerinnen oder -pfleger der Entgeltgruppe S 3 TVöD
- 5 Kinderpflegerinnen oder -pfleger der Entgeltgruppe S 4 TVöD
- 14 Erzieherinnen oder Erzieher der Entgeltgruppe S 6 TVöD
- 9 Erzieherinnen oder Erzieher der Entgeltgruppe S 8 TVöD

über den Stellenplan hinaus in unbefristete Arbeitsverhältnisse (umgerechnet auf Vollzeitverträge) übernommen werden können.

Die Verwaltung wird die Entwicklung der Zahlen zu Beginn eines jeden Kita-Jahres überprüfen und, soweit erforderlich, entsprechende Anpassungen vornehmen, um das prozentuale Ergebnis (80 %) ggf. wiederherzustellen.

Der Anteil des befristet beschäftigten pädagogischen Personals in den städtischen Kindertagesstätten würde sich auf Basis der o. g. Zahlen von aktuell 17,2 % auf ca. 4,5 % absenken. Im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt von ca. 21,4 % in den Berufen der Sozial- und Erziehungsdienste trägt die Stadt Braunschweig durch diese Maßnahmen zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer Erhöhung der Arbeitsmotivation innerhalb der o. g. Berufsgruppen bei, was folglich auch zu einer Steigerung der Attraktivität der Stadt Braunschweig als Arbeitgeberin insgesamt beitragen wird.

Eine Anpassung bzw. Ausweitung des Stellenplanes wäre nicht erforderlich, da die Mitarbeiter, die sich in Elternzeit oder Beurlaubung befinden, wie bislang bereits praktiziert, auf Leerstellen des Stellenplanes geführt werden, so dass eine Doppelbelegung von Stellen grundsätzlich ausgeschlossen ist.

...

Die Verwaltung hat auch überprüft, ob obige Verfahrensweise auf andere Berufsgruppen innerhalb der Stadtverwaltung anwendbar wäre, um somit auch hier entsprechendes Fachpersonal an die Stadt Braunschweig zu binden.

Innerhalb des Fachbereichs 51 ergibt sich im Bereich des Allgemeinen Sozialdienstes bei den Bezirkssozialarbeitern eine vergleichbare Situation. Im Zeitraum von 2012 – 2015 waren dort durchschnittlich 10 Dienstkräfte (Vollzeitäquivalent) in befristeten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Die Verwaltung hält es auch hier für vertretbar, den Anteil des unbefristet beschäftigten Personals zu erhöhen. Es sollen daher bis zu 80 % des im Betrachtungszeitraum (2012 – 2015) niedrigsten Wertes der Befristungen als Grundlage angesetzt werden.

Dies hat zur Folge, dass aktuell bis zu sechs Bezirkssozialarbeiter der Entgeltgruppe S 14 TVöD über den Stellenplan hinaus in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden können. Hinsichtlich der organisatorischen Auswirkungen wird auf die obige Vorgehensweise bei den städtischen Kindertagesstätten verwiesen.

In den übrigen Abteilungen der Stadtverwaltung ist eine vergleichbare Situation nicht gegeben, so dass dort keine Ausweitung empfohlen werden kann.

Ruppert

Anlage/n:

Anlage I

Übersicht über die Anzahl des befristet beschäftigten Personals in den städtischen Kindertagesstätten

Anlage II

Übersicht über die Anzahl des befristet beschäftigten Personals der Bezirkssozialarbeiter, Entgeltgruppe S 14 TVöD (Allgemeiner Sozialdienst, Abt. 51.1 Allgemeine Erziehungshilfe

Anlage I

Übersicht über die Anzahl des befristet beschäftigten Personals in den städtischen Kindertagesstätten

Jahr ¹	befristet beschäftigtes Personal	davon Kinderpfleger bzw. Sozialassistenten		davon Erzieher	
		EGr. S 3	EGr. S 4 ²	EGr. S 6	EGr. S 8 ²
2009	57,67	24,26	0,00	33,41	0,00
2010	56,98	24,34	0,00	32,64	0,00
2011	49,51	24,52	0,00	25,00	0,00
2012	48,33	13,18	6,46	17,15	11,54
2013	57,61	15,28	8,46	19,83	14,04
2014	56,22	14,71	7,46	18,01	16,04
2015	57,23	13,77	10,77	18,01	14,68
Ø	54,79	18,58	8,29	23,43	14,07
<u>Hinweise</u> <ul style="list-style-type: none">• aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet• die Ausweisung erfolgt vollzeitäquivalent <hr/> ¹ Die Erhebung erfolgt ab dem Jahre 2009. Grund hierfür ist die Einführung des Tarifvertrages im Sozial- und Erziehungsdienst zum 1. Oktober 2009. ² Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 wurden die Dienstposten der Kinderpfleger und Erzieher in den städtischen Kindertagesstätten in Stadtbezirken mit besonderem Förderbedarf aufgrund der besonders schwierigen fachlichen Tätigkeiten nach EGr. S 4 bzw. S 8 TVöD ausgewiesen. Die Auflistung erfolgt daher erst ab dem Jahre 2012.					

Anlage II

Übersicht über die Anzahl des befristet beschäftigten Personals der Bezirkssozialarbeiter, Entgeltgruppe S 14 TVöD (Allgemeiner Sozialdienst, Abt. 51.1 Allgemeine Erziehungshilfe)

Jahr	Gesamtpersonal	befristet beschäftigtes Personal zum Stichtag 1. 10. d. J.
2012	37	7,5
2013	37	11,5
2014	39	9,25
2015	43	10,37
Ø	39	9,65
<u>Hinweise:</u> <ul style="list-style-type: none">• die Ausweisung erfolgt vollzeitäquivalent• für das Jahr 2015 wurde der aktuelle Wert angegeben		

Betreff:

Verkauf des bebauten städtischen Grundstücks Helmstedter Straße 37

Organisationseinheit:

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

24.06.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	07.07.2015	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	24.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

„Dem Verkauf des städtischen Grundstücks Helmstedter Straße 37 an die Stiftung Knabenhof bei St. Leonhard seit 1852 wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Die Stadt ist Eigentümerin des Grundstücks Helmstedter Straße 37 (Teilflächen der Flurstücke 533/11 und 556/7, Flur 2, Gemarkung Altewiek) in einer Größe von ca. 20.100 m², welches mit einem Schulgebäude mit separatem Toilettengebäude, einer Turnhalle/Aula, einem Hausmeisterhaus sowie einer Garage bebaut ist (siehe anliegenden Plan). Das Grundstück liegt zum größten Teil nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes. Die planungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben richtet sich somit nach § 34 BauGB – Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile -.

Das Grundstück ist seit dem 01.08.2004 zum Betrieb der Internationalen Schule an das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD) auf der Grundlage des VA-Beschlusses vom 10.03.2004, Drucksachen-Nr. 8699/04, vermietet. Die Internationale Schule wurde stufenweise ab dem 01.08.2004, beginnend mit den Jahrgängen 1 und 3, ausgebaut. Nachdem alle Jahrgangsstufen errichtet sind, soll ein weiterer Ausbau der Zweizügigkeit erfolgen. Hierfür sind An- und Umbaumaßnahmen erforderlich. Vor Umsetzung dieser Maßnahmen möchte die Stiftung Knabenhof bei St. Leonhard seit 1852 das Schulgrundstück erwerben, da die vorgesehenen umfangreichen Bauarbeiten auf einem Mietgrundstück für die Stiftung nicht zukunftsfähig sind. Die Gremien des CJD haben einen Ankauf des Grundstücks aus wirtschaftlichen Überlegungen abgelehnt. Da das CJD bereits auf einem der Stiftung Knabenhof bei St. Leonhard seit 1852 gehörenden Grundstück die Christopherusschule betreibt, ist das CJD an die Stiftung wegen eines Grundstücksankaufs herantreten. Die Stiftung Knabenhof möchte das Schulgrundstück erwerben und langfristig dem CJD zur Verfügung stellen.

Die Stiftung Knabenhof bei St. Leonhard seit 1852 ist eine selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Braunschweig. Die Wahrnehmung des Stiftungszwecks wurde vertraglich an das CJD übertragen. Das CJD Braunschweig in Niedersachsen ist eine gemeinnützige Einrichtung mit vielfältigen Angeboten zur schulischen und musischen Bildung. Zudem ist es ein Kompetenzzentrum für Begabtenförderung. Zu den Bereichen gehört eine International School, eine Grundschule, ein Gymnasium, eine Musische Akademie, ein Internat sowie eine Psychologische Beratungsstelle. Die Einrichtung ist Teil des Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD). Das CJD bietet jährlich 155.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 9.500 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern an 150 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Für die Wirtschafts- und Wissenschaftsregion Braunschweig ist die Internationale Schule Braunschweig – Wolfsburg von entscheidender Bedeutung. Sie ist ein wichtiger Teil der Bildungsinfrastruktur in Braunschweig mit überregionaler Bedeutung und damit ein wichtiger Standortfaktor. Mit der Internationalen Schule wird das öffentliche Schulwesen in Braunschweig ergänzt und bereichert. Deutsche Familien wählen eine Internationale Schule, weil sie ein alternatives Schulangebot suchen und ihre Kinder auf ein internationales Leben und Arbeiten in globalen Verhältnissen vorbereiten möchten. Ausländische Familien, die in Deutschland eine gewisse Zeit leben, spricht die Schule an, da die dort zu erwerbenden internationalen Abschlüsse den Jugendlichen nach einer Rückkehr in ihre Heimat oder nach einem Wohnortwechsel in ein anderes Land eine schnelle Integration in andere Bildungssysteme ermöglichen. Die Internationale Schule verbessert die Chancen für Personalgewinnung von hochqualifizierten Fachkräften in den wissenschaftlichen Einrichtungen und für die heimische Wirtschaft.

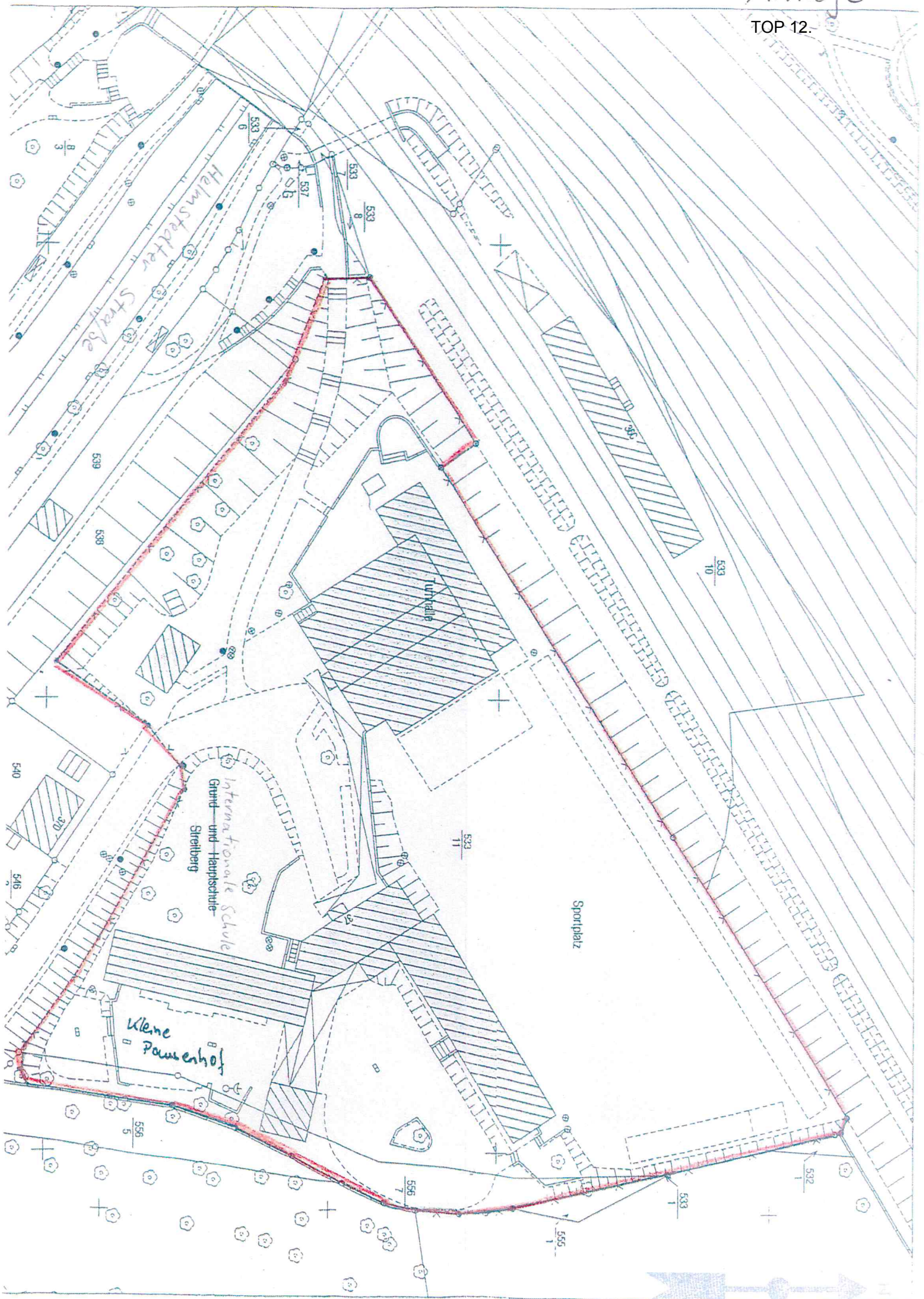
Im bestehenden Mietvertrag wurde der Stadt entschädigungslos das Recht eingeräumt, die Sportanlagen (Turnhalle/Sportplatz) schultäglich spätestens ab 18 Uhr, an den Wochenenden und in den Schulferien an außerschulische Nutzer (Sportvereine) zu vermieten. Von der Käuferin werden die Vereinbarungen zur Nutzung der Sportanlagen übernommen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Verkauf des Grundstücks zu beschließen.

Geiger

Anlage:

Lageplan Helmstedter Straße 37



Betreff:

Haushaltsvollzug 2015
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§
117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

14.09.2015

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

24.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Sachverhalt:

Finanzhaushalt

1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	4E.210097 Sanierung/ Erweiterung Nibelungenschule
Sachkonto	787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **500.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	1.746.000 €
Mittel des Ergebnishaushaltes	374.000 €
überplanmäßig beantragt	500.000 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	2.620.000 €

Für die Sanierung der Nibelungenschule und deren Erweiterung für die Oberstufe der IGS Querum sind im Haushaltsplan 2015 kassenwirksame Mittel i. H. v. 2.120.000 € veranschlagt. Dazu ist eine Verpflichtungsermächtigung (VE) zu Lasten 2016 i. H. v. 1.200.000 € eingeplant.

Die in diesem Jahr vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen an den Fassaden und Fenstern sowie die Elektro-, Heizungs- und Sanitärinstallationen werden bis zum Jahresende wie geplant durchgeführt.

Die verfügbaren kassenwirksamen Mittel sind infolge des fortgeschrittenen Bauablaufs bereits in voller Höhe durch Planungs- und Bauaufträge gebunden und werden bis zum Jahresende vollständig verausgabt sein. Die VE ist derzeit i. H. v. rund 650.000 € durch Aufträge in Anspruch genommen; bis zum Jahresende 2015 werden daraus weitere Aufträge insbesondere für Tischler-, Stahlbau- und Rohbauarbeiten erteilt.

Die beauftragten und noch zu beauftragenden Bauleistungen werden teilweise in diesem Haushaltjahr erbracht und auch zum Teil in Rechnung gestellt. Daher sind weitere kassenwirksame Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 €, die in der Finanzplanungsrate 2016 enthalten sind, im Wege eines Haushaltsvorgriffs überplanmäßig bereitzustellen.

Folgende Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt / Finanzposition	Bezeichnung	Betrag
Minderauszahlung	4E.210097/ 787110	Sanierung/ Erweiterung Nibelungenschule/ Hochbaumaßnahmen - Projekte	500.000,00 €

2. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	4E.210144 IGS Franzisches Feld/ Sanierung
Sachkonto	787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **500.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	2.463.000 €
Mittel des Ergebnishaushaltes	615.800 €
überplanmäßig beantragt	500.000 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	3.578.800 €

Für die Sanierung der IGS Franzisches Feld sind im Haushaltsplan 2015 kassenwirksame Mittel i. H. v. 3.078.800 € veranschlagt. Dazu ist eine Verpflichtungsermächtigung (VE) zu Lasten 2016 i. H. v. 2.260.000 € eingeplant.

Die in diesem Jahr vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen (Teilsanierung Heizungsanlage und Trinkwassernetz, Teilsanierung WC's, Sanierungsbeginn in den NTW-Räumen, Installation Trafostation) werden bis zum Jahresende wie geplant durchgeführt. Dazu werden bestimmte Bauleistungen, die ursprünglich erst 2016 oder später vorgesehen waren, aus statischen oder bauordnungsrechtlichen Gründen bzw. um den gesamten Sanierungsablauf zu optimieren vorgezogen.

Die verfügbaren kassenwirksamen Mittel sind infolge des fortgeschrittenen Bauablaufs bereits in voller Höhe durch Planungs- und Bauaufträge gebunden und werden bis zum Jahresende vollständig verausgabt sein. Die VE ist derzeit i. H. v. rund 1.000.000 € durch Aufträge in Anspruch genommen; sie wird ebenfalls bis zum Jahresende 2015 vollständig durch weitere Aufträge in Anspruch genommen.

Da die beauftragten und noch zu beauftragenden Bauleistungen für die vorgezogenen Maßnahmen in diesem Haushaltjahr erbracht und zumindest teilweise in Rechnung gestellt werden, müssen weitere kassenwirksame Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 €, die in der Finanzplanungsrate 2016 enthalten sind, im Wege eines Haushaltsvorgriffs überplanmäßig bereitgestellt werden.

Folgende Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt / Finanzposition	Bezeichnung	Betrag
Minderauszahlung	4E.210144/ 787110	IGS Franzsesches Feld Sanierung	500.000,00 €

3. Teilhaushalt Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	5S.660017 Stadtbahnbau/Folgemaßnahmen
Sachkonto	787210 Tiefbaumaßnahmen Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **127.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	250.000,00 €
überplanmäßig beantragt	127.000,00 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	377.000,00 €

Für Folgemaßnahmen im Straßenbahnbau stehen für das Haushaltsjahr 2015 250.000 € zuzüglich Haushaltsreste in Höhe von 91 T€ zur Verfügung. Die vorhandenen Haushaltsmittel sind bereits vollständig durch Maßnahmen (z. B. Wendenstraße) gebunden. In 2015 soll zusätzlich jedoch auch die Fertigstellung der stadtbahnbegleitenden Straßenbauarbeiten am Leonhardplatz erfolgen. Im Zuge der dringend nötigen Gleissanierung werden Optimierungen für den Radverkehr umgesetzt und die Bushaltestelle vor der Stadthalle erneuert. Die Arbeiten sind mit der Verkehrs-GmbH koordiniert.

Die Erneuerung der Straße soll aus wirtschaftlichen Gründen im Zuge der Gleissanierung durchgeführt werden, da durch Synergieeffekte Kosten gespart werden können. Außerdem muss dann nicht zu einem späteren Zeitpunkt die Straße erneut für die Bauarbeiten (teilweise) gesperrt werden und es können weitere Beeinträchtigungen des Verkehrs vermieden werden.

Für die Baumaßnahme am Leonhardplatz wird mit Gesamtkosten in Höhe von 325.000 € gerechnet. Ein Teil kann aus den vorhandenen Mitteln erbracht werden, jedoch besteht eine Deckungslücke in Höhe von 127.000 €.

Deckungsmittel sind im Projekt „Radwege Neubau (4S.660012)“ vorhanden, dort wird der Ansatz nicht ausgeschöpft werden.

Folgende Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt / Finanzposition	Bezeichnung	Betrag
Minderauszahlung	4S.660012 / 787210	Radwege Neubau / Tiefbaumaßnahmen Projekte	127.000,00 €

4. Teilhaushalt Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	5S.660050 FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)
Sachkonto	787340 Sonstige Baumaßnahmen - sonstige technische Anlagen

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **70.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	300.000,00 €
überplanmäßig beantragt	70.000,00 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	370.000,00 €

Die Verwaltung hatte mehrere Planungsvarianten zur Aufwertung des Erfurtplatzes vorbereitet. Der Stadtbezirksrat hat sich im weiteren Verlauf für die Legalisierung des bereits als Parkplatz genutzten Platzes ausgesprochen. Diesem Wunsch ist die Verwaltung nachgekommen und hat durch geringfügige Umorganisation auf dem Platz und durch entsprechende Beschilderung ein Maximum an Stellplätzen legalisiert. Die Umgestaltung des Platzes wurde durch die Fachverwaltung umgesetzt.

Nach Einrichtung der Parkplätze, die ausschließlich vom Sachsendamm über den Gleisbereich angefahren werden können, hat sich die Zahl der Überfahrten der Gleise auf ein Maß erhöht, wonach eine technische Sicherung der Gleisanlagen nach § 20 Absatz 4 Verordnung über den Bau und den Betrieb der Straßenbahnen (Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung – BOStrab) vorgeschrieben ist. Hier kommt ausschließlich eine Lichtsignalanlage in Betracht. Zur Errichtung und dem daraus resultierenden Straßenbau werden Mittel in Höhe von insgesamt rund 80.000 € benötigt.

Die derzeit noch vorhandenen Finanzmittel des Projekts „FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis) (5S.660050)“ sind bereits für andere Vorhaben verplant, welche ebenso notwendig sind.

Die Teilfinanzierung der Signalanlage in Höhe von 70.000 € ist aus dem Projekt „Erfurtplatz/Umgestaltung (5E.610023)“ möglich, da die gewünschte Planungsvariante durch den Stadtbezirksrat weitere Budgetfreiräume zulässt.

Folgende Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt / Finanzposition	Bezeichnung	Betrag
Minderauszahlung	5E.610023 / 787230	Erfurtplatz/Umgestaltung Grünbaumaßnahmen - Projekte	70.000,00 €

Ergebnishaushalt1. Teilhaushalt Fachbereich Stadtgrün und Sport

Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
 Projekt 4S.670007 FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen
 Sachkonto 421270 Infrastrukturverm. - Unterh. Grünanlagen

Bei dem o. g. Projekt wird eine überplanmäßige Aufwendung in Höhe von **200.000 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	1.154.300,00 €
überplanmäßig beantragt	200.000,00 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	1.354.300,00 €

Am 5. Juli 2015 zog der Sturm "Siegfried" mit Orkanböen von bis zu 190 km/h über Braunschweig hinweg. In der Folge dieses Sturmes sind erhebliche Baumschäden im gesamten Stadtgebiet zu verzeichnen. Selbst der Sturm "Kyrill" hatte für den städtischen Baumbestand nicht solche Auswirkungen wie nun der Sturm "Siegfried".

Insbesondere aus Gründen der Gefahrenabwehr und der Verkehrssicherheit war es notwendig, für die Aufräumarbeiten Fremdfirmen zu beauftragen. Da für diese unvorgesehenen Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von rd. 200.000 € keine ausreichenden Mittel im Budget des Fachbereiches Stadtgrün und Sport zur Verfügung stehen, ist die Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln erforderlich.

Deckung:

Art der Deckung	Produkt / Kostenart	Bezeichnung	Betrag
Mehrerträge	1.61.6110.01 / 311110	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Schlüsselzuweisungen vom Land	200.000,00 €

Geiger

Anlage/n:
keine Anlagen

Betreff:

Haushaltsvollzug 2015

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.09.2015

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

24.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Sachverhalt:

Finanzhaushalt

1. Teilhaushalt Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Zeile 27 Beschaffung von beweglichem Sachvermögen

Projekt 5S.51 Neu Ausstattung für die Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge

Sachkonto 783110/783125 Vermögensgegenstände ab 150 €

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **92.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015

0,00 €

außerplanmäßig beantragt

92.000,00 €

(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

92.000,00 €

Für neue Unterkünfte im Rahmen der Inobhutnahmen von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen (UmF) in der Neuen Knochenhauerstr. 5, in der Hebbelstr. 40 und im Kinder- und Jugendschutzhaus in Ölper müssen Einrichtungsgegenstände mit einem Einzelwert ab 150,00 € beschafft werden. Aus haushaltstechnischen Gründen sind die Auszahlungen wie folgt abzubilden:

- a) geringwertige Vermögensgegenstände ab 150,00 € und bis 1.000,00 € (GVG)
- b) Vermögensgegenstände über 1.000,00 €

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation besteht akuter Handlungsbedarf. Die Unterbringungssituation ist bereits dramatisch. Am Abend des 3. September 2015 sind 11 neue umF in Braunschweig angekommen und am 5. September 2015 noch 70 weitere, für die keine Plätze mehr vorhanden sind.

Die Mittel werden wie folgt benötigt:

18.000 Euro für die Hebbelstr. 40

70.000 Euro für die Neue Knochenhauerstr. 5

3.750 Euro für zusätzliche Plätze im Kinder- und Jugendschutzhaus, Ölper

Die Stadt Braunschweig ist gesetzlich verpflichtet, die in Braunschweig angekommenen Kinder und Jugendlichen angemessen unterzubringen und zu betreuen. Bei Einreise eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings sind alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Kindeswohls im Rahmen des staatlichen Wächteramtes auf der Grundlage des SGB VIII sicherzustellen. Die Betroffenen sind gemäß § 42 Abs. 1 und 3 i. V. m. § 87 SGB VIII durch die Stadt am tatsächlichen Aufenthaltsort in Obhut zu nehmen. Vor diesem Hintergrund ist die Maßnahme sowohl sachlich als auch zeitlich unabweisbar.

Zur Deckung stehen nicht mehr benötigte Haushaltsmittel auf folgendem Projekt zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt / Finanzposition	Bezeichnung	Betrag - € -
Minderauszahlung	4S.210077/ 787110	Schulkindbetreuung 60 % Stufe 2/ Baumaßnahmen, investiv	92.000,00

Ergebnishaushalt

1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15 Aufwendungen für Sach-/ Dienstleistungen

Projekt 4S.210051 Brandschutzmaßnahmen

Sachkonto 421110 Grundstücke und bauliche Anlagen/ Instandhaltung

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **750.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015

1.493.000 €

überplanmäßig beantragt

750.000 €

(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

2.243.000 €

Die bei dem o. a. Projekt verfügbaren Haushaltsmittel sind vollständig für größere Brandschutzmaßnahmen in 24 sowie diverse kleinere Maßnahmen in weiteren rund 30 Objekten verplant. Zusätzlich zu den bereits geplanten und begonnenen Brandschutzmaßnahmen ist die Durchführung von zusätzlichen Brandschutzmaßnahmen bei folgenden Liegenschaften erforderlich:

GS Lindbergsiedlung, GS Comeniusstraße, GS Edith Stein, GS Heinrichstraße, GS Hinter der Masch, GS Völkenrode, RS Georg-Eckert-Straße, BBS V Abt. Böcklinstraße sowie BBS V, Abt. Leonhardstraße.

Es sind Maßnahmen zur Sicherstellung des 1. Flucht- und Rettungsweges erforderlich. Dazu sind Brandlasten wie Garderobenanlagen zu entfernen und durch Metallspinde oder durch Umnutzung von Aufenthaltsräumen zu ersetzen. Brand- und Rauchschutztüren sind zu ertüchtigen. Ebenso ist die Stellung von Brandwachen notwendig.

Weiterhin sind zusätzliche Kompensationsmaßnahmen bei fehlenden 2. Flucht- und Rettungswegen wie z.B. durch Stellung von Gerüsttreppen oder Notleitern und Erweiterung von Brandüberwachungsanlagen notwendig. Ebenso ist die Erneuerung bzw. Aktualisierung von Beschilderungen, Überprüfungen von techn. Anlagen und Bauteilen durch Gutachter und Sachverständige erforderlich.

Um eine Nutzungsuntersagung der betroffenen Schulen bzw. Gebäude durch die Bauaufsicht zu vermeiden, ist eine Umsetzung der notwendigen Maßnahmen bis Ende Oktober 2015 erforderlich.

Folgende Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt/Kostenstelle/Kostenart	Bezeichnungen	Betrag - € -
- Mehrerträge -	1.61.6110.01 / 311110	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen / Schlüsselzuweisungen vom Land	590.000,00
- Minderaufwendungen -	004-1003 / 462110	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / Deckungsreserven Personalaufwendungen	160.000,00

2. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile

Projekt	4S.21 Neu	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/ Unterbringung
Sachkonto	4*	diverse Konten

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **1.500.000 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	0,00 €
außerplanmäßig beantragt Anteil Aufwand	1.200.000 €
außerplanmäßig beantragt Anteil Investiv	300.000 €
außerplanmäßig beantragt gesamt	1.500.000 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	1.500.000 €

Unter den in Braunschweig eingetroffenen Flüchtlingen sind u.a auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) angekommen. Da die Stadt Braunschweig zur Inobhutnahme der UmF verpflichtet ist, sind diese derzeit betreut in Jugendzentren und im Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper untergebracht. Die Aufnahme in Jugendzentren ist jedoch kein Dauerzustand. Um die Jugendlichen adäquat betreuen und integrieren zu können, ist geplant, die Neue Knochenhauer Straße 5, EG und 1.OG, sowie die Naumburgstraße 23, herzurichten und als Unterkunft bereitzustellen.

Die Kosten für die Herrichtung des 1. OG der Neuen Knochenhauer Straße 5 werden auf rund 102.000 € geschätzt und zur Zeit aus dem Projekt "Instandhaltung Allgemeines Grundvermögen (4S.210034)" finanziert. Genaue Planungen der Kosten für das Erdgeschoss Neue Knochenhauer Straße 5 sowie für die Naumburgstraße 23 liegen derzeit jedoch noch nicht vor. Es wird mit Kosten von mindestens 1 Mio. € gerechnet.

Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen lässt vermuten, dass in absehbarer Zeit mit weiteren Unterbringungsfällen zu rechnen ist. Hierfür werden die bisherigen oben genannten Liegenschaften voraussichtlich nicht ausreichen. Bereits jetzt wird intensiv nach möglichen Räumlichkeiten gesucht.

Zur Zeit können noch keine konkreten Kosten für die bevorstehenden o.g. Umbaumaßnahmen und für die bisher noch nicht bekannten ggf. erforderlich werdenden Maßnahmen beziffert werden. Nach Vorliegen von Planungen und Kostenschätzungen ist es erforderlich, unmittelbar weitere Schritte zur Bereitstellung der Unterkünfte einzuleiten. Damit die Stadt Braunschweig in dieser Situation flexibel und kurzfristig handeln kann, wird vorgeschlagen, einer außerplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 1,5 Mio. € zuzustimmen. Mit diesen Mitteln sollen alle in Zusammenhang mit der Unterbringung stehenden Kosten abgedeckt werden.

Zur Deckung müssen diverse Projekte herangezogen werden. Weitestgehend handelt es sich tatsächlich um Einsparungen. Lediglich die Mittel des Projektes 5. IGS Heidberg Mobiliar (5S.400045) mit 300.000 € müssen für 2017 nachveranschlagt werden. Es ist vorgesehen, diese Mittelveränderung in die Beratung zur Haushaltslesung einzubringen. Die Mittel für die Grundsanierung der Salzdahlumer Straße (5E.660065) werden derzeit nicht benötigt, da dieses Projekt zunächst von der Entwicklung des Stadtbahnausbaukonzeptes abhängt.

Art der Deckung	Projekt/Kostenstelle/Kostenart	Bezeichnungen	Betrag - € -
- Minderauszahlungen -	004-1003 / 462110	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / Deckungsreserven Personalaufwendungen	390.000
- Minderaufwendungen -	5S.400045/ 422900	5. IGS Heidberg Mobiliar/ Festwert	300.000
- Minderaufwendungen -	4S.000018/ 431813	Nationale Projekte des Städtebaus/Zuschüsse an übrige Bereiche	250.000
- Minderaufwendungen -	1.11.1160.12/ 443140	Beteiligungsmanagement/ Prüfungs- und Beratungskosten	110.000
- Minderaufwendungen -	1.54.5461.01/ 443140	BgA Tiefgaragen/ Prüfungs- und Beratungskosten	90.000
- Minderaufwendungen -	1.51.5114.03/ 427110	Kofinanzierungsmittel für Metropolregionsprojekte/ Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	25.000
- Minderaufwendungen -	1.57.5711.01/ 431710	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung/ Zuschuss an private Unternehmen	20.000
- Minderaufwendungen -	1.11.1165.22.01/ 424110	Grundbesitzabgaben/ Grundstücksabgaben	15.000
- Minderauszahlungen -	5E.660065/ 787210	Grundsanierung Salzdahlumer Straße/ Tiefbaumaßnahmen Projekte	300.000

3. Teilhaushalt Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	
Projekt	4S.510015	Global-Instandhaltung Jugendzeltlager Lenste
Sachkonto	421110/445526	Grundst. u. baul. Anlagen Instandhaltung

Bei dem o. g. Projekt wird ein überplanmäßige Aufwand in Höhe von **84.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015	127.900,00 €
überplanmäßig beantragt	<u>84.000,00 €</u>
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	211.900,00 €

Der Kinder- und Jugendzeltplatz in Lenste/Grömitz ist/war mit 6 Warmwasserspeichern à 1.500 Litern ausgestattet, die die Sanitärbereiche in 6 Gebäude-/teilen mit Warmwasser versorgen. Im Januar 2015 wurde festgestellt, dass ein Speicher durchgerostet ist und stillgelegt werden musste.

Da alle Speicher das gleiche sehr hohe Alter haben, besteht die Gefahr/Wahrscheinlichkeit, dass auch die restlichen 5 Speicher in kürzester Zeit durchrosten. Wenn noch ein Warmwasserspeicher durchrosten sollte, ist der ordnungsgemäße Betrieb des Zeltplatzes nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Nach der Vorplanung ist vorgesehen, die Warmwasserversorgung kurzfristig durch eine Solaranlage – ergänzend zur vorhandenen, erst kürzlich erneuerten Heizungsanlage – sicherzustellen. Dies ist zum einen klimaverträglicher und darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich die Anlage mittelfristig (nach 5 bis 8 Jahren) durch Einsparung von Heizkosten amortisiert.

Die Umstellung der Warmwasserbereitung auf Solarenergie muss zwingend in diesem Winterhalbjahr durchgeführt werden und vor Beginn des Aufbaus, also bis Mitte März 2016, abgeschlossen sein. Vorher ist zur Planung, Berechnung und Durchführung der Solaranlage ein vor Ort ansässiges Ingenieur-Büro - spätestens im Laufe des Oktober 2015 - zu beauftragen. Die Kosten betragen 84.000 €.

Zur Sicherstellung der städtischen Aufgabe und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen ist es unverzichtbar, die Mittel rechtzeitig bereitzustellen.

Zur Deckung stehen nicht mehr benötigte Haushaltsmittel auf folgendem Projekt zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt / Finanzposition	Bezeichnung	Betrag - € -
Minderaufwand	4S.210070/ 421110	Umb.städt. Kitas für U3 (40 %)	84.000,00

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:

Haushaltsvollzug 2015

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

24.09.2015

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

24.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Sachverhalt:

Ergebnishaushalt

1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4S.210077 Schulkindbetreuung/ Ausbau auf 60 % Stufe 2
Sachkonto	421110 Grundstücke und bauliche Anlagen/ Instandhaltung

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **71.500,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2015

55.000 €

überplanmäßig beantragt

71.500 €

(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

126.500 €

Mit dem Ratsbeschluss DS 2654/13 zum bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuung wurde festgelegt, für mindestens 60 % der Schülerinnen und Schüler bis 2020 verbindliche Betreuungsplätze nach dem Braunschweiger Modell vorzuhalten.

Auf dieser Grundlage wurde eine Gruppe zum Schuljahr 2015/2016 in der Grundschule Broitzem unter der Trägerschaft „Der Paritätische“ eingerichtet. Es gibt eine vorläufige Betriebserlaubnis. Im Zuge des Betriebs stellte sich nunmehr heraus, dass der bisher nicht hergerichtete Raum für eine auf Dauer angelegte Schulkindbetreuung nicht geeignet ist. Es sind Umbaumaßnahmen erforderlich.

Vor diesem Hintergrund besteht die Notwendigkeit, den Raum umgehend bedarfsgerecht herzurichten. Die Kosten hierfür betragen 77.000 €. Es stehen noch rd. 5.500 € zur Verfügung. Somit fehlen 71.500 €, die nur überplanmäßig bereitgestellt werden können.

Zur Deckung stehen nicht mehr benötigte Haushaltsmittel auf folgendem Projekt zur Verfügung:

Art der Deckung	Projekt/Maßnahme / Kostenart	Bezeichnungen	Betrag
Minderaufwendungen	4S.510018.01.505 / 431813	FB 51 U3/Einr. Krippenplätze 35 % / IM Zuschuss an übrige Bereiche	71.500 €

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:

Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

11.09.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	24.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG; ehemals § 83 Abs. 4 Nieders. Gemeindeordnung) in Verbindung mit § 25 a Gemeindehaushalts- und –kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:

Zuwendungen Rat Oktober 2015

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2015)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	800,00 €	Bücher für die GS Isoldestraße Kettenzuwendung
2	Feldmarkrealverband Hagen	1.500,00 €	Lehrmittel für die GS Bültenweg Kettenzuwendung
3	Förderverein der GS Bebelhof	1.580,00 €	Lehrmittel für die GS Bebelhof Kettenzuwendung
4	Förderverein Mobiler Dienst Sehen	Sachspende 2.698,92 €	Bildschirmlesegerät für die Hans-Würtz-Schule
5	Förderverein Mobiler Dienst Sehen	Sachspende 275,81 €	Schreibmaschine für Blinde für die Hans-Würtz-Schule Kettenzuwendung
6	Freundeskreis der GS Edith Stein	Sachspende 740,00 €	Schulplaner für die GS Edith Stein Kettenzuwendung
7	Freundeskreis der GS Edith Stein	Sachspende 2.633,00 €	Mobiliar für die GS Edith Stein
8	Freundeskreis der Nibelungen-Realschule	5.000,00 €	Zuschuss zum Spielhügel an der Nibelungen-Realschule
9	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 1.485,00 €	LED-Scheinwerfer zur Technikausstattung der Aula des Gym. Martino-Katharineum Kettenzuwendung
10	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 360,37 €	Tischtennisbälle- und schläger, Frisbee und Bastelmaterial für das Gym. Martino-Katharineum Kettenzuwendung
11	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 320,00 €	UV-Handlampe für den Physikunterricht am Gym. Martino-Katharineum Kettenzuwendung
12	Volksbank BraWo Stiftung	500,00 €	Musik-Workshop an der GS St. Josef Kettenzuwendung

Referat 0413

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Braunschweigische Landessparkasse	Sachspende 50,00 €	Sammlungsbereich Technik Bauherrenmodell Alter Bahnhof und Nord LB Zentrum 1970/1980 Kettenzuwendung
2	Kulturstiftung der Länder	36.000,00 €	Restaurierung des Grotrian Flügels
3	Stiftung Niedersachsen	7.000,00 €	Restaurierung des Grotrian Flügels
4	Brigitte Voigt	Sachspende 20.000,00 €	Gemälde "In roten Kisten" von Peter Voigt, 1969
5	Brigitte Voigt	Sachspende 26.000,00 €	Gemälde "Narrenschiff" von Peter Voigt, 1982
6	Brigitte Voigt	Sachspende 22.000,00 €	Gemälde "Ein Rest Blau" von Peter Voigt, 1990
7	Volkswagen AG	10.000,00 €	Restaurierung des Grotrian Flügels

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	400,00 €	Projekt "Auf dem Weg zum Buch" in der Kindertagesstätte Magnitorwall Kettenzuwendung
2	Stiftung Großes Waisenhaus Braunschweig	10.000,00 €	Umgestaltung Außengelände Kinder- und Jugendzentrum Rünigen
3	Stiftung Großes Waisenhaus Braunschweig	2.500,00 €	Kita Siegmundstraße zur Anschaffung von Spielfahrzeugen
4	Stiftung Großes Waisenhaus Braunschweig	5.000,00 €	Kita Lamme zur Errichtung eines Baumhauses
5	Stiftung Großes Waisenhaus Braunschweig	2.500,00 €	Kita Gliesmarode für die Anschaffung einer Nestschaukel

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2015)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Freundeskreis der GS Edith Stein	470,00 €	Schüler/innen der GS Edith Stein	Kosten für den Bus zum Liederfest im Dom zu Hildesheim Kettenzuwendung
2	Volksbank BraWo Stiftung	270,00 €	Schüler/innen der GS St. Josef	Zuschüsse zu Ausflügen Kettenzuwendung

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	5.817,08 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Kindertagesstätten und Schulen	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe
2	Multimedia Werbe- und Verlags GmbH Braunschweig	6.128,62 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Einzelfallhilfe; Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Fachbereich 50

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Angelika Engel	2.200,00 €	Psychisch erkrankte Menschen in Notsituationen	Finanzelle Unterstützung von psychisch erkrankten Menschen Preisgeld aus der Verleihung des Luise-Löbbecke-Rings an Frau Engel

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2015)**Fachbereich 37**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein Feuerwehr und Jugendfeuerwehr Braunschweig e.V.	10.000,00 €	IT-Ausstattung Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig

Fachbereich 66

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Firma ECE Projektmanagement GmbH & Co KG	Sachspende 4.000,00 €	Unterirdische Abfallbeseitigungsbehälter für die Fußgängerzone in den Bereichen Sack und Neue Straße

Betreff:

**Bestellung von städtischen Vertretern in
Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten städtischer
Beteiligungen**

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

25.09.2015

Beratungsfolge

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

29.09.2015

06.10.2015

Status

N

Ö

Beschluss:

„1. Braunschweig Zukunft GmbH

Herr Ratsherr Aykut Günderen wird aus dem Aufsichtsrat der Braunschweig Zukunft GmbH abberufen und

Herr Ratsherr Michael Ehbrecht

(Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion)

wird in den Aufsichtsrat der Braunschweig Zukunft GmbH entsandt.

2. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Herr Ratsherr Aykut Günderen wird aus der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH abberufen und

Herr Ratsherr Claas Merfort

(Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion)

wird in die Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH entsandt.“

3. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Herr Ratsherr Kai Florysiak wird aus der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH abberufen und

Frau Ratsfrau Sonja Brandes

(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

wird in die Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH entsandt.

4. Aufsichtsrat der Allianz für die Region GmbH

Zur Wahl in den Aufsichtsrat der Allianz für die Region GmbH schlägt die Gesellschafterin Stadt Braunschweig

Herrn Oberbürgermeister Ulrich Markurth

(Wahl gemäß § 67 NKomVG)

vor. Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Allianz für die Region GmbH wird angewiesen, sich in der Gesellschafterversammlung für die Durchsetzung dieses Vorschlages einzusetzen.“

Sachverhalt:

Zu 1. Und 2.

Herr Ratsherr Aykut Günderen ist auf eigenen Wunsch aus dem Rat der Stadt ausgeschieden. Seine Mitgliedschaft endete durch den feststellenden Beschluss des Rates gem. § 52 Abs. 2 NKomVG am 31. Juli 2015 (siehe Drucksache 17636/15, Sitzung am 2. Juni 2015).

In diesem Zusammenhang soll die Neubesetzung der bisher von Herrn Günderen wahrgenommenen Mandate im Aufsichtsrat der Braunschweig Zukunft GmbH und in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH erfolgen.

Nach § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Zukunft GmbH endet die Amtszeit der von der Stadt entsandten Aufsichtsratsmitglieder ohne Weiteres erst mit Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Braunschweig. Eine automatische Beendigung der Amtszeit von Herrn Günderen aufgrund der Niederlegung seines Mandats tritt damit nicht ein. Aus diesem Grund ist Herr Günderen zunächst aus dem Aufsichtsrat abzuufen.

Die Vertreterinnen und Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen werden durch den jeweiligen Beschluss des Rates auf unbestimmte Zeit berufen. Bis zu ihrer Abberufung durch den Rat sind sie die entsandten Vertreter der Stadt in der jeweiligen Gesellschafterversammlung. Aus diesem Grund ist vor der neuen Entsendung zunächst die Abberufung von Herrn Günderen als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH vorzunehmen.

Das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung der beiden Mandate obliegt der CDU-Fraktion. Die im Beschlussvorschlag genannten Personen entsprechen dem Vorschlag der CDU-Fraktion.

Zu 3.

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 15. September 2015 darum gebeten, Herrn Ratsherr Kai Florysiak aus der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH abzuufen.

Die Vertreterinnen und Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen werden durch den jeweiligen Beschluss des Rates auf unbestimmte Zeit berufen. Bis zu ihrer Abberufung durch den Rat sind sie die entsandten Vertreter der Stadt in der jeweiligen Gesellschafterversammlung. Aus diesem Grund ist vor der neuen Entsendung zunächst die Abberufung von Herrn Florysiak als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH vorzunehmen.

Das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung des Mandats obliegt der SPD-Fraktion. Die Neubesetzung mit der im Beschlussvorschlag genannten Person entspricht dem Vorschlag der SPD-Fraktion.

Zu 4.

Gemäß den Regelungen des Gesellschaftsvertrages der Allianz für die Region GmbH datiert die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Gesellschaft hat mitgeteilt, dass die Amtszeit des Aufsichtsrates mit der Gesellschafterversammlung am 20. Oktober 2015 zur Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2014 turnusmäßig endet.

Jeder Gesellschafter der Allianz für die Region GmbH hat das Recht mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrates vorzuschlagen. Die Aufsichtsratsmitglieder werden mit 2/3-Mehrheit durch die Gesellschafterversammlung gewählt (§ 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages). Bisher wurde in den Aufsichtsrat der Gesellschaft jeweils der Oberbürgermeister gewählt. Herr Oberbürgermeister Markurth ist seit 2014 Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Es wird vorgeschlagen, diese Regelung beizubehalten. Neben dem Vorschlag der Stadt als Gesellschafterin, Herrn Oberbürgermeister Markurth in den Aufsichtsrat zu wählen, ist es notwendig, sich in der Gesellschafterversammlung für die notwendige Mehrheit einzusetzen.

Geiger

Anlage/n:
Keine

Betreff:

Geopark Harz . Braunschweig Land . Ostfalen – Umgestaltung der Trägerschaft

Organisationseinheit:

DEZERNAT VI - Wirtschaftsdezernat

Datum:

21.08.2015

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	08.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	15.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig wird Gründungsmitglied des „Geopark-Trägervereins Braunschweiger Land - Ostfalen e. V.“. Nach Gründung des Vereins wird der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Unterstützung des Geoparks im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben.

Sachverhalt:

Gründer und Träger des Geopark Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen sind der Regionalverband Harz e.V. für den Teilbereich Harz und das Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e.V. (FEMO) für den Teilbereich Braunschweiger Land - Ostfalen. Durch eine gemeinsam gegründete GbR sind derzeit die beiden Träger für das Gesamtgebiet dieses Nationalen Geoparks zuständig.

Im Gegensatz zum Regionalverband Harz e.V., in dem die dortigen kommunalen Gebietskörperschaften Mitglieder sind, sind im Teilgebiet Braunschweiger Land - Ostfalen die Gebietskörperschaften (und damit auch die Stadt Braunschweig) lediglich über einen im Jahr 2006 abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Unterstützung des Geoparks beteiligt (vgl. Wirtschaftsausschuss-Mitteilung DS 8302/06). Neben den Landkreisen Wolfenbüttel und Helmstedt sowie der Stadt Braunschweig, welche den Vertrag 2006 mit dem FEMO e. V. geschlossen haben, ist zwischenzeitlich auch die Stadt Wolfsburg diesem Vertrag beigetreten.

Zur dauerhaften Sicherung und nachhaltigen Entwicklung soll die Trägerschaft des Geoparks für den Teilbereich Braunschweiger Land - Ostfalen entsprechend der Trägerschaft im Teilbereich Harz umgestaltet werden. Der Hauptgrund für einen Wechsel der Trägerstruktur liegt darin, dass der von Privatpersonen geführte Trägerverein FEMO e. V. die Last der Verantwortung für ein regional aufgestelltes Konstrukt nur noch bis zum Jahresende 2015 tragen kann und will.

Daher wurde mit den beteiligten Kommunen und dem FEMO e. V. ein Satzungsentwurf für den neu zu gründenden „Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land - Ostfalen e.V.“ erarbeitet. Dieser Verein soll dann an Stelle des FEMO e. V. die Trägerschaft des Geoparks für den Teilbereich Braunschweiger Land - Ostfalen übernehmen.

Diese Umgestaltung der Trägerschaft bedingt für die bisherigen Vereinbarungspartner (Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel sowie die Städte Braunschweig und Wolfsburg) keine finanziellen Auswirkungen, da die Zahlungsverpflichtungen aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag entsprechend in die Zahlungsverpflichtungen an den neuen Trägerverein übernommen worden sind.

Das Mitspracherecht und die Gestaltungsmöglichkeiten sind durch die verankerte Position im Vorstand für die ordentlichen Mitglieder verbessert worden. Die Verwaltung der Mittel, die Koordinierung der Geopark Projektarbeiten etc. wird weiterhin schwerpunktmäßig durch die Mitarbeiter/Innen der Geopark-Geschäftsstelle in Königslutter wahrgenommen.

Die Gründung des „Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land – Ostfalen e.V.“ und die Übernahme der Trägerschaft sollen zum Anfang des Jahres 2016 erfolgen. Nach Gründung des Vereins wird der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Unterstützung des Geoparks im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben.

Ein Entwurf der Satzung und der Beitragsordnung sind der Vorlage als Anlage beigelegt. Außerdem beigelegt ist ein kurzer Abstrakt über die derzeitigen Aufgaben und die Struktur des Geoparks sowie ein Schaubild der Struktur nach der Umgestaltung.

Bei der Stabsstelle Wirtschaftsdezernat wird der jährliche Unterstützungsbetrag i. H. v. 10.000 € haushaltsrechtlich geführt. Die Stabsstelle Wirtschaftsdezernat wird die Stadt Braunschweig in der Mitgliederversammlung vertreten.

Gemäß § 58 Abs. 1 Ziff. 12 NKomVG entscheidet der Rat über Mitgliedschaften in Vereinen.

Ein Vertreter der Geopark-Geschäftsstelle wird in der Wirtschaftsausschusssitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

Leppa

Anlage/n:

- Anlage 1: Satzungsentwurf des Geopark-Trägervereins
- Anlage 2: Entwurf Beitragsordnung des Geopark-Trägervereins
- Anlage 3: Derzeitige Aufgaben und Struktur des Geoparks
- Anlage 4: Geopark-Struktur nach der Umgestaltung
- Anlage 5: WA – Mitteilung vom 31. Mai 2006 (DS 8302/06)

Satzung des Geopark-Trägervereins Braunschweiger Land - Ostfalen e. V.

§ 1

Name und Sitz

- (1) Der Verein soll im Register des Amtsgerichtes Braunschweig eingetragen werden.
Nach dem Eintrag führt er den Namen:

„Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land - Ostfalen e. V.“.

Eine Gebietskarte des Geoparks ist als Anlage 1 beigelegt.

- (2) Sitz des Vereins ist Königslutter am Elm.

§ 2

Zweck

- (1) Der Verein hat die Geopark-Trägerschaft im Teilgebiet Braunschweiger Land - Ostfalen inne und ist damit Teil des gesamten Geoparks Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen, welcher gemäß den Richtlinien des Globalen Geopark Netzwerkes in Kooperation mit der UNESCO sowie des Nationalen Geopark Netzwerkes in Deutschland geführt wird. Der Verein sorgt für den dauerhaften Erhalt und die Pflege der Geopark-Einrichtungen in seinem Bereich.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung, insbesondere:
- die Förderung von Wissenschaft und Forschung;
 - die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege;
 - die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe;
 - die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder;
 - die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens;
 - die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit;
 - die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde.
- (3) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
- Unterhaltung einer Geschäftsstelle,
 - Koordinierung der Aktivitäten verschiedener Akteure zur Unterhaltung des Geoparks im Teilgebiet Braunschweiger Land - Ostfalen,
 - Kooperation in den nationalen und internationalen Geopark-Netzwerken,
 - Durchführung von Informationsveranstaltungen,

- Herausgabe von Informationsmaterialien,
 - Förderung der Umweltbildung,
 - Förderung der wissenschaftlichen Forschung
 - Förderung nachhaltiger touristischer Aktivitäten im Geoparkgebiet
 - Förderung des Ehrenamtes.
- (4) Der Verein arbeitet mit den staatlichen und kommunalen Behörden und Stellen zusammen. Die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Gebietskörperschaften obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten bleiben unberührt.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die ordentlichen Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
- (4) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins anteilmäßig an die Mitgliedslandkreise und -städte als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die die so erhaltenen Mittel unmittelbar und ausschließlich für die Förderung des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes zu verwenden haben.

§ 4

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 5

Mitgliedschaft

- (1) Der Verein besteht aus ordentlichen Mitgliedern, aus kooperativen Mitgliedern und aus Fördermitgliedern.
- (2) Die Stadt Königslutter und der Verein Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e.V. (FEMO e.V.) erhalten den Status eines ordentlichen Mitglieds.
- (3) Ordentliche Mitglieder des Vereins außer den in § 5 Abs. 2 aufgeführten können Landkreise, Städte und Gemeinden aus den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sein, die ganz oder teilweise in der Geopark-Region liegen.
- (4) Kooperative Mitglieder können juristische Personen, wie z.B. öffentliche Einrichtungen (insbesondere Museen), Vereine und Stiftungen sowie natürliche Personen sein, die Infrastruktur des Geoparks (Informationszentren, Geopfade, Geopunkte) vorhalten

und/oder maßgeblich betreuen. Ein Stimmrecht steht den kooperativen Mitgliedern nicht zu. Die Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen des Vereins sowie an der Mitgliederversammlung ist den kooperativen Mitgliedern gleichwohl eröffnet.

- (5) Fördermitglieder können natürliche und juristische Personen sein. Als Fördermitglieder beteiligen sie sich nicht direkt am Vereinsleben, sie unterstützen den Verein jedoch finanziell bei seiner Zielverfolgung. Ein Stimmrecht steht den Fördermitgliedern nicht zu. Die Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen des Vereins sowie an der Mitgliederversammlung ist den Fördermitgliedern gleichwohl eröffnet.
- (6) Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand des Vereins zu beantragen. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit. Mit der Bekanntgabe der Aufnahmeentscheidung wird die Vereinsmitgliedschaft begründet. Mit der Aufnahme ist die Verpflichtung verbunden, fällige Mitgliedsbeiträge zu begleichen. Ein Aufnahme-Anspruch besteht nicht. Die Gründe der Ablehnung eines Aufnahmeantrags müssen dem/der Antragsteller/in nicht mitgeteilt werden.
- (7) Die Beendigung der Mitgliedschaft ist gegenüber dem Vorstand bis zum 31.12. des laufenden Jahres schriftlich zu erklären. Die Mitgliedschaft endet damit zum 31.12. des darauffolgenden Jahres. Eine Auseinandersetzung findet nicht statt.
- (8) Über einen Vereinsausschluss entscheidet der Vorstand.

Ein Vereinsausschluss ist zulässig, wenn ein Vereinsmitglied mit der Zahlung seines Mitgliedsbeitrages mehr als ein Jahr im Rückstand ist.

§ 6

Beiträge

- (1) Beiträge für die Mitglieder werden entsprechend der jeweils gültigen Beitragsordnung erhoben.
- (2) Die Beiträge der ordentlichen Mitglieder, die am 01.01.2015 Vertragspartner/innen des Geopark-Vertrages mit dem Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e. V. waren, ergeben sich aus den Rechtsverpflichtungen eben dieses Vertrages.

§ 7

Organe, Vereinsämter

- (1) Organe des Vereins sind:
 - die Mitgliederversammlung,
 - der Vorstand
- (2) Es kann ein/e Geschäftsführer/in als besondere/r Vertreter/in nach § 30 BGB bestellt werden.

§ 8

Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentlichen Mitglieder werden auf der Mitgliederversammlung von je einer Person vertreten. Je 1000 € Mitgliedsbeitrag erhalten ordentliche Mitglieder eine Stimme. Der Stimmenanteil eines einzelnen Mitglieds darf 40 % nicht überschreiten.
- (2) Die Stadt Königslutter und der Verein Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e.V. erhalten jeweils eine Stimme.
- (3) Mindestens einmal jährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Sie ist ferner unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der ordentlichen Mitglieder dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Vorstand beantragt (außerordentliche Mitgliederversammlung).
- (4) Die Mitgliederversammlung ist von der/dem Vorsitzenden oder der/dem stellvertretenden Vorsitzenden schriftlich unter Einhaltung einer Ladungsfrist von zwei Wochen mit Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt der/dem Vorsitzenden, im Fall ihrer/seiner Verhinderung der/dem stellvertretenden Vorsitzenden.
- (5) Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder. Mindestens 33% aller Stimmanteile müssen vertreten sein. Satzungsänderungen bedürfen einer Drei-Viertel-Mehrheit der erschienenen ordentlichen Mitglieder. Der Mehrheitsbeschluss ist für alle Mitglieder des Vereins bindend.
- (6) Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das von dem/der Leiter/in der Mitgliederversammlung und von der/dem Protokollführer/in zu unterzeichnen ist. Beschlüsse sind unter der Angabe des Ortes und der Zeit der Mitgliederversammlung sowie des Abstimmungsergebnisses in dem Protokoll zu dokumentieren.
- (7) Die Beschlussfassung erfolgt durch Handzeichen. Auf Antrag erfolgt geheime Abstimmung.

§ 9

Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

- Wahl und Abwahl des Vorstandes,
- Entgegennahme Rechnungsergebnis, Kassenbericht, Jahresabschluss und Bericht über die Rechnungsprüfung sowie Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Geschäftsführers,
- Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
- Beschlussfassung über Haushalts-, Wirtschafts- und Stellenplan des Geschäftsjahres,
- Beschlussfassung über die Beitragsordnung,

- Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.

§ 10

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus der/dem Vorsitzenden und seinem/seiner bzw. ihrem/ihrer Stellvertreter/-in und bis zu 7 Beisitzern/Beisitzerinnen. Der Vorstand wird vom Tage der Wahl an für die Dauer von fünf Jahren gewählt.
- (2) Der/die Vorsitzende und sein(e)/ihr(e) Stellvertreter/-in vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26 BGB. Beide sind allein vertretungsberechtigt.
- (3) Der Vorstand bereitet die Beschlüsse der Mitgliederversammlung vor und führt sie aus. Der Vorstand erstattet der Mitgliederversammlung jährlich Bericht über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Geschäftsjahr.
- (4) Der Vorstand entscheidet mit der Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden.
- (5) Der Vorstand
 - gibt sich eine Geschäftsordnung und
 - kann Arbeitsausschüsse einsetzen.
- (6) Der Vorstand entscheidet in den Angelegenheiten, die nicht der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.

§ 11

Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung obliegt dem/der Vorsitzenden.
- (2) Falls ein/e Geschäftsführer/in nach § 7 bestellt wurde, leitet diese/r die Geschäftsstelle nach Maßgaben des Vorstandes. Der/die Geschäftsführer/in ist insbesondere zuständig für:
 - die Vorbereitung der Mitgliederversammlung, der Vorstandssitzungen und der Sitzungen der Ausschüsse,
 - Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandes
 - die laufenden Geschäfte sowie die Kassengeschäfte sowie
 - die ihm weiter vom Vorstand übertragenen Aufgaben.

§ 12

Arbeitsausschüsse

- (1) Ausschüsse können als ständige oder zeitweise Ausschüsse eingerichtet werden.
- (2) Die Entscheidung über die Öffentlichkeitsarbeit eines Ausschusses obliegt dem Vorstand.

- (3) Ausschussmitglieder und die/der Ausschussvorsitzende werden vom Vorstand berufen oder abberufen.
- (4) Der Vorstand kann auch außerhalb des Vereins stehende Fachleute für die Ausschussarbeit heranziehen.

§ 13

Geschäftsstelle

Zur Erledigung der Aufgaben des Vereins wird eine Geschäftsstelle betrieben. Sitz der Geschäftsstelle ist Königslutter am Elm. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Ansprüche zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern ist der Sitz des Vereins.

§ 14

Wahrnehmung von Aufgaben im Verein

Die Mitglieder der Mitgliederversammlung, der Vorstand sowie die Mitglieder in den Ausschüssen, die ihre Aufgabe im Verein aufgrund ihres kommunalen Mandats bzw. Amtes wahrnehmen, führen die ihnen obliegenden Aufgaben, auch soweit in § 10 Abs. 1 ein anderer Zeitraum festgesetzt ist, nur solange aus, wie sie Mandatsträger/in sind bzw. in ihrem kommunalen Amt stehen.

§ 15

Auflösung

Der Beschluss der Mitgliederversammlung über die Auflösung des Vereins bedarf einer Drei-Viertel-Mehrheit der Mitglieder.

Beitragsordnung
des Geopark-Trägervereins Braunschweiger Land - Ostfalen e. V.
(nachfolgend Verein genannt)

§ 1 Grundsatz

Diese Beitragsordnung ist gemäß § 6, Abs. 1 der Satzung verfasst und selbst nicht Bestandteil der Satzung. Sie regelt die Beitragsverpflichtungen der Mitglieder.

§ 2 Beschlüsse

1. Die Mitgliederversammlung beschließt die in § 3 festgelegte Höhe der Beiträge der Klassen 02 - 04. Die derzeitige Beitragshöhe der ordentlichen Mitglieder ergibt sich aus der Übernahme der Rechtsverpflichtungen, die im Geopark-Vertrag mit dem Freilicht- und Erlebnismuseums Ostfalen e.V. geregelt und von den Organen der kommunalen Vertragspartner beschlossenen wurden.

2. Die festgesetzten Beträge werden zum 5. Januar des folgenden Jahres erhoben, in dem der Beschluss gefasst wurde. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung kann auch ein anderer Termin festgelegt werden.

§ 3 Beiträge

Klasse	Beitrags- Mitgliedsform	Jährliche Beitragshöhe
01	<u>Ordentliche Mitglieder</u>	
	Landkreis Helmstedt	50.000 €
	Landkreis Wolfenbüttel	60.000 €
	Stadt Wolfsburg	30.000 €
	Stadt Braunschweig	10.000 €
	Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e.V.	frei
	Stadt Königslutter	frei
	Weitere Landkreise und kreisfreie Städte	wird verhandelt
	Gemeinden und Städte	>= 1.000

02	<u>Fördermitglieder</u> <ul style="list-style-type: none"> • Firmen, Vereine, Verbände, Gemeinden • Privatpersonen • Ehepaare und Familien • Ermäßigt* <p><i>*Azubis, Studenten (18 bis 27 Jahre), Rentner / Pensionäre</i></p>	Mindestens 200 € 30 € 40 € 20 €
03	<u>Kooperative Mitglieder</u>	frei
04	<u>Ehrenmitglieder</u>	frei

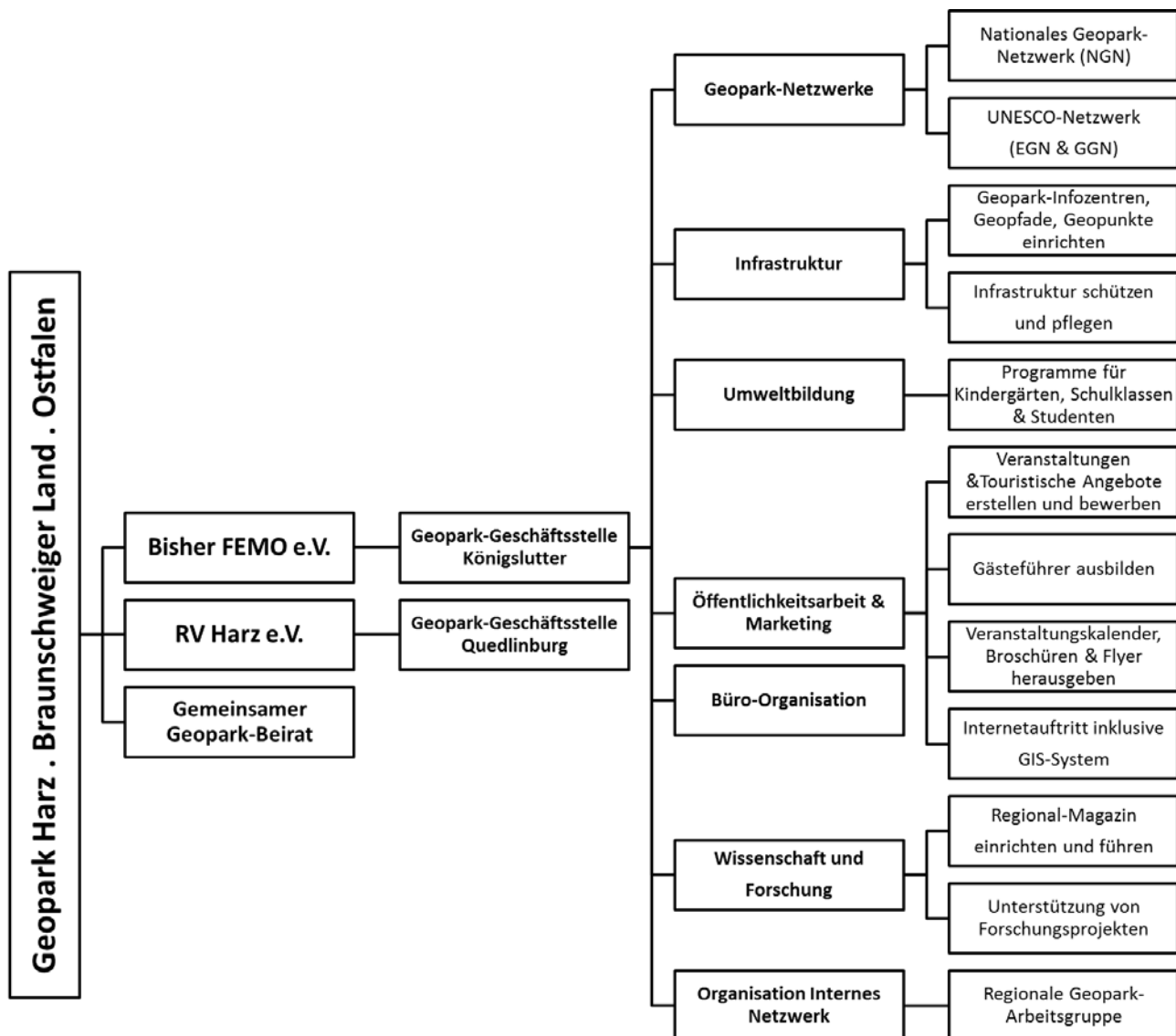
1. Ermäßigten Beitragsformen der Beitragsklasse 02 und 03 müssen beantragt die Begründung mit entsprechenden Unterlagen nachgewiesen werden. Der Vorstand entscheidet über die Einstufung im Rahmen der von der Mitgliederversammlung vorgegebenen Beträge.
2. Änderungen der persönlichen Angaben sind schnellstmöglich mitzuteilen, insbesondere bei Inanspruchnahme der Beitragsklasse 02.
3. Der Mitgliedsbeitrag der Klasse 02 wird durch Einzahlung oder Einzugsermächtigung zum 01.04. eines jeden Jahres vom Girokonto abgebucht.
4. Erfolgt der Vereinseintritt nach dem 30.06. erfolgt eine Berechnung von 50% des Beitragssatzes.

Derzeitige Aufgaben und Struktur des Geoparks Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen

1. Aufgaben

Die Aufgaben des Geoparks sind durch die Richtlinien des Nationalen Geopark-Netzwerkes (NGN) und die Charta des Europäischen Geopark-Netzwerkes (EGN) klar umrissen. Das Europäische Netzwerk fungiert als Teil des Globalen Geopark-Netzwerkes (GGN) mit Unterstützung der UNESCO. Im November 2015 wird die UNESCO-Vollversammlung über die Einrichtung eines offiziellen UNESCO-Geopark-Netzwerkes entscheiden. Alle existierenden Globalen Geoparks sind dann automatisch Mitglied. Die UNESCO wird dann die Aufgaben vom GGN übernehmen, die Richtlinien sind entsprechend vorbereitet. Diese Richtlinien geben detailliert die Anforderungen an einen zukünftigen UNESCO-Geopark wieder.

Die Aufgaben des Geoparks sind im untenstehenden Schaubild dargestellt. Es gibt die derzeitige Geschäftsstellen-Struktur wieder.



Im 5-Jahres-Turnus (Nationales Geopark Netzwerk = NGN) bzw. 4-Jahres-Turnus (Europäisches und Globales Geopark Netzwerk EGN bzw. GGN) wird der Geopark revalidiert. Nach einer gelben Karte wird ein Geopark in den internationalen Netzwerken schon nach zwei Jahren erneut revalidiert.

Der Geopark Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen wurde bisher 3 x international (2007 > gelbe Karte, 2009 und 2013 > grüne Karte) sowie 2 x national (2006, 2010) erfolgreich revalidiert.

2. Organisation und Struktur

Der 2002 gegründete Geopark ist ca. 9.650 km² groß und Teil der drei Bundesländer Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Peine, Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel, Goslar, Osterode am Harz, Bördekreis, Harz, Südharz-Mansfeld, Nordhausen, dazu einzelne Gemeinden und Städte des Landkreises Northeim und des Salzlandkreises).

Träger des Geopark ist die **Geopark Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen GbR** bisher mit den beiden gleichberechtigten Partnern, dem **Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e. V.** (für das Braunschweiger Land / Ostfalen) mit Sitz in Königslutter und dem **Regionalverband Harz e. V.** (für den Harz) mit Sitz in Quedlinburg. Beide Vereine repräsentieren –verbunden durch einen GbR-Vertrag- den Geopark nach außen gemeinsam, führen aber vollkommen getrennte Haushalte. Sie stimmen in einer gemeinsamen **Geopark-Lenkungsgruppe** die Geopark-Entwicklung für die betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte ab (gemeinsames Erscheinungsbild, Qualitätskontrolle). Außerdem haben dritte Partner die Möglichkeit, eigene Projekte einzubringen, sofern sie sich mit der Lenkungsgruppe abstimmen. Die Lenkungsgruppe wird bisher aus den Vorsitzenden der Trägervereine und deren Geschäftsführern bzw. Geschäftsstellenleitern gebildet.

Ein **Geopark-Beirat** steht der Lenkungsgruppe beratend zur Seite. Aus dem Beirat heraus hat sich zu aktuellen Themen eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe gebildet.

Der Geopark ist ein **Netzwerk** aus vielen unterschiedlichen Teilprojekten, wie Geotopen, Pfaden oder Ausstellungen. Die Projekte des Geoparks werden von den beiden Geschäftsstellen zusammen mit Privatpersonen, Firmen, Stiftungen, Vereinen, Kreisen, Städten und Gemeinden, Forstämtern, Museen, Universitäten, dem Nationalpark Harz, den Naturparks Harz und Elm-Lappwald, Umweltbildungsträgern, Schauhöhlen und Besucherbergwerken in wechselnder Partnerschaft umgesetzt. Insbesondere die Geopark-Informationszentren übernehmen dabei eine wichtige Funktion im internen Netzwerk.

Der Geopark wird finanziell getragen durch eine Mischfinanzierung aus öffentlichen Mitteln, Mitteln aus der Privatwirtschaft (Tourismus, Rohstoffwirtschaft), Sponsorengeldern, Einnahmen aus Führungen und projektbezogenen Mitteln.

3. Die Geschäftsstelle in Königslutter

Die Grundfinanzierung im Teilgebiet Braunschweiger Land / Ostfalen (BLO) wird durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag des Trägervereins mit den Landkreisen Helmstedt und Wolfenbüttel sowie den Städten Wolfsburg und Braunschweig aufgebracht, zurzeit **150.000 € jährlich**. Damit wird zurzeit die Geschäftsstelle in Königslutter finanziert (Personalkosten, Reise- und Fahrtkosten, Versicherungen, Marketing, Bürokosten, Buchführung, Infrastrukturpflege). Die Arbeit der Geschäftsstelle wird zurzeit vertragsgemäß durch einen **Geopark-Ausschuss** überwacht. Es besteht eine enge Kooperation mit der Geschäftsstelle des Naturparks Elm-Lappwald, der zu 100 % innerhalb des Geoparks liegt.

Ziel ist künftig die grundlegenden Geopark-Aufgaben nach dem Maßstab des kommenden UNESCO-Netzwerkes zu erfüllen.

Damit die Geopark-Fläche den Richtlinien entsprechend betreut werden kann, wurde ein internes Netzwerk aufgebaut. Ins Netzwerk eingebunden werden solche Projekte, die sich an den Geopark-Kriterien orientieren und einen Beitrag zum Erhalt und zur gemeinsamen Vermarktung des Netzwerkes leisten. Zurzeit fungieren im Gebiet BLO folgende Infozentren als Haupt-Netzwerkpartner und Geopark-Informationszentren:

- Geopark-Infozentrum Königslutter (Träger FEMO e.V.)
- Museum Schloss Salder (Träger Stadt Salzgitter)
- Staatliches Naturhistorisches Museum Braunschweig (Träger Land Niedersachsen)
- paläon Schöningen (Träger paläon GmbH)
- Auf dem Sprung zum Infozentrum ist das Bördemuseum Ummendorf (Träger LK Börde).

Daneben arbeiten u.a. folgende Institutionen im Geopark-Netzwerk, Teilgebiet BLO, mit:

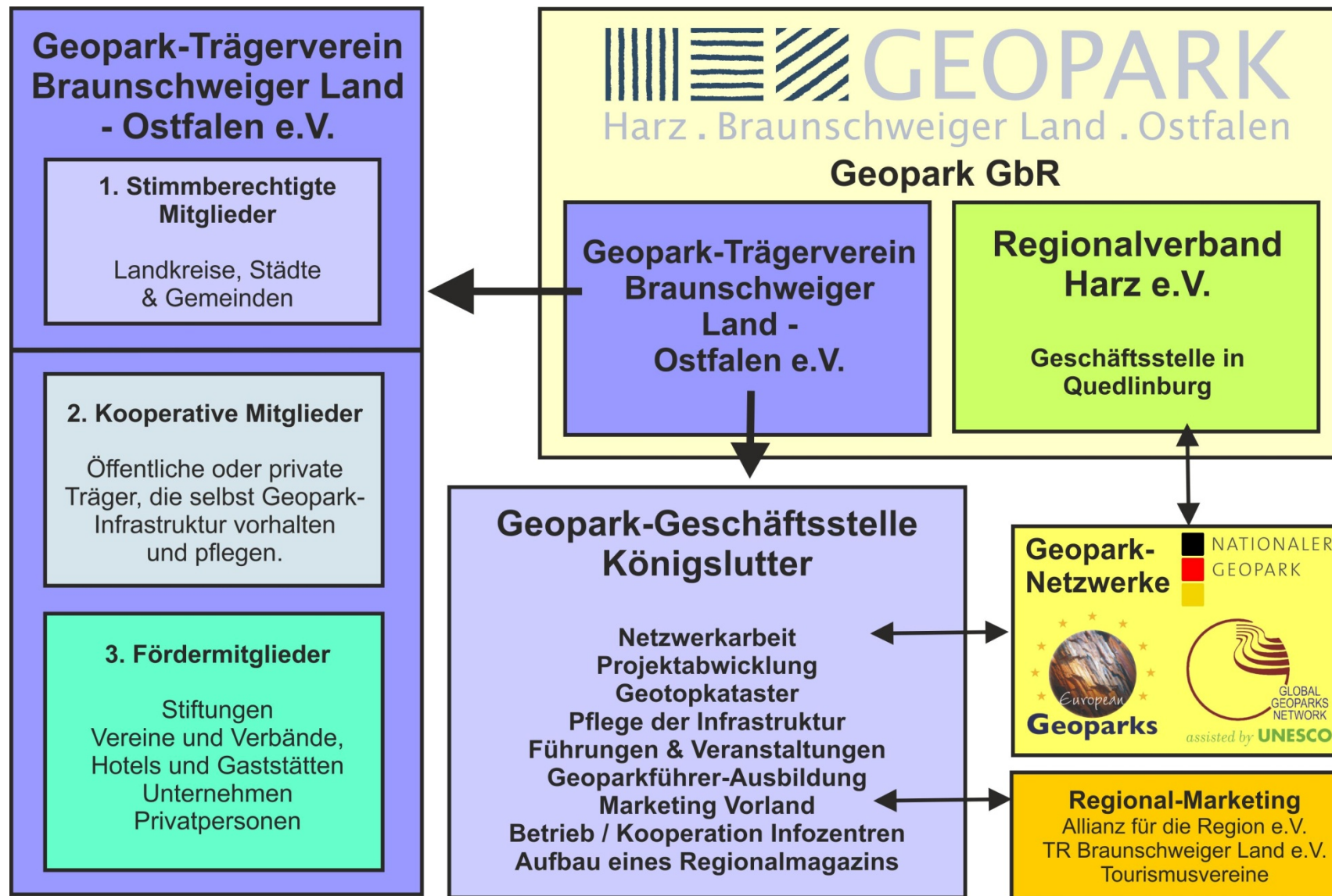
- *Landesamt für Denkmalpflege Hannover*
- *Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) Hannover*
- *Landesamt für Geologie und Bergbau (LAGB) Halle*
- *Institut für Geosysteme und Bioindikation der TU Braunschweig*
- *Senckenberg Forschungsinstitut und Naturmuseum Frankfurt*
- *Rüdiger-Scheller-Stiftung Braunschweig*
- *Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz*
- *Braunschweigische Stiftung*
- *fun e.V. Hondelage*
- *Gesellschaft für Naturkunde Braunschweig e.V.*
- *Förderverein Archäologiepark Kaiserpfalz Werla e.V.*
- *Markgrafscher Hof Grasleben e.V.*
- *Förderverein Tiergehege Wolfsburg e.V.*
- *Bürgerverein Erkerode/Lucklum e.V.*
- *Förderverein Schöninger Speere e.V.*
- *Heimat- und Verkehrsverein Königslutter am Elm e.V.*
- *Heimat- und Verkehrsverein Asse e.V.*
- *Kreisheimatbund Peine e.V.*
- *Förderverein des Schul- und Bürgergartens u. Biologiestation Dowesee e.V.*

4. Infrastruktur: Die Einrichtungen im internen Geopark-Netzwerk

In der Region waren zum Zeitpunkt der Geopark-Gründung bereits zahlreiche Akteure und Institutionen im Bereich der Geologie und des Bergbaus aktiv. Eine Aufgabe des Geoparks besteht in der Vernetzung und gemeinsamen Darstellung der relevanten Einrichtungen und Veranstaltungen.

Als Besonderheit wurde im Rahmen eines Geopark-übergreifenden Workshops im September 2002 das Landmarken-Konzept entwickelt, dessen Umsetzung in mehreren Schritten realisiert wird. Bekannte Landmarken (Berge, Türme, Burgen usw.) bilden hierbei eine visuelle Verbindung zu Georouten in der jeweiligen Umgebung. Neben dem Erstziel gruppieren sich weitere Geopark-relevante Einrichtungen in schnell erreichbarer Umgebung.

Zurzeit gibt es im Geopark Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen 9 Geopark-Infozentren, 21 Geopark-Infostellen, 13 Schaubergwerke, 5 Schauhöhlen, 22 Landmarken, 24 Geopfade bzw. -routen sowie darüber hinaus 20 weitere Geopunkte, die nicht Bestandteil der Landmarken und Geopfade sind.



Strukturumwandlung Geopark 06/15 HZ

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister Referat Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing 0800	Drucksache 8302/06	Datum 31. Mai 06
Bericht	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen	
Beratungsfolge	Sitzung	
	Tag	Ö N
Mitteilungen außerhalb von Sitzungen		X

Verteiler: Wirtschaftsausschuss

Überschrift, Sachverhalt

Beteiligung der Stadt Braunschweig am Nationalen Geopark Harz-Braunschweiger Land-Ostfalen

hier: Teilgebiet Braunschweiger Land-Ostfalen

Der Landkreis Helmstedt ist mit der Bitte an die Stadt Braunschweig herangetreten, die Stadt Braunschweig möge im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages den Nationalen Geopark Harz-Braunschweiger Land-Ostfalen, hier Teilgebiet Braunschweiger Land-Ostfalen unterstützen.

1. Wesen eines Geoparks

Als Geopark kann ein Naturraum herausgestellt werden, der Geotope (Steinbrüche, Ton- und Kiesgruben, Bergwerke und natürliche Aufschlüsse) von überregional geologischer Bedeutung, Schutzwürdigkeit, Seltenheit und/oder Schönheit besitzt. Dadurch repräsentiert ein Geopark die landschaftsprägende geologische Geschichte einer Region und verknüpft somit die Bildung natürlicher Rohstoffe und Ressourcen als Ergebnis geologischer und geomorphologischer Prozesse. Dadurch wird die starke Abhängigkeit der Landnutzung, der Wirtschafts-, Kultur- und Siedlungsgeschichte von geologischen Prozessen für eine breite Öffentlichkeit erlebbar gemacht. Deswegen beinhaltet ein Geopark eine Vielzahl bedeutsamer archäologischer, historischer und kultureller Objekte.

Unter dem Dach eines Geoparks können Städte, Gemeinden, Landkreise, Landes- und Forstämter, Tourismusverbände, Institute, Museen, Firmen und Vereine erdgeschichtliche Einrichtungen und Geotope miteinander vernetzen und entsprechende Aktivitäten bündeln. Die Errichtung eines Geoparks soll die Erhaltung unserer Natur- und Kulturlandschaft fördern, den Fremdenverkehr (Geotourismus) beflügeln und Bildungszwecken dienen.

Das Prädikat „Nationaler GeoPark“ wird an großräumige Gebiete verliehen, die besondere naturräumliche und geologische Verhältnisse aufweisen und die sich für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Region mit verantwortungsvoller Nutzung der natürlichen Ressourcen einsetzen. Der Titel „Nationaler GeoPark“ ist kein gesetzlicher Schutzstatus und bringt daher

auch keine Restriktionen für die Region mit sich. Er bietet für die Region die Chance, Stärken weiter zu entwickeln, das eigene Profil zu schärfen und die Region bundesweit und international bekannt zu machen. Dieser Ansatz erfordert gemeinsames Handeln aller Beteiligten und die Zusammenarbeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen. Dabei sollen auch Aspekte wirtschaftlicher Entwicklung unter den Gesichtspunkten der Tourismusförderung und Freizeitgestaltung in die Planungen einbezogen werden.

2. Organisation

Gründer und Träger des Geoparks Harz-Braunschweiger Land-Ostfalen in Form einer GbR sind das Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e. V. (FEMO) und der Regionalverband Harz e. V. .

Die Trägerschaft für den Geopark Braunschweiger Land-Ostfalen übernimmt nach dem zwischen den Landkreisen Wolfenbüttel und Helmstedt, der dem FEMO sowie der Stadt Braunschweig geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag das FEMO.

Neben der Stadt Braunschweig sollen noch weitere innerhalb des Geoparks gelegene Gebietskörperschaften zu einem späteren Zeitpunkt gewonnen werden, um das Ziel einer dauerhaften Sicherung des Geoparks zu erreichen.

3. Finanzieller Beitrag der Stadt Braunschweig

Der öffentlich-rechtliche Vertrag sieht vor, dass sich der Landkreis Helmstedt mit insgesamt 50.000 € pro Jahr und der Landkreis Wolfenbüttel mit insgesamt 40.000 € pro Jahr am Geopark beteiligen. Diese Beträge beinhalten neben den Personal- und Personalnebenkosten sowie den Sachkosten auch einen Anteil an den übrigen Kosten und Projektmittelfinanzierungen.

Die Stadt Braunschweig beteiligt sich an diesen übrigen Kosten und Projektmittelfinanzierungen mit einem Anteil in Höhe von maximal 10.000 € im Jahr.

Entsprechende Mittel wurden im Rahmen der Haushaltslesung für den Haushalt 2006 bereitgestellt und sind im Haushaltsplan 2006 unter der Haushaltsstelle 12000.661100 vorhanden.

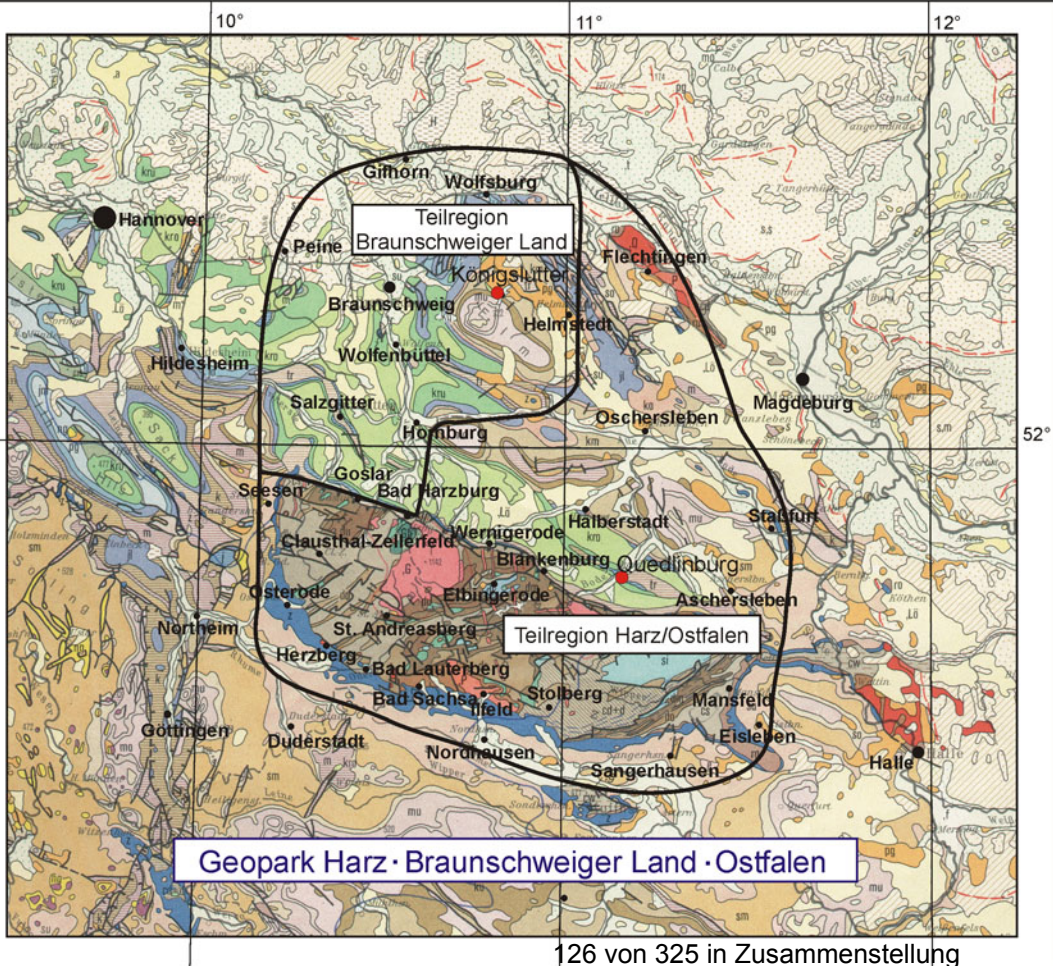
Der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen den Landkreisen Helmstedt und Wolfenbüttel sowie der Stadt Braunschweig und dem FEMO wurde am 9. Mai 2006 unterzeichnet.

Eine Übersichtskarte des Geoparks ist als Anlage beigelegt.

I. V.

gez.

Roth



Betreff:

**Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wallring-Ost", IN 235 Stadtgebiet zwischen Wolfenbütteler Straße, Hennebergstraße, Bürgerpark, Östlichem Umflutgraben der Oker, Bürgerbadepark, Augusttorwall, Lessingplatz, John-F.-Kennedy-Platz, Löwenwall, Magnitorwall, Theaterwall, Am Fallersleber Tore, Botanischer Garten, Kasernenstraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstraße und Campestraße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III

61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

12.08.2015

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

23.09.2015

29.09.2015

06.10.2015

Status

Ö

N

Ö

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 5 und 6 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wallring-Ost“, IN 235, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Sachverhalt:**Beschlusskompetenz**

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG.

Aufstellungsbeschlüsse und Planungsziel

Der Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanentwurfes umfasst den östlichen Bereich des Braunschweiger Wallrings, der - den Umflutgräben der Oker folgend - als durchgängiger Grünbereich die Braunschweiger Innenstadt umschließt. Aufgrund der hohen Bedeutung des Wallrings für die Gesamtstadt erfolgte die Formulierung der grundlegenden Planungsziele auf der Basis eines „Gesamtkonzeptes“, dem der Verwaltungsausschuss am 4. Mai 2010 zugestimmt hat. Das „Gesamtkonzept“ war Gegenstand der frühzeitigen Beteiligung und bildete die Grundlage für die Erarbeitung sämtlicher Bebauungspläne am Wallring.

Der Beschluss zur Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes wurde gemeinsam mit der Aufstellung der übrigen Wallring-Bebauungspläne ebenfalls am 4. Mai 2010 gefasst. Er soll gemeinsam mit den bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen „Wallring-West“, IN 215, und „Wallring-Nord“, IN 234, die planungsrechtliche Grundlage zum Schutz der städtebaulichen und architektonischen Qualitäten dieses Bereichs schaffen.

Bereits bei der Fassung der Aufstellungsbeschlüsse wurde sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Bürger angeregt, die Geltungsbereiche zu vergrößern und sich bei der Geltungsbereichsabgrenzung an den in der Wallringsatzung enthaltenen Straßenzügen zu orientieren. Vor diesem Hintergrund hat der Verwaltungsausschuss am 6. Dezember 2011 den Geltungsbereich um die außerhalb der Umflutgräben gelegenen Flächen sowie um Teilflächen des Bebauungsplanes „Wallring-Süd“, IN 236, erweitert.

Im Laufe der Bearbeitung des vorliegenden Bebauungsplanes wurde der Geltungsbereich gegenüber den Aufstellungsbeschlüssen nochmals geringfügig verändert. Der Verwaltungsausschuss fasste zur Planfassung der öffentlichen Auslegung einen entsprechenden Beschluss.

Im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung haben sich der Stadtbezirksrat Innenstadt und der Planungs- und Umweltausschuss dafür ausgesprochen, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Fußwegeplanung zwischen Klint und Löwenwall stehenden Flächen innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans zu belassen. Aufgrund dieses eindeutigen politischen Votums, den Weg trotz der veränderten finanziellen Situation weiterzuverfolgen, und dem Umstand, dass der Rat 2005 den Weg öffentlich gewidmet hat, hat sich der Verwaltungsausschuss diesem Vorschlag angeschlossen. Die damit im Zusammenhang stehenden Flächen verblieben im Geltungsbereich.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Diese Beteiligung wurde in der Zeit vom 12. August 2014 bis zum 12. September 2014 durchgeführt. Den eingegangenen Anregungen wurde teilweise gefolgt. Sie wurden bereits zum Beschluss der öffentlichen Auslegung thematisiert.

Von den angeschriebenen Stellen haben insbesondere die IHK und die TU Braunschweig Bedenken erhoben. Den Anregungen der TU Braunschweig wurde weitestgehend gefolgt. Den Bedenken der IHK, wonach die getroffenen Festsetzungen eine zu starke Einschränkung der gewerblichen Nutzungsmöglichkeiten darstellen, wurde nicht gefolgt, da die Sicherung der hohen städtebaulichen Qualitäten des Wallrings höher gewichtet wurden als die vollumfängliche Beibehaltung der gewerblichen Nutzungsmöglichkeiten der Grundstücke.

Zur langfristig geplanten Einbeziehung der Theaterwerkstätten in den Theaterpark erhoben das Staatstheater selbst sowie das Staatliche Baumanagement Bedenken. Mit Überplanung der Flächen als öffentliche Grünfläche genießen die Theaterwerkstätten an diesem Standort zwar weiterhin Bestandsschutz, wesentliche bauliche Veränderungen/Erweiterungen wären jedoch künftig nicht mehr genehmigungsfähig. Da aus heutiger Sicht kurz- bis mittelfristig nicht mit einer Verlagerung der Werkstätten zu rechnen sei, wurde zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebes gefordert, Neubaumaßnahmen in größerem Umfang auch künftig zuzulassen. Darüber hinaus wünscht das Staatstheater, das weitere Bebauungsplanverfahren von der Bereitstellung eines Ersatzstandortes für die Theaterwerkstätten abhängig zu machen.

Der vorhandene Standort der Theaterwerkstätten ist nicht weiter ausbaufähig. Er entspricht weder den heutigen noch den künftigen Anforderungen an den Theaterbetrieb. Gewünschte Nutzungserweiterungen des Theaters sind am Standort nicht realisierbar. Vom Theater selbst wird daher ein Produktionszentrum an anderer Stelle im Stadtgebiet für sinnvoll

erachtet. Insofern stellt die Ausweisung öffentlicher Grünflächen in diesem Bereich keinen grundsätzlichen Widerspruch zu den Interessen des Theaters dar. Die Stadt wird das Theater seinen Möglichkeiten entsprechend bei der Suche nach einem Ersatzstandort unterstützen. Das weitere Bebauungsplanverfahren kann aber nicht von der Bereitstellung eines Ersatzstandortes für die Theaterwerkstätten abhängig gemacht werden. Um bis dahin auch am jetzigen Standort eine Grundflexibilität beizubehalten, sind Umbau- und Erweiterungsmöglichkeiten in eingeschränktem Maß festgesetzt.

Die Verwaltung schlägt vor, den Bedenken aus den genannten Gründen nicht zu folgen. Dieser Vorschlag erfolgt in dem Wissen, dass hier ggf. eine Entschädigungspflicht für die Stadt entsteht. Mit dem neuen Bebauungsplan wird in die bisher festgesetzte und tatsächlich ausgeübte Nutzung eingegriffen. Daher richten sich etwaige Entschädigungs- oder Übernahmeansprüche nach dem Planungsschadensrecht gemäß §§ 39ff BauGB. Allein die Kosten, die durch mögliche Entschädigungen/Übernahmeansprüche für das Theater entstehen, werden nach ersten Schätzungen mit ca. 750.000 Euro veranschlagt. Der Nutzen, der dadurch der Stadt entsteht, rechtfertigt aus Sicht der Verwaltung diese Kosten.

Die Stellungnahmen sind in der Anlage Nr. 6 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Am 28. April 2015 wurde die öffentliche Auslegung vom Verwaltungsausschuss beschlossen und in der Zeit vom 12. Mai 2015 bis zum 12. Juni 2015 durchgeführt.

Bereits zur öffentlichen Auslegung wurde beschlossen, an dem öffentlichen Fußweg zwischen Klint und Löwenwall festzuhalten. Den Anregungen der Bürgerschaft „Magni“ wurde insofern bereits gefolgt.

Das Bürgerforum „Wallring“ wendet sich gegen die ausnahmsweise Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften in den Wohnstraßen außerhalb der Okerumflut, gegen die Festsetzung von Mischgebieten entlang der den Wallring kreuzenden Straßen sowie gegen die geplante Wegeverbindung zwischen Klint und Löwenwall. Es bemängelt, dass ohne seine Einbindung die Wegeverbindung zwischen Klint und Löwenwall wieder in die Planung aufgenommen und zur Abstimmung gestellt wurde. Dem Wunsch nach einem kompletten Ausschluss von Schank- und Speisewirtschaften haben sich 28 Bürgerinnen und Bürger angeschlossen.

Die Wallring-Planungen sind intensiv mit dem Bürgerforum Wallring abgestimmt worden. Das Bürgerforum hatte damit starken Einfluss auf die Planungsinhalte und wurde weit über die sonst üblichen und vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungen einbezogen. Allerdings ist die Arbeitsgruppe kein Entscheidungsgremium. Die Entscheidungen über die Regelungsinhalte des Bebauungsplanes obliegen allein den politischen Gremien. Die Wegeverbindung zwischen Klint und Löwenwall wurde daher ohne nochmalige Rücksprache mit dem Bürgerforum, dem Votum der politischen Gremien folgend, wieder in die Planung aufgenommen. Für die Umsetzung des geplanten Fußweges sind gesonderte Beschlüsse auf der Grundlage einer zu aktualisierenden Kostenschätzung notwendig.

Die Anregungen des Bürgerforums zur Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften wurden ebenfalls bereits zum Beschluss der öffentlichen Auslegung thematisiert (vgl. DS Nr. 17392/15). Auch in Kenntnis der abweichenden Auffassung des Bürgerforums wurde die öffentliche Auslegung mit großer Mehrheit beschlossen. Die Verwaltung schlägt unverändert vor, den Anregungen des Bürgerforums nicht zu folgen. Schank- und Speisewirtschaften sind in Allgemeinen Wohngebieten ohne Einschränkungen zulässig und tragen nicht zuletzt zu deren Qualität bei. Ein genereller Ausschluss dieser Nutzungen kann trotz der noch gültigen Wallringsatzung in den Wohnstraßen außerhalb der Okerumflut städtebaulich nicht ausreichend begründet werden. Dort sollen Schank- und Speisewirtschaften und auch Läden

nur dann zulässig sein, wenn sie den Nutzungscharakter der Allgemeinen Wohngebiete nicht beeinträchtigen und sie der Versorgung des Gebietes dienen.

Entlang der großen Magistralen, den Hauptein- und ausfahrtstraßen, werden aufgrund der bestehenden Verkehrsbelastung und der dort vorhandenen Nutzungen Mischgebiete festgesetzt. Die Festsetzung entspricht dem im „Gesamtkonzept Wallring“ einvernehmlich formulierten Planungsziel, wonach sich entlang der den Wallring kreuzenden Straßen das Nutzungsspektrum öffnen soll und neben dem Wohnen nicht störende gewerbliche Nutzungen sowie vor allem Büro- und Geschäftshäuser zulässig sein sollen. Die Festsetzung von Mischgebieten ist daher in diesen Bereichen folgerichtig, auch wenn teilweise im Bestand das Wohnen deutlich überwiegt.

Die o. g. Schreiben sind gemeinsam mit den während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen in der Anlage Nr. 5 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Dem in der Stellungnahme Nr. 32 geäußerten Wunsch, die Art der baulichen Nutzung zwischen dem Klint und dem Löwenwall klarer voneinander abzugrenzen, soll entsprochen werden. Die Planzeichnung soll durch eine Nutzungsabgrenzung ergänzt werden. Es handelt sich um eine Klarstellung von im ausgelegten Entwurf bereits enthaltenen Festsetzungen, so dass von einer erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne des § 4 a Abs. 2 BauGB abgesehen werden kann. Darüber hinaus sind aus der öffentlichen Auslegung keine zwingenden Änderungserfordernisse für den vorliegenden Bebauungsplan hervorgegangen.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt, die in den Anlagen Nr. 5 und 6 aufgeführten Stellungnahmen den Vorschlägen der Verwaltung entsprechend zu behandeln und den Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wallring-Ost“, IN 235, als Satzung sowie die Begründung mit Umweltbericht zu beschließen.

Leuer

- Anlage 1: Übersichtskarte
- Anlage 2: Zeichnerische Festsetzungen mit Planzeichenerklärung
- Anlage 3: Textliche Festsetzungen und Hinweise
- Anlage 4: Begründung mit Umweltbericht
- Anlage 5: Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Anlage 6: Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring - Ost

IN 235

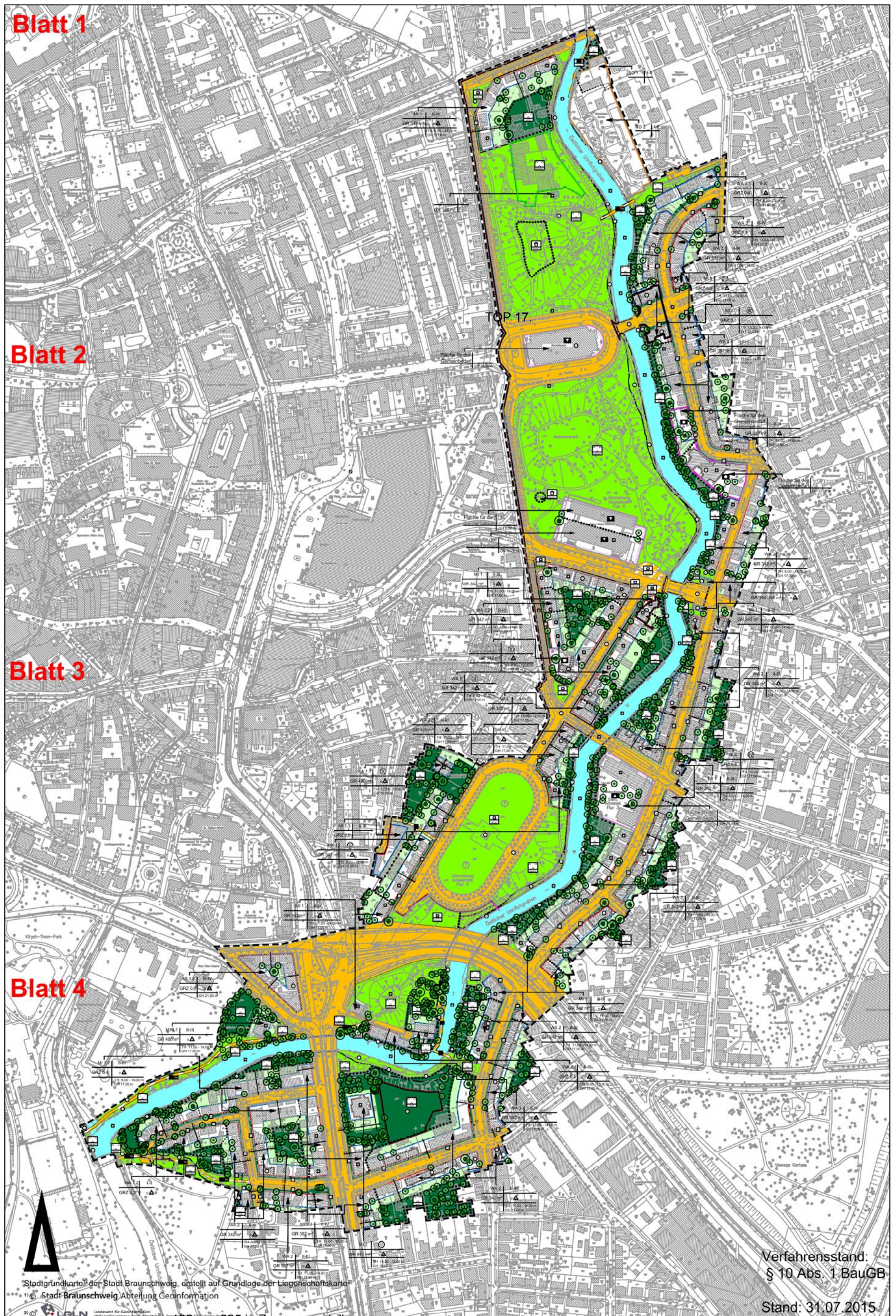
Übersichtskarte

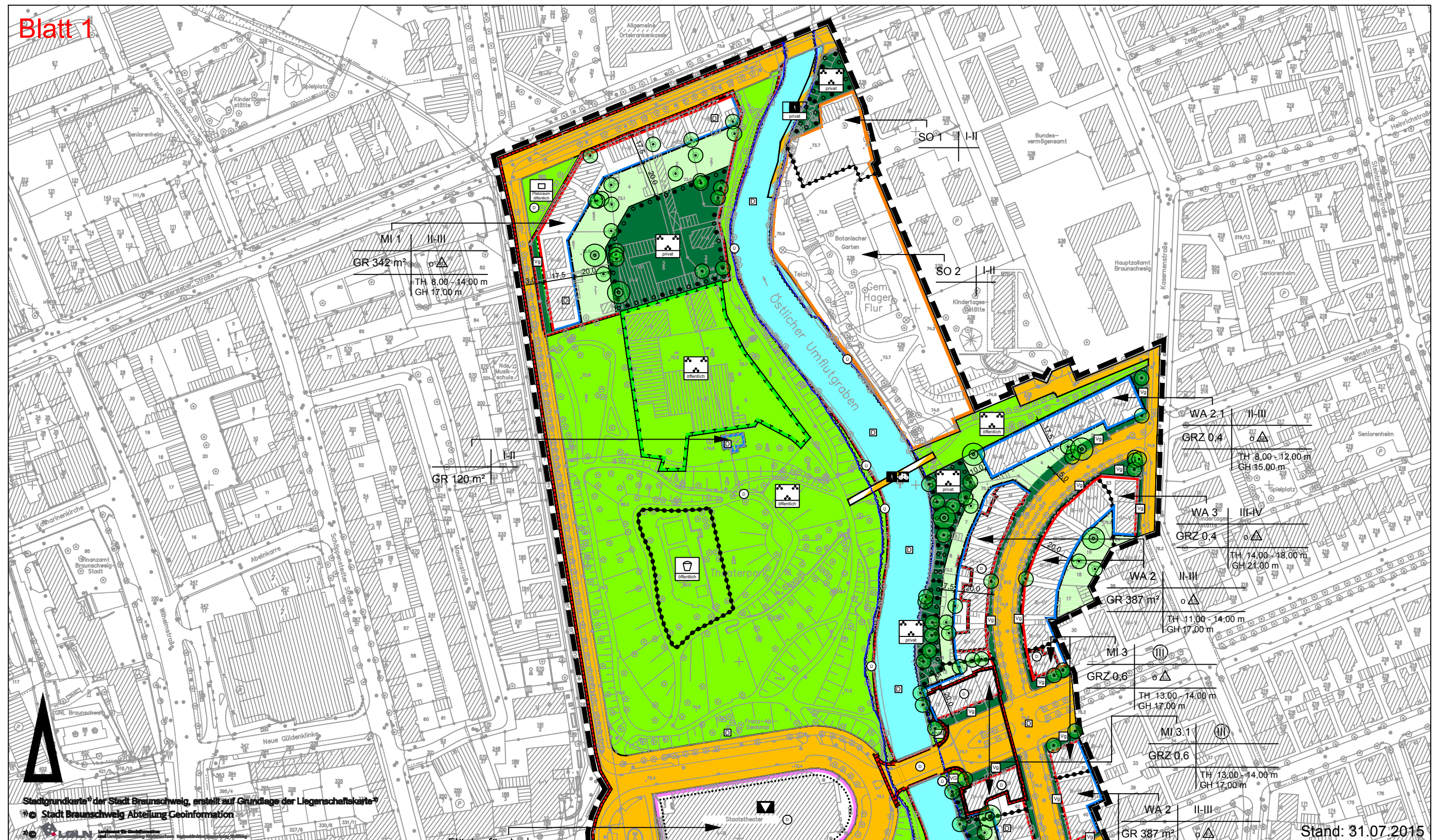


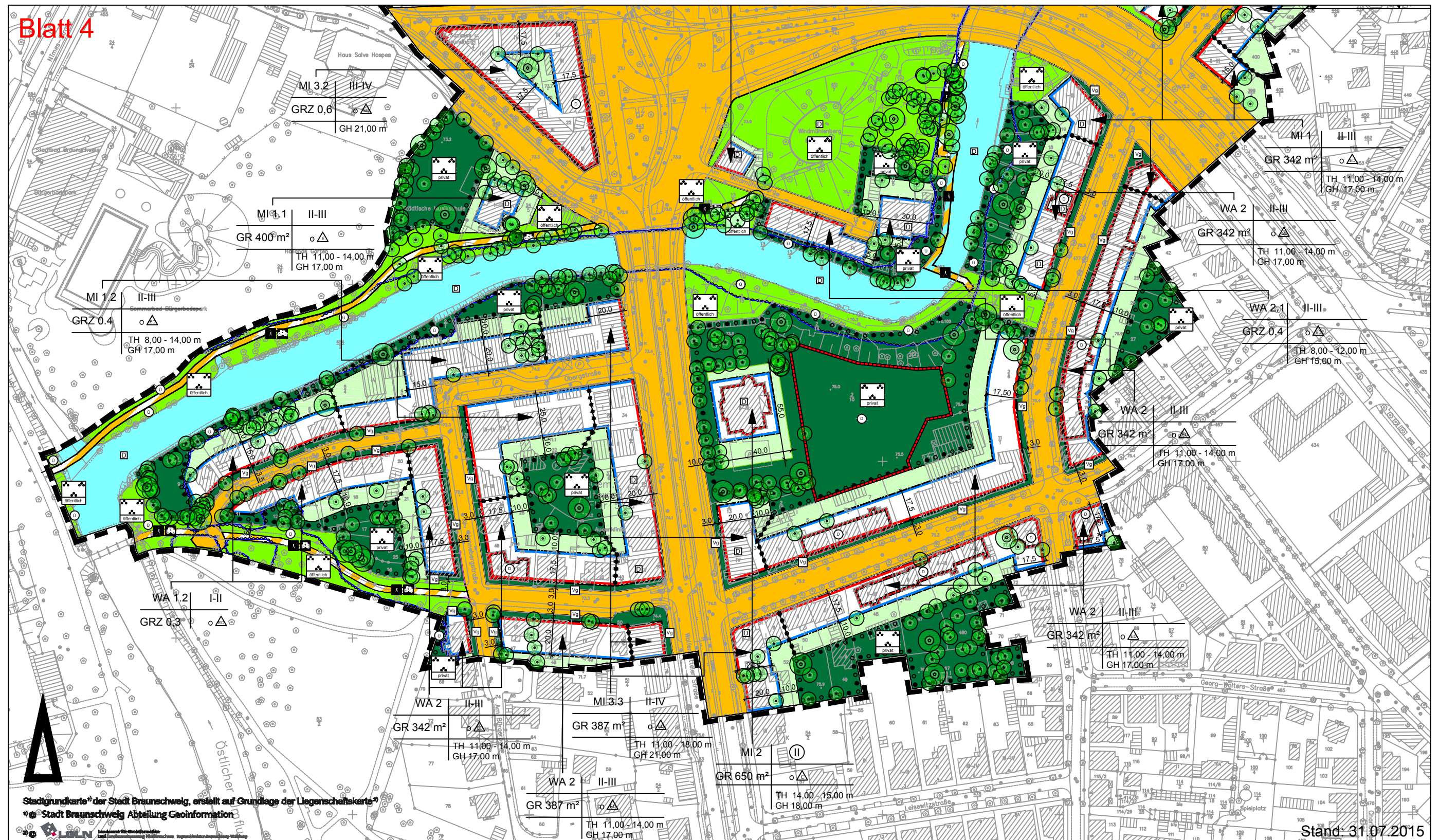
Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Walling - Ost

IN 235

Übersichtsplan







Blatt 5

Planzeichenerklärung

Zahlenangaben sind Beispiele

Art der baulichen Nutzung

- WA** Allgemeines Wohngebiet
MI Mischgebiet
SO Sonstiges Sondergebiet

Maß der baulichen Nutzung, Höhen baulicher Anlagen in Metern über dem Bezugspunkt, entsprechend textlicher Festsetzung

- 0,4** Grundflächenzahl (GRZ)
GR 342 m² maximal zulässige Grundfläche
III Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
I-II Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstmaß
II Zahl der Vollgeschosse zwingend
TH 7,50 - 12,50 Traufhöhe als Mindest- und Höchstmaß
GH 7,50 Gebäudehöhe als Höchstmaß

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

- o** offene Bauweise
E nur Einzelhäuser zulässig
ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
a abweichende Bauweise
Baulinie
Baugrenze
nicht überbaubare Grundstücksfläche, entsprechend textlicher Festsetzung

Flächen für den Gemeinbedarf

- Schule**
Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Verkehrsflächen

- öffentliche Straßenverkehrsflächen**
Straßenbegrenzungslinie
öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, Fuß- oder Fuß- und Radweg
öffentlicher Fußweg über Wasserfläche (Steg)
privater Fußweg über Wasserfläche (Steg) mit Gehrecht zugunsten der Öffentlichkeit
Platzraum (öffentlich)

Grünflächen

- Parkanlage (öffentlich)**
Platzraum (öffentlich)
VG Verkehrsgrün (öffentlich)
Grünfläche (privat) Zweckbestimmung-Garten
Vg Grünfläche (privat) Zweckbestimmung-Vorgarten
Spielfeld (öffentlich)

Wasserflächen

- Wasserflächen**
Überschwemmungsgebiet

Maßnahmen für Natur und Landschaft

- zu erhaltende Bäume Kategorie I, entsprechend textlicher Festsetzung**
zu erhaltende Bäume Kategorie II, entsprechend textlicher Festsetzung
Fläche für die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern entsprechend textlicher Festsetzung
Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft entsprechend textlicher Festsetzung

Nachrichtliche Übernahmen

- denkmalgeschützte Gesamtanlage**
denkmalgeschützte Einzelanlage
Naturdenkmal

Sonstige Festsetzungen

- Grenze des Geltungsbereiches**
Nutzungsabgrenzung

Bestandsangaben

- öffentliche Gebäude, Gebäude (Wohnen, Handel, Sport, Erholung)**
Gebäude (Gewerbe, Industrie, Verkehr)
Flurstücksgrenze
vorh. Geschosszahl
Flurstücksnummern
Höhenangaben über NN
Böschung

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring Ost

IN 235

Textliche Festsetzungen und Hinweise

A Städtebau

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

I	Art der baulichen Nutzung
1.	<u>Allgemeine Wohngebiete</u>
1.1	In sämtlichen Allgemeinen Wohngebieten sind folgende Nutzungen allgemein zulässig: <ul style="list-style-type: none"> • Wohngebäude, • Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.
1.2	In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2, WA 2.1, WA 3 sind ergänzend folgende Nutzungen allgemein zulässig: <ul style="list-style-type: none"> • nicht störende Handwerksbetriebe.
1.3	In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 1.1, WA 1.2, WA 2.2 und WA 2.3 sind folgende Nutzungen ausnahmsweise zulässig: <ul style="list-style-type: none"> • nicht störende Handwerksbetriebe, • Anlagen für sportliche Zwecke.
1.4	In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2, WA 2.1, WA 3 sind folgende Nutzungen ausnahmsweise zulässig: <ul style="list-style-type: none"> • die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, • Betriebe des Beherbergungsgewerbes, • Anlagen für Verwaltungen, • Anlagen für sportliche Zwecke.
1.5	In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 1.1, WA 1.2, WA 2.2 und WA 2.3 sind folgende Nutzungen nicht zulässig: <ul style="list-style-type: none"> • die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, • Betriebe des Beherbergungsgewerbes, • Anlagen für Verwaltungen.
1.6	In sämtlichen Allgemeinen Wohngebieten sind folgende Nutzungen nicht zulässig: <ul style="list-style-type: none"> • sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, • Gartenbaubetriebe, • Tankstellen.
1.7	Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes WA 2 sind auf dem Grundstück

Campestraße 7 (Gemarkung Altewiek, Flur 4, Flst.Nr.: 11/1) Erweiterungen und Änderungen der dort bestehenden gewerblichen Einrichtungen gemäß § 1 Abs.10 BauNVO ausnahmsweise zulässig, soweit die vorhandenen Nutzungen genehmigt sind und die sonst auf dem Grundstück geltenden Festsetzungen eingehalten werden. Nutzungsänderungen sind zulässig, soweit es sich um Nutzungen im Sinne der Pkt. 1.1, 1.2 und 1.4 handelt.

Nutzungsänderungen sind auch im Bereich nicht überbaubarer Flächen sowie im Bereich privater Grünflächen zulässig. Erneuerungen der in diesen Bereichen bestehenden Anlagen sind unzulässig.

2. Mischgebiete

2.1 In den Mischgebieten sind folgende Nutzungen allgemein zulässig:

- Wohngebäude,
- Geschäfts- und Bürogebäude,
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,
- sonstige Gewerbebetriebe.

2.2 In den Mischgebieten ist folgende Nutzung nur ausnahmsweise zulässig:

- Anlagen für sportliche Zwecke.

2.3 In den Mischgebieten sind folgende Nutzungen nicht zulässig:

- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen,
- Vergnügungsstätten.

3. Sonstige Sondergebiete

3.1 Das Sondergebiet SO 1 erhält die Zweckbestimmung „Hochschule/ Museum“. Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO sind Gebäude und Anlagen zulässig, die der Unterbringung von Einrichtungen der Technischen Universität sowie des Naturhistorischen Museums dienen.

3.2 Das Sondergebiet SO 2 erhält die Zweckbestimmung „Botanischer Garten“. Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO sind Gebäude und Anlagen zulässig, die der Errichtung und dem Betrieb

eines Botanischen Gartens dienen. Der Botanische Garten ist entsprechend seiner Nutzung gärtnerisch anzulegen.

4. Nutzung für kulturelle Zwecke

Innerhalb der in den öffentlichen Grünflächen festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen (Torhäuser; Haeckelsches Gartenhaus) ist ausschließlich eine Nutzung für kulturelle Zwecke zulässig.

II Maß der baulichen Nutzung

1. Überbaubare Grundstücksflächen

1.1 Die maximal zulässige Grundfläche ergibt sich durch Eintrag in die Planzeichnung. Sie gilt im Sinne des § 16 BauNVO für die Summe aller baulichen Anlagen je Grundstück.

1.2 Die zulässigen Grundflächen dürfen gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten sowie von Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu 40 vom Hundert und durch die Grundflächen von Tiefgaragen bis zu 50 vom Hundert überschritten werden.

1.3 Die festgesetzten Baugrenzen dürfen auf den straßenabgewandten Seiten von bis zu 3 m tiefen Gebäudevorsprüngen überschritten werden. Die Summe aller Gebäudevorsprünge je Gebäudeseite darf maximal der Hälfte der jeweiligen Seitenlänge entsprechen. An Gebäudeecken sind auf einer Länge, die mindestens einem Viertel der jeweiligen Gebäudeseite entspricht, Gebäudevorsprünge unzulässig.

Diese Festsetzung gilt nur, sofern keine festgesetzten Grünflächen angrenzen.

Gebäudevorsprung im Sinne dieser Festsetzung ist ein aus der Fluchtlinie des Baukörpers hervorspringender Gebäudeteil, der sich vom Boden aus über wenigstens eine Etage des Baukörpers erstreckt.

1.4 Untergeordnete Gebäudeteile wie z.B. Eingangsüberdachungen, Windfänge, Balkone, sowie vortretende Gebäudeteile wie z. B. Gesimse, Dachvorsprünge oder Erker, dürfen die festgesetzten Baulinien und Baugrenzen im Sinne des § 23 Abs. 2 und 3 BauNVO überschreiten, soweit die Überschreitung nicht mehr als 1 m beträgt und die Summe der einzelnen Vorsprünge nicht länger als die Hälfte der jeweiligen Gebäudeseite ist.

Ein Zurücktreten untergeordneter Gebäudeteile entlang der Baulinien ist unzulässig. Diese Festsetzung gilt nicht für Nebenanlagen.

Die Festsetzung unter Teil B Örtliche Bauvorschriften Pkt. V. 1 ist zu beachten.

1.5 An rechtmäßig errichteten Gebäuden und Gebäudeteilen außerhalb der festgesetzten Bauflächen sowie im Bereich privater Grünflächen dürfen ausnahmsweise untergeordnete Gebäudeteile wie z.B. Eingangsüberdachungen, Windfänge, Balkone mit einer maximalen Tiefe von 1 m neu angebracht werden, soweit die Summe der einzelnen Vorsprünge nicht länger als die Hälfte der jeweiligen Gebäudeseite ist.

Die Festsetzung unter Teil B Örtliche Bauvorschriften Pkt. V. 1 ist zu beachten.

2. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

2.1 Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO, nicht überdachte Stellplätze, Tiefgaragen sowie an das Gebäude direkt anschließende, maximal 5 m tiefe Terrassen zulässig.

Die Festsetzung unter Pkt. IV. 2 ist zu beachten.

2.2 Grenzen nicht überbaubare Grundstücksflächen an öffentliche Verkehrsflächen, sind diese von Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und Stellplätzen freizuhalten. Fahrradabstellanlagen sind zulässig. Restmüll- und Wertstoffbehälter sind nur ausnahmsweise zulässig.

Ausgenommen von dieser Festsetzung sind die Grundstücke Adolfstraße 13 (Gemarkung Altewiek, Flur 4, Flst.Nr.: 420) sowie Adolfstraße 28 (Gemarkung Altewiek, Flur 4, Flst.Nr.: 398).

3. Gebäudebreiten

In den Baugebieten darf die Gebäudebreite der einzelnen baulichen Anlage im Sinne des § 22 BauNVO 10 m nicht unter- und 18 m nicht überschreiten. Doppelhäuser dürfen eine Gesamtbreite von 28 m nicht überschreiten.

Gebäudebreite im Sinne dieser Festsetzung ist die Länge der straßenseitigen Fassadenansicht. Untergeordnete Gebäudeteile wie z.B. Eingangsüberdachungen, Windfänge, Balkone, Wintergärten sowie vortretende Gebäudeteile wie z.B. Gesimse, Dachvorsprünge oder Erker dürfen die Gebäudebreiten bis zu 1 m überschreiten, ohne auf die Gebäudebreite angerechnet zu werden.

Ausnahmsweise darf bei einem Neubau die Mindestgebäudebreite um maximal 1 m unterschritten werden, wenn aufgrund zu geringer Grenzabstände zur Nachbarbebauung eine Neubebauung ansonsten nicht möglich ist.

Die Sondergebiete, die Flächen für den Gemeinbedarf (Theater, Herzog-Anton-Ulrich-Museum, Bestandsfläche St.-Vinzenz-Krankenhaus), die Allgemeinen Wohngebiete WA 1.1, WA 1.2 sowie die Mischgebiete

MI 1.2, MI 1.3, MI 2, MI 3.1, MI 3.2 und MI 4 sind von den Festsetzungen der Gebäudebreite ausgenommen.

4. Bauweise

In den Mischgebieten MI 3.1 und MI 4 ist eine nach § 22 Abs. 4 BauNVO abweichende Bauweise festgesetzt. Dort muss auf die seitlichen Grundstücksgrenzen gebaut werden.

Satellitenschüsseln, Funkantennen oder Solaranlagen dient und die technischen Anlagen mindestens 1 m von der Dachkante zurückgesetzt sind.

- 3.2 Eine Überschreitung der festgesetzten Anzahl der Vollgeschosse um maximal ein Vollgeschoss ist zulässig, wenn beim Ausbau bestehender Dächer die maximal zulässige bzw. zwingend vorgeschriebene Geschossigkeit überschritten wird. Die bestehenden Trauf- und Gebäudehöhen sind einzuhalten.

III Höhe der baulichen Anlagen

1. Bezugspunkt

Bezugspunkt für sämtliche Höhenangaben ist die Höhenlage der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche an dem Punkt der Straßenbegrenzungslinie, der der Mitte der straßenzugewandten Gebäudeseite am nächsten liegt. Steigt oder fällt das Gelände vom Bezugspunkt zur Mitte der straßenseitigen Gebäudeseite, so ist die Normalhöhe um das Maß der natürlichen Steigung oder des Gefälles zu verändern.

2. Traufhöhen/ Gebäudehöhen/ Sockelhöhen

- 2.1 Die zulässigen Trauf- und Gebäudehöhen ergeben sich durch Eintrag in die Planzeichnung.

Traufe im Sinne dieser Festsetzungen ist der Schnittpunkt zwischen den Außenflächen von Außenwand und Dachhaut im obersten Geschoss.

Gebäudehöhe im Sinne dieser Festsetzungen ist der Abstand zwischen dem Bezugspunkt und dem höchsten Punkt des Daches.

- 2.2 Ausnahmsweise darf bei einem Neubau die Mindesttraufhöhe um maximal 2 m unterschritten werden, wenn aufgrund zu geringer Grenzabstände zur Nachbarbebauung eine Neubebauung ansonsten nicht möglich ist.

- 2.3 Die Sockelhöhe darf höchstens 1,50 m betragen.

Sockelhöhe im Sinne dieser Festsetzungen ist der Abstand zwischen der Oberkante des fertigen Fußbodens des Erdgeschosses (OKFF EG) und dem Bezugspunkt.

Die Flächen für den Gemeinbedarf (bis auf den Erweiterungsbereich des Krankenhauses) sowie die Baugebiete WA 1.1 und MI 2 sind von der Festsetzung der maximalen Sockelhöhe ausgenommen.

3. Überschreitung der festgesetzten Höhen

- 3.1 Die festgesetzten Gebäudehöhen dürfen ausnahmsweise bis zu max. 1 m überschritten werden, soweit die Überschreitung für technische Anlagen wie z.B. Schornsteine, konstruktiv bedingte Bauteile, Lüftungsanlagen,

IV Stellplätze und Garagen

1. Oberirdische Garagen und Stellplätze

- 1.1 Garagen und offene Garagen (Carports) sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

- 1.2 Stellplätze sind innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen unzulässig. Stellplätze sind sowohl innerhalb der festgesetzten Vorgärten, als auch innerhalb bestehender Vorgärten unzulässig.

Die Festsetzungen unter Pkt. VI.3.4 sind zu beachten.

- 1.3 Garagen und offene Garagen (Carports) müssen einen Mindestabstand von 3 m zur Straßenbegrenzungslinie einhalten. Zu sonstigen öffentlichen Flächen müssen sie einen Mindestabstand von 1 m einhalten.

2. Tiefgaragen

Tiefgaragen dürfen die festgesetzten Baulinien und Baugrenzen überschreiten, soweit sie mit einer vegetationsfähigen Substratschicht von mind. 50 cm überdeckt sind, ein niveaugleicher Anschluss an die Geländeoberfläche hergestellt wird und sie begrünt werden.

Eine Unterbauung privater Grünflächen ist mit Ausnahme der Vorgärten nicht zulässig. In den Baugebieten WA 1.1 und MI 2 sind Ausnahmen von dieser Festsetzung zulässig.

3. Grundstückszu- und -ausfahrten

Je Grundstück ist nur eine Zu- und Ausfahrt mit einer Gesamtbreite von max. 3 m zulässig.

Wenn brandschutztechnische Notwendigkeiten es erfordern, sind Ausnahmen möglich. Die Gemeinbedarfsflächen, die Sondergebiete sowie das Mischgebiet MI 2 sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

V	Bauliche Anlagen in festgesetzten privaten Grünflächen
1.	<u>Private Grünflächen mit der Zweckbestimmung Vorgärten</u>
1.1	Die festgesetzten Vorgärten sind von baulichen Anlagen freizuhalten.
1.2	<p>Einfriedungen sind zulässig.</p> <p>Tiefgaragen sowie untergeordnete Gebäudeteile gemäß Pkt. II 1.4 und II 1.5, die in die Vorgärten hineinragen, sind zulässig. Die Festsetzungen unter Pkt. IV.2 sind zu beachten.</p> <p>Restmüll- und Wertstoffbehälter, Sicht- und Windschutzanlagen sowie Fahrradabstellanlagen sind in den festgesetzten Vorgärten unzulässig.</p>
1.3	Die festgesetzten Vorgärten dürfen auf einer straßenseitigen Länge von insgesamt 5 m je Grundstück für Zu- und Ausfahrten sowie Zu- und Ausgänge unterbrochen werden. Die Festsetzung unter Pkt. IV. 3 ist zu beachten.
2.	<p><u>Private Grünflächen mit der Zweckbestimmung Gärten</u></p> <p>Innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung Gärten sind bauliche Anlagen nur wie folgt zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gartenpavillons und Gewächshäuser ohne Aufenthaltsräume bis zu einer Größe von 30 m³ Brutto-Rauminhalt, sofern die private Grünfläche eine Mindestgröße von 500 m² pro Grundstück hat, • Garten- und Gerätehäuser ohne Aufenthaltsräume bis zu einer Größe von 22 m³ Brutto-Rauminhalt, sofern die private Grünfläche eine Mindestgröße von 200 m² pro Grundstück hat, • Freisitzflächen und Terrassen, • eigenständige überdachte Terrassen bis zu einer Grundfläche von 25 m², sofern die private Grünfläche eine Mindestgröße von 500 m² pro Grundstück hat, • Feuerungsstätten (z.B. Außenkamine und feststehende Grills), soweit sie in Verbindung mit Freisitzflächen und Terrassen errichtet werden, • Kinderspielplätze, • Schwimmbecken und -teiche bis zu einer Gesamtgröße von 100 m³ Beckeninhalt, sofern die private Grünfläche eine Mindestgröße von 500 m² pro Grundstück hat, • Einfriedungen, Pergolen sowie Sicht- und Windschutzanlagen, • Aufschüttungen und Stützmauern bis zu einer Höhe von 60 cm. • Auf den an die Oker grenzenden Grundstücken mit einer Uferlänge von mindestens 20 m und einer Mindestgröße der privaten Grünfläche von 500 m² pro Grundstück ist ein Bootshaus ohne Aufenthalts-

räume bis zu einer Größe von 40 m³ Brutto-Rauminhalt zulässig.

- Auf den an die Oker grenzenden Grundstücken mit einer Uferlänge von mindestens 20 m ist ein Steg ohne Aufbauten bis zu einer Breite von 1,20 m und einer Länge von 2 m zulässig. Auf Grundstücken mit einer Uferlänge kleiner als 20 m ist ausnahmsweise ein Steg als Gemeinschaftsanlage für zwei Grundstücke zulässig, soweit die vorgenannte Größe eingehalten wird. Die festgesetzte Größenbeschränkung gilt nicht für Gemeinbedarfsflächen.
- Anlagen für die Kleintierhaltung bis zu einer Gesamtgröße von 15 m³ Brutto-Rauminhalt, sofern die private Grünfläche eine Mindestgröße von 500 m² pro Grundstück hat.

VI	Grünordnung
1.	<p><u>Private Grünflächen</u></p> <p>Sämtliche festgesetzten privaten Grünflächen sind vollflächig zu begrünen.</p> <p>Private Grünflächen mit der Zweckbestimmung Gärten sind als parkartige, von Gehölzen überstellte Flächen zu erhalten und zu entwickeln.</p>
2.	<p><u>Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen</u></p>
2.1	<p>Innerhalb der festgesetzten Flächen für die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sind folgende Gehölze zu erhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Laubbäume einschließlich Obstbäume sowie Nadelbäume ab einem Stammumfang von 80 cm, gemessen in einer Höhe von 1 m über dem Erdboden, • Gehölzarten mit einem geringen Dickenwachstum, wie z.B. Eibe und Rotdorn ab einem Stammumfang von 50 cm, gemessen in einer Höhe von 1 m über dem Erdboden. • Bei mehrstämmigen Gehölzen wird die Summe der Einzelstammumfänge zugrunde gelegt.
2.2	Die zeichnerisch zum Erhalt festgesetzten Gehölze der Kategorie I sind bis zu ihrem natürlichen Abgang zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Bauliche Maßnahmen jeder Art sowie Bodenverdichtungen sind im um fünf Meter erweiterten Kronenbereich unzulässig.
2.3	Die zeichnerisch zum Erhalt festgesetzten Gehölze der Kategorie II sind bis zu ihrem natürlichen Abgang zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Bei Baumstandorten auf den überbaubaren Grundstücksflächen ist eine Fällung ausnahmsweise zulässig, soweit im Rahmen eines Baugenehmigungs- oder An-

- zeigeverfahrens der Standort unter Berücksichtigung des Kronenbereichs für die Errichtung einer baulichen Anlage vorgesehen und diese innerhalb von 6 Monaten nach Fällung zulässigweise realisiert wird.
- 2.4 Ein Nachpflanzgebot besteht für die gemäß Pkt. VI. 2.1 bis 2.3 zu erhaltenden Gehölze nicht, solange die quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Grundstücksbegrünung gemäß Pkt. VI. 3 erfüllt sind.
3. Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- 3.1 In den Baugebieten sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen zu begrünen. Dabei sind pro angefangene 150 m² zu begrünender Fläche mindestens ein mittelkroniger Laubbaum oder Obstbaum und fünf Sträucher zu pflanzen.
- 3.2 Innerhalb der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen und zum Erhalt sind mindestens folgende Gehölzpflanzungen durchzuführen:
- Auf Flächen, die größer als 75 m² und kleiner als 150 m² je Grundstück sind und auf einer Länge von mind. 6 m eine Breite von 6 m haben, sind ein mittelkroniger Laubbaum oder Obstbaum und fünf Sträucher zu pflanzen.
 - Auf Flächen mit einer Mindestgröße von 150 m² je Grundstück sind je angefangene 300 m² ein großkroniger Laubbaum oder zwei mittelkronige Laubbäume/Obstbäume und fünf Sträucher zu pflanzen.
 - Auf Flächen mit einer Mindestgröße von 600 m² je Grundstück sind zusätzlich je angefangene 600 m² ein großkroniger Laubbaum oder zwei mittelkronige Laubbäume zu pflanzen.
- 3.3 Die zum Erhalt festgesetzten Bäume sowie sonstige vorhandene Bäume und Sträucher, die die in den Festsetzungen gemäß Pkt. VI. 3.1 und VI. 3.2 formulierten Anforderungen erfüllen, können hierauf angerechnet werden.
- 3.4 Auf oberirdischen Stellplatzanlagen mit mindestens vier Stellplätzen ist je angefangene vier Stellplätze zusätzlich zu den gemäß Pkt. VI. 3.1 und VI. 3.2 anzupflanzenden Bäumen ein mindestens mittelkroniger Laubbaum zu pflanzen und in die Stellplatzanlage zu integrieren. Je Baum ist eine begrünte Vegetationsfläche von in der Regel 2 m Breite und 9 m² Fläche als Baumscheibe herzustellen und nachhaltig gegen Überfahren zu schützen.
- Angrenzend an öffentliche Flächen sind Stellplätze (mit Ausnahme ihrer Zufahrtsseite) mit einer 0,80 m bis 1,00 m hohen Hecke aus Laubgehölzen einzugrünen.
- 3.5 Für die anzupflanzenden Gehölze sind folgende Pflanzqualitäten zu verwenden:
- Laubbäume: Hochstämme mit Mindeststammumfang 16 – 18 cm
 - Obstbäume: Hochstämme mit Mindeststammumfang 10 – 12 cm
 - Sträucher: verpflanzt, vier Triebe, 60 – 100 cm (artbedingte Abweichungen sind möglich).
- 3.6 Die festgesetzten Anpflanzungen sind fachgerecht auszuführen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen.
- 3.7 Die gemäß den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen zur Begrünung vorzusehenden Grundstücksflächen müssen bis zur Ingebrauchnahme der baulichen Anlagen ausgebaut sein. Sie sind spätestens in der nächstfolgenden Pflanzperiode gemäß den Festsetzungen abschließend zu begrünen.
4. Öffentliche Grünflächen
- 4.1 In den Straßenzügen Steintorwall, Theaterwall, Magnitorwall und am Löwenwall sowie Am Fallersleber Tore, Jasperallee, Museumstraße, Moltkestraße, Bismarckstraße, Adofstraße und Campestraße ist der alleeatige Charakter mit beidseitig bzw. einseitig begleitenden Baumstandorten dauerhaft zu erhalten und zu entwickeln.
- Für Neuanpflanzungen sind Laubbäume in der Charakterart des Straßenzuges zu verwenden (Pflanzqualität: Hochstämme mit Mindeststammumfang 18 – 20 cm). Bei Neuanpflanzungen im Bereich vorhandener Kastanien sind diese durch widerstandsfähigere Baumarten derselben Pflanzqualität zu ersetzen.
- 4.2 In Ergänzung zu den zeichnerisch festgesetzten Spielplätzen in den öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ ist die Integration einzelner Spiel- und Aufenthaltsangebote für alle Altersgruppen zulässig.
- 4.3 Für die innerhalb der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage gelegenen Theaterwerkstätten sind ausnahmsweise Um- und Anbauten zulässig. Anbauten sind zulässig, soweit die zum Zeitpunkt der Satzung vorhandene Grundfläche insgesamt um nicht mehr als 8 vom Hundert überschritten wird.

VII Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Das Gelände der Theaterwerkstätten am Theaterwall 20 ist in der Planzeichnung als Maßnahmenfläche festgesetzt. Auf der Fläche sind die existierenden Gebäude und versiegelten Flächen zu beseitigen. Die Fläche ist als Parkanlage nach historischem Vorbild herzustellen. Auf ihr sind Rasenflächen mit Gehölzpflanzungen sowie Wege anzulegen.

B Örtliche Bauvorschrift

gemäß §§ 80 und 84 NBauO
in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB

I Geltungsbereich

Die örtlichen Bauvorschriften gelten mit Ausnahme des Mischgebietes MI 1.3 in sämtlichen Baugebieten.

In den Sondergebieten, auf den Flächen für den Gemeinbedarf sowie im Allgemeinen Wohngebiet WA 1.2. gelten nur die Festsetzungen der Punkte IX – XIV.

Für den in der Planzeichnung gekennzeichneten Erweiterungsbereich des Krankenhauses in der Bismarckstraße (Gemeinbedarfsfläche für gesundheitliche Zwecke) gelten alle Punkte der Örtlichen Bauvorschrift.

II Gebäudestellung

Die Hauptgebäude sind traufständig zu den öffentlichen Verkehrsflächen zu errichten.

III Fassaden und Fassadengliederung

1. Im gesamten Geltungsbereich sind für die Außenwände der Gebäude nur geglättete Putze und/oder Sichtmauerwerk zulässig. Glänzende Materialien sind mit Ausnahme von Glas ausgeschlossen.
2. Für die Außenwände der Gebäude sind nur Farben aus den Bereichen der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig. In den Baugebieten WA 2, WA 2.1, WA 3, MI 1, MI 3, MI 3.1, MI 3.2, MI 3.3 und MI 4 ist für Sichtmauerwerk auch eine naturrote/ ziegelrote Farbe zulässig.
3. Die Außenwände der Gebäude können mit hellen Verkleidungen kombiniert werden, sofern die Flächen der Verkleidungen nicht mehr als 40 % je geschlossener Fassadenseite aufweisen. Imitatmaterialien sind unzulässig.
4. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen orientierte Wandflächen sind durch mindestens vier der folgenden Gestaltungselemente zu gliedern:
 - Gesims-, Schmuckbänder, Lisenen,
 - Brüstungselemente unter Fenstern,
 - Fensterrahmen,
 - Fensterteilungen,
 - Eckbetonungen,
 - Risalite,
 - Erker.

IV Fenster

1. Fenster sind nur in stehenden Formaten (geringere Breite als Höhe) zulässig.

Ausgenommen sind Kellerfenster und Fenster in Mezzaningeschossen (Mezzanin = niedriges Zwischen- oder Halbggeschoss).

2. Fensterteilungen sind glasteilend auszuführen. Aufgesetzte Sprossen und Imitate sind unzulässig.
3. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Dachflächenfenster sind ab einer Dachneigung von 30° unzulässig. Übereinanderliegende und versetzt übereinanderliegende Dachflächenfenster sind unzulässig.

V Balkone und Terrassen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Balkone und Terrassen sind unzulässig.
2. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind nur Austritte bis max. 60 cm Tiefe in Verbindung mit bodentiefen Fenstern (Französische Fenster) zulässig.
3. Auf der straßenabgewandten Seite der Gebäude dürfen Balkone nur maximal die Hälfte der Gebäudebreite einnehmen, wenn direkt an die überbaubare Grundstücksfläche private oder öffentliche Grünfläche anschließt.

VI Dächer und Dachaufbauten

1. Mit Ausnahme des Mischgebietes MI 3.2 sind für sämtliche Hauptgebäude nur symmetrische Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 18° und maximal 40° zulässig. Die Mischgebiete MI 1 (gilt nur für die Gebäude an der Museumstraße), MI 3, MI 3.1, MI 3.3 sowie MI 4 sind von der Beschränkung der maximalen Dachneigung ausgenommen.
2. Dacheindeckungen geneigter Dächer sind mit gebrannten, nicht engobierten, naturroten Tonziegeln oder Blecheindeckungen auszuführen. Ausnahmsweise sind auch Schiefer oder nicht engobierte Tonziegel in grauen Farbtönen zulässig. Zwerchhäuser oder Gauen sind mit derselben Dacheindeckung zu versehen wie das Hauptdach.

Im Mischgebiet MI 3.2 ist als Dacheindeckungsmaterial geneigter Dächer ausnahmsweise auch Glas zulässig.
3. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ist die Anordnung von Dachterrassen unzulässig.
4. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Dacheinschnitte sind unzulässig. Dacheinschnitte dürfen maximal ein Viertel der Gebäudebreite in Anspruch nehmen. Der Abstand zu den Giebelwänden muss mindestens 2 m, der zum First mindestens 1 m betragen. Der Abstand zwischen zwei Dacheinschnitten muss mindestens 4 m betragen.

5. Dachaufbauten sind als Zwerchhäuser oder Gauben zulässig. Sie dürfen insgesamt nicht mehr als die Hälfte der Gebäudebreite in Anspruch nehmen.
6. Dachgauben müssen einen Mindestabstand von 2 m untereinander einhalten. Dachgauben, die nicht als Eckgauben ausgeformt sind, müssen zudem mit einem Mindestabstand von 1 m zum First, zu Graten und Kehlen sowie zu den Giebelwänden errichtet werden.
7. Übereinander und versetzt übereinander angeordnete Dachgauben sind unzulässig.

VII Hauseingänge

Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Hauseingänge sind unzulässig. Von dieser Festsetzung ausgenommen sind die Baugebiete WA 1.1, WA 2.1, MI 1.2, MI 2, MI 3.1 sowie MI 4.

VIII Markisen

Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Markisen sind nur zulässig, soweit sie nicht mehrere Fenster überdecken. Feststehender Sonnenschutz ist unzulässig.

IX Garagen und Nebenanlagen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Garagen und Nebenanlagen wie Abstellräume, Gartenhäuschen etc. dürfen nur in dem Material und in der Farbe der von außen sichtbaren Flächen der Außenwände des Hauptgebäudes ausgeführt werden. Zu öffentlichen Grün-, Wege- und Wasserflächen angeordnete Nebenanlagen können auch in Holz ausgeführt werden.
2. Bootsstege und Bootshäuser sind nur in Holz zulässig.

X Einfriedungen, Sicht- und Windschutzanlagen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Einfriedungen sind transparent aus Metall mit senkrechten Stäben und / oder als Hecken aus Laubgehölzen herzustellen. Die Einfriedungen sind mit Steinsockeln in einer Höhe von maximal 50 cm über der Geländeoberfläche zu kombinieren.

Die Hecken müssen eine Mindesthöhe von 60 cm, Metalleinfriedungen eine Mindesthöhe von 90 cm über der Geländeoberfläche erreichen. Hecken dürfen eine Höhe von 1 m, in den Zu- und Abfahrtsbereichen von 0,80 m nicht überschreiten.

Die Einfriedungen dürfen eine Gesamthöhe von 1,60 m über der Geländeoberfläche nicht überschreiten, wobei der Sockel auf die Gesamthöhe anzurechnen ist.

Von den Höhenfestsetzungen sind Einfriedungen auf den Flächen für Gemeinbedarf ausgenommen. Dies gilt nicht für die Erweiterungsfläche des Krankenhauses.

2. Einfriedungen privater Grundstücke entlang öffentlicher Grünflächen sowie entlang sonstiger öffentlicher Wege sind ausschließlich als Hecken aus Laubgehölzen bis zu einer Höhe von 1,60 m zulässig. Die Kombination mit einem Drahtzaun ist zulässig, wenn der Zaun in der Hecke oder auf der dem privaten Grundstück zugewandten Seite der Hecke errichtet wird.
3. Einfriedungen entlang öffentlicher Wasserflächen sind ausschließlich als Hecken aus Laubgehölzen oder als Drahtzäune zulässig. Sie dürfen eine Höhe von 1,80 m über der Geländeoberfläche nicht überschreiten. Übersteigen die Einfriedungen eine Höhe von 1,20 m über der Geländeoberfläche, ist zu den öffentlichen Wasserflächen ein Mindestabstand von 3 m einzuhalten. Die Flächen zwischen den Einfriedungen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.
4. Sicht- und Windschutzanlagen müssen zu öffentlichen Grünflächen sowie zu sonstigen öffentlichen Wegen einen Mindestabstand von 3 m einhalten. Zu den öffentlichen Wasserflächen der Okerumflut ist ein Mindestabstand von 10 m einzuhalten. Die Flächen zwischen den Sicht- und Windschutzanlagen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.
5. Einfriedungen unter Verwendung von Stacheldraht sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig.

XI Werbeanlagen

1. Im gesamten Planungsgebiet sind Werbeanlagen nur an der Stätte der Leistung zulässig.
2. Im gesamten Planungsgebiet ist je Nutzungseinheit nur eine Werbeanlage zulässig.
3. In den Allgemeinen Wohngebieten, den Sondergebieten sowie an den zulässigen baulichen Anlagen innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünflächen (Torhäuser; Haackel'sches Gartenhaus) sind Werbeanlagen ausschließlich als Werbetafeln im Eingangsbereich der Gebäude mit einer maximalen Ansichtsfläche von insgesamt 0,5 m² zulässig.

Auf dem Grundstück Campestraße 7 (Gemarkung Altewiek, Flur 4, Flst.Nr.: 11/1) sind zusätzlich zu dieser Festsetzung auch Sameltafeln mit einer maximalen Ansichtsfläche von insgesamt 3 m² zulässig.

4. Ist der Eingangsbereich straßenseitig nicht einsehbar ist die Werbetafel abweichend auch am Gartentor oder an der Gebäudeecke zulässig, die an der Grundstückszufahrt liegt. Eine Werbetafel im Vorgarten außerhalb der Grundstückszufahrt ist jedoch generell unzulässig.
5. In den Allgemeinen Wohngebieten dürfen Werbeanlagen mit ihrer Oberkante maximal 3 m über dem Niveau der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche liegen.

Steigt oder fällt das Gelände vom Bezugspunkt zur Mitte der straßenseitigen Gebäudeseite, so ist die festgesetzte Maximalhöhe um das Maß der natürlichen Steigung oder des Gefälles zu verändern.
6. In den Mischgebieten sind Werbetafeln sowohl im Eingangsbereich als auch über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss zulässig.

Im Eingangsbereich dürfen sie eine Ansichtsfläche von 0,5 m² nicht übersteigen. Über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss dürfen sie eine Höhe von 60 cm nicht übersteigen.

Werbeanlagen an der Fassade über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss können in Form von Einzelbuchstaben, als Schriftzug auf ein Trägermedium oder als Front des Trägermediums gefertigt werden. Für das Trägermedium sind als Hintergrund für Schriftzüge nur Farben aus den Bereichen der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig. Einzelbuchstaben dürfen eine Höhe von 40 cm nicht übersteigen.
7. In den Mischgebieten sind über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss Werbeanlagen auch in Form von Auslegern zulässig. Ausleger dürfen eine Fläche von 0,7 m² und eine Tiefe von 20 cm nicht überschreiten.
8. Selbstleuchtende Werbeanlagen sind nur in Mischgebieten zulässig. Akustische Werbeanlagen, Werbefahren sowie Werbeanlagen mit wechselndem (flackerndem), sich bewegendem Licht sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig.

XII Technische An- und Aufbauten

Zu den öffentlichen Verkehrsflächen angeordnete Solarzellen, Sonnenkollektoren, Windräder sowie Sende- und Empfangsanlagen sind unzulässig.

XIII Abweichungen

Von der Örtlichen Bauvorschrift können Abweichungen zugelassen werden, wenn die Ziele der Satzung nicht gefährdet und sonstige öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Abweichungen sind auch dann zulässig, wenn bauliche und gestalterische Gegebenheiten, denkmalpflegerische Vorgaben oder brandschutztech-

nische Notwendigkeiten dagegen sprechen, die Satzung umzusetzen.

XIV Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die der örtlichen Bauvorschrift widerspricht.

C Hinweise

1. Ordnungswidrig handelt nach § 213 Abs. 1 Nr. 3 BauGB, wer der festgesetzten Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen dadurch zuwiderhandelt, dass diese beseitigt, wesentlich beeinträchtigt oder zerstört werden.
2. Im gesamten Geltungsbereich ist mit Kampfmitteln zu rechnen. Aus Sicherheitsgründen sind vor Beginn von Baumaßnahmen Gefahrenerforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen.
3. Das Einleiten von Niederschlagswasser in die Oker bedarf der Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde der Stadt Braunschweig.
4. Die Entnahme von Wasser aus der Oker ist bei der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen.
5. Im gesamten Geltungsbereich muss mit archäologisch bedeutsamen Bodenfunden gerechnet werden, die nach § 14 NDSchG unverzüglich und vor Entfernung den zuständigen Stellen anzuzeigen sind. Wer Erdarbeiten an einer Stelle vornehmen will, von der er weiß oder vermutet oder den Umständen nach annehmen muss, dass sich dort Kulturdenkmale befinden, bedarf nach § 13 NDSchG einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde.
6. Zum Bauantrag ist ein qualifizierter Freiflächenplan einzureichen. Verläuft auf dem Grundstück eine Versorgungsleitung ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989 zu beachten.

D Nachrichtliche Übernahmen

1. Das Überschwemmungsgebiet der Oker wird durch die HQ 100 Linie (Ermittlung durch den NLWKN) angegeben.
2. Der östliche Okerumflutgraben ist Bau- und Bodendenkmal gemäß § 3 Nds. Denkmalschutzgesetz.

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring - Ost

IN 235

Begründung und Umweltbericht - Entwurf

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen	2
2	Bisherige Rechtsverhältnisse	3
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplans	5
4	Umweltbericht	8
5	Begründung der Festsetzungen	23
6	Gesamtabwägung	72
7	Zusammenstellung wesentlicher Daten	74
8	Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes	74
9	Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll	75
10	Außer Kraft tretende Bebauungspläne	76

1 Rechtsgrundlagen

- Stand: 19. Mai 2015 -

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748)

1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1740)

1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 2 und 4 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154)

1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)

1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 206)

1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Im Niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramm 2008 und im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2008 für den Großraum Braunschweig ist die Stadt Braunschweig - seit 2002 im oberzentralen Verbund mit den Nachbarstädten Wolfsburg und Salzgitter - als Oberzentrum verbindlich festgelegt.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm ist das Gebiet als vorhandener Siedlungsbereich, der bauleitplanerisch gesichert ist, gekennzeichnet. Das Plangebiet ist zudem als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Tourismus gekennzeichnet. Eine im Planungsgebiet unterirdisch verlegte Hauptversorgungsleitung ist als Vorranggebiet für eine 110 kV-Leitung gekennzeichnet. Weiterhin liegt ein Teil des Planungsgebietes im Vorbehaltsgebiet für den Hochwasserschutz.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplans gelten die Darstellungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 2005 in seinem derzeit rechtswirksamen Stand. Er stellt in seiner derzeit geltenden Fassung für einen Großteil des Plangebietes Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage dar. Die Flächen sind zusätzlich mit der Kennzeichnung *Wall* versehen. Die Kennzeichnung *Wall* ist in der Legende als Grünfläche mit Bebauung nach Satzung erläutert. Die im Regionalen Raumordnungsprogramm gekennzeichnete Hauptversorgungsleitung Elektrizität ist ebenfalls dargestellt.

Der vorliegende Bebauungsplan sichert das charakteristische Verteilungsmuster von Bebauung und Grünflächen. Mit seinen die Grünstrukturen schützenden Festsetzungen kann er damit im Sinne des § 8 Abs. 2 BauGB als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt angesehen werden.

2.3 Bebauungspläne

Für den größten Teil des Planungsgebiets gilt derzeit der seit 1939 rechtskräftige Bebauungsplan IN 1. Es handelt sich um einen einfachen Bebauungsplan, der lediglich die überbaubaren Flächen, Grünflächen und Straßenverkehrsflächen festsetzt. Weder die Art, noch das Maß der baulichen Nutzung sind geregelt. Die überbaubaren Flächen orientieren sich am damaligen Gebäudebestand. Die nicht überbaubaren Flächen sind als Grün- bzw. Straßenverkehrsflächen festgesetzt.

Daneben gilt die sogenannte Wallringsatzung aus dem Jahr 1951. Sie verweist auf den Bebauungsplan IN 1. Gemäß dieser rein textlichen Satzung darf nur innerhalb der (im IN 1) als bebaubar ausgewiesenen Fläche gebaut werden. Die Wallringsatzung regelt darüber hinaus die Art der baulichen Nutzung, die Geschossigkeit und die Bauweise. Es werden in Abhängigkeit der

Straßenzüge maximal 2 bzw. 3 Vollgeschosse in offener Bauweise zugelassen. Gewerbliche Anlagen aller Art werden ausgeschlossen. Ausgenommen davon sind Büros, Kliniken und ähnliche Nutzungen, die den Wohncharakter der Straßen nicht beeinträchtigen.

Im Geltungsbereich des IN 235 sind folgende Straßenzüge von der Wallringsatzung erfasst:

Mit höchstens zwei Vollgeschossen bebaubar sind:
Theaterwall, Magnitorwall, Steintorwall, Löwenwall, Peter-Joseph-Krahe-Straße sowie Wolfenbütteler Straße.

Mit höchstens drei Vollgeschossen bebaubar sind:
Moltkestraße, Jasperallee, Bismarckstraße, Museumstraße, Adolfstraße, Obergstraße, Hennebergstraße.

Die Straßenzüge Am Fallersleber Tore, Parkstraße, Helmstedter Straße, Leonhardstraße, Kurt-Schuhmacher-Straße, John-F.-Kennedy-Platz, Augusttorwall, Am Windmühlenberg sowie Campestraße sind nicht Teil der Wallringsatzung. Dies erklärt sich zum Teil aus der Lage sowie aus der Historie. Die Straßenzüge Am Fallersleber Tore, Leonhardstraße und Helmstedter Straße kreuzen den Wallring. Dort siedelten sich naturgemäß auch gewerbliche Nutzungen an. Der John-F.-Kennedy-Platz sowie die Kurt-Schuhmacher-Straße entstanden als Verbindungsachse zur Innenstadt erst nach dem Krieg im Zusammenhang mit der Verlagerung des Hauptbahnhofes.

Der Bebauungsplan IN 1 und die Wallringsatzung werden im Geltungsbereich des IN 235 in elf Bereichen von Bebauungsplänen aus jüngerer Zeit überdeckt. In den Überdeckungsbereichen sind die Wallringsatzung und der IN 1 durch die neueren Pläne außer Kraft gesetzt.

Der nachfolgenden Tabelle können die neben dem IN 1 und der Wallringsatzung geltenden Bebauungspläne entnommen werden.

Geltendes Planungsrecht – (neben IN 1 und Wallringsatzung)				
Nr.	Lage	Rechtskraft	Art der Nutzung	Vollgeschosse
IN 7	Am Fallersleber Tore	1974	WR (reines Wohngebiet) Fußweg (entlang der Oker)	
IN 8	Theaterwall	1976	Gemeinbedarfsflächen Theater, Kleines Haus, Kulissenhaus, öffentliche Grün- und Wasserflächen	
IN 18	Kreuzung Augusttorwall	1958	Straßenverkehrsflächen festgesetzt	
IN 167	Gaußschule, Städtisches Museum	1971	Gemeinbedarfsfläche Museum (für Löwenwall 16)	
HA 4	Moltkestraße	1948	Verkehrsfläche / Vorgarten	
AW 2	Kurt-Schu-	1958	Verkehrsfläche	

Geltendes Planungsrecht – (neben IN 1 und Wallringsatzung)				
Nr.	Lage	Rechtskraft	Art der Nutzung	Vollgeschosse
	macher-Straße			
AW 18	Helmstedter Straße /Adolfstraße	1949	Private Grünflächen	
AW 32	Wolfenbüttler Straße	1969	Verkehrsflächen	
AW 33	Hennebergstraße	1958	WA (Allgemeines Wohngebiet)	max. III
AW 36	Obergstraße	1973	MK (Kerngebiet)	max. III / IV
AW 94	Leisewitzstraße-Nord	2001	WA (Allgemeines Wohngebiet)	mind. II, max. III
AW 95	Bertramstraße-Nordwest	2003	WA (Allgemeines Wohngebiet)	mind. II, max. III
WI 10	Bürgerpark	1980	Öffentliche Grünflächen	

3 Anlass und Ziel des Bebauungsplans

Der Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplans umfasst den gesamten östlichen Teil des Wallrings.

Der Bebauungsplan bildet gemeinsam mit den rechtskräftigen Bebauungsplänen IN 215, Wallring- West, und dem IN 234, Wallring- Nord, die planungsrechtliche Grundlage zum Schutz der städtebaulichen und architektonischen Qualitäten dieses Bereichs.

Der Wallring umschließt als durchgängiger Grünbereich die Braunschweiger Innenstadt und stellt eines der bedeutendsten städtebaulichen und stadthistorischen Elemente der Braunschweiger Stadtgestalt dar. Er bildet gleichsam das „Rückgrat“ der Stadt und verleiht ihr Individualität. Gleichzeitig bilden die ehemaligen Wallanlagen als grünbestimmte Zone einen Puffer zwischen der hochverdichteten Innenstadt und den sich daran anschließenden Wilhelminischen Ringgebieten.

Als Befestigungsanlage entstanden, wurde der Bereich von 1801 bis 1831 geschleift und in Grünanlagen umgestaltet. Der ursprüngliche Verlauf des barocken Festungsterns ist auch heute noch gut erkennbar. Die Bebauung folgte dem unter der Leitung von Peter Joseph Krahe 1803 konzipierten Wallringplan mit seinen der Oker folgenden Promenaden. Danach bestimmen axial ausgerichtete Straßenräume, an denen sich großzügige parkartige Gärten mit repräsentativen Villen aufreihen, geometrisch geformte Plätze und im Kontrast dazu stehende naturnah gestaltete Parkanlagen bis heute das Bild.

Ziel des vorliegenden Bebauungsplans ist es, unter Berücksichtigung des IN 1 und der Wallringsatzung ein den heutigen Regelungserfordernissen entsprechendes Planungsrecht zu schaffen, um gemeinsam mit den anderen Wallring-Plänen den Charakter des Braunschweiger Wallrings auch zukünftig

zu erhalten. Mit den Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans soll sichergestellt werden, dass sich Ergänzungen der vorhandenen Bausubstanz sowie Neubauten in das Bild der historischen Bebauung einfügen und damit unerwünschten Fehlentwicklungen vorgebeugt wird.

Bei der Bearbeitung des Bebauungsplans „Wallring-West“ wurde deutlich, dass der Plan in einen Gesamtzusammenhang zu stellen ist, da nur so die städtebaulichen Planungsziele für Bürger und Politiker nachvollziehbar und begründbar sind. Daher hat die Verwaltung Anfang 2008 entschieden, anhand einer Bestandsaufnahme und Bewertung für den gesamten Wallring, ein Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung zu erarbeiten.

Am 04. Mai 2010 hat der Verwaltungsausschuss dem Gesamtkonzept zugestimmt und auf der Grundlage dieses Konzeptes Aufstellungsbeschlüsse unter anderem auch für den vorliegenden Bebauungsplan gefasst. Im Gesamtkonzept wurden die im Folgenden genannten Planungsziele entwickelt. Aufgrund unterschiedlicher städtebaulicher Erfordernisse erfolgt die verbindliche Sicherung der nachfolgenden Ziele durch mehrere Bebauungspläne. Auch wenn die Einzelpläne unter Berücksichtigung der jeweiligen spezifischen örtlichen Situation in ihren Festsetzungen variieren, verfolgen sie in weiten Teilen gleichgerichtete Interessen.

Für sämtliche Bereiche des Wallrings gelten daher folgende übergeordnete Planungsziele:

1. *Oberstes Planungsziel ist es, die in der Großform angelegten gestalterischen wie funktionalen Zusammenhänge des Wallrings zu erhalten, den Wallring vor unerwünschten Fehlentwicklungen zu schützen und behutsam weiterzuentwickeln.*
2. *Die Wohnnutzung ist zu stärken, insbesondere entlang der Wallstraßen. Entlang der den Wallring kreuzenden Straßen und Magistralen ist eine Öffnung des Nutzungsspektrums möglich. Konflikte mit den angrenzenden Wohnbereichen sind auszuschließen.*
3. *Die villenartige, überwiegend straßenbegleitende Bebauung, die sich vorwiegend innerhalb der Umflutgräben befindet, ist zu erhalten. Neubauten und bauliche Ergänzungen haben sich in die Eigenart dieser Struktur einzufügen. Hinterliegerbebauungen sind unzulässig. Die mit der Villenbebauung korrespondierenden großen Gärten sind zu erhalten. Nebenanlagen im Bereich der Gärten sind unzulässig. Ausnahmen sind an bestimmte einzuhaltende Rahmenbedingungen zu knüpfen.*
4. *Der Promenadencharakter der Wallstraßen ist zu erhalten. Die Straßenbäume sind zu erhalten. Die Vorgartenbereiche sind zu erhalten, weiterzuentwickeln und von baulichen Anlagen freizuhalten. Die Einfriedungen haben sich der repräsentativen Architektur am Wallring anzupassen, ihre Höhe muss begrenzt werden.*

5. *Einstellplätze sind ausschließlich auf dem Grundstück, vorzugsweise in Tiefgaragen, zulässig. Es ist nur eine Zu- und Abfahrt pro Grundstück zulässig.*
6. *In den durch verkehrliche Barrieren zerschnittenen Bereichen sind zum einen die Wahrnehmung und Erlebbarkeit des Wallrings zu stärken und zum anderen die Magistralen städtebaulich zu fassen und die früheren Torsituationen sind nachzuempfinden.*
7. *Die den Wallring prägenden Grün- und Freiraumstrukturen sind sowohl auf öffentlichen als auch auf privaten Flächen zu erhalten, weiterzuentwickeln und dauerhaft zu sichern.*
8. *Die öffentlichen Parkanlagen sind in ihrer historischen Ausprägung zu erhalten und weiterzuentwickeln.*
9. *Der Wallring ist als öffentlicher, innerstädtischer Erholungsraum mit besonderer Bedeutung für die stadthistorische Identifikation zu erhalten und weiterzuentwickeln. Um die öffentliche Wahrnehmung und Erlebbarkeit der Okerumflut zu stärken, ist das öffentliche Wegenetz entlang der Umflutgräben (Okerweg/Via Corona¹) mit entsprechenden Vernetzungen in die umliegenden Quartiere auszubauen. Am Wasser sind attraktive Aufenthaltsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (z.B. Stege, Bänke) zu schaffen.*
10. *Negative Umweltentwicklungen oder Eingriffe sind zu vermeiden, um den Wallring in seinen Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere im Hinblick auf seine klimaökologische Funktion, zu erhalten und zu stärken.*

Aufgrund der breiten öffentlichen Diskussionen zum Erhalt des Wallringcharakters wurde auch bei der Erarbeitung des vorliegenden Bebauungsplans das „Bürgerforum Wallring“ einbezogen. Besonderes Anliegen des Bürgerforums ist es, dass bei der baulichen Fortentwicklung des Wallrings verstärkt auf die vorhandene historische Bausubstanz Rücksicht genommen wird.

Ziel der zum vorliegenden Bebauungsplan dazugehörigen Örtlichen Bauvorschrift soll es daher sein, planungsrechtliche Vorgaben für Neu- und Umbaumaßnahmen zu machen, die sich an der historischen Bausubstanz orientieren. Die gestalterischen Festsetzungen sollen Bezug auf die am gesamten Wallring vorherrschenden Gestaltungsmerkmale nehmen. Gestalterische Besonderheiten einzelner Teilbereiche sollen überwiegend zurückgestellt werden, um am Wallring ein einheitliches, an historischen Vorbildern orientiertes Erscheinungsbild zu sichern.

¹ Via Corona – Projekt im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadtbewerbung Braunschweigs. In dem Zusammenhang ist die Idee des fußläufigen Ringschlusses um die Oker entstanden und konzeptionell erarbeitet worden.

4 Umweltbericht

4.0 Präambel

Im vorliegenden Umweltbericht werden die auf Grund der Umweltprüfungen nach § 2 Abs. 4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes dargelegt.

4.1 Beschreibung der Planung

Der Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplans mit einer Gesamtfläche von ca. 57 ha umfasst den gesamten östlichen Teil des Wallrings von der Straße Am Fallersleber Tore im Norden bis zur Campestraße/Peter-Joseph-Krahe-Straße im Süden. Die historischen Parkanlagen Theaterpark und Museumspark, der klassizistisch geprägte Löwenwall sowie die Grünflächen Am Windmühlenberg sind Teil des Geltungsbereiches.

Durch die Festsetzungen von Baufeldern entlang der Straßen und von privaten Grünflächen in den rückwärtigen Grundstücksbereichen soll im Plangebiet eine geordnete städtebauliche Entwicklung mit der hier typischen straßenbegleitenden Bebauung und den dazu korrespondierenden, zum Teil großen Gärten sichergestellt werden. Dazu dienen die unter Punkt 5 der Begründung beschriebenen Festsetzungen zur Gliederung und zur Regelung von Nutzungen auf den als private Grünflächen ausgewiesenen rückwärtigen Grundstücksbereichen. Neue Bauvorhaben, die einen Verlust dieser Grünbereiche und Störungen der Wohnruhe mit sich bringen würden, werden mit dem Bebauungsplan nicht vorbereitet.

4.2 Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Da es um die planungsrechtliche Sicherung der vorhandenen Struktur des östlichen Wallrings geht, erübrigt sich die Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten.

4.3 Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung

Der innerhalb der Okerumflut befindliche Bereich und der Botanische Garten sind als städtisch geprägter Freiraum - Landschaftsraum „Wallanlagen“ - im Landschaftsrahmenplan erfasst.

Er wird als überwiegend durch Grün- und Parkanlagen erlebbarer Freiraum eingestuft. Als Einzelziele werden der Erhalt der innerörtlichen siedlungsnahen Freiräume und Parks und die Förderung naturnaher und kulturhistorischer Elemente benannt.

Für die Beurteilung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen sind insbesondere folgende fachgesetzlichen Ziele und Vorgaben des Umweltschutzes zu berücksichtigen.

Schutzgut	fachgesetzliche Vorgaben
Mensch und Gesundheit	Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) 39. BImSchV, DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)
Tiere, Pflanzen, Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)
Boden	Bundesbodenschutzgesetz
Klima, Luft	39. BImSchV, Stadtklimaanalyse Braunschweig, 2012 Steinicke & Streifeneder, Richter & Röckle
Lärm	Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)
Wasser	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz / WHG) Niedersächsisches Wassergesetz (NWG)
Kulturgüter und sonstige Sachgüter	Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDschG)

Die Beurteilung des Bebauungsplanes i. S. der Eingriffsregelung bezieht sich auf alle Schutzgüter des Naturhaushalts und das Landschaftsbild (hier auch i. S. von Ortsbild) und erfolgt nach den Regelungen des Baugesetzbuches und des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 1a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 18 Abs. 1 BNatSchG).

Die Art und Weise, wie die damit verbundenen Ziele im Rahmen des Verfahrens berücksichtigt werden, wird jeweils bei den einzelnen Schutzgütern dargestellt.

4.4 Beschreibung der Methodik der Umweltprüfung und Beurteilung der Informationsgrundlagen

Die Umweltmedien werden im tatsächlichen Istzustand sowie in den nach dem geltenden und zukünftigen Recht zulässigen Ausprägungen beschrieben. In der vergleichenden Betrachtung zur Beurteilung des Bebauungsplans IN 235 i. S. der Eingriffsregelung sind die nach geltendem Recht und nach Vollzug einer nach dem neuen Planungsrecht des IN 235 zulässigen baulichen Entwicklung anzunehmenden Umweltauswirkungen maßgebend. Für die Umweltmedien werden ggf. die gesetzlichen oder untergesetzlichen Regelwerke zugrunde gelegt.

4.5 Beschreibung und Bewertung der Umwelt und Prognosen

4.5.1 Mensch und Gesundheit

Im Bestand:

Der Bereich des östlichen Wallrings ist von Wohngebieten geprägt. Das Gebiet ist mit freiberuflichen Nutzungen wie Büros, Praxen und Kanzleien durchmischt. Abseits der Hauptverkehrsströme gelegen, bietet es seinen

Bewohnern ein ruhiges Wohnumfeld und einen hohen Wohnwert aufgrund der intensiven Durchgrünung sowohl im Straßenraum als auch im Bereich der Privatgärten. Die Wohnqualität wird durch die Nähe zur Innenstadt sowie zum Theater- und Museumspark, zum Botanischen Garten, den öffentlichen Grünanlagen am Löwenwall, Windmühlenberg sowie zum Wasser bestimmt. Die Oker und die sie begleitenden teils privaten, teils öffentlichen Grünflächen haben wichtige Funktionen sowohl für Erholung und Klima für die gesamte Stadt Braunschweig als auch als wohnungsnaher Freiraum für die Anwohner.

Ohne Bebauungsplan:

Das Bestreben, insbesondere in den historischen, oftmals sehr repräsentativen Gebäuden, Büro- und Geschäftshäuser anzusiedeln, ist groß. Damit einher geht eine Störung des ruhigen Wohnumfeldes. Weiterhin besteht der Wunsch nach Nachverdichtungen insbesondere der rückwärtigen Grundstücksbereiche. Dies führt zu einem Verlust der Grünstruktur sowie der Großform Wallring als signifikantes Identitätsmerkmal der Stadtgestalt Braunschweigs.

Ohne Bebauungsplan können wesentliche Ziele zur Herstellung weiterer öffentlicher Wege sowie zur Schaffung von Aufenthaltsbereichen am Wasser nicht gesichert werden und das übergeordnete Planungsziel zur Herstellung eines fußläufigen Ringschlusses im Verlauf der Okerumflut wäre gefährdet.

Mit Bebauungsplan:

Durch die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans wird die Wohnnutzung gestärkt und es wird verhindert, dass Hinterliegerbebauungen zu weiterer Verdichtung mit den entsprechenden Erschließungsverkehren und den Ruhestörungen im Gebiet führen. Darüber hinaus werden die Grünflächen und der Großgrünbestand als Voraussetzungen für die daran gebundene Erholungsnutzung und die klimatisch-lufthygienischen Wohlfahrtswirkungen geschützt und weiterentwickelt.

Durch die Festsetzung des bisherigen Standortes der Theaterwerkstätten als öffentliche Grünfläche wird eine wesentliche Ergänzung des innerstädtischen Freiraumangebotes perspektivisch ermöglicht.

Für den geplanten fußläufigen Ringschluss, der auf möglichst weiten Strecken direkt dem Verlauf der Oker folgt, werden mit dem Bebauungsplan Abschnitte davon planungsrechtlich gesichert.

Darüber hinaus werden die bestehenden Spielflächen für Kinder und Jugendliche planungsrechtlich gesichert.

4.5.2 Tiere, Pflanzen, Landschaft

Im Bestand:

Der östliche Wallring ist im Verbund mit der Okerumflut prägendes Element für das Orts- und Landschaftsbild.

Im Planungsgebiet befindet sich hochwertiger, teilweise aus der Entstehungszeit der historischen Gärten stammender erhaltenswerter Baumbestand.

stand. Dieser ist vornehmlich in den rückwärtigen Bereichen der Privatgärten, in den öffentlichen Parkanlagen am Theaterpark, Museumspark, Löwenwall und Windmühlenberg zu finden und bestimmt das Gesicht des Wallrings als trennendes Element zwischen mittelalterlicher Innenstadt und den späteren gründerzeitlichen Stadterweiterungen aus der Zeit des beginnenden 20. Jahrhunderts.

Im Planungsgebiet wurden in einem Abstand von 50 m zu den angrenzenden Straßen sämtliche Bäume ab einer bestimmten Qualität erfasst und bewertet (Bäume ab Stammumfang 80 cm, bei Arten mit geringem Dickenwachstum wie z. B. Rotdorn oder Eibe ab 50 cm, bei mehrstämmigen Bäumen wurde dabei die Summe der Einzelstammumfänge zu Grunde gelegt). Abgängige Bäume wurden nicht aufgenommen. Auf Grundstücken mit einer vergleichsweise geringen Gesamttiefe und Arrondierungsbereichen durch den geschwungenen Uferverlauf der Okerumflut wurde der Baumbestand flächendeckend erfasst, d. h. auch über die o. g. 50 m-Zone hinaus. Bäume auf den öffentlichen Grundstücken wurden nicht erfasst, da diese durch die Stadt in eigener Regie gepflegt werden.

Die Bestandserfassung hat ergeben, dass im Bereich des Wallrings auch viele fremdländische Arten vorzufinden sind wie Götterbaum, Ginkgo, Magnolie, Platane, Japanische Blütenkirsche und Kaukasische Flügelnuss. Diese Baumarten werden insbesondere durch das Alter des Gebiets und die Größe der Grundstücke begünstigt. Die Artenvielfalt der Bäume ist gegenüber anderen Bereichen Braunschweigs deutlich erhöht.

Der Wallring hat aufgrund seines Großgrünbestands eine besondere Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere im innerstädtischen Siedlungsgefüge. Der im Geltungsbereich gelegene östliche Umflutgraben besitzt darüber hinaus eine wichtige Bedeutung als Vernetzungs- und Leitlinienelement für das Stadtgebiet Braunschweigs.

Der Baumbestand und die parkartigen Gärten sind Lebensraum zahlreicher Vogelarten. Im Rahmen der Brutvogelkartierung konnten insgesamt 42 Vogelarten nachgewiesen werden, von denen fünf als streng geschützte Arten zu berücksichtigen sind. Von den 39 Arten, die im Gebiet als Brutvögel (Brutnachweis, Brutverdacht) auftreten, sind vier in Niedersachsen im Bestand gefährdet: Feldsperling, Haussperling, Kleinspecht, Teichhuhn. Hervorzuheben ist das Auftreten der drei streng geschützten Arten Eisvogel, Grünspecht und Teichhuhn. Der Eisvogel ist zudem im Anhang I der Vogelschutzrichtlinie aufgeführt.

Viele der nachgewiesenen Arten nutzen die älteren Baumbestände zur Anlage ihrer Bruthöhlen oder sind „Folgenutzer“ solcher Spechthöhlen oder nutzen andere Baumhöhlen (Faulstellen, ausfallende Astlöcher, abstehende Rinde u. ä.) als Brutplatz. Dazu gehören alle Meisenarten, Kleiber, Bunt-, Grün- und Kleinspecht oder Halbhöhlenbewohner wie Gartenrotschwanz, Garten- und Waldbaumläufer oder Trauerschnäpper.

Andere Arten sind bei der Nahrungssuche auf alte, grobborkige Gehölze spezialisiert: Garten- und Waldbaumläufer, Kleiber und auch die o. g.

Spechtarten. Andere Arten bevorzugen beim Nestbau ebenfalls ältere, mög-

lichst hohe, großkronige Bäume: z. B. Mäusebussard, Eichelhäher, Rabenkrähe oder Ringeltaube.

Insgesamt bieten die öffentlichen Grünanlagen, die parkartigen Gärten der Privatgrundstücke und die die Okerumflut begleitenden Gehölze und Uferbereiche vielen, teilweise gefährdeten, seltenen oder geschützten Arten Brutlebensraum und Nahrungsrevier im sonst nur für wenige Vogelarten als Lebensraum geeigneten innerstädtischen Bereich. Zudem stellen die Wallringanlagen entlang der Okerumflut für zahlreiche Arten ein „grünes Band“ dar, welches Lebensräume südlich und nördlich der Stadt vernetzt und von zahlreichen Arten als Wanderkorridor quer durch die Stadt genutzt wird.

Darüber hinaus ist das Vorhandensein weiterer streng geschützter Tierarten, wie z.B. Fledermäusen, nachgewiesen. Im Zuge der Begehungen 2012 wurden mindestens sieben Fledermausarten im Untersuchungsgebiet Wallring - Ost festgestellt. Des Weiteren wurden vereinzelt unbestimmte Kontakte von Fledermäusen aus der Gattung *Myotis* festgestellt. Diese Kontakte können die Arten Wasserfledermaus, Große/Kleine Bartfledermaus und Fransenfledermaus (*Myotis nattereri*) betreffen. Die Rufe, die der Gattung der Langohrfledermäuse (*Plecotus spec.*) zugeteilt wurden, können Nachweise für das Braune und das Graue Langohr sein, da die Artunterscheidung mittels Detektor nicht möglich ist. Bisher liegen aus dem Stadtgebiet Braunschweig nur Nachweise für das Braune Langohr vor.

Im Zuge der Detektorbegehungen konnte ein Sommerquartier der Zwergfledermaus im Untersuchungsgebiet Wallring – Ost aufgefunden werden. Es handelt sich dabei um ein Gebäudequartier. Ob es sich bei dem Quartier um eine Wochenstube oder um ein Zwischenquartier handelt, kann jedoch nicht abschließend beantwortet werden. Hier wurden drei bis vier Zwergfledermäuse beim morgendlichen Schwärmen vor dem Quartier beobachtet. Das Quartier konnte allerdings im August und September nicht erneut bestätigt werden.

Weiterhin wird ein Balzquartier des Großen Abendseglers im Gartenbereich ebenfalls am Grundstück Peter-Joseph-Krahe-Straße 7 vermutet. Der Quartierbaum konnte nicht direkt ermittelt werden, da er sich auf einer privaten Grünfläche befand. Im Bereich sind allerdings mehrere starke Bäume mit einem Bruthöhendurchmesser > 50 cm vorhanden. Es konnten dort Soziallaute eines Großen Abendseglers festgestellt werden. In mehreren Bereichen des direkt anschließenden Bürgerparks werden alljährlich balzende Große Abendsegler nachgewiesen.

Die Bereiche der privaten Grünflächen entlang des östlichen Umflutgrabens weisen ein hohes Quartierpotential für baumhöhlenbewohnende Fledermausarten auf. Diese Flächen konnten bei den nächtlichen und morgendlichen Begehungen nicht aufgesucht werden. Für diese Bereiche sind Baumquartiere z.B. für die Wasserfledermaus, den Großen Abendsegler oder die Rauhautfledermaus zu vermuten.

Im Rahmen der Kartierung konnte für die Bereiche Löwenwall, Windmühlenberg, Bürgerpark – Peter-Joseph-Krahe-Straße, eine hohe Bedeutung als Jagdgebiete für die Artengruppe der Fledermäuse nachgewiesen werden. Es wurde hier von den festgestellten Fledermausarten je nach Art mehr oder weniger regelmäßige Jagdaktivität nachgewiesen. Des Weiteren spielt der

östliche Umflutgraben insbesondere für die Wasserfledermaus, aber auch für Arten wie den Großen Abendsegler und die Fransenfledermaus, eine wichtige Rolle als Jagdhabitat und Ausbreitungsachse.

Die privaten Grünflächen, die direkt an den östlichen Umflutgraben anschließen, bieten Arten wie dem Braunen Langohr, der Zwergfledermaus und der Fransenfledermaus ideale Jagdgebiete und potentielle Quartierstandorte. Die öffentlichen Grünflächen im Bereich Theater-, Museums- und Bürgerpark werden mit hoher Wahrscheinlichkeit von mehreren Fledermausarten regelmäßig zur Jagd aufgesucht.

Die Ergebnisse einer Potenzialabschätzung zur Erfassung von Brutvögeln und Fledermäusen können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Untersuchung der Fledermausfauna hat im B-Plangebiet ein Vorkommen von mindestens sieben Fledermausarten ergeben. Diese profitieren von der für das Innenstadtgebiet besonders hohen Vielfalt und dem Strukturreichtum an altem Baumbestand, von größeren Freiflächen der Gärten sowie von den Wasserflächen der Okerumflut. Aufgrund der hohen Aktivität der jagenden Fledermäuse sowie der Vielzahl an potentiellen Quartierstandorten sind Teilbereiche des Untersuchungsgebiets für diese geschützte Artengruppe von hoher Bedeutung.

Bezüglich der Avifauna ist aufgrund der relativ hohen Artenvielfalt (39 Brutvogelarten) dem untersuchten Gebiet ebenfalls eine hohe Wertigkeit zuzuschreiben. Die Vorkommen vieler Arten – auch streng geschützter und/oder gefährdeter Arten – ist an die Bestände der älteren, parkartigen Gehölzbestände gebunden, in denen sie geeignete Brutplätze vorfinden. Das gilt vor allem für Höhlen- und Nischenbrüter. Besonders bedeutsam sind die Vorkommen von Vogelarten, die gegenüber Störungen empfindlicher als andere Arten sind und dennoch hier in der Braunschweiger Innenstadt geeignete, relativ ungestörte Lebensräume finden können. Dazu zählen z.B. der Eisvogel, die festgestellten Greifvogelarten oder der Grünspecht. Zudem stellt die Oker mit ihren Uferbereichen einschl. der angrenzenden Gärten für mehrere an Gewässer und Auenbereiche gebundene Arten (Eisvogel, Nachtigall, Stockente, Teichhuhn u.a.) einen Verbindungskorridor zwischen den nördlich von Braunschweig gelegenen Gewässern bzw. Feuchtgebieten (NSG Braunschweiger Okeraue, Ölpersee) und den im Süden gelegenen okernahen Gewässern (Kennelteiche, Südsee usw.) dar. Darüber hinaus hat das Gebiet eine wichtige Funktion im Biotopverbund zwischen den bedeutsamen Fledermauslebensräumen im südlichen Stadtgebiet (Bürgerpark, Kennel) und den Auenbereichen und Schutzgebieten der nördlichen Okeraue.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans liegen keine Schutzgebietsausweisungen gem. den §§ 16, 17, 19 und § 22 NAGBNatSchG vor. Im Geltungsbereich befindet sich am Löwenwall das ausgewiesene Naturdenkmal einer Sumpfyzypresse ND-BS3.

Über den derzeitigen Bestand hinausgehende Schutzgebietsausweisungen gem. NAGBNatSchG sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geplant.

Ohne Bebauungsplan:

Die Bäume, die den Wallring prägen, stehen gemäß Wallringsatzung nur im Bereich der Vorgärten und Bauwiche (Bereiche seitlich eines Hauses bzw. zwischen den Häusern) unter Schutz. Jeder Grundstückseigentümer kann in den übrigen Grundstücksbereichen derzeit nach eigenem Ermessen seinen Grünbestand verändern. Dies führt zu einem allmählichen Verlust der den Wallring prägenden Grünstrukturen. Damit ist auch der Lebensraum der dort vorkommenden Tierarten gefährdet. Insbesondere für Vogelarten, die ihre Brutplätze bevorzugt in älteren Gehölzen anlegen (Spechte, Baumläufer u. a.), und für einige Arten der vorkommenden Fledermäuse bedeutet dies einen schleichenden Lebensraumverlust. Davon betroffen sind auch geschützte Arten, deren Lebensstätten nach BNatSchG nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Mit Bebauungsplan:

Die den Wallring prägenden Gärten sowie die an die Okerumflut grenzenden Grundstücksflächen werden als private Grünflächen erhalten und weiterentwickelt. Negativen Auswirkungen auf das Vorhandensein geschützter Tierarten kann wirksamer vorgebeugt werden. Als Lebensstätte für verschiedene, teilweise streng geschützte Vogel- und Fledermausarten geeignete Strukturen, wie Großbäume und Altholzbestände, bleiben erhalten bzw. können sich langfristig entwickeln. Der Großgrünbestand wird im Vermessungsbereich (50 m) mit den Schutzkategorien I und II geschützt. Besonders zu schützende Exemplare mit herausragender Ausprägung zu den Kriterien Alter, Schönheit/Eigenart, und / oder Seltenheit werden als zu erhaltende Einzelbäume der Kategorie I festgesetzt.

Indiz für das „Alter“ ist insbes. der Stammumfang (StU). Für Arten mit „normalem“ Dickenwachstum könnte der Hinweis auf eine besondere Schutzwürdigkeit ab 200 cm StU liegen. Für Arten mit „geringem“ Dickenwachstum ab 100 cm StU. Diese Stammumfänge können jedoch nicht fixes und alleiniges Merkmal für die besondere Schutzwürdigkeit sein. D. h. in Kombination mit anderen der o. g. Kriterien kann im Einzelfall auch ein Baum mit geringerem Stammumfang der Kategorie I zuzuordnen sein bzw. ohne weiteres wertgebendes Merkmal muss der Stammumfang ggf. sogar deutlich größer sein für die Zuordnung zu Kategorie I.

Als Indizien für besondere „Schönheit/Eigenart“ können die prägende Wirkung eines Baumes für das Ortsbild (z. B. durch Größe, Standort, Habitus) oder seine Bedeutung als Charakteristikum für den Wallring sein. Es können auch Baumpaare/ Baumgruppen sein, die als Ensemble wirken.

Eine besondere Schutzwürdigkeit wegen „Seltenheit“ kann angenommen werden insbesondere bei Arten, die allgemein selten/rückläufig sind, z. B. Ulmen, Eiben, aber auch selten bezogen auf den Wallring, z. B. exotische Arten aus der Anlage der Gärten.

Die Erfüllung von nur einem Kriterium reicht in der Regel nicht für die Zuordnung in Kategorie I.

Die sonstigen Gehölze im Vermessungsbereich, die die Kriterien der Gehölzeinmessung erfüllen, wurden der Kategorie II zugeordnet. Die Bäume, die sich über den Vermessungsbereich hinaus auf den Grundstücken befinden und die Kriterien der Gehölzeinmessung erfüllen, sind durch eine pauschale / flächenhafte Erhaltungsfestsetzung geschützt.

Durch die Festsetzung des Standortes der Theaterwerkstätten als öffentliche Grünfläche wird auf den bisher hochgradig versiegelten und bebauten Flächen eine wesentliche Verbesserung für das Schutzgut „Tiere, Pflanzen, Landschaft“ planungsrechtlich vorbereitet.

4.5.3 Boden

Im Bestand:

Die der Straße abgewandten privaten Hausgärten sind teilweise noch parkartig angelegt, teilweise werden diese Bereiche aber auch als versiegelte Stellplatzanlagen genutzt.

Im gesamten Planungsbereich sind Schwermetallbelastungen durch die Oker nicht auszuschließen. Bei Baumaßnahmen kann dementsprechend Bodenaushub anfallen, der nicht uneingeschränkt wiederverwendbar ist. Dadurch wird jedoch die Nutzung und bauliche Entwicklung im Grundsatz nicht behindert. Derzeit wird die Belastungssituation aufgenommen. Im Rahmen der geplanten Ausweisung eines Bodenplanungsgebiets werden, in Abhängigkeit von den ermittelten Belastungen, Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Kampfmittel:

Im gesamten Geltungsbereich gab es Bombardierungen im 2. Weltkrieg. Aus Sicherheitsgründen sind Gefahrenerforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen (Flächensondierungen), bevor mit Erdarbeiten begonnen wird. Bei der Stadt ist eine Kampfmittelbeseitigungsbescheinigung vorzulegen.

Ohne Bebauungsplan:

Weitergehende Versiegelungen der privaten Grundstücke, beispielsweise durch die Anordnung von Stellplätzen oder Nebengebäuden, sind im Rahmen des alten Rechts nicht eindeutig geregelt.

Mit Bebauungsplan:

Durch die Festsetzung von privaten Grünflächen, die Begrenzung der Baufluchtlinien auf in der Regel maximal 17,50 m bzw. 20 m sowie die geplanten Festsetzungen zum ruhenden Verkehr wird weiterem Verlust von hochwertigem Grün sowie der Versiegelung der zurzeit unversiegelten Gartenbereiche durch rückwärtige Bebauung entgegengewirkt. Das historische Verteilungsmuster von Bebauung und Grün-/Gartenflächen wird gesichert. Bauliche Erweiterungsmöglichkeiten sind nur in geringerem Umfang möglich. Erhebliche negative Umweltauswirkungen i. S. von Eingriffsfolgen treten somit nicht auf, so dass Ausgleichsmaßnahmen nicht erforderlich werden.

Mit der Festsetzung „öffentliche Grünfläche“ auf dem Gelände der Theaterwerkstätten wird durch die mit Umsetzung der Maßnahme einhergehende Flächenversiegelung eine wesentliche Verbesserung für das Schutzgut „Boden“ an diesem Standort planungsrechtlich vorbereitet.

4.5.4 Wasser

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans gibt es kein Wasserschutzgebiet. Die Okerumflut steht unter Denkmalschutz. Die Oker ist ein Gewässer II. Ordnung. Das Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Oker ist im Bebauungsplan nachrichtlich dargestellt. Die Nutzungseinschränkungen im ÜSG sind gemäß Baugesetzbuch und Wasserhaushaltsgesetz zu beachten. Der Bau von Wegen, Brücken, Stegen oder andere Veränderungen im Bereich der Uferböschungen der Oker sind ohne eine Genehmigung der Unteren Wasserbehörde unzulässig.

Vor Überschwemmungsschäden müssen sich die Grundstückseigentümer selbst schützen. Die Entnahme von Okerwasser mit einer Pumpe ist ohne eine wasserrechtliche Erlaubnis untersagt.

Ohne Bebauungsplan:

Durch den sich steigernden Veränderungsdruck im Gebiet ist eine Entwicklung der Bebauung in Richtung der Uferböschungen nach altem Planungsrecht nur schwer zu verhindern. Das alte Planungsrecht macht keine Aussagen zu Nebenanlagen am Wasser (Stege, Bootshäuser), die aber aufgrund der veränderten Wohn- und Freizeitansprüche vermehrt nachgefragt werden.

Mit Bebauungsplan:

Veränderungen im Böschungsbereich sind stark reglementiert und berücksichtigen die Nutzungseinschränkungen im Überschwemmungsgebiet. Die Funktion der Oker wird durch die Reglementierung baulicher Anlagen am Wasser geschützt.

Durch die Festsetzung öffentlicher Grünflächen auf dem Gelände der Theaterwerkstätten wird für das Schutzgut „Wasser“ eine Verbesserung planungsrechtlich vorbereitet. Durch die mit Umsetzung der Maßnahme einhergehende Entsiegelung können hier wesentliche Funktionen für den Wasserhaushalt (Versickerungsfähigkeit) wiederhergestellt werden.

4.5.5 Klima, Luft

Klima

Im Bestand:

Das Gebiet gehört mit seinen mittleren Kaltluftproduktionsraten zu den wichtigen klimatischen Ausgleichsflächen als Klimaoasen im östlichen Innenstadtbereich. Insbesondere bei austauscharmen Wetterlagen im Sommer und einer damit verbundenen erheblichen Erwärmung der Innenstadt sind solche Ausgleichsflächen von besonderer bioklimatischer Bedeutung.

Ohne Bebauungsplan:

Nachverdichtungen würden zu einem erheblichen Bedeutungsverlust der verbleibenden Restflächen führen.

Mit Bebauungsplan:

Mit dem vorliegenden Bebauungsplan werden Festsetzungen getroffen, die die klimatische Funktionstüchtigkeit des Wallrings aufrechterhalten. Mit der Festsetzung öffentlicher Grünflächen auf dem Gelände der Theaterwerkstätten wird für das Schutzgut „Klima/Luft“ eine lokale Verbesserung planungsrechtlich vorbereitet (Entstehung zusätzlicher klimaökologisch und lufthygienisch wirksamer Flächen durch die mit Umsetzung der Maßnahme einhergehende Flächenentsiegelung und Neubegrünung).

Luft:

Im Planungsgebiet können die Luftschadstoffe im Bereich der Hauptverkehrsstraßen, wie z.B. der Helmstedter Straße, Wolfenbütteler Straße oder der Kurt-Schumacher-Straße erhöht sein.

Mit dem vorliegenden Bebauungsplan werden keine Entwicklungen vorbereitet, die zu einer Erhöhung der Luftbelastung führen.

4.5.6 Lärm

Im Bereich der den Wallring kreuzenden Straßen (Radialen), wie z.B. an der Wolfenbütteler Straße oder Kurt-Schumacher-Straße, sind die Beeinträchtigungen durch Verkehrslärm sehr hoch. Ruhige Wohnstraßen sind hingegen die Wallstraßen, wie der Löwenwall, aber auch die außerhalb der Okerumflut gelegenen Straßenzüge, wie die Moltkestraße, Bismarckstraße oder Adolfstraße.

Kommt es im Bereich der Radialen zu einem baulichen Eingriff in die bestehenden Straßen, kann dies eine wesentliche Änderung im Sinne der 16. BImSchV bedeuten, die bei Überschreitung der Sanierungswerte dann Anspruch auf passiven Schallschutz auslöst. Diese Erkenntnis beeinflusst auch die Gebietsausweisungen für die Art der baulichen Nutzungen.

Nach neuem Planungsrecht ist keine veränderte Geräuschsituation zu erwarten. Die vorhandenen öffentlichen Straßen werden nicht verändert.

Aufgrund der Lage der geplanten öffentlichen Fußwege entlang der Oker können Konflikte zu den angrenzenden Wohnnutzungen weitestgehend ausgeschlossen werden.

Die geplanten Fußwege stellen keinen Eingriff in bestehende öffentliche Straßen dar. Wesentliche Änderungen von öffentlichen Straßen werden mit dem vorliegenden Bebauungsplan nicht vorbereitet, so dass sich gemäß 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung) daraus kein Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen an den Gebäuden der umliegenden Wohnnutzungen ableiten lässt.

4.5.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Das Planungsgebiet ist Teil des stadtgeschichtlich äußerst bedeutsamen Bereichs der östlichen Wallanlagen. Es umfasst das Gebiet entlang des Östlichen Umflutgrabens der Oker und reicht vom denkmalgeschützten Theaterpark bis hin zum Bürgerpark, der ebenfalls unter Schutz steht.

Im Planungsgebiet steht eine Vielzahl von Gebäuden unter Denkmalschutz. An dieser Stelle seien nur die größten und am stärksten prägenden Gebäude genannt, wie das Staatstheater, das Herzog Anton Ulrich-Museum oder das St.-Vinzenz-Krankenhaus in der Bismarckstraße. Entlang der Straßen Moltkestraße, Jasperallee, Bismarckstraße und Adolfstraße existieren mehrere Gebäudeensembles, die gesamthaft unter Denkmalschutz stehen. Sie sind im Bebauungsplan als denkmalgeschützte Gesamtanlagen gekennzeichnet. Im Planungsgebiet befinden sich mehrere freistehende, denkmalgeschützte Villenbauten, wie die Villa Gerloff am Löwenwall, die Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße oder die ehemalige Villa Hörstel, das Gebäude der Städtischen Musikschule am Augusttorwall. An der Helmstedter Straße betonen die sich symmetrisch gegenüberstehenden Torhäuser von Krahe die Einfahrt in die Innenstadt.

Aber auch bauliche Anlagen wie z.B. Brückenbauten stehen unter Denkmalschutz. Im Planungsgebiet stehen die Theaterbrücke, die die Innenstadt (Steinweg/Am Theater) mit der Jasperallee und dem östlichen Ringgebiet verbindet, die Steintorbrücke, die am Steintor die Promenade (Museumstraße/Steintorwall) mit der Hauptaussfallstraße nach Osten (Helmstedt, Magdeburg) verbindet und die Leonhardbrücke, die die Promenade (Magni- u. Steintorwall) mit der Leonhardstraße verbindet unter Schutz.

Aber nicht nur bauliche Anlagen sind geschützt, sondern auch die dem Wallringplan von Krahe folgenden ehemaligen Promenaden wie Theaterwall, Magnitorwall, Steintorwall und Augusttorwall sowie die historisch angelegten Park- und Grünanlagen Theaterpark, Museumpark und Windmühlenberg. Als Kernstück des südöstlichen Wallgebietes ist der nach antiken Pferderennbahnen gestaltete Löwenwall zu nennen, der gemeinsam mit dem im Zentrum des Platzes befindlichen Obelisken gesamthaft unter Denkmalschutz steht.

Die Okerumflut ist Bau- und Bodendenkmal. Der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplanes fällt in einen Bereich mit einer sehr hohen Dichte an archäologischen Kulturdenkmalen. Im Boden des historischen Siedlungsraumes innerhalb der Umflut und im Bereich der Wallanlagen sind umfangreiche Spuren zur Stadtgeschichte sehr wahrscheinlich. Aber auch in einzelnen Bereichen außerhalb der Umflut wie z.B. in Rimpaus Garten und den Grundstücken Wolfenbütteler Str. 2 und 3 a sind bereits Reste früherer Siedlungen oder Bestattungsplätze gefunden worden. Bei jeder Baumaßnahme muss mit Bodenfunden gerechnet werden, die nach § 14 NDSchG unverzüglich und vor Entfernung den zuständigen Stellen anzuzeigen sind. Im Einzelfall muss der Belang „Archäologie“ im Rahmen von Einzelbaugenehmigungen berücksichtigt werden. Wer Erdarbeiten an einer Stelle vornehmen will, von der er weiß oder vermutet oder den Umständen nach annehmen muss,

dass sich dort Kulturdenkmale befinden, bedarf nach § 13 NDSchG einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde.

Der Bebauungsplan gibt eine zusammenfassende, graphische Darstellung der Denkmale auf dem Stand des Verzeichnisses von September 2014 wieder. Seine diesbezüglichen Angaben ersetzen nicht die erforderliche Auskunftseinholung bei der zuständigen Denkmalbehörde im Einzelfall. Denkmale sind entsprechend den einschlägigen Gesetzen zu behandeln. Das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz gibt auf, Baudenkmale zu erhalten (§ 6 NDSchG). Dies schließt auch die Umgebung ein. Danach dürfen Anlagen in der Nachbarschaft von Baudenkmalen deren Erscheinungsbild nicht beeinträchtigen (§ 8 NDSchG).

Durch die Festsetzung öffentlicher Grünflächen auf dem Gelände der Theaterwerkstätten werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, den Theaterpark in einem weiteren Teil seiner historischen Ausdehnung wiederherzustellen und das Haeckelsche Gartenhaus als Bestandteil des Parkkonzeptes wieder erlebbar werden zu lassen.

4.5.8 Wechselwirkung zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes mit negativen Auswirkungen sind im Bestand nicht erkennbar und bei Rechtskraft des Bebauungsplanes IN 235 nicht zu erwarten.

4.6 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Aufarbeitung der Eingriffsregelung (§ 1a Abs. 3 BauGB)

Da mit dem Bebauungsplan der östliche Teil des städtebaulichen Ensembles Wallring geschützt wird, stehen Standortalternativen zur Planinhaltsbewältigung grundsätzlich nicht zur Verfügung und Alternativlösungen mit ggf. auch geringeren Auswirkungen auf die Schutzgüter sind nur im Rahmen bisher geltenden Planungs- und Eigentumsrechts konfliktfrei möglich.

Grundlage für die Beurteilung des IN 235 im Sinne der Eingriffsregelung ist der gemäß den derzeit rechtsverbindlichen Festsetzungen anzunehmende Zustand des Gebiets. Insoweit beeinflusst die bestehende Rechtsunsicherheit die Beurteilungskriterien und Maßstäbe einer eindeutigen und rechtskonformen Bewertung der Bestandssituation.

Die unbebauten Flächen auf den Baugrundstücken sichert das alte Planungsrecht als private Grünflächen, ohne dass dabei die heute geltende Baunutzungsverordnung angewendet werden könnte. Eindeutige Regelungen zu Stellplätzen und Garagen sowie zu Nebenanlagen, wie sie heute von der Baunutzungsverordnung vorgegeben werden, sind nicht anwendbar. Es gibt also keine klaren Vorgaben, wie mit diesen Nutzungen im Bereich der privaten Grünflächen umzugehen ist. Die Genehmigungspraxis weist im Bezug auf diesen Punkt daher auch über die Jahre eine sehr unterschiedliche Vorgehensweise auf. Heute ist ganz klar geregelt, dass Stellplätze und Ga-

ragen sowie Nebenanlagen in allen Baugebieten zulässig sind, sofern sie der Eigenart des Gebietes nicht widersprechen oder im Bebauungsplan dazu reglementierende Festsetzungen getroffen wurden. Festgesetzte Grünflächen gehören nicht zu den Baugebieten und sind daher von diesen Anlagen freizuhalten. Eine sinngemäße Übertragung dieser Regelung auf das alte Recht wurde regelmäßig dadurch erschwert, dass im rechtskräftigen Bebauungsplan IN 1 die überbaubaren Flächen eng um den damals vorhandenen Gebäudebestand gezogen sind und die übrigen Flächen als private Grünflächen festgesetzt sind. Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze sind notwendige Anlagen in einem Baugebiet, deren Vorhandensein im gültigen Planungsrecht ausgeblendet wurde. Aufgrund der veränderten Lebenssituation wurden in der Vergangenheit daher immer wieder Befreiungen vom rechtskräftigen Bebauungsplan erteilt. Mit dem vorliegenden Bebauungsplan wird die Zulässigkeit von Garagen, Stellplätzen und Nebenanlagen klar geregelt und gesteuert.

Das Gebiet wird heute entlang der ehemaligen Promenaden Magnitorwall, Steintorwall und Löwenwall durch eine villenartige Bebauung geprägt. Im Bereich außerhalb der Okerumflut herrscht eine gründerzeitliche Bebauung vor, die sich als villenartige Bebauung, durchmischt mit Geschosswohnungsbauten darstellt.

Der Bebauungsplan IN 235 will durch entsprechende Regelungen verhindern, dass auf den rückwärtigen Grundstücksbereichen weitere Bebauung entstehen kann und leistet damit für die Schutzgüter des Naturhaushaltes, den Menschen sowie für das Landschaftsbild/Ortsbild einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und langfristigen Verbesserung der strukturellen Ausprägungen.

Der vorliegende Bebauungsplan reglementiert die Nutzungen im Bereich der privaten Grünflächen und setzt einen schmalen Korridor baulicher Nutzungen fest. Die Tiefe der überbaubaren Flächen ist in der Regel mit 17,50 m bzw. mit 20 m festgesetzt. Garagen und offene Garagen (Carports) sollen ausschließlich in den überbaubaren Flächen zulässig sein. Tiefgaragen, Stellplätze und Nebenanlagen werden mit Auflagen versehen, die einer Versiegelung der Grünbereiche vorbeugen.

Mit den festgesetzten überbaubaren Flächen des vorliegenden Bebauungsplans werden keine zusätzlichen Bauungen ermöglicht, da sich die festgesetzten maximalen Grundflächen am historischen Gebäudebestand orientieren und der vorhandene Gebäudebestand auf die festgesetzten maximal zulässigen Grundflächen anzurechnen ist.

Durch den Bebauungsplan IN 235 werden klare Begrenzungen der baulichen Ausnutzung vorgegeben. Die prägenden Gehölzbestände werden gesichert und es wird eine qualitative und quantitative Gehölzausstattung in den Gartenflächen festgesetzt. Damit können wertvolle Umweltausprägungen besser geschützt und für die Zukunft qualitativ gestärkt werden. Nach der bisherigen Rechtslage ist dies nicht möglich.

In der Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass durch den Bebauungsplan IN 235 keine negativen Umweltveränderungen im Sinne von Eingriffsfolge-vorbereitet werden, sodass ein Ausgleichserfordernis rechtlich nicht festzu-stellen ist.

Mit Aufhebung der Festsetzung „Flächen für Gemeinbedarf“ (bisher geltender Bebauungsplan IN 8; vgl. Pkt. 2.3) am Standort der Theaterwerkstätten und planungsrechtlicher Neufestlegung als öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung Parkanlage bereitet der Bebauungsplan IN 235 an die- sem Standort eine wesentliche Verbesserung der Funktions- und Leistungs- fähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes vor. Der vorliegen- de Bebauungsplan IN 235 löst selbst kein Ausgleichserfordernis aus. Damit diese Maßnahme im Sinne von § 9 Abs. 1 a und § 135 a BauGB aber einem anderen Eingriffsvorhaben als Ausgleich zugeordnet werden kann, wird der Bereich der Theaterwerkstätten gleichzeitig als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Die entsprechenden Zuordnungsmodalitäten sind zu gegebener Zeit abschließend zu prüfen.

Vermeidung von Emissionen sowie sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern (§ 1 Abs. 6 Nr. 7e BauGB)

Abfallrechtliche Belange können ggf. im Rahmen künftiger Bautätigkeiten insbesondere hinsichtlich der Entsorgung der beim Abriss von Gebäuden oder beim Aushub von Baugruben anfallenden Abfälle berührt sein.

Es ist davon auszugehen, dass Boden, der aus dem Planungsbereich abge- fahren werden soll, zum Teil einer fachgerechten Entsorgung/Verwertung zugeführt werden muss. Hierzu sind ggf. zusätzliche Deklarationsanalysen erforderlich. Der Umfang dieser Analysen richtet sich nach den Anforderun- gen der jeweiligen Entsorgungs- bzw. Verwertungsstellen.

Bei Erdbewegungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der Okerauen, ist verunreinigter Boden zu erwarten. Diese Materialien unterliegen nach dem Aushub aus dem Untergrund der abfallrechtlichen Gesetzgebung. Hinsicht- lich der Verwertung dieser ausgehobenen Materialien im Planungsbereich wird auf die besonderen Vorschriften der Mitteilung 20 der LAGA – Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen- Stand 2003 hingewiesen.

Die genannten Abfälle sowie alle weiteren Abfälle, die bei Maßnahmen im Planungsbereich anfallen, sind unter Beachtung der abfallrechtlichen Ge- setzgebung zu entsorgen.

4.7 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen (Monitoring)

Derartige Maßnahmen sind aufgrund der strukturschützenden Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans nicht notwendig.

4.8 Zusammenfassung

Bestand:

Das Planungsgebiet ist Teil des historisch äußerst bedeutsamen Bereichs der östlichen Wallanlagen. Der Geltungsbereich liegt überwiegend innerhalb der Okerumflut, umfasst aber auch die angrenzenden Straßen Moltkestraße, Jasperallee, Bismarckstraße, Parkstraße, Helmstedter Straße, Leonhardstraße, Adolfstraße, Kurt-Schumacher-Straße, Campestraße, Wolfenbütteler Straße, Obergstraße, Hennebergstraße und Peter-Joseph-Krahe-Straße.

Aufgrund der stadthistorischen Bedeutung des Wallrings stehen eine Vielzahl von Gebäuden und anderen baulichen Anlagen, wie z.B. Brückenbauten, sowie die ehemaligen Promenaden und historischen Parkanlagen unter Denkmalschutz.

Der östliche Wallring ist im Verbund mit der Okerumflut prägendes Element für das Orts- und Landschaftsbild.

Im Planungsgebiet befindet sich hochwertiger, teilweise aus der Entstehungszeit der historischen Gärten stammender erhaltenswerter Baumbestand. Die Artenvielfalt der Bäume ist gegenüber anderen Bereichen Braunschweigs deutlich erhöht.

Der Wallring hat aufgrund seines Großgrünbestands eine hohe Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Der Baumbestand und die parkartigen Gärten sind Lebensraum zahlreicher Brutvögel. Auch ist das Vorhandensein weiterer geschützter Tierarten, wie z.B. Fledermäusen nachgewiesen. Der im Geltungsbereich gelegene Östliche Umflutgraben besitzt darüber hinaus eine wichtige Bedeutung als Vernetzungs- und Leitlinienelement für das Stadtgebiet Braunschweigs.

Das Gebiet gehört mit seinen mittleren Kaltluftproduktionsraten zu den wichtigen Ausgleichsflächen im östlichen Innenstadtbereich. Die Oker und die öffentlichen Grünflächen am Theaterpark, Museumpark, Löwenwall und der Windmühlenberg haben eine wichtige Funktion sowohl als wohnungsnaher Freiraum, als auch als Erholungsraum für die gesamte Stadt Braunschweig. Öffentliche Wege entlang der Oker sowie Aufenthaltsmöglichkeiten am Wasser, die diese Strukturen erlebbar machen, sind in den öffentlichen Grün- und Parkanlagen vorhanden.

Planung:

Durch die Festsetzungen von Baufeldern entlang der Straßen und von privaten Grünflächen in den rückwärtigen Grundstücksbereichen soll im Plangebiet eine geordnete städtebauliche Entwicklung mit der hier typischen straßenbegleitenden Bebauung und den dazu korrespondierenden Gärten sichergestellt werden.

Durch die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans wird die Wohnnutzung gestärkt und es werden Hinterliegerbebauungen verhindert. Das historische Verteilungsmuster von Bebauung und Grün-/Gartenflächen wird ge-

sichert. Neue Bauvorhaben, die einen Verlust dieser Grünbereiche und Störungen der Wohnruhe mit sich bringen würden, werden mit dem Bebauungsplan nicht vorbereitet.

Darüber hinaus werden die Grünflächen und der Großgrünbestand geschützt und weiterentwickelt.

Negativen Auswirkungen auf geschützte Tierarten kann somit vorgebeugt werden und es werden Festsetzungen getroffen, die die klimatische Funktionstüchtigkeit des Wallrings aufrechterhalten.

Das übergeordnete Planungsziel, einen fußläufigen Ringschluss herzustellen, der auf möglichst weiten Strecken direkt dem Verlauf der Oker folgt, wird mit dem vorliegenden Bebauungsplan in weiteren Abschnitten planungsrechtlich vorbereitet. Dies trägt zur Steigerung der Erholungsfunktion bei. Aufgrund der Lage der öffentlichen Fußwege können wesentliche Konflikte zu den angrenzenden Wohnnutzungen ausgeschlossen werden.

Durch den Bebauungsplan IN 235 kann der quantitative und qualitative Schutz wertvoller Umweltausprägungen für die Zukunft verbessert und negativen Entwicklungen kann wirksam entgegen gesteuert werden. Mit der Festsetzung öffentlicher Grünflächen auf dem Gelände der Theaterwerkstätten wird für alle Schutzgüter des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild lokal eine wesentliche Verbesserung planungsrechtlich vorbereitet.

5 Begründung der Festsetzungen

Planungsziele

Die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zielen darauf, die noch weitestgehend vorhandenen historisch gewachsenen Strukturen zu erhalten und die prägenden Bestandteile des Ortsbildes um ihrer städtebaulichen Qualität und Funktion willen für die Zukunft fortzuschreiben.

Grundlage sämtlicher Festsetzungen sind die im Gesamtkonzept für den Wallring erarbeiteten übergeordneten Planungsziele. Damit wird sichergestellt, dass sich der östliche Wallring als Teil des Gesamtsystems und nicht losgelöst von den anderen Teilbereichen des Wallrings entwickelt.

5.1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplans mit einer Gesamtfläche von ca. 57 ha umfasst den gesamten östlichen Teil des Wallrings von der Straße Am Fallersleber Tore im Norden bis zur Campestraße/Peter-Joseph-Krahe-Straße im Süden. Der Geltungsbereich grenzt im Norden an den Bebauungsplan „Wallring-Nord“, IN 234, an. Die historischen Parkanlagen Theaterpark und Museumspark, der klassizistisch geprägte Löwenwall sowie die Grünflächen am Windmühlenberg sind Teil des Geltungsbereiches. Im Geltungsbereich liegen sowohl die Bereiche der ehemaligen Promenaden innerhalb der Umflutgräben als auch die Straßenzüge außerhalb der Oker-

umflut. Innerhalb der Umflutgräben sind der Theaterwall, Museumstraße, Magnitorwall, Steintorwall, Löwenwall, John-F.-Kennedy-Platz, Am Windmühlenberg, und Augusttorwall Teil des Geltungsbereiches. Außerhalb der Umflutgräben gehören die Straßen Moltkestraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstraße, Campestraße, Obergstraße, Peter-Joseph-Krahe-Straße, Hennebergstraße sowie Teile der Jasperallee, Helmstedter Straße, Leonhardstraße, Kurt-Schuhmacher-Straße sowie Wolfenbütteler Straße zum Geltungsbereich.

Der Geltungsbereich hat sich gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 04. Mai 2010 geändert. Bereits bei der Fassung der Aufstellungsbeschlüsse wurde sowohl von der Politik als auch von Bürgern angeregt, die Geltungsbereiche der Wallring-Pläne zu vergrößern und sich bei der Geltungsbereichsabgrenzung an den in der Wallringsatzung enthaltenen Straßenzügen zu orientieren. Insbesondere im östlichen Bereich sollten die Straßenzüge mit beiden Straßenseiten in die Bebauungspläne aufgenommen werden. Vor diesem Hintergrund hat der Verwaltungsausschuss am 6. Dezember 2011 den Geltungsbereich um die östlichen Straßenseiten von Moltkestraße, Bismarckstraße, Parkstraße und Adolfstraße erweitert. Darüber hinaus wurden auch der südlich der Humboldtstraße gelegene Teil des Botanischen Gartens, der Bereich um den John-F.-Kennedy-Platz sowie die vorher im Bereich des Bebauungsplanes „Wallring-Süd“ gelegenen Bereiche um den Augusttorwall und um die Obergstraße/ Hennebergstraße/ Peter-Joseph-Krahe-Straße aufgenommen.

Im Laufe der Bearbeitung des vorliegenden Entwurfes wurde der Geltungsbereich gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 6. Dezember 2011 nochmals geringfügig verändert. Der Verwaltungsausschuss fasste am 28. April 2015 einen entsprechenden Beschluss. Die Änderungen umfassen folgende Bereiche:

1. Die im Zusammenhang mit dem fußläufigen Ringschluss um die Oker stehende geplante Wegeverbindung entlang des Stadtbades soll bis zum Anschluss an den vorhandenen Weg im Bereich des bestehenden Hotels am Bürgerpark planungsrechtlich gesichert werden. Die Flächen wurden daher in den Geltungsbereich aufgenommen (vgl. Pkt. 5.10.3).
2. Die im Zusammenhang mit den Verkehrsplanungen im Bereich der Peter-Joseph- Krahe-Straße/ Hennebergstraße benötigten Flächen wurden in den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes aufgenommen (vgl. Pkt. 5.10).
3. Auf dem ursprünglich zum Garten des Grundstücks Löwenwall 16 (Gerloffsche Villa) gehörenden Grundstück (Gemarkung Innenstadt, Flur 4, Flst. Nr. 117/10) sind Garagen für das Gebäude Klint 4 geplant. Als Nebenanlage ist der Garagenneubau an dieser Stelle zulässig. Der Garten der Gerloffschen Villa wurde 2011 aus dem Verzeichnis der Kulturdenkmale gestrichen. Diese Streichung geht auf ein Gutachten der TU Braunschweig von 2007 und eine Beurteilung durch das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege von 2008 zurück,

wonach in dem Garten keinerlei historisch wertvolle Gartensubstanz mehr besteht. Da damit der Denkmalschutz aufgehoben wurde und für die Umsetzung der Planung keine Bäume gefällt werden müssen, wurde eine entsprechende Bauvoranfrage positiv beschieden. Das Grundstück wurde daher aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes genommen.

4. Ein zwischen der Adolfstraße Nr. 5 und der Bertramstraße Nr. 68 gelegenes rückwärtiges Grundstück (Gemarkung Altewieck, Flur 3, Flst. Nr. 41) wurde aus dem Geltungsbereich herausgenommen, da es klar zur Bertramstraße orientiert ist und die Ziele für den Wallring nicht für die Bertramstraße gelten.

5.2 Übersicht der einzelnen Baugebiete

In diesem Bebauungsplan werden über 20 verschiedene Baugebiete festgesetzt. Zur besseren Übersicht und Nachvollziehbarkeit werden sie an dieser Stelle in einer Tabelle dargestellt. Gebiete mit der gleichen Anzahl der festgesetzten Vollgeschosse werden dabei immer zu einem Gebiet zusammengefasst.

In Bezug auf die Art der baulichen Nutzung wird zwischen Wohn- und Mischgebieten (WA, MI), Sonderbauflächen (SO) und den Flächen für den Gemeinbedarf unterschieden.

In Bezug auf das Maß der baulichen Nutzung weist der Bebauungsplan sämtliche am Wallring vorkommenden Baustrukturen auf, die Villenbebauung entlang der ehemaligen Promenaden, die gründerzeitlich geprägte, villenartige Bebauung inner- und außerhalb der Okerumflut, den gründerzeitlich geprägten Geschossbau, und er beinhaltet eine Vielzahl großer Solitärbauten wie das Theater oder das Herzog-Anton-Ulrich-Museum.

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
WA 1 Villenbebauung entlang der ehemaligen Promenaden, Steintorwall, Magnitorwall, Löwenwall	allgemein zulässig: Wohngebäude, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke. ausnahmsweise zulässig: nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für sportliche Zwecke	zwingend II entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 8 - 12 m maximale Gebäudehöhe = 15 m	GR = 342 m ²	offen, nur Einzelhäuser zulässig

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
WA 1.1 freistehende Villa (Solitär), Villa Gerloff am Löwenwall 16-18	wie WA 1	zwingend II entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 12 - 13 m maximale Gebäudehöhe = 16 m	GR = 400 m ²	offen, nur Einzelhäuser zulässig
WA 1.2 Ein- und Zweifamilienhäuser mit Siedlungscharakter außerhalb der Okerumflut Peter-Joseph-Krahe-Straße	wie WA 1	I – II entspricht der Wallringsatzung	GRZ = 0,3	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
WA 2 gründerzeitlich geprägte, villenartige Bebauung durchmischt mit gründerzeitlichem Geschosswohnungsbau, überwiegend außerhalb der Okerumflut Moltkestraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstraße, Hennebergstraße, Campestraße, Am Windmühlenberg 2-5	allgemein zulässig: wie WA 1, zusätzlich nicht störende Handwerksbetriebe ausnahmsweise zulässig: Anlagen für sportliche Zwecke, Läden, Schank- und Speisewirtschaften, Anlagen für Verwaltungen, Betriebe des Beherbergungsgewerbes Sicherung der bestehenden gewerblichen Nutzungen auf dem Grundstück Campestr. 7	II-III entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 11 - 14 m, Mindesttraufhöhe in der Parkstraße = 8 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GR = 387 m ² in der Moltkestraße, Bismarckstraße, Hennebergstraße GR = 342 m ² im übrigen Bereich	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
WA 2.1 Doppelhausbebauung, Mehrfamilienhausbebauung, nördlich Moltkestraße sowie gründerzeitlich geprägte, villenartige Bebauung Am Windmühlenberg 6	wie WA 2	II-III entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 8 - 12 m, maximale Gebäudehöhe = 15 m	GRZ = 0,4	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
WA 2.2 villenartige Bebauung entlang der ehemaligen Promenade am Magnitorwall	wie WA 1	II-III Wallringsatzung gibt max. II vor, historischer Bestand aber höher Traufhöhe = 8 - 14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GR = 342 m²	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
WA 2.3 villenartige Bebauung entlang der ehemaligen Promenade am Steintorwall südl. der Leonhardstraße	wie WA 1	II-III Wallringsatzung gibt max. II vor, historischer Bestand aber höher Traufhöhe = 11 - 14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GR = 400 m²	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
WA 3 gründerzeitlicher Geschosswohnungsbau außerhalb der Okerumflut, Kasernenstraße 12,12 a	wie WA 2	III-IV Traufhöhe = 14 - 18 m, maximale Gebäudehöhe = 21 m	GRZ = 0,4	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
MI 1 überwiegend gründerzeitlich geprägte, villenartige Bebauung innerhalb und außerhalb der Okerumflut, Am Fallersleber Tore/ Theaterwall, Museumstraße, Helmstedter Str., Leonhardstraße/ Adolfstr., Leonhardstraße/ Steintorwall, Kurt-Schumacher Str./Löwenwall, Kurt-Schumacher-Str./Adolfstraße, Am Windmühlenberg	allgemein zulässig: Wohngebäude, Geschäfts- und Bürogebäude, Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke, sonstige Gewerbebetriebe ausnahmsweise zulässig: Anlagen für sportliche Zwecke	II-III entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 11 - 14 m, Mindesttraufhöhe Am Fallersleber Tore/ Theaterwall = 8 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GR = 342 m²	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
MI 1.1 villenartige Bebauung entlang der ehemaligen Promenade am Steintorwall südl. der Leonhardstraße sowie freistehende Villa (Solitär) südlich des Augusttorwalls (Städtische Musikschule)	wie MI 1	II-III Wallringsatzung gibt am Steintorwall max. II vor, historischer Bestand aber höher Traufhöhe = 11 - 14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GR = 400 m²	offen, am Steintorwall: Einzel- und Doppelhäuser, Villa am Augusttorwall: nur Einzelhäuser zulässig

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
MI 1.2 Büro-und Verwaltungsgebäude verschiedener Zeitepochen an der Obergstraße	wie MI 1	II-III entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 8 - 14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GRZ = 0,4	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
MI 1.3 Baublock am Klint	wie MI 1	II-III	GRZ = 0,6	keine Festsetzungen
MI 2 freistehende Villa (Solitär), ehem. Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Str. 2	wie MI 1	zwingend II entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 14 - 15 m, maximale Gebäudehöhe = 18 m	GR = 650 m²	offen, nur Einzelhäuser zulässig
MI 3 gründerzeitliche Geschossbauten an der Jasperallee	wie MI 1	zwingend III entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 13-14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GRZ = 0,6	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
MI 3.1 gründerzeitliche Geschossbauten an der Jasperallee	wie MI 1	zwingend III entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 13 - 14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	GRZ = 0,6	abweichend, Grenzbebauung zwingend

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
MI 3.2 gründerzeitliche Geschossbauten am Augusttorwall	wie MI 1	III-IV maximale Gebäudehöhe = 21 m	GRZ = 0,6	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
MI 3.3 gründerzeitliche Geschossbauten sowie villenartige Bebauung an der Wolfenbütteler Straße	wie MI 1	II-IV Wallringsatzung max. II, historischer Bestand teilweise höher Traufhöhe = 11 - 18 m, maximale Gebäudehöhe = 21 m	GR = 387 m ²	offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig
MI 4 gründerzeitliche Geschossbauten an der Leonhardstraße	wie MI 1	zwingend IV Traufhöhe = 16 - 17 m, maximale Gebäudehöhe = 21 m	GRZ = 0,6	abweichend, Grenzbebauung zwingend
SO1 Flächen südlich der Humboldtstraße	Gebäude und Anlagen, die der Unterbringung von Einrichtungen der Hochschule sowie des Naturhistorischen Museums dienen	I-II	keine Festsetzungen	keine Festsetzungen
SO2 südlicher Teil des Botanischen Gartens	Botanischer Garten mit den dazugehörigen Gebäuden und Einrichtungen	I-II	keine Festsetzungen	keine Festsetzungen

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
Bauflächen im Bereich öffentlicher Grünflächen Torhäuser an der Helmstedter Straße, Haeckelsches Gartenhaus am Theaterwall 19	Nutzung für kulturelle Zwecke	I und I-II	GR = 100 - 150 m ² und GR = 120 m ² (Gartenhaus)	offen, nur Einzelhäuser zulässig, keine Festsetzungen für das Gartenhaus
Flächen für den Gemeinbedarf Theater Herzog Anton Ulrich-Museum Erweiterungsbau St.-Vinzenz-Krankenhaus, Bismarckstr. 10 Bestandsfläche Erweiterungsfläche	kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen	maximale Gebäudehöhe = 30 m maximale Gebäudehöhe = 30 m max. Gebäudehöhe = 9 m maximale Gebäudehöhe = 22 m II-III Traufhöhe = 11 - 14 m, maximale Gebäudehöhe = 17 m	keine Festsetzungen keine Festsetzungen keine Festsetzungen keine Festsetzungen GR = 387 m ²	keine Festsetzungen keine Festsetzungen keine Festsetzungen offen, Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Bezeichnung und Lage	Art der Nutzung	Anzahl Vollgeschosse	Grundfläche/GRZ	Bauweise
Kindergarten am Magnitorwall 7	sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen	zwingend II entspricht der Wallringsatzung Traufhöhe = 8 - 12 m maximale Gebäudehöhe = 15 m	GR = 342 m²	offen, nur Einzelhäuser zulässig
Wilhelm-Gymnasium	Schule	maximale Gebäudehöhe = 25 m	keine Festsetzungen	keine Festsetzungen

5.3 Art der baulichen Nutzung

Die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung wurden aus dem Gesamtkonzept entwickelt. Das übergeordnete Planungsziel ist unter Punkt 3 der Begründung genannt. Es lautet wie folgt:

Die Wohnnutzung ist zu stärken, insbesondere entlang der Wallstraßen. Entlang der den Wallring kreuzenden Straßen und Magistralen ist eine Öffnung des Nutzungsspektrums möglich. Konflikte mit den angrenzenden Wohnbereichen sind auszuschließen.

Das Planungsgebiet ist demzufolge in zwei unterschiedliche Nutzungsbereiche unterteilt:

1. Wohngebiete entlang der ehemaligen Promenaden, in denen die Wohnnutzung besonders gestärkt wird. Für die Wohngebiete, die außerhalb der Okerumflut liegen, weitet sich das Nutzungsspektrum auf.
2. Gebiete entlang der kreuzenden Straßen und Magistralen, die als Mischgebiet festgesetzt werden sollen.

Allgemeine Wohngebiete

Die Nutzungsgliederung der Allgemeinen Wohngebiete orientiert sich am Bestand, der durch ein gehobenes Wohnniveau gekennzeichnet ist. Die Wohngebiete sind in der Regel mit freiberuflichen Nutzungen stark durchmischt, die auch künftig zulässig sind. Gemäß dem Planungsziel soll die Tendenz der Ansiedlung von Bürogebäuden ohne Wohnnutzung – insbesondere in den Villen entlang der ehemaligen Promenaden – nicht weiter erhöht werden.

Im Gesamtkonzept Wallring wurden entlang der ehemaligen Promenaden und in den Bereichen innerhalb der Okerumflutgräben die am stärksten geschützten Wohnbereiche definiert. Diesem Planungsziel entsprechend werden Allgemeine Wohngebiete festgesetzt, in denen die vom Gesetzgeber für zulässig festgelegten Nutzungen eingeschränkt werden. Damit werden die Wohnnutzungen besonders geschützt und der Charakter der ehemaligen Promenaden wird im Sinne der Wallringsatzung nicht beeinträchtigt.

WA 1, WA 1.1, WA 1.2, WA 2.2, WA 2.3:

Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden (z.B. Bäcker, Fleischer, Gemüsehändler etc.) sowie Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie Anlagen für Verwaltungen sind in den Wohngebieten am Steintorwall, am Magnitorwall sowie am Löwenwall unzulässig. Dies entspricht sowohl der Wallringsatzung, wonach gewerbliche Anlagen und Läden ausgeschlossen sind, als auch dem Planungsziel, entlang der ehemaligen Promenaden die Wohnnutzung besonders zu stärken. In dem vom Wohnen geprägten Teil der Peter-Joseph-Krahe-Straße werden diese Nutzungen aufgrund der Lage der Straße am Bürgerpark und der damit verbundenen Wohnruhe ebenfalls ausgeschlossen.

In den genannten Wohngebieten sind nicht störende Handwerksbetriebe, die der Versorgung des Gebietes dienen, ausnahmsweise zulässig, da sie in der Regel keinen Konflikt zur Wohnnutzung und zum Promenadencharakter der Wallstraßen darstellen. Dazu zählen beispielsweise ein Frisör- oder Massagesalon, nicht aber ein Tischler, eine Schlosserei, ein Zimmereibetrieb oder eine KFZ-Reparaturwerkstatt. Grundsätzlich muss jedoch der Gebietscharakter gewahrt bleiben.

WA 2, WA 2.1, WA 3:

In den Bereichen außerhalb der Okerumflutgräben (Moltkestraße, Kasernenstraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstraße, Hennebergstraße, Campestraße) sowie in der Straße Am Windmühlenberg werden die Nutzungen dahingehend erweitert, dass dort die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden (z.B. Bäcker, Fleischer, Gemüsehändler etc.) sowie Schank- und Speisewirtschaften, Anlagen für Verwaltungen und Betriebe des Beherbergungsgewerbes ausnahmsweise zulässig sind. Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit derartiger Anlagen ist, dass der Nutzungscharakter des Allgemeinen Wohngebietes durch die Ausnahme nicht beeinträchtigt wird und die Einrichtungen der Versorgung des Gebietes dienen. Nicht störende Handwerksbetriebe sollen in diesen Wohngebieten generell zulässig sein.

Zwar gehört ein Großteil dieser Straßenzüge zur Wallringsatzung, jedoch wurde im Gesamtkonzept Wallring einvernehmlich festgelegt, dass sich in den Bereichen außerhalb der Okerumflut das in Allgemeinen Wohngebieten zulässige Nutzungsspektrum öffnen soll.

Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke (z. B. Kindertagesstätten, Altenpflegeheime, Gemeindehäuser, Begegnungsstätten oder Teile von Krankenhäusern) sollen im gesamten Planungsgebiet allgemein zulässig sein. Das heißt, sie sind auch in den von Wohnnutzung ge-

prägen, stärker geschützten Bereichen entlang der Wallringstraßen als eigenständige Nutzungen zulässig. Diese Nutzungen sind zum einen mit den bestehenden und geplanten Wohnnutzungen vereinbar, zum anderen decken sie einen sich aus dem Gebiet heraus möglicherweise entwickelnden Bedarf an z.B. Betreuungseinrichtungen für Alte und Kranke oder für Kinder. Die Anlagen sind unter dem Vorbehalt der Gebietsverträglichkeit und unter Berücksichtigung möglicher Immissionen im Sinne des § 15 BauNVO allgemein zulässig.

Anlagen für sportliche Zwecke sind im gesamten Geltungsbereich nur ausnahmsweise zulässig. Grund hierfür ist der mit diesen Nutzungen oftmals verbundene hohe Flächenanspruch in Verbindung mit dem dazugehörigen Verkehrsaufkommen, das besonders in den Abendstunden auftritt. Sportstätten sind somit nur genehmigungsfähig, wenn von der geplanten Anlage keine oder nur eine geringe Beeinträchtigung der geschützten Wohnnutzung zu erwarten ist.

Im Sinne der gültigen Wallringsatzung wird es zwar als durchaus sinnvoll angesehen, Büros, Kanzleien und Praxen nach wie vor am Wallring planungsrechtlich zuzulassen, die Wohnnutzung soll jedoch auch künftig überwiegen. Der Anteil reiner Büro- und Geschäftshäuser soll daher nicht weiter erhöht werden. Reine Büro- und Geschäftshäuser sind aufgrund der Wohngebietsausweisungen dann nur noch in den Mischgebieten zulässig. Gemäß § 13 BauNVO sind in Allgemeinen Wohngebieten für die Berufsausübung freiberuflich Tätiger nur Räume und keine Gebäude zulässig. Gemäß Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.01.1984 wurde bezüglich der Regelungen des § 13 BauNVO davon ausgegangen, dass in Mehrfamilienhäusern nicht mehr als die Hälfte der Nutzfläche eines Gebäudes auf die freiberufliche Nutzung entfallen darf.

Vor dem Hintergrund der hohen städtebaulichen Bedeutung, die dem Wallringbereich für die Gesamtstadt beigemessen wird, sind nicht störende Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe sowie Tankstellen in sämtlichen Allgemeinen Wohngebieten ausgeschlossen. Dies entspricht auch der derzeit noch rechtskräftigen Wallringsatzung.

Mischgebiete

Entlang der großen Magistralen, den Hauptein- und -ausfahrtstraßen, werden aufgrund der bestehenden Verkehrsbelastung und der dort vorhandenen Nutzungen Mischgebiete festgesetzt. Die örtlichen Verhältnisse in der näheren Umgebung der Mischgebiete sind im Verlauf der den Wallring kreuzenden Straßen ähnlich. Es besteht somit eine klare Abgrenzung zu den tangentialen Zwischenräumen, die verstärkt dem Wohnen dienen sollen und i.d.R. als Allgemeine Wohngebiete festgesetzt werden.

Die Nutzungsfestsetzung entspricht weiterhin dem im „Gesamtkonzept Wallring“ formulierten Planungsziel, wonach sich entlang der den Wallring kreuzenden Straßen das Nutzungsspektrum öffnen soll und neben dem Wohnen nicht störende gewerbliche Nutzungen sowie vor allem Büro- und Geschäftshäuser zulässig sein sollen.

In dem vorliegenden Bebauungsplan ist dies an folgenden Stellen der Fall:

- Am Fallersleber Tore/Theaterwall: **MI 1**,
- Jasperallee: **MI 3, MI 3.1**,
- Museumstraße/Helmstedter Straße: **MI 1**,
- Leonhardstraße: **MI 1, MI 1.1, MI 4**,
- Kurt-Schumacher-Straße: **MI 1**,
- Augusttorwall: **MI 1.1, MI 3.2**,
- Wolfenbütteler Straße und Obergstraße: **MI 1.2, MI 2, MI 3.3**.

In der Obergstraße wird orientierend am Bestand ebenfalls ein Mischgebiet, **MI 1.2**, festgesetzt. Die Verwaltungsgebäude der Bombardier-Werke an der Obergstraße liegen u.a. in diesem Bereich. Für den gesamten Bereich ist im derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan AW 36 von 1973 Kerngebiet (MK) festgesetzt. Die Übernahme dieser Nutzungsfestsetzung ist aufgrund der abweichenden Planungsziele im neuen Bebauungsplan nicht sinnvoll. Für die Flächen soll daher Mischgebiet festgesetzt werden. Die Größe des Mischgebietes widerspricht zwar der Festsetzungssystematik des Bebauungsplanes, wonach nur entlang der den Wallring kreuzenden Straßen Mischgebiete festgesetzt werden, ein Allgemeines Wohngebiet würde aber die Ausübung der verwirklichten Nutzungen der Grundstücke in nicht vertretbarer Weise erschweren.

Der am Klint gelegene Baublock wird seiner derzeitigen Nutzung entsprechend als Mischgebiet, **MI 1.3**, festgesetzt.

Der Gesetzgeber gibt vor, dass Mischgebiete dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben dienen, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Die angrenzenden Wohnnutzungen in den Wallstraßen berücksichtigend, werden die Nutzungsmöglichkeiten in den Mischgebieten im Bebauungsplan gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO weiter eingeschränkt. Vergnügungsstätten, wie z.B. Spielhallen, sind generell ausgeschlossen. Darüber hinaus sind Gartenbaubetriebe und Tankstellen in allen Mischgebieten ausgeschlossen, um die mit diesen Anlagen verbundenen Störungen zu vermeiden.

Flächen für den Gemeinbedarf, sonstige Sondergebiete

Im Planungsgebiet sind verschiedene Gemeinbedarfsflächen (Theater, Herzog-Anton- Ulrich-Museum, St. Vinzenz-Krankenhaus, Kindergarten am Magnitorwall, Wilhelm-Gymnasium) festgesetzt. Sie werden ihrer bestehenden Nutzung entsprechend als kulturellen Zwecken- bzw. gesundheitlichen/ sozialen Zwecken dienende Gebäude festgesetzt. Das Wilhelm-Gymnasium ist mit seinen dazugehörigen Flächen als Schule festgesetzt.

Sonstige Sondergebiete sind im Bereich des Botanischen Gartens festgesetzt. Sie unterscheiden sich wesentlich von den nach §§ 2 bis 10 BauNVO festsetzbaren Gebieten.

SO 1: Dieses Sondergebiet erhält die Zweckbestimmung Hochschule/ Naturhistorisches Museum. Die Festsetzung orientiert sich am Bestand. Dort sind Gebäude und Anlagen zulässig, die der Unterbringung von Einrichtungen der Technischen Universität sowie des Naturhistorischen Museums dienen.

SO 2: Dieses Sondergebiet erhält die Zweckbestimmung Botanischer Garten. Dort sind Gebäude und Anlagen zulässig, die der Errichtung und dem Betrieb eines Botanischen Gartens dienen. Es wird planungsrechtlich gesichert, dass die Grünflächen gärtnerisch gepflegt werden.

Nutzung für kulturelle Zwecke

Torhäuser, Haeckelsches Gartenhaus: Die an der Helmstedter Straße bestehenden Torhäuser sowie das im Theaterpark liegende, ehemalige Haeckelsche Gartenhaus werden aufgrund ihrer Lage innerhalb von Park- und Grünflächen als überbaubare Flächen auf öffentlichen Grünflächen festgesetzt. Damit soll sichergestellt werden, dass diese Gebäude öffentlich genutzt werden und sich die Nutzungen der umgebenden Park- und Grünfläche unterordnen. Aufgrund ihrer stadthistorischen Bedeutung sollen ausschließlich Nutzungen für kulturelle Zwecke (Museum, Ausstellungsgebäude etc.) zulässig sein.

Von diesen Einrichtungen sollen keine weiteren baulichen Entwicklungen initiiert werden. Das denkmalgeschützte Erscheinungsbild der Gebäude soll beibehalten bzw. im Fall des Haeckelschen Gartenhauses wieder hergestellt werden und bauliche Maßnahmen sollen sich in das Bild der historischen Park- und Grünanlagen einfügen (siehe hierzu auch Pkt. 5.11.4 der Begründung).

Sicherung bestehender Nutzungen

Auf dem **Grundstück Campestraße 7** liegen die ehemaligen Voigtländer-Werke. In den Gebäuden befanden sich die Büros und Fertigungsräume der ältesten feinmechanisch-optischen Werke der Welt. Das Werk wurde 1971 geschlossen. Seitdem haben sich eine Vielzahl kleinerer Büros und Unternehmen in den ehemaligen Werksgebäuden angesiedelt. Das Grundstück liegt innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes **WA 2**.

Bei sämtlichen bestehenden Nutzungen handelt es sich um sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, die gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO in Allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässig sind. Mit Hinweis auf die Wallringsatzung wird aber insbesondere die Neuanlage nicht störender Gewerbebetriebe in den Wohngebieten am Wallring ausgeschlossen.

Am generellen Ausschluss sonstiger nicht störender Gewerbebetriebe im Bereich der Allgemeinen Wohngebiete wird aufgrund der Bedeutung des Wallrings festgehalten. Da es sich aber um bestehende Nutzungen in einem stadthistorisch wichtigen Gebäude handelt, die sich in ihre Umgebung einfügen und den Nutzungscharakter der umgebenden Wohnbebauung nicht beeinträchtigen, sollen sie innerhalb des geplanten Allgemeinen Wohngebietes **WA 2** auch künftig zulässig sein.

Der Gesetzgeber eröffnet im § 1 Abs.10 BauNVO die Möglichkeit, dass für vorhandene Anlagen in überwiegend bebauten Gebieten, die bei der Überplanung künftig unzulässig wären, im Bebauungsplan Erweiterungen, Änderungen und Nutzungsänderungen zugelassen werden können.

- Erweiterungen und Änderungen sind bauliche Maßnahmen, die eine Umgestaltung einer baulichen Anlage durch Anbau, Umbau, Ausbau sowie Vergrößerung oder Verkleinerung bewirken.
- Nutzungsänderung ist eine Änderung von der bisherigen in eine andere Nutzungsart.

Um die bestehenden Nutzungen nicht einzuschränken und den Fortbestand planungsrechtlich zu sichern, wird in den Bebauungsplan daher die sogenannte Fremdkörperfestsetzung nach § 1 Abs. 10 BauNVO aufgenommen, die einen erweiterten Bestandsschutz sichert. Die Anwendungsvoraussetzungen des § 1 Abs. 10 BauNVO sind gegeben. Es handelt sich im Verhältnis zur Größe des Baugebietes um ein Grundstück von geringerem Flächenumfang.

Für das Grundstück sind die sonst geltenden Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung sowie zur Grünordnung einzuhalten. Lediglich Nutzungsänderungen sind auch im Bereich nicht überbaubarer Flächen und im Bereich der privaten Grünflächen zulässig, um den Gebäudekomplex der ehemaligen Voigtländer-Werke in seiner Gesamtheit erhalten zu können.

Allerdings sind nur Nutzungen möglich, die der Bebauungsplan im übrigen WA 2-Gebiet auch zulässt.

Eine Erneuerung der bestehenden Gebäude der ehemaligen Voigtländer-Werke ist aufgrund ihrer Lage allerdings unzulässig. Sie liegen in einem von Wohnnutzungen geprägten Bereich. Darüber hinaus stellen die ehemaligen Werksgebäude einen in die rückwärtigen Grünbereiche hineinreichenden Gebäudekomplex dar. Im Falle abgängiger Gebäude ist daher eine Wohnnutzung herzustellen, die sich ihrer Umgebungsbebauung anpassend in den straßenbegleitenden, überbaubaren Flächen herzustellen ist.

5.4 Maß der baulichen Nutzung

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung wurden aus dem Gesamtkonzept entwickelt. Das übergeordnete Planungsziel ist unter Punkt 3 der Begründung genannt. Es lautet wie folgt:

Die villenartige, überwiegend straßenbegleitende Bebauung, die sich vorwiegend innerhalb der Umflutgräben befindet, ist zu erhalten. Neubauten und bauliche Ergänzungen haben sich in die Eigenart dieser Struktur einzufügen. Hinterliegerbebauungen sind unzulässig. Die mit der Villenbebauung korrespondierenden, großen Gärten sind zu erhalten. Nebenanlagen im Bereich der Gärten sind unzulässig. Ausnahmen sind an bestimmte einzuhaltende Rahmenbedingungen zu knüpfen.

Das Maß der baulichen Nutzung wird, wie in den übrigen Wallring-Bebauungsplänen auch, im Bebauungsplan größtenteils durch die Festsetzungen der maximal zulässigen Grundflächen, der Anzahl der Vollgeschosse und durch die Höhe der baulichen Anlagen bestimmt. Auf die Festsetzung von Grund- und Geschossflächenzahlen wurde aufgrund der sehr unterschiedlich großen Grundstücke im überwiegenden Teil des Planungsgebiets verzichtet. Dies entspricht dem Planungsziel, wonach unabhängig von den Grundstücksgrößen möglichst einheitliche, am historischen Gebäudebestand orientierte Gebäudekubaturen errichtet werden sollen.

Durch die überbaubaren Flächen werden nur im Bereich von Baulücken (Bismarckstraße, Adolfstraße) zusätzliche Bebauungen ermöglicht. Hinterliegerbebauungen können aufgrund der straßenbegleitenden Lage der überbaubaren Flächen ausgeschlossen werden. Dort wo bereits eine rückwärtige Bebauung existiert, wie z.B. in der Campestraße 7, können trotz festgesetzter straßenbegleitender Bauflächen Hinterliegerbebauungen ausgeschlossen werden, da der Gebäudebestand auf die maximal zulässige Grundfläche anzurechnen ist.

5.4.1 Grundflächen/Grundflächenzahlen

Die Größe der maximal zulässigen Grundfläche bezieht sich auf die Summe der baulichen Anlagen je Grundstück. Die Werte werden weitestgehend einheitlich festgesetzt und dürfen durch Nebenanlagen und Anlagen für den ruhenden Verkehr überschritten werden (siehe dazu Pkt. 5.7).

Die im überwiegenden Teil des Planungsgebietes festgesetzte maximale Grundfläche von 342 m² resultiert aus den festgesetzten, maximalen Gebäudetiefen von 17,50 m, den festgesetzten, maximalen Gebäudebreiten von 18 m sowie den textlich festgesetzten maximalen Überschreitungsmöglichkeiten für Gebäudevorsprünge. Diese Werte orientieren sich am historischen Gebäudebestand und an den Festsetzungen des derzeit noch rechtskräftigen Bebauungsplans IN 1.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes existieren mehrere zusammenhängende Abschnitte, die von der sonst im Bereich des Wallrings üblicherweise festgesetzten Bautiefe von 17,50 m abweichen. Es handelt sich um Bereiche, die durch gründerzeitliche Bebauung geprägt sind. Dort bestehen einheitlich Bautiefen von 20 m und mehr. Im IN 1-Plan wurden in diesen Bereichen teilweise ebenfalls größere Bautiefen festgesetzt. Für folgende Bereiche werden die Bautiefen bestandsorientiert mit 20 m bzw. 21 m festgesetzt:

- Moltkestraße, **WA 2**,
- Bismarckstraße, **WA 2**,
- Jasperallee, **MI 3, MI 3.1**,
- Leonhardstraße, **MI 4**,
- zum Löwenwall orientierter Teil des Steintorwalls, **WA 2.3, MI 1.1**,
- Wolfenbütteler Straße, **MI 3.3**,

- Obergstraße/ Hennebergstraße, **MI 1.2, WA 2.**

Daraus resultieren für diese Bereiche maximale Grundflächen von 387 m² (maximale Gebäudetiefe von 20 m, multipliziert mit der maximalen Gebäudebreite von 18 m = 360 m², zuzüglich der maximalen Überschreitungsmöglichkeit von 27 m²) bzw. von sogar 400 m² für den zum Löwenwall orientierten Bereich des Steintorwalls.

Die Festsetzung der maximalen Grundflächen von 342 m² entspricht bei großen Grundstücken (1000 m² und größer) einer GRZ von 0,2 – 0,3. Bei kleineren Grundstücken (800 m² und kleiner) bzw. Festsetzung größerer Grundflächen wird die für Allgemeine Wohngebiete festgelegte Obergrenze der Grundflächenzahl von 0,4 überschritten. Dies ist dem eingangs erwähnten städtebaulichen Ziel geschuldet, die Gebäudekubaturen am Wall möglichst einheitlich, am historischen Bestand orientiert, zu gestalten und insbesondere die ehemaligen Promenaden in ihrer städtebaulichen Wirkung zu stärken. Im Sinne des § 17 Abs. 3 der BauNVO sind die Überschreitungen der Obergrenzen zum Maß der baulichen Nutzung zulässig, da es sich um ein bereits bebautes Gebiet handelt und städtebaulich begründet ist.

Auf kleinen Grundstücken und dort, wo festgesetzte private Grünflächen angrenzen, kann der Fall eintreten, dass die maximal zulässigen Grundflächen mit den festgesetzten überbaubaren Flächen nicht erreicht werden können. Rechtlich ist dies unbedenklich. Die zulässige Grundfläche ergibt sich für diese Fälle durch Festsetzungen zur Bauweise, zu den überbaubaren Flächen oder durch andere Vorschriften, wie z.B. Abstandsregeln nach Bauordnungsrecht.

In Bereichen in denen sich die gewählte Festsetzungssystematik nicht anwenden lässt, wie z.B. in der Kasernenstraße (**WA 3**) oder dort, wo einheitliche Gebäudekubaturen städtebaulich nicht zwingend notwendig sind, wie z.B. in der Obergstraße (**MI 1.2**), im Baublock am Klint (**MI 1.3**) oder in der Peter-Joseph-Krahe-Straße (**WA 1.2**), werden Grundflächenzahlen festgesetzt.

Im Planungsgebiet befinden sich mehrere freistehende denkmalgeschützte Villenbauten wie die Villa Gerloff am Löwenwall (**WA 1.1**), die Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße (**MI 2**) oder die ehemalige Villa Hörstel am Augusttorwall (**MI 1.1**), in der sich die Städtische Musikschule befindet. Die Villen unterscheiden sich von den straßenbegleitenden Villenbauten insbesondere durch ihre großen Bauvolumina. Da sie den Wallring entscheidend prägen und auch mögliche Neubauten wieder in der Form entstehen können sollen, werden für sie maximale Grundflächen von 400 m² bis 650 m² festgesetzt.

Gemeinbedarfs- und Sondergebiete: Dort werden weder eine maximale Grundfläche noch eine Grundflächenzahl festgesetzt, da diese Bauflächen der jeweiligen Nutzung entsprechend (Theater, Museum) bebaut sind, der Bestand gesichert und nutzungsspezifische Neu- und Erweiterungsbauten ermöglicht werden sollen.

Ausnahmen hiervon bilden die Erweiterungsfläche für das St.-Vinzenz-Krankenhaus in der Bismarckstraße sowie die Gemeinbedarfsfläche für den bestehenden Kindergarten am Magnitorwall 7. In beiden Bereichen sollen sich die Gemeinbedarfsbauten in die vorhandene, villenartige Baustruktur einfügen.

Für den Bereich der Erweiterungsfläche des St.-Vinzenz-Krankenhauses wird festgelegt, dass die geplanten Gebäudeerweiterungen den vorhandenen Baumbestand berücksichtigend vom Bestandsgebäude abrücken sollen. Für die geplante Erweiterung des Krankenhauses wird eine straßenbegleitende offene Bebauung festgesetzt. Der Bereich wird wie die übrige Bebauung auch mit einer möglichen Gebäudetiefe von maximal 20 m und einer maximalen Gebäudebreite von 18 m festgesetzt. Die Festsetzung der maximal zulässigen Grundfläche von 387 m² bezieht sich wie alle anderen Angaben hierzu auch auf die einzelnen Baugrundstücke, so dass im Erweiterungsgebiet entsprechende Grundstücksteilungen notwendig werden, um mehrere Gebäude auf dem Grundstück realisieren zu können.

Für den Kindergarten wird ebenfalls eine offene Bauweise mit einer der Umgebung angepassten maximalen Grundfläche von 342 m² festgesetzt.

5.4.2 Zahl der Vollgeschosse

I Vollgeschoss

Torhäuser: Die denkmalgeschützten Torhäuser von Peter- Joseph- Krahe werden bestandsorientiert mit maximal einem Vollgeschoss festgesetzt.

I - II Vollgeschosse

WA 1.2: In dem von Wohnnutzungen geprägten Bereich der Peter-Joseph-Krahe-Straße herrscht eine ein- und zweigeschossige Siedlungshausbebauung vor. Bestandsorientiert wird daher eine Bebauung mit ein und maximal zwei Vollgeschossen festgesetzt. Dies entspricht der Wallringsatzung, die dort ebenfalls höchstens zwei Vollgeschosse zulässt.

SO 1, SO 2: In den Sondergebieten wird aufgrund ihrer Zweckbestimmung für die notwendigen Gebäude eine ein- bis höchstens zweigeschossige Bebauung festgesetzt. Die Gebäude sollen sich der Gartennutzung unterordnen bzw. aufgrund der Lage am Umflutgraben keine bauliche Dominanz entwickeln.

Haeckelsches Gartenhaus: Das denkmalgeschützte Gebäude von Krahe wird bestandsorientiert mit ein und maximal zwei Vollgeschossen festgesetzt.

Zwingend II Vollgeschosse

WA 1, WA 1.1, MI 2: Gemäß dem Planungsziel, die vorhandene Villenbebauung zu erhalten und Neubauten in die Eigenart der vorhandenen Struktur

einzufügen, wird entlang der ehemaligen Wallringpromenaden am Steintorwall, Magnitorwall und am Löwenwall sowie für die ehemalige Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße eine zwingende Zweigeschossigkeit festgesetzt. Dies entspricht der Wallringsatzung, die dort höchstens zwei Vollgeschosse zulässt. Mit der zwingend festgesetzten Zweigeschossigkeit soll verhindert werden, dass eine eingeschossige stadtrandtypische Bebauung entsteht. Gleichzeitig kann eine optische Drei- oder Viergeschossigkeit, wie sie im Bereich des gründerzeitlich geprägten Geschossbaus auftritt, ausgeschlossen werden.

II - III Vollgeschosse

WA 2, WA 2.1, WA 2.2, WA 2.3, MI 1, MI 1.1, MI 1.2, MI 1.3 : In den Straßenzügen außerhalb der Okerumflut, wie z.B. in der Moltkestraße, Bismarckstraße, Adolfstraße, Hennebergstraße, Obergstraße oder in der Campestraße, in denen eine gründerzeitliche Bebauung vorherrscht, werden mindestens zwei und maximal drei Vollgeschosse festgesetzt. Dies orientiert sich am Bestand sowie den Vorgaben der Wallringsatzung, die für diese Straßenzüge ebenfalls eine Bebauung mit höchstens drei Vollgeschossen festsetzt.

Auch in einigen Bereichen innerhalb der Okerumflut hat sich eine höhere Bebauung entwickelt, wie z.B. in der Straße Am Windmühlenberg (WA 2.1-nicht Wallringsatzung) oder in den Bereichen, die den Wallring kreuzenden Straßen, wie z.B. Am Fallersleber Tore/ Theaterwall (MI1), an der Museumstraße/Magnitorwall (WA 2.2, MI 1), der Leonhardstraße/Steintorwall (WA 2.3, MI 1) oder der Kurt-Schumacher-Straße/ Löwenwall (MI 1). In diesen Bereichen werden ebenfalls mindestens zwei und maximal drei Vollgeschosse festgesetzt. Dies entspricht dem Bestand und in Teilen auch der Wallringsatzung, die für die Museumstraße eine Bebauung mit höchstens drei Vollgeschossen festsetzt. Die Leonhardstraße, die Straße Am Fallersleber Tore und die Kurt-Schumacher-Straße sind nicht Teil der Wallringsatzung.

Der Baublock am Klint (MI 1.3) wird bestandsorientiert mit mindestens zwei und maximal drei Vollgeschossen festgesetzt.

Zwingend III Vollgeschosse

MI 3, MI 3.1: Die Jasperallee, die als städtebaulicher Höhepunkt des östlichen Ringgebietes vom Theater bis zum Stadtpark reicht, liegt in ihrem westlichsten Teil im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes. Der Bereich ist durch eine dreigeschossige, aufgrund der geschlossenen Bauweise recht massiv wirkende Bebauung geprägt und bildet gleichsam den Auftakt der Allee. Diesen Charakter erhaltend wird eine zwingende Dreigeschossigkeit festgesetzt. Die Festsetzung entspricht damit auch der Vorgabe der Wallringsatzung, die für die gesamte Allee eine Bauung mit höchstens drei Vollgeschossen festsetzt.

II - IV Vollgeschosse

MI 3.3: Entlang der Wolfenbütteler Straße hat sich trotz der Vorgaben der Wallringsatzung, die für die gesamte Straße eine höchstens zweigeschossi-

ge Bebauung festschreibt, eine recht heterogene Bebauung entwickelt. Den Bestand berücksichtigend wird daher eine Bebauung mit mindestens zwei und höchstens vier Vollgeschossen festgesetzt.

III - IV Vollgeschosse

WA 3: Das im Einmündungsbereich der Moltkestraße liegende, aber bereits zur Kasernenstraße gehörende Grundstück ist Teil des Geltungsbereiches. Die viergeschossige Gründerzeitbebauung dieses Grundstücks prägt mit ihrem massiven Giebel den Kreuzungsbereich. Die Bebauung wird daher bestandsorientiert mit mindestens drei und maximal vier Vollgeschossen festgesetzt und der zum Kreuzungsbereich orientierte Teil des Grundstücks ist von Bebauung freizuhalten.

MI 3.2: Der zwischen dem Augusttorwall und dem John-F.-Kennedy-Platz gelegene dreigeschossige Baublock stellt aufgrund seiner exponierten Lage eine besondere städtebauliche Situation dar. Es handelt sich um einen in Mittellage städtischer Hauptverkehrsstraßen gelegenen Baublock mit erheblicher Fernwirkung. Diese Situation berücksichtigend werden bestandsorientiert mindestens drei und maximal vier Vollgeschosse festgesetzt. Der Augusttorwall ist nicht Teil der Wallringsatzung.

Zwingend IV Vollgeschosse

MI 4: Die auf der Nordseite der Leonhardstraße gelegene geschlossene Zeile viergeschossiger Bauten wird bestandsorientiert mit zwingend vier Vollgeschossen festgesetzt. Damit wird sichergestellt, dass sich Neubauten in das vorhandene Bild einfügen und die lange Front der einheitlich gestalteten Häuser nicht durch eine niedrigere oder wesentlich höhere Bebauung gestört wird. Die Leonhardstraße ist nicht Teil der Wallringsatzung.

Bereiche ohne Festsetzung der Anzahl der Vollgeschosse

Für den überwiegenden Teil der **Gemeinbedarfsflächen** (Theater, Herzog-Anton- Ulrich-Museum, St. Vinzenz-Krankenhaus, Wilhelm-Gymnasium) werden nicht die Anzahl der Vollgeschosse, sondern nur bestandsorientiert maximale Gebäudehöhen festgesetzt. Es handelt sich um große, frei stehende Gebäude, die sich gegenüber der übrigen Bebauung sowohl von ihrem Bauvolumen, als auch von ihrer Gebäudehöhe und Nutzung absetzen.

Ausnahmen hiervon bilden die Erweiterungsfläche für das St.-Vinzenz-Krankenhaus in der Bismarckstraße (II-III Vollgeschosse) sowie die Gemeinbedarfsfläche für den bestehenden Kindergarten am Magnitorwall 7 (zwingend II Vollgeschosse). In beiden Bereichen sollen sich die Gemeinbedarfsbauten in die vorhandene, villenartige Baustruktur einfügen.

Überschreitung der festgesetzten Anzahl der Vollgeschosse

Insbesondere in den gründerzeitlich geprägten Bereichen außerhalb der Okerumflut kann der Fall eintreten, dass aufgrund der festgesetzten Anzahl der Vollgeschosse ein Dachausbau nicht möglich wäre. Dachgeschosse

können Vollgeschosse sein, wenn sie über mehr als zwei Drittel der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses eine lichte Höhe von 2,20 m und mehr aufweisen. Um bei noch nicht ausgebauten Dächern bestehender Gebäude die Nutzung der Dachgeschosse für Wohnzwecke dennoch zu ermöglichen, wird daher eine Überschreitungsmöglichkeit der festgesetzten Anzahl der Vollgeschosse in den Bebauungsplan aufgenommen. Die festgesetzte Überschreitungsmöglichkeit gilt nur für Bestandsgebäude. Die Überschreitung darf ein Vollgeschoss nicht übersteigen, um ein Einfügen des Gebäudes in die umgebende Bebauung nach wie vor gewährleisten zu können. Darüber hinaus sind die vorhandenen Trauf- und Gebäudehöhen einzuhalten.

5.4.3 Höhen baulicher Anlagen

Zusätzlich zur Anzahl der Vollgeschosse werden die Trauf- und Gebäudehöhen bestandsorientiert festgesetzt, um Neubauten den historischen Vorbildern der Wallbebauung anzupassen und insbesondere entlang der ehemaligen Promenaden ein möglichst homogenes städtebauliches und architektonisches Bild zu vermitteln. Die Bestandshöhen wurden stichpunktartig über Luftbilder ermittelt.

In Anpassung an die historische Bausubstanz und den repräsentativen Baustil werden im Verhältnis zur festgesetzten Anzahl der Vollgeschosse hohe Mindesttraufhöhen festgesetzt, um darüber die für die historische Bebauung typischen Sockel- und Attikaausbildungen sowie hohe Geschosshöhen zu initiieren. So werden beispielsweise für eine Bebauung mit zwingend zwei Vollgeschossen, Mindesttraufhöhen von 8 m und Maximalwerte von 12 m festgesetzt. Eine 8 m hohe Traufausbildung kann z.B. über zwei mal 3 m für die Geschosse sowie jeweils 1 m für Sockel und Attika, Drempel oder Kniestock erreicht werden.

Für die Bebauung, die mit mindestens zwei und maximal drei Vollgeschossen festgesetzt ist, sind die Traufhöhen entsprechend höher mit mindestens 11 m (z.B. drei mal 3 m und jeweils 1 m für Sockel und Attika) und maximal 14 m festgesetzt. Für die Bereiche, in denen eine Bebauung mit mindestens zwei oder drei und maximal vier Vollgeschossen bzw. zwingend vier Vollgeschossen festgesetzt ist, werden Mindesttraufhöhen zwischen 11 m und 16 m und maximal 18 m festgesetzt.

Die festgesetzten Mindesttraufhöhen dürfen in Ausnahmefällen um maximal 2 m unterschritten werden, wenn eine Neubebauung nur mit außergewöhnlichen bauordnungsrechtlichen Schwierigkeiten zu realisieren ist oder aufgrund der einzuhaltenden Abstände zur Nachbarbebauung unmöglich wäre. Mit dieser Ausnahme von der festgesetzten Mindesttraufhöhe soll vermieden werden, dass sich ein Neubau beispielsweise aufgrund der sich nach hinten verjüngenden Grundstücksgrenzen ebenfalls verschmälern muss, um das Bauordnungsrecht einzuhalten. Aus gestalterischen Gründen wird in diesem Fall auf einen möglichst einheitlichen Gebäudekubus unter Einhaltung der festgesetzten Mindestgebäudebreiten von 10 m Wert gelegt (vgl. Pkt. 5.4.4).

Zusätzlich zu den Traufhöhen werden die maximalen Gebäudehöhen festgesetzt, um einen möglichst einheitlichen oberen Dachabschluss zu gewähr-

leisten und um zu steile und damit für die Umgebung untypische Dachneigungen zu vermeiden. Die Dachneigungen sind zusätzlich in den gestalterischen Festsetzungen geregelt.

Zu hohe Gebäudesockel können zum Straßenraum einen abweisenden Eindruck vermitteln. Daher wird die höchst mögliche Sockelhöhe mit 1,50 m festgesetzt. Mit der Festlegung der Maximalhöhen für Sockel kann einer negativen Gestaltwirkung auf den Straßenraum vorgebeugt werden. Dies ist besonders wichtig, da die Bebauung straßenbegleitend ausgebildet werden soll.

Die Gebäude der Gemeinbedarfsflächen (bis auf den Erweiterungsbereich des Krankenhauses) , die Gerloffsche Villa am Löwenwall (**WA 1.1**) und die ehemalige Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße (**MI 2**) sind von dieser Festsetzung ausgenommen. Bei den Gebäuden handelt es sich um Solitärebauten (freistehend), die aufgrund der großen Bauvolumen in der Regel höhere Sockel aufweisen.

Die Ausbildung von Sockeln ist nicht zwingend festgelegt. Es können also unter Einhaltung der festgesetzten Mindesttraufhöhen auch Gebäude ohne Sockel errichtet werden. Auf eine Festsetzung der Mindesthöhe von Sockeln wird verzichtet, um altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ohne größere Rampenanlagen zu ermöglichen.

Technische Anlagen wie Schornsteine oder Aufzüge, konstruktiv bedingte Bauteile wie Überzüge, Satelliten, Antennen und Lüftungsanlagen sind notwendige Anlagen. Sie dürfen jedoch die Dachlandschaft und den öffentlichen Raum nicht übermäßig stören, indem sie die festgesetzte Gebäudehöhe beliebig überschreiten. Innerhalb der Baugebiete dürfen die technischen Anlagen die festgesetzte maximale Gebäudehöhe nur um 1 m überschreiten. Damit sie vom Fußweg nicht eingesehen werden können und als störend empfunden werden, sind sie mindestens 1 m von der Dachkante zurückzusetzen.

Die Blätter 1 + 2 in der Anlage zur Begründung verdeutlichen die festgesetzten Gebäudekubaturen in ihrer möglichen Minimal- und ihrer möglichen Maximalvariante.

5.4.4 Gebäudebreiten

Ausgehend von den vorhandenen Bauvolumina wird im gesamten Geltungsbereich im Sinne des § 22 BauNVO eine Mindestgebäudebreite von 10 m sowie eine maximale Gebäudebreite von 18 m festgesetzt. Die Werte beziehen sich auf die Länge der straßenseitigen Fassadenansicht der einzelnen baulichen Anlage. Doppelhäuser dürfen an der Straßenseite eine Gesamtbreite von 28 m nicht überschreiten. Diese Werte orientieren sich am Bestand. Damit wird garantiert, dass sich Neubauten in die vorhandene bauliche Umgebung einfügen. Es werden sowohl zu große als auch zu kleine Baukörper verhindert. Mit der Mindestbreite soll darüber hinaus städtebaulich eine Straßenraumkante gesichert werden, mit der maximalen Breite hinge-

gen der durchgrünte Charakter des Wallringgebietes auch von der öffentlichen Straße aus erlebbar bleiben.

Die festgesetzten Mindestgebäudebreiten dürfen in Ausnahmefällen um maximal 1 m unterschritten werden, wenn eine Neubebauung nur mit außergewöhnlichen bauordnungsrechtlichen Schwierigkeiten zu realisieren oder aufgrund der einzuhaltenden Abstände zur Nachbarbebauung unmöglich wäre. Diese Festsetzung korrespondiert mit der ausnahmsweisen Unterschreitungsmöglichkeit der Mindesttraufhöhe und berücksichtigt die Tatsache, dass im östlichen Wallringbereich die tatsächlich vorhandenen Grundstücksbreiten teilweise nur wenig mehr als 10 m aufweisen (vgl. Pkt. 5.4.3).

Von der Festsetzung der Gebäudebreiten ausgenommen sind die Sondergebiete, die Gemeinbedarfsflächen sowie die Allgemeinen Wohngebiete in der Peter-Joseph-Krahe-Straße (**WA 1.2**), die Gerloffsche Villa am Löwenwall (**WA 1.1**), die Mischgebiete in der Obergstraße (**MI 1.2**) und am Klint (**MI 1.3**), die ehem. Villa Rimpau in der Wolfenbütteler Straße (**MI 2**), die Mischgebiete an der Jasperallee (**MI 3.1 und MI 4**) sowie in der Leonhardstraße und das Mischgebiet am Augusttorwall (**MI 3.2**).

Bei den Gebäuden der Gemeinbedarfsflächen sowie dem WA 1.1 (Gerloffsche Villa) und dem MI 2 (Rimpausche Villa) handelt es sich in der Regel um die großen freistehenden Gebäude (Solitäre) am Wallring, so dass aufgrund der Bauweise von dieser Regelung abgewichen wird. Die Gebäude im Bereich der Sondergebiete sind aufgrund der besonderen Nutzung von der Festsetzung ausgenommen. In den Mischgebieten an der Jasperalle und in der Leonhardstraße weichen die Gebäudebreiten aufgrund der dort vorhandenen Bauweise ab. In der Peter-Joseph-Krahe-Straße sowie in der Obergstraße und am Klint besteht aufgrund der dort vorhandenen Baustruktur keine städtebauliche Notwendigkeit der Festsetzung von Gebäudebreiten. Bei dem in Mittellage öffentlicher Verkehrsflächen gelegenen Baublock am Augusttorwall (**MI 3.2**) sind insbesondere bei den Eckgebäuden abweichende Gebäudebreiten städtebaulich vertretbar.

5.5 Bauweise

Fast im gesamten Planungsgebiet wird eine offene Bauweise mit Einzel- und Doppelhäusern festgesetzt. Dies entspricht dem Charakter der vorhandenen Bebauung sowie den Vorgaben der Wallringsatzung. Die Festsetzung korrespondiert mit den Festsetzungen zu den Gebäudebreiten.

Entlang der ehemaligen Promenaden (**WA 1, WA 1.1, MI 2**) werden der villenartigen Bebauung entsprechend ergänzend zur Festsetzung der offenen Bauweise ausschließlich Einzelhäuser festgesetzt.

Für die Gründerzeitbebauung in der Jasperallee und in der Leonhardstraße (**MI 3.1 und MI 4**) wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Hier ist die Bebauung bestandsorientiert als Grenzbebauung auszuführen.

Der Nutzung und vorhandenen Bauweise entsprechend wird für den überwiegenden Teil der Gemeinbedarfsflächen sowie für die Sondergebiete keine Bauweise festgesetzt.

5.6 Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Flächen orientieren sich an den vorhandenen Straßenverläufen. Sie werden orientierend am Bestand und am noch rechtskräftigen Bebauungsplan IN 1 überwiegend in einer Tiefe von 17,50 m straßenbegleitend festgesetzt (vgl. hierzu auch Punkt 5.4.1). Damit werden Hinterliegerbebauungen vermieden und Überbauungen der zum Teil großen, parkartigen Gärten verhindert.

Um den Charakter der ehemaligen Promenaden zu erhalten und die straßenraumbildende Wirkung der Bebauung insgesamt zu stärken, werden entlang allen Straßen Baulinien festgesetzt. Sie liegen entweder direkt auf den Straßenbegrenzungslinien oder grenzen an die festgesetzten Vorgärten an.

Ausgenommen hiervon sind sämtliche Solitärbauten (freistehende Gebäude), da sie aufgrund ihrer Lage nicht straßenraumbestimmend sind, so dass eine Sicherung über Baulinien nicht notwendig ist.

Auf den Baulinien ist gemäß § 23 Abs. 2 BauNVO zu bauen. Damit wird der Straßenraum in seiner räumlichen Wirkung gestärkt. Textlich ist festgesetzt, dass ein Vortreten von untergeordneten Gebäudeteilen wie z.B. Erkern bis zu einer Tiefe von 1 m zulässig ist. Dies entspricht den historischen Vorbildern. Ein Zurücktreten von Gebäudeteilen hingegen ist entlang der festgesetzten Baulinien unzulässig, um die angestrebte räumliche Wirkung nicht zu verwässern.

Die zu den Gärten orientierten Baugrenzen dürfen ausnahmsweise mit maximal 3 m tiefen Gebäudevorsprüngen überschritten werden. Die Vorsprünge dürfen maximal 50 % der Gebäudebreite betragen und die Gebäudeecken sind auszusparen. Damit werden bauliche Erweiterungen in Richtung der Gärten ermöglicht und zugleich wird einer städtebaulich unerwünschten Massivität der Gebäude vorgebeugt. Beeinträchtigungen in Richtung der angrenzenden Nachbarn können mit dieser Festsetzung vermieden werden. Die Überschreitungsmöglichkeiten gelten nicht im Bereich angrenzender, festgesetzter privater Grünflächen, da sie innerhalb dieser baulichen Anlagen unzulässig bzw. stark eingeschränkt sind.

Textlich wird festgesetzt, dass an rechtmäßig errichteten Gebäuden außerhalb der festgesetzten Bauflächen sowie an rechtmäßig errichteten Gebäuden, die im Bereich privater Grünflächen liegen, ausnahmsweise bis zu 1 m vortretende Gebäudeteile wie z. B. Balkone, Windfänge oder Erker angebracht werden dürfen. Der Gebäudebestand außerhalb überbaubarer Flächen hat zwar Bestandsschutz, Sanierungsmaßnahmen, die über den Bestandsschutz hinausgehen oder die vorhandene Kubatur des Gebäudes verändern, sind aber unzulässig. Diese Festsetzung ermöglicht somit Wohnwerterhöhungen am außerhalb der überbaubaren Flächen gelegenen Ge-

bäudebestand, ohne damit die anderen Festsetzungen, die dem Schutz der Gärten dienen, zu konterkarieren.

5.7 Nicht überbaubare Grundstücksflächen

Der ruhende Verkehr ist weitestgehend innerhalb der überbaubaren Flächen unterzubringen. Einzig nicht überdachte Stellplätze, Nebenanlagen und Tiefgaragen sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig. Um die Bereiche der nicht überbaubaren Flächen (in der Planzeichnung hellgrün dargestellt) nicht in einer Weise zu versiegeln, die den eingangs genannten Planungszielen zuwiderläuft, sollen die Grundflächen von Stellplätzen und Nebenanlagen im Sinne des § 19 Abs. 4 BauNVO die zulässigen Grundflächen nur bis zu 40 vom Hundert (40 %) überschreiten dürfen. Bezogen auf die Festsetzung einer maximalen Grundfläche von 342 m² heißt das, dass im Bereich der nicht überbaubaren Grundstücksflächen zusätzlich noch ca. 137 m² Fläche für z.B. vier Stellplätze mit der dazugehörigen Zu- und Abfahrt und evtl. noch Fläche für ein Nebengebäude oder eine Terrasse möglich ist. Eine darüberhinausgehende Versiegelung ist nicht beabsichtigt.

Diese Festsetzung soll nicht für Tiefgaragen gelten. Tiefgaragen dürfen gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO die zulässigen Grundflächen bis zu 50 vom Hundert überschreiten (171 m²), da der ruhende Verkehr vorzugsweise in Tiefgaragen unterzubringen ist. Sie haben in dem Fall die unter Punkt 5.8 beschriebenen Auflagen zu erfüllen.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes werden im Anschluss an öffentliche Verkehrsflächen in einigen Bereichen nicht überbaubare Flächen festgesetzt. Es sind Gärten oder Bereiche in denen die Bebauung nicht direkt an die öffentliche Verkehrsfläche grenzt. Die so entstandenen Vorflächen sind befestigt und bestimmen den Charakter der öffentlichen Straßenräume ganz wesentlich mit. Es handelt sich um die kleinen Plätze im Vorfeld der Gebäude Helmstedter Straße/Ecke Adolfstraße und Helmstedter Straße/Ecke Parkstraße. Diese kleinen platzartigen Aufweitungen sind im Zusammenhang mit der historischen Platzfolge der Torhäuser zu betrachten. Weiter handelt es sich um das Vorfeld der auf der Nordseite der Leonhardstraße bestehenden gründerzeitlich geprägten Bauzeile.

Für diese Flächen wird festgesetzt, sie von Nebenanlagen und Stellplätzen freizuhalten. Fahrradabstellanlagen sind zulässig. Hingegen sollen Restmüll- und Wertstoffbehälter nur ausnahmsweise zulässig sein. Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit von Restmüll- und Wertstoffbehältern ist, dass der öffentliche Straßenraum durch die Aufstellungsart und die Anzahl der Container in seinem Erscheinungsbild nicht beeinträchtigt wird.

5.8 Stellplätze und Garagen

Um die störenden Wirkungen des ruhenden Verkehrs in diesem stadträumlich und stadthistorisch so herausragenden Bereich minimieren zu können, sind Garagen und offene Garagen (Carports) nur innerhalb der überbauba-

ren Flächen zulässig. Darüber hinaus sind sie aus dem vorgenannten Grund nur in Mindestabständen von 3 m zu den Straßen und von 1 m zu sonstigen öffentlichen Flächen zulässig.

Tiefgaragen und nicht überdachte Stellplätze sind auch außerhalb überbaubarer Flächen zulässig, wenn die Tiefgaragen eine vegetationsfähige Überdeckung aufweisen, mit der Geländeoberfläche niveaugleich abschließen und begrünt werden. Tiefgaragen dürfen, wenn sie die vorgenannten Bedingungen erfüllen, ausnahmsweise auch in den festgesetzten Vorgärten liegen. Dies entspricht dem übergeordneten Planungsziel Einstellplätze vorzugsweise in Tiefgaragen unterzubringen. Stellplätze hingegen dürfen weder in den festgesetzten, noch in den bestehenden Vorgärten angelegt werden, um die Wirkung dieser für den Straßenraum nicht einzuschränken.

Innerhalb der festgesetzten Grünflächen sind Stellplätze und Garagen unzulässig, um die bestehenden Grün- und Freiraumstrukturen zu schützen. Lediglich auf den sehr großen Grundstücken der Gerloffschen Villa am Löwenwall (**WA 1.1**) und der ehemaligen Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße (**MI 2**) sind Tiefgaragen ausnahmsweise auch im Bereich privater Grünflächen zulässig, wenn die vorgenannten Bedingungen eingehalten werden und die parkartige Gestaltung der Gärten nicht beeinträchtigt wird. Weitere Festsetzungen zur Gestaltung und Anlage von Stellplätzen werden im Zusammenhang mit den grünordnerischen Festsetzungen getroffen, siehe dazu auch Pkt. 5.11.3.

Weiterhin wird, um den Versiegelungsgrad zu minimieren und insbesondere um die festgesetzten Vorgärten in ihrer Wirkung zu stärken, pro Grundstück nur eine Zu- und Ausfahrt mit einer Gesamtbreite von max. 3 m zugelassen.

Von dieser Festsetzung ausgenommen sind die Gemeinbedarfsflächen, die Sondergebiete sowie das Mischgebiet MI 2 (ehem. Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße). Für diese Bereiche ist bereits jetzt absehbar, dass die Festlegung auf eine Zu- und Ausfahrt mit einer maximalen Breite von 3 m aus Brandschutzgründen nicht möglich ist. Es handelt sich oftmals um Gebäude, die in der Regel über mehr als einen Brandabschnitt in die Tiefe ausgedehnt sind, so dass 3 m breite Zu- und Ausfahrten nicht ausreichend sind. Bei den Sondergebieten könnte die Gebietsnutzung zu Konflikten mit dieser Festsetzung führen, so dass auch dort Ausnahmen möglich sind. Wenn brandschutztechnische Notwendigkeiten es erfordern, sind generell Ausnahmen von dieser Festsetzung möglich.

5.9 Nebenanlagen

Nebenanlagen, wie z.B. Gartengerätehäuser oder Terrassen, sind außerhalb der überbaubaren Flächen im Sinne des § 23 Abs. 5 BauNVO zulässig. Im Bereich der festgesetzten privaten Grünflächen sind sie hingegen stark reglementiert, um die Grün- und Freiraumstrukturen zu schützen und strukturverändernde Verdichtungen zu vermeiden. Nebenanlagen sind mit Ausnahme von Einfriedungen im Bereich der festgesetzten Vorgärten unzulässig,

um diese in ihrer Wirkung für den öffentlichen Straßenraum nicht zu beeinträchtigen.

Bootshäuser und Stege sollen, vorbehaltlich notwendiger wasserrechtlicher Genehmigungen, in privaten Grünflächen mit einer Mindestgröße von 500 m² bzw. ab einer Uferlänge von mind. 20 m auf den Grundstücken an der Okerumflut zulässig sein. Damit wird man dem veränderten Freizeitverhalten gerecht. Auch diese Einrichtungen sind in ihrer Größe beschränkt, um negativen Beeinträchtigungen der öffentlich zugänglichen Okerumflutgräben vorzubeugen. Die an die Oker grenzenden Gemeinbedarfsflächen (St.-Vinzenz-Krankenhaus und Wilhelm-Gymnasium) sind aufgrund ihrer Nutzung von den Größenbeschränkungen für Stege ausgenommen.

5.10 Öffentliche Verkehrsflächen

Die festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen entsprechen dem Bestand vorhandener Straßen und Wege im Planungsgebiet.

Neue Festsetzungen werden in geringem Ausmaß für den Fuß- und Radverkehr getroffen (vgl. Punkt 5.10.3) sowie in Bereichen, in denen Ergänzungen der öffentlichen Straßenverkehrsfläche notwendig werden. So wird der geplante Wendehammer am Ende der Peter-Joseph-Krahe-Straße planungsrechtlich gesichert. Die Peter-Joseph-Krahe-Straße wird derzeit überplant und soll 2016 erneuert werden. Die derzeit als Umfahrung genutzte Wegeverbindung zwischen der Peter-Joseph-Krahe-Straße und der Hennebergstraße soll für den motorisierten Verkehr künftig gesperrt werden und die Peter-Joseph-Krahe-Straße soll als Sackgasse enden. Dafür ist aufgrund der Länge und Uneinsehbarkeit des Straßenendes zwingend ein Wendehammer erforderlich. Der vorhandene Weg zwischen der Peter-Joseph-Krahe-Straße und der Hennebergstraße soll künftig nur für Fußgänger und Radfahrer genutzt werden können. Es handelt sich um eine wichtige Radwegeverbindung im Zuge des Fahrradstraßenkonzeptes. Sie wird als Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Fuß- und Radweg ebenfalls planungsrechtlich gesichert.

Am Kreuzungspunkt von Museumstraße und Steintorwall wird das historische Ensemble als kreisförmige öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung öffentlicher Platzraum festgeschrieben. Der Löwenwall sowie die durch Grünflächen bestimmten kleineren Plätze im Bereich der Ausfallstraßen (Am Fallersleber Tore, Museumstraße, Leonhardstraße) werden als öffentliche Grünflächen ebenfalls mit der Zweckbestimmung des öffentlichen Platzraums festgesetzt (vgl. Punkt 5.10.4).

Im Kreuzungsbereich der Kurt-Schumacher-Straße mit dem Wallring sollen, dem übergeordneten Planungsziel entsprechend, die öffentlichen Verkehrsflächen enger gefasst und zugunsten öffentlicher Grünflächen zurückgedrängt werden. Damit kann die Wahrnehmung und Erlebbarkeit des Wallrings gestärkt werden.

So soll der Platz, auf dem früher einmal die Reiterstandbilder standen, ein von Grünflächen bestimmter Platz werden (vgl. Pkt. 5.10.4). Darüber hinaus

sollen auf der Südseite der Kurt-Schumacher-Straße Verkehrsflächen zurückgebaut werden. Voraussetzung dafür ist der Entfall des Parkstreifens mit der angrenzenden ehemaligen Bushaltestellen-Wartefläche auf der Südseite der Kurt-Schumacher-Straße sowie die Reduzierung der Breite des auf der Südseite der Kurt-Schumacher-Straße gelegenen Gehweges von derzeit ca. 6 m auf insgesamt 3 m. Weitere Reduzierungen der öffentlichen Verkehrsflächen wären möglich, wenn die derzeit in Mittellage vorhandene Bushaltestelle an den Fahrbahnrand verlegt werden würde. Allerdings verschlechtern sich bei dieser Lösung die Umsteigewege der Fahrgäste, so dass diese Überlegung den Planungen nicht zu Grunde gelegt wurde.

5.10.1 Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV

Das innerstädtische Quartier ist hervorragend an den ÖPNV angebunden. An verschiedenen Stellen queren bzw. tangieren unterschiedliche Linien den östlichen Teil des Wallrings.

Entlang des Theater- und Magnitorwalls sowie auf sämtlichen den Wallring kreuzenden Straßen verkehren verschiedenste Stadt- und Regionalbuslinien. Die Straßenbahn verbindet über den Magnitorwall/Leonhardstraße, die Kurt-Schumacher-Straße und die Wolfenbütteler Straße die Außenbezirke Braunschweigs mit der Innenstadt.

5.10.2 Motorisierter Individualverkehr, MIV

Das Planungsgebiet ist über die vorhandenen Haupteerschließungsstraßen an das übergeordnete Straßennetz angebunden. Der Bau weiterer Erschließungsstraßen wird mit diesem Plan nicht vorbereitet.

5.10.3 Fuß- und Radverkehr

Die bestehenden öffentlichen Fuß- und Radwege liegen entweder im Bereich öffentlicher Verkehrs oder öffentlicher Grünflächen und sind im Plan nicht gesondert dargestellt.

Im Planungsgebiet bestehen folgende bedeutsame Fuß- und Radwegeverbindungen:

- die klassische Wallringpromenade, bestehend aus Theaterwall, Magnitorwall, Löwenwall,
- für den Radverkehr sind sämtliche den Wallring kreuzenden Straßen sowie die außerhalb der Okerumflut gelegenen Straßenzüge von der Moltkestraße, über die Bismarckstraße, Parkstraße, bis hin zur Adolfstraße, Campestraße, Hennebergstraße bedeutsam,
- für die Fußgänger stellen vor allem die historischen Parkanlagen attraktive Wegeverbindungen dar, da sie insbesondere den Zugang zum Wasser ermöglichen.

Dem übergeordneten Planungsziel folgend, die öffentliche Wahrnehmung und Erlebbarkeit der Oker zu stärken und das öffentliche Wegenetz entlang der Umflutgräben mit entsprechenden Vernetzungen in die umliegenden Quartiere auszubauen, werden auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes „Wallring“ ergänzende Festsetzungen von Fuß- und Radwegen getroffen. Die neuen Wege werden als Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung Fuß- und Radweg oder mit der Zweckbestimmung Fußweg festgesetzt, so dass in der Planzeichnung das ergänzende Wegenetz gut deutlich wird. Da es sich um Wege innerhalb öffentlicher Grünflächen handelt, werden die im Folgenden aufgeführten Wege künftig aber nicht in der Baulast des Fachbereiches Tiefbau und Verkehr liegen. Konkrete Planungen für die Wegeverbindungen liegen derzeit noch nicht vor. Sie sind mittel-bis langfristig geplant.

Folgende Wegeverbindungen sollen ausgebaut bzw. neu angelegt werden:

1. Die beiden Teile des Botanischen Gartens sollen entlang der Oker über eine Fußwegeverbindung miteinander verbunden werden. Die Idee besteht bereits seit etlichen Jahren und soll im Zuge dieses Bebauungsplanes planungsrechtlich gesichert werden. Da es sich um eine Wegeverbindung zwischen zwei privaten Grundstücken handelt, wird der Weg als privater Weg festgesetzt. Der Zugang der Öffentlichkeit wird im Plan sichergestellt.
2. Der von der Kasernenstraße zur Oker führende öffentliche Fußweg soll über eine Fußgängerbrücke mit dem Theaterpark verbunden werden.
3. Der vom Löwenwall kommende und unter der Kurt-Schumacher-Straße geführte bestehende öffentliche Fußweg an der Oker soll entlang des stadteigenen Grundstücks in Richtung Süden weitergeführt werden. Im Bereich des angrenzenden privaten Grundstücks in der Straße Am Windmühlenberg 6 ist eine Steglösung über die Oker angedacht. Auf der Höhe des Okerbogens ist eine Fußgängerbrücke geplant, die die Verbindung zum bestehenden öffentlichen Weg im Bereich Rimpaus Garten herstellt.
4. Die bestehenden öffentlichen Wegeverbindungen über den Windmühlenberg und entlang Rimpaus Garten sollen in Richtung Westen an der Oker fortgesetzt werden. Zwischen der Wolfenbütteler Straße und dem Bürgerpark ist daher auf der Nordseite der Oker, entlang des Stadtbades, eine durchgängige öffentliche Fuß- und Radwegeverbindung geplant.

Der geplante Weg soll über das südlich der Straße Am Windmühlenberg gelegene stadteigene Grundstück direkt an den vorhandenen Weg zum Windmühlenberg anschließen. Damit erhält der derzeit etwas versteckt gelegene Weg zum Windmühlenberg eine direkte Anbindung und Fortsetzung in Richtung Westen.

Voraussetzung für die Herstellung einer über die Wolfenbütteler Straße führenden, direkten Wegeverbindung entlang der Oker, ist der Ab-

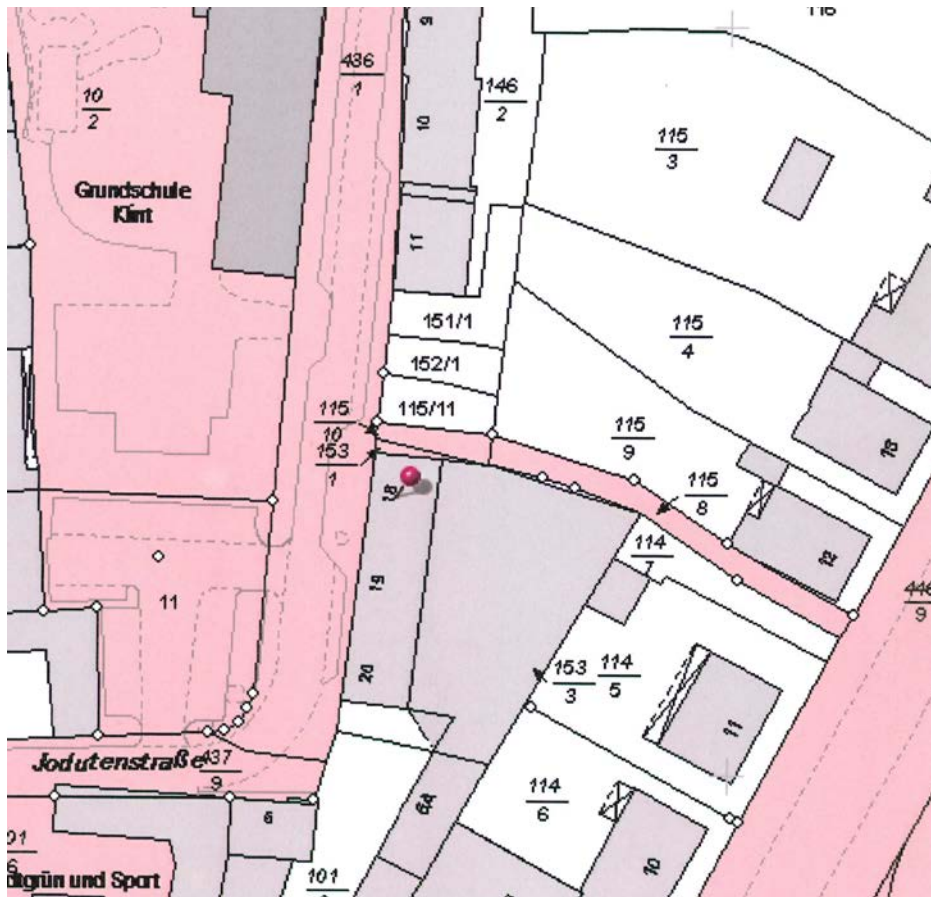
riss/Verlagerung des 1958 errichteten Trafohauses am Augusttorwall sowie der Abriss der in diesem Bereich ebenfalls bestehenden ehemaligen Toilettenanlage. Die Gebäude werden derzeit von der Verkehrs- und der Versorgungs AG genutzt. Der Abriss der ehem. Toilettenanlage ist ohne Probleme möglich. Bei einem Abriss des ehemaligen Trafohauses müsste nach bisherigen Abstimmungen, ein an die aktuellen Erfordernisse angepasster Neubau direkt an der Straße errichtet werden.

Wegeverbindung zwischen Klint und Löwenwall

Die Stadt Braunschweig ist Eigentümerin eines schmalen Grundstücksstreifens (Flurstücke 115/8, 115/10 und 153/1) zwischen Klint (Ostseite) und Löwenwall (Westseite). Auf diesem durch einen Höhenunterschied von ca. 4-5 m gekennzeichneten Grundstück, das zwischen den Grundstücken Löwenwall Nr. 11 und 12 in den Löwenwall mündet, ist bereits seit langem eine öffentliche Fußwegeverbindung geplant. Aufgrund des bestehenden Höhenunterschiedes ist ein Weg mit Stufen und Rampenanlagen auszuführen.

Der Weg wurde bereits in Verbindung mit der Sanierung des Magniviertels geplant. Mit dem Weg soll in der Art der Braunschweiger Steigen und Twesten ein direkter Zugang von den Wohnbereichen des Magniviertels zum Löwenwall geschaffen werden. Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 28. Juni 2005 dem Bau der Fußwegeverbindung zugestimmt und auf Basis einer Kostenschätzung in Höhe von 49.000 Euro die Herstellung des Weges beschlossen. Darauf hin hatte der Rat am 27. September 2005 die öffentliche Widmung des Weges verfügt.

Gegen die Widmung des Weges hatten die Nachbarn geklagt. In einem sechs Jahre währenden Gerichtsverfahren hatte die Stadt zwar obsiegt, die damals zweckgebundenen finanziellen Mittel aus dem ehemaligen Sanierungsgebiet standen dann aber nicht mehr zur Verfügung, so dass der Weg bisher nicht umgesetzt wurde.



Trotz der nicht mehr zur Verfügung stehenden Finanzmittel, soll die Planung weiterverfolgt werden. Der geplante Weg wird als öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Fußweg planungsrechtlich gesichert. Für die Umsetzung des geplanten Fußweges sind gesonderte Beschlüsse auf der Grundlage einer aktuellen Kostenschätzung notwendig.

5.10.4 Öffentliche Platzräume

Plätze mit besonderer historischer Bedeutung für die Wallringpromenaden wurden, ihrem städtebaulichen Gesamteindruck folgend, als öffentliche Grün- oder Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung des öffentlichen Platzraums festgesetzt.

Löwenwall

Der in seiner Grundform an antike Pferderennbahnen erinnernde Platz zählt zu den markantesten Plätzen im Bereich des Braunschweiger Wallrings. Er wurde ab 1818 nach den Plänen von Peter Joseph Krahe realisiert. Der im Zentrum des Platzes stehende Obelisk steht in direkter Blickbeziehung zum Steintorwall und zum Windmühlenberg. Bis 1959 verband die Ottmerbrücke den Löwenwall mit der gegenüberliegenden Okerseite.

Die ursprünglich vorhandene Verbindung des Löwenwalls zum Windmühlenberg wurde mit dem Bau der Kurt-Schumacher-Straße sowie der Abtragung des Windmühlenbergs unterbrochen und ist heute kaum noch erlebbar.

Der rechteckige, mit halbrunden Abschlüssen angelegte Rasenplatz wird als öffentliche Grünfläche, mit der Zweckbestimmung öffentlicher Platzraum planungsrechtlich gesichert. Die diesen Bereich einfassenden Straßenflächen werden als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt.

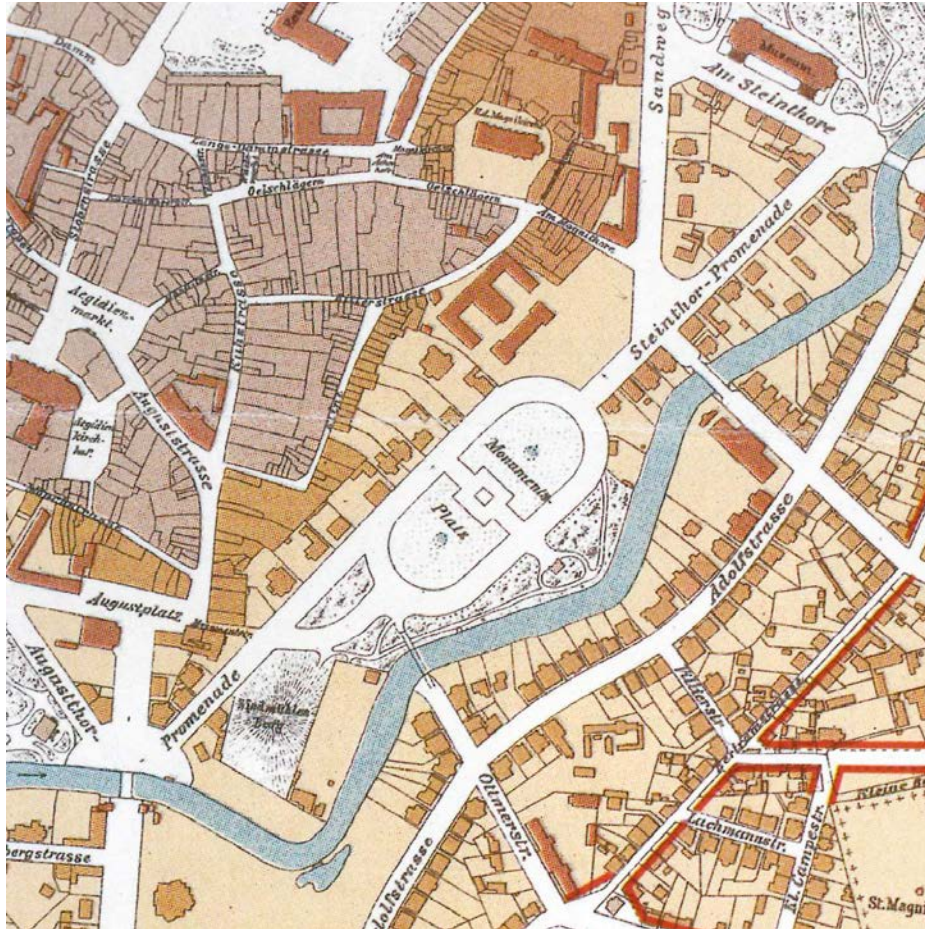
Der Platz der ehemaligen Reiterstandbilder an der Kurt-Schumacher-Straße wird als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Platzraum festgesetzt, um die historische Verbindung zwischen Löwenwall und Windmühlenberg wieder erlebbar zu machen. Detailplanungen zur Umgestaltung des Platzes liegen noch nicht vor. Die hinzugewonnene Grünfläche sollte aber bruchlos an das Niveau des Löwenwalls anschließen und mit sanftem Gefälle zur Kurt-Schumacher-Straße hin modelliert werden.

Ehemaliger Augusttorplatz/ Am Augusttore

Beide stadträumlichen Situationen sind heute nicht mehr vorhanden. Die Kriegszerstörungen sowie die Anlage des John-F.-Kennedy-Platzes 1963 haben diesen Bereich komplett verändert. Die Wolfenbütteler Straße mündete hier ursprünglich in eine halbkreisförmige Platzanlage, von der aus sich als Dreistrahl die weiteren Wegachsen zu den anschließenden Promenaden (Augusttorwall, Am Augusttore, Löwenewall) auffächerten. Außerhalb des Umflutgrabens markierten auch hier Torhäuser den Stadteingang. Heute erinnern kaum noch Strukturen an die alte Krahesche Planung (siehe Ausschnitt aus dem Ortsbauplan von 1889).

Auf der Grundlage der historischen Planungen wurde im Jahre 2010 von der Stadt ein Konzept zur Neugestaltung des John-F.-Kennedy-Platzes/ Augusttores entwickelt. Das Konzept nahm die Achse zwischen dem Löwenwall und der Wolfenbütteler Straße wieder auf und schuf zwischen dem John-F.-Kennedy-Platz und dem Windmühlenberg ein Baufeld. Der in jüngster Vergangenheit durchgeführte Platzumbau des John-F.-Kennedy-Platzes sowie die Lage der Stadtbahngleise verhindern allerdings einen derartigen Umbau auf Jahre, so dass diese Überlegungen nicht in die Festsetzungen des Bebauungsplanes übernommen wurden. Als Fernziel bleiben derartige Überlegungen allerdings bestehen.

Das südlich der Straße Am Windmühlenberg gelegene stadteigene Grundstück soll in Anlehnung des historischen Platzraumes von Bebauung freigehalten und als öffentliche Grünfläche festgesetzt werden. Über das Grundstück führt ein geplanter öffentlicher Fuß- und Radweg (vgl. Pkt.5.10.3).



Ausschnitt aus dem Ortsbauplan der Stadt Braunschweig von 1889

Platz am Kreuzungspunkt von Museumstraße und Steintorwall

Der nach historischen Vorgaben kreisrunde, mit Bäumen bestandene Platz stellt den räumlichen Abschluss des Steintorwalls dar. Ein steiler Hügel, der ebenfalls in der Flucht des Steintorwalls liegt, unterstützt den räumlichen Abschluss. Der Platz steht in direkter Blickbeziehung zum Obelisk auf dem Löwenwall und stellt das Gegenüber zu dem Bereich der Torhäuser dar.

Im Zuge der derzeit laufenden Planungen zur Umgestaltung der Museumstraße soll der Platz in seinem historischen Erscheinungsbild wieder hergestellt werden. Der Platz wird als öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung öffentlicher Platzraum planungsrechtlich gesichert. Die vorhandenen Fahrbeziehungen werden als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt.

Kleinere Plätze

Peter Joseph Krahe betonte regelmäßig die Schnittpunkte der Stadtausfahrten mit den Promenaden durch ein Abschrägen der beiden Eckbebauungen. Die Platzbereiche Am Fallersleber Tore als auch an der Museumstraße sind nach diesem Prinzip gestaltet. Sie stellen denkmalgeschützte Ensemble dar und werden als öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung öffentlicher Platzraum planungsrechtlich gesichert.

Der kleinere Platz im Kreuzungspunkt von Magnitorwall und Steintorwall ist seinem historischen Vorbild folgend, ebenfalls ein von Grünflächen bestimmter Platz. Die vorhandene Grünfläche am Kurt-Seeleke-Platz wird daher ebenfalls als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung öffentlicher Platzraum festgesetzt.

5.11 Grünordnung

Die grünordnerischen Festsetzungen wurden aus dem Gesamtkonzept entwickelt. Die übergeordneten Planungsziele sind unter Punkt 3 der Begründung genannt. Sie lauten wie folgt:

- 1. Die den Wallring prägenden Grün- und Freiraumstrukturen sind sowohl auf öffentlichen als auch auf privaten Flächen zu erhalten, weiterzuentwickeln und dauerhaft zu sichern.*
- 2. Die öffentlichen Parkanlagen sind in ihrer historischen Ausprägung zu erhalten und weiterzuentwickeln.*
- 3. Der Wallring ist als öffentlicher, innerstädtischer Erholungsraum mit besonderer Bedeutung für die stadthistorische Identifikation zu erhalten und weiterzuentwickeln. Um die öffentliche Wahrnehmung und Erlebbarkeit der Okerumflut zu stärken, ist das öffentliche Wegenetz entlang der Umflutgräben (Okerweg/Via Corona) mit entsprechenden Vernetzungen in die umliegenden Quartiere auszubauen. Am Wasser sind attraktive Aufenthaltsmöglichkeiten (z.B. Stege, Bänke) für die Öffentlichkeit zu schaffen.*
- 4. Negative Umweltentwicklungen oder Eingriffe sind zu vermeiden, um den Wallring in seinen Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere im Hinblick auf seine klimaökologische Funktion zu erhalten und zu stärken.*

Im Umweltbericht werden grünordnerische und naturschutzfachliche Belange für den Bebauungsplan unter Berücksichtigung übergeordneter fachlicher Zielstellungen untersucht. Der Schutz der Gartenbereiche durch die Festsetzung privater Grünflächen und der am historischen Bestand orientierte Zugschnitt der überbaubaren Flächen, der Erhalt und Schutz des prägenden Großgrüns sowie die Sicherung begrünter Vorgartenzonen in ausgewählten Straßenzügen bilden die Voraussetzungen für den strukturellen Schutz der derzeitigen Grün- und Freiraumausprägungen.

5.11.1 Private Grünflächen

Die Festsetzung von privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Vorgarten“ beschränkt sich auf die Bereiche, wo Vorgärten auch im derzeitigen Bestand prägend sind, wie Steintorwall, Magnitorwall oder Löwenwall. Sie werden bestandsorientiert in der Regel in einer Tiefe zwischen 3 m und 5 m festgesetzt. In den außerhalb der Okerumflut liegenden Straßenzügen, wie in der Moltkestraße oder der Bismarckstraße, orientiert sich die Tiefe der Vor-

gärten teilweise an den in breiter Front vorhandenen Baufluchten der Gebäude. Dadurch reduziert sich hier die Tiefe der Vorgärten auf zum Teil sogar nur 1 m.

Für die Vorgärten besteht ein allgemeines Begrünungsgebot, das Raum für individuelle gärtnerische Gestaltung lässt. Dieses wird ergänzt durch Regelungen zur Ausbildung von Einfriedungen, die das Gestaltbild bzw. die Gestaltwirksamkeit eines Vorgartens maßgeblich prägen. Unterbrechungen der Vorgärten (z.B. für Grundstückszufahrten und -zugänge) sowie die Unterbauung mit Tiefgaragen sind in ihrer Zulässigkeit reglementiert. Sonstige Nebenanlagen, z. B. Restmüll- und Wertstoffbehälter oder auch Fahrradabstellanlagen sind in den Vorgärten unzulässig. Damit soll sichergestellt werden, dass die gärtnerische Gestaltung vornehmlich das Bild prägt und darüber den Promenadencharakter der Straßenzüge unterstützt.

Für die rückwärtigen privaten Grünflächen (Garten) wird unter Bezug auf den Charakter der Freiraumausprägungen im Wallringgebiet das Gestaltbild „parkartige, von Gehölzen überstellte Flächen“ formuliert. Maßgeblich für dieses Bild sind die Gehölzbestände. Um den in diesen Bereichen prägenden Großgrünbestand zu erhalten und zu stärken, wird die Festsetzung um ein Anpflanz- und Erhaltungsgebot ergänzt.

5.11.2 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Die im Rahmen der Kartierung erfassten Gehölze² sind aufgrund ihrer maßgeblichen Bedeutung für Ortsbild und Freiraumqualität des Wallringgebietes sowie wegen ihrer vielfältigen stadtoökologischen Bedeutung zum Erhalt festgesetzt worden. Herausragende Einzelexemplare (Gehölze der Kategorie I – die über die Kriterien der Gehölzeinmessung hinaus aufgrund herausragender Ausprägungen zu den Kriterien Alter, Schönheit/Eigenart und /oder Seltenheit besonders schutzwürdig sind)³ sind dabei mit einem strengeren Schutz belegt worden. Sie sind bis zu ihrem natürlichen Absterben zu erhalten. Maßnahmen, die ihren Bestand gefährden könnten, sind daher im um 5 m erweiterten Kronenbereich nicht zulässig. Gehölze der Kategorie II, die die Kriterien der Gehölzeinmessung erfüllen, sind ebenfalls grundsätzlich zu erhalten. Bei Gehölzstandorten im Bereich der überbaubaren Grundstücksflächen ist jedoch eine vorzeitige Fällung zulässig, wenn in einem Baugenehmigungs- oder -anzeigeverfahren dargelegt wird, dass der Baumstandort für die Errichtung einer dort zulässigen baulichen Anlage beansprucht werden soll.

Darüber hinaus sind in den privaten Grünflächen, die zugleich als Flächen mit Pflanzbindung festgesetzt sind, auch ohne zeichnerische Einzeldarstellung all diejenigen Bäume zu erhalten, die die Kriterien erfüllen, die der Einzelerfassung auf den ausgewählten Grundstücksteilen zu Grunde lagen.

² vgl. Umweltbericht Pkt. 4.5.2

³ Für die Kriterien der Gehölzeinmessung sowie für die Konkretisierung der Auswahlkriterien der Schutzkategorien: vgl. Umweltbericht Pkt. 4.5.2

Ein Nachpflanzgebot besteht bei natürlichem Absterben der zu erhaltenden Gehölze nicht, solange die in den folgenden Anpflanzungsfestsetzungen für die Zukunft definierte Mindestausstattung der Flächen mit Gehölzen weiterhin erfüllt ist.

5.11.3 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Die Festsetzungen zum Baumerhalt werden durch Anpflanzungsfestsetzungen ergänzt. Diese sollen sicherstellen, dass das Bild des Wallrings dauerhaft von der Gehölzausstattung der Grundstücksflächen geprägt wird und ein ausreichender Großgrünbestand als Lebensraum für die festgestellte Tierartenvielfalt wie auch für andere ökologische Funktionen dauerhaft zur Verfügung steht. Die Festsetzungen zielen daher zum einen auf Neuanpflanzungen in Bereichen ab, in denen im Bestand ein geeigneter Gehölzbesatz fehlt, und zum anderen auf Nachpflanzungen, wenn durch das Absterben von Bestandsbäumen die dauerhaft angestrebte Gehölzausstattung auf den Grundstücken nicht mehr erreicht wird.

Die quantitativen Anforderungen an die Ausstattung der Flächen mit Gehölzen sind differenziert für die Baugebietsflächen und die Flächen zum Anpflanzen im Bereich privater Grünflächen festgelegt. Vorhandene Bäume und Sträucher auf den Flächen, die den Anforderungen dieser Festsetzungen entsprechen, sind darauf anrechenbar.

Ein gesondertes Gestaltungserfordernis erzeugen Stellplatzanlagen, wenn sie vier oder mehr Stellplätze umfassen. Um diese Stellplatzanlagen gestalterisch in die Quartiere am Wallring einzubinden, sind sie mit Baumpflanzungen zu versehen, die zusätzlich zu der sonstigen Gehölzausstattung auf den Grundstücken nachzuweisen sind. Die Anforderungen an Größe und Überfahrerschutz der Baumscheiben sind für einen dauerhaften Bestand und die Entwicklung der Bäume maßgeblich. Zudem unterstützen die begrünten Baumscheiben deren gestalterische Wirkung.

Stellplätze sind zu öffentlichen Flächen ohne Abstandsregelungen zulässig. Um im Einzelfall gestalterisch unbefriedigende Situationen für diese Fälle ausschließen zu können, sind Stellplätze in diesen Fällen mit 0,80 m bis 1,00 m hohen Hecken aus Laubgehölzen einzugrünen.

Die für die Anpflanzungen festgesetzten Pflanzqualitäten stellen einen Kompromiss zwischen zeitnaher Erreichung der gewünschten Wirkung und guter Anwuchsgarantie dar.

Für die gemäß den textlichen Festsetzungen auf den privaten Grundstücksflächen vorzunehmenden Anpflanzungen sind nachfolgend beispielhaft geeignete und für den Wallring historisch belegte Laubbaumarten zusammengestellt. Die Zusammenstellung beruht auf Angaben zu historischen Pflanzenarten im „Pflege- und Entwicklungskonzept Inselwallpark Braunschweig“. Die Liste dient lediglich als Anregung historisch typische Arten bei Neuanpflanzungen zu verwenden und den Charakter des Wallrings damit auch unter diesem Aspekt für die Zukunft fortzuschreiben. Die Verwendung sonstiger groß- bzw. mittelkroniger Laub- und Obstbaumarten ist selbstverständlich ebenfalls zulässig.

Auswahl historischer Baumarten		
großkronige Laubbäume	mittelkronige Laubbäume	Obstbäume
Acer platanoides (Spitz-Ahorn)	Acer campestre (Feld-Ahorn)	<u>Äpfel:</u> 'Gelber Bellfleur'
Acer pseudoplatanus (Berg-Ahorn)	Carpinus betulus (Hainbuche)	'Gravensteiner'
	Catalpa bignonioides (Trompetenbaum)	'Goldrenette von Blenheim'
		'Französische Re- nette'
Fagus sylvatica (Rot-Buche)	Fraxinus excelsior 'Pendula' (Hänge-Esche)	<u>Birnen:</u> 'Gute Luise'
Fagus sylvatica 'Atropur- purea' (Blut-Buche)	Robinia pseudoacacia 'Tor- tuosa' (Korkenzieher-Robinie)	<u>Kirschen:</u> Sauerkirsche 'Süße Amarelle'
		Süßkirsche 'Große Schwarze Knorpel- kirsche'
Fraxinus excelsior (Gemeine Esche)		<u>Quitten:</u> 'Portugiesische Quitte'
Platanus x acerifolia (Platane)		<u>Renekloden:</u> 'Große Grüne Re- neklode'
Prunus avium (Vogel-Kirsche)		
Quercus robur (Stiel-Eiche)		
Salix alba (Silber-Weide)		
Salix alba 'Tristis' (Trauer-Weide)		
Tilia cordata (Winter-Linde)		

4.11.4 Öffentliche Grünflächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Das Gebiet wird durch öffentliche Grünflächen am Theaterpark, Museum-park, Löwenwall und Windmühlenberg gegliedert. Die Parkanlagen entsprechen weitestgehend der ursprünglichen Wallringplanung von Krahe und stehen daher unter Denkmalschutz.

Sämtliche öffentliche Grünflächen sind als solche festgesetzt. Bestandsorientiert sind sie jeweils als Parkanlage bzw. in Teilbereichen auch als Kinderspielfeld zweckbestimmt.

Die Spielraumversorgung insbesondere für Jugendliche ist im Rahmen zukünftiger Parkpflege- und Entwicklungsplanungen zu prüfen. Standortliche Festlegungen bedürften einer detaillierten Betrachtung und Planung zu den Parkanlagen und sind im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nicht möglich. Die Spielangebote sind hinsichtlich Art und Standort unter Berücksichtigung

denkmal- und immissionsschutzrechtlicher sowie auch naturschutzfachlicher Belange festzulegen. Es wurde textlich festgesetzt, dass in Ergänzung zu den bestandsorientierten zeichnerisch festgesetzten Spielplätzen in den öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung ‚Parkanlage‘ die Integration einzelner Spiel- und Aufenthaltsangebote für alle Altersgruppen zulässig sind.

Darüber hinaus gehende, konkretisierende Festsetzungen zu den öffentlichen Grünflächen werden nicht getroffen, da diese durch die Bestandssituation, in Verbindung auch mit dem Denkmalschutz, in ihrem Gestaltbild und ihrer Funktion hinreichend festgelegt sind.

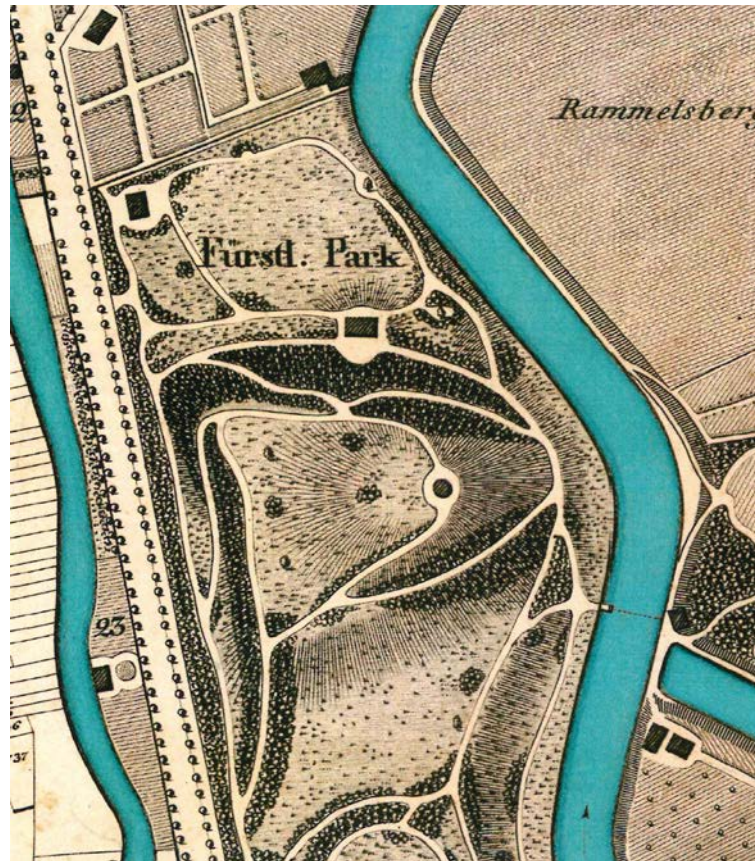
Zusätzlich zu den genannten größeren Parkanlagen werden kleinere Flächen bestandsorientiert als öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung Parkanlage festgesetzt, wie der vorhandene öffentliche Weg zwischen der Kasernenstraße und der Oker, die die Torhäuser umgebenden öffentlichen Grünflächen sowie die Flächen im Bereich Rimpaus Garten.

Um die öffentliche Wahrnehmung und Erlebbarkeit der Okerumflut als Freiraum und stadtgeschichtliches Zeugnis zu stärken, trifft der Bebauungsplan Festsetzungen zur Ergänzung des öffentlichen Fußwegeangebotes. Die geplanten Fußwege sowie Fuß- und Radwege werden durch öffentliche Grünflächen begleitet.

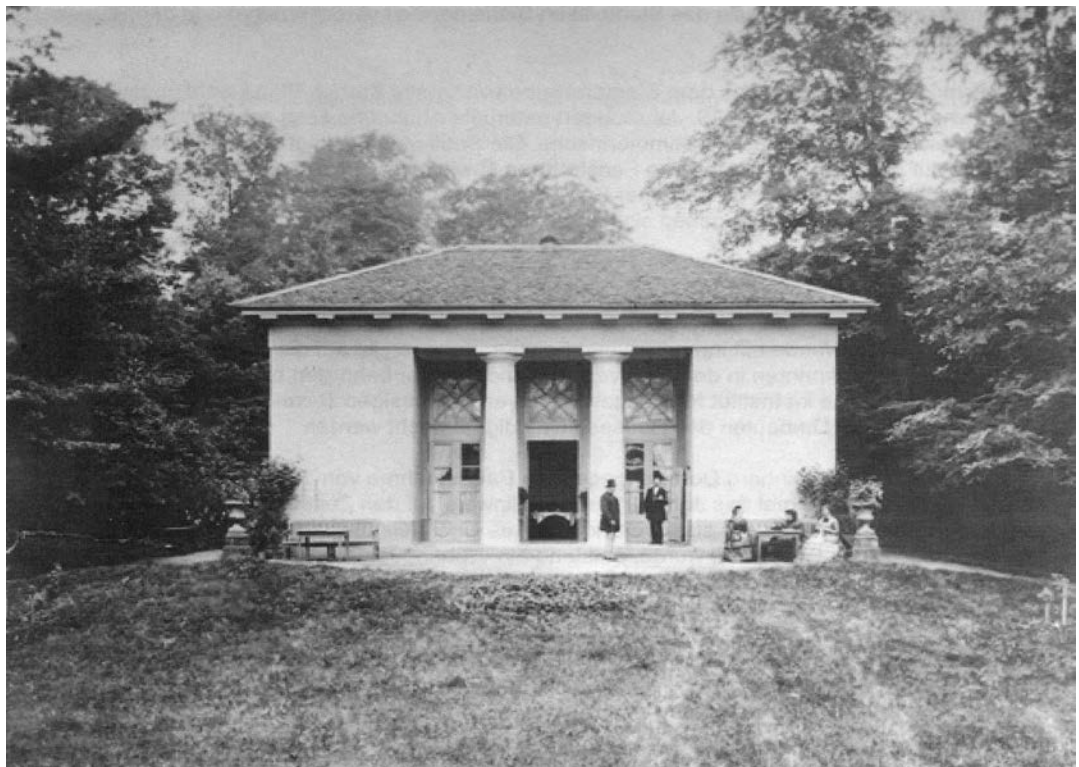
Sowohl für die ehemaligen Promenaden als auch für die übrigen Straßen wird das Gestaltbild eines beidseitig von Bäumen begleiteten, alleearartigen Straßenraumes für die Zukunft festgeschrieben. Dies entspricht dem übergeordneten Planungsziel, den Promenadencharakter der Wallstraßen zu erhalten. Für Neuanpflanzungen sind Laubbäume in der Charakterart des jeweiligen Straßenzuges zu verwenden, um ein möglichst einheitliches Bild herstellen zu können. Eine Ausnahme stellt hierbei die Rosskastanie dar. Aufgrund eines nicht behandelbaren Schädlingsbefalls der vorhandenen Rosskastanien sollen derzeit keine Bäume dieser Art ersetzt werden. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Krankheit, die durch ein Bakterium in Kombination mit pflanzenschädigenden Pilzarten verursacht wird, bekannt. Die Kastanien sind durch widerstandsfähigere Baumarten derselben Pflanzqualität zu ersetzen, da bei einer Neupflanzung von Kastanien eine Infizierung nicht ausgeschlossen werden kann.

Einbeziehung des Geländes der Theaterwerkstätten in den Theaterpark

Das nördlich des Theaterparks gelegene, landeseigene Gelände der Theaterwerkstätten grenzt direkt an das sogenannte Haeckelsche Gartenhaus. Das Gartenhaus ist 1804/1805 nach Plänen von Peter Joseph Krahe entstanden und ist heute aufgrund der Lage der Theaterwerkstätten kaum noch wahrnehmbar. Ursprünglich war die nach Norden orientierte Hauptfassade des Gebäudes freigestellt und öffnete sich auf eine große Wiese. Durch das unmittelbare Heranrücken der Theaterwerkstätten bis an die nördliche Schauseite des Gartenhauses wurde sowohl die architektonische Bedeutung dieses Gebäudes als auch die gesamte nordöstliche Parkfläche entwertet.



Ausschnitt aus dem Plan mit der Promenade von 1826. Der Ausschnitt zeigt die Lage des ehemaligen Haeckelschen Gartenhauses im Theaterpark.



Nordseite des Haeckelschen Gartenhauses in seiner ursprünglichen Ausformung.

Das Grundstück der Theaterwerkstätten soll als öffentliche Grünfläche festgesetzt werden. Die beabsichtigte Grünflächenfestsetzung folgt damit dem übergeordneten Planungsziel, die öffentlichen Parkanlagen in ihrer historischen Ausprägung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Mit ihr wird die planungsrechtliche Voraussetzung dafür geschaffen, die optische Wirkung des ehemaligen Gartenhauses von Krahe sowie die von drei Ost-West-Achsen geprägte Grundkonzeption des Parks wieder herstellen zu können. Darüber hinaus können die 1972 erworbenen Parkflächen westlich der Theaterwerkstätten, die heute durch Zuschnitt und Lage isoliert und als öffentlicher Park „unternutzt“ wirken, über den dann dem Haeckelschen Gartenhaus vorgelagerten Parkbereich vollwertig in den Gesamtpark eingebunden und funktional wie gestalterisch aufgewertet werden. Das Gartenhaus befindet sich in städtischem Besitz.

Die Flächen mit den Theaterwerkstätten sind im geltenden Bebauungsplan IN 8 als „Flächen für den Gemeinbedarf/Zweckbestimmung Theater“ festgesetzt. Die Erschließung der Flächen ist über ein durch den Park geführtes Geh- Fahr- und Leitungsrecht gesichert. Mit Überplanung der Flächen als öffentliche Grünfläche genießen die Theaterwerkstätten an diesem Standort zwar weiterhin Bestandsschutz, wesentliche bauliche Veränderungen/ Erweiterungen wären jedoch künftig nicht mehr genehmigungsfähig. Lediglich Um- und Anbauten sollen in geringfügigem Ausmaß zulässig sein, wenn sie das Bild der historischen Parkanlage nicht in unzumutbarer Weise beeinträchtigen. Anbauten sollen bis zu einer Größe von 8 % der vorhandenen Grundfläche des Bestandes zulässig sein, dies entspricht einer Größe von ca. 200 m². Werden für die Theaterwerkstätten hingegen umfangreichere bauliche Maßnahmen notwendig, sind diese an einem anderen Standort innerhalb des Stadtgebietes durchzuführen.

Im Vorfeld der Trägerbeteiligung wurde mit Vertretern des Landes sowie des Staatstheaters am 25. April 2014 ein Gespräch geführt. Dabei wurde deutlich, dass der vorhandene Standort der Theaterwerkstätten nicht weiter ausbaufähig ist. Er entspricht weder den heutigen noch künftigen Anforderungen an den Theaterbetrieb. Darüber hinaus wurde auf die schwierige, durch den Park führende Erschließungssituation aufmerksam gemacht, die nicht nur der Stadt Probleme bereitet. Lang- bis mittelfristig wird eine Verlagerung der Theaterwerkstätten an einen anderen Standort erforderlich. Insofern stellen die planerische Einbeziehung dieses Bereiches in den Theaterpark und die Festsetzung als öffentliche Grünfläche im Bebauungsplan keinen Widerspruch dar. Derzeit steht noch kein Ersatzstandort für die Werkstätten zur Verfügung. Dem Theater wurde aber zugesichert, dass die Stadt Braunschweig das Land bei der Standortsuche unterstützt. Allerdings kann das weitere Bebauungsplanverfahren nicht, wie vom Theater gefordert, von der Bereitstellung eines Ersatzstandortes für die Theaterwerkstätten abhängig gemacht werden.

Die Festsetzung der Theaterwerkstätten als öffentliche Grünfläche eröffnet die Chance, die derzeitigen Missstände insbesondere in Bezug auf die Erschließung zu beheben, eingetretene Fehlentwicklungen i. S. der Gärten- und Denkmalpflege zu heilen, das innerstädtische Freiraumangebot zu verbessern und Entwicklungs- sowie Wertschöpfungspotentiale für den gesamten

Theaterpark und vorangegangene Investitionen zu aktivieren. Die Inszenierung des Haeckelschen Gartenhauses und geeignete Konzepte für seine Nachnutzung können darüber hinaus Impulse für Stadtmarketing und Tourismus geben.

Für die Umsetzung dieser Planung entstünden der Stadt Kosten, die aus der zu leistenden Entschädigung für Boden und Gebäude bestimmt werden. Für die Herrichtung als öffentliche Grünfläche i. S. der Festsetzung entstehen der Stadt im Weiteren Kosten durch die erforderliche Freimachung der Flächen, die Herstellung als Parkanlage und ihre dauerhafte Unterhaltung (siehe hierzu auch Pkt.8.2 der Begründung).

Die Einbeziehung des Geländes der Theaterwerkstätten in den Theaterpark stellt eine Maßnahme zur Aufwertung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes dar. Auf den bislang hochgradig versiegelten Flächen wird durch die Freimachung eine wesentliche Verbesserung für den Naturhaushalt vorbereitet. Der vorliegende Bebauungsplan löst selbst kein Ausgleichserfordernis aus. Damit diese Maßnahme im Sinne von § 9 Abs. 1 a und § 135 a BauGB aber einem anderen Eingriffsvorhaben als Ausgleich zugeordnet werden kann, wird der Bereich der Theaterwerkstätten gleichzeitig als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Damit ist eine anteilige Refinanzierung der Maßnahmekosten durch Zuordnung als Kompensation für ein anderes Eingriffsvorhaben möglich.

5.12 Soziale und technische Infrastruktur

Da der Bebauungsplan keine Neubebauung größeren Umfangs vorbereitet, fallen Infrastrukturmaßnahmen nicht an.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich eine Vielzahl oberirdischer und unterirdischer Versorgungstrassen- und -einrichtungen. Sie befinden sich überwiegend im Bereich öffentlicher Flächen. Lediglich im Bereich Rimpaus Garten sowie im Bereich der Städtischen Musikschule am Augusttorwall führen Fernwärmestrassen über private Grundstücke. Für diese Trassen bestehen grundbuchliche Sicherungen.

Sämtliche Einrichtungen sind in ihrem Bestand zu schützen, zu erhalten und in weiteren Planungen zu berücksichtigen.

5.13 Örtliche Bauvorschrift

5.13.1 Geltungsbereich und Anlass

Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften umfasst mit Ausnahme des Mischgebietes MI 1.3 das gesamte Planungsgebiet.

Für den Baublock am Klint (MI 1.3) gilt die örtliche Bauvorschrift nicht, da er nicht zum Wallring orientiert ist.

In den Sondergebieten, auf den Flächen für den Gemeinbedarf sowie im Allgemeinen Wohngebiet **WA 1.2** gelten die Festsetzungen, die sich auf die Gestaltung der Gebäude beziehen, nicht. In diesen Bereichen sollen nur die Festsetzungen zu Garagen, Einfriedungen, Werbeanlagen und zu technischen An- und Aufbauten gelten. Zum einen sollen diese Baugebiete in ihrer Entwicklung nicht zu sehr eingeschränkt werden, zum anderen handelt es sich, insbesondere bei den Bauten für den Gemeinbedarf in der Regel um große Solitärbauten, die insbesondere aufgrund ihrer Nutzung andere Anforderungen an die Gestaltung haben. In dem an der Peter- Joseph- Krahe- Straße gelegenen Wohngebiet hat die vorhandene Bebauung eher einen Siedlungscharakter und folgt nicht dem sonst am Wallring vorherrschenden Gestaltbild. Um Widersprüchen zu den Festsetzungen der örtlichen Bauvorschrift vorzubeugen, sollen für diese Baugebiete daher die örtlichen Bauvorschriften nur eingeschränkt gelten. Eine Ausnahme stellt der für eine mögliche Erweiterung des Krankenhauses St. Vinzenz vorgesehene Bereich dar. Hier soll sich die künftige Bebauung in die vorhandene, villenartige Baustruktur einfügen.

Im restlichen Geltungsbereich des Planes soll mit Hilfe der Gestaltungsvorschriften zusätzlich zu den städtebaurechtlichen Festsetzungen eine der Bedeutung des gesamten Wallrings entsprechende Gestaltung erreicht bzw. gesichert werden.

Um der historischen Bedeutung des Wallringbereichs für die gesamte Stadt Braunschweig und der in vielen Teilen noch wahrnehmbaren Bebauung aus der früheren Zeit gerecht zu werden, sollen sich neu hinzutretende Gebäude in einen Rahmen von gestalterischen Anforderungen einfügen. So kann sichergestellt werden, dass sich unter Wahrung der historischen Bezüge eine an heutigen Erfordernissen ausgerichtete Bebauung entwickeln kann. Leitgedanke der Gestaltungsvorschriften ist dabei, die typischen historischen Elemente des gesamten Wallrings in seiner Erscheinung für den öffentlichen Raum und in der Ausprägung seiner stilbildenden Bauten für alle Teilbereiche aufzugreifen bzw. fortzuentwickeln und ein einheitliches, an historischen Vorbildern orientiertes Erscheinungsbild zu sichern. Die besondere Situation mit einem hohen Grünflächenanteil und der Lage an der Okerumflut rechtfertigt Gestaltungsvorschriften auch zu den rückwärtigen Grundstücksteilen.

5.13.2 Gebäudestellung

Entlang der ehemaligen Wallringpromenaden überwiegt bereits heute eine traufständige Bebauung. Vielfach sind bei den klassizistischen Villen die Dachaufbauten sehr niedrig ausgeprägt, sodass sich eine klassische Differenzierung zwischen trauf- und giebelständiger Bebauung nicht stringent anbietet. Allerdings sind neben den klassizistischen Villen auch Gebäude mit Mansarddächern vorzufinden, die ebenfalls keine giebelständigen Elemente aufweisen. Um den vorhandenen Mix nicht zusätzlich mit neuen, giebelständigen Bebauungen weiter zu verwässern, sind Neubauten grundsätzlich traufständig zu errichten.

5.13.3 Fassaden und Fassadengliederung

Es ist ein nachvollziehbares Element der Stadtentwicklung über alle städtebaulichen Perioden, dass jede Epoche eine Vielzahl eigener Charakteristika entwickelt. Prägend, gerade für die klassizistischen Villen der Zeit zu Beginn des letzten Jahrhunderts, sind Putzfassaden oder zum Teil auch Fassaden mit Sichtmauerwerk in hellen, aber gedeckten Tönen. Im Bereich der gründerzeitlichen Bebauung, die das Bild vorwiegend in den Bereichen außerhalb der Okerumflut bestimmt, werden die Fassaden oftmals durch eine Kombination aus verputzten, hellen Fassadenteilen mit im Kontrast dazu stehenden naturroten/ziegelroten Fassadenteilen aus Sichtmauerwerk geprägt.

Um den Bezug zur historischen Bebauung herzustellen, dürfen neue Gebäude nur mit einer geglätteten Putzfassade und/oder mit Sichtmauerwerk hergestellt werden. Glänzende Materialien mit Ausnahme von Glas sind nicht zulässig, um nicht durch einen zu starken Materialmix den prägenden Charakter der Bebauung zu verlieren.

In ähnlicher Weise sind auch die Farbtöne für die Fassaden eingeschränkt, die unter Bezug auf historische Vorbilder mit den Farbtönen weiß, gelb, ocker oder grau einen ausreichenden Spielraum für die Einzelbauvorhaben belassen. Für Klinkerfassaden bzw. Fassadenteile aus Klinkern sind in den gründerzeitlich geprägten Bereichen, die vorwiegend außerhalb der Oker liegen, auch naturrote Farbtöne zulässig.

Um gleichzeitig auch den Wünschen bzw. Anforderungen von Bewohnern nach Verhinderung der Einsichtnahme oder als Licht- oder Witterungsschutz gerecht zu werden, dürfen Verkleidungen an den Fassaden angebracht werden. Eine Beschränkung auf maximal 40 % der Fassadenfläche sichert, dass die Materialität der Putzfassade weiterhin im Vordergrund steht. Imitatmaterialien sind nicht zulässig, da in der Regel die bestehenden Unterschiede in Qualität und Verarbeitung gegenüber Originalmaterial negativ auffallen. Die hohe Bedeutung, die dem Wallring sowohl gegenüber der zentralen Innenstadt als auch gegenüber sonstigen Wohngebieten der Stadt Braunschweig zukommt, rechtfertigt auch die zu erwartenden höheren Kosten für die Verwendung von echten Materialien.

Um den Charakter fortzuführen, den die Wallringbereiche durch den Besitz mit klassizistischen Villen ausstrahlen, soll eine Anzahl von verschiedenen Stilelementen auch bei Neubauten zur Anwendung kommen. Diese Elemente wirken neben den übrigen Festsetzungen vor allem auf den Gesamteindruck der Gebäude, ohne zugleich zu einer Überfrachtung zu führen. In unterschiedlicher Kombination von insgesamt sieben stilbildenden Elementen müssen neue Gebäude mindestens vier Elemente nachweisen. So verbleibt auch bei einem engen Gestaltungsrahmen ein ausreichender Spielraum für den einzelnen Bauherrn und die unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten sichern zugleich eine Vielfalt in der Bebauung. Da keine Vorschriften gemacht werden, wie diese Gestaltungselemente auszuformen sind, lassen sie sich sowohl auf klassizistisch als auch auf gründerzeitlich geprägte Bebauung anwenden.

5.13.4 Fenster

Ein typisches Gestaltungselement im Bereich der Wallringbebauung ist das stehende Fensterformat. Da im Rahmen von modernen Bauformen ein hohes Gewicht auf die Größe der Fensteröffnungen gelegt wird, sollen diese nicht grundsätzlich reglementiert werden. Das stehende Fenster, bei dem die Fensterhöhe größer sein soll als die Fensterbreite, soll dennoch beibehalten werden. Auf die Vorgabe einer festen Fenstergröße wird allerdings verzichtet, sodass unter Einhaltung der o.g. Regel auch noch großformatigere Fenster möglich sind. Soweit Öffnungen in Mezzaningeschossen oder im Kellerbereich vorgesehen werden, sind diese von der Regel ausgenommen.

Auf die zwingende Teilung der Fenster wird verzichtet, da dies nicht mehr der aktuellen Entwicklung im Fensterbau entspricht. Vielfach besteht allerdings auch bei den Bauherren der Wunsch, Fenstergliederungen einzuplanen. Werden Fenstergliederungen vorgesehen, sind sie dann allerdings glasteilend auszuführen. Die Verwendung von Imitaten bzw. die Verwendung nur aufgesetzter Gliederungselemente sind in der Regel leicht erkennbar und führen dann zu gestalterischen Defiziten, die in diesem hochwertigen Wohngebiet vermieden werden sollen.

Dachflächenfenster sind sowohl für die klassizistische, als auch die gründerzeitlich geprägte Bebauung untypisch. Im Sinne einer Orientierung an der historischen Bebauung werden sie daher zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen hin ausgeschlossen, soweit die Dachneigung 30° übersteigt, da sie dann auch in den öffentlichen Straßenraum hineinwirken können. Um einer negativen Fernwirkung zu begegnen, sind auch bei flacher geneigten Dächern übereinanderliegende Dachflächenfenster unzulässig.

5.13.5 Balkone und Terrassen

Balkone und Terrassen sollen zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen hin nicht zugelassen werden. Sie entsprechen nicht der historischen Bebauung, die solche baulichen Elemente in der Regel in Richtung der Gärten orientiert. Balkone werden als offene, aus der Fassade hervorkragende, nicht vom Boden gestützte Austritte definiert, so dass beispielsweise Loggien, die oftmals die gründerzeitliche Bebauung prägen, zur Straße hin zulässig sind. Da mittlerweile im Regelfall mehrere Wohneinheiten innerhalb eines Gebäudes untergebracht werden und eine angemessene Außensitzgelegenheit die Wohnqualität deutlich hebt, sollen Balkone und Terrassen nicht völlig ausgeschlossen werden. Mit den übrigen drei Fassadenseiten der Gebäude verbleiben jedoch ausreichende gestalterische Möglichkeiten, um auch bei mehreren Wohneinheiten auf einer Ebene jeweils geeignete Außensitzgelegenheiten anbieten zu können.

Zu den öffentlichen Verkehrsflächen sollen Austritte möglich sein. Sie werden jedoch eng reglementiert, um nicht den prägenden Eindruck der Fassade insgesamt zu verwässern. Es sind daher nur Austritte bis zu einer Tiefe von 0,6 m zulässig, wenn Sie in Verbindung mit bodentiefen Fenstern erstellt

werden. Die geringe Tiefe ermöglicht im Grundsatz das Heraustreten, gleichzeitig sichert der geringe Anbau, dass die Fassaden auch in der Draufsicht und in der schrägen Ansicht als Fassaden wahrnehmbar bleiben

Im Geltungsbereich dieses Bebauungsplans gibt es Gebäude, deren Rückseiten für die Öffentlichkeit von der Oker aus einsehbar sind und wo die Bebauung dicht an die Ufer heranrückt, wie beispielsweise in der Parkstraße oder in der Adolfstraße. Für diese Gebäude sollen zwar Balkone auf der zum Garten hin orientierten Seite zulässig sein, sie sollen in ihrer Ausformung aber reglementiert werden. Um den harmonischen Gesamteindruck der Fassaden nicht durch den begründeten Wunsch nach zum Grünen hin orientierten Freisitzflächen zu stören, sollen in den Bereichen, in denen direkt an die überbaubaren Grundstücksflächen private Grünflächen angrenzen, die Balkone nur maximal die Hälfte der Gebäudebreite einnehmen dürfen.

5.13.6 Dächer und Dachaufbauten

Dächer sind ein herausragendes Gestaltungselement eines Baugebietes. Form, Farbe und das Volumen der Dächer prägen das Gesamtbild eines Stadtteiles. Die Straßen- und Freiräume werden durch das Aussehen der Dächer stark beeinflusst.

Damit sich Neubauten und Gebäudeerweiterungen der vorhandenen, historisch geprägten Bebauung anpassen und die denkmalgeschützten ehemaligen Promenaden nicht in ihrer Gestaltwirkung beeinträchtigt werden, werden Festsetzungen zur Gestaltung der Dächer getroffen.

Im Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschrift sind nur symmetrische Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 18° und maximal 40° zulässig. Damit sind Gebäude mit Flach- oder Pultdächern ausgeschlossen, da sie sich nicht in das Bild der den Wallring bestimmenden, historischen Bebauung einfügen. Hingegen sind flachgeneigte Dächer in Verbindung mit hochgezogenen Attiken durchaus ein Kennzeichen klassizistisch geprägter Gebäude. Derartige Dachformen sind daher auch zulässig. Sehr steile Dachneigungen (größer als 40°) sollen ausgeschlossen werden, da sie sich nicht in das architektonisch vorherrschende Bild am Wallring einfügen. Die maximale Dachneigung kann in der Regel nur dann ausgeschöpft werden, wenn das letzte Vollgeschoss im Dachraum liegt.

Folgende Baugebiete werden aufgrund der Bestandssituation von der Beschränkung der maximalen Dachneigung ausgenommen:

- **MI 1:** Gebäude an der Museumstraße
- **MI 3, MI 3.1:** Gebäude an der Jasperallee
- **MI 3.3:** Gebäude an der Wolfenbütteler Straße
- **MI 4:** Gebäude an der Leonhardstraße

Aufgrund der Lage der Gebäude entlang der den Wallring kreuzenden Straßen hat sich in den vorgenannten Baugebieten in der Regel eine etwas höhere Bebauung als im übrigen Wallringgebiet ausgebildet. Diese korrespon-

diert zum Teil auch mit steileren Dachneigungen und der Ausbildung verzierter Zwerchgiebel.

Das Baugebiet **MI 3.2** am Augusttorwall wird aufgrund seiner besonderen Lage von der Festsetzung der Dachform ausgenommen. Insbesondere das zum Lessingplatz orientierte Eckgebäude Augusttorwall 1 war vor dem Krieg mit einem ca. 8 m hohen Kuppelbau versehen, der weithin sichtbar als städtebauliche Dominante wirkte. Insofern sind für diesen Baublock Sonderformen in Bezug auf die Dachgestaltung städtebaulich durchaus erwünscht, so dass das Baugebiet von dieser Festsetzung ausgenommen wird. Aufgrund dieser Tatsache sollen für diesen Baublock auch Glasdächer zulässig sein.

Die Festsetzungen zur Materialität der Dächer entsprechen ansonsten der historischen Bautradition. Es sind nur Dacheindeckungen mit gebrannten, naturroten Tonziegeln sowie Blecheindeckungen zulässig. Ausnahmsweise sind auch Tonziegel in grauen Farbtönen sowie Schiefer zulässig, wenn bezogen auf den jeweiligen Straßenabschnitt (beide Straßenseiten) graue Dacheindeckungsmaterialien überwiegen und denkmalschützende Auflagen nicht entgegenstehen.

Engobierte Dachziegel, das heißt Dachziegel mit einer dauerhaft glänzenden Farbschicht, sind ebenfalls unzulässig. Ausgeschlossen werden dadurch die neuerdings sich auf dem Markt befindlichen Farben wie hell- und dunkelblau, grün oder gelb etc. Ausgeschlossen werden ebenfalls glasierte und glänzende Dachpfannen, die auf Grund ihrer starken Leuchtkraft das Siedlungsbild zu stark dominieren würden.

Dachterrassen und Dacheinschnitte sind untypisch für die den Wallring prägende Bebauung. Im Sinne einer Orientierung an der historischen Bebauung werden sie daher zum öffentlichen Straßenraum hin ausgeschlossen. Um den Anforderungen an das gehobene Wohnen gerecht werden zu können, sind Dachterrassen und Dacheinschnitte aber auf den übrigen Gebäudeseiten zulässig.

Durch den Ausbau von Dächern und die damit verbundene, notwendige Belichtung ist ebenfalls die Gefahr der Verunstaltung gegeben. Um einen harmonischen Eindruck der Dachflächen vermitteln zu können, wurden Festsetzungen zur Größe und zur Anordnung der Dachaufbauten (Gauben und Zwerchhäuser) getroffen. Durch Beschränkungen der Dachgauben auf eine gewisse maximale Breite soll im Wesentlichen sichergestellt werden, dass die Dachfläche gegenüber diesen Ausbauten dominant bleibt.

5.13.7 Hauseingänge

In Anlehnung an historische Vorbilder sollen im überwiegenden Teil des Planungsgebietes zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Hauseingänge unzulässig sein.

Mit der Festsetzung, zu öffentlichen Straßen angeordnete Hauseingänge auszuschließen, wird die seitliche bzw. rückwärtige, zum Garten hin orientier-

te Lage der Hauseingänge im Bebauungsplan festgesetzt. Ziel dieser Festsetzung ist es, den Promenadencharakter der Wallringstraßen hervorzuheben. Die Vorgärten bleiben im Zusammenhang mit dieser Festsetzung ungeteilt und werden nicht durch die Anlage von Wertstoff- und Restmüllcontainern oder Fahrradabstellanlagen in ihrer Wirkung eingeschränkt.

Bei den hohen Sockeln, die durch die historische Bebauung vorgegeben werden und die auch gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplans in der Form wieder initiiert werden, sind außenliegende Treppenanlagen oft die Folge. Die störende Wirkung von in den Vorgärten liegenden Treppenanlagen kann mit dieser Festsetzung ausgeschlossen werden.

Ausgenommen von dieser Festsetzung sind folgende Baugebiete:

- **WA 1.1:** Gerloffsche Villa am Löwenwall
- **WA 2.1:** Bebauung nördlich der Moltkestraße und Am Windmühlenberg 6
- **MI 1.2:** Büro- und Verwaltungsgebäude in der Obergstraße
- **MI 2:** ehem. Villa Rimpau an der Wolfenbütteler Straße
- **MI 3.1:** Bauzeilen an der Jasperallee
- **MI 4:** Bauzeile nördlich der Leonhardstraße

In all diesen Baugebieten sind die Hauseingänge aufgrund der Bauweise bzw. der Funktion und Lage der Gebäude zur Straße orientiert, so dass für sie die Lage der Hauseingänge nicht festgesetzt wird.

5.13.8 Markisen

Für das Gebiet soll auch zukünftig die klassische Lochfassade mit stehenden Fensterformaten prägend sein. Um nicht durch die Verwendung neuer Materialien oder großformatiger Anbauten diesen Charakter zu zerstören, dürfen anzubringende Markisen sich nicht über mehrere Fenster erstrecken und damit das angestrebte stehende Format konterkarieren. Markisen sollen in ihrer ursprünglichen Funktion an den Gebäuden wahrnehmbar sein, daher ist ein feststehender Sonnenschutz unzulässig.

5.13.9 Garagen und Nebenanlagen

Zu öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Garagen und Nebenanlagen wie Abstellräume, Gartenhäuschen etc., die von öffentlichen Flächen aus einsehbar sind, dürfen nur in dem Material und in der Farbe der von außen sichtbaren Flächen der Außenwände des Hauptgebäudes ausgeführt werden. Zu den öffentlichen Grün-, Wege- und Wasserflächen sind sie auch in Holz zulässig. Darüber hinaus sind Stege und Bootshäuser nur in Holz zulässig.

Hierdurch soll vermieden werden, dass durch die Verwendung weiterer Materialien ein zu großer „Materialmix“ entsteht, der die Gestaltwirkung der öffentlichen Räume beeinträchtigt.

5.13.10 Einfriedungen, Sicht- und Windschutzanlagen

Einfriedungen sind geeignet, mit ihrer Ausgestaltung erheblichen Einfluss auf das optische Erscheinungsbild des gesamten Straßenraumes zu nehmen. Gleichzeitig stellen Einfriedungen das Übergangselement zu den privaten Freiflächen der Grundstücke dar. Um den Promenadencharakter der Wallstraßen zu stärken und zugleich auch die charakteristische Wirkung der Gebäude zu entfalten, werden gestalterische Vorgaben für die Einfriedungen im Planungsgebiet getroffen.

Vorherrschend ist der zur repräsentativen Architektur der Gebäude korrespondierende senkrechte Metallzaun mit einem Steinsockel. Mitunter sind auch Hecken mit einem Steinsockel als Einfriedung vorzufinden. Diese innerhalb des Gebietes vorherrschende Bauart wird entsprechend festgesetzt, da sie auch zukünftig den Übergang vom Straßenraum zum privaten Grundstück bestimmen soll. Mit den Festsetzungen kann verhindert werden, dass der Straßenraum durch hohe und blickdichte Einfriedungen, wie z. B. Mauern eingeengt wird.

Hecken werden aufgrund ihrer Blickdichte in der Höhe auf maximal 1 m eingeschränkt, damit ein Hinüberblicken weiterhin möglich bleibt. Andere Einfriedungen dürfen höher sein, da sie in transparenter Form herzustellen sind. Eine Gesamthöhe von 1,60 m darf nicht überschritten werden, um einer den Straßenraum optisch einengenden und abweisenden Wirkung vorzubeugen. Wenn besondere bauliche Umstände oder denkmalpflegerische Vorgaben es rechtfertigen, kann von dieser Maximalhöhe abgewichen werden (vgl. Punkt 5.13.13)

Flächen für den Gemeinbedarf: Die Gemeinbedarfsflächen sind aufgrund ihrer besonderen Funktion von den Höhenfestsetzungen für Einfriedungen ausgenommen. Nur für die Erweiterungsfläche des St.-Vinzenz-Krankenhauses soll die Höhenbeschränkung gelten, da sich hier die Bebauung in die vorhandene Baustruktur entlang der Bismarckstraße einfügen soll.

Neben der Prägung durch die Straßen ist das Planungsgebiet durch die großen Grünflächen und den vielfach gegebenen Anschluss der privaten Grundstücke an die Okerumflut charakterisiert. Die Okerumflut stellt dabei ein bedeutendes stadthistorisches Element von Braunschweig dar. Sie wird zudem intensiv für den Freizeitsport auf dem Wasser genutzt und ist ein touristisches Potenzial der Stadt Braunschweig. Die öffentliche Wahrnehmung der Gebäude und Grundstücke ist somit auch vom Wasser her gegeben. Die gestalterischen Festsetzungen müssen daher sowohl das Interesse an der Attraktivität öffentlich wahrnehmbarer Bereiche als auch das Interesse der Eigentümer und Nutzer an Privatheit berücksichtigen.

Die Festsetzung von Hecken oder Drahtzäunen bei einer maximalen Höhe von 1,80 m entspricht vielfach der vorzufindenden Situation. Da das Gelände vom Wasser her zu den Grundstücken zunimmt, eröffnet sich zum einen ein Blick in die grüneprägten Gartenbereiche, ohne zum anderen die Privatheit allzu sehr einzuschränken.

Sicht- und Windschutzanlagen müssen einen Mindestabstand von 3 m zu den öffentlichen Grün- oder Wasserflächen und von öffentlichen Wegen einhalten. Diese Anlagen sind geeignet, bei allzu massivem Einsatz die Blickbeziehungen nachhaltig zu unterbrechen bzw. zu stören. Da sie nachvollziehbarer Teil der privaten Grundstücksnutzung sind, sollen sie nicht ausgeschlossen werden. Um jedoch die starke Grünprägung des Gesamtgebietes nicht zu verletzen, müssen solche Anlagen einen Mindestabstand von der Grundstücksgrenze einhalten und die davorliegenden Flächen müssen begrünt werden. So kann ein auskömmlicher Kompromiss zwischen den unterschiedlichen öffentlichen und privaten Belangen erzielt werden.

Einfriedungen unter Verwendung von Stacheldraht werden im gesamten Plangebiet ausgeschlossen, da sie den für das Wallringgebiet typischen „transparenten“ Übergang zwischen Privatem und Öffentlichem konterkarieren würden.

5.13.11 Werbeanlagen

Um das für den öffentlichen Raum wichtige Thema der Werbung qualitativ zu begleiten, werden Vorgaben für die Art und Anzahl der Werbeanlagen gemacht. Neben allgemeinen Anforderungen werden diese nach Anzahl und Ort sowie Größe und Ausführung behandelt.

Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete herrscht die Wohnnutzung vor. Allerdings zeigt die Entwicklung nicht nur der jüngeren Vergangenheit, dass die Wohnnutzung durch andere, auf Werbung angewiesene Nutzungen erweitert wird. Auch die zulässigen freiberuflichen Nutzungen haben das Recht auf angemessene Werbemöglichkeiten. Entsprechend den allgemeinen Zielen des Bebauungsplans haben sich die Werbeanlagen aber an den charakteristischen Elementen der Wallringbebauung zu messen.

Fremdwerbung wird innerhalb des Plangebietes im Sinne des § 50 Abs. 4 NBauO ausgeschlossen. Das Ziel, die Kernbereiche des Plangebietes mit der Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten vorwiegend der Wohnnutzung zur Verfügung zu stellen, würde durch Werbeanlagen, die keinen unmittelbaren räumlichen Bezug zum Standort haben, unterlaufen. Es besteht die Gefahr, dass Anlagen der Fremdwerbung keine oder wenig Sensibilität gegenüber der vorzufindenden villenartigen Struktur entwickeln und damit das erträgliche Erscheinungsbild sprengen. Solche Anlagen werden daher ausgeschlossen.

Um den bestehenden und zukünftigen gewerblichen Nutzungen innerhalb des Gebietes eine ausreichende Werbemöglichkeit zu schaffen, ist je gewerblicher Nutzungseinheit eine Werbeanlage zulässig. Das Ambiente der Wallringbebauung ist schon heute auf die Wohnnutzung bzw. die wohnverträgliche gewerbliche Nutzung, vielfach als Ausübung freier Berufe, ausgerichtet. Die in der Regel büro- oder praxisähnlich ausgeübten Nutzungen sind nicht auf Werbung angewiesen, die sich an Laufkundschaft richtet, Werbeanlagen dienen eher der Orientierung im Gebiet. Dies gilt ebenfalls für die in den Wohngebieten außerhalb der Okerumflut ausnahmsweise zulässigen

Nutzungen, wie Läden, Schank-und Speisewirtschaften. Auch für diese Nutzungen soll sich die Werbung dem Wohncharakter unterordnen, zumal diese Einrichtungen der Versorgung des jeweiligen Gebietes dienen sollen und keine darüber hinaus gehende Bedeutung haben dürfen.

In den Allgemeinen Wohngebieten, den Sonderbaugebieten sowie an den zulässigen baulichen Anlagen innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünflächen (Torhäuser, Haeckelsches Gartenhaus) sind Werbeanlagen nur in einer Größe von insgesamt 0,5 m² zulässig. Dies entspricht in etwa der Größe eines DIN A1-Blattes.

Ausgenommen von dieser Festsetzung sind die ehemaligen „Voigtländerwerke“ in der Campestraße 7. Aufgrund der dort vorhandenen gewerblichen Einrichtungen, sind hier auch Sammeltafeln bis zu einer Größe von 3 m² zulässig.

Da bei den Werbeanlagen in den Allgemeinen Wohngebieten der Orientierungscharakter im Vordergrund steht, sollen die Werbetafeln auch nur im Eingangsbereich der Gebäude zulässig sein. Nur wenn der Eingangsbereich straßenseitig nicht einsehbar ist, ist eine Werbetafel ausnahmsweise auch an der Gebäudekante der Grundstückszufahrt bzw. am Gartentor zulässig. Eine Werbetafel im Vorgarten außerhalb der Zufahrt bleibt jedoch generell unzulässig.

Zusätzlich sind in den Allgemeinen Wohngebieten Werbeanlagen auf den Bereich bis zu einer Höhe von 3 m oberhalb des Geländes beschränkt, um solche Anlagen auf die typische Werbezone zu beschränken. Werbeanlagen in größeren Höhen entwickeln eine Fernwirkung, die den Wohncharakter stören würde.

In den als Mischgebiet festgesetzten Baugebieten entlang der größeren Verkehrswege ist aufgrund der dort zulässigen Nutzungen ein breiteres Spektrum an Werbeanlagen zulässig. Hier dürfen zusätzlich zu den in den Allgemeinen Wohngebieten zulässigen Werbetafeln im Eingangsbereich auch Werbetafeln als Trägermedium über den jeweiligen Nutzungseinheiten im Erdgeschoss angebracht werden. Auch sind hier selbstleuchtende Werbeanlagen zulässig. Die Werbeanlagen sollen allerdings aufgrund ihrer Lage in dem für die Gesamtstadt so bedeutenden Wallringgebiet in Bezug auf ihre Ausmaße, die Farbe und die Lage eingeschränkt werden. Zusätzlich zu Werbetafeln sind Einzelbuchstaben und Ausleger zulässig. Ihrem Standort entsprechend, werden auch sie in ihrer Größe und Lage reglementiert. In den oberhalb des Erdgeschosses gelegenen Geschossen sind Werbeanlagen in Form von Werbetafeln oder Auslegern unzulässig, da sie das Bild am Wallring empfindlich stören würden.

Werbefahnen sowie bewegliche oder akustische Werbeanlagen sind geeignet, den vorwiegenden Wohncharakter des Planungsgebietes nachhaltig zu stören und sind daher unzulässig.

5.13.12 Technische An- und Aufbauten

Um den Promenadencharakter der Wallringstraßen zu stärken, sollen an den privaten Gebäuden technische Anbauten möglichst vermieden werden. Antennen, Solarzellen oder Sonnenkollektoren sind daher unzulässig, soweit sie in Richtung der öffentlichen Verkehrsflächen orientiert sind. Die Größe der Bebauungsmöglichkeiten sichert auch abseits der öffentlichen Verkehrsflächen ausreichende Anbaumöglichkeiten, sodass die Verwendung moderner Bauelemente insgesamt noch möglich ist.

5.13.13 Abweichungen

Abweichungen von diesen Festsetzungen sind im Sinne des § 66 der Niedersächsischen Bauordnung grundsätzlich möglich, wenn diese unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweils getroffenen gestalterischen Festsetzung mit den öffentlichen Belangen vereinbar sind. So sind z.B. bei Gebäuden mit drei oder mehr Vollgeschossen auch Betonziegel statt der festgesetzten Tonziegel vertretbar, ohne dass die Ziele der Satzung gefährdet wären, da bei solch hohen Gebäuden i.d.R. die Art der Dacheindeckung kaum mehr wahrnehmbar ist. Darüber hinaus sind Abweichungen zulässig, wenn bauliche und gestalterische Gegebenheiten dagegen sprechen, die Satzung umzusetzen, z.B. bei anderslautenden denkmalpflegerischen Vorgaben oder wenn brandschutztechnische Vorgaben dagegensprechen, die Satzung umzusetzen.

6 Gesamtabwägung

Ziel des vorliegenden Bebauungsplans ist es, unter Berücksichtigung des IN 1 und der Wallringsatzung ein den heutigen Regelungserfordernissen entsprechendes Planungsrecht zu schaffen, um gemeinsam mit den anderen Wallring-Bebauungsplänen den Charakter des Braunschweiger Wallrings zu erhalten. Mit den Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans soll sichergestellt werden, dass sich Ergänzungen der vorhandenen Bausubstanz sowie Neubauten in das Bild der historischen Bebauung einfügen und damit unerwünschten Fehlentwicklungen vorgebeugt wird.

Mit dem vorliegenden Bebauungsplan werden die im Gesamtkonzept für den Wallring erarbeiteten Planungsziele für den Bereich des östlichen Wallrings planungsrechtlich gesichert.

Gegenüber dem bisherigen Planungsrecht ergeben sich mit dem vorliegenden Bebauungsplan folgende Vorteile:

1. Die Art und das Maß der baulichen Nutzung werden eindeutig geregelt. Es werden einheitliche, an der vorhandenen Bebauung orientierte Gebäudekubaturen festgesetzt. Hinterliegerbebauungen werden ausgeschlossen und die Gärten werden vor weiteren Versiegelungen geschützt.

2. Es werden Festsetzungen zum Schutz und zur weiteren Entwicklung der ehemaligen Promenaden getroffen, in dem Vorgärten festgesetzt, Festsetzungen zum ruhenden Verkehr, zur Gestaltung der Einfriedungen und zu Werbeanlagen sowie zum Erhalt und zur Entwicklung der begleitenden Baumstandorte getroffen.
3. Es wird eine einheitliche, an historischen Vorbildern orientierte Gestaltung der Bebauung und der öffentlichen Räume gesichert. Es wird sichergestellt, dass sich Neu- und Umbauten in das vorhandene Ortsbild einfügen und es kann Fehlentwicklungen vorgebeugt werden.
4. Die Grün- und Freiraumstrukturen werden geschützt und weiterentwickelt. Negativen Auswirkungen auf das Vorhandensein geschützter Tierarten kann damit vorgebeugt werden.
5. Darüber hinaus werden mit dem Bebauungsplan mehrere existierende bzw. künftige Fuß- und Radwege entlang der Oker planungsrechtlich gesichert. Die öffentliche Wahrnehmung und Erlebbarkeit des gesamten Wallrings sowie der Okerumflut kann gestärkt werden.
6. Mit der Festsetzung der Theaterwerkstätten als öffentliche Grünflächen können die derzeitigen Missstände insbesondere in Bezug auf die Erschließung behoben, eingetretene Fehlentwicklungen i. S. der Gartendenkmalpflege geheilt und das innerstädtische Freiraumangebot verbessert werden.

Der Wallring erfüllt aufgrund seines besonderen Charakters und seiner Lage alle Voraussetzungen für gehobenes, innenstadtnahes Wohnen, so dass neben dem hohen öffentlichen Interesse am Wallring auch ein hohes privates Interesse in diesem Bereich existiert. Bei der Planung konnten beide Interessengruppen in Einklang gebracht werden, so dass die stadtgestalterisch hochwertige Erholungszone zusammen mit der reizvollen Ausstrahlung eines gehobenen Wohnumfelds keinen Schaden nimmt. Die Einschränkungen, die sich für die Grundstückseigentümer durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes ergeben, sind hinnehmbar. Sie werden durch die städtebaulichen Vorteile, die der Bebauungsplan vermittelt, gerechtfertigt.

Aus den genannten Gründen ist in der Gesamtabwägung die vorgesehene Planung mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung vereinbar. Insbesondere sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Anforderungen an das im Quartier vorherrschende gehobene Wohnen, das öffentliche Interesse an der Wahrung des für die gesamte Stadt Braunschweig bedeutenden Gebiets sowie die Belange des Umweltschutzes im Rahmen der Planung miteinander gerecht abgewogen worden.

7 Zusammenstellung wesentlicher Daten

Flächen	Flächengröße
Wohngebiete	ca. 9,5 ha
Mischgebiete	ca. 4,6 ha
Sonderbauflächen	ca. 1,0 ha
Gemeinbedarfsflächen	ca. 2,6 ha
Verkehrsflächen	ca. 13,6 ha
Grünflächen	ca. 21,0 ha
○ davon private Grünflächen	○ ca. 7,8 ha
○ davon öffentliche Grünflächen	○ ca. 13,2 ha
Wasserflächen	ca. 4,7 ha
Summe	ca. 57 ha

8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

8.1 Maßnahmen

Mit dem Bebauungsplan werden kurz- und mittelfristig keine baulichen Maßnahmen der Stadt ausgelöst. Die festgesetzten Fuß- und Radwege entlang der Oker sowie die Einbeziehung der Theaterwerkstätten in den Theaterpark werden planungsrechtlich gesichert. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist teilweise Grunderwerb zu tätigen. Die Maßnahmen sind langfristig geplant. Darüber hinaus dient der Bebauungsplan im Wesentlichen der Regelung der privaten Investitionen im Rahmen seiner städtebaulichen Ziele und seiner daraus abgeleiteten Festsetzungen.

8.2 Kosten und Finanzierung

Der Stadt Braunschweig können Kosten für Grunderwerb sowie für die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der im Plan festgesetzten Fuß- und Radwege sowie öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen entstehen. Die Finanzierung ist zu gegebener Zeit über die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zu sichern. Eine Kostenschätzung der Ausbaukosten liegt noch nicht vor, da die Ausformung und Gestaltung der Wege, Plätze und Grünflächen sowie ihre zeitliche Realisierung noch nicht feststehen.

Nur für die nach historischem Vorbild geplante Parkanlage im Bereich der Theaterwerkstätten wurden die Herstellungskosten grob ermittelt. Danach belaufen sich die Kosten auf rd. 170.000 Euro. Die Kosten sind nach dem

heutigen Preisniveau ermittelt. Die Kostenschätzung geht von einer vollständig beräumten/entsiegelten Fläche inkl. Verfüllung von ggf. Baugruben aus. Für die Herstellung der öffentlichen Parkflächen im Bereich der Theaterwerkstätten ist eine anteilige Refinanzierung durch Zuordnung als Kompensationsmaßnahme grundsätzlich möglich. Der Anteil der auf diesem Weg ggf. refinanzierbaren Kosten kann z.Zt. noch nicht beziffert werden.

Der Bebauungsplan ändert an einzelnen Stellen durch seine Festsetzungen bisher zulässige Nutzungen und Baufelder, daher sind grundsätzlich die Regelungen nach den §§ 39 ff BauGB zu beachten. Insbesondere ist der § 42 BauGB (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) relevant. Entschädigungsansprüche können sich aus den Festsetzungen oder aus einer Übernahme von Grundstücken ergeben.

Die fiskalisch größte Auswirkung ist im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Theaterwerksstätten in den Theaterpark zu erwarten. Mit der Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche in diesem Bereich sind bauliche Veränderungen und Erweiterungen der Theaterwerkstätten nur noch sehr eingeschränkt möglich. Grundsätzlich kann sich dadurch ein Übernahmeanspruch des Landes durch die Stadt Braunschweig ergeben.

Eine abschließende Angabe darüber, ob, wann und in welcher Höhe unter Beachtung des Bestandsschutzes von den Eigentümern Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden können, ist ohne detaillierte Einzelfallprüfung nicht möglich. Bei der Prüfung der Erheblichkeit sind den Vermögensnachteilen die Vermögensvorteile aus der Planung gegenzurechnen. Die Kosten die durch mögliche Entschädigungen und insbesondere durch den beschriebenen, möglichen Übernahmeanspruch entstehen, werden nach ersten Schätzungen insgesamt mit ca. 1 Mio. Euro veranschlagt.

9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen sind nicht erforderlich.

10 Außer Kraft tretende Bebauungspläne

Folgende Bebauungspläne, deren grundsätzliche Festsetzungen stichwortartig aufgeführt sind, treten mit Rechtskraft dieses Bebauungsplanes außer Kraft:

Nr.	Bezeichnung	Rechtskraft	Bemerkungen
IN 8		1976	Die Theaterwerkstätten sind als Gemeinbedarfsflächen festgesetzt. Die Zufahrt ist über ein Wegerecht gesichert. Festsetzung im IN 235: öffentliche Grün-

			fläche
AW 18		1949	Festsetzungen privater und öffentlicher Grünflächen, Festsetzungen werden weitestgehend übernommen
AW 36		1973	Festsetzung der Bebauung an der Oberstraße als Kerngebiet (MK), Festsetzung im IN 235: Mischgebiet (MI).

Folgende Bebauungspläne, deren grundsätzliche Festsetzungen stichwortartig aufgeführt sind, treten für die Teilbereiche außer Kraft, die im Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes liegen (siehe hierzu auch Pkt. 2.3 der Begründung):

Nr.	Bezeichnung	Rechtskraft	Bemerkungen zu den außer Kraft tretenden Bereichen
IN 7		1974	Die rückwärtige, an der Oker liegende Bebauung Am Fallersleber Tore wird als reines Wohngebiet (WR) festgesetzt. Festsetzung im IN 235: private Grünfläche
HA 4		1948	Festsetzung öffentlicher Verkehrsflächen sowie von Vorgärten, Festsetzungen werden teilweise übernommen.
AW 95	Bertramstraße-Nordwest	2003	Wohnbebauung (WA) mit II –III Vollgeschossen entlang der Adolfstraße, Sicherung privater Grünflächen im rückwärtigen Bereich. Festsetzungen werden weitestgehend übernommen, zusätzlich werden teilweise Vorgärten festgesetzt.
AW 2		1958	Festsetzung öffentlicher Verkehrsflächen, Festsetzungen werden übernommen
IN 18		1958	Festsetzung öffentlicher Verkehrsflächen, Festsetzungen werden übernommen
AW 32		1969	Festsetzung öffentlicher Verkehrsflächen Festsetzungen werden übernommen
IN 167		1971	Setzt für den Bereich der Gerloffschen Villa komplett überbaubare Fläche fest. Festsetzung im IN 235: private Grünfläche, überbaubare Fläche auf Villa begrenzt.

AW 33		1958	Setzt entlang der Hennebergstraße Wohnbebauung mit überwiegend III Vollgeschossen fest. Festsetzungen werden weitestgehend übernommen, zusätzlich werden Vorgärten festgesetzt.
AW 94	Leisewitzstraße-Nord	2001	Setzt entlang der Campestraße Wohnbebauung mit II-III Vollgeschossen fest, Sicherung privater Grünflächen im rückwärtigen Bereich. Festsetzungen werden weitestgehend übernommen.
WI 10	Jugendherberge	1980	Sichert die Flächen zwischen der Peter-Joseph-Krahe-Straße und der Hennebergstraße als öffentliche Grünflächen. Festsetzungen werden übernommen, zusätzlich werden öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt.

Mit Rechtskraft des Bebauungsplanes gelten die im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes befindlichen Bereiche des IN 1 von 1939 und der Wallringsatzung von 1951 nicht mehr.

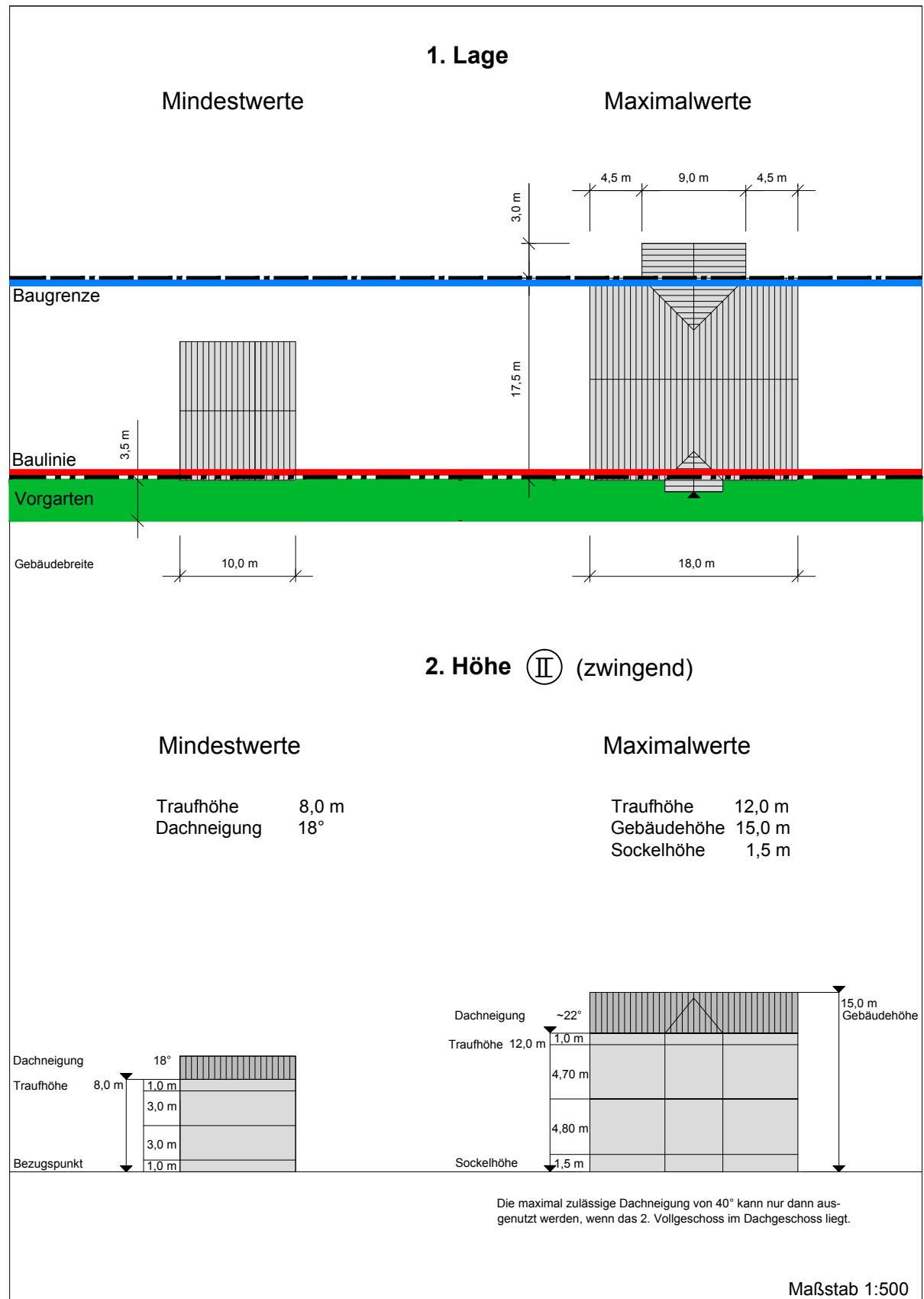
Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring - Ost

IN 235

Maß der baulichen Nutzung - Anlage zur Begründung

Villenbebauung entlang der ehemaligen Promenaden (WA 1 Gebiete, MI 2)



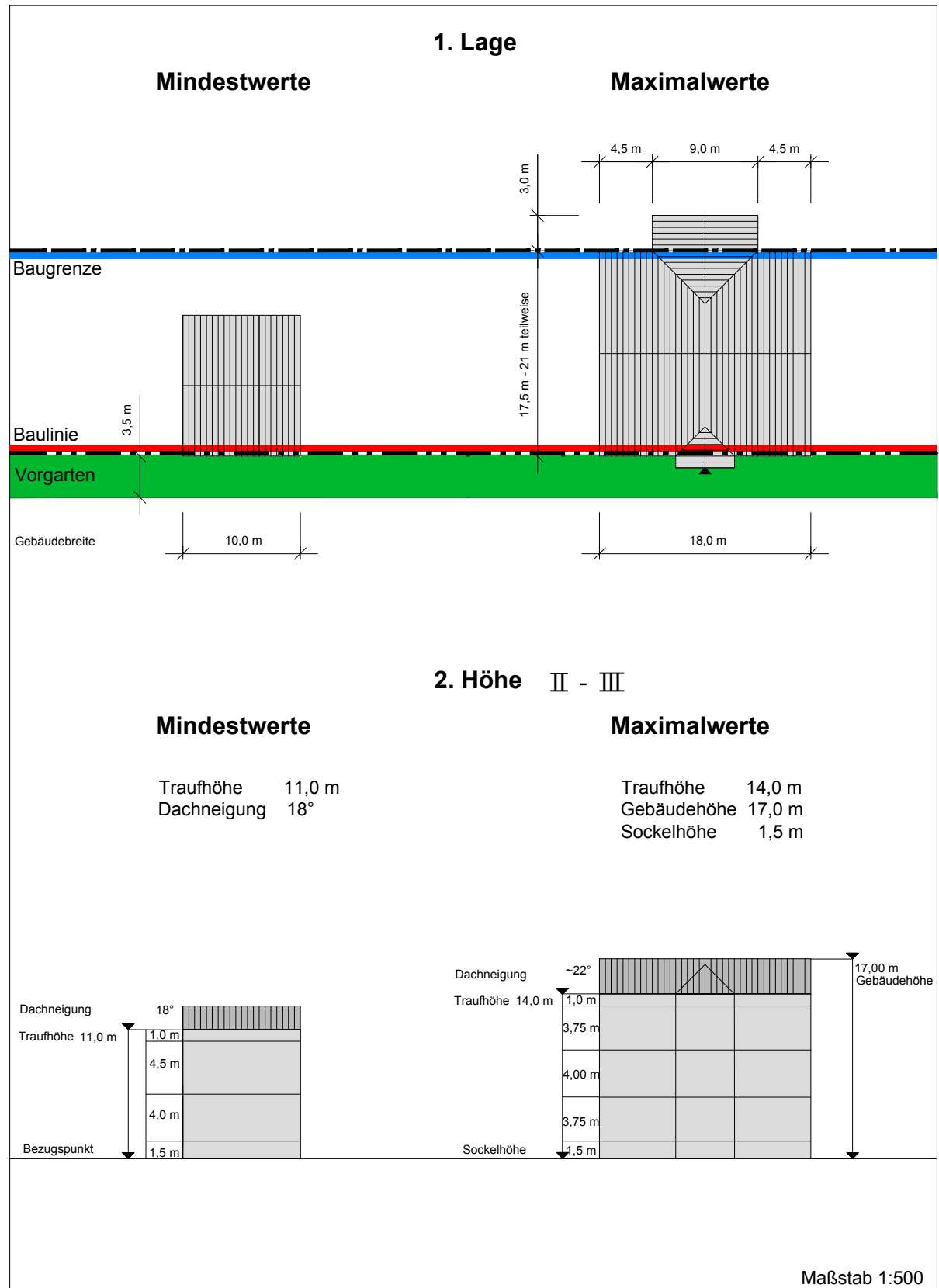
Bebauungsplan mit ötlicher Bauvorschrift

Wallring - Ost

IN 235

Maß der baulichen Nutzung - Anlage zur Begründung

Gründerzeitlich geprägte, villenartige Bebauung überwiegend außerhalb der Okerumflut
(WA 2 Gebiete, MI 1 Gebiete)



Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring-Ost

IN 235

Behandlung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 12. Mai 2015 bis 12. Juni 2015

Stellungnahme Nr. 1 Schreiben vom 09.04.2015	Stellungnahme der Verwaltung
<p><i>Die Bürgerschaft Magniviertel e.V. hält nach wie vor eine fußläufige Anbindung des Magniviertels zum Löwenwall auf Höhe der Grundschule Klint für äußerst sinnvoll. Die Gründe, die 2005 zur Widmung des Weges geführt haben, gelten unverändert fort. Insbesondere für ältere Menschen und für Familien mit Kindern würde der Zugang zum Löwenwall - der einzigen Grün- und Erholungsfläche des Magniviertels - deutlich erleichtert.</i></p> <p><i>Die Schulleitung der Grundschule Klint hatte sich nach unserer Information vor Jahren gegen die Wegeführung ausgesprochen, weil die Elternschaft die Sorge hatte, dass sich die seinerzeit auf dem Löwenwall befindliche Drogenszene bis zur Schule hätte ausbreiten können. Man wollte keinerlei Risiken für die Schulkinder eingehen. Diese Drogenszene gibt es dort seit Jahren nicht mehr, wie uns der Pressesprecher der Polizei auf Nachfrage ausdrücklich bestätigt hat.</i></p> <p><i>Damit ist der eigentliche Grund zur Ablehnung der Wegeführung entfallen. Was das Bürgerforum „Wallring“ zur Ablehnung bewegen haben könnte, entzieht sich unserer Kenntnis. Ein besonders bürgerfreundliches Motiv ist allerdings nicht erkennbar.</i></p> <p><i>Nach alledem beantragen wir, den Weg nicht zu entwidmen und bitten darum, in den nächsten städtischen Haushalt die entsprechenden Mittel zur Realisierung des Weges einzustellen.</i></p>	<p>Der Verwaltungsausschuss ist in seiner Sitzung am 28. April 2015 bei seiner Entscheidung über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans IN 235 den Vorschlägen des Stadtbezirksrates Innenstadt und des Planungs- und Umweltausschusses gefolgt. Danach sollen die in Verbindung mit dem geplanten Fußweg zwischen Klint und Löwenwall stehenden Flächen im Geltungsbereich verbleiben und die Wegeplanung weiterverfolgt werden.</p> <p>Unabhängig von den noch zu fassenden Beschlüssen zur Umsetzung des Weges wird der Fußweg im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Fußweg“ planungsrechtlich gesichert.</p> <p>Die finanziellen Mittel aus dem damaligen Sanierungsgebiet Innenstadt stehen nicht mehr zur Verfügung. Aufgrund dessen sind für die Umsetzung des Weges erneute Beschlüsse auf Grundlage einer neuen Kosten-schätzung notwendig. Die Kosten sind neu zu ermitteln und dürften voraussichtlich wegen der örtlichen Gegebenheiten deutlich höher liegen als die im Jahr 2005 geschätzten 49.000 Euro.</p>
	<p>Den Anregungen wurde bereits zur Planfassung der öffentlichen Auslegung gefolgt.</p>

Stellungnahme Nr. 2 Schreiben vom 03.04.2015	Stellungnahme der Verwaltung
<p><i>Mit Datum vom 23.12.2010 haben die Stadt Braunschweig und das Bürgerforum Wallring (...) eine Vereinbarung geschlossen. Ziel dieser Vereinbarung ist die Umsetzung des IN 1 und der Wallringsatzung in Bebauungspläne. (...) Die Verwaltung beabsichtigt im Widerspruch zu dem formulierten Ziel der gemeinsamen Vereinbarung, die Art der baulichen Nutzung aus der Regelung gemäß § 4 der Wallringsatzung von 1951 nicht zu folgen und künftig Schank- und Speisewirtschaften zu genehmigen. Dies steht im Widerspruch zu dem von der Stadt Braunschweig und dem Bürgerforum vereinbarten Zielen.</i></p>	<p>Die genannte Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit dem Bürgerforum und erwähnt die Planungsziele, wie sie auch von den politischen Gremien beschlossen worden sind. Es ist zwar richtig, dass bei der Erarbeitung des neuen Planungsrechts das gültige Planungsrecht (IN 1 und Wallringsatzung) zu berücksichtigen ist, eine 1 : 1 Übertragung des alten Rechts in das neue Recht war allerdings nie das Ziel. Das als überaltert einzustufende Planungsrecht war vielmehr ein Auslöser für die neue Planung. So heißt es in der Vereinbarung auch „Entwicklung der Art und des Maßes der baulichen Nutzung aus den Regelungen des IN 1 und der Wallringsatzung“ – nicht Übernahme oder wie vom Einwender erwähnt „Umsetzung“.</p> <p>Unter den Vorbemerkungen dieser Vereinbarung heißt es im vollständigen Wortlaut:</p> <p>„Die Arbeitsgruppe wird dabei von den folgenden Zielen geleitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Entwicklung eines übergreifenden Planungskonzeptes aufbauend auf dem Beschluss des VA vom 4. Mai 2010 für den gesamten Wallring.</u> • Erhaltung des Wallrings in seiner historischen Substanz unter Wahrung des Promenadencharakters, der Parks, Gärten und Plätze. • <u>Entwicklung der Art und des Maßes der baulichen Nutzung aus den Regelungen des Bebauungsplanes IN 1 (1939), der Ortssatzung (Wallringsatzung) von 1951 und dem baulichen Bestand.</u> • Am Okerumflutgraben orientierte Festbeschreibung des Geltungsbereiches der neuen Bebauungsplanung, u. a. die Einbeziehung ganzer Straßenzüge. • Entwicklung einer Gestaltungssatzung für den gesamten Wallring. • Mitarbeit bei der Erarbeitung von Vorlagen für die Pläne IN 215, IN 234, IN 235, IN 236 als rechtsverbindliche Nachfolgepläne des rechtskräftigen Bebauungsplanes IN 1 aus 1939 und der Ortssatzung vom April 1951 (Wallringsatzung).“ <p>Bei den Aufstellungsbeschlüssen zu den Wallring - Bebauungsplänen hat der Verwaltungsausschuss am 04. Mai 2010 dem Gesamtkonzept und den darin formulierten Planungszielen zur Entwicklung des Wallrings zugestimmt. Dieser Beschluss ist Grundlage</p>

<p><i>Im Beschlussvorschlag (...) wird darauf hingewiesen, dass bis auf einen Punkt zu allen Fragen Übereinstimmung erzielt werden konnte. Aus Sicht des Bürgerforums gibt es in einem zweiten Punkt nur eine teilweise Übereinstimmung. Es betrifft die Eckhäuser an Promenaden, die von Radialen gekreuzt werden wie z.B. die Adolfstraße durch die Kurt-Schumacher-Straße. Die Verwaltung stuft diese als Mischgebiet ein. (...) Die Einstufung widerspricht der Wallringsatzung. (...) Das Wohnhaus Adolfstraße 45 steht unter Denkmalschutz. (...) Gleiches gilt für das Wohnhaus Adolfstraße 31. (...) Die Villa Westermann, Löwenwall 6 (...) steht mit der östlichen Gebäudeseite als letztes Gebäude am dort endenden Löwenwall. (...) Die Villa Westermann ist wie der Löwenwall als WA 1 einzustufen.</i></p> <p><i>(...) Das Bürgerforum hat immer wieder darauf hingewiesen, dass Art und Maß der baulichen Nutzung sich aus § 4 der Ortssatzung (Wallringsatzung) von 1951 ergeben.</i></p> <p><i>§ 4 der Wallringsatzung lautet:</i></p>	<p>für die Zusammenarbeit, wie auch oben aufgeführt. Im Gesamtkonzept, das auf einer umfangreichen Bestandsanalyse beruht, wurde festgelegt, dass sich das Nutzungsspektrum in den Wohnstraßen außerhalb der Okerumflut öffnen soll. Für den Inhalt der darauf aufbauenden Planung sind einzig die politischen Beschlüsse bindend, nicht einzelne, im falschen Wortlaut aus der Vereinbarung mit dem Bürgerforum herausgezogene Ziele der Arbeitsgruppe.</p> <p>Entlang der großen Magistralen, den Haupt- und Ausfahrtstraßen, werden aufgrund der bestehenden Verkehrsbelastung und der dort vorhandenen Nutzungen Mischgebiete festgesetzt. Ob die Gebäude unter Denkmalschutz stehen und wie sie gestaltet sind, spielt bei der Festsetzung der Art der baulichen Nutzung keine Rolle. Die Festsetzung entspricht ebenfalls dem im „Gesamtkonzept Wallring“ formulierten Planungsziel, wonach sich entlang der den Wallring kreuzenden Straßen das Nutzungsspektrum öffnen soll und neben dem Wohnen nicht störende gewerbliche Nutzungen sowie vor allem Büro- und Geschäftshäuser zulässig sein sollen. Die Festsetzung von Mischgebieten ist daher in diesen Bereichen folgerichtig</p> <p>Die erwähnte Villa Westermann am Löwenwall 6 entspricht mit ihrer Büro- und Geschäftsnutzung diesem Planungsziel. Die Einbeziehung der Villa in das WA 1-Gebiet würde die derzeitige Nutzung künftig unmöglich machen.</p> <p>Der Gesetzgeber gibt vor, dass Mischgebiete dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben dienen, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Die angrenzenden Wohnnutzungen in den Wallstraßen berücksichtigend werden die Nutzungsmöglichkeiten in den Mischgebieten im Bebauungsplan weiter eingeschränkt. Vergnügungsstätten, wie z.B. Spielhallen sind generell ausgeschlossen. Darüber hinaus sind Gartenbaubetriebe und Tankstellen in allen Mischgebieten ausgeschlossen, um die mit diesen Anlagen verbundenen Störungen gegenüber den Wohnnutzungen zu vermeiden.</p> <p>Auf den ersten Absatz der Stellungnahme wird verwiesen.</p> <p>Es war von Beginn an nicht die planerische</p>
---	--

<p><i>„Gewerbliche Anlagen aller Art, einschließlich der Ein- und Ausfahrten solcher Anlagen, Ladengeschäfte und Schaufenster sind sowohl in der straßenseitigen Bebauung wie in Nebengebäuden unzulässig. Als Gewerbe gelten nicht Büros, Kliniken und ähnliche Nutzungen, die den Wohncharakter der Straßen weder durch ihren Betrieb noch durch ihre äußeren Gestaltungsansprüche zu stören geeignet sind. Bei Eckgrundstücken gelten die Beschränkungen für beide Straßen.“</i></p>	<p>Absicht, die Wallringsatzung regelungsideologisch in neues Planungsrecht zu überführen. Vielmehr war die behutsame Weiterentwicklung unter Beachtung aktueller planerischer Entwicklungen regelmäßiges Ziel. Zudem erkennt der Einwender, dass 1951 die Baunutzungsverordnung (BauNVO) noch nicht galt. Bereits aus diesem Grund lässt sich die Wallringsatzung nicht 1:1 in neues Planungsrecht übertragen.</p> <p>Schank- und Speisewirtschaften, die der Versorgung des Gebietes dienen, sind gemäß § 4 BauNVO in Allgemeinen Wohngebieten allgemein zulässig und tragen nicht zuletzt zu deren Qualität bei. Ein genereller Ausschluss dieser Nutzungen kann im Bereich außerhalb der Okerumflut städtebaulich nicht ausreichend begründet werden, so dass in den Bereichen außerhalb der Okerumflut derartige Nutzungen ausnahmsweise zugelassen werden sollen. In den vergleichbaren Straßenzügen Rosental, Abt-Jerusalem-Straße und Gaußstraße sind Schank- und Speisewirtschaften bereits jetzt ausnahmsweise zulässig. Sie liegen im rechtskräftigen Bebauungsplan „Wallring-Nord“, IN 234.</p>
<p><i>Die Verwaltung begründet auf Seite 6 der Vorlage die Abweichung von den Regelungen der Wallringsatzung wie folgt:</i></p> <p><i>„Es ist zwar richtig, dass gemäß der Wallringsatzung auch in den Straßenzügen außerhalb der Okerumflut gewerbliche Anlagen aller Art ausgeschlossen sind. Aber bereits im Gesamtkonzept für den Wallring wurde eine Öffnung des Nutzungsspektrums in den Wohngebieten außerhalb der Okerumflut einvernehmlich festgelegt. In den im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Wallring-Nord“, IN 234 gelegenen vergleichbaren Straßenzügen Rosental, Abt-Jerusalem-Straße und Gaußstraße sind ebenfalls Schank- und Speisewirtschaften ausnahmsweise zulässig. Es ist städtebaulich nicht begründbar, warum beispielsweise in der Adolfstraße von dieser Regelung abgewichen werden sollte und in der Gaußstraße nicht. Auch ist nicht nachvollziehbar, warum in der Parkstraße heute schon Schank- und Speisewirtschaften zulässig sind und in den übrigen, östlich an die Okerumflut grenzenden Straßenzügen nicht.“</i></p> <p><i>Dieser Vergleich hinkt!!!</i></p> <p><i>Das Bürgerforum Braunschweiger Wallring</i></p>	<p>Die Begründung zur ausnahmsweisen Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften in der Vorlage zur öffentlichen Auslegung wird an dieser Stelle nur unvollständig zitiert. Im Vorlagentext hieß es dazu weiter:</p> <p>„...Der städtebaulichen und stadthistorischen Bedeutung der ehemaligen Promenaden wird mit dem Ausschluss jeglicher gewerblicher Nutzungen Rechnung getragen. Die Straßenzüge außerhalb der Okerumflut gehören nicht zum ehemaligen Promenadengürtel, so dass hier eine ausnahmsweise Zulässigkeit von den sonst in einem Allgemeinen Wohngebiet allgemein zulässigen Schank- und Speisewirtschaften städtebaulich vertretbar ist. Diese Nutzungen sind nur zulässig, wenn sie den Nutzungscharakter der Allgemeinen Wohngebiete nicht beeinträchtigen und sie der Versorgung des Gebietes dienen.“</p> <p>Bei den seit 2010 laufenden Wallring-Planungen wurde und wird immer zwischen dem Bereich innerhalb und außerhalb der Okerumflut unterschieden. Diese Unterscheidung hat auch aus denkmalschutzfachlicher Sicht seine volle Berechtigung. Hingegen wird der Promenadenbegriff in der Stellungnahme des Einwenders den unterschied-</p>

nimmt hierzu wie folgt Stellung:

1. Parkstraße

Die Parkstraße wurde zwischen 1860 und 1870 angelegt. Die Parkstraße wurde nicht als Promenade ausgebildet. (...) Die Zulässigkeit eines Kaffees in der Parkstraße kann somit nicht als Begründung für eine Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften in der Adolfstraße, Bismarckstraße und Moltkestraße herangezogen werden.

2. Rosental

(...) Die Straße Rosental wurde auch ursprünglich nicht als Promenadenstraße ausgebildet (...) Die Verantwortlichen der Stadt Braunschweig hielten es offensichtlich nach dem 2. Weltkrieg im Jahre 1951 für richtig, die Verbindungsstraße zwischen Petritorwall und Inselwall in die Wallringsatzung aufzunehmen. Die für die Braunschweiger Wallpromenaden typische Bebauung aus der Zeit um 1900 ist nicht vorhanden. (...)

3. Abt-Jerusalem-Str. und Gaußstraße

In dem Erweiterungsplan der Stadt Braunschweig aus dem Jahre 1870 ist die Verlängerung der Fallersleberthor-Promenade über den Okerumflutgraben hinaus dargestellt. Die ursprüngliche Bezeichnung der heutigen Pockelsstraße war Neue Promenade. (...) Laut Ortsplan der Stadt Braunschweig aus dem Jahr 1889 wurden die Abt Jerusalemstraße und die Gaußstraße 1884 fertig gestellt. Die Straßen wurden als Promenaden ausgebildet, (...). Die Verantwortlichen der Stadt Braunschweig hielten es nach dem 2. Weltkrieg im Jahre 1951 für richtig und wichtig, die Straßen in die Wallringsatzung aufzunehmen und dadurch zu schützen. Aus Sicht des Bürgerforums erscheint die ausnahmsweise Genehmigung von Schank- und Speisewirtschaften in der Abt-Jerusalem-Straße überflüssig. Es ist kaum vorstellbar, dass die TU Institutsgebäude in Schank- und Speisewirtschaften umfunktioniert werden. (...)

Der heutige Zustand der Gaußstraße bestätigt, wie wichtig es war, dass die Straßen des Braunschweiger Wallrings durch die Wallringsatzung geschützt und dadurch wieder in den derzeitigen sehenswerten Zustand versetzt wurden. Die im B-Plan IN 234 vorgese-

lichen Straßen falsch zugeordnet.

Unter der Zielsetzung, den nach Schleifung der Befestigungsanlagen entstandenen Wallring strukturell und nutzungsmäßig im historischen Sinne zu stärken, ist der Begriff „Promenade“ zunächst auf den Bereich innerhalb der Okerumflut, der wesentlich von Peter Joseph Krahe gestaltet worden ist, zu beschränken. Der abgebildete historische Plan von 1826 titelt „Braunschweig mit der Promenade und den daran stehenden Gärten“.



Im Wortsinne waren die Wallringstraßen Anfang des 19. Jh. sicher klassische Promenaden, auf denen Spaziergänger flanieren konnten. In Verbindung mit den angelegten Plätzen und den sehr unterschiedlichen Straßenführungen hatten die Promenaden eine hohe Aufenthaltsqualität; von dort konnte man sogar in die freie Landschaft schauen. Die parzellierten Grundstücke, die in private Hände übergingen, waren nach und nach nur extensiv mit Villen bebaut. Insofern kann der Begriff „Promenade“ nur für die v. g. Wallringstraßen innerhalb der Okerumflut verwendet werden und sollte nicht auf die deutlich später entstandenen Straßen außerhalb der Okerumflut ausgedehnt werden. Dafür gibt es weder eine Herleitung aus der Geschichte noch sind die Straßen außerhalb der Okerumflut vom Charakter mit den Wallringstraßen gleich zu setzen. Beidseitige Baumreihen (Alleen) reichen als Merkmal nicht aus. Die Straßen außerhalb der Okerumflut folgen wesentlich den städtebaulichen Prinzipien der Stadterweiterungen des 19. Jh. nach 1870/71. Der Umstand, dass die Straßen in Nähe der Oker-

<p><i>hene ausnahmsweise Genehmigung von Schank-und Speiswirtschaften kann der Gaußstraße nur schaden. (...)</i></p> <p><i>Das Bürgerforum Wallring erlaubt sich den Hinweis, dass in obigen Straßenzügen seit ihrer Errichtung noch nie Schank-und Speiswirtschaften betrieben wurden und dies auch so bleiben soll. (...)</i></p> <p><i>Mit den Festsetzungen des B-Planes „Wallring-Ost“, IN 235 wird für diese Straßen der durch die Wallringsatzung seit 1951 vorgesehene und bewahrte Schutz als Promenadenstraße aufgegeben. (...)</i></p> <p><i>Die Verwaltung will in den Promenaden außerhalb der Okerumflut, also in der Adolfstraße, Bismarckstraße und Moltkestraße künftig (ausnahmsweise)- Schank-und Speiswirtschaften zulassen. Bei einer so weitreichenden Änderung der Nutzung der prächtigsten Straßen des östlichen Wallring durch die Einstufung als Mischgebiet müssen aus Sicht des Bürgerforums die Anwohner in den Entscheidungsprozess mit eingebunden werden!!!</i></p>	<p>umflut wie z. B. Moltkestraße, Adolfstraße straßenräumlich insbesondere durch ihren Alleecharakter qualitativ hoch zu bewerten sind, wird durch die jetzige Planung bewahrt und gestärkt. Sie mit den Wallringstraßen begrifflich gleich zu setzen, verkennt die unterschiedlichen Entstehungszeiten und die stadträumliche Besonderheit des Krahe'schen Wallrings.</p> <p>Der Hinweis, dass die heutige Pockelsstraße zunächst „Neue Promenade“ hieß, kann dies nicht in Frage stellen. Es war eine zeitlich begrenzte, singuläre Bezeichnung für diese Straße, nicht aber ein Gestaltungs-oder Nutzungsprinzip auch Straßen außerhalb der Okerumflut. In den historischen Karten z. B. 1890 werden Wallringstraßen deutlich als Promenaden-Straßen bezeichnet, z. B. „Wendenthor-Promenade“ oder „Theater-Promenade“. Erst in Karten ab 1914 finden sich die heutigen Bezeichnungen, wie z. B. Wendentorwall oder Theaterwall.</p> <p>Im Sinne der historischen Entwicklung und Ablesbarkeit von Geschichte ist es daher an dieser Stelle geboten, die Begrifflichkeit „Promenade“ auf die Wallringstraßen innerhalb der Okerumflut zu beschränken.</p> <p>Zur Wallringsatzung von 1951 gibt es keinerlei Begründung für die Wahl der dort aufgeführten Straßenzüge. Der Umstand, dass die Parkstraße nicht Teil der Satzung war, lässt sich eher auf die Existenz des ehemaligen Kaffees „Okerterrassen“ zurückführen, als auf den Umstand, dass es sich nicht um eine „Promenade“ handelt.</p> <p>Im Übrigen steht das Bestreben des Einwenders Öffentlichkeit im Umfeld der „Promenaden“ einzuschränken im Gegensatz zur Begrifflichkeit bzw. zur Typologie einer Promenade. Die Promenade ist schließlich eine Straße, die städtische Öffentlichkeit benötigt und geradezu anziehen soll. Der öffentlich städtische Charakter der Wohnstraßen am Wallring wird nicht zuletzt durch das Vorhandensein zentraler Kulturbauten (HAUM, Staatstheater, Städtisches Museum) unterstrichen. Öffentlichkeit einzuschränken oder auszuschließen und Privatheit herzustellen, wie vom Bürgerforum angestrebt, ist im Bereich des Wallrings der falsche Planungsansatz. Der Braunschweiger Wallring stellt einen hochwertigen öffentlichen Raum dar, der für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar sein sollte.</p>
---	---

	<p>Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die ausnahmsweise Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften den vom Gesetzgeber vorgegeben Nutzungskatalog eines Allgemeinen Wohngebietes einschränkt und nicht, wie vom Einwender beschrieben, daraus ein Mischgebiet macht. Mit der durchgeführten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes „Wallring-Ost“, IN 235 wurden sowohl die Anwohner als auch alle Bürgerinnen und Bürger angemessen in den Entscheidungsprozess eingebunden.</p>
--	---

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 3 Schreiben vom 14.04.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>(...) Grund dieses Schreibens ist, dass in dem Bebauungsplan z.B. Gastronomie erlaubt werden darf.</i></p> <p><i>Auch ich bin der Ansicht wie das Wallringforum, dass es in unmittelbarer Nähe dieses geschützten Wallringes genügend Kneipen und Gaststätten gibt. In der Wallringsatzung von 1951 wurde zu damaliger Zeit schon darauf geachtet, dass in diesen historischen und sehr schönen Wohnstraßen gewerbliche Betriebe tabu sind. (...)</i></p>	<p>Auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 2 wird verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus sei erwähnt, dass vor dem Hintergrund der Wallringsatzung sonstige nicht störende Gewerbebetriebe in sämtlichen Allgemeinen Wohngebieten am Wallring ausgeschlossen werden.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Gleichlautende Stellungnahmen Nr. 4 - 27 vom 17.04.2015, 18.04.2015, 19.04.2015, 20.04.2015, 21.04.2015, 22.04.2015, 23.04.2015, 24.04.2015, 27.04.2015, 01.05.2015, 13.05.2015, 09.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>Das vom Bürgerforum Braunschweiger Wallring e.V. vorgetragene Anliegen unterstütze ich uneingeschränkt.</i></p> <p><i>Auch ich bin der Auffassung, dass der neue Bebauungsplan IN 235 nicht von der Festlegung in § 4 der Wallringsatzung von 1951 abweichen darf, wonach gewerbliche Anlagen, insbesondere Schank- und Speisewirtschaften (...) nicht zulässig sein sollen. Die Zulassung solcher Gewerbebetriebe würde den Charakter des für Braunschweigs Identität so wichtigen Wallrings nachhaltig beeinträchtigen.</i></p>	<p>Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 2 + 3 wird verwiesen.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 28 Schreiben vom 10.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p>1. <i>Lärmbelastungen durch KfZ-Verkehr insbesondere durch den SPNV (Schienenpersonenverkehr) wurden nicht unter-</i></p>	<p>zu 1. Es wird nicht verkannt, dass die innerstädtische Lage und das Vorhandensein heute</p>

<p><i>sucht. Auch wenn der B-Plan wohl keine neuen Konflikte hervorruft, ist der Normgeber im Hinblick auf die gebotene Verlässlichkeit seiner Rechtsnorm dennoch gehalten dem nachzugehen. Da sich vorliegend ein Konflikt aufdrängt, ist zunächst die Untersuchung der Intensität und Lärmausbreitung sowie die wohl wahrscheinliche Berücksichtigung von Schallschutzmaßnahmen geboten.</i></p>	<p>bedeutsamer Straßen die Lärmsituation prägt. Regelmäßig (etwa alle 5 Jahre) wird für das gesamte Stadtgebiet eine Verkehrsmengenerhebung mit einem 10-Jahresprognosehorizont vorgenommen und die daraus resultierende Lärmbelastung berechnet und für städtische Planungen herangezogen. Des Weiteren wurde 2011 im Rahmen einer Untersuchung des Gesamtkonzepts für den Wallring die Verkehrslärmbelastung in der Bestandssituation bewertet. Allerdings ist nach neuem Planungsrecht keine veränderte Geräuschsituation zu erwarten. Die vorhandenen öffentlichen Straßen werden nicht verändert und durch die getroffenen Nutzungsfestsetzungen ist nicht erkennbar, dass erhebliche Neuverkehre entstehen.</p> <p>Wesentliche Änderungen von öffentlichen Straßen werden mit dem vorliegenden Bebauungsplan nicht vorbereitet, so dass sich gemäß 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung) daraus kein Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen an den Gebäuden der umliegenden Wohnnutzungen ableiten lässt.</p>
<p>2. <i>Das Planungsziel 3 – der Erhalt der villenartigen Bebauung sowie Neubauten und bauliche Ergänzungen, die sich in die Eigenart dieser Struktur einzufügen haben – verlangt geradezu nach Erhaltungssatzung gem. § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, die sinnvollerweise in den B-Plan zu integrieren ist. Mit diesem Instrument kann dem Erhalt der besonderen städtebaulichen Eigenart und der substantiierten Integration von Neubauten individuell und angemessen, geplant Rechnung getragen werden. Eine Analyse der baulichen Typologie und die daraus entwickelten gestalterischen Grundsätze, die die typologischen Merkmale ggf. gebäudebezogen und baustilgerecht herleiten, sollten in einem Handbuch als konkrete Erhaltungsziele formuliert werden als Grundlage für Genehmigungsvorbehalte nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB. Der Denkmalschutz - soweit vorhanden – kann das nicht leisten.</i></p>	<p>zu 2.</p> <p>Einheitliches Merkmal des Wallrings ist eine überwiegend offene, straßenbegleitende und zum großen Teil villenartige Bebauung mit einem hohen Grünanteil insbesondere entlang der Umflutgräben. Diese Qualitäten werden über den städtebaulichen Teil der Wallring - Bebauungspläne, gemäß § 1 a und § 9 BauGB gesichert.</p> <p>Die hier geforderte Erhaltungssatzung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart eines Gebietes macht nur dann Sinn, wenn es sich um ein Gebiet handelt, das sich in einem weitestgehend einheitlichen Stil präsentiert. Beim Wallring aber handelt es sich um keinen baulich einheitlichen Bereich. Der Wallring kann in drei unterschiedliche Bereiche aufgeteilt werden: die villenartige zum Teil noch klassizistisch geprägte Bebauung innerhalb der Okerumflut, die gründerzeitlich geprägte Bebauung außerhalb der Okerumflut und die eingestreuten großen Solitärbauten. Hinzu kommt, dass die Wallring - Abschnitte unterschiedlich stark mit Gebäuden der Nachkriegszeit sowie Neubauten durchsetzt sind.</p> <p>Insofern sind die Örtlichen Bauvorschriften (ÖBV) zu den jeweiligen Wallring- Bebau-</p>

<p>3. <i>Die örtlichen Bauvorschriften sind zu allgemein gehalten und greifen in gleichmacherischer Weise viel zu kurz. Sie können dadurch mehr Schaden anrichten, als das Kulturgut vor Entfremdung zu bewahren. Allein die Dachlandschaft ist viel zu vielfältig, als dass man sie in diese wenigen Regelungen packen könnte. So sind Steildächer als auch Flachdächer im plangebiet durchaus typisch – der grundsätzliche Ausschluss demnach nicht nachvollziehbar. Da erschöpfende Regelungen den machbaren Rahmen örtlicher Bauvorschriften sprengen dürfen, ohne mit diesem starren Instrument den vielfältigen typologischen Merkmalen hinreichend genügen zu können, sei auch hier nochmals auf die Ausführungen unter drittens verweisen.</i> (? hier muss es vermutlich zweitens heißen)</p>	<p>ungsplänen das geeignete Mittel, um das historische Erscheinungsbild zu sichern. Die ÖBV ist im Gegensatz zur Erhaltungssatzung ein aktives Element, das den schutzwürdigen städtebaulichen Bereich schützt und gleichzeitig auch vorgreifenden gestalterischen Einfluss auf die Entwicklung von Neubauten nimmt. In Kombination mit dem Denkmalschutz kann die ÖBV dazu beitragen, dass sich Neubauten oder Umbauten in das vorhandene Bild der historischen Bebauung einfügen.</p> <p>Die Erarbeitung eines Handbuchs für Bauwillige als Grundlage der baulichen Gestaltung ist ebenfalls nicht zielführend. Ein solches Handbuch hätte lediglich empfehlenden Charakter und keine verbindliche Wirkung. Die vom Einwender geäußerte Auffassung, dass die Erhaltungssatzung über den Denkmalschutz hinaus die Bausubstanz sichert ist nicht realistisch, da die Erhaltungssatzung nicht der Sache nach Denkmalschutz betreiben darf. Die Erhaltungssatzung ist allein auf die Verfolgung städtebaulicher Ziele beschränkt.</p> <p>zu 3. Die ÖBV greift nicht zu kurz, sie ist vielmehr flexibel in Bezug auf die verschiedenen Baustile anwendbar. So lässt sie sich sowohl auf klassizistisch als auch auf gründerzeitlich geprägte Bebauung anwenden. Es werden keine Vorschriften gemacht, wie beispielsweise Fassadengliederungen auszuführen sind; es wird lediglich festgesetzt, dass die Fassade zu gliedern ist. Ziel der ÖBV ist es nicht, sich am Bestand eines jeden Gebäudes zu orientieren, sondern es soll ein möglichst einheitliches, an historischen und für den Wallring stilbildenden Vorbildern orientiertes Erscheinungsbild gesichert werden.</p> <p>Die Vorschriften zur Dachgestaltung folgen in Form und Materialität den historischen Vorbildern. Flachdächer, also Dächer mit einer Dachneigung weniger als den festgesetzten 18°, sind im Bereich der historischen Vorbilder nicht zu finden. Die klassizistisch geprägten Gebäude erzielen nur manchmal aufgrund der Traufausbildung eine ähnliche Wirkung wie ein Flachdach. Für Ergänzungen im Bereich von Steildächern (insbesondere im Bereich der gründerzeitlichen Bebauung existieren teilweise Dachneigungen von mehr als den festgesetzten 40°) sind in begründeten Fällen Ausnahmen nach § 66 NBauO möglich. Mit der Festsetzung von</p>
--	--

	<p>symmetrischen Dächern werden keine konkreten Dachformen vorgegeben, so dass auch hier ein ausreichend großer Gestaltungsspielraum besteht.</p> <p>Es ist nachvollziehbar, wenn einzelne Bauherren auch Baugestaltungen vollziehen wollen, die nicht den getroffenen Festsetzungen entsprechen. Durch die Festsetzungen sind aber der Erhalt und die behutsame Fortentwicklung der das Bild des Wallrings bestimmenden, historischen Bebauung gesichert. In diesem stadtgeschichtlich wichtigen Bereich wird dieses Ziel für wichtiger erachtet als die Öffnung gegenüber jedweden Gestaltungswunsch der Bauherren.</p>
<p>4. <i>Die Gerloffsche Villa sollte als prägender Bestandteil des Ensembles im Geltungsbereich des B-Planes verbleiben.</i></p>	<p>zu 4. Das Grundstück der Gerloffschen Villa verbleibt im Geltungsbereich. Lediglich ein Teil des ursprünglich zum Garten der Gerloffschen Villa gehörenden Grundstücks, auf dem Garagen für das Gebäude Klint 4 geplant sind, wurde aus dem Geltungsbereich genommen.</p>
<p>5. <i>Die Bemaßung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie der privaten Grünflächen ist lückenhaft und somit unbestimmt (Siehe z.B. Adolfstraße 62 – 64)</i></p>	<p>zu 5. Bebauungspläne enthalten üblicherweise keine durchgängigen Vermaßen, da es sich bei den Maßen um städtebaulich relevante Werte handelt. Sie lassen sich i.d.R. aus benachbarten Festsetzungen oder aus der Örtlichkeit ableiten.</p> <p>Im genannten Fall ist die Tiefe der überbaubaren Fläche mit 17,50 m angegeben und die Tiefe der nicht überbaubaren Fläche ist mit 10,00 m angegeben. Die Festsetzung der rückwärtigen privaten Grünfläche orientiert sich an vorhandenen Böschungskanten und der Uferlinie der Okerumflut. Die Festsetzung der Vorgartentiefe orientiert sich in dem Fall an den vorhandenen Baufluchten. Damit sind die Festsetzungen hinreichend genau bestimmt.</p>
<p>6. <i>Die Festsetzung der Mischgebiete als Gebietstyp nach BauNVO erscheint ungeeignet. 50 % Gewerbe im geplanten MI in wohngeprägten Teilen z.B. in der Leonhardstraße widerspricht dem Planungsziel zur Sicherung der Wohnnutzung. Dies könnte die Nutzungsstruktur nachhaltig verändern. Angebracht wäre hier außerhalb der BauNVO einen eigenen Gebietstyp mit hohem Wohnanteil gem. § 9 Abs. 1 Nr. 9 BauGB zu definieren.</i></p>	<p>zu 6. Entlang der großen Magistralen, den Haupt- und -ausfahrtsstraßen, werden aufgrund der bestehenden Verkehrsbelastung und der dort vorhandenen Nutzungen Mischgebiete festgesetzt.</p> <p>Im Gesamtkonzept für den Wallring wurde einvernehmlich festgelegt, dass sich entlang der den Wallring kreuzenden Straßen das Nutzungsspektrum öffnen soll und neben dem Wohnen nicht störende gewerbliche</p>

<p>7. <i>Die festgesetzte Grundfläche von 342 m² im WA 2 überschreitet drastisch die gem. § 17 Abs.1 BauNVO zulässige GRZ - Obergrenze (z.B. Grundstück Adolfstraße 63), zumal bei einer Grundstücksgröße von rd. 390 m² die private Grünfläche – ca. 1/3 der Grundstücksfläche in Anspruch nehmend – (tatsächliche Größe aufgrund im B- Plan fehlender Maße unbestimmt), bei der anrechenbaren Grundstücksfläche zur Nutzungsmaß-Ermittlung nicht zu berücksichtigen ist. Besondere städtebauliche Gründe für die wesentliche Überschreitung sind nicht aufgeführt und nicht erkennbar. Es bedarf einer individuell grundstücksbezogenen Festsetzung der Grundflächen.</i></p>	<p>Nutzungen, vor allem aber Büro-und Geschäftshäuser zulässig sein sollen. Die Festsetzung von Mischgebieten ist daher in diesen Bereichen folgerichtig, auch wenn teilweise im Bestand das Wohnen deutlich überwiegt. Es besteht hier eine klare Abgrenzung zu den tangentialen Zwischenräumen, die verstärkt dem Wohnen dienen sollen und i.d.R. als Allgemeine Wohngebiete ausgewiesen werden. Auch entsprechen die örtlichen Verhältnisse in der angrenzenden (außerhalb des Geltungsbereiches liegenden) Umgebung entlang der Radialen ebenfalls der festgesetzten Mischgebietenutzung. Veränderte Rahmenbedingungen gegenüber den bereits rechtskräftigen Wallring - Plänen sind im Bereich des IN 235 nicht erkennbar, so dass an der MI-Festsetzung, die letztlich durch die örtliche Situation und den Planungswillen bestimmt wird, festgehalten wird. Das gängige Mischungsverhältnis zwischen Wohnen und Gewerbe kann im Einzelfall auch zugunsten des Wohnens aufgeweitet werden.</p> <p>Im Übrigen ist § 9 Abs. 1 Nr. 9 BauGB nicht dazu bestimmt, dass die Gemeinde neue, von den Regelungen der BauNVO abweichende Gebietstypen definiert.</p> <p>zu 7. Die Größe der maximal zulässigen Grundfläche bezieht sich auf die Summe der baulichen Anlagen je Grundstück. Die Werte werden weitestgehend einheitlich festgesetzt. Dies entspricht dem Planungsziel, wonach unabhängig von den Grundstücksgrößen möglichst einheitliche, am historischen Gebäudebestand orientierte Gebäudekubaturen errichtet werden sollen. Insbesondere die ehemaligen Promenaden sollen damit in ihrer städtebaulichen Wirkung gestärkt werden. Die Festsetzung einzelner grundstücksbezogener Festsetzungen der Grundflächen würde diesem Planungsziel nicht entsprechen.</p> <p>Die im überwiegenden Teil des Planungsgebietes festgesetzte maximale Grundfläche von 342 m² resultiert aus den festgesetzten, maximalen Gebäudetiefen von 17,50 m, den festgesetzten, maximalen Gebäudebreiten von 18 m sowie den textlich festgesetzten maximalen Überschreitungsmöglichkeiten für Gebäudevorsprünge. Teilweise werden, wie vom Einwender genannt, damit die vom Gesetzgeber für Allgemeine Wohngebiete festgelegten Obergrenzen der Grundflächenzahl von 0,4 überschritten. Dies ist gem. § 17</p>
---	--

<p>8. <i>Die Festsetzung von zu erhaltenden Bäumen innerhalb der ausschließenden Grenzabstände (z.B. Adolfstraße 64) steht im Widerspruch zum Niedersächsischen Nachbarrechtsgesetz. Besondere städtebauliche Gründe sind auch hierfür nicht ausgeführt und nicht erkennbar.</i></p>	<p>Abs. 2 BauNVO zulässig und ist dem eingangs erwähnten städtebaulichen Ziel geschuldet. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse werden dadurch nicht beeinträchtigt. Das Planungsgebiet ist durch große zusammenhängende Grünflächen gegliedert, die eine wichtige Funktion als wohnungsfreier Freiraum erfüllen und damit zu einem hohen Wohnwert beitragen. Die Freihaltung der rückwärtigen Grundstücksteile von baulichen Anlagen und die in dem Zusammenhang vorgenommenen Festsetzungen privater Grünflächen vermeiden nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt. Die im § 17 Abs.2 BauNVO für die Überschreitung der Obergrenzen genannten Voraussetzungen liegen damit vor.</p> <p>Darüber hinaus ist es rechtlich unbedenklich, wenn das Maß der baulichen Nutzung aufgrund der geringen Grundstücksgröße nicht erreicht wird. Maßgeblich ist, dass die Festsetzungen insgesamt nachvollziehbar sind. Dies wurde auch so in der Begründung zum Bebauungsplan erläutert.</p> <p>zu 8. Der den Wallring prägende Großgrünbestand soll erhalten und planungsrechtlich gesichert werden. Besonderer städtebaulicher Gründe bedarf es hierfür nicht. Dieses bereits im Gesamtkonzept sowie in allen Bebauungsplänen zum Wallring erwähnte Planungsziel war Anlass zu einer sehr aufwändigen Einmessung der erhaltenswerten Bäume. Die Festsetzungen wurden auf der Grundlage dieser Bewertung und Einmessung getroffen. Die Kriterien hierfür können unter Punkt 5.11.2 der Begründung nachgelesen werden. Die Festsetzungen erfolgen auf der Grundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB, werden also auf der Grundlage von Bundesrecht getroffen. Die landesrechtlichen Bestimmungen des Niedersächsischen Nachbarrechtsgesetzes stellen privatrechtliche Vorschriften dar und bestehen neben den öffentlich-rechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplans. Die zivilrechtlichen nachbarrechtlichen Ansprüche können nur dann durchgesetzt werden, wenn nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. Bei der Entscheidung, die betr. Bäume zu erhalten, wurden die nachbarrechtlichen Belange gewürdigt, der Erhalt der Bäume aber als für die Nachbarn hinnehmbar angesehen.</p>
--	--

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 29 Schreiben vom 09.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>In vorstehender Angelegenheit zeigen wir an, dass wir die Interessen des Bürgerforums Wallring e. V., (...) vertreten. Für unseren Mandanten haben wir (...) wie folgt Stellung genommen:</i></p> <p><i>Unter dem 23.12.2010 haben die Stadt Braunschweig und das Bürgerforum (...) eine Vereinbarung mit dem Ziel getroffen, die bislang für die Bereiche des Braunschweiger Wallrings geltenden Festsetzungen des Bebauungsplanes IN 1 und der Wallringsatzung von 1951 in neu aufzustellende Bebauungspläne umzusetzen. (...)</i></p> <p><i>Im März 2015 wurde der Beschlussvorschlag für den Bebauungsplan (...) veröffentlicht und im Anschluss den Stadtbezirksräten 120 und 132 vorgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte zwar zu den planerischen Fragen überwiegende Übereinstimmung erzielt werden, abweichende Auffassungen bestanden und bestehen jedoch auch weiterhin in Bezug auf die Eckhäuser an Promenaden, die von Radialen gekreuzt werden sowie in Bezug auf die ausnahmsweise Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften im Bereich der außerhalb der Okerumflut gelegenen Wohngebiete (...).</i></p> <p><i>Zur völligen Überraschung musste das Bürgerforum Braunschweiger Wallring e. V. mit Verwunderung nunmehr auch feststellen, dass ohne dessen Einbindung und entgegen den ausdrücklich getroffenen Absprachen der im März 2015 veröffentlichte Beschlussvorschlag abgeändert, eine bislang nicht vorhandene Wegeverbindung zwischen Klint und Löwenwall aufgenommen und zur Abstimmung des Verwaltungsausschusses gestellt wurde.</i></p> <p><i>Die gegen die vorstehenden Planungsvorhaben erhobenen Einwände verfolgt das Bürgerforum Braunschweiger Wallring e.V. hiermit weiter.</i></p>	<p>Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 2 + 3 wird verwiesen.</p> <p>In der Vorlage zur öffentlichen Auslegung wurde der Dissens mit dem Bürgerforum transparent dargestellt. Die zuständigen politischen Gremien haben auch in Kenntnis dieser unterschiedlichen Auffassungen für den Bebauungsplan- Entwurf gestimmt.</p> <p>Die Wallring- Planungen wurden intensiv mit dem Bürgerforum Wallring abgestimmt. Das Bürgerforum hatte damit starken Einfluss auf die Planungsinhalte und wurde weit über die sonst üblichen und vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungen einbezogen. Allerdings - und auch das ist in der Vereinbarung geregelt - ist die Arbeitsgruppe kein Entscheidungsgremium. Die Entscheidungen über bestimmte Regelungsinhalte obliegen allein den politischen Gremien. Gemäß der mit dem Bürgerforum abgeschlossenen Vereinbarung von 2010 endet die Arbeit der Arbeitsgruppe mit der Offenlage des jeweiligen Bebauungsplanes.</p> <p>Der Planungs- und Umweltausschuss hatte sich in seiner Sitzung vom 22. April 2015 dem Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Innenstadt vom 21. April 2015 angeschlossen, wonach die geplante Wegeverbindung zwischen dem Klint und dem Löwenwall weiter verfolgt werden soll. Daraufhin hat die Verwaltung dem Verwaltungsausschuss (VA) in einer Ergänzungsvorlage empfohlen, der geänderten Planung zuzustimmen. Die Änderungen wurden kenntlich gemacht. Der VA hat der geänderten Planung in seiner Sitzung am 28. April 2015 einstimmig zugestimmt. Der Fußweg wird somit im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Fußweg“ planungsrechtlich gesichert. Die geplante Fußwegeverbindung entspricht den seinerzeitigen Sanierungszielen und ist geeignet, die Zugänglichkeit des Löwenwalls für die Wohnbereiche des Magniviertels zu verbessern.</p> <p>Für die Umsetzung des Weges sind erneute Beschlüsse auf Grundlage einer neuen Kos-</p>

<p>1. <i>Eckhäuser an Promenaden, die von Radialen gekreuzt werden, (...) stuft die Verwaltung als Mischgebiet ein. (...) Dass die Kurt-Schumacher-Straße in diesem Bereich völlig unorganisch, viel zu breit und städtebaulich unsensibel die Adolfstraße durchschneidet darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der Adolfstraße (...) um eine als Promenade konzipierte Straße handelt, die auch in Zukunft als solche beizubehalten ist. Die Ausbildung als Mischgebiet würde diese Zielsetzung unterlaufen und die überdimensionierte Durchtrennung der Promenade durch die Kurt-Schumacher-Straße in unnötiger Weise nur noch verstärken. (...)</i></p> <p>2. <i>Zulässigkeit von Schank-und Speisewirtschaften im Bereich der außerhalb der Okerumflut gelegenen Wohngebiete</i></p> <p><i>Das Bürgerforum hat immer wieder darauf hingewiesen, dass nach der Wallringsatzung Gaststättenbetriebe seit jeher im gesamten Bereich des Wallrings nicht genehmigungsfähig sind. Gehobenes Wohnen und der Betrieb von ausnahmsweise von der Verwaltung genehmigten Schank-und Speisewirtschaften sind unverträglich. Hierüber besteht Einigkeit für die Promenadenstraßen innerhalb der Okerumflut. Es ist jedoch in keiner Weise nachvollziehbar und widersprüchlich, dass dieser mit der Wallringsatzung seit jeher anerkannte Grundsatz nicht mehr für die Promenadenstraßen außerhalb der Okerumflut Gültigkeit haben soll. (...) Auch andere Straßen, wie Rosental, Abt-Jerusalem-Straße oder Gaußstraße können wegen ihrer völlig anderen Funktion und Nutzung nicht ernstlich in einen Vergleich gezogen werden, denn sie wurden zwar ursprünglich teilweise als Promenaden ausgebildet und nach dem Krieg der Wallringsatzung unterstellt, dennoch ist deren Nutzung seitdem nachhaltig von der Entwicklung der TU Braunschweig</i></p>	<p>tenschätzung notwendig.</p> <p>Ergänzende Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 2:</p> <p>ergänzend zu 1. Die städtebaulich-räumliche Fassung eines Straßenraumes ist weitestgehend unabhängig von der Festsetzung der Art der baulichen Nutzung zu betrachten. Die Zulassung von beispielsweise Büro- und Geschäftshäusern führt nicht zu einer Barrierewirkung der Kurt-Schumacher-Straße, zumal in einem Mischgebiet auch Wohnnutzungen zulässig sind. Die bestehende Barrierewirkung soll vielmehr durch eine engere Fassung der öffentlichen Verkehrsflächen zugunsten öffentlicher Grünflächen minimiert werden.</p> <p>ergänzend zu 2. In der Straße Rosental wird fast ausschließlich gewohnt. Von einer Prägung durch die TU kann nur in der Abt-Jerusalem-Straße und der Gaußstraße die Rede sein, aber auch hier überwiegt die Wohnnutzung. Die Nachbarschaft zu Einrichtungen der TU kann daher kein Grund sein, diese Straßenzüge im Hinblick auf die Art der baulichen Nutzung völlig anders zu bewerten. Die Moltke-, Bismarck- und Adolfstraße sind charakteristischer Weise mit Büro-und Praxisnutzungen stark durchmischt und dienen ebenfalls nicht ausschließlich dem Wohnen.</p> <p>Da in den Straßenzügen außerhalb der Okerumflut Schank-und Speisewirtschaften nur zulässig sein sollen, wenn sie den Nutzungscharakter der Allgemeinen Wohngebiete nicht beeinträchtigen und sie der Versorgung des Gebietes dienen, können die befürchteten Nutzungskonflikte und damit einhergehende Fehlentwicklungen ausgeschlossen werden. Die ausnahmsweise Zulässigkeit derartiger Nutzungen in den Bereichen außerhalb der Okerumflut ist keine Abkehr von den Planungszielen. Sie entspricht vielmehr den im Gesamtkonzept für den Wallring formulierten Planungszielen und stellt eine Gleichbehandlung aller Wallring-Abschnitte mit ähnlichen Rahmenbedingungen dar.</p>
---	---

<p><i>beeinflusst (...)</i></p> <p><i>Ausweislich der Begründung zum Bebauungsplan sind es dessen oberste Planungsziele, die in der Großform angelegten gestalterischen wie funktionalen Zusammenhänge des Wallrings zu erhalten, den Wallring vor unerwünschten Fehlentwicklungen zu schützen, behutsam weiter zu entwickeln und die Wohnnutzung, insbesondere entlang der Wallstraßen zu stärken. Es bedeutet eine völlige Abkehr und Unterwanderung dieser auch mit dem Bürgerforum vereinbarten Planungsziele, wenn in den vorgezeichneten Promenadenstraßen entgegen den Festsetzungen der Wallringsatzung und der seit jeher erfolgten Nutzungen nunmehr der Betrieb von Schank- oder Speiswirtschaften erlaubt werden soll. Eine derartige Nutzung stünde in unmittelbarem Konflikt zur Wohnnutzung entlang der Wallstraßen und damit in unüberbrückbarem Widerspruch zu den dem Bebauungsplan zu Grunde liegenden obersten Planungszielen. Dass eine derartige Nutzung unter Verstoß gegen das oberste Planungsziel zu unerwünschten Fehlentwicklungen (...) führt, wird eindrucksvoll belegt durch den seit über 30 Jahren immer wieder gerichtsanhängigen Betrieb der Gaststätte in der Loge am Löwenwall (...)</i></p> <p>3. <i>Wegeverbindung zwischen Klint und Löwenwall</i></p> <p><i>(...) Ungeachtet dieses für unseren Mandanten nicht nachvollziehbaren, plötzlichen Sinneswandels und dessen Hintergründe, widerspricht das Bürgerforum Braunschweiger Wallring e.V. dieser Planänderung.</i></p> <p><i>Zurecht wird in der auch mit dem Bürgerforum erstellten Begründung zu dem Bebauungsplan darauf hingewiesen, dass der ab 1818 nach den Plänen von Peter-Joseph-Krahe errichtete und in seiner Grundform an antike Pferderennbahnen erinnernde Löwenwall zu den markantesten Plätzen im Bereich des Braunschweiger Wallrings gehört.(...) Anderweitige Durchbrechungen dieses in sich geschlossenen denkmalgeschützten Ensembles insbesondere durch öffentliche Wegeverbindung zu dem im Niveau viel tiefer gelegenen Klint hat es nie gegeben.</i></p>	<p>Der Betrieb der Loge am Löwenwall wurde unter rechtlich anderen Voraussetzungen genehmigt. Die Genehmigung einer vergleichbaren Nutzung ist künftig aber weder an diesem Standort, noch in den Wohnstraßen außerhalb der Okerumflut zulässig. Eine Gaststätte von vergleichbarer Größe dient in der Regel nicht mehr allein der Versorgung des Gebietes. Das ehemalige Okerkaffee in der Parkstraße oder die dort bestehende Gastronomie sind hingegen gelungene Beispiele für eine Partizipation der Öffentlichkeit an dieser attraktiven Lage.</p> <p>zu 3.</p> <p>Auf die eingangs erwähnten Ausführungen sowie auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 1 wird verwiesen.</p> <p>Die für den Weg benötigte Fläche steht nicht unter Denkmalschutz. Auch verstößt die Wegeplanung nicht gegen Denkmalschutzrecht, wie bereits im Urteil des Verwaltungsgerichtes vom 22. September 2009 ausgeführt wurde. Ein ca. 2,50 m breiter Fußweg in Richtung Klint stört in keiner Weise die Gesamtkonfiguration des denkmalgeschützten Platzes am Löwenwall.</p> <p>In einigen historischen Karten von 1826 bis 1875 ist eine Fußwegeverbindung zwischen dem damaligen „Monumentenplatz“ und der Straße „Auf dem Klint“ dargestellt. Unabhängig davon muss aber nicht jeder neu geplante Weg historischen Vorbildern entsprechen, zumal der Löwenwall im Laufe seiner Ge-</p>
---	--

<p><i>Gründe, von dieser einzigartigen, erhaltenswerten Konzeption des Löwenwalls abzuweichen sind nicht ersichtlich, zumal ausreichende Zugänge über den Steintorwall und die Kurt-Schumacher-Straße sichergestellt sind. Im Übrigen hat sich die Schulleitung der Grundschule Klint aus Sicherheitsgründen gegen den Weg ausgesprochen, der sich nach diesseitiger Auffassung auch nicht mit der geschlossenen Wohnbebauung und dem Sicherheitsinteresse der dortigen Anwohner verträgt. Es wird deshalb nochmals angeregt, die Planung dieser Wegeverbindung zu unterlassen.</i></p>	<p>schichte bereits oft sein Bild gewechselt hat. So gab es um 1900 am Löwenwall eine öffentliche Bootsstation an der Oker, mit den entsprechenden Zuwegungen und in unmittelbarer Nachbarschaft sogar eine Trinkhalle.</p> <p>Es ist richtig, dass zwei Zugänge zum Löwenwall bestehen. Der Zugang von der Kurt-Schumacher-Straße im Süden bedient jedoch nur im geringen Maße die Wohnbevölkerung aus der direkten Nachbarschaft. Mit der Querverbindung Klint – Löwenwall könnte zusätzlich ein direkter Zugang angeboten werden.</p>
---	--

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 30 Schreiben vom 09.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p>1. <i>Der B-Plan sieht eine Wegeverbindung zwischen der Straße Klint und dem Löwenwall vor, die bislang dort nicht vorhanden ist. Das Grundstück unserer Mandanten befindet sich in unmittelbarem Bereich dieses geplanten Weges und ist von ihm nur durch eine ca. 3 m breite dazwischenliegende Garageneinfahrt getrennt, so dass die Belange unserer Mandanten als Eigentümer des Grundstücks unmittelbar betroffen sind.</i></p> <p>a.) <i>Der bisher nicht vorhandene Weg soll geführt werden, durch eine geschlossene, bislang nicht öffentlich zugängliche Bebauung entlang des Löwenwalls und der dahinter liegenden Gärten. Dieser konzipierte, ca. 77 m lange und nur 2,5 m breite Weg beeinträchtigt unmittelbar die Sicherheitsinteressen sämtlicher an der Westseite des Löwenwalls befindlichen Grundstücke und deren Bewohner, da die bislang unzugänglichen Gartenbereiche der Grundstücke quasi von hinten erschlossen und ausspioniert werden können. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass weiterhin die Drogenszene am Löwenwall verstärkt zu beobachten ist und durch den Weg ein zusätzlicher Zu-und Abgang auch als Fluchtweg geschaffen wird. (...)</i></p> <p>b.) <i>Durch zusätzlichen Fußgängerverkehr von und in Richtung der im Magniviertel befindlichen gastronomischen Betriebe wird es insbesondere auch des Nachts zur zusätzlichen Lärmeinwirkung auf die anliegenden Grundstücke kommen. Dieses steht im Widerspruch zu den obersten Planungszielen für die Aufstellung des Bebauungsplanes, nämlich die Wohnnutzung entlang der Wallstraßen zu stärken und vor unerwünschten Fehlentwicklungen zu schützen. Durch den Weg wird ein Konfliktpotential geschaffen, das diesen Planungszielen massiv entgegensteht.</i></p>	<p>Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 1 + 29 wird verwiesen.</p> <p>zu a.) Der Fußweg ist in einer Breite von 2,50 m auf einer Länge von ca. 67 m auf einem stadteigenen Grundstück geplant. Der Nordgiebel des Hauses Löwenwall 11 befindet sich in einer Entfernung von ca. 10 m zum geplanten Weg, so dass die Wegeplanung für den Eigentümer nicht zu einer unzumutbaren Belastung führt.</p> <p>In der Urteilsbegründung des Oberverwaltungsgerichtes vom 07. September 2011 werden die hier aufgeführten Argumente hinlänglich entkräftet. In der Begründung wird u.a. ausgeführt, dass es nicht hinreichend sicher zu erkennen ist, dass die Missstände auf dem Löwenwall zu unzumutbaren Nachteilen für die Kläger führen.</p> <p>zu b.) Es wird nicht bestritten, dass öffentliche Wegeplanungen zu Konflikten führen können. Hier ist das öffentliche Interesse gegen das des Einzelnen abzuwägen. Der Fußweg lässt jedoch keine unzumutbaren Immissionen für die Anlieger befürchten, wie bereits das Verwaltungsgericht Braunschweig eingehend begründet hat. Ein geplanter Weg, der allerdings ausschließlich Fußgängern vorbehalten sein soll, führt nicht zu unzumutbaren Beeinträchtigungen der Wohnnutzung. Der Weg steht damit auch nicht im Widerspruch zu den Planungszielen des vorliegenden Bebauungsplanes. Vielmehr entspricht er diesen, da mit dem Weg eine Vernetzung</p>

<p>c.) <i>Es ist unverhältnismäßig und unzumutbar, einen derartig langen, schmalen Weg mit vielen Treppenstufen zu schaffen, und die Anlieger voraussichtlich zu Reinigungs- und Verkehrssicherungspflichten heranzuziehen.</i></p> <p>d.) <i>Es steht zu befürchten, dass die unmittelbar an den Weg angrenzenden Häuserwände und Grundstücke verunreinigt werden, insbesondere durch Graffiti-malereien, die dort im Schutze der Dunkelheit leicht ausgeführt werden können.</i></p> <p>e.) <i>Durch die Ausleuchtung des Weges wird es auf die rückwärtigen, bislang nachts dunklen Gartenbereiche zu Lichtemissionen kommen.</i></p> <p>f.) <i>Bei dem nach den Plänen von Peter-Joseph Krahe errichteten, in seiner Grundform an antike Pferderennbahnen erinnernden Löwenwall, handelt es sich um den markantesten Platz im Bereich des Braunschweiger Wallrings. (...) Anderweitige Durchbrechungen dieses in sich geschlosse-</i></p>	<p>zwischen dem Wallring und den umgebenen Wohnquartieren hergestellt werden kann. Wie im Urteil des Oberverwaltungsgerichtes ausgeführt, kann darüber hinaus persönliches Fehlverhalten Einzelner nicht ohne weiteres der Wegeanlage als solcher zugerechnet werden.</p> <p>zu c.) Eine Unverhältnismäßigkeit kann nicht erkannt werden. Es ist richtig, dass die Wegeverbindung nach derzeitiger Erkenntnis nicht behindertengerecht hergestellt werden kann. Dies ändert jedoch nichts an der Sinnhaftigkeit der Verbindung. Die Heranziehung zu Beiträgen nach dem Gesetz über kommunale Abgaben stellt jedoch kein einflussnehmendes städtebauliches Kriterium dar. Hierüber ist vielmehr in einem eigenständigen Verfahren zu entscheiden.</p> <p>zu d.) Solchen Beeinträchtigungen wird polizei- und ordnungsrechtlich entgegen gewirkt. Auf die Stellungnahme zu b.) wird verwiesen.</p> <p>zu e.) Es ist richtig, dass bei Herstellung der Wegeverbindung eine angemessene Beleuchtung hergestellt werden muss. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Beleuchtung auf die benachbarten Grundstücke auswirkt. Dieser Umstand ist insbesondere in innerstädtischen Lagen nichts Ungewöhnliches. Es ist aber nicht erkennbar, dass eine Beleuchtung zu unzulässigen Lichtimmissionen auf den Nachbargrundstücken führt. Mögliche Einwirkungen durch die Beleuchtung auf die Nachbargrundstücke werden an dieser Stelle aber nicht so hoch gewichtet wie die Möglichkeit, eine zusätzliche Wegeverbindung herzustellen. Insofern tritt das individuelle Interesse an der Aufrechterhaltung der abendlichen Ruhe hinter das Interesse einer Verbindungsmöglichkeit für größere Bevölkerungskreise zurück.</p> <p>zu f.) Auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 29 (zu 3.) wird verwiesen.</p>
---	---

<p><i>nen denkmalgeschützten Ensembles durch weitere öffentliche Wegeverbindungen hat es nie gegeben. Es sind keine Gründe ersichtlich, wieso von dieser historisch geprägten Konzeption abgewichen werden soll.</i></p> <p><i>g.) Abgesehen von den hohen Kosten für die Erstellung des Weges, erscheint eine weitere Zuwegung zum Löwenwall nicht erforderlich, da der Löwenwall selbst für die Bewohner des Klint ohne wesentliche Umwege über die Ritterstraße und Magnitor auf der einen und über die Auguststraße und Kurt-Schumacher-Straße auf der anderen Seite erreichbar ist. Für gehbehinderte Personen ist der einen Höhenunterschied von mehreren Metern ausgleichende, mit Treppenstufen terrassierte Weg sowieso nicht begehbar. Die Abwägung der Belange spricht deshalb im Ergebnis gegen die Ausweisung der Wegeverbindung.</i></p> <p><i>2. Entgegen den bisherigen Entwürfen soll nunmehr ein rückwärtig an das Grundstück unserer Mandanten angrenzender Bereich der Straße Klint in den Bebauungsplan IN 235 einbezogen werden. Für die dortige Bebauung am Klint werden neue Baugrenzen vorgesehen mit einer 2-3-geschossigen Bauweise, die es offenbar erlaubt, 3-geschossig wesentlich weiter als bisher die Bebauung in Richtung Grundstück unserer Mandanten zu verdichten. Eine solche massive heranrückende Bebauung im rückwärtigen Bereich würde nicht nur die Eigentumsverhältnisse unserer Mandanten erheblich beeinträchtigen, vielmehr werden hierdurch auch die Planungsziele verletzt wonach es darum geht, (...)die Gärten zu erhalten, wobei eine Hinterliegerbebauung unzulässig ist. Bezeichnetes Ziel der Planung ist es insofern, die Bebauung entlang der Wälle der historischen Konzeption anzunähern, die Bebauung zu entzerren, aber nicht zusätzlich zu verdichten.</i></p>	<p>zu g.) Die allgemeine Notwendigkeit stellt kein ausreichendes Kriterium für eine Wegeverbindung dar. Der Weg stellt ein zusätzliches Angebot dar, um die Attraktivität für Fußgänger in diesem Bereich zu erhöhen und würde eine direkte Verbindung zwischen dem dicht bebauten Magniviertel und den Grünanlagen des Wallrings herstellen. Mit dem Weg ist ein Höhenunterschied von ca. 4 - 5 m zu überwinden. Dies ergibt ein Gefälle von ca. 6 - 7 %. Rampenanlagen sind somit möglich. Es ist aber richtig, dass ein behindertengerechter Ausbau aufgrund des starken Gefälles nicht möglich ist.</p> <p>zu 2. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Eigentumsverhältnisse ist nicht erkennbar. Der beschriebene Bereich ist am Klint mit einem dreigeschossigen Gebäude und rückwärtig mit einer zweigeschossigen Halle vollflächig versiegelt. Die Halle befindet sich derzeit in einem Abstand von ca. 15 m zur Wohnbebauung am Löwenwall. Der vorliegende Bebauungsplan setzt fest, dass eine mögliche Neubebauung am Klint einen wesentlich größeren Abstand zur Wohnbebauung am Löwenwall einhalten muss. Der Abstand beträgt ca. 25 m. Es ist richtig, dass im Bereich der überbaubaren Fläche eine Bebauung mit bis zu drei Vollgeschossen möglich sein soll. Durch die gleichzeitige Berücksichtigung der landesrechtlichen Abstandsvorschriften aber kann sichergestellt werden, dass es nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung der Nachbarbelange kommt.</p> <p>Eine Hinterliegerbebauung am Klint kann aufgrund des Zuschnitts der überbaubaren Fläche weitestgehend ausgeschlossen werden. Da der Baublock am Klint nicht zum Wallring sondern vielmehr zum dicht bebauten Magniviertel orientiert ist, ist das für den Wallring formulierte Planungsziel des Ausschlusses von Hinterliegerbebauungen für den Bereich Klint nicht zwingend. Für den Bereich soll eine Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt werden. Damit kann künftig nur</p>
--	---

<p>3. <i>In unmittelbarer „Hörweite“ vom Grundstück unserer Mandanten befindet sich bei dem Gebäude der Loge am Löwenwall entgegen der Regelungen der Wallringsatzung ein gastronomischer Betrieb, der zu ständigen Konflikten mit den Anwohnern führt und der unvereinbar ist mit der Ausweisung als WA 1. Aufgrund ihrer leidvollen jahrzehntelangen Erfahrungen können unsere Mandanten nur die Einwendungen der Anwohner der Bismarckstraße, Moltkestraße und Adolfstraße gegen die dort geplante Zulassung von Speise- und Schankwirtschaften unterstützen. Derartige Betriebe sind mit der nach der Begründung zum B-Plan zu stärkenden Wohnnutzung nicht zu vereinbaren und führen zu unerwünschten Fehlentwicklungen, vor denen der Wallring nach dem obersten Planungsziel für den Bebauungsplan zu schützen ist.</i></p>	<p>etwas mehr als die Hälfte der Grundstücke versiegelt werden, so dass vollflächige Versiegelungen, wie derzeit im Bestand vorhanden, künftig unzulässig sind. Die überbaubaren Flächen führen damit nicht zu einer Verdichtung, die den Planungszielen am Wallring zuwiderlaufen würde.</p> <p>zu 3. Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 2 + 29 wird verwiesen. Die Genehmigung einer vergleichbaren Nutzung ist im gesamten Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes künftig unzulässig.</p> <p>Die Genehmigung für den Gaststättenbetrieb am Löwenwall 9 wurde am 11. 12. 1961 erteilt. Damit genießt die Gaststätte in der bisherigen Art und Größe Bestandsschutz.</p>
--	---

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 31 Schreiben vom 13.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p>1. Baumdarstellungen</p> <p>Der auf dem Grundstück Campestraße 26 südöstlich des Haupthauses dargestellte Bestandsbaum (alter Apfelbaum) ist nicht mehr existent.</p> <p>Westlich des Hinterhauses ist ebenfalls ein Baum dargestellt, von dem schon bei unserem Kauf des Grundstücks nur noch der Baumstumpf vorhanden war.</p> <p>2. Bestandsgebäude</p> <p>Historische Bestandsgebäude sollten grundsätzlich erhalten und umgenutzt werden können, auch bei der Lage in Gartenbereichen. Hierfür spricht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherung historischer Bausubstanz und Strukturen, dies ist teilweise nur durch eine Umnutzung möglich - Gleichbehandlung mit dem Grundstück Campestraße 7 - Förderung einer Stadt der kurzen Wege - Nachhaltige Stadtplanung/ Bauen durch Umnutzung vorhandener Bausubstanz 	<p>zu 1.</p> <p>Nach entsprechender Prüfung werden die Baumdarstellungen korrigiert.</p> <p>zu 2.</p> <p>Grundsätzlich haben alle rechtmäßig errichteten Gebäude Bestandsschutz. Das schließt Nebengebäude mit ein. Eine Sanierung ist daher möglich.</p> <p>Einer Umnutzung der oftmals rückwärtigen Nebengebäude zu beispielsweise Wohnzwecken stehen aber die Planungsziele des Bebauungsplanes entgegen, wonach keine Hinterliegerbebauungen entstehen sollen.</p> <p>Lediglich bei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden kann eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes in Aussicht gestellt werden, wenn sich die geplante Wohn- oder Büronutzung dem Verwendungszweck des Hauptgebäudes unterordnet und keine eigenständige Wohneinheit gebildet wird.</p> <p>Die bestehende Bebauung an der Campestraße 7 ist nur eingeschränkt vergleichbar. In den ehemaligen Voigtländer- Werken sollen die bestehenden gewerblichen Nutzungen innerhalb des Wohngebietes WA 2 gesichert werden. Nutzungsänderungen sollen zulässig sein, um den in die Tiefe des Grundstücks hineinreichenden Gebäudekomplex der ehemaligen Voigtländer-Werke in seiner Gesamtheit erhalten zu können.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird teilweise gefolgt.</p>

Stellungnahme Nr. 32 Schreiben vom 11.06.2015	Stellungnahme der Verwaltung
<p>1. <i>Der Bereich des Wallrings soll gemäß der Planbegründung ausdrücklich als ruhiges Wohngebiet erhalten bleiben und explizit die Wohnnutzung gestärkt werden.</i></p> <p><i>In dem Gebiet, in dem sich auch die Grundstücke meiner Mandanten befinden, gilt derzeit die Wallring-Satzung, mit der gewerbliche Nutzung komplett ausgeschlossen wurde, in Verbindung mit dem alten B-Plan IN 1.</i></p> <p><i>Meinen Mandanten steht bei Überplanung ein Gebietserhaltungsanspruch zu, der sich auch durchzusetzen hat, soweit nicht ganz wesentliche andere Belange entgegenstehen. Dementsprechend war hier statt der Festsetzung eines WA-Gebietes die Festsetzung eines WR-Gebietes erforderlich, da nach eigener Planbegründung gerade keine Belange, keine Interessen der Stadt bestehen, die der ruhigen Wohnnutzung entgegenstünden, sondern vielmehr mit der Planung diese ruhige Wohnnutzung gerade -weiter- ermöglicht und gefestigt werden soll.</i></p> <p><i>Der Festsetzung eines WR-Gebietes stehen die im Bereich Löwenwall vorhandenen einzelnen Praxen von Freiberuflern vor dem Hintergrund des § 13 BauNVO auch nicht entgegen. Für die Verwaltungsnutzung in der Villa Gerloff, könnte, da sie sich am Ende des Löwenwalls befindet, unproblematisch eine abweichende Feststellung getroffen werden.</i></p> <p><i>Mit einer solchen Planung kann dem festgesetzten Planungsziel, die Wohnnutzung zu stärken, am besten entsprochen werden.</i></p>	<p>zu 1. Die Festsetzung Allgemeiner Wohngebiete entspricht sowohl den am Wallring vorhandenen Nutzungen als auch dem Planungsziel, die Wohnnutzung zu stärken. Die Festsetzung Reiner Wohngebiete würde der tatsächlichen Nutzung nicht entsprechen, wonach die Wohngebiete am Wallring mit zahlreichen Büros, Praxen, Kanzleien sowie mit Anlagen für soziale, gesundheitliche und mit kulturellen Zwecken dienenden Gebäuden durchmischt sind. Es ist richtig, dass gemäß § 13 BauNVO auch in Reinen Wohngebieten Räume für freie Berufe zulässig sind. Allerdings beschränkt der Gesetzgeber dies bewusst auf einzelne Räume und macht so deutlich, dass es sich um untergeordnete Nutzungen handeln soll. Darüber hinaus sind in Reinen Wohngebieten neben dem Wohnen nur Anlagen zur Kinderbetreuung allgemein zulässig. Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke sind in Reinen Wohngebieten nur ausnahmsweise zulässig und dürfen nur den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienen, sie dürfen also keine gesamtstädtische Bedeutung aufweisen. Das Haus der Braunschweiger Stiftungen in der ehemaligen Gerloffschen Villa am Löwenwall wäre bei Festsetzung eines Reinen Wohngebietes beispielsweise künftig unzulässig. Der Vorschlag hier eine abweichende Festsetzung zu treffen ist nicht zielführend, da dann auf anderen Standorten innerhalb der Wohngebiete vergleichbare Nutzungen ausgeschlossen wären.</p> <p>Auch die in der Wallringsatzung getroffene Regel, wonach Büros, Kliniken und ähnliche Nutzungen, die den Wohncharakter nicht stören zulässig sind, entspricht nicht dem Charakter eines Reinen Wohngebietes. Im Bebauungsplan IN 1 wurden keine Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung getroffen.</p> <p>Entlang der ehemaligen Promenaden werden die Wohnnutzungen gestärkt, indem die vom Gesetzgeber in einem Allgemeinen Wohngebiet für zulässig festgelegten Nutzungen eingeschränkt werden. So werden in allen Wohngebieten am Wallring Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe und Tankstellen ausgeschlossen. Der Löwenwall gehört in dem</p>

<p>2. <i>Gem. der Planbegründung werden entlang der großen Magistralen, den Hauptein-und-ausfahrten aufgrund der bestehenden Verkehrsbelastungen und der dort vorhandenen Nutzungen Mischgebiete festgesetzt. Dementsprechend soll auch entlang der den Wallring kreuzenden Straßen und Magistralen eine Öffnung des Nutzungsspektrums möglich sein, wobei jedoch Konflikte mit den angrenzenden Wohnbereichen auszuschließen sind.</i></p> <p><i>Es wird davon ausgegangen, dass das Vorgenannte die Begründung dafür bieten soll, dass das Grundstück Löwenwall 6, das letzte Grundstück am Löwenwall in Richtung Kurt-Schumacher-Straße, als MI-Gebiet festgesetzt wurde.</i></p> <p><i>Für das vorgenannte Grundstück liegen jedoch die allgemein für den Kreuzungsbereich zwischen Wall und Magistralen angenommenen vorgenannten Voraussetzungen nicht vor.</i></p> <p><i>Das Grundstück grenzt nicht unmittelbar an die Kurt-Schumacher-Straße an, sondern liegt ca. 4 – 5 m über dem Niveau der Kurt-Schumacher-Straße und wird ausschließlich vom Löwenwall her erschlossen. Es wird vom Verkehr der Kurt-Schumacher-Straße nicht tangiert.</i></p> <p><i>Da das Grundstück ausschließlich</i></p>	<p>Zusammenhang zu den am stärksten geschützten Bereichen, in denen zusätzlich die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden sowie Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Anlagen für Verwaltungen künftig unzulässig sein sollen. In den Wohngebieten innerhalb der Okerumflut sind damit nur Wohngebäude sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke allgemein zulässig.</p> <p>Mit den getroffenen Nutzungsfestsetzungen, die die Steuerungsmöglichkeiten der Baunutzungsverordnung ausschöpft, wird dem Planungsziel, die Wohnnutzung zu stärken, in vollem Umfang entsprochen und es entsteht kein Gebiet, das dem dort derzeit geltenden Planungsrecht nicht entsprechen würde.</p> <p>zu 2. Auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 2 wird verwiesen.</p> <p>Das Grundstück Löwenwall 6 wird zwar nicht von der Kurt-Schumacher-Straße erschlossen, dennoch liegt das Grundstück im Einflussbereich dieser Straße. Die derzeitige Nutzung als Geschäftsgebäude rechtfertigt darüber hinaus die beabsichtigte Festsetzung als Mischgebiet. In dem Gebäude befinden sich ausschließlich Rechtsanwaltskanzleien. Auch entsprechen die örtlichen Verhältnisse in der angrenzenden (außerhalb des Geltungsbereiches liegenden) Umgebung entlang der Kurt-Schumacher-Straße der festgesetzten Mischgebietsnutzung.</p> <p>Die derzeitige Nutzung führt nicht zu Konflikten mit der angrenzenden Wohnnutzung. Bei Nutzungsänderungen ist der § 15 der BauNVO zu beachten. Danach sind Nutzungen, die für die Umgebung zu unzumutbaren Belästigungen oder Störungen führen unzulässig. In dem Zusammenhang ist bei späteren Genehmigungen auch die Erschließung des Grundstücks vom Löwenwall zu beachten.</p> <p>Mit Hinweis auf den § 15 BauNVO und vor dem Hintergrund der eingeschränkten Nutzung in allen geplanten Mischgebieten entlang des Wallrings, besteht nicht die Gefahr städtebaulicher Fehlentwicklungen oder der Verfehlung der für die innerhalb der Okerumflut formulierten Planungsziele. Die derzeitige Geschäftsnutzung des Gebäudes am Löwenwall 6 wäre in einem WA - oder gar in einem WR-Gebiet künftig nicht mehr zuläs-</p>
---	--

<p><i>vom Löwenwall her erschlossen wird, ist die Festsetzung eines MI-Gebietes an dieser Stelle unzulässig, denn die durch diese Festsetzung ermöglichte erweiterte Nutzung, insbesondere etwa durch Schank- und Speisewirtschaften und den damit einhergehenden Lärm durch Gäste und zusätzlichen PKW- und Zulieferverkehr, der ausschließlich über den Löwenwall laufen müsste, würde eine erhebliche Unruhe/Ruhestörung in das angrenzende Wohngebiet am Löwenwall hineinbringen, die in diesem Gebiet ausweislich der Planbegründung gerade nicht gewünscht wird. Dies gilt auch für evtl. gesteigerten Erschließungs-/Zufahrtsverkehr für bei Festsetzung eines MI-Gebietes dort ebenso zulässige Anlagen für Verwaltungen oder soziale Zwecke.</i></p> <p><i>Ein dem entgegenstehender Belang, wegen eines etwaigen Kontakts zur Magistrale Kurt-Schumacher-Straße diese weitgehenden Nutzungen zu ermöglichen, ist aus dem oben genannten Grund nicht gegeben, da dem Grundstück eben dieser Kontakt zur Kurt-Schumacher-Straße fehlt.</i></p> <p><i>Der Bereich ist mithin mindestens als WA 1, wenn nicht als WR-Gebiet festzusetzen, um den Schutz der angrenzenden Wohngebiete am Wall vor den oben exemplarisch genannten anderen Nutzungen zu gewährleisten. (...)</i></p> <p>3. <i>Entlang des Walls wurden gemäß der Plan - Begründung Baugrenzen zum Schutz des Wallrings vor Bebauung in zweiter Reihe und zur langfristigen Sicherung der dort überwiegend vorhandenen parkähnlichen Gärten festgesetzt. Dieses Ziel mit der entsprechenden Umsetzung ist im Grundsatz nachvollziehbar.</i></p> <p><i>Entlang der Grundstücke Löwenwall 8 – 11 ist jedoch die konkrete Art und Weise dieser Festsetzung bzw. sind die im Zusammenhang mit dieser vorgenommenen ergänzenden Festsetzungen in der aufgenommenen Art und Weise zu unbestimmt und somit so wie vorgenommen nicht zulässig.</i></p> <p><i>Die Festsetzung der von der Bebau-</i></p>	<p>sig.</p> <p>zu 3.</p> <p>Auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 30 (zu 2.) wird verwiesen.</p> <p>Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Festsetzungen im Bereich der Grundstücke Löwenwall 8 - 11, wird zwischen dem WA 1-Gebiet am Löwenwall und dem MI 1.3-Gebiet am Klint in der Planzeichnung eine Nutzungsabgrenzung aufgenommen. Der Verlauf der Nutzungsabgrenzung zwischen den beiden Baugebieten unterschiedlicher Nutzung orientiert sich am Grundstücksverlauf. Die Planzeichnung wird entsprechend angepasst.</p> <p>Die textliche Festsetzung I.1.7, in der es heißt, dass „Nutzungsänderungen auch im Bereich nicht überbaubarer Flächen zulässig sind“, bezieht sich allerdings auf das Grund-</p>
--	--

<p><i>ung ausgeschlossenen Teile der Grundstücke erfolgt nicht nur korrekt durch Angabe einer Baugrenze sondern zusätzlich noch durch die Festsetzung einer „nicht überbaubaren Fläche“ durch eine hellgrüne Kennzeichnung des Gebiets.</i></p> <p><i>Ferner wird die Art der baulichen Nutzung mittels Zuweisung durch entsprechende Pfeile, die von den entsprechenden Textangaben ausgehen, und ausschließlich auf den straßen nahen bebaubaren Grundstücksbereich vor der Baugrenze, in diese Baufelder zeigen, festgesetzt und auf diesen Bereich beschränkt.</i></p> <p><i>Hinzu kommt die textliche Festsetzung zum Bebauungsplan mit der Angabe: „Nutzungsänderungen sind auch im Bereich nicht überbaubarer Flächen ...zulässig“, ohne dass weiter angegeben wird, nach welcher Maßgabe d.h. was für Nutzungsänderungen im jeweiligen Gebiet zulässig sein sollen.</i></p> <p><i>Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Kennzeichnung einer nicht überbaubaren Fläche durch hellgrüne Unterlegung in der Planzeichenverordnung nicht vorgesehen und damit nach allgemeiner Meinung nicht zulässig ist.</i></p> <p><i>Zudem ist offensichtlich, dass innerhalb dieser „nicht überbaubaren Flächen“ nicht in jedem solchen Gebiet jegliche Änderung in jegliche Nutzung zulässig sein kann.</i></p> <p><i>In allen übrigen Bereichen des Plangebietes „Wallring-Ost“ besteht - soweit überschaubar – eine Orientierung der durch Baugrenze und „Grünfärbung“ festgesetzten nicht überbaubaren Flächen stets nur zu einer (Straßen)Seite hin, so dass sich aus diesem Zusammenhang nachvollziehbare und vorhersehbare Vorgaben für einen möglichen Umfang einer Nutzungsänderung in diesen Gebieten aus den Festsetzungen des direkt angrenzenden bebaubaren Gebiets ergeben.</i></p> <p><i>Im Bereich Löwenwall Nummer 8 – 11</i></p>	<p>stück der ehemaligen Voigtländerwerke in der Campestraße 7. Dies ist eindeutig zugeordnet und hat mit der Planzeichnung im Bereich der Grundstücke Löwenwall 8 -11 keine inhaltliche Verbindung.</p> <p>Die hellgrüne Farbe der als nicht überbaubar festgesetzten Flächen wurde in allen Bebauungsplänen am Wallring verwandt. Sie dient der besseren Verdeutlichung des Planungsinhaltes und ist gemäß § 2 Abs. 2 der Planzeichenverordnung (PlanZV) zulässig.</p>
--	---

befindet sich jedoch der – wohl einzige – Bereich einer „nicht überbaubaren Fläche“ zwischen zwei als bebaubar gekennzeichneten Gebieten und zwar konkret zwischen zwei bebaubaren Gebieten mit unterschiedlicher Festsetzung der Art der baulichen Nutzung – derzeit WA bzw. MI.

Die textliche Festsetzung „Nutzungsänderungen sind auch im Bereich nicht überbaubarer Flächen zulässig“ ist für diesen Bereich, so wie vorgenommen, unzulässig da zu unbestimmt. Erforderlich ist in diesem Bereich eine eindeutige graphische und/oder textliche Festlegung, dass im Bereich der gesamten Grundstücke Löwenwall 8 -11, Flurstücke 112/1, 113/1, 114/6 sowie 114/5 und 114/7 der Flur 4, Gemarkung Innenstadt, bei Nutzungsänderungen für diese Änderungen die baurechtlichen Vorgaben des zum Löwenwall hin festgesetzten Wohngebietes gelten sollen, (...)

Die eindeutige Festsetzung der Orientierung von Nutzungsänderungen auf den Grundstücken Löwenwall 8 – 11 an der dortigen Wohngebietsfestsetzung ist notwendig zudem, weil Nutzungen auf den oben genannten Grundstücken unmittelbaren Einfluss auf die angrenzenden Nutzungen auf den Grundstücken am Löwenwall hätten. Die Möglichkeit einer weitergehenden Umnutzung etwa im Sinne eines MI-Gebietes (...) muss eindeutig ausgeschlossen werden, (...)

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird teilweise gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 33 Schreiben vom 11.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p>I. Das Gebiet Klint 18-21 sowie Jodutenstraße 6/6a befinden sich derzeit im unbeplanten Innenbereich, auch nach der Begründung des Bebauungsplanes unzweifelhaft nicht im Bereich des Wallrings. Es liegt auch topografisch streng von der Wallring-Bebauung abgegrenzt auf einem ca. vier bis fünf Meter tieferen Niveau als die Bebauung entlang des Wallrings.</p> <p>Die Erweiterungen des Plan-Gebiets des Wallrings gerade um die entsprechenden Flurstücke 101/2, 153/3 der Flur 4 der Gemarkung Innenstadt, Klint 18 -21 und Jodutenstraße 6, 6a, als einzige Abschnitte der Straßen Klint und Jodutenstraße, erscheint unzulässig, da willkürlich, zumal die übrigen Abschnitte der Straßen Klint und Jodutenstraße nicht ebenfalls einbezogen wurden.</p> <p>Eine Erläuterung dafür, warum „ausgerechnet“ der vorgenannte kleinräumige Bereich mit in diesen Bebauungsplan einbezogen wurde, liefert die B-Plan-Begründung nicht.</p> <p>Insbesondere erscheinen jedoch einige wesentliche Festsetzungen im dortigen Gebiet unzulässig, da völlig willkürlich ohne Angabe und Vorliegen eines nachvollziehbaren städtebaulichen Grundes deutliche Nachteile in der Nutzbarkeit der Grundstücke für meine Mandanten geschaffen werden:</p> <p>So wird eine neue Baugrenze mitten durch heute vorhandene Bauten im Norden und Nord-Osten des Gebiets und eine Baugrenze, die die gesamte vorhandene Bebauung im Süd-Osten (Jodutenstraße 6 a und die südlich angrenzenden Bauten) für die Zukunft – jenseits des Bestandsschutzes – eng nur auf Nutzungsänderungen der vorhandenen Bausubstanz begrenzt und langfristig dort Bebauung ausschließt, festgesetzt.</p> <p>Ähnliche Baugrenzen entlang des Wallrings sollen gem. der B-Plan-Begründung dazu dienen, die Bebauung der dortigen Grundstücke am Wallring in zweiter Reihe zu verhin-</p>	<p>zu I. Es ist zwar richtig, dass die Grundstücke am Klint derzeit nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen – sich also im unbeplanten Innenbereich befinden – ,dennoch können sie in den Geltungsbereich eines neuen Bebauungsplanes einbezogen werden.</p> <p>Da es nach § 1 BauGB Aufgabe der Bauleitplanung ist, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde vorzubereiten und zu leiten, wurde der Bereich um den geplanten Fußweg zwischen Klint und Löwenwall mit in den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes aufgenommen. Gemäß des Aufstellungsbeschlusses vom 4. Mai 2010 ist der Bereich zwischen dem Klint und dem Löwenwall im Geltungsbereich enthalten.</p> <p>Die Zugehörigkeit der Grundstücke zum Braunschweiger Wallring ist nicht alleinige Voraussetzung, um in den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes einbezogen zu werden. Die Wallring- Bebauungspläne sollen die im Gesamtkonzept für den Wallring erarbeiteten Planungsziele planungsrechtlich sichern. Dazu gehört es, das öffentliche Wegenetz entlang der Umflutgräben und des Wallrings mit entsprechenden Vernetzungen in die umliegenden Quartiere auszubauen und entsprechend planungsrechtlich zu sichern.</p> <p>Auf die Stellungnahme zu den Stellungnahmen Nr. 1 und Nr. 29 wird verwiesen.</p> <p>Die Festsetzungen im Zusammenhang mit dem geplanten Fußweg werden in der Begründung entsprechend erläutert.</p> <p>In Bezug auf die Aussage, dass wesentliche Festsetzungen im dortigen Gebiet (MI-Gebiet) willkürlich und damit unzulässig seien wird auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 30 (hier zu 2.) verwiesen.</p> <p>Die getroffenen Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung berücksich-</p>

<p><i>dern und die dort überwiegend vorhandenen parkähnlichen Gärten zu schützen.</i></p> <p><i>Der Klint gehört jedoch auch nach der Plan-Begründung eindeutig nicht zum Wallring-Gebiet. Der vorliegende B-Plan will jedoch ausdrücklich gerade nur Ziele und Konzepte für das Wallring-Gebiet formulieren und festsetzen. Die o.g. Begründung für die Baugrenzen kann mithin für die Baugrenze im Gebiet Klint 18-21 und Jodutenstraße 6/6a nicht herangezogen werden. (...)</i></p> <p><i>Ein entsprechender Wertverlust der Grundstücke ist durch nichts gerechtfertigt. (...)</i></p> <p><i>Auch die Baugrenze im Norden erscheint willkürlich. Sie scheint allenfalls von der Stadt gewünscht, um nachträglich einen Abstand zu dem jetzt geplanten Weg herzustellen. Der Weg steht jedoch seit ca. 1950 im Eigentum der Stadt. Im Laufe der neunzehnhundert-fünfziger Jahre erst wurde auch der heute an dieser Stelle errichtete Bau genehmigt.</i></p> <p><i>Soweit man die Herstellung eines Weges auf diesem Flurstück 115/10 und 115/8 ernsthaft gewollt hätte, hätte seinerzeit bereits eine Genehmigung für einen Bau ohne jeglichen Abstand zu dieser Fläche nicht erteilt werden dürfen. Es erscheint heute willkürlich, jetzt nachträglich nach über 60 Jahren das vorhandene Eigentum mit der potenziellen Pflicht zu belasten, Teile des rechtmäßig bestehenden Wohn-und Geschäftshauses langfristig beseitigen zu sollen – insbesondere da ein zwingender städtebaulicher Grund hierfür nicht genannt wird und nicht ersichtlich ist.(...)</i></p> <p><i>Es existiert eine Zufahrt zu dem Gebäudekomplex im Nord-Osten des Bereichs von der Seite des Löwenwalls her. Soweit die Bebauung des Flurstücks 153/3 am Klint bis zur rückwärtigen Grenze langfristig für unzulässig erklärt wird, ist damit gleichzeitig der Vorteil der Zufahrt vom Löwenwall entzogen. Der</i></p>	<p>tigen zum einen die zum Magniviertel orientierte Lage der Bebauung am Klint und an der Jodutenstraße und zum anderen die Nachbarschaft zum geschützten Wohnbereich am Löwenwall.</p> <p>Würden - wie gewünscht – Festsetzungen getroffen werden, die sich am derzeitigen Bestand orientieren, könnte dies zu Konflikten zwischen dem Wohnen und den im Mischgebiet zulässigen Gewerbebetrieben führen, zumal am Klint künftig eine Neubebauung mit bis zu maximal drei Vollgeschossen zulässig sein soll.</p> <p>Innerhalb des baulichen Bestandsschutzes ist die Nutzung der vorhandenen Gebäudesubstanz angemessen möglich. Bei der zu unterstellenden Restnutzungsdauer der rückwärtigen Gebäude ist auch kein erheblicher Vermögensnachteil erkennbar. Erst mit grundlegenden Veränderungen über den Bestandsschutz hinaus greifen die getroffenen Festsetzungen.</p> <p>Die im Norden, vom geplanten Weg um ca. 5 m zurückversetzte Baugrenze berücksichtigt die angestrebte bauliche Entwicklung in diesem Bereich. Auch hier soll mit den getroffenen Festsetzungen künftigen Nutzungskonflikten vorgebeugt werden.</p> <p>Das in den fünfziger Jahren direkt am geplanten Weg genehmigte Gebäude wurde unter anderen rechtlichen Bedingungen genehmigt. Wie eingangs richtig erwähnt, befinden sich die Grundstücke am Klint bis heute im unbeplanten Innenbereich. So wurde erst im Rahmen der Sanierungsplanung 2004 im Zusammenhang mit Umgestaltungsmaßnahmen in den Straßen Klint und in der Jodutenstraße die Planung für die Fußwegeverbindung forciert und erst im Jahre 2005 wurde die Fläche öffentlich gewidmet. Damit ist keine Pflicht verbunden, das in Rede stehende Gebäude zu beseitigen. Vielmehr greifen auch hier die Bestimmungen des baurechtlichen Bestandsschutzes.</p> <p>Die vom Löwenwall aus bestehende Zufahrt für das am Klint gelegene Grundstück Flst. Nr. 153/3 hat ebenfalls Bestandsschutz. Darüber hinaus verhindern die getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes künftig nicht eine derartige Zufahrt. Da das Grundstück vom Klint aus erschlossen ist, ist eine</p>
--	---

<p><i>zwischen der rückwärtigen Grenze des Flurstücks 153/3 und dem Flurstück 114/7 bestehende Geländeversprung von dort ca. fünf Metern würde eine Zufahrt vom Löwenwall unmöglich machen, wenn die Bebauung langfristig nicht bis an die vorgenannte Grenze herangerückt verbleiben bzw. erneuert werden dürfte. Hiermit ginge eine deutliche Verschlechterung der Nutzung des Grundstücks mit entsprechend erheblichem Wertverlust einher, ohne dass dem ein vorrangiger Belang für eine solche Planung gegenüberstünde. Dies ist unzulässig und verletzt meine Mandanten in ihren Rechten.</i></p> <p><i>Die privaten Belange des Eigentumsschutzes meiner Mandanten wurden auch hier unzureichend berücksichtigt bzw. unverhältnismäßig und unvertretbar zurückgesetzt.</i></p> <p><i>Es wird daher dringend angeregt, dieses Teilgebiet des B-Planentwurfs mit samt dem Weg wieder aus der Planung herauszunehmen.</i></p> <p><i>Jedenfalls sind die vorgenannten Baubegrenzungen und die Beschränkung der GRZ auf 0,6 herauszunehmen.</i></p> <p><i>Dies würde zudem das Problem lösen, dass der „unbebaubare Bereich“ zwischen dem Wohngebiet im Osten und dem Mischgebiet im Westen derzeit zu unbestimmte Festsetzungen bzgl. einer möglichen Nutzungsänderung während des Bestands der Bausubstanz enthält. (...)</i></p> <p><i>II.</i> <i>Des Weiteren erweist sich die Festsetzung der Wegefläche auf den Flurstücken 115/8, 153/1 und 115/10 der Flur 4 der Gemarkung Innenstadt als öffentlicher Weg als rechtswidrig, da sie meinen Mandanten (...) komplett unzumutbar, und andererseits auch nicht von einem zwingenden Grund der Erforderlichkeit getragen ist.</i></p> <p><i>Die Planbegründung führt zur Rechtfertigung der Schaffung der öffentlichen Fußwegeverbindung lediglich aus „mit dem Weg soll in der Art der Braunschweiger Steigen und Tweten ein direkter Zugang von den Wohnbereichen des Magniviertes zum Löwenwall geschaffen werden.“ Die Begründung ist unzureichend.</i></p> <p><i>Der Weg ist nicht nachhaltig erforderlich, so dass potenzielle Vorteile seiner Schaffung die</i></p>	<p>solche Zufahrt auch nicht zwingend notwendig. Mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes wird künftig eine klare städtebauliche Situation hergestellt. Die Erschließung der an Klint und Löwenwall gelegenen Bebauung ist danach eindeutig den jeweiligen Straßen zugeordnet. Für die Grundstückseigentümer am Klint entstehen somit keine unzumutbaren Nutzungsbeeinträchtigungen.</p> <p>Die Ausführungen verdeutlichen, warum der Bereich zwischen dem Klint und dem Löwenwall Teil des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist und dass die getroffenen Festsetzungen städtebaulich begründet und nicht willkürlich getroffen wurden. Die festgesetzte GRZ von 0,6 entspricht den Vorgaben der Baunutzungsverordnung und stellt die Obergrenze für das Maß der baulichen Nutzung dar.</p> <p>In Bezug auf die unzureichend klare Abgrenzung zwischen den beiden Baugebieten wird auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 32 (Pkt.3) verwiesen.</p> <p>zu II. Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 1, 29 (hier zu 3.) und Nr. 30 wird verwiesen.</p> <p>Der geplante Weg ist nicht rechtswidrig, bloß weil einige wenige private Interessen berührt werden. Der Weg stellt vielmehr ein öffentliches Interesse dar. Es ist nachvollziehbar, wenn die Herstellung des Weges als nicht zwingend notwendig angesehen wird und dieser aufgrund der vorhandenen Geländesituation auch nicht behindertengerecht ausgebaut werden kann. Der Weg ist aber dennoch dazu geeignet, mit einer weiteren Vernetzung verschiedener öffentlicher Bereiche zur städtebaulichen Qualität der Stadt beizutragen.</p> <p>Die Festsetzung des öffentlichen Weges erfolgt auf der Grundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 11</p>
---	---

<p><i>unten näher darzustellenden groben Nachteile für meine Mandantenschaft in der Abwägung mit ihrem Gewicht nicht ansatzweise aufwiegen oder gar übertreffen könnten.</i></p> <p><i>Soweit mit dem Weg ein Zugang von den „Wohnbereichen“ des Magniviertes zum Löwenwall geschaffen werden sollte, ist diese Begründung viel zu pauschal und damit bei näherer Prüfung im Ergebnis unzutreffend. Eine kürzere Verbindung würde allenfalls für die Einwohner am Klint geschaffen. Hierzu ist anzumerken, dass die Anwohner des Hauses Klint 18-21 bereits über die Gänge im Haus und den Ausgang zum Löwenwall hin eine direkte Zugangsmöglichkeit zum Löwenwall besitzen und eine weitere mithin ohnehin nicht benötigen. Die Anwohner im westlichen Bereich des Magniviertels können auf einen kaum längeren Weg über die Auguststraße und die Ecke zur Kurt-Schumacher-Straße das Gebiet am Löwenwall und Obelisk erreichen. Die Anwohner im nördlichen Teil des Magniviertes benötigen ausgerechnet diesen schmalen Weg ohnehin nicht, sie können bereits heute bequem über die Straße Magnitor das Naherholungsgebiet erreichen. Bei näherer Betrachtung schmilzt der „Vorteil“ mithin auf ein Minimum zusammen.</i></p> <p><i>Hinzu kommt, dass ein ohnehin allenfalls geringfügig kürzerer Zugang vorrangig für ältere Leute oder/und Gehbehinderte von Bedeutung sein könnte. (...)</i></p> <p><i>Erwähnt sei zudem noch, dass auch ein alternativer Zugang vom Klint zum Löwenwall möglich erscheint, und zwar über das angekaufte Grundstück Klint 4 durch den Park der Villa Gerloff zum Löwenwall.</i></p> <p><i>III. Gegen die Einrichtung des öffentlichen Fußweges an der beschriebenen Stelle spricht</i></p>	<p>BauGB. Die zwingende Notwendigkeit einer Wegeführung ist wie die vom Einwender genannte nachhaltige Erforderlichkeit nicht alleinige Voraussetzung für die Festsetzung eines öffentlichen Weges. Wie unter Pkt. I bereits erwähnt, ist der Weg dazu geeignet das öffentliche Wegenetz entlang der Umflutgräben und des Wallrings mit den umliegenden Quartieren zu verbinden. Die Festsetzung entspricht damit den Zielen des Bebauungsplanes.</p> <p>Das Grundstück Klint 4 befindet sich nicht in städtischem - sondern in privatem Eigentum. Die Ausführungen zu diesem Grundstück in der Begründung zum Bebauungsplan auf Seite 24 sind unmissverständlich. Danach wurde ein ursprünglich zum Grundstück der Gerloffschen Villa gehörendes Grundstück aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes genommen, da dort Garagen für das Grundstück Klint 4 geplant sind. Auch das Grundstück der Gerloffschen Villa befindet sich nicht in städtischem Eigentum. Die Stadt verfolgt in erster Linie die Wegeplanung auf ihren eigenen und seit jeher dafür vorgesehenen Grundstücken. Darüber hinaus ist es nicht erklärbar, den Eigentümern im nördlichen Bereich des Klint das Planungsvorhaben „zuzumuten“, während es an anderer Stelle abgelehnt wird.</p> <p>zu III. Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 29 (hier zu 3.) und Nr. 30 wird verwiesen.</p>
---	---

<p><i>hingegen bereits Folgendes:</i></p> <p><i>Die Drogenszene in Braunschweig mag sich auf verschiedene Bereiche im Stadtgebiet verteilen, sie ist nach Beobachtung von Anwohnern am Löwenwall sowie Polizeiangaben jedoch angesichts der Nähe des „Drobs“ in der Kurt-Schumacher-Straße 26 und der Verbindung von dort zum Gebiet am Löwenwall im Bereich des Obeliskens auch heute noch nicht unwesentlich vertreten. Bereits nach Angaben der Polizei wäre es sehr ungünstig, wenn dieser Weg eröffnet würde, da die Leute aus der Drogenszene diesen bei Überprüfungsmaßnahmen der Polizei als zusätzlichen Fluchtweg zur Verfügung hätten.</i></p> <p><i>Die Attraktivität dieses Weges für die Drogenszene sollte auch, wenn er nicht als dunkle Gasse gestaltet, sondern, wie anderweitig bereits angedacht war, hell erleuchtet werden soll, nicht unterschätzt werden, da der Weg im Gebiet des Klint und Jodutenstraße endet, wo sich diverse Hinterhöfe, z.B. auf den Flurstücken 101/2, 101/6, 1 sowie der Schulhof der Grundschule Klint, Flurstück 10/2 der Flur 4 Gemarkung Innenstadt befinden. Dieses verzweigte Wege-und Hofsystem dürfte der Szene als „ideal“ erscheinen, um als Rückzugsorte bei Flucht vor der Polizei wie auch zum Dealen zu dienen. (...)</i></p> <p><i>Dieses dürfte auch für die Öffentlichkeit, für die geschützte Nutzung der Grünfläche am Obeliskens zur Naherholung unerwünscht sein. Jedenfalls ist es für meine Mandanten als direkte Anwohner des Weges unzumutbar.</i></p> <p><i>IV.</i> <i>Textliche Festsetzungen zur Ausgestaltung des Weges fehlen in der B-Plan-Begründung vollständig.</i></p> <p><i>Geht man davon aus, was im seinerzeit stattgefundenen gerichtlichen Verfahren von der Stadt vorgetragen wurde, ergibt sich Folgendes:</i></p> <p><i>Die Stadt selbst hat erkannt, dass auf zwei Dritteln des Weges dieser unmittelbar an vorhandenen Gebäudemauern vorbeiführen würde und damit eine erhebliche Gefahr von Sachbeschädigungen durch Graffiti-Besprühung besteht, sodass dort jeweils „Pufferzonen“ von ca. 1,50 m Breite durch einen ca. 1,80 m hohen Zaun nebst entsprechender Heckenbepflanzung hergestellt wer-</i></p>	<p>Darüber hinaus ist die Planung/Anlage eines öffentlichen Fußweges kein Indiz für eine erhöhte Gefahr missbräuchlicher Inanspruchnahme. Vielmehr trägt ein öffentlicher Weg zu vermehrter sozialer Kontrolle und damit auch zu mehr Sicherheit bei.</p> <p>zu IV. Die Festsetzungen zum Bebauungsplan in Teil A werden auf der Grundlage des § 9 BauGB getroffen. Der vom Gesetzgeber vorgeschriebene Katalog ist abschließend. Festsetzungen zur Ausführung von Wegen sind darin nicht enthalten. In der Begründung zum Bebauungsplan wird auf Seite 75 erwähnt, dass die Ausformung und Gestaltung der Wege, Plätze und Grünflächen sowie ihre zeitliche Realisierung noch nicht feststehen.</p> <p>Es ist richtig, dass in den Sanierungsplanungen eine Abschirmung zur direkt angrenzenden Bebauung am Löwenwall 12 und am Klint 18 mit einem Zaun und einer Hecke angedacht war. Die konkrete Gestaltung des</p>
--	---

<p><i>den müssten/sollten. Auch auf den übrigen Abschnitten bzw. auf der jeweils anderen Seite zu den übrigen privaten Grundstücken hin sollte entsprechend der Einsicht der Stadt eine deutliche Abgrenzung durch hohe Zäune und/oder Hecken zur Abschirmung der privatrechtlichen Nutzungen direkt neben dem Weg erfolgen.</i></p> <p><i>Vor diesem Hintergrund und nachdem seit Ankauf des Weges bzw. der Baugenehmigung für das Haus Löwenwall 12 1956 rund 50 Jahre vergingen, ohne dass das Grundstück als Weg genutzt wurde, bis im Jahr 2005 die Widmung erfolgte, führt zu einem berechtigten Vertrauen meines Mandanten darauf, dass die inzwischen seit über 50 Jahren rechtmäßige Nutzung des Hauses bei der Frage, ob die vor inzwischen 65 Jahren angedachte Wegenutzung heute noch realisiert werden kann und soll, sehr wesentlich mit berücksichtigt wird.</i></p> <p><i>Es können bei heutiger neuer Nutzung nicht die baulichen Mindestabstände unberücksichtigt bleiben. Da der Weg überwiegend überflüssig ist, wie oben dargelegt, und seine Realisierung zudem die Nutzung des Hauses mindestens im Erdgeschoss und gerade an der für Wohnnutzer wesentlichen Südseite durch das „Zustellen“ der Fenster unzumutbar beeinträchtigen würde, ist die Umsetzung dieser Nutzung heute unrechtmäßig.</i></p> <p><i>Den minimalen Vorteilen des Weges stehen die unzumutbaren Nachteile für meinen Mandanten entgegen. Dessen private Belange werden durch die derzeitige Planung unverhältnismäßig und unvertretbar zurückgesetzt.</i></p> <p><i>Zudem würde der Weg durch seine bestimmungsgemäße Benutzung erhebliche Geräuschbelastungen der Anlieger durch dortige Passanten im Garten-/Ruhebereich des Hauses mit sich bringen. Mein Mandant hat aber ein abwägungserhebliches Interesse, von vermehrten Lärmbelastungen verschont zu bleiben.</i></p> <p><i>Ferner soll eine gute Beleuchtung des Weges ein „Herumlungern“ seitens Mitgliedern der Drogenszene verhindern. Die entsprechende Helligkeit direkt vor den OG-Süd-Fenstern meines Mandanten wäre ebenfalls unzumutbar. (...)</i></p> <p><i>Sollte zudem die Reinigungspflicht (...) auf die Anlieger abgewälzt werden, wäre auch</i></p>	<p>Weges und die Frage der Ausformung möglicher Abschirmungen sind aber im Rahmen der Bauausführung noch zu klären.</p> <p>Auf die obige Stellungnahme zu Pkt. III wird verwiesen.</p> <p>Dass eine Umsetzung des Ratsbeschlusses von 2005 bislang nicht erfolgte, hat seinen Grund in dem über sechs Jahre währenden Gerichtsverfahren und dem Umstand, dass 2011 keine Sanierungsmittel mehr zur Verfügung standen.</p> <p>Die seit 50 Jahren währende Wohnnutzung erfolgt bis heute mit dem Wissen, dass die Stadt seit 1950 Eigentümerin der benachbarten Grundstücke ist, um sich die Möglichkeit offen zu halten einen Fußweg zu errichten. Insofern sind die benachbarten Grundstücke entsprechend vorbelastet, wie dies auch im Verwaltungsgerichtsurteil vom 22. September 2009 ausgeführt wird. Die langjährige Wohnnutzung bildet damit keinen Grund den Weg nicht umzusetzen. Auch wenn noch Beschlüsse zur konkreten Umsetzung des Weges ausstehen, ist doch die bisherige Beschlusslage eindeutig.</p> <p>Das Verwaltungsgericht hat 2009 weiter zutreffend ausgeführt, dass die zur Verfügung stehende Breite des Weges einer Umsetzung nicht entgegensteht. Die Breite des städtischen Grundstücksstreifens von 3 m ist ausreichend, um den Fußweg nebst Randbegrünung herzustellen. Die rechtlichen Bedingungen für diese Aussage haben sich seitdem nicht verändert.</p> <p>Im Hinblick auf mögliche Geräuschbelastungen durch den Weg wird auf die Stellungnahme zu Stellungnahme Nr. 30 (zu 1b) verwiesen.</p> <p>Im Urteil des Verwaltungsgerichts wird im Hinblick auf die geplante Beleuchtung des Weges ausgeführt, dass auch diese nicht zu unzumutbaren Beeinträchtigungen führt. Es ist zu berücksichtigen, dass die Beleuchtung einer missbräuchlichen Nutzung des Weges vorbeugt. Die innerstädtische Lage der angrenzenden Grundstücke bringt es drüber hinaus mit sich, dass schon jetzt Lichtimmissionen auf die Grundstücke einwirken. Eine besondere Belastung kann darin nicht erkannt werden.</p> <p>Zur Reinigungspflicht des Weges wird auf die</p>
--	---

<p><i>dieses unzumutbar. (...)</i></p> <p><i>Ein, wie dargelegt, durch lange Mauern, hohe Einzäunungen und Hecken abgeschotteter zudem sehr schmaler 70 m langer weg, dürfte im Übrigen nicht dem Sicherheitsbedürfnis von potenziellen Passanten entsprechen, insbesondere nicht dem Sicherheitsbedürfnis weiblicher Passanten (...)- er stellt auch insofern keine wünschenswerte Einrichtung für die Öffentlichkeit dar. (...)</i></p> <p><i>Durch die Planung des Weges werden Konflikte mithin nicht – wie es eine ordnungsgemäße Planung erforderte - bewältigt, sondern hier vielmehr erst neu geschaffen. Dies ist unzulässig.</i></p> <p><i>Es wird daher beantragt, die Herstellung des Weges aus dem Bebauungsplan herauszunehmen.</i></p>	<p>Stellungnahme zu Stellungnahme Nr. 30 (zu 1 c) verwiesen.</p> <p>Der Weg trägt, wie bereits erwähnt, zur städtebaulichen Qualität bei. In innerstädtischen, insbesondere mittelalterlich geprägten Bereichen sind enge Gassen regelmäßig zu finden und tragen nicht zuletzt zur Attraktivität der Innenstädte bei.</p> <p>Unzumutbare Belastungen der angrenzenden Grundstückseigentümer und Bewohner sind nicht zu erwarten. Der geplante Weg entspricht den seit langem verfolgten Planungszielen der Stadt und entspricht auch den Zielen, die am Wallring verfolgt werden.</p> <p>Für die Herstellung des Weges bedarf es gesonderter Beschlüsse. Im Bebauungsplan wird der Weg lediglich planungsrechtlich gesichert.</p>
---	---

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 34 Schreiben vom 11.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>Nach dem Bebauungsplan dürfen die Vorgärten nicht durch die Anlage von Wertstoff- und Restmüllcontainern oder Fahrradabstellanlagen in ihrer Wirkung eingeschränkt werden. Müll und Fahrräder gehören aber zum Alltag und können nicht einfach negiert werden. Es kann nicht sein, dass das Interesse der flanierenden Bürger entlang blühender Vorgärten höher gestellt wird als das der Bewohner, die neben ihrer Terrasse der Müll erdulden und auf abgestellte Fahrräder gucken müssen.</i></p> <p><i>Bei der vorgesehenen Sanierung der Peter-Joseph-Krahe-Straße ist geplant, dass die Fußwege entfallen und die Parkplätze für die Autos direkt an die Grundstücksgrenze rücken. Ein freier Blick auf die Vorgärten ist dann nicht mehr möglich.</i></p> <p><i>Aus diesen Gründen ist das Verbot Wertstoffcontainer- und Restmüllcontainer oder Fahrradabstellanlagen vor dem Haus anzulegen überzogen und entspricht in keiner Weise der Bestandssituation.</i></p> <p><i>Die gestalterische Festsetzung des vorliegenden Bebauungsplans zu öffentlichen Straßen angeordnete Hauseingänge auszuschließen ist städtebaulich nicht zwingend notwendig. In der Peter-Joseph-Krahe-Straße besteht aufgrund der dort vorhandenen Bauweise keine städtebauliche Notwendigkeit der Festsetzung der Lage der Hauseingänge im Bebauungsplan. In der Peter-Joseph-Krahe-Straße sind die Hauseingänge ganz überwiegend zur Straße orientiert und teilweise durch repräsentative Treppenanlagen charakterisiert. (...)</i></p>	<p>Mit dem Ausschluss von Fahrradständern und Müllcontainern in den Vorgärten soll sichergestellt werden, dass die gärtnerische Gestaltung der Vorgärten das Straßenbild prägt. Die Bedeutung des Wallrings und der dazugehörigen Straßen rechtfertigt den Schutz der vorhandenen Vorgärten. Die Vorgärten sind besonders im Bereich der gründerzeitlich geprägten Bebauung sehr schmal, so dass ihre Wirkung durch weitere Versiegelungen erheblich beeinträchtigt werden würde.</p> <p>Für Fahrräder und Wertstoffcontainer findet sich bereits jetzt regelmäßig Platz im Bereich der Einfahrten zwischen den Gebäuden oder im rückwärtigen Bereich. Darüber hinaus bestehen baulich genügend Spielräume, um die Anlagen so anzuordnen, dass die Bewohner nicht von ihren Terrassen auf den Müll gucken müssen.</p> <p>Es ist richtig, dass die Peter-Joseph-Krahe-Straße insbesondere aufgrund der Bebauung einen anderen Charakter als die übrigen Wallringstraßen hat. Die Planung einer Mischverkehrsfläche hat daher durchaus seine Berechtigung. Die im Bereich der öffentlichen Straße geplanten Parkplätze verdecken den Blick auf die Vorgärten nur teilweise. Auch in dieser Straße wird die vorgesehene Festsetzung zur Qualität des Straßenraumes beitragen.</p> <p>Die Festsetzung zur Lage der Hauseingänge entspricht den örtlichen Gegebenheiten und prägt nicht nur den Wallring sondern auch die historische Bebauung in weiten Teilen der Stadt.</p> <p>Es ist richtig dargestellt, dass in der Peter-Joseph-Krahe-Straße die vorhandene Bebauung davon abweicht, so dass die Örtliche Bauvorschrift (ÖBV-Teil B) für diesen Bereich nur eingeschränkt gelten soll und Festsetzungen zur Gestaltung der Gebäude nicht getroffen werden (siehe Begründung zum Bebauungsplan auf Seite 63). Die Lage der Hauseingänge soll für diesen Bereich (WA 1.2) nicht festgesetzt werden.</p>

<p><i>Um den Promenadencharakter der Wallringstraßen zu stärken, sollen an den privaten Gebäuden technische Anbauten möglichst vermieden werden. Begründet wird das damit, dass die Größe der Bebauungsmöglichkeiten auch abseits der öffentlichen Verkehrsflächen ausreichende Anbaumöglichkeiten sichert. Die Installation von umweltfreundlichen Techniken, wie Solarzellen oder Sonnenkollektoren wird damit unmöglich gemacht. Diese lassen sich nämlich nicht beliebig verschieben sondern sind von der Ausrichtung des Daches zur Sonne abhängig. Die Stadt hat zwar ein Solarkataster aufgestellt, schließt aber durch den vorliegenden Bebauungsplan weite Teile der Innenstadt von modernen Energiespartechniken aus.</i></p> <p><i>Der Promenadencharakter der Wallringstraßen wird durch Solartechnik auf dem Dach nicht unangemessen beeinträchtigt. Dagegen wird die Nutzung des eigenen Eigentums unangemessen eingeschränkt. Das Ziel, ein einheitliches, an historischen Vorbildern orientiertes Erscheinungsbild zu sichern darf nicht dazu führen, dass die betroffenen Stadtbereiche museal verklärt und von modernen Techniken abgeschnitten werden.</i></p>	<p>Im Prinzip ist es sinnvoll im Hinblick auf den Klimawandel solche Anlagen zuzulassen. In dieser sensiblen und stadthistorisch bedeutsamen Lage entlang des Wallrings ist die Gestaltung der Gebäude zur Straße allerdings höher zu werten als die uneingeschränkte Möglichkeit zur Energiegewinnung. Auch wenn für einige Bereiche, so auch die Peter-Joseph-Krahe-Straße die ÖBV nur eingeschränkt gelten soll, soll die Anbringung technischer An- und Aufbauten am gesamten Wallring eingeschränkt werden.</p>
---	--

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 35 Schreiben vom 12.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>Vertreten wird der Eigentümer des Grundstückes Campestraße 7, Einwendungen: (...)</i></p> <p><i>Der jetzt ausgelegte Bebauungsplanentwurf enthält eine Vielzahl von Festsetzungen, die nicht nur zu einem gravierenden Entzug des bisherigen Baurechts führen, sondern darüber hinaus zahlreiche Regelungen, die Vorgaben zur baulichen Gestaltung der Gebäude treffen sowie die Nutzung und Bepflanzung von verbleibenden Freiflächen regeln. In der Summe schränken diese Regelungen die Eigentumsrechte unseres Mandanten so weitgehend ein, dass der Bebauungsplan wie eine Teilenteignung wirkt. Ein langfristiger Erhalt des markanten Werksgebietes, aber auch eine maßvolle Sanierung oder ein teilweiser Umbau oder Erneuerung der bestehenden Werks- und Büroanlagen ist aufgrund der geplanten Festsetzungen nicht möglich. Dem Grundstück wird jede Entwicklungsmöglichkeit genommen, es sei denn, man akzeptiert den umfassenden Entzug von bestehenden Bau- und Nutzungsrechten.</i></p> <p><i>Im Wesentlichen werden Einwendungen daher gegen die nachstehenden Festsetzungen erhoben:</i></p>	<p>Die auf dem Grundstück der ehemaligen Voigtländer-Werke (Campestraße 7) bestehenden gewerblichen Nutzungen sollen innerhalb des geplanten Allgemeinen Wohngebietes WA 2 aufgrund der Bedeutung der ehemaligen Werksgebäude für die Gesamtstadt auch künftig zulässig sein. Um den Fortbestand der ehemaligen Werksgebäude planungsrechtlich zu sichern, wird in den Bebauungsplan eine Fremdkörperfestsetzung nach § 1 Abs. 10 BauNVO aufgenommen. Sie sichert einen erweiterten Bestandsschutz. Danach sind nicht nur die bestehenden gewerblichen Nutzungen sondern auch Nutzungsänderungen im gesamten Gebäudebestand zulässig. Dass, wie vom Einwender behauptet, ein langfristiger Erhalt des Werksgebietes nicht möglich wäre ist daher nicht richtig. Sanierungen und Umbauten bleiben möglich.</p> <p>Die getroffenen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung für das Grundstück Campestraße 7 gelten nur für eine Neubebauung und greifen erst mit grundlegenden Veränderungen über den erweiterten Bestandsschutz hinaus. Bei der zu unterstellenden Restnutzungsdauer der bestehenden Gebäude ist kein erheblicher Vermögensnachteil erkennbar. Von einer Teilenteignung kann vor dem Hintergrund der getroffenen Festsetzungen daher nicht die Rede sein.</p> <p>Die ehemaligen Werksgebäude stellen einen in die rückwärtigen Grünbereiche hineinreichenden Gebäudekomplex dar, so dass eine Erneuerung der bestehenden Gebäude unzulässig sein soll. Im Falle abgängiger Gebäude ist eine Wohnnutzung herzustellen, die sich ihrer Umgebungsbebauung anpassend in den straßenbegleitenden, überbaubaren Flächen herzustellen ist, auch wenn im derzeit noch rechtskräftigen Bebauungsplan IN 1 der gesamte Gebäudekomplex als überbaubare Fläche festgesetzt ist. Die Beibehaltung der überbaubaren Fläche, wie derzeit im IN 1 festgesetzt, widerspräche dem grundlegenden Ziel des vorliegenden Bebauungsplanes, wonach Hinterliegerbebauungen auszuschließen sind.</p>

<p><u>1. Art der baulichen Nutzung</u> Das Grundstück des Einwendungsführers liegt im festgesetzten WA 2. In diesem sind neben Wohngebäuden lediglich Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sowie nicht störende Handwerksbetriebe zulässig.</p> <p>Gem. Ziff. 1.4 sind ein Teil der in allgemeinen Wohngebieten allgemein zulässigen Nutzungen in diesem Gebiet nur ausnahmsweise zulässig.</p> <p>Für das Grundstück des Einwendungsführers regelt der Bebauungsplan in Ziff. 1.7 ergänzend, dass Erweiterungen und Änderungen der dort bestehenden gewerblichen Einrichtungen gem. § 1 Abs. 10 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind, (...)</p> <p>Es bestehen bereits Zweifel, ob die Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes in diesem Bereich der Campestraße städtebaulich gerechtfertigt und damit im Sinn von § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB erforderlich ist. Nach dieser Vorschrift haben Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung erforderlich ist. Der Grundsatz der Planrechtfertigung setzt voraus, dass dem Plan ein nach außen erkennbares städtebauliches Konzept zugrunde liegt, das auf Verwirklichung in angemessener Zeit angelegt ist (vgl. nur BVerwG vom 21.3.2002, BVerwGE 116, 144).</p> <p>Das für den Bereich Campestraße festgesetzte WA 2 umfasst neben dem Grundstück des Einwendungsführers auf der nördlichen Straßenseite lediglich noch die vier sich westlich angrenzenden Gebäude und die Bebauung auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Bereits im Kreuzungsbereich der Campestraße mit der Wolfenbütteler Straße sieht der Bebauungsplan auch im Bereich der Campestraße bereits wieder eine Mischgebietsnutzung vor.</p> <p>Selbst wenn man unterstellen sollte, dass die vier verbleibenden nordseitigen Gebäude an der Campestraße sowie die südseitige Bebauung ausschließlich wohngenutzt sein sollte, reicht dies im Hinblick auf die nahezu ausschließlich gewerbliche Nutzung im großen Gebäudekomplex des Einwendungsführers nicht aus, um hier in einem angemessenen Zeitraum die für ein allgemeines Wohngebiet erforderliche Nutzungsstruktur zu schaffen.</p>	<p><u>zu 1.</u> Die Art der baulichen Nutzung wird in diesem Bereich auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes „Wallring“ getroffen. Darüber hinaus entspricht die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes in diesem Bereich der tatsächlichen Nutzung. In der Campestraße wird mit Ausnahme des in sich abgeschlossenen Gebäudekomplexes der ehemaligen Voigtländer-Werke überwiegend gewohnt. Büros und andere Nutzungen für freie Berufe sind in den Wohnstraßen am Wallring typisch und in Allgemeinen Wohngebieten auch zulässig. Es besteht kein Anlass die Campestraße entgegen der Festsetzungen der anderen Wohnstraßen am Wallring als Mischgebiet festzusetzen.</p> <p>Die Südseite der Campestraße ist im rechtskräftigen Bebauungsplan AW 94 von 2001 derzeit ebenfalls als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt.</p> <p>Das Planerfordernis ergibt sich für die Campestraße insbesondere aus dem Ziel ein eindeutiges, den heutigen Regelungserfordernissen entsprechendes Planungsrecht zu schaffen. Die Nordseite der Campestraße befindet sich derzeit noch im rechtskräftigen Bebauungsplan IN 1 von 1939, für den die Art der baulichen Nutzung nicht geregelt ist. Als zum Umflutgraben der Oker nächstgelegener Straßenzug gehört die Campestraße ähnlich wie beispielsweise die Adolfstraße zum Wallring-Gebiet und unterliegt insofern den gleichen Planungszielen. Auch in der Campestraße soll sichergestellt werden, dass sich Ergänzungen der vorhandenen, in weiten Teilen unter Denkmalschutz stehenden Bausubstanz sowie Neubauten in das Bild der historischen Bebauung einfügen, die Grünstrukturen erhalten und weiterentwickelt werden und damit der Charakter des Wallrings erhalten bleibt.</p> <p>Das WA 2-Gebiet umfasst daher auch nicht nur die erwähnten Grundstücke, sondern ist wesentlich größer gefasst. So enthält das WA 2-Gebiet darüber hinaus Wohngrundstücke entlang der Adolfstraße, der Parkstraße, der Bismarckstraße und der Moltkestraße.</p> <p>Nur entlang der den Wallring kreuzenden Straßen, so auch entlang der Wolfenbütteler Straße, werden Mischgebiete festgesetzt. Auf die Stellungnahme zur Stellungnahme</p>
---	--

<p><i>Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bebauungsplan in dem festgesetzten WA nur sehr eingeschränkt Nutzungen zulässt und die Ziff. I. 1. 7 zudem der Bestandssicherung der Nutzung im Komplex unserer Mandantschaft dienen soll. Eine nahezu ausschließliche Wohnnutzung im WA 2 ist daher langfristig nicht durchsetzbar.</i></p> <p><i>Vor diesem Hintergrund ist die Festsetzung WA städtebaulich nicht erforderlich.</i></p> <p><i>Nicht zulässig ist darüber hinaus der hier vorgesehene umfassende Ausschluss von allgemein zulässigen Nutzungen in einem WA. Dies widerspricht der für ein WA vorgesehenen Zweckbestimmung.</i></p> <p><i>Nicht nachvollziehbar ist, wie eine Erweiterung von bestehenden Einrichtungen gem. Ziff. I. 1. 7 auf dem Grundstück unseres Mandanten möglich sein soll, wenn Erweiterungsvorhaben an die sonst geltenden Festsetzungen des Bebauungsplanes gebunden sind, wie nachstehend noch ausgeführt, schränken bereits die Vorgaben zum Maß der baulichen Nutzung das jetzt bestehende Baurecht gravierend ein. Sie lassen keinerlei Spielraum für die nach Ziff. I. 1. 7 als zulässig angesehene Erweiterung von bestehenden Nutzungen. Die Regelung geht daher ins Leere und ermöglicht gerade nicht die in § 1 Abs. 10 BauNVO vorgesehene Sicherung von Erweiterungen und Erneuerungen.</i></p>	<p>Nr. 28 (zu 6.) wird verwiesen.</p> <p>Die in den Allgemeinen Wohngebieten vorgenommenen Nutzungseinschränkungen erfolgen ebenfalls auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes „Wallring“ mit dem Ziel die Wohnnutzung entlang der Wallringstraßen zu stärken. Die getroffenen Nutzungseinschränkungen sind gem. § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO zulässig und lassen sich mit der hohen städtebaulichen und stadthistorischen Bedeutung des Braunschweiger Wallrings für die Gesamtstadt begründen. Die allgemeine Zweckbestimmung der Wohngebiete bleibt gewahrt, zumal in der Campestraße die sonst allgemein zulässigen Nutzungen wie Läden und Schank- und Speisewirtschaften ausnahmsweise zulässig sein sollen.</p> <p>Auf dem Grundstück Campestraße 7 sind bauliche Erweiterungen innerhalb der festgesetzten überbaubaren Fläche entlang der Adolfstraße möglich. Hierbei ist die festgesetzte maximale Grundfläche von 342 m² einzuhalten. Da sich diese Größenfestsetzung auf das gesamte Grundstück bezieht, wären zur Umsetzung notwendiger baulicher Erweiterungen Grundstücksteilungen und Abrisse im rückwärtigen Bereich nötig. Diese Festsetzung wurde in der Form getroffen, um Hinterliegerbebauungen im Rahmen einer Neustrukturierung des Grundstücks vorzubeugen.</p> <p>Darüber hinaus sind Erweiterungen des Gebäudebestandes gem. Pkt. A II. 1.5 der Textlichen Festsetzungen in geringfügigem Umfang möglich.</p> <p>Es ist richtig, dass die Erweiterungs- und Erneuerungsmöglichkeiten der bestehenden gewerblichen Nutzung eingeschränkt werden sollen. Vor dem Hintergrund der bereits stark versiegelten rückwärtigen Grundstücksteile und der hohen städtebaulichen Bedeutung, die dem Wallringbereich für die Gesamtstadt beigemessen wird, erscheint eine solche Reglementierung jedoch gerechtfertigt und ist im Rahmen der sogenannten „Fremdkörperfestsetzung“ gem. § 1 Abs. 10 BauNVO auch zulässig. Danach können im Bebauungsplan nähere Bestimmungen für die Zulässigkeit der baulichen Nutzungen getroffen werden.</p>
--	---

<p><u>2. Maß der baulichen Nutzung und Höhe baulicher Anlagen</u></p> <p><i>Nahezu sämtliche Festsetzungen unter Ziff. II und III schränken das Eigentumsrecht unserer Mandantschaft in nicht zulässiger Weise ein und sind unverhältnismäßig, da sie nicht nur keinerlei Erweiterung oder Änderung des vorhandenen Bestandes ermöglicht, sondern im Falle eines Neubaus nur ein Bruchteil des großen Grundstückes bebaut werden kann.</i></p> <p><i>Zu den regelmäßig betroffenen privaten Belangen gehört das durch die Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs.1 GG geschützte Grundeigentum. Ein auf den überplanten Grundstücken bestehendes Baurecht muss die Gemeinde im Rahmen der Abwägung nicht nur berücksichtigen.</i></p> <p><i>Die Bestandsgarantie des Art. 14 Abs.1 Satz 1 GG fordert vielmehr, dass in erster Linie Vorkehrungen getroffen werden, die eine unverhältnismäßige Belastung des Eigentümers real vermeiden und die Privatnützigkeit des Eigentums so weit wie möglich erhalten (...).</i></p> <p><i>Übergeordnetes Planungsziel ist ausweislich der Planbegründung die Erhaltung der „in Großform angelegten gestalterischen wie funktionalen Zusammenhänge des Wallrings und der Schutz des Wallringes vor unerwünschten Fehlentwicklungen.“</i></p> <p><i>Der Bebauungsplan dient dabei ausweislich der Ausführungen in der Begründung dazu, zu verhindern, dass in den rückwärtigen Grundstücksbereichen eine weitere Bebauung entsteht. Darüber hinaus orientieren sich die festgesetzten maximalen Grundflächen am historischen Gebäudebestand.</i></p> <p><i>Entgegen dieser Ausführungen orientieren die sich für das Grundstück unserer Mandantschaft festgesetzten maximalen Grundflächen gerade nicht am historischen Gebäudebestand, sondern bleiben weit dahinter zurück.</i></p> <p><i>Darüber hinaus weisen eine Vielzahl von Grundstücken im Plangebiet bereits eine rückwärtige Bebauung auf, so dass auch dieses Planungsziel in einem angemessenen Zeitraum nicht zu verwirklichen sein wird mit der Folge der fehlenden Erforderlichkeit der Festsetzung.</i></p>	<p><u>zu 2.</u></p> <p>Auf die eingangs gemachten Ausführungen wird verwiesen. Mit den getroffenen Festsetzungen sind keine unverhältnismäßigen Belastungen des Eigentümers verbunden. Es ist richtig, dass der Bebauungsplan das bisher nach dem IN 1 zulässige Baufeld ändert und hierbei grundsätzlich die Regelungen zu Entschädigungen nach den §§ 39 ff BauGB zu beachten sind. Dies schließt aber nicht aus, dass die planende Gemeinde für einzelne Gebiete neue, andere städtebauliche Ziele definiert. Erhebliche Vermögensnachteile sind allerdings nicht erkennbar. Einschränkungen für bauliche Erweiterungen und für die Neubebauung des Grundstückes, die restriktiv wirken, tragen in jedem Fall zur Gesamtaufwertung des Plangebietes und damit auch zur Aufwertung der in diesem Gebiet liegenden Grundstücke bei.</p> <p>Den Charakter des Wallrings zu erhalten, ist aufgrund seiner besonderen städtebaulichen und stadthistorischen Bedeutung wesentliches Planungsziel. In dem Zusammenhang soll die Bebauung, wie bereits erwähnt, auf die straßenbegleitenden Abschnitte konzentriert und entsprechend in den rückwärtigen Bereichen planungsrechtlich eingeschränkt werden. Die in die Grundstückstiefe hineinreichende Überbauung auf dem Grundstück Campestraße 7 ist aufgrund ihrer früheren Nutzung untypisch. Es ist richtig, dass sich Neubaumaßnahmen am historischen Gebäudebestand orientieren sollen. Dieser Gebäudebestand wird innerhalb des Gesamtkonzepts für den Wallring allerdings nicht durch die vereinzelt auftretenden überkommenen gewerblichen Nutzungen geprägt, sondern durch das weit überwiegende Bild der villenartigen, überwiegend Wohnzwecken dienenden Bebauung. Diesem Prinzip wird hier gefolgt.</p>
--	--

<p><i>Im Einzelnen:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. Gem. Ziff.II. 1.1 setzt der Bebauungsplan für das Grundstück des Einwendungsführers eine zulässige Grundfläche von 342 m² fest. Diese bleibt um ein vielfaches hinter der jetzt vorhandenen Bebauung zurück und lässt daher weder eine gleichwertige Neubebauung des Areals, noch eine irgendwie geartete Erweiterung bzw. einen Umbau oder teilweise Erneuerung des Bestandes zu. Die Festsetzung widerspricht zudem dem Gleichbehandlungsgrundsatz, da für wesentlich kleinere Grundstücke im Plangebiet eine gleiche Grundfläche oder sogar wesentlich größere Grundflächen zugelassen werden.</i> <i>2. Es sind keine städtebaulichen Gründe dafür ersichtlich, dass in Ziff. 1.2 die Überschreitungsregel für Grundflächen von Garagen und Zufahrten gem. § 19 Abs. 4 BauNVO auf 40 von Hundert beschränkt wurde. Bereits jetzt werden die Freiflächen umfassender genutzt.</i> <i>3. Ziff.II. 1.3 lässt auf der straßenabgewandten Seite Überschreitungen der Baugrenzen für bis zu 3 m tiefe Gebäudevorsprünge zu. Gem. Ziff.II. 1.4 dürfen untergeordnete Bauteile wie z.B. Eingangsüberdachungen, Dachvorsprünge oder Erker, die Baulinien und Baugrenzen ebenfalls überschreiten, allerdings nur bis zu einer Tiefe von 1 m. Hier erschließt sich nicht, welche städtebaulichen Gründe diese unterschiedliche Behandlung von untergeordneten und nicht untergeordneten Gebäudevorsprüngen und eine Besserstellung der nicht untergeordneten Bauteile rechtfertigen.</i> 	<p>zu den einzeln aufgeführten Punkten:</p> <p>zu 1. Planungsziel für Neubauten ist es am Beispiel des den Wallring prägenden Gebäudebestands möglichst einheitliche Gebäudekubaturen sicherzustellen. Aus diesem Grund wurde im überwiegenden Teil des Planungsgebiets auf die Festsetzung von Grund- und Geschossflächenzahlen verzichtet und es wurden maximal zulässige Grundflächen festgesetzt, die sich auf die Summe der baulichen Anlagen je Grundstück beziehen. Dies ist gem. § 16 Abs. 2 BauNVO möglich und wird regelmäßig für die Umsetzung ähnlicher Planungsziele verwandt. Es ist richtig, dass damit für wesentlich kleinere Grundstücke eine gleiche Grundfläche oder auch größere Grundflächen zugelassen werden. Dem Gleichbehandlungsgrundsatz wird mit dieser Festsetzung jedoch nicht widersprochen, denn Grundstücksgrenzen sind nicht Regelungsinhalt des Bebauungsplanes und entsprechende Grundstücksteilungen zur Umsetzung von Neubebauung sind jedermann möglich. Dem Prinzip der städtebaulich wahrnehmbaren einheitlichen Gebäudekubatur wird an dieser Stelle ein höheres Gewicht beigemessen als der alleinigen, rechnerischen Gleichbehandlung aller Grundstücke.</p> <p>zu 2. Diese Festsetzung gilt für eine Neubebauung des Grundstücks. Sie wurde getroffen, um die Bereiche der nicht überbaubaren Flächen nicht in einer Weise zu versiegeln, die den Planungszielen am Wallring zuwiderläuft. Die vorhandenen Stellplätze auf dem Grundstück Campestraße 7 haben Bestandsschutz.</p> <p>zu 3. Die festgesetzten Baugrenzen dürfen nur auf den straßenabgewandten Seiten von bis zu 3 m tiefen Gebäudevorsprüngen überschritten werden. Darüber hinaus sind Gebäudevorsprünge klar definiert und ihre Lage bezogen auf die jeweilige Fassadenseite ist festgelegt. Sie sind jeweils mittig anzuordnen. Dies entspricht in weiten Teilen dem historischen Gebäudebestand.</p> <p>Die Überschreitungsmöglichkeiten der festgesetzten Baufenster mit untergeordneten Gebäudeteilen hingegen gelten für alle Gebäudeseiten. Sie sind auch zur Straßenseite hin möglich. Ihre Lage ist nicht festgelegt und insofern soll ihre Tiefe auf max.1 m begrenzt</p>
--	--

<p>4. <i>Mit dem festgesetzten Bauraum, insbesondere mit der festgesetzten Tiefe, besteht kein Einverständnis, dass ein erheblicher Teil der Bestandsbebauung außerhalb des geplanten Bauraumes liegt. Auch diese Festsetzung ist nicht erforderlich vor dem Hintergrund, dass eine Freihaltung der rückwärtigen Grundstücksbereiche in einem absehbaren Zeitraum nicht zu erreichen sein wird, auch und gerade vor dem Hintergrund, dass auch die benachbarten Grundstücke in der Campestraße eine rückwärtige Bebauung außerhalb des geplanten Bauraumes aufweisen. Im Übrigen wird in anderen Teilbereichen des Bebauungsplanes eine tiefere Bebauung in rückwärtige Grundstücksbereiche zugelassen.</i></p> <p>5. <i>§ 22 BauNVO enthält keine Rechtsgrundlage für Festsetzung von Gebäudebreiten innerhalb von ausgewiesenen Bauräumen. Sofern eine Kommune Gebäudebreiten regeln will, ist dies nur über entsprechende beschränkende seitliche Baugrenzen zulässig. Im Übrigen schränkt auch die festgesetzte maximale Gebäudebreite</i></p>	<p>werden. Damit wird deutlich, dass dem straßenseitigen Erscheinungsbild der Bebauung ein engerer Rahmen gesetzt wird als der rückwärtigen Entwicklung, die i.d.R. weniger stark städtebaulich in Erscheinung tritt.</p> <p>zu 4. Auf die obigen Ausführungen wird verwiesen. Im Übrigen richtet sich die Erforderlichkeit städtebaulicher Festsetzungen nicht nach dem Zeitraum, in dem sich diese umsetzen lassen. Der vorliegende Bebauungsplan sichert den Charakter des Braunschweiger Wallrings und ist in vielen seiner Festsetzungen sehr langfristig angelegt.</p> <p>Die im überwiegenden Teil des Planungsgebiets festgesetzte maximale Gebäudetiefe von 17,50 m orientiert sich am historischen Gebäudebestand und an den Festsetzungen des derzeit noch rechtskräftigen Bebauungsplans IN 1. Auch wenn der IN 1 diese Festsetzung nicht immer konsequent umgesetzt hat und wie auch im vorliegenden Fall davon abweicht, wurde der Wert übernommen. Der Großteil der in der Campestraße gelegenen Gebäude hat Gebäudetiefen von ca. 12 m und entspricht somit dieser Festsetzung. Eine rückwärtige Wohnbebauung ist im ganz überwiegenden Teil der Campestraße nicht vorhanden. Nebengebäude, wie in allen rückwärtigen Bereichen typisch, sind auch künftig zulässig.</p> <p>Nur in zusammenhängenden baulichen Abschnitten, die von der sonst üblicherweise festgesetzten Bautiefe abweichen, werden größere Werte festgesetzt. Es handelt sich in der Regel um Bereiche, die durch eine homogene, gründerzeitlich oft sehr repräsentative Bebauung geprägt sind, z.B. in der Moltkestraße oder in der Leonhardstraße. Darüber hinaus handelt es sich um die von gewerblichen Nutzungen geprägten und derzeit als Kerngebiet festgesetzten Bereiche in der Obergstraße, in denen orientierend am Bestand ebenfalls größere Bautiefen festgesetzt werden.</p> <p>zu 5. Der § 22 BauNVO bildet die Rechtsgrundlage zur Bauweise. Das wesentliche Merkmal der Bauweise ist der seitliche Grenzabstand der Gebäude. Die Bauweise ist demnach die Art und Weise, in der die Gebäude in Bezug auf die seitlichen Nachbargrenzen auf den Baugrundstücken angeordnet werden. Insofern können im Sinne des § 22 BauNVO</p>
--	---

<p><i>von 18 m das Eigentum unserer Mandantschaft unverhältnismäßig ein.</i></p>	<p>auch maximale Gebäudebreiten für die Hauptgebäude festgesetzt werden, wenn sie der Gestaltung des Orts- und Straßenbildes dienen. Eine - wie vorgeschlagene - Regelung über Baugrenzen soll nicht verfolgt werden, da dann die genaue Lage der Gebäude festgesetzt - und dies die Baufreiheit zu stark einschränken würde.</p> <p>In der Campestraße wird, ausgehend von der Bestandssituation, eine offene Bauweise festgesetzt. Zulässig sind Einzel- und oder Doppelhäuser. Einzelhäuser dürfen eine Gebäudebreite von 18 m nicht überschreiten. Es sollen aber auch Doppelhäuser zulässig sein, die eine Gesamtbreite von maximal 28 m haben dürfen. Es wird nicht bestritten, dass das Grundstück ggf. auch weitere Bebauungsformen zulassen würde. Das angestrebte städtebauliche Erscheinungsbild rechtfertigt allerdings eine Einschränkung, bei der nicht alle realisierbaren Bauformen auf dem Grundstück zugelassen werden.</p> <p>Mit den Festsetzungen wird garantiert, dass sich Neubauten in die vorhandene bauliche Umgebung einfügen. Es werden sowohl zu große – als auch zu kleine Baukörper verhindert. Mit der Mindestbreite soll eine Straßenraumkante städtebaulich gesichert werden. Mit der maximalen Breite soll der durchgrünte Charakter des Wallrings erlebbar bleiben – in dem Fall soll der Durchblick zum denkmalgeschützten Bereich Rimpaus Garten auch von der Straße aus möglich sein.</p>
<p>6. <i>Mit der Beschränkung der Bauweise auf Einzel- bzw. Doppelhäuser besteht kein Einverständnis. Die Grundstücksgröße des Grundstückes unserer Mandantschaft als auch der ausgewiesene straßennahe Bauraum ermöglichen die Bebauung mit einer Hausgruppe, wie sie bereits vorhanden ist.</i></p>	<p>zu 6. Auf die Ausführungen zu Pkt. 2 auf Seite 39 und zu 1. Auf Seite 40 wird verwiesen.</p>
<p>7. <i>Mit der Beschränkung der festgesetzten Trauf- bzw. Firsthöhen in Ziff. III.2 besteht kein Einverständnis, da die Bestandsgebäude teilweise höher sind und diese Festsetzung eine Einschränkung des bestehenden Bau-rechtes zur Folge hat. Gleiches gilt für die Beschränkung auf drei Vollgeschosse. Ein Teil des Gebäudebestandes bereits derzeit vier Vollgeschosse auf.</i></p>	<p>zu 7. Der Umstand, dass bereits derzeit höhere Gebäude vorhanden sind, ist nicht gleichzusetzen mit der Aussage, dass das bestehende Planungsrecht dies auch tatsächlich zulässt. Das derzeitige Planungsrecht ist im Wesentlichen durch die Bestimmungen des § 34 BauGB (im Zusammenhang bebaute Ortsteile) geprägt, da der Bebauungsplan IN 1 hierzu keine Festsetzungen trifft. Die Höhenfestsetzungen orientieren sich am Gebäudebestand und an dem Planungsziel, dass sich</p>

<p>8. <i>Die Überschreitungsregel in Ziff. III.3.1 lässt mit ihrer Beschränkung auf 1m die Erstellung von Aufzugsüberfahrten u. ä. nicht zu, welche jedoch zur Schaffung von barrierefreien Wohnungen oder Gewerbeflächen erforderlich wären.</i></p> <p>9. <i>Der Bebauungsplan lässt lediglich geneigte Dächer zu. Die Bebauung auf dem Grundstück unserer Mandantschaft weist teilweise Flachdächer auf, weshalb kein Einverständnis mit dieser Regelung besteht.</i></p> <p>3. <u>Stellplätze und Garagen</u></p> <p><i>Die Systematik und die Nutzbarkeit der festgesetzten, nicht überbaubaren Grundstücksflächen erschließt sich- auch und gerade im Zusammenhang mit der Frage, in welchen Bereichen Stellplätze zulässig sind - nicht.</i></p> <p><i>Der Bebauungsplan setzt- nicht nur für das Grundstück unserer Mandantschaft – im Anschluss an die hintere Baugrenze eine hellgrüne Fläche fest. Laut Planlegende handelt es sich hierbei um die „nicht überbaubare Grundstücksfläche, entsprechend textlicher Festsetzungen“.</i></p>	<p>Neubauten in den historischen, den Wallring prägenden Gebäudebestand einfügen sollen. Der überwiegende Teil der straßenbegleitenden Gebäude in der Campestraße weist derzeit drei Vollgeschosse auf. Insofern stellen die getroffenen Höhenfestsetzungen keinen Widerspruch zum Bestand dar. Die Festsetzung einer Bebauung mit vier Vollgeschossen, wie in einem Teilbereich derzeit auf dem Grundstück Campestraße 7 vorhanden, hätte eine optisch fünfgeschossige Bebauung zur Folge, die dem Planungsziel widersprechen würde.</p> <p>Die getroffenen Höhenfestsetzungen gelten erst für Um- oder Neubauten. Der Bebauungsplan eröffnet unter Pkt. A III. 3.2 der Textlichen Festsetzung darüber hinaus die Möglichkeit, dass beim Ausbau bestehender Dächer die maximal zulässige Geschossigkeit überschritten werden darf.</p> <p>zu 8. Die in der angesprochenen Überschreitungsregel unter Pkt. A III. 3.1 der Textlichen Festsetzung aufgeführten technischen Anlagen, die die festgesetzten Gebäudehöhen ausnahmsweise um maximal 1 m überschreiten dürfen, sind Beispiele. Für Aufzugsüberfahrten kann diese Festsetzung ebenfalls gelten, wenn die Größe des Aufzugs dem Ziel der sonstigen Höhenfestsetzungen nicht entgegensteht. Der Ausbau auch für eine barrierefreie Nutzung wird hierdurch nicht grundsätzlich verhindert.</p> <p>zu 9. Auf die Stellungnahmen zur Stellungnahme Nr. 28 (Pkt.3) wird verwiesen.</p> <p><u>zu 3.</u></p> <p>Die bestehenden Stellplätze auf dem Grundstück des Einwenders haben Bestandschutz. Im Falle neuer Stellplätze und Garagen greifen die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen.</p> <p>Es ist richtig, dass es sich bei den in der Planzeichnung hellgrün dargestellten Flächen um nicht überbaubare Flächen handelt. In diesen Bereichen sind zwar Stellplätze und Nebenanlagen zulässig, aber nur unter bestimmten Rahmenbedingungen. Dazu zählt, dass auf Stellplatzanlagen mit mindes-</p>
---	---

Gem. Ziff. II.Nr.2.1 sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen Nebenanlagen, nicht überdachte Stellplätze etc. zulässig. Gem. Ziff. VI Nr.3.1 sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen jedoch zu begrünen, und zwar pro angefangene 150 m² Fläche mit mindestens einem Baum und fünf Sträuchern. Gem. Ziff. IV Nr. 1.2 sind wiederum Stellplätze innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen unzulässig.

Unklar ist vor diesem Hintergrund, ob die Verpflichtung zur Begrünung in Ziff. VI Nr. 3.1 dazu führt, dass diese zu begrünenden Flächen dann ebenfalls unter die teilweise allgemein und nicht näher konkretisiert verwendete Bezeichnung private Grünfläche fallen, zumal der Bebauungsplan ansonsten zwischen „privater Grünfläche Garten“ und „privater Grünfläche Vorgarten“ trennt. Sollte dies der Fall sein, schließt dies jedoch die Zulässigkeit von Stellplätzen und Nebenanlagen in diesem Bereich aus. Diese Regelungen sind dann widersprüchlich.

Hinzu kommt, dass die umfassenden Pflanzgebote für die nicht überbaubaren Grundstücksflächen in Verbindung mit den ergänzenden Pflanzgeboten für Parkplatzflächen kaum noch verbleibenden Freiraum/ Freiflächen für die Schaffung von Stellplätzen und Nebenanlagen belässt.

Die für das Grundstück unserer Mandatschaft benötigten Stellplätze können im Hinblick auf diese Einschränkungen nicht mehr untergebracht werden.

4. Festsetzung privater Grünflächen und Grünordnung

Mit den umfassenden Festsetzungen zur Begrünung, Bepflanzung und Erhaltungsmaßnahmen besteht insgesamt kein Einverständnis.

Neben der Verpflichtung zur Schaffung von Vorgartenbereichen – hier ist die Systematik im Bebauungsplan insoweit nicht erkennbar, weshalb diese begrünten Vorgärten auf einzelnen Grundstücken geschaffen werden müssen, auf anderen hingegen nicht-, verpflichtet der Bebauungsplan zur Begrünung und zur Pflanzung von Bäumen sowohl auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen,

tens vier Stellplätzen gem. Pkt. VI. 3.4 der Textlichen Festsetzungen Bäume zu pflanzen sind. Hierbei handelt es sich um eine Grünfestsetzung, die auch in anderen vergleichbaren Situationen im Stadtgebiet zur Anwendung kommt. Darüber hinaus ist es richtig, dass auch die nicht überbaubaren Grundstücksflächen zu begrünen sind (Pkt. VI. 3.1 der Textlichen Festsetzungen). Dies stellt keinen Widerspruch dar, da die zulässigen baulichen Anlagen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nicht auf der gesamten Fläche zulässig sind. Hierzu wird vergleichend auf die Textliche Festsetzung Pkt. II 1.2 verwiesen, wonach die zulässigen Grundflächen durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen nur bis zu 40 vom Hundert überschritten werden dürfen.

Aufgrund der getroffenen Grünfestsetzungen handelt es sich bei den hellgrün dargestellten Flächen nicht automatisch auch um private Grünflächen. Private Grünflächen sind in der Planzeichnung eindeutig mit einer dunkelgrünen Farbe gekennzeichnet. In den Textlichen Festsetzungen wird eindeutig auf sie Bezug genommen.

Es wird nicht verkannt, dass mit den getroffenen Festsetzungen bei der Neuanlage von Einstellplätzen Einschränkungen entstehen können. Vor dem Hintergrund der hohen städtebaulichen Bedeutung, die dem Wallringbereich für die Gesamtstadt beigemessen wird, und dem Umstand, dass auch die Unterbringung des ruhenden Verkehrs in erheblichem Maß das städtebauliche Erscheinungsbild prägt, erscheint eine solche Reglementierung jedoch gerechtfertigt.

zu 4.

Die grünordnerischen Festsetzungen, insbesondere die Anlage der privaten Grünfläche, gelten für das Grundstück Campestraße 7 ebenfalls erst mit einer Neubebauung. Auf die eingangs gemachten Ausführungen wird verwiesen.

Die grünordnerischen Festsetzungen wurden aus dem Gesamtkonzept entwickelt. Sie sind Voraussetzung dafür, dass der Braunschweiger Wallring als ein sich um die Innenstadt ziehender „grüner Ring“ erhalten und weiterentwickelt werden kann.

Der Schutz der Gartenbereiche durch die

im Bereich der Grünflächen mit der Zweckbestimmung Garten, auf den Stellplatzflächen als auch innerhalb der noch festgesetzten Flächen für die Anpflanzung und den Erhalt von Bäumen.

Im Ergebnis trifft unsere Mandantschaft umfassende Begrünungs- und Bepflanzungspflichten für alle Flächen, welche außerhalb des eigentlichen, lediglich eingeschränkten Bauraumes liegen. Diese Begrünungspflichten führen nicht nur zu einem nicht zunehmenden Entzug von Baurechten, sondern sind im Hinblick darauf, dass der sich nördlich und westlich anschließende Bereich bereits umfassend begrünt und mit einer Vielzahl an Bäumen bestanden ist, auch städtebaulich nicht erforderlich. Insoweit handelt es sich bei diesen Flächen um die größte zusammenhängende, mit Großbäumen bepflanzte Fläche im gesamten Planbereich, so dass das Erfordernis einer weiteren Ausweitung auf bisher baulich und sonstig genutzte Flächen nicht nachvollziehbar ist, und im Hinblick auf den hiermit verbundenen Eigentumseingriff auch unverhältnismäßig ist. Mit der Vielzahl an Pflanzgeboten besteht daher kein Einverständnis.

5. Örtliche Bauvorschriften

Mit der Vielzahl an örtlichen Bauvorschriften, die bis ins Detail gehend die bauliche Gestaltung regeln, besteht kein Einverständnis. Sie sind zudem unzulässig.

In der Rechtsprechung ist anerkannt, dass Gestaltungsziele, die gleichermaßen für alle Ortsteile verfolgt werden können, nicht zulässig sind. Erforderlich sind vielmehr spezielle gebietsspezifische gestalterische Absichten, die zudem auch umsetzbar sind.

Zudem führen örtliche Bauvorschriften mit einer Vielzahl von Detailvorgaben hinsichtlich Baumaterialien und Baugestaltung zu einem nicht mehr zulässigen Eingriff in grundgesetzlich geschützte Eigentumsbelange mit der Folge der Unzulässigkeit.

Festsetzung privater Grünflächen, der am historischen Bestand orientierte Zuschnitt der überbaubaren Flächen, der Erhalt und Schutz des prägenden Großgrüns sowie die Sicherung begrünter Vorgartenzonen in ausgewählten Straßenzügen bilden die Voraussetzungen für den Schutz der derzeitigen Grün- und Freiraumausprägungen. Die Festsetzung von privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Vorgarten“ beschränkt sich dabei auf die Bereiche, wo Vorgärten auch im derzeitigen Bestand prägend sind. Dies ist für das Grundstück des Einwenders der Fall. Auch im rechtskräftigen Bebauungsplan IN 1 ist ein Vorgarten für das Grundstück festgesetzt.

Bei den grünordnerischen Festsetzungen für die Privatgrundstücke spielt es keine Rolle, ob sich das jeweilige Grundstück in der Nachbarschaft bereits großer bestehender Grünflächen befindet. Die in diesem Fall bestehende Nachbarschaft zum denkmalgeschützten Garten der ehemaligen Villa Rimpau macht grünordnerische Festsetzungen in diesem Bereich nicht überflüssig. Sie haben als Übergang zu dem geschützten Grünbereich vielmehr ihre Berechtigung. Im Gegenteil widerspräche ein Verzicht dem von der Einwenderin an anderer Stelle vorgebrachten Prinzip der Gleichberechtigung.

zu 5.

Um der historischen Bedeutung des Wallringbereichs für die gesamte Stadt Braunschweig und der in vielen Teilen noch wahrnehmbaren Bebauung aus der früheren Zeit gerecht zu werden, sollen sich neu hinzutretende Gebäude in einen Rahmen von gestalterischen Anforderungen einfügen. So kann sichergestellt werden, dass sich unter Wahrung der historischen Bezüge eine an heutigen Erfordernissen ausgerichtete Bebauung entwickeln kann. Leitgedanke der Gestaltungsvorschriften ist dabei, die typischen historischen Elemente des gesamten Wallrings in seiner Erscheinung für den öffentlichen Raum und in der Ausprägung seiner stilbildenden Bauten für alle Teilbereiche aufzugreifen bzw. fortzuentwickeln und ein einheitliches, an historischen Vorbildern orientiertes Erscheinungsbild zu sichern.

Damit grenzt sich der Wallringbereich in deutlicher Art von der übrigen Bebauung in der Stadt Braunschweig ab und rechtfertigt

	<p>damit den Erlass von örtlichen Bauvorschriften.</p> <p>Wenn es auch am Wallring in Bezug auf die Entstehungszeit und die Gebäudenutzungen Unterschiede gibt, so eint den Wallring doch die über alle Abschnitte bestehende villenartige, repräsentative Bebauung. Diese zu erhalten und fortzuführen ist Ziel der Örtlichen Bauvorschriften (ÖBV). Insofern umfasst die Größe ihres Geltungsbereiches den gesamten Wallring.</p> <p>Die Vorgaben der ÖBV lassen sich im überwiegenden Teil des Wallring-Gebietes anwenden. So prägen beispielsweise stehende Fensterformate oder symmetrische Dächer das gesamte Wallring-Gebiet über alle bauhistorisch verschiedenen Abschnitte hinweg. Wenn man Bezug auf die unterschiedlichen Baustile hätte nehmen wollen, müssten die Vorgaben noch wesentlich detaillierter ausgearbeitet werden. Darauf wurde bewusst verzichtet und eher auf die vom Gesetzgeber eingeräumten Ausnahmemöglichkeiten verwiesen, um die Vorschriften flexibel zu halten. Der Vorwurf, dass die ÖBV zu detailliert ist, ist daher unzutreffend. Vorgaben zu Dach- und Fensterformen bis hin zu Vorgaben zu bestimmten Materialien werden auch in Neubaugebieten vorgenommen und haben daher in diesem Bereich erst recht ihre Berechtigung.</p> <p>Grundlage der ÖBV ist der § 84 Abs. 3 NBauO, wonach die Gemeinden für bestimmte Teile des Gemeindegebietes Bauvorschriften erlassen können, um besondere Anforderungen an die Gestaltung von Gebäuden sicherzustellen. Eine vom der Einwender formulierte Unzulässigkeit ist nicht erkennbar.</p> <p>Die Festsetzungen der ÖBV stehen einer baulichen Umsetzung nicht entgegen, greifen im vorliegenden Fall aber ebenfalls erst bei einer Neubebauung oder bei Umbauten. Eine unzumutbare Beeinträchtigung des Einwenders durch die Vorgaben der ÖBV ist nicht erkennbar. Trotz des durch die ÖBV gesetzten Rahmens verbleibt für Bauherren ein ausreichender Spielraum für die Gestaltung von Neu- und Umbauten.</p>
--	---

<p>Nur beispielhaft wird auf folgendes verwiesen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <i>Der Verfolgung gebietsspezifischer gestalterischer Absichten steht bereits entgegen, dass einzelne Plangebiete aus der Regelung herausgenommen wurden, für alle übrigen Plangebiete die Regelungen jedoch gleichermaßen gelten, ohne im Einzelnen zu prüfen, ob die gestalterischen Ziele in dem einzelnen Gebiet im Hinblick auf die nahezu vollständige Bestandsbebauung im Plangebiet noch umsetzbar sind.</i> 2. <i>Mit der Nichtzulassung von glänzenden Materialien mit Ausnahme von Glas in Ziff. III. 1 sind beispielsweise Schornsteine aus Edelmetall entlang der Fassaden, entsprechende Dachentwässerungen, Solaranlagen im Bereich der Fassaden u. ä. unzulässig. Der Grund hierfür erschließt sich nicht.</i> 3. <i>Unbestimmt ist, was unter Imitatmaterialien in Ziff. III.3 zu verstehen ist.</i> 	<p>Zu den genannten Punkten wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>zu 1. Dass bei einem so großen Geltungsbereich für einige Bereiche die ÖBV nicht gelten soll, ist nicht ungewöhnlich und führt in der Konsequenz nicht zu ihrer Unzulässigkeit. Diese vorgenommene Gliederung innerhalb der ÖBV sichert vielmehr in ihrer Gesamtbetrachtung das Erscheinungsbild, ohne gleichzeitig in Teilbereichen unrealisierbar zu sein. Darüber hinaus ermöglicht der Gesetzgeber in § 66 NBauO Abweichungen von der ÖBV und reagiert damit ebenfalls auf die Umsetzbarkeit gestalterischer Festsetzungen in Abhängigkeit vom jeweiligen konkreten Einzelfall.</p> <p>Für das Grundstück Campestraße 7 besteht aufgrund seiner Lage und aufgrund der auf dem Grundstück selbst und in der Umgebung bestehenden historischen Bebauung kein Anlass, das Grundstück von den Vorschriften der ÖBV auszunehmen.</p> <p>zu 2. Sämtliche Fassaden am Wallring werden durch helle Putze, die in den gründerzeitlich geprägten Bereichen auch mit Klinkern unterbrochen werden, geprägt. Die Vorgaben der ÖBV stellen den Bezug zur historischen Bebauung her. In der sensiblen und stadthistorisch bedeutsamen Lage entlang des Wallrings würde die uneingeschränkte Möglichkeit zur Fassadengestaltung zu Fehlentwicklungen führen.</p> <p>Die Vorschrift regelt ausschließlich die Materialien der Außenwände. Die in diesem Zusammenhang aufgeführten Dachentwässerungen sind Bestandteil jeden Gebäudes, aber von dieser Vorschrift nicht erfasst. Schornsteine aus Edelmetall sind abhängig von ihrem Anbringungsort nicht völlig ausgeschlossen, wenn dadurch die Ziele der Satzung nicht gefährdet sind.</p> <p>zu 3. Der Begriff ist in der Architektur oder dem Denkmalschutz allgemein geläufig und bedarf in der ÖBV keiner gesonderten Definition. Eine Imitation ist eine Nachahmung, die sich hier auf Baumaterialien, wie Schiefer, Klinker oder dergleichen bezieht.</p> <p>Imitatmaterialien sind nicht zulässig, da in der Regel die bestehenden Unterschiede in</p>
--	--

<p>4. <i>Die zwingende Verpflichtung zur Verwendung von mindestens vier konkret benannten Gestaltungselementen bei Fassaden greift zu weit in die Eigentumsfreiheit ein und belässt keinerlei Gestaltungsfreiheit bei den Fassaden mehr.</i></p> <p>5. <i>Nicht nachvollziehbar ist, dass der Bebauungsplan zwar Dachneigungen bis 40 Grad zulässt, die Dachflächenfenster jedoch ab einer Dachneigung von 30 Grad unzulässig werden.</i></p> <p>6. <i>Die Beschränkung auf symmetrische Dächer ist im Hinblick auf die bereits vorhandenen, teilweise unsymmetrischen Dächer nicht nachvollziehbar. Gleiches gilt für die Beschränkung der Dacheindeckungen auf nicht engobierte, naturrote Tonziegel bzw. Blecheindeckungen. Die bereits nahezu durchgängig vorhanden, in er-</i></p>	<p>Qualität und Verarbeitung gegenüber dem Originalmaterial negativ auffallen. Die hohe Bedeutung, die dem Wallring zukommt, rechtfertigt auch die zu erwartenden höheren Kosten für die Verwendung von echten Materialien.</p> <p>zu 4. Um den repräsentativen Charakter der historischen Bebauung am Wallring fortzuführen, soll eine Anzahl von verschiedenen Stilelementen auch bei Neubauten zur Anwendung kommen. In unterschiedlicher Kombination von insgesamt sieben stilbildenden Elementen müssen neue Gebäude mindestens vier Elemente nachweisen. Auch diese Festsetzung lässt sich mit der hohen Bedeutung des Wallrings für die Gesamtstadt begründen. Bei einem engen Gestaltungsrahmen verbleibt durch die Regelung gerade ein ausreichender Spielraum für den einzelnen Bauherrn, ohne die Grundkonzeption in Frage zu stellen. Die unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten sichern zugleich eine Vielfalt in der Bebauung. Da keine Vorschriften gemacht werden, wie diese Gestaltungselemente auszuformen sind und darüber hinaus nur vier von insgesamt sieben Elementen zu wählen sind, liegt kein unzulässiger Eingriff in die Eigentumsfreiheit vor.</p> <p>zu 5. In der Kombination der beiden genannten Regelungen besteht kein Widerspruch. Dachflächenfenster sind sowohl für die klassizistische, als auch die gründerzeitlich geprägte Bebauung untypisch. Im Sinne einer Orientierung an der historischen Bebauung werden sie daher zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen hin eingeschränkt. Ab einer Dachneigung von 30° werden sie innerhalb der Dachfläche wahrnehmbar und damit gestalterisch wirksam. Aus diesem Grund sollen sie ab einer Dachneigung von 30° zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ausgeschlossen werden. Diese Vorgabe gilt nicht für die rückwärtigen Gebäudeseiten.</p> <p>zu 6. Es wird nicht verkannt, dass es am Wallring auch Gebäude mit unsymmetrischen Dächern gibt. Der ganz überwiegende Teil der historischen Bebauung aber weist symmetrische Dächer auf. Da die ÖBV nicht einzelne Besonderheiten berücksichtigt, sondern im Hinblick auf die Dachform und die Materialität ein weitestgehend homogenes Bild verfolgt,</p>
---	---

<p><i>heblichem Umfang auch denkmalgeschützte Bebauung weist eine Vielzahl von Dachfarben und Materialien auf, so dass diese Einschränkung im Hinblick darauf, dass das Gestaltungsziel einer einheitlichen Dachlandschaft nicht mehr zu erreichen ist, unverhältnismäßig ist.</i></p>	<p>sind die Vorgaben der ÖBV der Bedeutung des Wallrings angemessen und nicht wie vom Einwender behauptet unverhältnismäßig.</p> <p>In Bezug auf die Dachmaterialien sind neben naturroten Tonziegeln und Blecheindeckungen ausnahmsweise auch Schiefer oder Tonziegel in grauen Farbtönen zulässig, wenn bezogen auf den jeweiligen Straßenabschnitt (beide Straßenseiten) graue Dach-eindeckungsmaterialien überwiegen und denkmalschützende Auflagen nicht entgegenstehen. Darüber hinaus sind in Abhängigkeit von der Gebäudehöhe auch für diese Festsetzungen grundsätzlich Abweichungen im Sinne des § 66 NBauO möglich. Eine Unverhältnismäßigkeit ist daher nicht erkennbar.</p>
<p>7. <i>Gleiches gilt für den Ausschluss von Hauseingängen zu öffentlichen Verkehrsflächen (Ziff. VII). Ein Grund hierfür ist nicht ansatzweise ersichtlich. Zudem weist nicht nur die Bestandsbebauung auf dem Grundstück unserer Mandantschaft solche Hauseingänge bereits auf.</i></p>	<p>zu 7.</p> <p>Es wird nicht verkannt, dass das Bestandsgebäude derzeit von der Festsetzung abweicht. Die vorhandene Situation genießt insofern Bestandsschutz. Die Festsetzung zur Lage der Hauseingänge entspricht den örtlichen Gegebenheiten und prägt nicht nur den Wallring sondern auch die historische Bebauung in weiten Teilen der Stadt.</p> <p>Auch diese Festsetzung greift erst bei Um- und Neubauten. Auf die möglichen Abweichungen wird verwiesen.</p>
<p>8. <i>Mit der Beschränkung der Einfriedungen auf transparente Metallkonstruktionen bzw. Hecken aus Laubgehölzen besteht kein Einverständnis. Das Erfordernis von Steinsockeln bei Einfriedungen erschließt sich nicht, erst recht nicht die Umsetzbarkeit derselben bei Einfriedungen mit Laubgehölzen (Ziff. IX).</i></p>	<p>zu 8.</p> <p>Der zur repräsentativen Architektur der Gebäude korrespondierende senkrechte Metallzaun mit einem Steinsockel ist am Wallring vorherrschend. Mitunter sind auch Hecken mit einem Steinsockel als Einfriedung vorzufinden. Diese innerhalb des Gebietes vorherrschende Bauart wird entsprechend festgesetzt, da sie auch zukünftig den Übergang vom Straßenraum zum privaten Grundstück bestimmen soll. Mit den Festsetzungen kann verhindert werden, dass der Straßenraum durch hohe und blickdichte Einfriedungen, wie z. B. Mauern eingeengt wird.</p> <p>In der Campestraße 7 ist der Steinsockel einer vermutlich dort ehemals vorhandenen Einfriedung noch vorhanden.</p>
<p>9. <i>Die Beschränkung der selbstleuchtenden Werbeanlagen auf Mischgebiete ist unverhältnismäßig und verstößt gegen Gleichbehandlungsgrundsätze. Nachdem die bestehen-</i></p>	<p>zu 9.</p> <p>Aufgrund der unterschiedlichen Nutzungen in Wohn- und Mischgebieten und der daraus resultierenden Schutzbedürftigkeit haben die Gebiete auch unterschiedliche Anforderun-</p>

<p><i>de gewerbliche Nutzung auf dem Grundstück unserer Mandantschaft erhalten bleiben soll, müssen hier in vergleichbarer Anlage und Umfang werbeanlagen zulässig sein wie in Mischgebieten.</i></p> <p>4. <u>Formelle Fehler</u></p> <p><i>Die öffentliche Bekanntmachung ist formell fehlerhaft.</i></p> <p><i>Dieser ist der Einsichtnahmeort nicht mit der erforderlichen Bestimmtheit zu entnehmen. Verwiesen wird in der Bekanntmachung lediglich darauf, dass während der Auslegung Einwendungen zur Niederschrift im Referat Bauordnung- Beratungsstelle Planen, Bauen, Umwelt- erklärt werden können. Der Bekanntmachung ist jedoch nicht zu entnehmen, an welcher Stelle die Planunterlagen eingesehen werden können. Der Einsichtsort ist in der Bekanntmachung jedoch zwingend anzugeben und als solcher zu bezeichnen. Hieran fehlt es.</i></p>	<p>gen an die Werbeanlagen. Im Hinblick auf den Charakter der am Wallring bestehenden Wohngebiete werden die Werbemöglichkeiten dort eingeschränkt. Dies entspricht nicht nur den am Wallring verfolgten Planungszielen sondern auch der noch gültigen Wallring-satzung, wonach die Verwendung von Licht-reklame in den Wohnstraßen am Wallring unzulässig ist.</p> <p>In der Campestraße 7 sind aufgrund der dort vorhandenen gewerblichen Einrichtungen abweichend von den Festsetzungen innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete, Sammel-tafeln bis zu einer Größe von 3 m² zulässig.</p> <p>Die Zulassung von Leuchtreklame allerdings würde den Planungszielen am Wallring zu-widerlaufen, da diese dazu geeignet sind, die Wohnruhe zu stören. Solche Werbeanlagen werden daher auf die Mischgebiete be-schränkt.</p> <p>Es erscheint auch für die bestehenden ge-werblichen Nutzungen ausreichend, durch nicht-leuchtende Anlagen auf sich aufmerk-sam zu machen, zumal sich die bestehende Situation ohnehin deutlich von der unmittel-baren Nachbarschaft mit ihrer bereits heute erkennbaren Wohndominanz abhebt.</p> <p><u>zu 4.</u></p> <p>Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung des vorliegenden Bebauungsplanes ist am 04. Mai 2015 öffentlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung wurde der Einsichtnahmeort ausreichend genau ange-gaben. In der Bekanntmachung hieß es da-zu:</p> <p>„Der Entwurf zum Bebauungsplan kann im Aushang des Fachbereiches Stadtplanung und Umweltschutz, Langer Hof 8 - Eingangs-bereich werktags außer sonnabends, von 8:00 bis 18:00 Uhr eingesehen werden. Er ist während der o.a. Zeiten auch auf der Inter-netseite des Fachbereiches Stadtplanung und Umweltschutz unter www.braunschweig.de/ ausgelegte bauleit-plaene verfügbar.“</p> <p>Damit ist der Einsichtnahmeort eindeutig be-nannt, so dass formelle Fehler bei der öffent-lichen Bekanntmachung nicht erkennbar sind.</p>
--	--

<p><u>Zusammenfassung</u></p> <p><i>Im Ergebnis wurde das Interesse unserer Mandantschaft am Fortbestand ihres anerkannten Baurechts zu Unrecht gegenüber den Interessen der Stadt zurückgestellt und dadurch gegen das Gebot des § 1 Abs. 7 BauGB verstoßen, die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.</i></p>	<p><u>zur Zusammenfassung</u></p> <p>Dem Einwender wird mit der eingangs erwähnten Festsetzung nach § 1 Abs. 10 BauNVO ein erweiterter Bestandsschutz eingeräumt. Damit wird gezielt auf die bestehende Situation des Grundstücks eingegangen. Sämtliche getroffenen Festsetzungen, die sich mit der hohen städtebaulichen und stadthistorischen Bedeutung des Wallrings für die Gesamtstadt begründen lassen, greifen erst im Falle von Um- und Neubauten. Ein Verstoß gegen das Abwägungsgebot des § 1 Abs. 7 BauGB ist nicht erkennbar.</p>
--	--

	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stellungnahme Nr. 36 Schreiben vom 11.06.2015</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>Der vorliegende Entwurf enthält auf der Karte Blatt 4 im Bereich Peter Joseph Krahe-Straße/ Hennebergstraße die gleiche Straßenführung wie der heute noch geltende Plan von 1988.</i></p> <p><i>Tatsächlich aber verbindet immer schon ein geteilter Weg, eine Art südlicher Seitenarm der Hennebergstraße (an dem auch das Haus Hennebergstraße 5 liegt), das Ende der Peter-Joseph-Krahe-Straße mit der Hennebergstraße, die zur Wolfenbütteler Straße führt. Dieser Weg ist der reguläre „Ausgang“ aus der Peter-Joseph-Krahe-Straße, die in ihrem hinteren Teil eine Einbahnstraße ist.</i></p> <p><i>Bei der vorgesehenen Neugestaltung der Peter-Joseph-Krahe-Straße muss meines Erachtens auf jeden Fall diese Verbindung über den „geteilten Parkweg“ zur Hennebergstraße/ Wolfenbütteler Straße erhalten bleiben.</i></p> <p><i>Auch für den Fall, dass die Einbahnstraßenregelung aufgehoben werden sollte, dient der zweite Ausgang aus der Peter-Joseph-Krahe-Straße der Minimierung des Gegenverkehrs und der Sicherheit insgesamt.</i></p>	<p>Im derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan WI 10 von 1980 ist der vom Einwender erwähnte und in der Örtlichkeit vorhandene Weg auf seiner gesamten Länge als öffentliche Grünfläche festgesetzt. Bei dem vorhandenen Weg handelt es sich nicht um eine öffentlich gewidmete Verkehrsfläche.</p> <p>Der vorliegende Bebauungsplan sichert den bestehenden Weg als wichtige Fuß- und Radwegeverbindung. Eine Nutzung für Kraftfahrzeuge hingegen soll aufgrund der Lage des Weges im Bürgerpark auch künftig ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sieht der vorliegende Bebauungsplan die Peter-Joseph-Krahe-Straße als Sackgasse mit einer Wendefläche am Beginn des Bürgerparks vor.</p> <p>Die geplante Wendemöglichkeit ist Voraussetzung für eine Sperrung des im Bürgerpark vorhandenen, befestigten Weges für den Autoverkehr und seine Nutzung als Fuß- und Radweg. Die Erschließung für das Gebäude Hennebergstraße 5 ist nach wie vor gesichert. Ein Sicherheitsdefizit besteht vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Breite der öffentlichen Verkehrsfläche von insgesamt 8 m für eine Einbahnstraßenregelung nicht.</p> <p>Einer weiteren baulichen Entwicklung im Bereich der angrenzenden Grundstücke wird mit der Festsetzung als Fuß- und Radweg vorgebeugt. Damit entspricht die Festsetzung den am Wallring verfolgten Planungszielen, wonach die vorhandenen Grünflächen zu schützen und vor weiteren Versiegelungen zu bewahren sind.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>

Stellungnahme Nr. 37 Schreiben vom 09.06.2015	Stellungnahme der Verwaltung
<p><i>Ich wende mich gegen die Änderung der Peter-Joseph-Krahe-Straße als Einbahnstraße mit Wendehammer und Wegfall der Bürgersteige. Dies bewirkt die Gefährdung der Bürger, Wegfall von Anliegerparkplätzen und Parkplätzen in großer Zahl. Durch die gleichzeitige Schließung der Hennebergstraße entlang des Bürgerparks sind das ca. 30 Parkplätze, die schon jetzt nicht reichen.</i></p>	<p>Auf die Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 36 wird verwiesen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der geplanten Einbahnstraßenregelung entfallen in der Peter-Joseph-Krahe-Straße nur einige wenige öffentliche Parkplätze. Die Bewohner der Peter-Joseph-Krahe-Straße haben darüber hinaus ausreichende Möglichkeiten auf den Wohngrundstücken zu parken.</p> <p>Richtig ist, dass die derzeit vorhandenen Parkplätze entlang des bestehenden Weges in der Verlängerung der Hennebergstraße entfallen. Der überwiegende Teil der in diesem Bereich parkenden Fahrzeuge wird von Auswärtigen bzw. von der Belegschaft der in der Nachbarschaft ansässigen Firmen genutzt. Den Anwohnern selbst entsteht mit der angestrebten Lösung kein Nachteil, zumal die Fahrzeuge der Anwohner zunächst grundsätzlich auf den Grundstücken unterzubringen sind.</p> <p>Der vom Einwender kritisierte Entfall der Bürgersteige ist nicht Regelungsgegenstand des Bebauungsplans. Er führt wie bereits in der Stellungnahme zur Stellungnahme Nr. 36 erwähnt, nicht zu einem Sicherheitsdefizit. Die Lage der Peter-Joseph-Krahe-Straße im Verhältnis zu den anderen Erschließungsstraßen, der geplante Ausbau als Sackgasse und die in dem Zusammenhang niedrigen Geschwindigkeiten rechtfertigen eine derartige Planung.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring-Ost

IN 235

Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 12. August 2014 bis zum 12. September 2014.

Stellungnahmen, die ausschließlich beinhalten, dass der Planung zugestimmt wird oder keine Bedenken bestehen, werden nicht wiedergegeben.

IHK Braunschweig Schreiben vom 20.08.2014	Stellungnahme der Verwaltung
<p><i>Entlang des Wallrings bestehen zahlreiche gewerbliche Nutzungen, die in der Regel nicht als störend wirken (...) Dem Wallring soll ein enges planerisches Korsett angelegt werden (...) Die vorhandenen Nutzungen werden dadurch stark reglementiert. Besonders augenfällig sind in diesem Zusammenhang die ausgesprochen eng abgegrenzten Baufelder, die den baulichen Bestand nur ansatzweise berücksichtigen. Zahlreiche Bestandsgebäude befinden sich ganz oder teilweise außerhalb der Baufelder bzw. innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen oder gar innerhalb der festgesetzten Grünflächen. All diese bauliche Nutzungen wären nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes praktisch unzulässig und könnten somit lediglich einen Bestandsschutz für sich beanspruchen. Da aber ein bloßer Bestandsschutz keine nennenswerten baulichen Entwicklungen mehr zulässt, stellt er eine nur unzureichende Grundlage für die dauerhafte Existenz der betroffenen Gebäude bzw. Nutzungen dar.</i></p> <p><i>(...) Aus diesem Grunde ist auch aus wirtschaftlicher Sicht mehr baulicher Entwicklungsspielraum zu fordern (...)</i></p> <p><i>Da die gesamte Planung stark auf das historische Vorbild ausgerichtet ist, werden diverse Flächenansprüche an den Wallring in unangemessenem Maße zurückgestellt (...)</i></p> <p><i>Angesichts der besonderen Standortgunst des Wallrings insbesondere für das Dienstleistungsgewerbe ist diese Unterordnung aus wirtschaftlicher Sicht zu bedauern. Für fragwürdig halten wir im diesem Zusammenhang</i></p>	<p>Den Charakter des Wallrings zu erhalten, ist aufgrund seiner besonderen städtebaulichen und stadthistorischen Bedeutung wesentliches Planungsziel. In dem Zusammenhang soll die bestehende Bebauung auf die straßenbegleitenden Abschnitte konzentriert und entsprechend in den rückwärtigen Bereichen planungsrechtlich eingeschränkt werden. Bereits im vom VA beschlossenen Gesamtkonzept wurde festgelegt, Hinterliegerbebauungen auszuschließen, um den Wallring vor weiteren baulichen Verdichtungen zu schützen und die vorhandenen Grünstrukturen zu erhalten. Insbesondere entlang der ehemaligen Promenaden sollen in Anlehnung an die vorhandene villenartige Bebauung in diesem Bereich einheitliche Gebäudekubaturen festgesetzt werden.</p> <p>Auch innerhalb des baulichen Bestandsschutzes ist die Nutzung der vorhandenen Gebäudesubstanz angemessen möglich. Erst mit grundlegenden Veränderungen über den Bestandsschutz hinaus greifen die getroffenen Festsetzungen. Einschränkungen, die dann im Einzelfall gegenüber den Eigentümern restriktiv wirken, tragen dann aber in jedem Fall zur Gesamtaufwertung des Plangebietes bei. Die Entwicklung bzw. Beibehaltung des für die Gesamtstadt bedeutenden Wallringbereiches wird an dieser Stelle höher gewichtet als die vollumfängliche Entwicklungsmöglichkeit für jeden einzelnen Grundstückseigentümer im Plangebiet.</p> <p>Ein weiteres Planungsziel ist, die Wohnnutzungen entlang der Promenaden zu stärken.</p>

auch, dass in den Allgemeinen Wohngebieten „sonstige nicht störende Gewerbebetriebe“ ausgeschlossen werden..., während „nicht störende Handwerksbetriebe“ allgemein oder ausnahmsweise zulässig sein sollen (...) Nach unserer Auffassung sollten nicht störend wirkende Nutzungen im Plangebiet -unabhängig davon, ob sie dem Handwerk oder dem sonstigen Gewerbe zuzurechnen sind- gleichermaßen allgemein bzw. ausnahmsweise zugelassen werden können.

(...) Dies gilt besonders angesichts der Tatsache, dass sich innerhalb des durch den Bebauungsplan „Wallring-Nord“ abgebildeten Teiles der Wallanlagen – etwa im Bereich Wendentorwall/ Fallersleber-Tor-Wall – besonders zahlreiche, zumeist nicht störende Gewerbebetriebe finden. Das Spektrum reicht dabei von Dienstleistungsbetrieben über IT- Unternehmen bis hin zu produzierenden Gewerbebetrieben wie der Filzfabrik Gustav Neumann GmbH (Fallersleber-Tor-Wall 7-9), die als alteingesessenes mittelständisches Unternehmen zu den führenden Anbietern in der filzherstellenden und –verarbeitenden Branche zählt (...)

Von unserer Seite können solch erhebliche Einschränkungen für die jeweiligen Unternehmen nicht mitgetragen werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist vielmehr zu fordern, dass den betroffenen Gewerbebetrieben durch geeignetere Planfestsetzungen angemessene Nutzungs- und Entwicklungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Dem entsprechend werden überwiegend Allgemeine Wohngebiete festgesetzt. Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, wie sie vom Gesetzgeber in Allgemeinen Wohngebieten nur ausnahmsweise zugelassen werden, sollen in den Allgemeinen Wohngebieten am Wallring ausgeschlossen werden. Dies entspricht der derzeit noch rechtskräftigen Wallringsatzung.

Nicht störende Handwerksbetriebe, die hingegen vom Gesetzgeber in einem Allgemeinen Wohngebiet zunächst als allgemein zulässig eingestuft werden, sollen in den Allgemeinen Wohngebieten innerhalb der Okerumflut nur ausnahmsweise zulässig sein. Es erfolgt also auch hier eine Beschränkung der Zulässigkeit. Lediglich in den Bereichen außerhalb der Okerumflut sollen sie allgemein zulässig sein. Dies entspricht der im Gesamtkonzept für den Wallring aufgeführten Öffnung des Nutzungsspektrums für diese Gebiete. Dieses Vorgehen fügt sich zum einen in die vom Gesetzgeber vorgegebene Nutzungsgliederung und zum anderen kann sich für derartige Nutzungen ein Bedarf aus dem Gebiet heraus entwickeln (z.B. Friseursalon).

Es wird nicht verkannt, dass mit den Festsetzungen das Spektrum möglicher Nutzungen sowie die tatsächliche bauliche Nutzungsmöglichkeit eingeschränkt werden. Vor dem Hintergrund der hohen städtebaulichen Bedeutung, die dem Wallringbereich für die Gesamtstadt beigemessen wird, erscheint eine solche Reglementierung jedoch gerechtfertigt. Ziel ist die perspektivische Rückführung des Wallringbereiches zu einer stärkeren Konzentration auf die Wohnnutzung und zu einer baulichen Dichte am historischen Bestand orientiert. Zur Umsetzung dieser Ziele sind die getroffenen Festsetzungen erforderlich.

Auf die bestehenden gewerblichen Einrichtungen wird insofern reagiert, als dass entlang der den Wallring kreuzenden Straßen Mischgebiete festgesetzt werden. In der Obergstraße wird orientierend am Bestand ebenfalls ein Mischgebiet festgesetzt. Die Verwaltungsgebäude der Bombardier-Werke liegen u.a. in diesem Bereich.

Für die gewerblichen Einrichtungen in den ehemaligen Voigtländer-Werken, Campestraße 7 wird über die sogenannte Fremdkörperfestsetzung nach § 1 Abs. 10 BauGB ein erweiterter Bestandsschutz gesichert. Da

	es sich um bestehende Nutzungen in einem stadthistorisch wichtigen Gebäude handelt, die sich in ihre Umgebung einfügen und den Nutzungscharakter der umgebenden Wohnbebauung nicht beeinträchtigen, sollen sie innerhalb des geplanten Allgemeinen Wohngebietes WA 2 auch künftig zulässig sein. Erst im Falle abgängiger Gebäude ist dort eine Wohnnutzung herzustellen.
	<u>Vorschlag der Verwaltung:</u> Den Anregungen wird nicht gefolgt.
TU Braunschweig Schreiben vom 12.09.2014	Stellungnahme der Verwaltung
<p>1. <i>Oberster nördlicher Bereich des Sondergebietes an der Humboldtstraße</i></p> <p><i>In diesem Bereich entsprechen die Abgrenzungen nicht ganz der Realität. (...) Die TU erwartet eine Korrektur des B-Plan-Entwurfes.</i></p> <p><i>Im Plan steht, dass das Staatliche Baumanagement dort ihren Sitz hat. Es ist seit Jahren aus dem Gebäude ausgezogen und hat ihren Sitz an der Martinikirche. Dieser Sachverhalt ist zu ändern.</i></p> <p><i>Zur besseren Verständlichkeit der zusammengehörigen B- Pläne IN 234 und IN 235 wird angeregt, im IN 235 die gleichen Bezeichnungen für die SO-Gebiete zu verwenden.</i></p> <p>2. <i>Bereich Botanischer Garten</i></p> <p><i>(...) Die Uferböschung im Bereich des geplanten Fußweges entlang der Oker befindet sich im Besitz des Landes Niedersachsen. (...) Der Zugang zur Uferböschung ist in diesem Bereich von der Humboldtstraße aus gesehen, durch ein Tor verschlossen, damit Unbefugte nicht über diesen Weg in den Botanischen Garten außerhalb der Öffnungszeiten gelangen. (...)</i></p> <p><i>Fazit:</i></p>	<p>zu 1.</p> <p>Ziel aller Wallring-Pläne ist es, die vorhandenen Grünflächen – insbesondere die an die Oker grenzenden Grünflächen - planungsrechtlich zu sichern und künftig von Bebauung freizuhalten. Aus diesem Grund sollen auch die von der TU und vom Museum genutzten Grundstücke und Grundstücksteile, die direkt an die Oker grenzen und nicht zum Botanischen Garten gehören, als private Grünflächen festgesetzt werden. Die Grundstücke/Grundstücksteile sind derzeit unbebaut, so dass dem Land daraus kein Nachteil entsteht. Auch an anderen Stellen entlang des Wallrings wurde sowohl auf privaten, aber auch auf städtischen Grundstücken in vergleichbaren Situationen private Grünfläche festgesetzt, z.B. an der Realschule Maschstraße, am Wilhelm-Gymnasium oder am Vinzenz-Krankenhaus.</p> <p>Den übrigen Anregungen wurde bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen gefolgt.</p> <p>zu 2.</p> <p>Da es sich bei den beiden Teilen des Botanischen Gartens um private Anlagen handelt, soll der geplante Verbindungsweg entlang der Oker ebenfalls als privater Weg geplant werden. Der Öffentlichkeit soll ein Wegerecht planungsrechtlich gesichert werden. Dies wurde bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen entsprechend korrigiert.</p> <p>Damit obliegt die Finanzierung und Errich-</p>

<p><i>Mit dem Bau des Weges ist die TU einverstanden, wenn die Stadt den Steg finanziert und errichtet, sowie die notwendige Instandhaltung sichert. Des Weiteren muss außerhalb der Öffnungszeiten des Botanischen Gartens der Verschluss dieses Bereiches sichergestellt werden. (...) Alternativ: Wenn der Steg auch außerhalb der Öffnungszeiten des Botanischen Gartens zugänglich sein soll, dann ist die Errichtung und Instandhaltung eines Zaunes zwischen Steg und TU-Grundstück durch die Stadt erforderlich (...).</i></p> <p>3. Abgrenzung zwischen den Sondergebieten</p> <p><i>Die Nutzungsabgrenzung ist nicht korrekt abgebildet. (...) Aus Sicht der TU sollte im Bereich des bestehenden Gebäudes der Zaun als Nutzungsänderung übernommen werden. (...)</i></p> <p><i>Die Flurstücksverschmelzung vom 24.06.2014 ist zu berücksichtigen.</i></p>	<p>tung sowie notwendige Instandhaltung des Weges der TU Braunschweig.</p> <p>Den Anregungen wurde bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen gefolgt</p> <p>zu 3.</p> <p>Die Nutzungsabgrenzung zwischen den beiden SO-Gebieten wurde bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen entsprechend korrigiert.</p> <p>Auf die zwischenzeitlich durchgeführte Flurstücksverschmelzung wird verzichtet. Die Planunterlage des Bebauungsplanes dokumentiert die Situation zum Zeitpunkt des Feldvergleiches vom 12.12.2011. Zu diesem Zeitpunkt war die Verschmelzung noch nicht erfolgt. Mit Aufnahme der Änderung müsste ein erneuter Feldvergleich für das gesamte Planungsgebiet durchgeführt werden.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wurde teilweise bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen gefolgt.</p> <p>Den Anregungen zu Pkt. 1 wird nicht gefolgt.</p>
<p>Stadtteilheimatpfleger Innenstadt Schreiben vom 08.09.2014</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung</p>
<p><i>Wie schon für IN 215 und IN 234 betont, erscheint eine Favorisierung der Anlage von Tiefgaragen mit Problemen behaftet. Die bereits vorhandenen Tiefgaragen-Zufahrten stellen eine starke optische Beeinträchtigung dar. Der für den Promenadenring typische Einblick in die weitläufigen Privatgärten wird hier empfindlich durch massive Sichtbetonwände und zugehörige technische Einrichtungen gestört. Das Kontinuum zwischen öffentlichem Straßenraum und privaten Grünflächen ist unterbrochen. Daher sollten diese</i></p>	<p>Die Anlage von Tiefgaragen ist ein Ansatz für die Lösung des ruhenden Verkehrs im Wallring-Bereich. Die Gesamtbreite für Zu- und Ausfahrten ist bereits auf maximal 3 m je Grundstück begrenzt. Dies gilt auch für Tiefgaragenzufahrten. Eine weitere Reduzierung würde die Grundstückszufahrt erheblich erschweren. Darüber hinaus wird festgesetzt, dass dort wo Tiefgaragen die festgesetzten überbaubaren Flächen überschreiten, ein niveaugleicher Anschluss an die Geländeoberfläche herzustellen ist und die Tiefgara-</p>

<p><i>Einfahrten mit großer Umsicht geplant und ausgeführt werden. In jedem Fall sollten doppelte Zufahrten in unmittelbar benachbarte Tiefgaragen vermieden werden.</i></p> <p><i>(...) In der gestalterischen Umsetzung sollte die hinzugewonnene Grünfläche (südlich des Löwenwalls) bruchlos an das Niveau des Löwenwalls anschließen und mit sanftem Gefälle zur Kurt-Schuhmacher-Straße hin modelliert werden, damit die bisherige Mauer mit der zugehörigen Treppenanlage wegfallen kann.</i></p> <p><i>Die Allee vom Kennedyplatz zum Löwenwall als Teil des vom Brückenvorplatz ausgesehenen, ehemaligen Dreistrahs sollte bis an den Rand der Kurt-Schumacher-Straße wieder sichtbar gemacht werden. Als Fernziel sollte jedoch die grundlegende Umgestaltung des John-F.-Kennedyplatzes mit der Schaffung einer spiegelbildlich zum dreieckigen Baufeld an seiner Westseite platzierten Neubebauung, und damit die Schaffung einer Torsituation zur Innenstadt, in die Überlegungen einbezogen werden.</i></p> <p><i>(...) Im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Theaterwerkstätten in den Theaterpark erscheint der Neubau einer Fußgängerbrücke für die im Prinzip sinnvolle Wegeverbindung vom Theaterpark zur Kasernenstraße durchaus kritisch. Ein solcher Brückenbau erscheint als Eingriff in einen besonders sensiblen Bereich des Wallrings. Diese Brücke sollte im Fall ihrer Realisierung mit größtem Fingerspitzengefühl und möglichst niedriger Bauhöhe, in keinem Fall jedoch mit Abspannkonstruktionen durch Polygone, so filigran wie möglich gestaltet werden. Ähnliches gilt für die konzeptionell vorgesehene Brücke unterhalb des Windmühlenberges.</i></p>	<p>gen zu begrünen sind.</p> <p>Die getroffenen Festsetzungen stellen sicher, dass die Zufahrten zu Tiefgaragen keine optische Dominanz im Straßenraum entwickeln. Darüber hinaus wird das Auftreten von doppelten Zufahrten äußerst selten sein, da sich das Planungsgebiet im Bereich vorhandener Bebauung befindet.</p> <p>Detailplanungen zur Umgestaltung dieser Platzsituation liegen noch nicht vor. Die Anregung bezieht sich nicht auf einen Regelungsgegenstand des Bebauungsplans. Sie wird im Zuge der anschließenden Planungen aufgenommen. Die derzeit noch bestehenden Treppenanlagen sowie die Mauer sind Teil der öffentlichen Grünfläche.</p> <p>Auf der Grundlage der historischen Planungen wurde im Jahre 2010 von der Stadtverwaltung ein erstes Konzept zur Neugestaltung des John-F.-Kennedy-Platzes/ Augusttores entwickelt. Das Konzept nahm die Achse zwischen dem Löwenwall und der Wolfenbütteler Straße wieder auf und schuf zwischen dem John-F.-Kennedy- Platz und dem Windmühlenberg ein Baufeld. Der in jüngster Vergangenheit durchgeführte Platzumbau des John-F.-Kennedy-Platzes sowie die Lage der Stadtbahngleise verhindern allerdings einen derartigen Umbau auf Jahre, so dass diese Überlegungen nicht in die Festsetzungen des Bebauungsplanes übernommen wurden. Als Fernziel bleiben derartige Überlegungen allerdings bestehen.</p> <p>Für die beiden Wegeverbindungen existieren noch keine Detailplanungen. Da es sich um Wege auf öffentlichen Flächen handelt und darüber hinaus um denkmalgeschützte Bereiche, kann davon ausgegangen werden, dass die künftigen Brückenbauten ihrer Umgebung entsprechend geplant werden. Ein modern gestaltetes Brückenbauwerk muss allerdings nicht per se einen Widerspruch zu einer historisch geprägten Umgebung darstellen.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>

Zweckverband Großraum Braunschweig Schreiben vom 11.09.2014	Stellungnahme der Verwaltung
<p><i>Es ist (...) beabsichtigt, im Kreuzungsbereich der Kurt-Schumacher-Str. mit dem Wallring die öffentlichen Verkehrsflächen enger zu fassen und diese zugunsten öffentlicher Grünflächen zurückzudrängen. Dafür sollen auf der Südseite der Kurt-Schumacher-Str. am Windmühlenberg Verkehrsflächen zurückgebaut werden.</i></p> <p><i>Es ist zu beachten, dass durch die Verkleinerung der Verkehrsflächen die Bushaltestelle östlich des John-F.-Kennedy-Platzes ohne Einschränkungen bedient werden kann und der Betrieb des ÖPNV nicht behindert wird.</i></p>	<p>Mit der engeren Fassung der Verkehrsflächen im Bereich der Kurt-Schumacher-Straße ist eine Verlegung der in Mittellage vorhandenen Bushaltestelle an den Fahrbahnrand nicht vorgesehen. Durch die Umsetzung der Planung entstehen für den ÖPNV keine Einschränkungen.</p>
	<p>Die Anregung wurde bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen berücksichtigt.</p>
Staatstheater Braunschweig Schreiben vom 10.09.2014	Stellungnahme der Verwaltung
<p><i>Aus Sicht des Staatstheaters kann ich mich mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht einverstanden erklären. Das Staatstheater ist zur Aufrechterhaltung seines Spielbetriebes auf funktionsfähige, den geltenden Rechtsbestimmungen entsprechende Werkstätten unabdingbar angewiesen.</i></p> <p><i>Die Ausführungen auf S. 58 des Entwurfes sind zwar insoweit richtig, als das der aktuelle Standort der Theaterwerkstätten nicht mehr den heutigen und künftigen Anforderungen entspricht. Weiterhin ist richtig, dass für einen zeitgemäßen Betrieb eine Verlagerung in ein Produktionszentrum angestrebt werden muss.</i></p> <p><i>So sinnvoll perspektivisch auch ein Produktionszentrum ist, das Werkstätten, Prohebühnen, Lager, den Tanz und eine Spielstätte für das Kinder- und Jugendtheater beherbergt, so klar ist, dass diese Perspektive nur für die Planung positiv berücksichtigt werden kann, wenn eine geeignete Ausgleichsfläche zur Verfügung steht. (...)</i></p> <p><i>Ohne die Zusage einer solchen Alternative werden in absehbarer Zeit die Werkstätten an</i></p>	<p>In dem der Trägerbeteiligung vorangestellten gemeinsamen Gespräch vom 25.04.2014 wurde deutlich, dass der vorhandene Standort der Theaterwerkstätten nicht weiter ausbaufähig ist. Er verursacht bereits jetzt erhebliche Probleme, insbesondere in Bezug auf die Erschließung durch den Park. Damit entspricht er weder den heutigen noch den künftigen Anforderungen an den Theaterbetrieb. Die planungsrechtliche Absicherung eines solchen Zustandes ließe sich städtebaulich nicht begründen.</p> <p>Das langfristige Planungsziel der Einbeziehung der Theaterwerkstätten in den Theaterpark würde durch die geforderte Aufnahme von Festsetzungen, die Neubaumaßnahmen oder Umnutzungen am bestehenden Standort ermöglichen sollen konterkariert.</p> <p>Derzeit steht ein Ersatzstandort für die Theaterwerkstätten nicht zur Verfügung. Die Stadt Braunschweig wird, ihren Möglichkeiten entsprechend, das Staatstheater bei der Standortsuche unterstützen. Das weitere Bebauungsverfahren kann aber nicht von der Bereitstellung eines Ersatzstandortes abhängig gemacht werden.</p> <p>Die Theaterwerkstätten haben Bestandschutz. Dieser garantiert notwendige wärme-</p>

<p><i>ihrem jetzigen Standort wegen Brandschutz oder arbeitssicherheitstechnischer Auflagen umgebaut oder neugebaut werden müssen. In einem solchen Fall ist davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung der dann aktuellen Rechtslage beim Umbau oder Neubau der eingeräumte Bestandsschutz nicht ausreicht. Da in den Werkstätten sämtliche Dekorationen für alle Produktionen des Staatstheaters gebaut werden, müsste das Staatstheater in einem solchen Fall seinen Spielbetrieb komplett einstellen.(...)</i></p> <p><i>Das Gelände, auf dem aktuell die Werkstätten sind, stellt eine Option für die Einrichtung einer Spielstätte für das Junge Staatstheater dar.</i></p> <p><i>Gemäß § 1 (6) Ziff. 3 BauGB sind bei der Bauleitplanung die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die beabsichtigte Planung ohne einen Alternativstandort für Theaterwerkstätten und Spielstätte für das Junge Staatstheater gefährdet den Betrieb des Staatstheaters und berücksichtigt damit § 1 (6) Ziff. 3 BauGB nicht angemessen.</i></p>	<p>technische Ertüchtigungen sowie Sanierungen im Hinblick auf arbeitsschutzrechtliche oder brandschutztechnische Auflagen. Darüber hinaus sind künftig auch Um- und Anbauten zulässig, sofern das Bild der historischen Parkanlage nicht beeinträchtigt wird. Anbauten sind in einem Umfang von bis zu 8 % der vorhandenen Grundfläche zulässig. Dies entspricht einer Größe von ca. 200 m².</p> <p>Werden für die Theaterwerkstätten darüber hinaus bauliche Maßnahmen notwendig, sind diese an einem anderen Standort innerhalb des Stadtgebietes durchzuführen. Die Umnutzung der bestehenden Theaterwerkstätten zu einer Spielstätte für das Kinder- und Jugendtheater wird abgelehnt, da dies dem Planungsziel zuwiderläuft.</p> <p>Trotz des langfristigen Planungszieles das Gelände der Theaterwerkstätten in den Theaterpark einzubeziehen, hat die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes oberste Priorität.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind neben den kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung, gemäß § 1 Abs. 6 BauGB auch noch andere Aspekte zu berücksichtigen. So sind gem. Ziff. 5 die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung zu berücksichtigen. Weiter sind gem. Ziff. 7 die Belange des Umweltschutzes und gem. Ziff. 11 die Ergebnisse eines von der Gemeinde beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes zu berücksichtigen.</p> <p>Dies wird mit der Planung getan. Die beabsichtigte Grünflächenfestsetzung folgt dem im Gesamtkonzept Wallring formulierten Planungsziel, die öffentlichen Parkanlagen in ihrer historischen Ausprägung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Einbeziehung der Theaterwerkstätten in den Theaterpark eröffnet die Chance eingetretene Fehlentwicklungen i. S. der Denkmalpflege zu heilen und das innerstädtische Freiraumangebot zu verbessern. Die architektonische und städtebauliche Wirkung des vorhandenen, denkmalgeschützten Gartenhauses von Peter-Joseph- Krahe kann in Verbindung mit der nordöstlichen Parkfläche wiederhergestellt werden so dass dieses stadthistorisch bedeutsame Ensemble langfristig wieder erlebbar gemacht werden kann.</p>
---	---

	<u>Vorschlag der Verwaltung:</u> Den Anregungen wird nicht gefolgt.
--	--

Staatliches Baumanagement Schreiben vom 11.09.2014	Stellungnahme der Verwaltung
<p>1. <i>Festsetzung der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage im Bereich der Theaterwerkstätten</i></p> <p><i>Aus Sicht der Staatlichen Bauverwaltung des Landes Niedersachsen kann ich mich mit den Festsetzungen zum o.a. Bebauungsplan für den Bereich der Theaterwerkstätten nicht einverstanden erklären. Da aus heutiger Sicht mittelfristig nicht mit einer Verlagerung der Werkstätten zu rechnen ist, ist die Möglichkeit für das Theater zwingend erforderlich, bauliche Anpassungen und Veränderungen der bestehenden Gebäude auch weiterhin vornehmen zu können, um einen zeitgemäßen Spielbetrieb zu ermöglichen. Unter baulichen Anpassungen und Veränderungen verstehe ich auch die notwendige teilweise Entfernung einzelner dringend sanierungsbedürftiger Gebäudeteile und deren Neuerrichtung am bestehenden Standort. Diese Maßnahmen gehen voraussichtlich deutlich über die gem. 4.3 der textlichen Festsetzungen ausnahmsweise zulässigen Um- und Anbauten in geringem Umfang hinaus.</i></p> <p><i>Gleiches gilt für die wärmetechnische Ertüchtigung der Fassaden und Dächer, die das äußere Erscheinungsbild verändern werden. Anpassungen innerhalb der Werkstätten werden auch aus arbeitsschutzrechtlichen und brandschutztechnischen Anforderungen erforderlich werden, die möglicherweise zu baulichen Erweiterungen führen können.</i></p> <p>2. <i>Festsetzungen im Bereich des Botanischen Gartens</i></p> <p><i>Ich bitte, die durch die TU Braunschweig dargestellten Nutzungszuordnungen zu berücksichtigen. Eine fußläufige Verbindung der beiden Teile des Botanischen Gartens ist auch im Sinne der Technischen Universität. Diese kann grundsätzlich entweder als Weg im Bereich der Uferböschung oder aber als Steg über dem Wasser ausgeführt werden. Hinsichtlich der Fragen der Zugänglichkeit (insbesondere außerhalb der Öffnungszeiten des Botanischen Gartens) verweise ich auf die Stellungnahme der TU Braunschweig, die Ihnen ebenfalls vorliegt.</i></p>	<p>zu 1.</p> <p>Auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Staatstheaters Braunschweig wird verwiesen.</p> <p>Über den Bestandsschutz hinaus sollen künftig Um- und Anbauten zulässig sein, sofern das Bild der historischen Parkanlage nicht beeinträchtigt wird. Anbauten sollen in einem Umfang von bis zu 8 % der vorhandenen Grundfläche zulässig sein. Dies entspricht einer Größe von ca. 200 m².</p> <p>Neubauten größeren Umfanges gehen in der Tat über den Bestandsschutz und die ausnahmsweise zulässigen An- und Umbauten hinaus. Sie sind künftig unzulässig und auf einem Ersatzstandort durchzuführen.</p> <p>Maßnahmen der wärmetechnischen Ertüchtigung sind im Regelfall durch den Bestandsschutz gedeckt. Auch ohne die Festsetzungen des Bebauungsplans verlangt der Umstand, dass die Parkanlage unter Denkmalschutz steht, eine dem Denkmalschutz angemessene Gestaltung.</p> <p>zu 2.</p> <p>Auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme der TU Braunschweig wird verwiesen. Eine Detailplanung gibt es für die geplante Wegeverbindung noch nicht.</p> <p>Da es sich bei den beiden Teilen des Botanischen Gartens um private Anlagen handelt, soll der geplante Verbindungsweg entlang der Oker auch als privater Weg geplant werden. Für die Öffentlichkeit soll der Zugang über ein Wegerecht planungsrechtlich gesichert werden.</p>
	<p><u>Vorschlag der Verwaltung:</u></p> <p>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>

	Den Anregungen zu Pkt. 2 wurde bereits zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen gefolgt.
--	--

Betreff:

**Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die
Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig
(Abfallentsorgungssatzung)**

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

01.09.2015

Beratungsfolge

Bauausschuss (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

22.09.2015

29.09.2015

06.10.2015

Status

Ö

N

Ö

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage um einen Satzungsbeschluss, für den der Rat beschlusszuständig ist.

Die Abfallentsorgungssatzung regelt die öffentliche Abfallentsorgung, die die Stadt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger durchzuführen hat.

Immer wieder wird aus der Bevölkerung der Wunsch nach 80-Liter-Restabfallbehältern an die Verwaltung herangetragen.

Mit der Satzungsänderung werden 80-Liter-Restabfallbehälter eingeführt.

Die Abfallentsorgungssatzung sieht als Mindestvolumen für Restabfallbehälter 10 Liter pro Woche und Person vor. Vier-Personenhaushalte, die das Mindestvolumen von 10 Litern pro Person und Woche vorhalten, benötigen bei dem üblichen zweiwöchigen Leerungsrhythmus einen 80-Liter-Behälter. Diese Behältergröße wird derzeit in Braunschweig nicht angeboten. Diese Haushalte nutzen daher derzeit entweder zwei 40-Liter-Behälter oder weichen auf die nächst-größere Behältergröße (120 l) aus.

Es gibt in Braunschweig etwa 500 Grundstücke, auf denen vier Personen wohnen, die zwei 40-Liter-Restabfallbehälter nutzen. Mit der Einführung von 80-Liter-Behältern wird es möglich, zwei 40-Liter-Restabfallbehältern durch einen Behälter zu ersetzen. Dadurch wird der Platzbedarf für die Müllbehälter reduziert werden.

Auch für die derzeit rund 5.000 Grundstücke mit vier Personen und 120-Liter-Behältern wäre ein 80-Liter-Behälter grundsätzlich ausreichend. Einige Haushalte wechseln nicht auf ein Behältervolumen von 80 Litern, da sie dafür derzeit noch zwei Behälter mit 40 Litern Volumen bereithalten müssten.

Um den neuen Behälter einzuführen, wird der § 14 Absätze 2 (Wohnnutzung) und 4 (sonstige Nutzung) um den entsprechenden Behälter ergänzt. Weiterhin wird der Anhang 3 b) um diese Behältergröße erweitert.

i. A. Hornung

Anlage/n:

Änderungssatzung zur Abfallentsorgungssatzung

**Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig
(Abfallentsorgungssatzung)
vom 17. November 2015**

Aufgrund der §§ 10, 13 und 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434), in Ausführung des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch § 44 Abs. 4 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) sowie des Nds. Abfallgesetzes (NAbfG) vom 14. Juli 2003 (Nds. GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Oktober 2013 (Nds. GVBl. S. 254), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 17. November 2015 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) vom 17. Dezember 2013 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 19 vom 20. Dezember 2013, S. 69) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 2. Juni 2015 (Amtsblatt für Stadt Braunschweig Nr. 5 vom 15. Juni 2015, S. 11) wird wie folgt geändert:

1. § 14 Absatz 2 Nr. 1 und Absatz 4 Satz 1 erhalten die folgende Fassung:

„(2) Zugelassene Behälter sind:

1.	Bioabfallbehälter	60 l	Volumen
	Bioabfallbehälter	120 l	Volumen
	Bioabfallgroßbehälter	550 l	Volumen
	Bioabfallgroßbehälter	1.100 l	Volumen
	Restabfallbehälter	40 l	Volumen
	Restabfallbehälter	60 l	Volumen
	Restabfallbehälter	80 l	Volumen
	Restabfallbehälter	120 l	Volumen
	Restabfallbehälter	240 l	Volumen
	Restabfallgroßbehälter	550 l	Volumen
	Restabfallgroßbehälter	770 l	Volumen
	Restabfallgroßbehälter	1.100 l	Volumen
	Restabfallgroßbehälter	4.500 l	Volumen
	Wertstoffbehälter	120 l	Volumen
	Wertstoffbehälter	240 l	Volumen
	Wertstoffgroßbehälter	1.100 l	Volumen

(4) Bei gewerblich genutzten Grundstücken sind mindestens folgende Behältervolumina für Restabfälle vorzuhalten:

bis 4 Mitarbeiter	40 Liter	in 14 Tagen
bis 10 Mitarbeiter	60 Liter	in 14 Tagen
bis 15 Mitarbeiter	80 Liter	in 14 Tagen
bis 25 Mitarbeiter	120 Liter	in 14 Tagen
bis 50 Mitarbeiter	240 Liter	in 14 Tagen
bis 125 Mitarbeiter	550 Liter	in 14 Tagen
bis 250 Mitarbeiter	770 Liter	in 14 Tagen
bis 400 Mitarbeiter	1.100 Liter	in 14 Tagen
über 400 Mitarbeiter:	Einzelentscheidung,	
mindestens jedoch	1.100 Liter	in 14 Tagen.

2. Der Anhang 3 b) zur Abfallentsorgungssatzung erhält die beigefügte Fassung:

„b) Entsorgungsintervalle gem. § 15 Abs. 3 der Abfallentsorgungssatzung für die nicht unter a) erwähnten Grundstücke und Abfallbehälterarten:

Die Abfallbehälter werden grundsätzlich wie folgt entleert bzw. abgeholt:

Restabfallbehälter 40 Liter	Gesamtes Stadtgebiet bei Nutzung durch 1 Person	Entsorgung alle 4 Wochen
Restabfallbehälter 40, 60, 80, 120 und 240 Liter	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung 14-tägig
Bioabfallbehälter 60 und 120 Liter	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung 14-tägig (im Sommer einmal wöchentlich)*
Wertstoffbehälter 120 und 240 Liter	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung alle 4 Wochen
Bioabfallgroßbehälter 550 Liter	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung 14-tägig

Bioabfallgroßbehälter 1.100 Liter und Restabfallgroßbehälter 550, 770, 1.100 und 4.500 Liter	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung einmal oder zweimal wöchentlich (je nach Wunsch)
Restabfallgroßbehälter 550, 770, 1.100 auf gewerblich genutzten Grundstücken	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung einmal oder zweimal wöchentlich oder 14-tägig (je nach Wunsch)
Wertstoffgroßbehälter 1.100 Liter	Gesamtes Stadtgebiet	Entsorgung alle 2 Wochen
Abfallsäcke	Gesamtes Stadtgebiet	Entsprechend der Entleerung der 60, 120 und 240 Liter Abfallbehälter vor Ort
Grünabfallsäcke	Gesamtes Stadtgebiet	Entsprechend dem Leerungsrhythmus für Bioabfallentsorgung

Der für die Abfuhr/Abholung vorgesehene Wochentag wird gemäß § 21 bekannt gegeben.

Erläuterung:

* Sommer: 21. Juni bis 22. September“

Artikel II

Die Satzung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
(S)

I. V.

Leuer
Stadtbaurat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

I. V.

Leuer
Stadtbaurat

Betreff:

Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

16.09.2015

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

23.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschluss:

„Der Stellungnahme (Anlage 1) wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Die Firma „A“ (Der Name ist der Verwaltung bekannt, darf wegen der möglichen Offenlegung von Betriebsgeheimnissen jedoch nicht veröffentlicht werden.) hat beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) die Erteilung einer auf fünf Jahre befristeten Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen beantragt.

Wie bereits in der Mitteilung 15 – 00540 außerhalb von Sitzungen berichtet, erstreckt sich das beantragte Erlaubnisfeld „Borsum“ auch auf den westlichen Teil des Stadtgebietes von Braunschweig – Ortsteile Watenbüttel, Völkenrode, Kanzlerfeld, Lamme, Timmerlah (siehe Anlage 2).

Die vorgesehenen Arbeiten werden vom LBEG als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem Rechtsanspruch auf Erteilung der Erlaubnis zu folgen wäre, falls nicht überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im **gesamten** zuzuteilenden Erlaubnisfeld ausschließen. Erwartet werden normative Ausschlussgründe bzw. Hinweise auf Vorrang- und Schutzgebiete.

Da nicht auszuschließen ist, dass nach Abschluss des beantragten fünfjährigen Arbeitsprogramms Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten gewonnen werden soll (Fracking), schlägt die Verwaltung im Hinblick auf die vom Rat in seiner Sitzung am 20. März 2012 beschlossene **Resolution gegen Fracking** (siehe Anlage 3) vor, die beigefügte gesamtstädtische Stellungnahme zu beschließen.

Zum Hintergrund

Das Bundes-Berggesetz (BBergG) unterscheidet im Paragraphen 4 zwischen der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen. Während die Aufsuchung die mittelbar oder unmittelbar auf die Entdeckung oder Feststellung der Ausdehnung von Bodenschätzen gerichtete Tätigkeit ist, ist die Gewinnung das Lösen oder Freisetzen von Bodenschätzen

einschließlich der damit zusammenhängenden vorbereitenden, begleitenden und nachfolgenden Tätigkeiten.

Die hier beantragte Erteilung einer bergrechtlichen Erlaubnis berechtigt nicht zu tatsächlichen Aufsuchungshandlungen. Vielmehr wird ein Bereich zur Untersuchung und ggfs. späteren Gewinnung von Bodenschätzen definiert und der jeweiligen Firma zugeordnet. Umgangssprachlich wird ein „Claim“ abgesteckt.

Die Erlaubnis lässt z. B. die Analyse vorhandener Daten zu. Tatsächliche Aufsuchungshandlungen dürfen nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne erfolgen. Das LBEG hat zugesichert, die Stadt in einem künftigen Betriebsplanverfahren zu beteiligen.

Das von der Firma „A“ beantragte Arbeitsprogramm sieht folgendes vor:

1. Jahr: Aufbau einer Datenbasis u. a. durch Kauf und Auswertung bestehender seismischer Daten und Bohrungsdaten.
2. Jahr: Geochemische und petrophysikalische Bewertung der jurassischen Schichten anhand der Bohrungsdaten und Auswertung bestehender 2D-seismischer Daten.
3. Jahr: Reprozessierung eines dichten Liniennetzes von 2D-seismischen Daten.
4. Jahr: Zwei horizontale Explorationsbohrungen zur Bestimmung des Kohlenwasserstoffpotenzials der jurassischen Schichten.
5. Jahr: Eine horizontale Explorationsbohrung zur Bestimmung des Kohlenwasserstoffpotenzials der jurassischen Schichten.

Das Arbeitsprogramm schließt mit der Auswertung der Bohrerergebnisse und Planungen für weiterführende Untersuchungen ab.

I. V. Leuer

Anlage/n:

Stellungnahme zur Beteiligung nach § 15 BBergG
 Übersichtskarte „Erlaubnisfeld Borsum“
 Karte zur Stellungnahme aus naturschutzrechtlicher Sicht
 Resolution des Rates vom 20.03.2012

Anlage 1 – Stellungnahme an das

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
An der Martinikirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

Erlaubnisfeld Borsum – Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gem. § 7 BBergG zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Hier: Stellungnahme der Stadt Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 21.07.2015 haben Sie mich unter Fristsetzung bis zum 25.08.2015 um Stellungnahme zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gem. § 7 BBergG zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen im Erlaubnisfeld Borsum gebeten. Auf meinen Antrag hin haben Sie die Frist bis zum 20.10.2015 verlängert.

Bevor ich fachlich-inhaltlich auf den Erlaubnisantrag eingehe, nehme ich zum Verfahrensablauf Stellung, den ich als fehlerhaft erachte: Von den beteiligten Behörden – hier insbesondere von den betroffenen Gebietskörperschaften - müssen selbstverständlich auch Aspekte vorgetragen werden können, die nur den eigenen Zuständigkeitsbereich betreffen und nicht das gesamte Erlaubnisgebiet. Ob diese Teilaspekte in der Zusammenschau dann das gesamte Gebiet betreffen und insofern entscheidungserheblich sind, ist erst von Ihnen als Erlaubnisbehörde zu entscheiden. Die gewählte Formulierung und die Hervorhebung in Fettdruck, dass nur solche Stellungnahmen erbeten sind, die sich auf das **gesamte** zuzuteilende Feld erstrecken ist dazu geeignet wichtige Aspekte im Beteiligungsverfahren zu unterdrücken und stellt nach meiner Einschätzung einen Verfahrensfehler dar.

Die Beteiligung ohne Vorlage der originalen Antragsunterlagen der Firma „A“ sehe ich als nicht ausreichend an. Eine Prüfung ist somit nur unzureichend möglich. Das gewählte Verfahren entspricht nicht dem Anspruch auf Transparenz, der dem Bundesberggesetz in § 11 zu entnehmen ist. Auch aus diesem Grunde ist das Beteiligungsverfahren fehlerhaft.

Zuletzt ist leider nicht zu erkennen, welche Behörden insgesamt beteiligt werden. Insbesondere ist nicht erkennbar, ob der Zweckverband Großraum Braunschweig beteiligt wurde. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass gerade auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms verschiedene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausgewiesen sind, die unbedingt bei der Entscheidung über das Erlaubnisfeld zu berücksichtigen sind.

Dies vorausgeschickt, nehme ich fachlich-inhaltlich wie folgt Stellung:

Den mir zur Verfügung gestellten Unterlagen kann ich nicht entnehmen, ob im Ergebnis eine konventionelle Gewinnung von Kohlenwasserstoffen beabsichtigt ist oder vielmehr ein sogenanntes „Fracking-Verfahren“ vorbereitet wird.

Ich lehne mit Nachdruck das „Fracking-Verfahren“ zur Erdgasgewinnung beziehungsweise -förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas ist nicht hinnehmbar. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht.

Diese Haltung stützt sich auf eine Resolution des Rates der Stadt Braunschweig zum Thema Fracking, die ich in der Anlage beigefügt habe.

Insbesondere im Hinblick auf das öffentliche Interesse an der Vermeidung der gezielten Verunreinigung von Grundwasser und der Gefährdung der Umwelt durch den Einsatz von chemischen Substanzen, deren Auswirkungen noch nicht hinreichend erforscht sind, ist der Antrag abzulehnen.

Es bestehen auch deshalb Bedenken gegen die Erteilung der Erlaubnis, weil das Erlaubnisfeld unmittelbar an das einzige bisher in Deutschland nach Atomrecht planfestgestellte Endlager für atomare Abfälle, Schacht Konrad, angrenzt. Jeglicher tiefgreifender Eingriff in den Untergrund sowie dessen planmäßige Vorbereitung im Rahmen einer Erlaubnis muss in dieser so höchst sensiblen Nachbarschaft unterbleiben. Ebenso müssen zusätzliche Untergrunderschütterungen oder gar die Schaffung zusätzlicher Wegsamkeiten, also die planmäßige Erhöhung der Gas- und Flüssigkeitsdurchlässigkeit im tieferen Untergrund durch Bohrtätigkeit oder Einpressungen wie z. B. Fracking, ausgeschlossen werden können.

Ferner erfasst das Erlaubnisfeld das Überschwemmungsgebiet der Oker im Norden der Stadt Braunschweig. Es kann nicht abgesehen werden, inwieweit für die späteren Aufsuchungshandlungen - wie z.B. die Durchführung von petrophysikalischen und geochemischen Untersuchungen oder Explorationsbohrungen - notwendige Ausnahmegenehmigungen nach § 78 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) überhaupt erteilt werden können.

Von dem Erlaubnisfeld Borsum sind auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig fünf Schutzgebiete, eines sogar mit dem Schutzstatus FFH- Gebiet, betroffen. Insgesamt stehen damit 16 Prozent des Suchraums auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig unter Schutz. Folgende Schutzgebiete liegen im Erlaubnisfeld Borsum oder werden von ihm tangiert (vgl. anliegende Karte):

- FFH 90 „Aller, untere Leine, untere Oker“ (teilweise)
- NSG BR 118 „Braunschweiger Okeraue (teilweise)
- NSG BR 72 „Lammer Holz“
- LSG BS 4 „V. Pawelsches Holz, Ölper Holz und Lammer Busch“
- LSG BS 21 „Lammer Busch“
- LSG BS 13 „Timmerlaher Busch“

Auf der Grundlage der mitgeschickten Unterlagen kann nicht abschließend geprüft werden, inwiefern die beantragten Handlungen, wie z.B. die Durchführung von petrophysikalischen und geochemischen Untersuchungen oder Explorationsbohrungen, sowie zukünftige Handlungen in den zuvor genannten Schutzgebieten freigestellt und damit trotz des Schutzgebietes zulässig sind. Es kann ferner aktuell nicht abgesehen werden, ob überhaupt und falls ja, inwieweit für die v.g. Handlungen daher ggf. notwendige Befreiungen oder Ausnahmegenehmigungen erteilt werden können.

Neben den zuvor genannten behördlichen Prüfungen und Entscheidungen ist ferner auch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung eventuell erforderlich.

Ich weise vorsorglich daraufhin, dass - sollte sich eine Betroffenheit der Schutzgebiete und insbesondere des FFH-Gebietes ergeben - dies aktuell als Ausschlussgrund gesehen wird, der einer weiteren Erkundung und Nutzbarmachung des Erlaubnisfeldes Borsum entgegensteht.

Ferner weise ich auf die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG hin. Im Erlaubnisfeld Borsum befinden sich nachweislich Flächen, welche von Arten der offenen Feldflur, insbesondere von Feldhamstern (streng geschützte Art) besiedelt sind.

Zusätzlich ist zu beachten, dass die Auswirkungen der geplanten Tiefenbohrungen aktuell nicht hinreichend untersucht sind, so dass sich hier ein weiteres Gefährdungspotenzial ergibt. Das Erlaubnisfeld ist im 2. Weltkrieg bombardiert worden. Im gesamten Gebiet ist daher mit Blindgängern zu rechnen, die im ungünstigsten Fall mit Zeitzündern versehen sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Tendenz zur Detonation dieser Bomben durch Alterung zunimmt, so dass u.U. auch leichtere Erschütterungen zu einer Detonation führen können. Da sowohl bereits bei der Exploration als auch bei der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere aber beim Fracking, massive Erschütterungen bis hin zu induzierten Erdbeben nicht ausgeschlossen werden können, ist – zumindest bis zur Entschärfung sämtlicher Blindgänger – das Vorhaben abzulehnen.

Im vom Erlaubnisfeld Borsum betroffenen Gebiet der Stadt Braunschweig befindet sich eine große Zahl an Flächen, die im Altlastenkataster der Stadt als Altablagerungen oder Altlastenverdachtsflächen verzeichnet sind. Es besteht die begründete Gefahr, dass Schadstoffe in tiefere Schichten und durch Mobilisierung in das Grundwasser gelangen, wenn im Bereich dieser Flächen Bohrungen oder andere Eingriffe in den Untergrund vorgenommen werden.

Betroffen ist auch ein Teil der flächenhaft mit Schwermetallen belasteten Okeraue. Diese Fläche wird in Kürze als „Bodenplanungsgebiet Okeraue“ ausgewiesen werden. Es besteht die begründete Gefahr, dass Schwermetalle in tiefere Schichten und durch Mobilisierung oder Änderung der Millieubedingungen in das Grundwasser gelangen, wenn in diesem Bereich Bohrungen vorgenommen werden oder dabei Chemikalien in den Untergrund eingebracht werden.

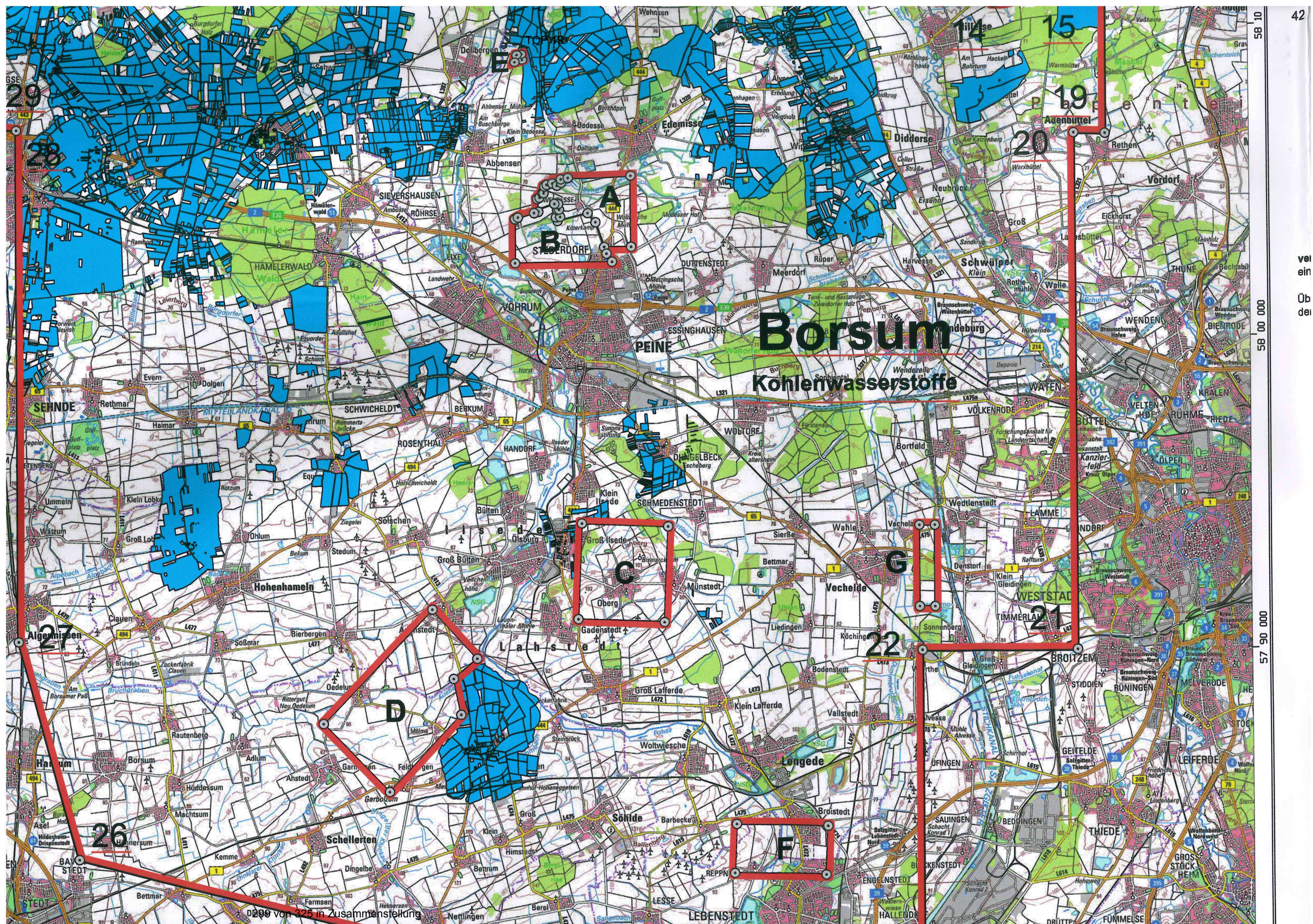
Weitere Angaben zu den genannten Flächen können von der unteren Bodenschutzbehörde zur Verfügung gestellt werden.

Aus meiner Sicht ist bereits der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen abzulehnen, wenn es sich um die Vorbereitung eines „Fracking-Verfahrens“ handelt. Es sollte bereits jetzt deutlich werden, dass ein späterer Antrag auf tatsächliche Aufsuchungshandlungen keinen Erfolg haben würde. Dies ist u. a. aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll, da die Antragstellerin die Kosten für die Erstellung der bergrechtlichen Betriebspläne vermeiden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

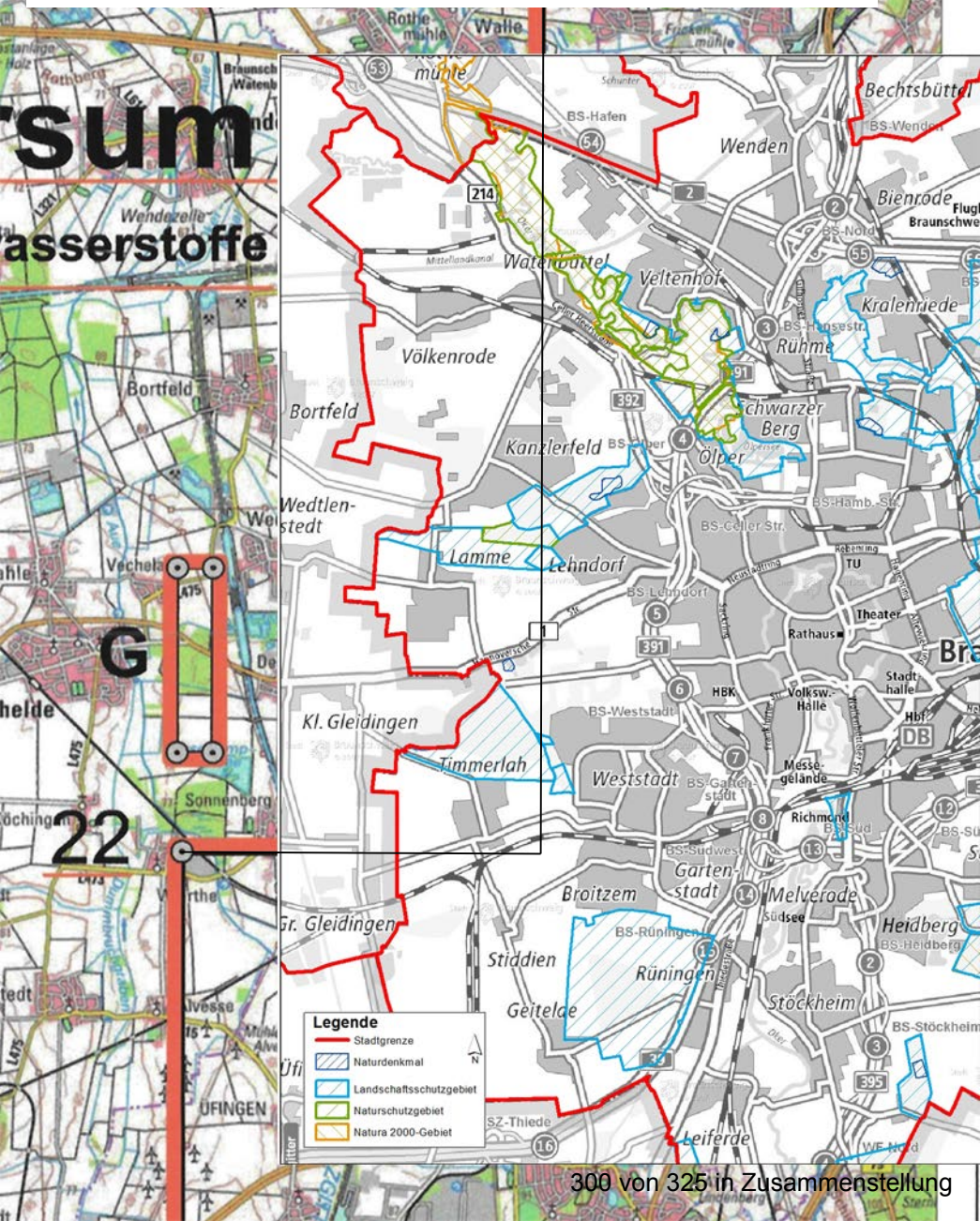
Leuer



Borsum

Kohlenwasserstoffe

Überarbeitete Karte des Erlaubnisfeld Borsum,
Überlagerung mit einem Ausschnitt der Stadtkarte Braunschweigs.
Dargestellt sind gesetzliche Schutzgebiete



Ratsbeschluss vom 20. März 2012

Der Antrag wird angenommen.

Verteiler:



Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



TOP 19.



DIE LINKE.
im Rat der Stadt Braunschweig

B.I.BS
INITIATIVE

Änderungsantrag

Datum

Nummer

Öffentlich

19. Mrz. 2012

2099/12

Absender

INTERFRAKTIONELLER ANTRAG
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

zu TOP 4

Gremium

Sitzungstermin

Rat

20.03.2012

Betreff

Resolution gegen Fracking

“Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung beziehungsweise –förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Rat stellt fest, dass der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas nicht hinnehmbar ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht.

Der Rat der Stadt Braunschweig fordert daher die niedersächsische Landesregierung auf,

das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf weiteres – sowohl in Bezug auf die

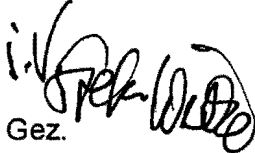
Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung – auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen,

sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking – beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis – neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss,

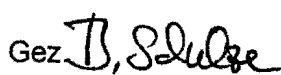
TOP 19.

eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten

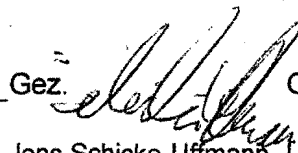
eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.”

Gez. 

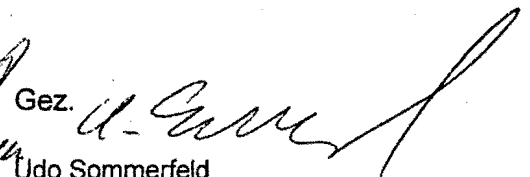
Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender

Gez. 

Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender

Gez. 

Jens Schicke-Uffmann
Fraktionsvorsitzender

Gez. 

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender

Gez.



Peter Rosenbaum
Fraktionsvorsitzender

Betreff:

Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

23.09.2015

Beratungsfolge

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

23.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschluss:

unverändert

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 21.09.2015 hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig und Berlin, Nationales Metrologieinstitut (PTB) gegenüber der Stadt Braunschweig ihre Betroffenheit in dem o. a. bergrechtlichen Verfahren dargelegt. Diese Ausführungen sollen in die Stellungnahme der Stadt Braunschweig an das LBEG einfließen. Die Stellungnahme (Anlage 1) wird daher um folgenden Absatz ergänzt:

„Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig und Berlin, Nationales Metrologieinstitut (PTB) hat gegenüber der Stadt Braunschweig ihre Betroffenheit in dem o. a. bergrechtlichen Verfahren dargelegt. Mit Schreiben vom 21.09.2015, das in der Anlage beigefügt ist, hat die PTB um zeitnahe Vorlage eines Gutachtens zum Ausmaß der Erschütterungen durch die beabsichtigte Suche bzw. Förderung von Kohlenwasserstoffen gebeten. Im Hinblick auf die einzigartigen Aufgaben der PTB als nationales Metrologieinstitut unterstütze ich die Forderung der PTB in vollem Umfang. Die Stadt Braunschweig kann nicht akzeptieren, dass durch bergbauliche Maßnahmen der Standort eines der weltweit führenden Metrologieinstitute in Frage gestellt wird.“

Leuer

Anlage/n:

Schreiben vom 21.09.2015



Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Braunschweig und Berlin
 Nationales Metrologieinstitut

TOP 19.1

1) Zum PleA
 21.06.14 ✓

Der Präsident

PTB • Postfach 33 45 • 38023 Braunschweig

Baureferat der Stadt Braunschweig
 Frau Bianca Winter
 Platz der Deutschen Einheit 1
 38100 Braunschweig

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen:

VP 2015

Meine Nachricht vom:

Bearbeitet von:

Dr. Roman Schwartz

Telefondurchwahl:

0531 592 2000

Telefaxdurchwahl:

0531 592 2002

E-Mail:

Roman.schwartz@ptb.de

Datum:

2015-09-21

Sehr geehrte Frau Winter,

vielen Dank für unser konstruktives Gespräch in der letzten Woche. Wie bei dieser Gelegenheit erläutert, ist die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) beunruhigt von der Ankündigung, dass möglicherweise in unmittelbarer Nähe unseres Geländes in Braunschweig-Watenbüttel durch Probebohrungen nach verwertbaren Kohlenwasserstoffen im Untergrund gesucht werden wird.

Als eines der weltweit führenden Metrologieinstitute forscht die PTB an vorderster Front und erfüllt Dienstleistungsaufgaben auf höchstem messtechnischem Niveau. Dazu sind genau kontrollierte Umgebungsbedingungen von größter Wichtigkeit. Insbesondere die Erschütterungsfreiheit ist unabdingbar für präzise und zuverlässige Messungen; Bodenschwankungen weit unterhalb dessen, was ein Mensch unmittelbar spüren kann, machen viele der Messungen der PTB bereits unmöglich.

Es steht nun zu befürchten, dass durch die geplante Exploration, insbesondere aber durch einen möglichen Förderbetrieb unter Einsatz der Fracking-Technik, stoßartige oder andauernde Erschütterungen auftreten, die einen geregelten Messbetrieb erheblich beeinträchtigen.

Möglicherweise könnten am Standort Braunschweig viele Messungen nicht mehr durchgeführt und viele Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden. Diese Beschränkung der Arbeitsfähigkeit der PTB, des nationalen Metrologieinstituts mit seinen einzigartigen, gesetzlich geregelten Aufgaben, kann nicht hingenommen werden.

- 2 -

Hausadresse, Lieferanschrift:
 Bundesallee 100
 38116 Braunschweig
 DEUTSCHLAND

Telefon: +49 531 592-0
 Telefax: +49 531 592-9292
 E-Mail: poststelle@ptb.de
 Internet: http://www.ptb.de

Deutsche Bundesbank, Filiale Leipzig
 IBAN: DE38 8600 0000 0088 0010 40
 BIC: MARKDEF1860
 VAT-Nr.: DE 811 240 952

PTB Berlin-Charlottenburg
 Abbestr. 2-12
 10587 Berlin
 DEUTSCHLAND

Daher bitten wir um die zeitnahe Vorlage eines Gutachtens, in dem das Ausmaß der Erschütterungen durch die beabsichtigte Suche bzw. Förderung von Kohlenwasserstoffen im Untergrund quantifiziert wird. Auf der Grundlage der quantitativen Angaben zu Horizontal- und Vertikalbeschleunigungen in den verschiedenen Frequenzbereichen wird die PTB dann versuchen abzuschätzen, ob ein Explorations- oder Förderbetrieb in der Nähe ihres Braunschweiger Standortes hinnehmbar ist oder nicht.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Dr. Roman Schwarz

Vizepräsident der PTB

Betreff:

Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

29.09.2015

Beratungsfolge

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

29.09.2015
06.10.2015

Status

N
Ö

Beschluss:

unverändert

Sachverhalt:

In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 23.09.2015 hatte die Verwaltung zugesagt, die Stellungnahme gegenüber dem LBEG dahingehend zu ergänzen, dass von der Möglichkeit einer Befreiung von der Betriebsplanpflicht nach § 51 Abs. 3 BBergG kein Gebrauch gemacht wird.

Die Stellungnahme der Stadt Braunschweig in der Fassung der 1. Ergänzungsvorlage wird daher um folgenden Absatz ergänzt:

„In Anbetracht der vorstehend dargelegten Aspekte, die die Tragweite einer Erlaubnis zum Aufsuchen von Kohlenwasserstoffen im Erlaubnisfeld Borsum für die Stadt Braunschweig deutlich machen, gehe ich davon aus, dass Sie bei zukünftigen Aufsuchungs-, Gewinnungs- oder Aufbereitungsvorhaben nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, Befreiungen von dem Erfordernis eines Betriebsplanes nach § 51 Abs. 3 BBergG zu gewähren, damit u.a. die Beteiligungsrechte der Kommunen in vollem Umfang bestehen und keine Verfahren zur Anwendung kommen, die etwa nur eine vereinfachte Prüfung erfordern.“

Leuer

Anlage/n:

Stellungnahme an das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Anlage 1 – Stellungnahme an das

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
An der Martinikirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

Erlaubnisfeld Borsum – Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gem. § 7 BBergG zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Hier: Stellungnahme der Stadt Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 21.07.2015 haben Sie mich unter Fristsetzung bis zum 25.08.2015 um Stellungnahme zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gem. § 7 BBergG zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen im Erlaubnisfeld Borsum gebeten. Auf meinen Antrag hin haben Sie die Frist bis zum 20.10.2015 verlängert.

Bevor ich fachlich-inhaltlich auf den Erlaubnisantrag eingehe, nehme ich zum Verfahrensablauf Stellung, den ich als fehlerhaft erachte: Von den beteiligten Behörden – hier insbesondere von den betroffenen Gebietskörperschaften - müssen selbstverständlich auch Aspekte vorgetragen werden können, die nur den eigenen Zuständigkeitsbereich betreffen und nicht das gesamte Erlaubnisgebiet. Ob diese Teilaspekte in der Zusammenschau dann das gesamte Gebiet betreffen und insofern entscheidungserheblich sind, ist erst von Ihnen als Erlaubnisbehörde zu entscheiden. Die gewählte Formulierung und die Hervorhebung in Fettdruck, dass nur solche Stellungnahmen erbeten sind, die sich auf das **gesamte** zuzuteilende Feld erstrecken ist dazu geeignet wichtige Aspekte im Beteiligungsverfahren zu unterdrücken und stellt nach meiner Einschätzung einen Verfahrensfehler dar.

Die Beteiligung ohne Vorlage der originalen Antragsunterlagen der Firma „A“ sehe ich als nicht ausreichend an. Eine Prüfung ist somit nur unzureichend möglich. Das gewählte Verfahren entspricht nicht dem Anspruch auf Transparenz, der dem Bundesberggesetz in § 11 zu entnehmen ist. Auch aus diesem Grunde ist das Beteiligungsverfahren fehlerhaft.

Zuletzt ist leider nicht zu erkennen, welche Behörden insgesamt beteiligt werden. Insbesondere ist nicht erkennbar, ob der Zweckverband Großraum Braunschweig beteiligt wurde. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass gerade auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms verschiedene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausgewiesen sind, die unbedingt bei der Entscheidung über das Erlaubnisfeld zu berücksichtigen sind.

Dies vorausgeschickt, nehme ich fachlich-inhaltlich wie folgt Stellung:

Den mir zur Verfügung gestellten Unterlagen kann ich nicht entnehmen, ob im Ergebnis eine konventionelle Gewinnung von Kohlenwasserstoffen beabsichtigt ist oder vielmehr ein sogenanntes „Fracking-Verfahren“ vorbereitet wird.

Ich lehne mit Nachdruck das „Fracking-Verfahren“ zur Erdgasgewinnung beziehungsweise -förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas ist nicht hinnehmbar. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht.

Diese Haltung stützt sich auf eine Resolution des Rates der Stadt Braunschweig zum Thema Fracking, die ich in der Anlage beigefügt habe.

Insbesondere im Hinblick auf das öffentliche Interesse an der Vermeidung der gezielten Verunreinigung von Grundwasser und der Gefährdung der Umwelt durch den Einsatz von chemischen Substanzen, deren Auswirkungen noch nicht hinreichend erforscht sind, ist der Antrag abzulehnen.

Es bestehen auch deshalb Bedenken gegen die Erteilung der Erlaubnis, weil das Erlaubnisfeld unmittelbar an das einzige bisher in Deutschland nach Atomrecht planfestgestellte Endlager für atomare Abfälle, Schacht Konrad, angrenzt. Jeglicher tiefgreifender Eingriff in den Untergrund sowie dessen planmäßige Vorbereitung im Rahmen einer Erlaubnis muss in dieser so höchst sensiblen Nachbarschaft unterbleiben. Ebenso müssen zusätzliche Untergrunderschütterungen oder gar die Schaffung zusätzlicher Wegsamkeiten, also die planmäßige Erhöhung der Gas- und Flüssigkeitsdurchlässigkeit im tieferen Untergrund durch Bohrtätigkeit oder Einpressungen wie z. B. Fracking, ausgeschlossen werden können.

Ferner erfasst das Erlaubnisfeld das Überschwemmungsgebiet der Oker im Norden der Stadt Braunschweig. Es kann nicht abgesehen werden, inwieweit für die späteren Aufsuchungshandlungen - wie z.B. die Durchführung von petrophysikalischen und geochemischen Untersuchungen oder Explorationsbohrungen - notwendige Ausnahmegenehmigungen nach § 78 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) überhaupt erteilt werden können.

Von dem Erlaubnisfeld Borsum sind auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig fünf Schutzgebiete, eines sogar mit dem Schutzstatus FFH- Gebiet, betroffen. Insgesamt stehen damit 16 Prozent des Suchraums auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig unter Schutz. Folgende Schutzgebiete liegen im Erlaubnisfeld Borsum oder werden von ihm tangiert (vgl. anliegende Karte):

- FFH 90 „Aller, untere Leine, untere Oker“ (teilweise)
- NSG BR 118 „Braunschweiger Okeraue (teilweise)
- NSG BR 72 „Lammer Holz“
- LSG BS 4 „V. Pawelsches Holz, Ölper Holz und Lammer Busch“
- LSG BS 21 „Lammer Busch“
- LSG BS 13 „Timmerlaher Busch“

Auf der Grundlage der mitgeschickten Unterlagen kann nicht abschließend geprüft werden, inwiefern die beantragten Handlungen, wie z.B. die Durchführung von petrophysikalischen und geochemischen Untersuchungen oder Explorationsbohrungen, sowie zukünftige Handlungen in den zuvor genannten Schutzgebieten freigestellt und damit trotz des Schutzgebietes zulässig sind. Es kann ferner aktuell nicht abgesehen werden, ob überhaupt und falls ja, inwieweit für die v. g. Handlungen daher ggf. notwendige Befreiungen oder Ausnahmegenehmigungen erteilt werden können.

Neben den zuvor genannten behördlichen Prüfungen und Entscheidungen ist ferner auch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung eventuell erforderlich.

Ich weise vorsorglich daraufhin, dass - sollte sich eine Betroffenheit der Schutzgebiete und insbesondere des FFH-Gebietes ergeben - dies aktuell als Ausschlussgrund gesehen wird, der einer weiteren Erkundung und Nutzbarmachung des Erlaubnisfeldes Borsum entgegensteht.

Ferner weise ich auf die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG hin. Im Erlaubnisfeld Borsum befinden sich nachweislich Flächen, welche von Arten der offenen Feldflur, insbesondere von Feldhamstern (streng geschützte Art) besiedelt sind.

Zusätzlich ist zu beachten, dass die Auswirkungen der geplanten Tiefenbohrungen aktuell nicht hinreichend untersucht sind, so dass sich hier ein weiteres Gefährdungspotenzial ergibt. Das Erlaubnisfeld ist im 2. Weltkrieg bombardiert worden. Im gesamten Gebiet ist daher mit Blindgängern zu rechnen, die im ungünstigsten Fall mit Zeitzündern versehen sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Tendenz zur Detonation dieser Bomben durch Alterung zunimmt, so dass u.U. auch leichtere Erschütterungen zu einer Detonation führen können. Da sowohl bereits bei der Exploration als auch bei der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere aber beim Fracking, massive Erschütterungen bis hin zu induzierten Erdbeben nicht ausgeschlossen werden können, ist – zumindest bis zur Entschärfung sämtlicher Blindgänger – das Vorhaben abzulehnen.

Im vom Erlaubnisfeld Borsum betroffenen Gebiet der Stadt Braunschweig befindet sich eine große Zahl an Flächen, die im Altlastenkataster der Stadt als Altablagerungen oder Altlastenverdachtsflächen verzeichnet sind. Es besteht die begründete Gefahr, dass Schadstoffe in tiefere Schichten und durch Mobilisierung in das Grundwasser gelangen, wenn im Bereich dieser Flächen Bohrungen oder andere Eingriffe in den Untergrund vorgenommen werden.

Betroffen ist auch ein Teil der flächenhaft mit Schwermetallen belasteten Okeraue. Diese Fläche wird in Kürze als „Bodenplanungsgebiet Okeraue“ ausgewiesen werden. Es besteht die begründete Gefahr, dass Schwermetalle in tiefere Schichten und durch Mobilisierung oder Änderung der Millieubedingungen in das Grundwasser gelangen, wenn in diesem Bereich Bohrungen vorgenommen werden oder dabei Chemikalien in den Untergrund eingebracht werden.

Weitere Angaben zu den genannten Flächen können von der unteren Bodenschutzbehörde zur Verfügung gestellt werden.

Aus meiner Sicht ist bereits der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen abzulehnen, wenn es sich um die Vorbereitung eines „Fracking-Verfahrens“ handelt. Es sollte bereits jetzt deutlich werden, dass ein späterer Antrag auf tatsächliche Aufsuchungshandlungen keinen Erfolg haben würde. Dies ist u. a. aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll, da die Antragstellerin die Kosten für die Erstellung der bergrechtlichen Betriebspläne vermeiden könnte.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig und Berlin, Nationales Metrologieinstitut (PTB) hat gegenüber der Stadt Braunschweig ihre Betroffenheit in dem o. a. bergrechtlichen Verfahren dargelegt. Mit Schreiben vom 21.09.2015, das in der Anlage beigefügt ist, hat die PTB um zeitnahe Vorlage eines Gutachtens zum Ausmaß der Erschütterungen durch die beabsichtigte Suche bzw. Förderung von Kohlenwasserstoffen gebeten. Im Hinblick auf die einzigartigen Aufgaben der PTB als nationales Metrologieinstitut unterstütze ich die Forderung der PTB in vollem Umfang. Die Stadt Braunschweig kann nicht hinnehmen, dass durch bergbauliche Maßnahmen der Standort eines der weltweit führenden Metrologieinstitute in Frage gestellt wird.

In Anbetracht der vorstehend dargelegten Aspekte, die die Tragweite einer Erlaubnis zum Aufsuchen von Kohlenwasserstoffen im Erlaubnisfeld Borsum für die Stadt Braunschweig deutlich machen, gehe ich davon aus, dass Sie bei zukünftigen Aufsuchungs-, Gewinnungs- oder Aufbereitungsvorhaben nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, Befreiungen von dem Erfordernis eines Betriebsplanes nach § 51 Abs. 3 BBergG zu gewähren, damit u. a. die Beteiligungsrechte der Kommunen in vollem Umfang bestehen und keine Verfahren zur Anwendung kommen, die etwa nur eine vereinfachte Prüfung erfordern.

Mit freundlichen Grüßen
i. V.
Leuer

Absender:

**Fraktion der Piratenpartei im Rat der
StadtFraktion BIBS im Rat der Stadt**
15-00885
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Änderungsantrag zu DS 00574-01-01

Empfänger:

 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:

06.10.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme der Stadt Braunschweig aus DS 00574-01-01 wird wie folgt geändert:

- Der Absatz "Ich lehne mit Nachdruck [...] Wasserschutzgebieten geht." wird wie folgt neu gefasst: "Ich lehne mit Nachdruck **die Kohlenwasserstoffgewinnung beziehungsweise -förderung und die Suche nach Kohlenwasserstoffvorkommen, z. B. durch Fracking ab. Auch der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen** ist nicht hinnehmbar. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht."
- Der Absatz "Diese Haltung [...] Anlage beigefügt habe" wird wie folgt neu gefasst: "Diese Haltung stützt sich **unter anderem** auf eine Resolution des Rates der Stadt Braunschweig zum Thema Fracking, **sowie auf die Stellungnahme der Stadt Braunschweig zum Landesraumordnungsprogramm aus 2014**, die ich in der Anlage beigefügt habe." Die DS 3723/14 ist in der durch DS 3725/14 geänderten und vom Rat beschlossenen Fassung beizufügen.
- Der Absatz "Insbesondere im Hinblick [...] Antrag abzulehnen" wird wie folgt neu gefasst: "Insbesondere im Hinblick auf das öffentliche Interesse an der Vermeidung der **Beeinträchtigungen der komplexen Grund- und Oberflächenwassersysteme (z.B. durch Verunreinigungen oder Schaffung neuer Wegsamkeiten, auch durch Erweiterung vorhandener Bohrungen oder Entsorgungsverpressung in solchen)** und der Gefährdung der Umwelt durch den Einsatz **und/oder den Verbleib** chemischer Substanzen, deren Auswirkungen noch nicht hinreichend erforscht sind, ist der Antrag abzulehnen. **Soweit (Probe-)Bohrungen durch Grundwasserschichten erfolgen sollten, wären sie nach § 48 WHG voraussichtlich abzulehnen, da eine Gefährdung des Grundwassers regelmäßig zu besorgen sein wird, insbesondere falls die Verrohrung mit hohen Drücken oder Druckstößen belastet werden soll.**"
- Nach dem Absatz "Es bestehen auch deshalb Bedenken [...] Schacht Konrad [...] ausgeschlossen werden können." wird ein weiterer Absatz mit dem folgenden Wortlaut eingefügt: "**Gleiches gilt für den Schacht Asse, welcher sich in Luftlinienentfernung von ca. 20 km zum Rand des Erlaubnisfelds befindet. In dieser mehrfach sensiblen Region weitere bergrechtliche Nutzungen zu genehmigen, welche kilometerweit Störungen im Untergrund, und Probleme z.B. bei der Rückholung hervorrufen können, sind, gerade im Hinblick auf Ewigkeitsschäden, nicht im öffentliche Interesse und nicht verantwortbar.**"
- Der Absatz "Aus meiner Sicht [...] vermeiden könnte." wird wie folgt neu gefasst: "Aus meiner Sicht ist bereits der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen abzulehnen, **insbesondere falls** es sich um die Vorbereitung eines „Fracking-Verfahrens“ handelt. Es sollte bereits jetzt deutlich werden, dass ein späterer Antrag auf tatsächliche Aufsuchungshandlungen keinen Erfolg haben würde. Dies ist u. a. aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll, da die Antragstellerin die Kosten für die Erstellung der bergrechtlichen Betriebspläne vermeiden könnte."

Begründung:
erfolgt mündlich

Anlagen: keine

Betreff:

Änderungsantrag zu 15-00065 (Kopfsteinpflaster angleichen)

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.07.2015

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)14.07.2015
21.07.2015

Status

N
Ö**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umgestaltung und Sanierung des Altstadtmarktes in das Investitionsprogramm 2015 – 2019 aufzunehmen. Dabei sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Neubau der Marktfläche in einer bautechnischen Form, die sowohl eine barrierefreie Benutzung ermöglicht, als auch gestalterischen Aspekten entspricht
- Umbau der Haltestellen zu barrierefreien Haltestellen
- Errichtung von Wetterschutzeinrichtungen an den Haltestellen

Sachverhalt:

Auf dem Altstadtmarkt findet einer der beliebtesten Wochenmärkte Braunschweigs statt. Der Markt hat auch eine wichtige Funktion für den Handel in der Innenstadt. Viele Besucherinnen und Besucher des Marktes sind mobilitätseingeschränkt. Für diese Menschen ist die unebene Platzfläche ein erhebliches Problem.

Wann das Natursteinpflaster in unterschiedlichen Größen und Sorten auf dem Altstadtmarkt verlegt wurde, ist nicht bekannt. Anfang der 1980er Jahre wurde die Fläche saniert, indem die Fugen nachträglich mit Zementmörtel befestigt und verfüllt wurden. Dieser Zementmörtel hat sich durch seine lange Liegezeit mittlerweile von den Pflastersteinen gelöst. Mit Einzelmaßnahmen ließe sich laut Verwaltung keine grundlegende Verbesserung erreichen.

Als weiteres Problem wird immer wieder die nicht barrierefreie Erreichbarkeit des Marktes mit dem ÖPNV genannt. Dies muss sich ändern. Die beantragte Neugestaltung der Haltestellen sollen in Zusammenarbeit mit der Verkehrs GmbH durchgeführt werden

Anlage/n:

keine

Betreff:

Elektromobilität voranbringen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.08.2015

Beratungsfolge:

		Status
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	08.09.2015	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	23.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, die Bevorrechtigungen für Elektrofahrzeuge, insbesondere mit Blick auf folgende Punkte, zu prüfen und konkrete Umsetzungsvorschläge vorzustellen:

1. Für das Parken auf öffentlichen Straßen und Wegen
2. Bei der Nutzung von für besondere Zwecke bestimmten öffentlichen Straßen
3. Zulassen von Ausnahmen von Zufahrtbeschränkungen oder Durchfahrtsverboten
4. Kostenloses Parken in den von der Stadt betriebenen Parkhäusern und auf von ihr bewirtschafteten Parkplätzen

Sachverhalt:

Im Rahmen der Mobilität der Zukunft werden sowohl moderne Elektrofahrzeuge als auch leistungsstarke Batterien als auch Ladestationen entwickelt. Im Juni 2015 wurde das Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz - EmoG) verabschiedet, das erlaubt, dass elektrisch betriebene Fahrzeuge in Bereichen privilegiert werden können. Dies ist ein weiterer Baustein, die Attraktivität der Elektrofahrzeuge in der Stadt Braunschweig zu steigern und weitere Kunden zu gewinnen.

Anlagen: keine

Betreff:

**Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des
Mindestvolumens**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.08.2015

Beratungsfolge:

		Status
Bauausschuss (Vorberatung)	22.09.2015	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	24.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

1. Im Rahmen der nächsten Gebührenanpassungen im Bereich der Abfallentsorgung wird zusätzlich zum vorhandenen Behälterangebot eine 80-Liter Tonne für den Restabfall eingeführt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und dem Rat darzustellen, welche Auswirkungen ein Verzicht auf das Vorschreiben eines Mindestvolumens für die Restabfallbehälter in Braunschweig hätte. Hierzu ist eine Darstellung der entsprechenden Faktoren (z.B. Gebührenveränderungen, "wilde Müllkippen" etc.) in vergleichbaren Großstädten vorzulegen. Die Ergebnisse sind so frühzeitig vorzulegen, dass eine Abschaffung oder Minderung des Mindestvolumens in der nächsten Fortschreibung der Abfallentsorgungsgebührensatzung berücksichtigt werden kann.

Sachverhalt:

Zu 1.: In der Abfallentsorgungssatzung sind die Behältergrößen für die verschiedenen Abfallsorten sowie das mindestens vorzuhaltenden Volumen je Einwohner festgelegt. Demnach sind mindestens 10 Liter pro Woche und Person für den Restmüll vorzuhalten. Allerdings sind die zur Verfügung gestellten Behälter in Verbindung mit den Abfuhrhythmen nicht immer passend zur Anzahl der in einem Haushalt lebenden Personen. So wird beispielsweise kein Behälter mit einem Volumen von 80 Litern angeboten, der bei zweiwöchigem Abfuhrhythmus dem Bedarf für einen Vier-Personen-Haushalt entsprechen würde. Als „Ersatzlösung“ ermöglicht ALBA die Bereitstellung von zwei 40-Liter-Behältern, was jedoch vermutlich dazu führt, dass viele Vier-Personen-Haushalte - um Platz zu sparen und nicht zwei Behälter aufstellen zu müssen - stattdessen einen 120-Liter-Behälter wählen. Dafür müssen sie allerdings dann auch die entsprechenden Gebühren für ein Volumen zahlen, das sie insbesondere nach Einführung der Wertstofftonne kaum ausnutzen. In Braunschweig gibt es ca. 5.000 Vier-Personen-Haushalte, die bisher eine 120 Liter-Tonne nutzen und ca. 530 Haushalte mit zwei 40-Liter-Behältern.

Auch wenn die Mehrkosten pro Haushalt vergleichsweise eher gering sind, gibt es berechnete Einwände von Bürgerinnen und Bürgern, die von dieser Regelung betroffen sind. In etlichen anderen deutschen Großstädten gibt es ein wesentlich differenzierteres Angebot an Abfallbehältern, auch eine 80-Liter-Tonne ist weit verbreitet. Da bei einer Einführung dieser Tonnengröße tatsächlich die Vier-Personen- Haushalte entweder finanziell oder durch Einsparung von Platz auf dem Grundstück entlastet werden würden und zudem die

Tonnenleerung für ALBA kostengünstiger würde (weil nur noch ein 80-Liter-Behälter statt zwei 40-Liter-Behältern geleert werden müsste), steht einer Einführung dieser Behältergröße nichts im Wege. Es ist davon auszugehen, dass die insgesamt aufzubringende Gebührensumme sich nicht nennenswert verändern würde, aber die Gebühr je Liter Tonnenvolumen um ca. 1 %.

Zu 2.: Seit 2001 gilt in Braunschweig nach der Abfallentsorgungssatzung die Regel, dass je Person im Haushalt ein Mindestvolumen an Abfallbehälterkapazität von 10 Liter wöchentlich vorgehalten (und bezahlt) werden muss. In den letzten Jahren haben sich jedoch die Voraussetzungen, unter denen dieses Mindestvolumen einmal festgelegt worden ist, erheblich geändert. So ist neben der Grünen Tonne für kompostierbare Abfälle die Wertstofftonne für Verpackungsabfälle und stoffgleiche Nichtverpackungen eingeführt worden und andere Abfälle, wie Elektrokleingeräte werden ebenso wie Altglas, Altpapier und Altkleider über separate Sammelwege wiederverwertet. In sehr vielen Haushalten steht inzwischen eine blaue Altpapiertonne, die sicher auch zu einer vermehrten Entsorgung des Altpapiers über diesen Weg anstatt über die Restmülltonne beigetragen hat. Die Gesamtmengen an Restabfall haben sich seit 2001 um rund 40 % verringert, so dass eine Absenkung von 10 auf 6 Liter/Woche und Haushaltsmitglied schon rein statistisch gerechtfertigt wäre.

Im Interesse der Abfallvermeidung ist es sinnvoll, dass BürgerInnen, die durch sorgfältiges Trennen der Abfälle oder abfallvermeidendes Einkaufen weniger Restabfall produzieren, dafür auch finanziell belohnt werden. Bisher orientiert sich die Abfallgebühr am Behältervolumen und nicht an der Menge des angelieferten Restabfalls. Die Annäherung der Gebühren an die tatsächlich entsorgten Abfälle würde die Kostenverteilungsgerechtigkeit erhöhen. Einziger Nachteil der Aufhebung des Mindestvolumens könnte ein Missbrauch von Wertstofftonnen für nicht mehr in die Restabfalltonne passenden Restmüll oder die wilde Ablagerung von Abfall in der Natur oder auf öffentlichen Plätzen sein. Da es jedoch etliche Kommunen gibt, in denen auf das Mindestvolumen verzichtet wird, liegt es nahe, deren Erfahrungen mit der Situation in Braunschweig zu vergleichen.

Anlagen: keine

*Betreff:***Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens***Organisationseinheit:*

Dezernat III

66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

20.10.2015

Beratungsfolge

Bauausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

22.09.2015

Status

Ö

Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)

24.09.2015

Ö

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

06.10.2015

Ö

Sachverhalt:Antrag der Fraktion Bündnis 90 – DIE GRÜNEN:

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

1. Im Rahme der nächsten Gebührenanpassung im Bereich der Abfallentsorgung wird zusätzlich zum vorhandenen Behälterangebot eine 80-Liter-Tonne für den Restabfall eingeführt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und dem Rat darzustellen, welche Auswirkungen ein Verzicht auf das Vorschreiben eines Mindestvolumens für die Restabfallbehälter in Braunschweig hätte. Hierzu ist eine Darstellung der entsprechenden Faktoren (z. B. Gebührenveränderungen, „wilde Müllkippen“ etc.) in vergleichbaren Großstädten vorzulegen. Die Ergebnisse sind so frühzeitig vorzulegen, dass eine Abschaffung oder Minderung des Mindestvolumens in der nächsten Fortschreibung der Abfallentsorgungsgebührensatzung berücksichtigt werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Zu 1. verweise ich auf die im Bauausschuss am 22. September 2015 zur Vorberatung vorliegende Änderung der Abfallentsorgungssatzung (Drucksachennummer 15-00559), die die Einführung eines 80 l-Restabfallbehälters bereits vorsieht und die dem Rat am 6. Oktober 2015 zur Entscheidung vorgelegt werden wird.

Ergänzend zu dem Beschlusstext teile ich mit, dass Haushaltungen, die - bei jeweils 14-tägiger Leerung - von einem 120-Liter-Restabfallbehälter auf eine 80-Liter-Restabfallbehälter wechseln, damit die von ihnen individuell zu tragende jährliche Gebühr um rd. 70 Euro reduzieren (Grundlage: Gebühren 2015) könnten. Für alle anderen Haushalte würden geringfügige Mehrkosten entstehen.

Geht man für 2016 davon aus, dass von den derzeit rund 5.000 Grundstücken mit Vierpersonenhaushalt und 120 l-Behältern etwa die Hälfte auf einen 80 l-Behälter umstellen werden, dann würde die Restabfallgebührensenkung 2016 für alle Haushalte um ca. 0,7 Prozentpunkte geringer ausfallen als ohne Einführung dieser Gefäßgröße.

Aus abfallwirtschaftlicher Sicht sollte für die Aufstellung eines 80-Liter-Gefäßes auf eine Tonnentauschgebühr im Einführungsjahr verzichtet werden.

Die Maßnahme ist mit ALBA abgestimmt.

2. Im Rahmen der Arbeiten an der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wurden auch Untersuchungen zur Notwendigkeit eines Mindestvolumens von 10 Litern vorgenommen. Dabei wurde festgestellt, dass derzeit im Mittel ein Behältervolumen von knapp 29 Liter pro Person und Woche bereitgestellt wird. Das tatsächlich genutzte Behältervolumen beträgt knapp 24 Liter pro Person und Woche. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden auch die verschiedenen Strukturgebiete gesondert betrachtet. Dabei stellte sich heraus, dass das geringste tatsächlich genutzte Behältervolumen mit gut 16 Litern pro Person und Woche in der Südstadt mit einem hohen Anteil von Ein- und Zweifamilienhausbebauung vorliegt.

Der unter Punkt 2 geäußerte Prüfauftrag wird im Zuge der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes abgearbeitet.

Leuer

Anlage/n:
keine

Betreff:

Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.09.2015

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	23.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschlussvorschlag:

"Die Verwaltung wird gebeten, die aus dem Jahr 2013 stammende Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig aktualisieren zu lassen und schnellstmöglich dem Rat über seine Ausschüsse zuzuleiten. Der Prognosezeitraum wird dazu bis in das Jahr 2035 erweitert."

Sachverhalt:

Die Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) hatte im Jahr 2013 das Gewos-Institut beauftragt eine Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Braunschweig zu erstellen. Das dann im August des Jahres 2013 vorgestellte Gutachten sagte einen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum für die Stadt Braunschweig bis zum Jahr 2020 in Höhe von insgesamt 4.440 Wohneinheiten (1200 Eigenheime und 3.240 Geschosswohnungen) voraus. Aufgrund der seinerzeit vorgestellten Zahlen wurden zahlreiche Rückschlüsse auf die zukünftige Wohnraumentwicklung in unserer Stadt gezogen, so hat der Rat der Stadt Braunschweig beispielsweise im März 2015 das Wohnraumversorgungskonzept mit einer Planung für insgesamt 5.134 neue Wohneinheiten für die Jahre 2015 bis einschließlich 2019 beschlossen.

In der Zwischenzeit hat jedoch u.a. die NBank ihre Wohnungsmarktbeobachtung der Jahre 2014/2015 vorgelegt (vgl. <https://www.nbank.de/medien/nb-media/Downloads/Publikationen/Wohnungsmarktbeobachtung/Wohnungsmarktbeobachtung-2014-2015-ausfuhrliche-Version.pdf>; zuletzt abgerufen am 4. August 2015) und darin für die Stadt Braunschweig bis zum Jahr 2035 einen zusätzlichen Bedarf an 3.500 Eigenheimen und 5.500 Geschosswohnungen prognostiziert. In den Beobachtungen der NBank ist damit einhergehend ein Anwachsen Braunschweigs bis auf 285.000 Einwohner in den nächsten 20 Jahren vorhergesagt.

Um nun die richtigen Rückschlüsse auf das weitere politische Handeln im Bereich der Wohnraumschaffung ziehen zu können, ist eine Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose erforderlich. Sollten sich dabei die Zahlen der NBank bestätigen, ist - wie von uns bereits beantragt - neben dem wichtigen Engagement bei der Errichtung von Geschosswohnungsbau ein stärkerer Fokus auf die Schaffung von Eigenheimen zu richten, um den vorhandenen Bedarf sachgerecht zu decken.

Die Erstellung der Gewos-Studie in 2013 wurde seinerzeit bekanntermaßen von der NiWo beauftragt und bezahlt, da die Erkenntnisse aus dem Bericht vor allem für unser städtisches Wohnungsbauunternehmen von großem Interesse sind. Eine analoge Handhabung bei der

nun beantragten Aktualisierung, ggf. unter Einbezug der Braunschweiger Baugenossenschaft und der Wiederaufbau, bietet sich daher an.

gez.
Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt
Palm, Nicole
Herlitschke, Holger**

15-00834
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig /
Änderungsantrag zum CDU-Antrag 15-00611**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.09.2015

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	23.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, das im März einstimmig beschlossene und auf der Wohnungsbedarfsprognose („Gewos-Gutachten“) von 2013 fußende Wohnraumversorgungskonzept zur Realisierung von rd. 5000 Wohnungen bis 2020 konsequent und wie geplant zeitnah umzusetzen.

Sachverhalt:

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH (NiWo) hatte im Jahr 2013 das GEWOS-Institut beauftragt, eine Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Braunschweig zu erstellen. Das dann im August des Jahres 2013 vorgestellte Gutachten sagte einen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum für die Stadt Braunschweig bis zum Jahr 2020 in Höhe von insgesamt 4.440 Wohneinheiten (1.200 Eigenheime und 3.240 Geschosswohnungen) voraus. Aufgrund der seinerzeit vorgestellten Zahlen wurden zahlreiche Rückschlüsse auf die zukünftige Wohnraumentwicklung in unserer Stadt gezogen, so hat der Rat der Stadt Braunschweig beispielsweise im März 2015 das Wohnraumversorgungskonzept mit einer Planung für insgesamt 5.134 neue Wohneinheiten für die Jahre 2015 bis einschließlich 2019 einstimmig beschlossen.

Aus den Zahlen der GEWOS-Studie und auch aus dem daraus abgeleiteten Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Braunschweig geht hervor, dass der Bedarf zu ungefähr 1/3 im Einfamilienhaus-Bereich und zu ca. 2/3 im Geschosswohnungsbau erstellt werden soll.

Im Antrag der CDU-Fraktion wird auf eine in der Zwischenzeit seitens der N-Bank vorgelegte Wohnungsmarktbeobachtung der Jahre 2014 / 2015 verwiesen:

<https://www.nbank.de/medien/nbmedia/Downloads/Publikationen/Wohnungsmarktbeobachtung/Wohnungsmarktbeobachtung-2014-2015-ausführliche-Version.pdf>

Darin wird für die Stadt Braunschweig ein zusätzlicher Bedarf an 3.500 Eigenheimen und 5.500 Geschosswohnungen prognostiziert. In den Beobachtungen der N-Bank ist damit einhergehend ein Anwachsen Braunschweigs bis auf 285.000 Einwohner in den nächsten 20 Jahren vorhergesagt. Dieses zeigt, dass wir auch über 2020 hinaus einen weiteren Bedarf

haben werden, Wohnungen und Eigenheime zu realisieren. Bei genauer Betrachtung der Zahlen wird deutlich, dass auch die N-Bank von einem Verhältnis von 1/3 Einfamilienhäusern und 2/3 Geschosswohnungsbau ausgeht, so dass hier die Vorgehensweise der Stadt bei der Schwerpunktsetzung auf den Geschosswohnungsbau sogar indirekt bestätigt wird.

Allerdings muss die aktuelle Studie der N-Bank auch mit einem großen Maß an Skepsis betrachtet werden. Denn schon einmal, im Jahre 2008 (siehe <http://www.niw.de/uploads/pdf/publikationen/Wohnungsmaerkte%20regional%20prognostiziert%20bis%202025.pdf>) hat die N-Bank eine ähnliche Studie durch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) erstellen lassen. Dort werden für den Prognosezeitraum bis 2025 folgende Aussagen zum Wohnungsmarkt für Braunschweig gemacht:

Wohneinheitenneubedarf: 0
Wohneinheitenüberhänge: 893

Ohne Spezifizierung in Einfamilienhäuser oder Geschosswohnungen.

Durch den Vergleich dieser beiden Studien aus dem Jahre 2008 (mit Prognosezeitraum bis 2025) und 2014 / 2015 (mit Prognosezeitraum 2035) ist erkennbar, dass sich die Prognose seitens der N-Bank innerhalb von nur 7 Jahren von einem leichten Wohnraumüberhang zu einem nunmehr deutlichen Defizit verändert hat. Die Prognose aus dem Jahre 2008 ist vor dem Hintergrund der mittlerweile eingetretenen Situation in Braunschweig daher als eindeutig falsch zu bezeichnen. Es scheint somit im Lichte dieser Erkenntnis geboten, auch die neue Prognose mit einem hohen Grad an Vorsicht zu betrachten und vor allem einen möglichen Prognosehorizont nicht zu weit zu fassen, da sich die Fehlerquote zwangsläufig mit jedem Jahr deutlich erhöht. So ist die Prognose aus dem Gutachten von 2008 und mit dem Horizont von 2025 schon im Jahre 2015 eindeutig widerlegt.

Stattdessen scheint es geboten, den Markt in Braunschweig aufmerksam zu beobachten und schnell und angemessen zu reagieren und gegebenenfalls situativ nachzusteuern. Dieses Vorgehen wird hiermit von der Verwaltung und der städtischen NiWo sowie den anderen Wohnungsbaugesellschaften der Stadt erbeten und gewünscht.

Anlagen:

keine

Betreff:

Unterschutzstellung von Grund und Boden in der Stadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.09.2015

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

23.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschlussvorschlag:

Die erneut aufgekommene Fracking-Diskussion und Problematik lenkt den Blick auf den Schutz des Erdreiches im Stadtgebiet unter Braunschweig. An vielen Stellen der Stadt gibt es bereits so genannte Giffahnen, Altlasten und Schadstoffbelastungen (wie z.B. in der Innenstadt aus ehemaligen chemischen Reinigungen wie im westlichen Ringgebiet, der Frankfurter Straße und aus ehemals metallverarbeitenden Betrieben). Bereits seit den 80er Jahren führte das zur Herstellung eines Bodenkatasters bzw. Erstellung eines Altlastenverzeichnisses und der Unterschutzstellung kleinerer (noch sauberer) Gebiete wie am Bienroder Weg oder in Lamme.

Vor diesem Hintergrund beantragt die BIBS-Fraktion:

„Die bereits vorliegenden Informationen aus dem Altlastenverzeichnis werden vereinheitlicht und die Arbeit am Boden-Kataster wird wieder aufgenommen mit der Zielrichtung einer Unterschutzstellung des gesamten städtischen Bodens und Untergrundes.“

Sachverhalt:**Anlagen:**

Betreff:

Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.09.2015

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

23.09.2015

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

29.09.2015

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

06.10.2015

Ö

Beschlussvorschlag:

Das Nationale Entsorgungsprogramm, das der EU-Kommission vorzulegen ist, legt die Strategie der Bundesregierung für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle fest. Das Stadtgebiet Braunschweig ist durch die künftig vorgesehene Rolle des Übergabe- und Verladebahnhofs Beddingen als zentraler Anlieferungsstelle und Verladestation der Transporte nach Schacht Konrad ebenso betroffen wie durch die atommüllverarbeitende Firma Eckert&Ziegler in Thune.

Vor diesem Hintergrund sollte auch die Stadt Braunschweig eine Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms vornehmen.

Der Rat möge beschließen:

„Die Stadt gibt ein Gutachten in Auftrag, das eine Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro) mit den möglichen Auswirkungen, insbesondere den möglichen Gefährdungen für den städtischen Raum, vornimmt.“

Sachverhalt:**Anlagen:**

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

Fraktion BIBS im Rat der Stadt

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

Herlitschke, Holger

Büchs, Wolfgang

Ohnesorge, Gisela

15-00721
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Baumschutz bei Bebauungsplänen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.09.2015

Beratungsfolge:

		Status
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	23.09.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.09.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	06.10.2015	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

Der Rat der Stadt Braunschweig möchte sicherstellen, dass zukünftig auf Grundstücken im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, für den bereits ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden ist, keine Bäume mit einem Stammdurchmesser von mehr als 15 cm (gemessen in 1 m Höhe über dem Boden) mehr vor dem Satzungsbeschluss gefällt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat bis zur Sitzung im November einen Vorschlag zuzuleiten, wie diese Absicht des Rates umzusetzen ist.

Sachverhalt:

In der Vergangenheit ist es des Öfteren vorgekommen, dass Grundstückseigentümer, für deren Grundstücke der Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst wurde, bereits vor Abschluss des Bebauungsplanverfahrens vorbereitende Arbeiten für eine Bebauung durchgeführt haben. In diesem Zusammenhang wurden auch Bäume gefällt, die möglicherweise durch eine entsprechende Festsetzung im Bebauungsplan als zu erhaltende Bäume geschützt worden wären.

Um dem Rat die Möglichkeit zu erhalten, wertvolle Bäume durch Festsetzungen im Bebauungsplan zu schützen, muss sichergestellt werden, dass diese nicht im Vorgriff schon gefällt werden.

Da dieser Vorgang (Aufstellungsbeschluss, vorbereitende Arbeiten) sich häufig wiederholt, wäre es wünschenswert, wenn es eine allgemein verbindliche rechtswirksame Regelung dafür gäbe, möglicherweise muss jedoch in jedem Einzelfall eine Veränderungssperre mit dem Aufstellungsbeschluss verbunden werden.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit oder zur Vermeidung unbilliger Härten soll es im Einzelfall die Möglichkeit geben, dass die Stadt dem Grundstückseigentümer ausnahmsweise eine Erlaubnis zum Abholzen erteilen kann.

Anlagen: keine

